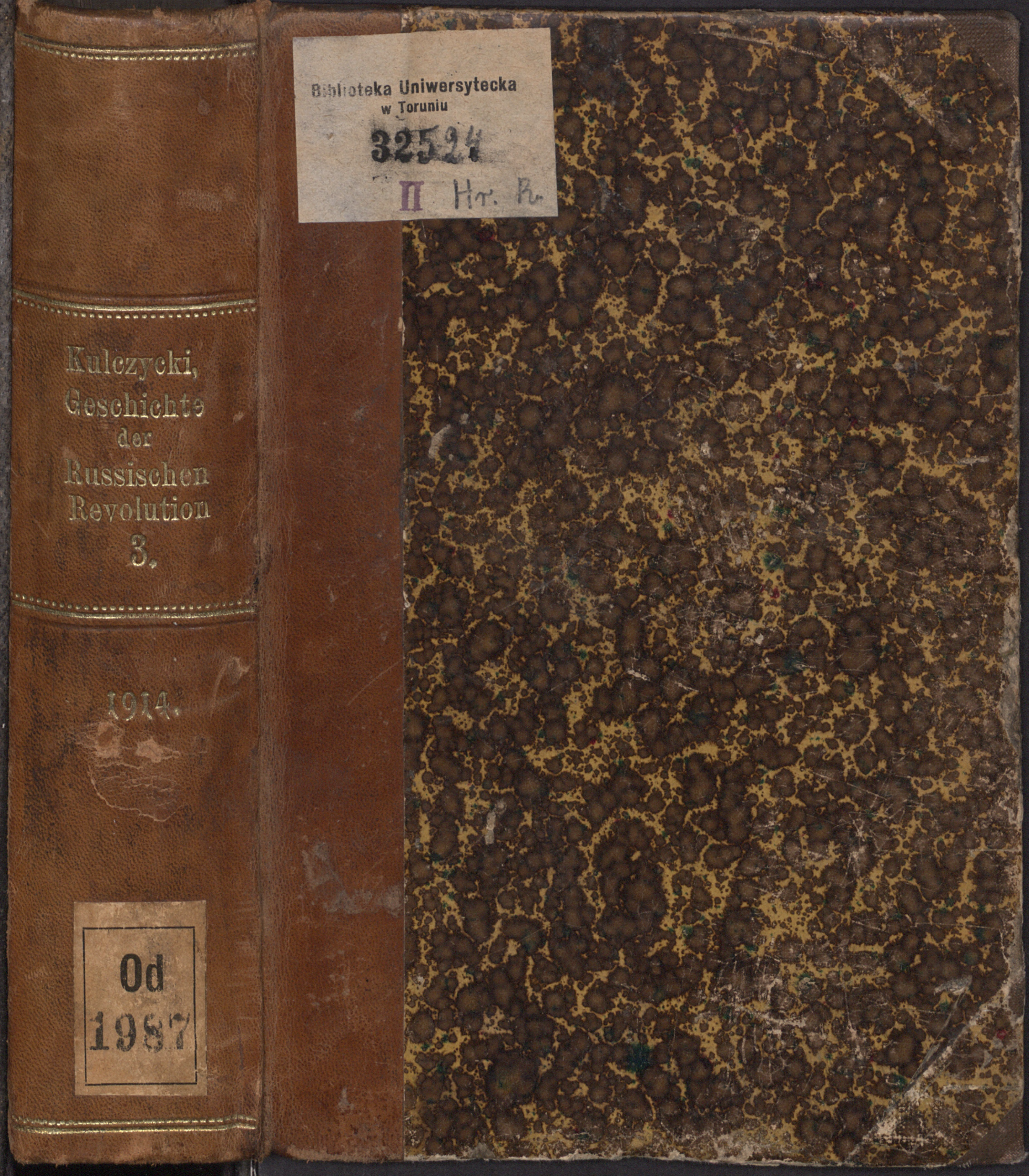
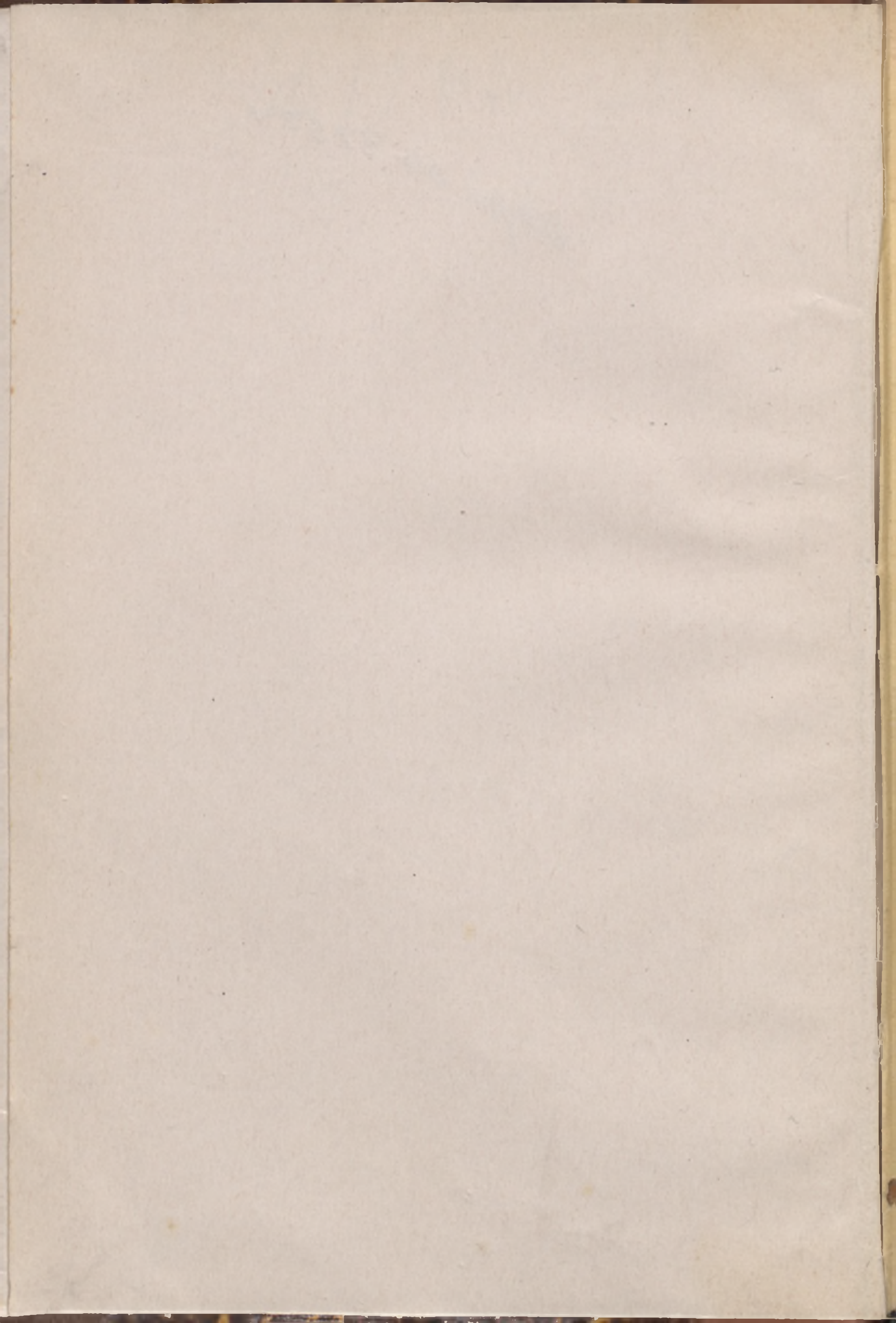

Kulczycki,
Geschichte
der
Russischen
Revolution
3.
1914.
Od
1987



Ludwig Kulczycki:

Geschichte der Russischen Revolution

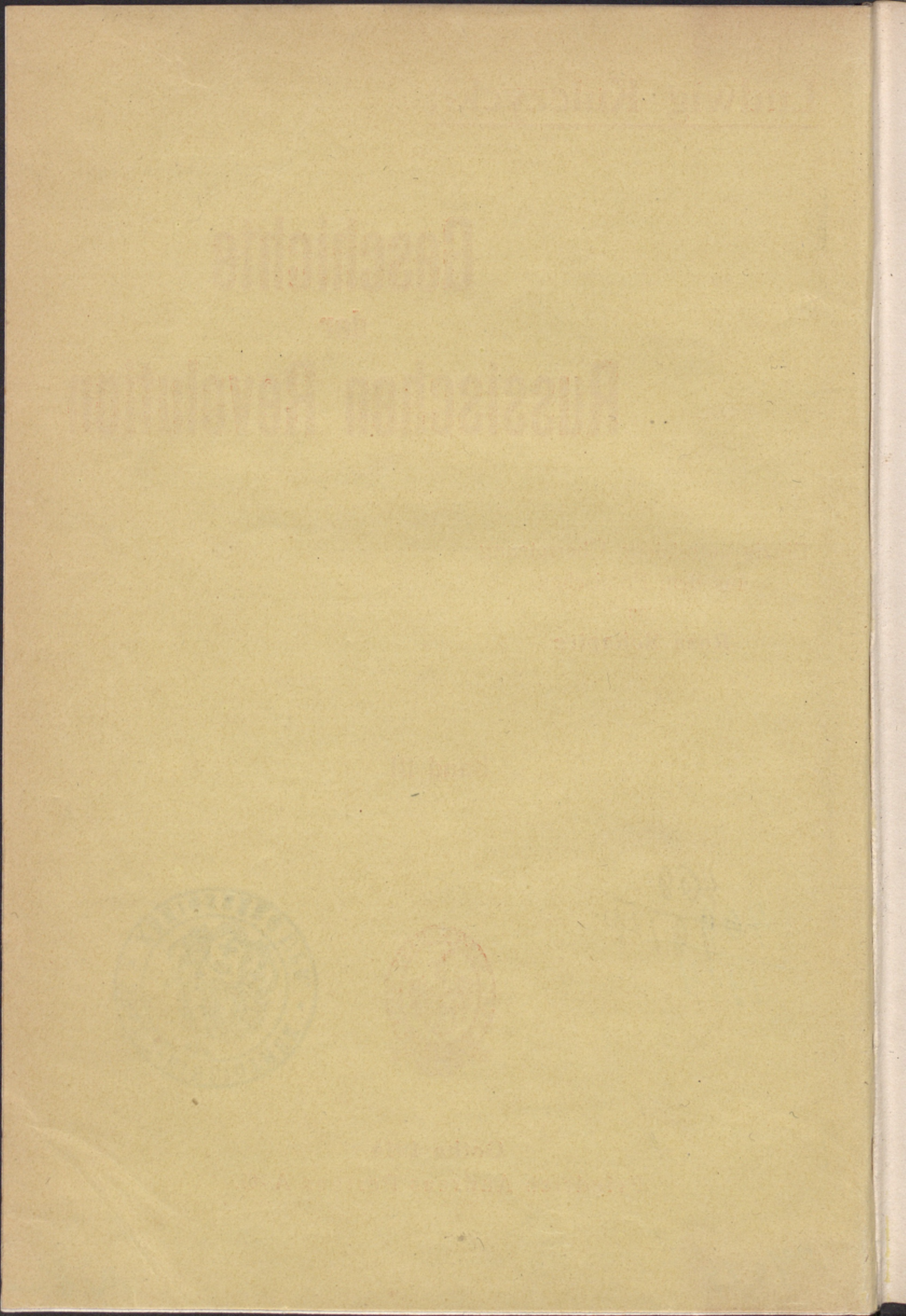
Einzig autorisierte Übersetzung
aus dem Polnischen
von
Rosa Schapire

Band III





Gotha 1914
Friedrich Andreas Perthes A.-G.



Geschichte der russischen Revolution

Von

Ludwig Kulczycki

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Polnischen

von

Rosa Schapire

Band III

Vom Beginn der sozialdemokratischen Bewegung bis zum Ausbruch der Unzufriedenheit in der russischen Gesellschaft

(1886 bis 1900)



Gotha 1914

Friedrich Andreas Perthes A.-G.



Vorwort.

Im vorliegenden Bande habe ich der polnischen Bewegung viel Raum gewidmet. Ursprünglich hatte ich nicht die Absicht, sie ebenso ausführlich wie die russische zu behandeln. Später bin ich jedoch zur Überzeugung gekommen, daß eine allgemeine Darstellung nicht genügt, da die polnische Bewegung auf die russische sicherlich mittelbar und unmittelbar (durch die jüdische) von größtem Einfluß war.

Die sozialistische Bewegung im Königreich Polen ist, abgesehen davon, daß sie an sich interessant ist, chronologisch die früheste Arbeitermassenbewegung innerhalb des russischen Staates und verdient schon aus diesem Grunde ausführlichste Berücksichtigung.

Abschnitte über die polnische Bewegung habe ich namentlich meiner früheren, im Buchhandel vergriffenen Arbeit „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung innerhalb Rußlands" (in polnischer Sprache) entnommen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der neuesten Forschung.

Die russische revolutionäre Bewegung von 1897 bis 1900 ist als Ganzes bisher nicht bearbeitet worden, obgleich in einigen Publikationen, die sich auf die Geschichte der Sozialdemokraten oder Sozialrevolutionäre beziehen, wichtige Tatsachen bereits angeführt wurden. Material zur wirtschaftlich-sozialen Geschichte enthält namentlich das große, noch nicht abgeschlossene Werk „Obszczestwiennoje dwiženje w Rossii w naczale XX wieka" (Die soziale Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts). Sehr viel Material zur Geschichte der revolutionären Einzelgruppen bringen die sogenannten „Obzory"

(Abrisse), die jährlich von den Polizeidepartements herausgegeben werden und ausführliche Zusammenstellungen der politischen Angelegenheiten enthalten. Burcew ist dieser „Abrisse“ habhaft geworden und hat sie der Forschung zugänglich gemacht. Auf diesem Material beruhen die Berichte, die der Justizminister und der Minister des Innern dem Zaren hält und die jetzt gedruckt vorliegen.

Ein ungeheures Tatsachenmaterial enthalten auch die revolutionären Zeitschriften der verschiedenen Gruppen und Parteien und einzelne Broschüren.

Trotz dieser wichtigen Quellen fehlen eine ganze Anzahl von Tatsachen, um das Bild der Bewegung von 1891 bis 1900 zu vervollständigen. Es fehlen uns namentlich die Aufzeichnungen der revolutionären Führer über ihre Wirksamkeit in den einzelnen Städten Rußlands. Infolgedessen haben wir kein endgültiges Bild der Geschichte der einzelnen Organisationen in den Provinzstädten und selbst in Moskau. Trotzdem können wir uns eine klare Vorstellung über den allgemeinen Charakter der Bewegung, seinen Umfang und seine Bedeutung innerhalb der geschilderten Epoche machen und man darf annehmen, daß spätere Quellen uns nichts absolut Neues bringen werden.

Lemberg, den 3. November 1913.

Der Verfasser.

Inhalt.

Berichtigungen.

S. 38 Anmerkung lies Kolzows statt Krolzows.
S. 40 Z. 7 von unten lies Delianow statt Dalianow.
S. 60 Z. 7 von oben lies Wissenschaftler statt Wissenschaften.
S. 61 Z. 14 von oben lies Juridiczeskoj statt Juriczeskoj.
S. 68 Anmerkung lies wo statt o.
S. 68 Anmerkung lies Minuwszyje statt Minuwozyje.
S. 69 Anmerkung lies rev. dwizenja statt razdwizenja.
S. 80 Z. 1, 7 und 12 von unten lies Landezen statt Landeren.
S. 80 Z. 3 von unten lies Kaschincew statt Kaschnicew.
S. 112 Z. 14 von oben lies deutsche statt russische.
S. 258 Z. 3 von unten lies veröffentlichte statt veröffentliche.

Dritter Teil.

Vom Beginn der sozialdemokratischen Bewegung bis zum Ausbruch der Unzufriedenheit in den weitesten Schichten der russischen Gesellschaft vor der Revolution. (1886 bis 1900.)

Erstes Kapitel.

Die ersten revolutionären sozialdemokratischen Gruppen in Rußland.

I.

Auf den radikalsten Teil der russischen Intelligenz hatte die westeuropäische sozialistische Bewegung stets den allergrößten Einfluß. Aus diesem Grunde müssen wir hier kurz auf jene Änderungen eingehen, die diese Bewegung in Europa gegen das Jahr 1880 durchgemacht hat. Bei der Gestaltung neuer revolutionärer Strömungen innerhalb der russischen Gesellschaft, die sich gegen Ende der Tätigkeit der „Volksfreiheit", namentlich aber nach dem Verfall dieser Partei geltend machten, spielte sie keine große Rolle.

Als die Internationale auf dem Haager Kongreß von 1872 zerfiel, setzten die Anarchisten ihre Tätigkeit in sehr tatkräftiger Weise fort: in Italien, Spanien, der französischen Schweiz, in Belgien und Holland war ihr Einfluß bedeutend.

In Frankreich hatte die sozialistische Bewegung infolge der Reaktion, die nach dem Sturze der Kommune einsetzte, viel verloren: eine langsame Wiedergeburt begann erst nach dem Jahre 1878. England hatte eine starke Arbeiterbewegung, doch war sie nicht eigentlich sozialistischer Art. Deutschland war das einzige Land, wo die sozialdemokratische Bewegung kräftig Wurzel schlug und zwar schon gegen 1870, also zu einer verhältnismäßig frühen Zeit. 1875 erfuhr die Bewegung durch die Vereinigung mit den Lassallianern noch eine erhebliche Stärkung.

Die Anarchisten beriefen internationale Kongresse und schienen bis zum Jahre 1877 in den romanischen Ländern eine

starke Partei zu bilden, stärker mindestens als jene andere Gruppe von Anhängern und Schülern von Marx, die sich um den nach dem Haager Kongreß nach Neuyork verlegten Generalrat scharten.

Allmählich fanden jedoch in der europäischen Arbeiterbewegung Spaltungen statt. Gegen das Jahr 1880 bekam die sozialdemokratische Richtung, die von Marx ausging, das Übergewicht. Die internationale anarchistische Bewegung begann nach dem Jahre 1877 an Umfang zu verlieren und ihren Massencharakter einzubüßen, aus einer Arbeiterbewegung wurde sie allmählich eine Vereinigung, die nur kleine Gruppen umfaßte, die vorwiegend aus Mitgliedern der Intelligenz bestanden. Internationale anarchistische Zusammenkünfte wurden immer seltener und hörten allmählich ganz auf. In den einzelnen Ländern, namentlich in den romanischen, wurde ihr Einfluß immer geringer.

Vom Jahre 1880 ab wird in Italien die sozialdemokratische Partei immer stärker und gewinnt an Umfang. Gleichzeitig geht einer der hervorragendsten Bakunisten und italienischen Revolutionäre, Andreas Costa, in ihre Reihen über.

In Frankreich gewann die „Arbeiterpartei" in den folgenden Jahren immer größere Bedeutung, an ihrer Spitze standen zwei entschiedene Marxisten, Guesde und Lafargue In Belgien erhielt in den Jahren 1877/78 zunächst unter den Flamen, dann aber im ganzen Lande, die parlamentarische und reformatorische Bewegung das Übergewicht über die anarchistische. Und wenn auch die damaligen Führer der belgischen Sozialisten nicht Marxisten in der theoretischen Bedeutung dieses Wortes waren, so näherten sie sich doch in allen praktischen Fragen den Sozialdemokraten und nicht den Anarchisten. 1883 entstand endlich auch in England eine sozialdemokratische Partei, die noch bis auf den heutigen Tag ziemlich schwach ist.

Nur in Spanien blieb der starke Einfluß der Anarchisten auch auf die Arbeiterkreise ungeschwächt. Dagegen verlor die anarchistische Bewegung in der französischen Schweiz an Bedeutung. In der deutschen Schweiz entstand eine sozialdemokratische Bewegung.

Welches waren nun die Ursachen dieses Verfalls des Anarchismus und des Triumphes der Sozialdemokratie? Die anarchistischen Schriftsteller sind bisher die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Selbst Guillaume, der Verfasser einer wertvollen Arbeit „L'Internationale" hat im letzten Bande dieses Werkes diesbezügliche Erwartungen enttäuscht und den Verfall des Anarchismus nicht zu erklären gewußt.

Meiner Ansicht nach waren es die Erfahrungen der Arbeitermassen sowie die Entwicklung der parlamentarischen Staatsverfassung, die den Triumph der sozialdemokratischen Richtung und den Niedergang des Anarchismus verursachten.

So hatten z. B. die italienischen Bakunisten in der Zeit von 1874 bis 1880 zahlreiche Versuche gemacht, um eine Massenrevolution zu entfachen, ohne je zu Resultaten zu gelangen. Eine ähnliche Bewegung in Spanien war ebenso erfolglos. In anderen Ländern kam es nicht einmal zum Versuch, eine Massenrevolution ins Leben zu rufen, da die Aussichtslosigkeit eines solchen Versuches unter den damaligen Verhältnissen von vornherein klar war.

Das Programm der Anarchisten war unfruchtbar. Es rechnete weder mit der Wirklichkeit, noch enthielt es Andeutungen irgendwelcher Art über die Verbesserung der gegenwärtigen Lage des Proletariats. Es sprach einzig von Streik, Revolution, Propaganda und einer künftigen staats- und eigentumslosen Ordnung. Da die Anarchisten aber nicht imstande waren, eine siegreiche Revolution hervorzurufen, und allgemeine, vom Staat im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung durchgeführte Reformen negierten, da sie überdies jedwede Verständigung mit den fortschrittlichen und demokratisch-radikalen bürgerlichen Parteien verwarfen, waren sie notwendig zur Untätigkeit verurteilt. Nur gefährliche, wenig aussichtsreiche Unternehmungen lagen im Bereich ihrer Möglichkeit.

Überdies befestigte sich der Parlamentarismus in Europa mehr und mehr, Bürgerfreiheiten wurden errungen, eine immer stärkere Demokratisierung des Staates war die Folge und so erlangten auch die Massen einen immer größeren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung. Der Parlamentarismus ist freilich

nicht imstande, verwickelte soziale Angelegenheiten zu entwirren, ebensowenig ist er imstande, scharfe soziale Kämpfe aus der Welt zu bringen, unstreitig aber erleichtert er die Durchführung vieler Reformen und bringt soziale Antagonismen in bestimmte Formen. Gleichzeitig erleichtert er die Orientierung über Art und Beziehung der sozialen Kräfte. Es wäre naiv anzunehmen, der Parlamentarismus mache in Zukunft alle Revolutionen unmöglich, aber er trägt sicherlich dazu bei, daß sie seltener werden. Die Fabrikgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Demokratisierung des Bildungswesens, die größere Verbreitung von Zivilisationserrungenschaften in der Masse der Bevölkerung, alles das sind für das Proletariat unstreitig Faktoren von großer Wichtigkeit. Auch der sogenannte Munizipalsozialismus trägt dazu bei, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. Allerdings hat die Arbeiterschaft auf diesem Wege keine wichtigen Errungenschaften in kurzer Zeit erlangt, ja sie hat noch nicht einmal alles erlangt, was unter den heutigen Verhältnissen zu erlangen wäre, doch ist auf jeden Fall ein Fortschritt in dieser Richtung vorhanden.

Die Arbeiterschaft Westeuropas begann schon nach dem Jahre 1880 zu begreifen, daß sie selbst innerhalb der Grenzen der heutigen sozialen und politischen Ordnung wichtige Vorteile für sich erringen könne, und betrat deshalb willig den Weg der Reformen. Gerade der aufgeklärteste Teil der Arbeiterklasse kam bald zur Einsicht, daß nicht die Zerstörung des Staates im allgemeinen das nächstliegende Ziel sei, sondern die Demokratisierung und allmähliche Beherrschung des Staates, um so mit der Zeit eine völlige Umwälzung der bestehenden sozialen Ordnung im Interesse der ungeheuren Mehrheit der Bürger herbeizuführen. Die Arbeiterschaft begriff ferner, daß es einer allseitigen Vorbereitung bedürfe, um dieses Ziel in Zukunft zu erreichen. Der unmittelbare Nutzen der bisher durchgeführten Reformen kommt heute in erster Reihe freilich fast nur jenem Teil der Arbeiterschaft zugute, der organisiert und aufgeklärt ist und verhältnismäßig ständige Arbeit hat, mittelbar kommen die verschiedenen Reformen jedoch auch der Arbeiterschaft im allgemeinen zugute. Kulturelle Reformen auf dem Gebiete

des Unterrichtswesens, der Hygiene usw. sind heute schon für die gesamte Arbeiterschaft ein wesentlicher Faktor.

II.

Wir sahen bereits, daß die sozialdemokratischen Ideen in der engeren Bedeutung dieses Ausdrucks in Rußland keine Anhänger hatten. Die Anschauungen der Anhänger Lawrows berührten sich nur in gewissen Punkten mit ihnen, die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit", die den politischen Kampf an erste Stelle rückten, näherten sich ihnen in mancher Hinsicht mehr, unterschieden sich aber in anderer wieder bedeutend von den europäischen Sozialdemokraten, da sie manches mit den Blanquisten gemein hatten.

Die alte anarchistische volkstümelnde Richtung hatte keine Erfolge, ebenso mißlungen war die Taktik der Partei „Volksfreiheit", das Ergebnis war, daß die russischen Revolutionäre neue Wege zu suchen begannen. Um diese Zeit machten sich bei einzelnen russischen Revolutionären, die nach Westeuropa gingen und die dortige Arbeiterbewegung gründlich studierten, sozialdemokratische Einflüsse mehr und mehr geltend. Denjenigen Revolutionären, die in Rußland tätig waren und den täglichen Kampf gegen die Regierung und die herrschenden Klassen führten, fehlte es tatsächlich an Zeit, um ihre taktischen und prinzipiellen Anschauungen einer Durchsicht zu unterziehen und die westeuropäische Arbeiterbewegung kennen zu lernen. Es war auch durchaus kein Zufall, daß gerade jene russischen Revolutionäre sich zuerst zur Sozialdemokratie bekannten, die gegen die in Rußland herrschende Strömung waren.

Es waren Emigranten, alle noch kurz vorher Mitglieder der Partei der „Schwarzen Aufteilung": Plechanow, Axelrod, Deutsch, Wiera Zasulitsch, Stefanowitsch. Der letztere war allerdings, wie wir bereits wissen, ehe er sich völlig der sozialdemokratischen Richtung anschloß, zur Partei „Volksfreiheit" übergegangen; wahrscheinlich hatte er dabei die Absicht gehabt, sie zu einer der Sozialdemokratie stark angenäherten Arbeiterpartei zu machen.

Kurze Zeit hindurch hatte es den Anschein, als würden einige dieser Menschen an den „Mitteilungen der Partei Volks-

freiheit“, die im Auslande erschienen, mitarbeiten, Axelrod veröffentlichte in der Tat einen Aufsatz in dem Blatt, auch Plechanow sollte für die Zeitung schreiben. Bald aber erwies sich, daß die Anschauungen dieser Menschen von denen der Herausgeber allzusehr abwichen, der größte Gegensatz bestand zwischen ihnen und Tichomirow. Ehe ich mich den Ideen der genannten russischen Revolutionäre zuwende, wollen wir noch den Marxismus im allgemeinen kurz besprechen.

III.

In der Entwicklung des menschlichen Denkens gehört der Marxismus sicherlich zu den bedeutendsten und tiefsten Erscheinungen. Er verkörpert nicht nur eine soziale, wirtschaftliche und politische Richtung, sondern ebensosehr ein philosophisches System, ja er ist eine fast geschlossene Weltanschauung. Sein Einfluß war um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein ziemlich beschränkter, doch verstärkte er sich besonders zu Anfang des 20. um ein bedeutendes. Er machte sich nicht nur im sozialen und politischen Leben geltend, sondern ebensosehr auf verschiedenen Gebieten menschlichen Denkens.

Mit dieser Tatsache steht die andere, daß sich gegen Ende des verflossenen Jahrhunderts im Schoße des Marxismus selbst eine revisionistische Strömung herauskristallisierte, durchaus nicht im Widerspruch. Der Revisionismus bemüht sich zwar, einige Schlußfolgerungen des Marxismus zu ändern oder sogar gänzlich zu streichen, diese „Ableger“ des Marxismus haben jedoch bis heute seine Grundlagen nicht erschüttert. Anderseits haben sie die orthodoxen Theoretiker zur Verteidigung gezwungen. Überdies ist der Marxismus eine ziemlich biegsame Theorie, die sich wenigstens in einigen Punkten verschieden deuten läßt, je nach dem allgemeinen Wissensstand früherer Zeiten oder abhängig von verschiedenen wissenschaftlichen Neigungen.

Ich kann hier natürlich nicht die gesamte Theorie des Marxismus besprechen, ebensowenig kann ich alle ihre starken und schwachen Seiten in Theorie und Praxis durchgehen. Eine solche Auseinandersetzung würde ein eigenes umfangreiches Werk erfordern. Ich muß mich daher notwendig auf eine allgemeine

Charakteristik der Doktrin beschränken, etwas ausführlicher werde ich mich nur bei jenen Seiten des Marxismus aufhalten, die für die Praxis der sozialistischen Bewegung in Betracht kommen, da gerade sie in der russischen revolutionären Bewegung eine große Rolle gespielt haben.

Was den Marxismus von anderen sozialen und politischen Strömungen unterscheidet, ist der Umstand, daß eine tiefgehende Analyse der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Zustände den Ausgangspunkt seiner Folgerungen für die nähere und weitere Zukunft bildet. Der Marxismus gründet seine Ideale auf bereits zutage getretene Entwicklungstendenzen der Gesellschaft. Der Marxismus hat eine Untersuchungsmethode der sozialen Erscheinungen geschaffen, indem er die „Produktivkräfte" in den Vordergrund schob, von denen er die Gesamtheit der Beziehungen des Massenlebens und seine Ideologie abhängig macht. Die Produktivkräfte haben nach Marx die verschiedenen sozialen Gruppen und ihre gegenseitigen Beziehungen gebildet. Der Klassenkampf ist die Achse, um die sich die Weltgeschichte dreht.

Der Marxismus bemüht sich, den nüchternsten Realismus mit dem weitgehendsten Idealismus zu vereinigen, zur Grundlage seines Systems macht er das Leben selbst. Immer wieder macht er geltend, daß man mit den Erscheinungen des Lebens rechnen, sich seinen Entwicklungstendenzen anpassen müsse. Ich habe es nicht nötig, hier die Theorie des Marxismus zu schildern, da seine allgemeinen Züge wohlbekannt sind. Ich wende mich nur einigen Seiten dieser Lehre zu.

Es gehört zu den wichtigsten Prinzipien des Marxismus, daß er die Notwendigkeit dieser und keiner anderen Richtung der historischen Entwicklung aufdeckt, daß er diese Entwicklung selbst auf objektive Faktoren zurückführt. Bei der Besprechung verschiedener Werke russischer Marxisten werde ich später noch Gelegenheit haben, die verschiedenen Anschauungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus darzulegen.

Jetzt wollen wir uns nur bei jenen theoretischen Punkten des Marxismus aufhalten, die in der Theorie selbst eine erstklassige Rolle spielen und gleichzeitig die häufigste Veranlassung

zu verschiedenen Mißverständnissen sind. Schuld hieran sind einerseits verschiedene Interpreten des Marxismus, anderseits eine an gewissen Stellen undeutliche und ungenaue Sprache von Marx selbst und seinem Freund und Mitarbeiter Engels.

Schon der Begriff der sozialen Entwicklung als eines notwendigen Prozesses, dessen Richtung durch objektive Faktoren (die Produktivkräfte) bestimmt ist, wurde auf verschiedene Weise interpretiert.

Marx und Engels selbst wiesen stets darauf hin, daß die historische Entwicklung von Menschen getragen wird, deren Tätigkeit eines der unumgänglichen Glieder in der Kette der Ereignisse bildet. Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus betonten stets, daß es die objektiven Bedingungen sind, die die Menschen in entsprechender Weise gebildet haben, daß aber diese ihrerseits umgestaltend auf jene gewirkt haben.

Die sozialen Notwendigkeiten bestehen also nicht darin, daß irgendeine historische Entwicklung über den Köpfen der Menschen existiert und sich ohne ihr Hinzutun und ohne Kämpfe abspielt; sie beruhen vielmehr darin, daß unter bestimmten Bedingungen notwendig soziale Gruppen entstehen, die von bestimmten Antrieben belebt sind und denen bestimmte bewußte Ideale gesetzt sind, die sie zu verwirklichen trachten. Der Marxismus hat häufig dargelegt, auf welche Weise objektive Bedingungen entsprechende subjektive Stimmungen und Bestrebungen hervorbringen. Der Marxismus einverleibt den menschlichen Willen dem historischen Prozeß, statt diesen als etwas von den Bestrebungen menschlichen Handelns Unabhängiges hinzustellen.

Nichtsdestoweniger fanden sich verschiedene „populäre“ Marxisten, die die Theorie vereinfachten und sich bemühten darzulegen, soziale Umwälzungen seien ein lediglich mechanischer Prozeß; objektive Faktoren, erklärten sie, beeinflussen die Menschen, aber die Menschen ihrerseits beeinflussen diese nicht. Der menschliche Wille ist nach ihnen kein Glied in der Entwicklungskette des historischen Ablaufs, sondern steht hinter diesem Prozeß usw.

Ich muß es mir hier aus Platzmangel versagen, entsprechende

Zitate anzuführen, ich begnüge mich mit dem Hinweis, daß eine derartige Interpretation der marxistischen Idee von der historischen Notwendigkeit sich sowohl in der theoretischen als in der Agitationsliteratur der verschiedenen Kulturvölker häufig findet. Ich gehe nunmehr zum soziologischen Materialismus über und bemerke, daß auch dieser in verschiedener Weise aufgefaßt wurde und wird [1]).

Marx und Engels haben ihn nicht erschöpfend begründet und ihn an verschiedenen Punkten oft sogar zweideutig formuliert. Jedenfalls aber haben sie deutlich erklärt, daß sich alle Erscheinungen des Massenlebens erst in letzter Reihe aus den Produktivkräften ableiten lassen. Nichtsdestoweniger haben viele Publizisten, die sich für Marxisten halten, das Bestreben, die gesamten Erscheinungen des sozialen und politischen Lebens sowie die gesamte Ideologie einer gegebenen Zeit und Örtlichkeit unmittelbar aus den Produktivkräften abzuleiten. Auch dies Verfahren bedeutet eine „Vereinfachung" des Marxismus, wobei eine ganze Reihe von Mittelgliedern, denen eine große Bedeutung zukommt, einfach übersehen wird.

Auf derartige und ähnliche Meinungen stößt man nicht nur in theoretischen Schriften, sondern ebenso in Programmen und auf dem Gebiet der Taktik.

So haben z. B. verschiedene Marxkommentatoren aus der Tatsache, daß Marx stets bestehende Entwicklungstendenzen zum Ausgangspunkt der praktischen Politik nimmt, den Schluß gezogen, die sozialistische Politik solle nur Dinge anstreben, deren Verwirklichung sich von vornherein voraussagen läßt.

Publizisten aus dem marxistischen Lager, die derartige Ansichten verbreiten, vergessen Engels' Worte, die er in seiner Vorrede zum „Klassenkampf in Frankreich in den Jahren 1848—50" ausspricht. Er weist an dieser Stelle darauf hin, daß es unmöglich ist, alle Entwicklungstendenzen eines gegebenen historischen Moments während seines Verlaufs schon zu übersehen, ein solcher Überblick ist vielmehr erst später möglich.

---

1) Siehe hierüber meine kleine Abhandlung: „Die materialistische Geschichtsauffassung" (in polnischer Sprache).

Mit einem Worte, der praktische Politiker kann nach Engels nicht warten, bis alle Tendenzen der sozialen Entwicklung klar hervortreten. Und doch muß er handeln, er muß also notwendig, wenn er auch die grundlegenden sozialen Tendenzen zum Ausgangspunkt nimmt, sich in einer gegebenen Zeit und Örtlichkeit in der praktischen Politik bis zu einem gewissen Grade des Rationalismus bedienen und in seiner Ideologie dem Sicheren auch das Wünschenswerte hinzufügen, von dem sich aber nicht mit Bestimmtheit sagen läßt, ob es auch in der Tat eintreten wird. Natürlich muß man hierbei auch in Betracht ziehen, ob das Wünschenswerte gleichzeitig durchführbar ist. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß gerade diese Schlüsse sich logisch aus Engels' Warnung ergeben[1]).

Viele Kommentatoren des Marxismus überschätzen auch im allgemeinen den Umfang dessen, was sich auf Grund einer genauen Analyse der bestehenden historischen Tendenzen voraussagen läßt. Für manche Marxisten gibt es überhaupt keine schöpferische politische Tätigkeit, da die Menschen gleichsam hinter dem Entwicklungsmechanismus der Gesellschaft stehen. Sie begreifen nicht, daß der Politiker zwar nicht neue Kräfte aus dem Nichts schöpfen, jedoch in starkem Maße zur Verwirklichung irgendeines Programms beitragen kann, indem er bestehende Kräfte geschickt ausnutzt und zusammenfaßt, die Lage richtig überschaut und den Kampf so lenkt, daß die schärfsten Zusammenstöße in den hierfür günstigsten Augenblicken erfolgen.

Marx hat stets darauf hingewiesen, daß jede tiefergehende politische Bewegung sich auf bestimmte soziale Schichten stützen und der Ausdruck ihrer Bestrebungen sein muß. Als der Verfasser des „Kapitals" den historischen Schauplatz betrat, waren militärische und andere Verschwörungen an der Tagesordnung, ihnen stellte er die tiefergehende, mehr Siegessicherheiten darbietende breite Massenbewegung gegenüber.

Den kleinen Verschwörergruppen gegenüber machte er die breite Klassenbewegung geltend. Aus dieser Tatsache läßt sich

---

1) Siehe hierüber meine Artikel in der Krakauer (polnischen) Zeitschrift „Die Kritik", Jahrg. 1909, unter dem Titel „Luxemburgische Legenden".

jedoch nicht der Schluß ziehen, daß stets nur die unmittelbare Aktion ganzer Massen zu den erwünschten Ergebnissen führen kann. Und doch traten später die Syndikalisten auf und erklärten angeblich in Übereinstimmung mit Marx, nur die unmittelbare Aktion des Proletariats als Klasse könne etwas für dieses erreichen und es zu immer größeren Errungenschaften und schließlich zum endgültigen Siege führen. Auf der anderen Seite fanden sich zahlreiche Sozialdemokraten, die im Namen der Klassen- und Massenbewegung jede Verschwörungstaktik verwarfen, wenn diese auch nur vorübergehend ergriffen werden sollte und nicht die Verdrängung, sondern Unterstützung der Massenbewegung zum Ziel hatte. In manchen „marxistischen" Kreisen wird jeder Kampf kleiner Revolutionsgruppen gegen die Regierung, etwa in der Form, wie ihn die Partei „Volksfreiheit" führte, als ein blanquistisches Überbleibsel angesehen, d. h. als etws Abenteuerliches, der wissenschaftlichen Beurteilung sozialer Erscheinungen Widersprechendes. Man kann freilich von Fall zu Fall aus dem einen oder anderen Grunde eine derartige Kampfesweise abfällig beurteilen, je nach den Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Doch läßt sich ihre praktische Bedeutung und ihre Zweckmäßigkeit nicht von vornherein auf Grund pseudowissenschaftlicher Schlüsse beurteilen, die sich ihrerseits auf allgemeine Urteile stützen. Der Marxismus ist eine große und komplizierte wissenschaftliche Theorie, die nur vorsichtig gehandhabt werden darf. Eine Reihe marxistischer Publizisten vereinfacht diese Theorie jedoch, indem sie einige Sätze aus ihr ad absurdum führt.

Die oben erwähnten Punkte aus Marx' Theorie, die sehr verschiedene Auslegungen erfuhren und auch heute noch erfahren, werden auch in Rußland verschieden aufgefaßt, ein Umstand, der für die revolutionäre Praxis von großer Bedeutung war.

Ein besonderer Vorzug des Marxismus als Theorie der sozialen Bewegung besteht darin, daß er den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kampf des Proletariats zu einem harmonischen Ganzen vereinigt, zum Klassenkampf der Arbeiterschaft, der die endgültige Befreiung derselben bezweckt. Gerade

dieser Umstand gab dem Marxismus seinen synthetischen Charakter im Gegensatz zu anderen Richtungen, wie etwa dem Blanquismus oder Proudhonismus.

IV.

Eine von Stefanowitsch im Jahre 1880 herausgegebene Broschüre „Das Leiden des Tages (eine brennende Tagesfrage)“ zeigt bereits deutlich die beginnende Wandlung in den Anschauungen jener russischen Revolutionäre, die sich um die Partei der „Schwarzen Aufteilung“ gruppierten.

Der Verfasser ist hier zwar noch kein bewußter Sozialdemokrat, aber ebensowenig ein bauernenthusiastischer Anarchist der alten Art. In erster Reihe steht für ihn die revolutionäre Tätigkeit innerhalb des städtischen Proletariats. Er verlangt die Organisation der städtischen Arbeiterschaft in Gewerkschaften auf Grundlage des wirtschaftlichen Kampfes. Derartige Organisationen müßten seiner Ansicht nach die Grundlage einer scharf revolutionären Tätigkeit sein.

Niewzorow fügt in einer Auseinandersetzung über diese Broschüre hinzu [1]), Stefanowitsch sei der Ansicht gewesen, der wirtschaftliche Kampf müsse den Boden für einen scharf politischen vorbereiten. Meiner Ansicht nach ist jedoch eine derartige Interpretation der Anschauungen Stefanowitsch' allzu kühn. Er trat allerdings nicht gegen die politische Sektion auf, wie sie die Partei „Volksfreiheit“ führte, er war jedoch weit davon entfernt anzuerkennen, die nächste Aufgabe der Partei bestünde in der Erringung politischer Freiheit.

Stefanowitsch trennt den politischen Kampf, der die Durchführung einer demokratischen konstitutionellen Ordnung anstrebt, noch nicht scharf von jenem Kampf, dessen Ziel die Vernichtung der bestehenden sozialen und politischen Organisation ist, um an deren Stelle eine neue auf dem Kollektivismus aufgebaute Ordnung zu setzen.

Wenn Stefanowitsch die revolutionäre Tätigkeit unter der städtischen Arbeiterschaft auch an erste Stelle rückt, so ver-

---

1) „Treten wir die Erbschaft nicht an“ (in russischer Sprache), S. 56.

zichtet er deswegen noch nicht auf die Bauern, er ist nur der Ansicht, daß die aufgeklärte Arbeiterschaft in ihrem eigenen richtig verstandenen Interesse von selbst die Bauern in die Bewegung einbeziehen werde. Stefanowitsch fürchtete auch, der terroristische Kampf könne die Revolutionäre von der Agitation und Propaganda unter der Arbeiterschaft abziehen.

Er beklagt in seiner Broschüre den Umstand, daß die politischen Prozesse der vorhergehenden Jahre den Mangel an Arbeitern in der Bewegung gezeigt hätten. Im Grunde genommen war nur gegen Ende des Jahres 1879 die Agitation unter der Arbeiterschaft vorübergehend schwächer geworden. Wie wir bereits sahen, breitete die Partei „Volksfreiheit" schon im folgenden Jahre ihre Tätigkeit wenigstens unter der Petersburger Arbeiterschaft besonders aus, Stefanowitsch übersah damals die Tätigkeit der Partei „Volksfreiheit" nicht genau und hatte demzufolge kein ganz richtiges Urteil.

Mit einem scharf sozialdemokratischen, auf dem Marxismus beruhenden Programm trat erst Georg Plechanow in seiner berühmten, 1883 geschriebenen und herausgegebenen Broschüre hervor: „Der Sozialismus und der politische Kampf"[1]).

In der Vorrede zu seiner Broschüre meint Plechanow, sowohl die Anhänger der Partei „Land und Freiheit" als der Partei der „Schwarzen Aufteilung" würden mit den von ihm ausgesprochenen Anschauungen unzufrieden sein und den Vorwurf gegen ihn erheben, er sei seinen Überzeugungen untreu geworden. Aus diesem Grunde erklärt er schon von vornherein, in welchen Punkten er seinen alten Ansichten treu geblieben und in welchen er von ihnen abgewichen sei. Der Gedanke, daß die Arbeit im Volke und für das Volk notwendig sei und ebenso die Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk dieser selbst sein könne, sei nach wie vor die feste Grundlage seiner Anschauungen, dagegen hätten ihn sein mehrjähriger Aufenthalt im Auslande und das gründliche Studium sozialer Fragen zur Überzeugung gebracht, daß der Sieg einer

---

1) In russischer Sprache. Ich übergehe hier die kurze Vorrede Plechanows zu der russischen Ausgabe des „Kommunistischen Manifests" von Marx und Engels vom Jahre 1882.

instinktiven, spontanen Volksbewegung in der Art des Aufstandes von Stenka Razin oder der deutschen Bauernkriege im 16. Jahrhundert den sozialen und politischen Bedürfnissen des gegenwärtigen Rußlands nicht Genüge tun könnte. Er glaube jetzt, die früheren Formen des Volkslebens im alten Zarenreiche hätten bereits soviel Zersetzungselemente enthalten, daß sie ohne den unmittelbaren Eingriff einer starken und gut organisierten sozialistischen Arbeiterpartei eine höhere kommunistische Ordnung nicht hervorbringen könnten. Aus diesem Grunde müßten die russischen Revolutionäre neben dem Kampf gegen den Absolutismus darauf bedacht sein, die entsprechenden Elemente zur Bildung einer solchen Partei zu wecken und zu pflegen. Um diese Arbeit zu bewältigen, müßten sie sich jedoch auf den Boden des zeitgenössischen Sozialismus stellen. Der Verfasser denkt hierbei an die Sozialdemokratie.

Mit dem terroristischen Kampf, sagt Plechanow, hat eine neue Epoche in der Entwicklung der russischen revolutionären Bewegung eingesetzt, die Epoche des bewußten politischen Kampfes gegen die Regierung. Gerade dieser Umstand sollte für die Revolutionäre ein Ansporn sein, alle aus früheren Zeiten übernommenen Begriffe einer Kritik zu unterziehen [1]).

Der Verfasser beginnt nun seine eigentliche Arbeit, indem er sich mit den Ansichten russischer Revolutionäre über die Bedeutung des politischen Kampfes auseinandersetzt. Er zeigt, wie sie ihn bald als Verrat an der Sache des Volkes ansehen, bald wieder bereit sind, um erträumter Vorteile willen mit den liberal-opportunistischen Elementen der russischen Gesellschaft einen Kompromiß einzugehen. Plechanow charakterisiert des weiteren kurz und treffend die Ansichten der Anhänger Bakunins, Lawrows und Tkatschews, wobei er ihren verfehlten Standpunkt dem politischen Kampf der Partei „Volksfreiheit" gegenüber aufdeckt. Ohne sich mit der Taktik dieser Partei ganz einverstanden zu erklären, erkennt Plechanow den von ihr geführten Kampf um politische Freiheit doch völlig an, ja er sieht

---

1) Plechanows Werke (in russischer Sprache), S. 141/142, Genfer Ausgabe von 1905.

es als Verdienst der Partei an, der revolutionären Bewegung in Rußland damit einen neuen Anstoß zu weiterer Entwicklung gegeben zu haben. Er weist auch darauf hin, daß diese Partei zwar in mannigfacher Beziehung, namentlich in ihrer Taktik, mit der Tradition der früheren Bewegung gebrochen, sich jedoch von der Theorie der „Volkstümelei" nicht völlig frei gemacht habe und noch immer versuche, der „russischen ursprünglichen Eigentümlichkeit" eine neue Basis zu geben [1]).

Diese Theorie hält jedoch nach Plechanow der Kritik nicht stand, namentlich wimmle sie von Behauptungen, die aus einer völligen Unkenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Zustände Westeuropas hervorgehen. Als Gipfel der Bauernillusion und des Bauernkultus führt Plechanow den bekannten Ausspruch Tichomirows an, in der zukünftigen russischen Gesetzgebenden Versammlung würden sich 90% der Abgeordneten für eine soziale Umwälzung aussprechen [2]).

In einem zweiten Abschnitt geht der Verfasser zu einer Charakteristik des wissenschaftlichen Sozialismus über. Er führt den bekannten Satz aus Marx' „Kritik der politischen Ökonomie" an, worin der Verfasser des „Kapitals" die Grundlagen des soziologischen Materialismus kurz zusammenfaßt. Dann setzt er einige Punkte dieser Theorie allzu flüchtig auseinander, etwas länger hält er sich bei dem Entstehungsprozeß der einzelnen sozialen Schichten auf, ebenso beim Klassenkampf und schließlich bei

1) Ebenda S. 158.

2) Wenn Plechanow auch im allgemeinen die Fehler der Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" richtig darstellt, macht er doch Shelabow ungerechtfertigte Vorwürfe, wobei er sich allerdings auf dessen von Tichomirow verfaßte Biographie stützt. So behauptet er von Shelabow, dieser habe sich während seiner Tätigkeit gegen die Erscheinungen des Klassenkampfes in Rußland, d. h. gegen die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit ausgesprochen. Diesem Satz widerspricht die gesamte Tätigkeit Shelabows, die wir im zweiten Bande dieses Werkes kennen lernten. Tichomirow gibt in der betreffenden Schrift die Ansichten Shelabows nicht richtig wieder, denn dieser verkannte den Klassenkampf nicht, sondern wollte nur nicht durch ihn den Kampf um die politische Freiheit, die für das gesamte Volk erwünscht ist, verdrängt sehen. Shelabow hatte auch darin recht, daß er die russische Revolution nicht ausschließlich als Arbeiter- und Bauernbewegung ansah, sondern als eine Umwälzung von allgemein nationaler Bedeutung.

den Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Faktoren. Er weist auch mit vollem Recht auf die Tatsache hin, daß sich häufig eine flache Auffassung des Marxismus geltend mache, die den politischen Kampf allzu gering einschätzt.

Plechanow weist auch den Tatsachen entsprechend darauf hin, daß Marx die Notwendigkeit des politischen Kampfes, den er aus den wirtschaftlichen Grundlagen ableitete, stets betonte. Der Verfasser unterzieht dann Begriffe, Ursachen und Wirkungen einer eingehenden Untersuchung, um so tiefer in die sozialen Erscheinungen einzudringen und die Beziehungen der wirtschaftlichen und politischen Faktoren zueinander zu klären. Er weist mit Recht darauf hin, daß sich zwar bei sehr einfachen Erscheinungen Ursachen und Folgen leicht aufdecken lassen, daß dies bei komplizierten Ereignissen jedoch überaus schwierig sei, am allerschwersten im Bereich sozialer Erscheinungen. Um diesen Satz zu beweisen, führt er eine Reihe von Beispielen aus verschiedenen Wissensgebieten an. Entsprechend der Lehre seiner Meister kommt auch Plechanow zu dem Schlusse, der gleiche Faktor könne in einer Reihe von Ereignissen bald als Folge, bald als Ursache auftauchen. Der politische Kampf zeige dies auf das allerdeutlichste. Die Geschichte lehrt uns, sagt Plechanow, daß überall und immer, wo die ökonomische Entwicklung zu einer Differenzierung der Gesellschaft in Klassen führt, die Gegensätzlichkeit ihrer Interessen auch den Kampf um die Erringung der politischen Macht mit sich bringt. Um seine Behauptung zu beweisen, führt der Verfasser verschiedene historische Tatsachen an, wobei er mit der Geschichte des Altertums beginnt und mit der gegenwärtigen Epoche schließt, in welcher der Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum die erste Rolle spielt.

Ebenso wie das Repräsentativsystem (das monarchische sowohl wie das republikanische) das Kind der Bourgeoisie war, ebenso ist es der Wunsch des Proletariats, eine unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk ins Leben zu rufen, da sie die einzige Form der politischen Ordnung ist, welche die sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft verwirklichen kann.

Wie die Mehrzahl der Sozialdemokraten, so änderte auch

Plechanow später seine Ansichten über die unmittelbare Gesetzgebung durch das Volk, indem er anerkannte, ein auf breiter demokratischer Grundlage ruhender Parlamentarismus könne in den Händen des organisierten Proletariats ein mächtiges Mittel zur Erlangung seiner sozialen Ziele sein.

Die unterdrückte soziale Klasse, sagt der Verfasser, wird sich nur allmählich über den Zusammenhang zwischen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der politischen Stellung im Staate klar. Zunächst sind es nur einzelne Mitglieder dieser Schicht, die einen individuellen Kampf mit einzelnen und zwar mit den allerärgsten Aussaugern aus dem Bürgertum führen. Allmählich beginnt das bewußte Proletariat jedoch die Erscheinung zu verallgemeinern und lernt endlich sich als Klasse anzusehen. Aber auch dann begreift es seine Lage noch nicht völlig, und ebensowenig den Mechanismus der sozialen und politischen Ordnung, innerhalb welcher es lebt. Erst in der nächsten höheren Phase seiner Entwicklung erlangt es einen klaren Begriff dieser Erscheinungen.

Plechanow wendet sich dann gegen alle jene, die der Meinung sind, das Proletariat könne tatsächlich in der heutigen Gesellschaftsordnung keinen politischen Einfluß erlangen, da es in immer stärkerem Maße ausgenutzt wird. Zwar wird auch seiner Ansicht nach die Armut der arbeitenden Klasse immer größer, und zwar nicht nur verhältnismäßig, sondern auch absolut, da ihre Einnahmen nicht nur im Verhältnis zu den Einnahmen der besitzenden Klassen nicht wachsen, sondern sogar zurückgehen (die Anzahl der von der Arbeiterklasse verbrauchten Konsumtionsmittel ist heute geringer als je); daraus folge aber durchaus nicht, daß die gegenwärtige Zeit für den politischen Kampf des Proletariats ungünstiger sei als die Vergangenheit.

Nach Plechanow ist die Organisation der Produktion und des Tausches auf diesen Kampf von größerem Einfluß als die Verteilung der Reichtümer. Der Verfasser vergleicht nun die Bedingungen, unter denen die Bourgeoisie gekämpft hat, mit jenen, unter denen gegenwärtig das Proletariat kämpft, und kommt zu folgendem Schluß: eine der Bedingungen, die den Sieg des Bürgertums herbeiführten, war sein Reichtum, mit dessen Hilfe

gewann es Einfluß auf weite Bevölkerungskreise; das Proletariat aber hat es nicht nötig, durch wirtschaftliche Mittel andere hinter ihm stehende soziale Schichten an sich zu ziehen, denn es ist erstens die zahlreichste und zweitens die letzte Schicht der Bevölkerung. Die Organisation von Produktion und Tausch schafft innerhalb der kapitalistischen Ordnung die subjektiven und objektiven Bedingungen zur Befreiung des Proletariats.

Die Entwicklung der Technik vergrößert die Macht des Menschen über die Natur und erhöht die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit in einem solchen Maße, daß ihr obligatorischer Charakter nicht nur kein Hindernis bilden, sondern sogar eine notwendige Bedingung für die allseitige Entwicklung aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft sein wird. Gleichzeitig ebnet die dem Kapitalismus entsprechende Sozialisierung der Produktion (Plechanow hat hier die Gemeinsamkeit der zeitgenössischen Produktion im Auge, d. h. die gleichzeitige Beteiligung vieler Arbeiter in den einzelnen industriellen Unternehmungen) der Einführung des gemeinsamen (sozialen) Eigentums an Produktionsmitteln und Arbeitsprodukten die Wege. Die Aktiengesellschaften machen die Fabrikbesitzer als Leiter der Produktion überflüssig, indem sie sie jeder tätigen Rolle im Produktionsprozeß entheben und sie in Faulenzer umwandeln.

Der Kapitalismus erweitert den Horizont der Arbeiterklasse und bringt Vorurteile ins Wanken, die den Arbeitern noch aus der Vergangenheit anhaften; der Kapitalismus ist es, der nach Plechanow die Arbeiter in den Kampf treibt und ihnen auch den Sieg sichert; vergrößert er doch die Zahl des Proletariats und schafft der Organisation günstige Bedingungen.

All das wird das Proletariat schließlich dahin bringen, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen und den Gesamtmechanismus des heutigen Staates zu seinen Gunsten zu benutzen. Und noch ein anderer Umstand vergrößert die Siegesaussichten der Arbeiterklasse. In Zeiten nämlich, wo der Klassenkampf sich stark ausbreitet und seinem Ende nähert, macht auch der Zersetzungsprozeß innerhalb der herrschenden Klassen große Fortschritte und ein beträchtlicher Teil geht in die Reihen derer über, die bisher die Ausgebeuteten waren. Die gleiche Erscheinung findet

auch jetzt statt, sagt unser Verfasser, in die Reihen des kämpfenden Proletariats treten die Ideologen aus bürgerlichen Kreisen.

Im dritten und letzten Teil seiner Arbeit behandelt Plechanow die russischen Zustände, um dann ein neues Programm der revolutionären Bewegung zu entwickeln.

Seiner Ansicht nach haben die russischen Revolutionäre bei ihrem Kampf gegen die bestehende Ordnung stets die Kräfte überschätzt, über die sie verfügten, wobei sie gleichzeitig die Hindernisse, die ihnen die soziale Umgebung in den Weg legte, zu gering achteten. Ebenso waren sie stets geneigt, zeitlich bedingte taktische Mittel als allgemein und ständig anzusehen. Infolgedessen, sagt unser Verfasser, war die russische revolutionäre Bewegung stets großen Veränderungen unterworfen.

Plechanow wendet sich nun wieder der Partei „Volksfreiheit" zu, um ihren programmatischen und taktischen Anschauungen seine eigenen gegenüberzustellen, die der Ausdruck des auf die russischen Verhältnisse angewandten Marxismus sind.

Tichomirows Optimismus, der in dem bereits mehrfach angeführten Aufsatz zutage tritt, ist nach Plechanow in doppelter Hinsicht schädlich: einmal, weil er die Revolutionäre von ihrer grundlegenden Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse abzieht, dann aber auch, weil er durch seine Prophezeiung eines nahe bevorstehenden und endgültigen Sieges des Sozialismus die liberalen Elemente abstößt, die zwar der Revolutionspartei nicht angehören, sie aber in ihrem Kampf gegen den Absolutismus unterstützen könnten.

Plechanow bespricht nun die verschiedenen optimistischen revolutionären Strömungen innerhalb der Partei „Volksfreiheit", wie sie namentlich in den Aufsätzen Tichomirows zu finden sind, und wendet sich bei dieser Gelegenheit auch gegen Tichomirows Theorie von der Erfassung der Staatsgewalt. Er ist zwar kein grundsätzlicher Gegner der politischen Machtergreifung durch das Proletariat, glaubt jedoch, daß sie erst am Ende des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die besitzenden Klassen möglich ist. Die Ergreifung der politischen Macht kann nicht eine Episode zu Beginn des Kampfes sein, solange die Arbeiterschaft weder genügend aufgeklärt noch genügend organisiert ist.

Übrigens, meint Plechanow, ist die politische Diktatur einer Klasse etwas ganz anderes als die Diktatur einer revolutionären Gruppe von Rasnotschinzen.

Ist das Proletariat einmal zur Macht reif, so wird es auch nicht eine Handvoll Revolutionäre und Verschwörer über sich herrschen lassen, sondern die neue Ordnung selber einführen wollen, eine Ordnung, die seinen Interessen völlig entsprechen und aus seinen Idealen hervorwachsen wird.

Plechanow glaubt nicht, daß das russische Proletariat schon in nächster Zeit die politische Macht ergreifen könnte, er hält es auch für einen Irrtum der Partei „Volksfreiheit“, daß Rußland bessere Aussichten für die Durchführung einer sozialen Umwälzung habe als Westeuropa.

Rußland bietet seiner Ansicht nach zwar einen besseren Boden für den Sozialismus als Indien, Persien oder Ägypten, aber einen unvergleichlich schlechteren als die westeuropäischen Länder. Die Massen sind in Rußland indolent und unaufgeklärt, ihr Haß gegen die besitzenden Klassen bietet noch keinerlei Sicherheit für eine siegreiche soziale Umwälzung. Mit der Expropriierung der Besitzenden ist noch nicht alles getan, man muß auch die neue Gesellschaft organisieren. Zu einer derartigen Organisation fehlt es jedoch nach Plechanow in Rußland noch an den nötigen wirtschaftlichen Grundlagen. Die alten Grundlagen, auf denen sich das Leben des russischen Volkes aufbaut, sind allzu eng, national verschieden und schließlich im Zustand der Zersetzung, neue aber erst im Entstehen begriffen. Die objektiven Produktionsbedingungen Rußlands sind nach Plechanow für eine sozialistische Organisation noch nicht reif, unter den Produzenten selbst finden sich daher noch keine Bestrebungen und Fähigkeiten für eine solche Organisation. Wenn es den Revolutionären selbst gelänge, eine „provisorische Regierung“ einzusetzen, so müßten sie doch, um die soziale Umwälzung herbeizuführen, nicht nur die bereits eingetretenen Veränderungen gutheißen und verallgemeinern, sondern auch neue schaffen, was sich nicht ohne weiteres mit Hilfe von Dekreten machen läßt.

Überdies, meint Plechanow, würde sich noch eine weitere

Schwierigkeit ergeben, die aus der Zusammensetzung der Revolutionsregierung selbst folgen würde. Denn die Revolutionspartei, die die politische Macht an sich reißen würde, würde nicht nur aus Arbeitern, sondern auch aus jungen, meist unpraktischen Leuten und aus Offizieren bestehen, deren ökonomisches Wissen wohl etwas angezweifelt werden kann. Unter solchen Umständen würde die „provisorische Regierung" wohl wenig für jene Rolle geeignet sein, die revolutionäre Publizisten ihr zuschieben wollen.

Aber auch wenn man annimmt, daß Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" wie Tichomirow nicht an eine rasche Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung durch die Revolutionsregierung denken, sondern an eine allmähliche, so sind die Schwierigkeiten nach Plechanow immer noch nicht behoben. In der Tat würde die „provisorische Regierung", wenn sie die wirtschaftliche Gleichheit auf Grundlage der Gemeindeherrschaft an Grund und Boden und mit Hilfe einer entsprechenden Politik auch aufrechthalten könnte, aber doch nicht imstande wäre, eine einheitliche nationale (den ganzen Staat umfassende) Produktion durchzuführen, doch des Tausches und der daraus folgenden Konsequenzen, die zur wirtschaftlichen Ungleichheit führen, nicht entbehren können. Infolgedessen hätte die „provisorische Regierung" nach Plechanow zwei Möglichkeiten vor sich: sie müßte entweder den passiven Zuschauer bei der Zersetzung der „wirtschaftlichen Gleichheit" abgeben oder aber ihr Heil im patriarchalischen und despotischen Kommunismus suchen, wie er im alten Peru geherrscht hat [1]).

Der Plan der Ergreifung der Staatsgewalt, um auf diese Weise den Kommunismus durchzuführen, ist also eine Utopie nach Plechanow. Die bestehenden Verhältnisse in Rußland bieten keinerlei Grundlage dafür. Sowohl aus objektiven, wie aus subjektiven Gründen würde die Revolutionsregierung infolge des wenig wachgerüttelten Bewußtseins der Massen die sozia-

---

1) Die in Plechanows Broschüre gegen die Partei „Volksfreiheit" erhobenen Vorwürfe beziehen sich namentlich auf deren zweite Epoche, als Tichomirow ihr Wortführer war.

listische Gesellschaftsordnung nicht einführen können. Die Zusammensetzung einer solchen Regierung selbst aber würde sich im entscheidenden Augenblick als den Interessen des Staates nicht entsprechend erweisen.

Plechanow weist die russischen Sozialisten auf zwei Aufgaben in der nächsten Zukunft hin: auf die Erringung der politischen Freiheit, die sich auf demokratische Einrichtungen, namentlich auf das allgemeine Wahlrecht stützen muß, sowie auf die Heranbildung von Elementen, die später die russische sozialistische Arbeiterpartei bilden könnten.

Würden die russischen Sozialisten die Forderung einer demokratischen Konstitution in den Vordergrund rücken, ohne gleichzeitig die liberalen Elemente durch das rote Gespenst des Sozialismus zurückzuschrecken, das sich angeblich in der nächsten Zukunft schon verwirklichen wird, so würden sie auch die Unterstützung breiter Schichten der russischen Gesellschaft erlangen, die mit dem Absolutismus unzufrieden sind. Die Sozialisten brauchen ihre letzten Ziele nicht zu verbergen und dürfen es nicht, sie sollen jedoch nicht unterlassen, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Ansicht auszusprechen, daß die Vergesellschaftung der Produktion nicht gleichzeitig mit der Vernichtung des Absolutismus oder sofort nach dessen Sturz eintreten wird.

Die Unterstützung der demokratisch-liberalen Elemente ist für die russischen Sozialisten sehr wichtig, ja zum Sturz des Absolutismus absolut notwendig.

Diese Unterstützung würde sich zunächst in der Form von Hilfeleistungen zeigen, die die Liberalen der revolutionären Bewegung entgegenbrächten. Dann aber würde sie wachsen, bis sie zuletzt — und dies wäre das wahrscheinlichste — sich in eine selbständige politische und soziale Bewegung umwandeln würde, die ihrerseits die politische Freiheit anstrebt.

Um eine starke Macht zu bilden, müssen die Sozialisten alles ihnen Erreichbare tun, um noch in der vorkonstitutionellen Zeit tatsächlich in Rußland die Anpassung der sozialen Kräfte zugunsten des Proletariats durchzuführen. Dieses Ziel kann durch Organisation und Aufklärung des Proletariats erreicht werden. Das Zusammenfassen der Kräfte und die Klarheit des

politischen und sozialen Zieles sind für jede Klasse, also auch für das Proletariat, von ungeheurer Bedeutung.

Würde die neu erstehende konstitutionelle Ordnung die Arbeiterklasse bereit finden, als selbständige Partei hervorzutreten, so würde dies von ungeheurer Bedeutung für die Zukunft der sozialistischen Bewegung in Rußland sein.

In diesem Augenblick der Umwälzungen müßte die Arbeiterklasse mit einem vollständigen Programm sozialer, wirtschaftlicher und politischer Reformen auftreten können. Die Ausarbeitung der Einzelheiten dieser Reformen müßten die Arbeiter selber in die Hand nehmen, die Intelligenz müßte sie nur über die wichtigsten Punkte aufklären: so über die radikalen Veränderungen der agrarischen Verhältnisse Rußlands, des Besteuerungssystems, der Fabrikgesetzgebung, über die geplante Staatshilfe, die Korporativ - Produktionsgenossenschaften zuteil werden müßte, usw.

Die Aufgabe der sozialistischen Intelligenz besteht nach Plechanow eben darin, wenigstens den vorgeschrittensten Mitgliedern der Arbeiterklasse in Rußland diese Dinge klarzumachen.

Die Tätigkeit innerhalb der Arbeiterschaft hat die russischen Sozialisten immer beschäftigt, doch haben sie ihr verhältnismäßig zu wenig Kraft geopfert. Die starke Verbreitung von Zeitschriften, die speziell für die Arbeiterschaft herausgegeben wurden, wie „Die Saat“ (Zierno) und die „Arbeiterzeitung“ (Gazeta Robotnitscha), zeigen jedoch, wie sehr das Proletariat der Propaganda und Agitation zugänglich ist.

Was nun die bäuerliche Bevölkerung anlangt, so erklärt sich Plechanow ausdrücklich gegen die, seiner Ansicht nach Marx fälschlich zugeschriebene Theorie, wonach die ländliche Bevölkerung sich erst nach ihrer Umwandlung in ein ländliches Proletariat dem Sozialismus zuwenden würde. Er glaubt im Gegenteil, die russischen Bauern würden die Sozialisten gerade bei einer freien Agitation verstehen und unterstützen; gleichzeitig fügt er aber hinzu, daß bei den zurzeit recht schwachen revolutionären Kräften es in erster Reihe darauf ankomme, die Kräfte auf das Fabrikproletariat zu beschränken.

Dies der Inhalt der ersten russischen sozialdemokratischen Broschüre. Ich konnte hier nicht die gesamte geschickte und glückliche Beweisführung des Verfassers, sein polemisches Talent und namentlich seinen Stil berücksichtigen.

Die Broschüre wurde von einem beträchtlichen Teil der revolutionären Jugend eifrig gelesen. Die Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" suchten sie herabzusetzen oder völlig zu übersehen, doch führt eine derartige Taktik, wie die Erfahrung schon häufig bewiesen hat, nicht zum Ziel. Plechanow wartete ein ganzes Jahr, ehe er eine zweite, bedeutend umfangreichere Arbeit niederschrieb, und veröffentlichte „Unsere Zwistigkeiten". Mit unvergleichlichem Talent erweiterte er hier seine schon in der ersten Broschüre erbrachten Beweise durch eine gründliche Untersuchung der in Rußland bestehenden wirtschaftlichen Zustände, außerdem begründete er die von ihm bereits empfohlene sozialdemokratische Taktik für Rußland noch umfassender.

In der Einleitung zu dieser Arbeit hat der Verfasser einen langen, sehr taktvollen und klugen Brief an Peter Lawrow veröffentlicht.

Plechanow wirft hier dem Verfasser der „Historischen Briefe" vor, er habe nicht einmal den Versuch gemacht, auf die von ihm, Plechanow, in der Broschüre „Der Sozialismus und der politische Kampf" niedergelegten Gedanken einzugehen, ja Lawrow erscheine es fast als Verbrechen, die alten Revolutionsgedanken einer Kritik zu unterziehen. Er zeigt nun, wie es gerade im Interesse der russischen revolutionären Bewegung liege, Programm und Taktik allseitig zu besprechen. Am Schluß seines Briefes spricht Plechanow die Hoffnung aus, im Schoße der Partei „Volksfreiheit" selbst würden sich Elemente finden, die die Partei auf den richtigen Weg bringen würden. Er erklärt, er selbst würde ohne Rücksicht darauf, welche Aufnahme seine an den revolutionären Programmen geübte Kritik finden sollte, von dem einmal erwählten Wege nicht abweichen und nicht aufhören, auf die russischen Revolutionäre einzuwirken, um sie zu einer Änderung ihres Standpunktes und einer neuen Taktik zu veranlassen.

In der umfassenden Einleitung kritisiert Plechanow noch einmal die Anschauungen der sozialen und politischen Führer

und Parteien in Rußland von Herzen bis zur Partei „Volksfreiheit“. Ich kann seine Gedanken hier aus Raummangel nicht wiedergeben. Seine talentvolle Kritik ist äußerst gründlich und bildet im wesentlichen eine bedeutsame Erweiterung jener Argumente, die er bereits in seiner ersten Broschüre brachte. Im ersten Teil geht Plechanow dann zu einer weitläufigen Kritik des russischen Blanquismus über, der in Tkatschews Theorien und in Anschauungen von Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit“, wie Tichomirow, zutage tritt. Auch dieser Abschnitt ist eine Erweiterung bereits früher ausgesprochener Gedanken. Plechanow bespricht hier ausführlich die Rolle des Kapitalismus in der historischen Entwicklung, seine Bedeutung für künftige höhere Formen des sozialen Lebens und weist darauf hin, daß Tkatschew und Tichomirow sich gerade dieser Umstände überhaupt nicht bewußt wurden.

Der erste Abschnitt schließt mit einer überaus gelungenen und gedrängten Schilderung der kapitalistischen Entwicklung im Westen.

Russische Schriftsteller, die nur die negativen Seiten des Kapitalismus sehen, haben sich gleichzeitig bemüht, den Nachweis zu erbringen, in Rußland sei kein Boden für die Entwicklung des Kapitalismus vorhanden. Der bekannte Nationalökonom W. W. erklärte, in den westeuropäischen Staatengebilden habe der Kapitalismus stets bequeme und große Märkte nicht nur im Innern des Landes selbst, sondern ebenso im Auslande gefunden, was in Rußland eben nicht der Fall sei. Diese Ansicht wurde auch von anderen, namentlich von Tichomirow, wiederholt.

In meisterhafter Weise bekämpft nun Plechanow diese Argumente. Er weist nach, daß der Kapitalismus überall in seiner Entwicklung auf gewisse Schwierigkeiten stieß, daß er sowohl den äußeren als den inneren Markt überall erst mühselig erringen mußte, und daß er schließlich überall die Unterstützung des Staates genoß. Er führt aus, daß die Entwicklungsbedingungen für den Kapitalismus in den verschiedenen Ländern selbstverständlich verschieden waren. Daraus folge aber nicht, daß die kapitalistische Entwicklung der verschiedenen Länder nicht auch verschiedene gemeinsame Züge aufweise. Gestützt auf seine

Anschauungen führt Plechanow nun Tatsachen aus dem Wirtschaftsleben Englands, Frankreichs, Italiens, Spaniens, der Vereinigten Staaten und Deutschlands an, wobei er eine große Belesenheit und ebenso die Fähigkeit an den Tag legt, ein reiches historisches Material in entsprechender Weise zu gliedern. Im zweiten und dritten Abschnitt beschäftigt sich unser Verfasser mit den wirtschaftlichen Verhältnissen Rußlands, soweit diese typisch-kapitalistische Merkmale aufweisen. Plechanow war der erste russische und auch europäische Schriftsteller, der methodisch und mit unbeugsamer Logik den Nachweis führte, Rußland sei bereits auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung und werde daher die gleichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen erfahren, die sich in den westeuropäischen Ländern bereits früher vollzogen haben.

Der Verfasser untersucht auf das gründlichste verschiedene Fragen, die mit der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in Rußland zusammenhängen. Er beschäftigt sich mit der Frage des inneren Marktes, er untersucht die ziffermäßige Bedeutung des russischen Proletariats, die unbedeutende Industrie der Bevölkerung, ihre Beziehungen zum Ackerbau und zur Großindustrie, die russische Agrargemeinde und die ihr innewohnenden Zersetzungsmomente. In überaus plastischer Weise entrollt sich vor dem Leser der ganze Mechanismus des russischen Wirtschaftslebens.

Ich kann hier leider aus Raummangel Plechanows Gedankengang nicht einmal in großen Zügen wiedergeben. Ich muß mich notwendig auf seine wichtigsten Sätze beschränken.

Auf Grund eines gewaltigen Tatsachenmaterials gelangt er zu dem Schlusse, die Fabrikindustrie entwickle sich in Rußland durchaus günstig, die Zahl der in großen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter sei im Gegensatz zu der immer wieder ausgesprochenen Ansicht der volkstümelnden Nationalökonomen im beständigen Wachstum begriffen; sehr viel Raum widmet er der kleinen handwerksmäßigen Industrie und zeigt, wie sie vom Kapitalismus, der sie unbarmherzig aussaugt, immer abhängiger wird; die Bauern, die zu Hause Zwergindustrie treiben, arbeiten für Kapitalisten, sie haben also aufgehört selbständige Produ-

zenten zu sein; am ausführlichsten bespricht Plechanow die russische Agrargemeinde, die er als ein Rudiment früherer wirtschaftlicher Zustände erklärt, die sich ihrerseits auf Naturalwirtschaft aufgebaut haben; die Entwicklung des Wirtschaftslebens bringt seiner Ansicht nach notwendig den Zerfall der „Obschtschina“ mit sich. Schon heute sei sie in beträchtlichem Maße differenziert, im Interesse der wohlhabenden Bauern liege es, keine Landverteilungen vorzunehmen, deshalb schieben sie diese nach Möglichkeit hinaus; für einen großen Teil der armen Bauernbevölkerung aber bedeute das Gemeindeeigentum an Grund und Boden nur eine Last, die Entwicklung des Ackerbaus und der Geldwirtschaft beschleunige nur den Verfall der „Obschtschina“. Rußland habe endlich den Weg der kapitalistischen Entwicklung beschritten und müsse notwendig alle daraus sich ergebenden Folgerungen durchmachen.

Um seine Anschauungen an Hand des damaligen Zustandes und der Zukunft der russischen Agrargemeinde darzulegen, geht unser Verfasser auf die Einzelheiten des russischen Gemeindelebens ein und übersieht auch nicht die mannigfaltigen örtlich bestimmten Bedingungen in den verschiedenen Gegenden Rußlands, die von großer Bedeutung sind. Seine Aufgabe war um so schwieriger, als er die „Obschtschina“ ja nicht aus der Nähe studieren konnte und sich in seinen Folgerungen gegen die landläufigen Meinungen der russischen Revolutionäre wandte. Sein kritischer Geist überwand jedoch all diese Schwierigkeiten.

Plechanow schließt seine Ausführungen über Rußlands Wirtschaftsleben mit der Bemerkung: für die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland werde es stets von großer und bestimmender Bedeutung sein, daß sie zu einer Zeit begonnen habe, wo der Kapitalismus erst im Entstehen begriffen war, doch dürften die Sozialisten aus diesem an sich sehr günstigen Grunde keine Luftschlösser bauen. Leider haben sich die russischen Sozialisten diesen klugen Ratschlag bis auf den heutigen Tag nicht zu Herzen genommen und rechnen immer noch wenig mit der Wirklichkeit. Sie neigen dazu, die sozialistischen Kräfte zu hoch und die der Gegner zu niedrig einzuschätzen. Beides folgt sicherlich aus den bereits von Plechanow gerügten Um-

ständen. In Zukunft, wenn sich erst der Konstitutionalismus in Rußland gefestigt haben wird, wird der Umstand, daß die sozialistische Bewegung sich im Verhältnis zum Kapitalismus frühzeitig entwickelt hat, für eine auf breiter Grundlage ruhende Arbeiterbewegung von großer Bedeutung sein.

In einem vierten Abschnitt, den er „Der Kapitalismus und unsere Aufgaben" betitelt, bespricht Plechanow abermals die Anschauungen Tichomirows und seiner Anhänger, wobei er in erschöpfender Weise auf Grund der herrschenden wirtschaftlichen Zustände den Nachweis führt, daß von einer sozialistischen Revolution in Rußland in naher Zukunft nicht die Rede sein könne; nur die Entwicklung des Kapitalismus, die gleichzeitig die Tätigkeit der russischen Sozialisten erleichtere, würde hier auch die Revolution vorbereiten.

Vielseitiger und tiefer, als dies schon in seiner ersten Broschüre der Fall war, legt der Verfasser die schwachen Seiten jener Theorie dar, wonach eine revolutionäre Verschwörung sich der Staatsgewalt bemächtigen könnte, um dann eine neue soziale Ordnung durchzuführen. Bemühungen der Revolutionäre nach dieser Richtung, führt er aus, würden nicht nur das gewünschte Ziel nicht erreichen, sondern der Reaktion direkt in die Hände arbeiten. Ein großer Teil der Arbeit ist dem Nachweis gewidmet, Tichomirow schwanke in seinen revolutionären Plänen zwischen dem Bakunismus und dem Blanquismus. Unstreitig bestanden diese Ausführungen Plechanows zu Recht, unstreitig gelten sie auch nicht nur für das Jahr 1884, sondern auch für mehr als 20 Jahre später.

Es war und ist eine Utopie, an einen plötzlichen Übergang in Rußland vom Absolutismus zum Sozialismus mittels einer Diktatur zu denken, mag der Träger einer solchen eine revolutionäre Partei, das Proletariat allein oder Proletariat und Bauerntum gemeinsam sein.

Man kann jedoch die Verschwörungstätigkeit, die sich eine rasche Umwandlung der in Rußland bestehenden Verhältnisse in sozialistische zum Ziel setzt, bekämpfen und sie dennoch gleichzeitig als ein Mittel anerkennen, mit dessen Hilfe die ersten Truppen des Proletariats organisiert und Vorbereitungen getroffen

werden, um schon in nächster Zeit eine konstitutionelle Umwandlung herbeizuführen. In diesem Sinne bekämpft Plechanow denn auch nirgends deutlich die Verschwörungstaktik. Erkennt er doch folgendes an: 1) die Notwendigkeit einer revolutionären Geheimorganisation, die als solche mehr oder weniger den Charakter einer Verschwörung tragen muß, 2) die Notwendigkeit einer terroristischen Aktion [1]), die, wie wir noch sehen werden, die Desorganisierung der Regierung anstreben muß. Gerade die letztere Tätigkeit ist ausschließlich verschwörungsmäßig (soweit sie ein Werk der Organisation und nicht einzelner, untereinander nicht in Verbindung stehender Individuen ist).

In der späteren Zeitschrift „Saria" (Das Morgenrot, Nr. 1) und im Anhang zur zweiten Ausgabe von „Unsere Streitigkeiten" erklärte Plechanow deutlich, er habe den Terrorismus nur deshalb nicht bekämpft, weil die Revolutionäre blind an ihn glaubten. Vielleicht. Doch ändert das an dem Sachverhalt nichts. In der ersten Auflage enthält Plechanows Schrift nirgends einen prinzipiellen Angriff auf alle Formen der Verschwörungstaktik im allgemeinen. Die Verschwörungstaktik hat auch heute noch allerlei Mißverständnisse zur Folge, wovon sich der Leser bei der Beschreibung der Ereignisse während der Jahre 1904, 1905 und 1906 überzeugen wird.

Im fünften Abschnitt legt Plechanow ausführlich seine Anschauungen über Programm und Taktik dar, die er bereits in seiner ersten Broschüre „Der Sozialismus und der politische Kampf" auseinandergesetzt hat. Ich wiederhole sie hier nicht vollständig, sondern beschränke mich auf die Ausführungen, die sich in der ersten Arbeit noch nicht vorfanden.

Anläßlich der Tätigkeit der Sozialisten unter den Arbeitern der Zwergindustrie auf dem Lande meint Plechanow, man müsse denjenigen, die tatsächlich im eigentlichen Sinne dieses Wortes bereits Industriearbeiter geworden seien, ebenso wie dem gesamten Proletariat die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes mittels Fabrikgesetzgebung klarmachen. Ehe der Staat ein Werkzeug in den Händen der Arbeiterklasse geworden ist, muß das Pro-

---

1) „Unsere Streitigkeiten", zweite Ausgabe (1905), S. 521—525.

letariat schon den bestehenden Klassenstaat zu immer größeren Konzessionen zwingen.

Die in der Kleinindustrie beschäftigten Arbeiter, die im Kampf mit dem Kapital stehen und noch nicht völlig von diesem unterjocht sind, müssen angespornt werden, staatliche Unterstützung zu verlangen, um mit deren Hilfe Produktivgenossenschaften zu gründen.

Wir stoßen hier auf den Einfluß Lassalles. Wie andere Sozialdemokraten hat Plechanow später diese Forderung nach staatlicher Unterstützung zu Produktivgenossenschaften aus seinem Programm gestrichen.

Zu den Agrarverhältnissen übergehend, spricht unser Verfasser die Ansicht aus, es würde dem Fabrikproletariat mittels seiner Klassenaktion gelingen, im sozialistischen Sinne auf jenen Teil der Bauernschaft einzuwirken, der noch in Gemeinden mit gemeinsamem Grund- und Bodenbesitz lebt und zwar in solchen, wo die „Obschtschina“ noch nicht sehr stark dem zersetzenden Einfluß der Geldwirtschaft ausgesetzt ist. Da Rußland groß ist und sich aus sehr verschiedenartigen Teilen zusammensetzt, so schreitet auch der Zersetzungsprozeß der Agrargemeinde durchaus nicht überall im gleichen Maße vor. Daher muß auch das Verhalten der Bauern zur sozialistischen Agitation in den verschiedenen Provinzen verschieden sein.

Die erste und grundlegende Tätigkeit der Sozialisten müsse die, wenn auch langsame, politische Bildung der Arbeiterklasse sein, wie dies auch im Westen der Fall war.

Plechanow spricht dann den Gedanken aus, der Tod Alexanders II. wäre von ganz anderen Folgen gewesen, wenn zahlreiche Arbeiterunruhen in den Fabrikorten Rußlands ihm auf dem Fuß gefolgt wären. Hier tritt er nicht als Gegner des Terrorismus auf, er möchte ihn nur auf eine breitere Basis stellen und sieht eine solche in der Arbeiterbewegung. Seiner Ansicht nach stößt das von ihm vorgeschlagene Programm bei den russischen Revolutionären teilweise deswegen auf Widerstand, weil sie der Ansicht sind, der Triumph des Sozialismus in Rußland würde weit hinausgeschoben, wenn das Land erst die Periode kapitalistischer Entwicklung durchmachen müßte. Dieser

Gedanke ist nach Plechanow unrichtig, er verkennt dabei die schon von Tschernischewski ausgesprochene Wahrheit, daß die verschiedenen Phasen, die Rußland durchmachen müsse, von verschiedener Dauer sein, ja manchmal fast bis Null herabsinken können.

Die kapitalistische Ära könnte in Rußland stark abgekürzt werden, fügt unser Verfasser hinzu, wenn die Sozialisten ihre Kräfte richtig verwerten und die Aufklärung und die Organisierung des Proletariats in entsprechender Weise vollführen würden.

Plechanows oben dargelegte Anschauungen waren für die Mehrzahl der damaligen russischen Revolutionäre etwas völlig Neues. Sie kannten zwar im allgemeinen die Lehren der deutschen Sozialdemokratie, doch wollten sie sie nur auf westeuropäische Verhältnisse angewendet wissen. Plechanow war der erste, der sie auf russischen Boden übertrug.

Allerdings hatte bereits die Partei „Volksfreiheit" den Kampf um politische Freiheit in den Vordergrund gerückt, ihn jedoch nicht an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes geknüpft, wie dies unser Verfasser tat. Shelabow und seine Anhänger waren zwar nicht mehr „Volkstümler" im eigentlichen Sinne dieses Wortes, sie waren aber auch nicht der Ansicht, die kapitalistische Entwicklung ihres Vaterlandes könnte ihnen die Erringung einer Konstitution erleichtern. Tichomirow wieder und andere Mitglieder der Partei „Volksfreiheit" hatten vor einer Entwicklung der Großindustrie in Rußland Angst, da sie dadurch eine Untergrabung der alten Agrarverfassung befürchteten. Plechanow meinte, mit der Entwicklung des Kapitalismus würde in Rußland auch ein organisiertes, sich seiner Ziele bewußtes Bürgertum entstehen, das bemüht wäre, den Absolutismus einzuschränken. Diese Aussicht war ihm sympathisch, da er nicht mit Unrecht der Meinung war, eine solche Entwicklung würde die Erringung einer Konstitution erleichtern und ebenso die wirtschaftliche und politische Entwicklung des russischen Proletariats beschleunigen.

Dagegen sah die ungeheure Mehrzahl der damaligen russischen Revolutionäre, mit Ausnahme der Anhänger Shelabows,

gerade im Entstehen eines Bürgertums, als Klasse mit politischen Bestrebungen, eine Gefahr.

In sehr klarer und eindringlicher Weise legte nun Plechanow in seinen oben angeführten Arbeiten dar, daß der Kampf gegen den Absolutismus schon in der nächsten Zukunft für das russische Bürgertum eine Notwendigkeit werden würde; gleichzeitig erklärte er, das Proletariat müsse das Bürgertum in diesem Kampf um eine demokratische Konstitution unterstützen, freilich unter Wahrung seiner Selbständigkeit als Klasse.

Die alten Anschauungen der russischen Revolutionäre über die Rolle der verschiedenen sozialen Klassen wurzelten so tief, daß selbst die russischen sozialdemokratischen Gruppen, die mit Unterbrechungen von 1887 bis 1901 tätig waren und Plechanows Arbeiten mit Begeisterung aufnahmen, in ihrer ungeheuren Mehrzahl zwar alle anderen Anschauungen dieses Schriftstellers sich zu eigen machten, aber den Gedanken, das Bürgertum würde einmal den Absolutismus niederringen und in diesem Kampf vom Proletariat unterstützt werden, verwarfen. Ich bin damals an verschiedenen Orten und unter verschiedenen Umständen mit russischen Sozialdemokraten in Berührung gekommen und fand, abgesehen von 2 oder 3 Personen, niemand, der sich auch in diesem Punkte mit Plechanow solidarisch erklärt hätte.

Die meisten unter ihnen argumentierten folgendermaßen: Das Bürgertum entwickelt sich unter der Herrschaft des Absolutismus sehr günstig, da ihm diese Regierungsform, unter welcher die Arbeitermassen nicht das Recht haben sich zu organisieren und daher in stärkerem Maße ausgebeutet werden können, große wirtschaftliche Vorteile sichert. Eine konstitutionelle Verfassung würde die Kräfte des russischen Proletariats stärken und so der Industrie dessen Ausbeutung erschweren.

Dieser Gedankengang beruht auf einer falschen Voraussetzung, denn er übersieht die Tatsache, daß das Bürgertum, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe angelangt, sich nicht mit der Regierungsprotektion begnügen kann, sondern die Leitung der Regierung in geringerem oder stärkerem Maße selbst in die Hand nehmen will. Das Bürgertum bekämpft das Proletariat zwar, zieht aber auf einer höheren Stufe den organisierten Kampf

dem unorganisierten vor, der eingestellt ist auf brutale Handlungen und gefährliche Überraschungen. Endlich haben sie sich nicht klargemacht, daß der Absolutismus bei einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsphase die Ordnung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht mehr aufrechtzuerhalten vermag.

Die Unzufriedenheit des Bürgertums mit dem Absolutismus, seine Bereitwilligkeit, den Kampf gegen diese Regierungsform aufzunehmen usw., läßt sich selbstverständlich nicht ganz genau voraussehen und hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, und zwar nicht von grundlegenden und relativ dauernden allein, sondern ebenso von vorübergehenden und weniger wichtigen Verhältnissen. Plechanow gab sich nicht der trügerischen Täuschung hin, das russische Bürgertum würde selbst auf die Straße gehen und so die Regierung bekämpfen, er war der Meinung, und die späteren Ereignisse bestätigten deren Richtigkeit, das Bürgertum in Rußland würde den revolutionären Kampf gegen die Regierung unterstützen, soweit dieser sich darauf beschränkt, den Absolutismus niederzuringen und eine konstitutionelle Regierungsform einzuführen.

Das Bürgertum hat die absolutistische Regierung bekämpft, sein Kampf nahm andere Formen an als der des Proletariats, diese Tatsache vermag aber die Bedeutung des Kampfes selbst nicht abzuschwächen.

Plechanow erkannte die Aufgabe des russischen Proletariats, indem er in seinen Arbeiten immer wieder davor warnte, im Kampf gegen die Regierung das Eingreifen der Regierungsgewalt selbst in den Vordergrund zu schieben.

Plechanow stand unentwegt auf dem Boden der Klasseninteressen des Proletariats, aber er war der Gegner einer engen, rein prinzipiellen Politik des Proletariats. Er war der Meinung, die Arbeiterschaft müsse sich an allen Angelegenheiten beteiligen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung seien, freilich unter deutlicher Wahrung ihres eigenen Standpunktes. Er war denn auch stets bemüht, der russischen Arbeiterbewegung möglichst große Aufgaben zu stellen und ihren Gesichtskreis zu erweitern.

In seinen oben besprochenen Arbeiten findet sich denn

auch nichts von engherziger Prinzipienreiterei, ebensowenig sucht er soziale Tatsachen zu vereinfachen oder verfällt in jenen proletarischen Chauvinismus, der sich leider so häufig bei verschiedenen „Marxisten" aller Länder findet.

Es ist ein großes Verdienst Plechanows, immer wieder darauf hingewiesen zu haben, daß der Kampf des Proletariats von Anfang an keine rein wirtschaftliche Form annehmen dürfe, sondern auch einen politischen Charakter haben müsse.

Wie wir noch sehen werden, befolgten die russischen sozialdemokratischen Gruppen in der Zeit von 1887 bis 1901 im allgemeinen diesen Rat nicht.

Plechanow unterstützte in seinen Arbeiten die Bestrebungen der russischen Sozialisten auf der Grundlage der natürlichen Entwicklungstendenzen Rußlands und der russischen Gesellschaft. Er näherte sie so dem Leben an und verankerte die revolutionären Ideale in der Wirklichkeit.

Im Jahre 1883 gründeten Plechanow, Axelrod, Wera Sasulitsch und Deutsch die erste russische, rein sozialdemokratische revolutionäre Gruppe. Sie erhielt den Namen „Die Befreiung der Arbeit" (Oswoboshdenie Truda). Die oben besprochenen Werke Plechanows wurden von dieser Gruppe herausgegeben. Das folgende Jahr brachte das gleichfalls von Plechanow verfaßte Programm der Gruppe, in ihm wurden die schon in den Broschüren des Verfassers niedergelegten Anschauungen nochmals knapp zusammengefaßt. Ich unterlasse daher eine nochmalige Inhaltsangabe und weise nur darauf hin, daß sich zu Anfang der sehr undeutliche Satz von „der Aufhebung des Staates als politische Organisation" in der zukünftigen Gesellschaftsordnung findet. Diese Formulierung ist unglücklich. Man kann nur schwer annehmen, daß der Staat verschwinden wird, er wird eher grundsätzlichen Veränderungen unterliegen.

„Die Befreiung der Arbeit" blieb als Gruppe zunächst sehr schwach. Damals kam der Witz auf, die gesamte Gruppe könne in einem einzigen Kahn auf dem Genfer See Ruderpartien machen. Die Begründer wohnten sämtlich in Genf.

Allmählich begannen sich jedoch um „die Befreiung der

Arbeit", die ausschließlich von Emigranten begründet worden war, junge Russen beiderlei Geschlechts zu sammeln, die nur vorübergehend im Auslande weilten, um dann in die Heimat zurückzukehren.

Nur langsam drangen die Anschauungen der Gruppe „die Befreiung der Arbeit" in Rußland ein, unabhängig von ihr entstand jedoch in Rußland selbst eine verwandte revolutionäre Gruppe.

V.

In einzelnen, in politischer Hinsicht noch nicht ganz geklärten, jugendlichen revolutionären Gruppen tauchten vom Jahre 1883 ab schon junge Leute auf, die sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen bekannten.

Gegen Ende 1883 begann ein junger, intelligenter, revolutionärer Bulgare namens Blagojew, der sowohl zu den Mitgliedern der Partei „Volksfreiheit" als zu solchen der Partei der „Schwarzen Aufteilung" Beziehungen hatte und sich lebhaft für die Streitigkeiten zwischen beiden Parteien interessierte, in russischen Revolutionskreisen Propaganda für sozialdemokratische Ideen zu machen. Er stand unter dem unmittelbaren Einfluß der Werke von Marx selbst und ging unabhängig von der Gruppe „die Befreiung der Arbeit" vor.

Gemeinsam mit Wasilij Charitonow begründete er eine kleine revolutionäre Gruppe, zu der Studenten und Studentinnen, ein Architekt, ein Schriftsteller und zwei frühere Mitglieder der Gruppe der „Schwarzen Aufteilung", die sich verstecken mußten, gehörten. Die Gruppe zählte 16 Mitglieder und setzte mit einer systematischen Propaganda unter den Petersburger Arbeitern ein.

1885 gab die Gruppe die erste Nummer einer Zeitschrift heraus: „Der Arbeiter". Die Tätigkeit dieser jungen Leute unter den Arbeitern nahm einen ziemlich großen Umfang an, namentlich bis zur Verhaftung Blagojews, die im März 1885 erfolgte. Vorher schon begann die Gruppe mit der „Befreiung der Arbeit" in Unterhandlungen zu treten. Sie währten recht lange und schlossen bereits nach der Auslieferung Blagojews an Bulgarien damit, daß die jungen Revolutionäre in Petersburg das

Programm Plechanows und seiner Genossen annahmen. Die zahlreichen Verhaftungen, die in der russischen Hauptstadt anläßlich der Demonstration am Todestage Dobroliubows und nach dem mißglückten Attentat auf den Zaren vom 1. März 1887 erfolgten, zerschmetterten diese erste russische sozialdemokratische revolutionäre Gruppe vollständig. Doch hinterließ ihre Tätigkeit in den Reihen der Arbeiterschaft und der Intelligenz deutliche Spuren.

In den dem Forscher zugänglichen Quellen hat sich das ursprüngliche Programm dieser Gruppe nicht erhalten. Nach Blagojew trat darin neben Marx der Einfluß einzelner Lehren von Lassalle und Lawrow zutage. So soll die Auffassung des Sozialismus eine stark ethische gewesen sein, wie dies beim Verfasser der „Historischen Briefe" der Fall war; vom Staat unterstützte Arbeiterproduktivgenossenschaften in Lassalles Sinn sollten den Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung bilden. Als die nächsten Aufgaben erklärte das Programm die Organisation der Arbeiterklassen und den Kampf um politische Freiheit [1]).

---

1) Über die Grnppe selbst siehe Krolzows Beilage zur russischen sozialdemokratischen Ausgabe von Thuns Geschichte der russischen Revolution S. 245—250.

Zweites Kapitel.

Die Reaktion innerhalb der Regierung und der Gesellschaft unter Alexander III.

I.

Schon am Schluß des vorhergehenden Bandes dieser Arbeit brachten wir eine allgemeine Charakteristik der Politik Alexanders III., als deren Schöpfer und Vollstrecker wir Pobiedonoszew und den Grafen Dmitri Tolstoi bezeichneten. Wir wollen uns jetzt den Einzelheiten des sozialen und politischen Lebens auf verschiedenen Gebieten während dieser Epoche zuwenden.

Die Regierung Alexanders III. ließ es sich angelegen sein, die Bewegung und selbst die Denkfreiheit der einzelnen Bürger zu hemmen, die Kontrolle über die Untertanen und gesellschaftliche Einrichtungen zu verschärfen, um der Gesellschaft jede politische Aktion unmöglich zu machen, mochte es sich dabei nun um einen legalen oder illegalen Weg handeln. Gleichzeitig ging das Bestreben der Regierung dahin, die dem russischen Staat angegliederten Völkerschaften zu russifizieren und das orthodoxe Christentum unter ihnen zu verbreiten; sie bemühte sich, den sozialen und wirtschaftlichen Einfluß des Adels zu stärken, die Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen und Ständen zu verschärfen, das Volk von dem Einfluß der Intelligenz fernzuhalten und die Einwirkungen der neuheitlichen sozialen, politischen und philosophischen Ideen Westeuropas auf die russische Gesellschaft hintanzuhalten.

Dieses Programm der Regierung fand seinen Ausdruck in einer ganzen Reihe neuer Gesetze, von denen wir die wichtigsten noch kennen lernen werden.

Am 29. September 1882 wurde das „provisorische“, bis zur Revolution in Geltung verbliebene Gesetz erlassen, wonach vier Minister und zwar der Minister des Inneren, der Justizminister, der Unterrichtsminister und der Oberprokurator des Synods gegen die Herausgabe einer Zeitschrift Einspruch erheben konnten. Eine Zeitschrift, die nach drei Verwarnungen verboten und dann von neuem zugelassen wurde, unterstand der Präventivzensur (prewencyjnej). Es hing von der Regierung ab, ob Personen, die eine von ihr verbotene Zeitschrift geleitet und herausgegeben hatten, in der gleichen Eigenschaft an einem anderen Blatte aktiven Anteil nehmen durften. Bis dahin hatte die Regierung russischen Untertanen dieses Recht nur auf die Dauer von fünf Jahren entziehen dürfen.

Unter der Regierung des Grafen Tolstoi hörten die lebensfähigsten russischen Zeitschriften auf zu existieren.

Am 5. Januar 1884 erließ die Regierung ein Zirkular, auf Grund dessen eine ganze Reihe von Büchern, die im Buchhandel zugelassen waren, aus den öffentlichen Bibliotheken zurückgezogen werden mußten.

Am 28. April 1887 wurden die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Geschworenengerichte abgeändert. Der Vermögenszensus wurde im allgemeinen für die Intelligenz erhöht, für die Grundbesitzer dagegen heruntergesetzt.

Ein Gesetz vom 7. Juli 1889 entzieht des weiteren der Kompetenz der Geschworenengerichte eine ganze Reihe wichtiger Angelegenheiten, um sie Gerichten zu übergeben, die sich aus den Vertretern der Stände zusammensetzten. Von nun ab wurde jeder Protest gegen die Willkür der Behörden zum Staatsverbrechen und kam als solches vor ein Gericht von Standesvertretern.

Eine Verfügung des Unterrichtsministers Grafen Dalianow vom 18. Juni 1887 verordnete, daß fortab in Gymnasien nur solche Kinder aufgenommen werden dürften, die in der Obhut von Personen leben, die imstande sind, sie moralisch zu beaufsichtigen und sie mit allem für die Wissenschaft Notwendigen zu versorgen. Ein weiteres Reskript des Ministers erklärt deutlich, daß die genaue Einhaltung dieser Verfügung die Gymnasien

von Kindern von Fuhrleuten, Dienern, Köchen und kleinen Händlern befreit, da derartige Kinder nicht den Kreisen, denen sie angehören, entfremdet werden sollen.

Der Zweck dieser Maßregel war, die Kinder der mittleren und höheren Bevölkerungsschichten von denen der niederen zu trennen. Die Regierung hoffte so die studierende Jugend vom Radikalismus fernzuhalten, zu dem ihrer Meinung nach die Kinder armer Eltern mehr neigten.

Mit dem Gesetz vom 13. Juni 1884 wurden neue [1]) Kirchen- und Pfarrschulen gegründet; sie sollten ein Gegengewicht gegen die ministeriellen und Ziemstwoschulen bilden, die als verdächtig galten; die Unterrichtsdauer war in diesen neuen Schulen erheblich kürzer als in den anderen und die Geistlichkeit herrschte in ihnen völlig unbeschränkt.

Das Universitätsstatut vom 23. September 1884 hob das frühere, bei weitem liberalere vom Jahre 1863 auf. Der bis dahin von den Professoren gewählte Rektor wurde von jetzt ab offiziell vom Kaiser, eigentlich aber vom Unterrichtsminister ernannt; die bis dahin gleichfalls gewählten Dekane wurden fortab von den Kuratoren der entsprechenden Unterrichtskreise ernannt und vom Unterrichtsminister bestätigt. Auch die Professoren wurden nach dem neuen Statut entweder direkt vom Minister ernannt, mindestens aber hing ihre Ernennung von ihm ab, nachdem die Universität mit seiner Einwilligung Vorschläge gemacht hatte. Die Ziemstwo waren infolge ihres Liberalismus der Regierung ein Dorn im Auge; sie beschloß daher, sie zu knebeln und der Willkür der Gouverneure auszuliefern.

Ein Gesetz vom 12. Juni 1890 änderte die Zusammensetzung der Ziemstwo beträchtlich, indem es ihnen einen ausgesprochen ständischen und Adelscharakter verlieh. Bis dahin hatten zwei Wählergruppen bestanden, die des Grundeigentums und der Städte; an ihre Stelle traten jetzt Adlige und Nichtadlige. Die absolute Zahl der Ziemstwomitglieder wurde herabgesetzt, dagegen

1) Sie hatten allerdings teilweise auch früher schon existiert, doch war ihre Zahl geringer gewesen, sie hatten keine bestimmte Organisation und hatten sich nicht der besonderen Förderung seitens der Regierung erfreut.

die relative Anzahl der Adelsvertreter erhöht. Der Gouverneur erhielt jetzt das Recht, Bauernvertreter in die Ziemstwo zu ernennen; er mußte sie allerdings aus Delegiertengruppen wählen, die selbst wieder von Gemeindeversammlungen gewählt wurden. Nach den neuen Verfügungen hatte der Gouverneur auch die Möglichkeit, nicht nur solchen Beschlüssen der Ziemstwo die Bestätigung zu verweigern, die dem Gesetz (dem alten) oder dem allgemeinen Staatswohl entgegenliefen, sondern auch solchen, die sichtlich den Interessen eines lokalen Standes widersprachen. Dieser Begriff ist freilich so unbestimmt, daß er Übergriffen der Gouverneure Tür und Tor öffnet.

Bis dahin hatten die Ziemstwo im Falle der Nichtbestätigung ihrer Beschlüsse durch den Gouverneur das Recht besessen, an den Senat zu appellieren. Eine Verfügung von 1890 ließ dieses Recht zum Teil bestehen, entzog es ihnen aber teilweise, indem auch für eine ganze Reihe strittiger Fälle Spezialkommissionen gebildet wurden, die aus vier Beamten, drei Ziemstwovertretern und dem Gouverneur als Vorsitzenden bestanden.

Man ersieht aus all diesem, daß Graf Tolstoi die Selbständigkeit der Ziemstwo sehr einschränkte und ihren Charakter stark änderte [1]. Seine reaktionären Bestrebungen beschränkten sich nicht hierauf, sondern zeigten sich auch noch in einer anderen Verfügung, die für die bäuerliche Selbstverwaltung und die Bauernschaft im allgemeinen sehr schädlich war.

Ich habe die in der Geschichte Rußlands denkwürdigen Verfügungen über die sogenannten Ziemstwovorstände vom 12. Juni und 29. Dezember 1889 im Auge. Mit ihnen wurde die Einrichtung der gewählten Friedensrichter aufgehoben und diese Funktionäre nur in den Hauptstädten und einigen großen Städten belassen. Ihre Tätigkeit wurde unter die Gemeindegerichte, die neu geschaffenen Ziemstwovorstände und die Distriktsmitglieder der Kreisgerichte aufgeteilt.

Die Ziemstwovorstände erhielten Gerichts- und Verwaltungseigenschaften.

---

1) Graf Tolstoi arbeitete eine die Ziemstwo noch stärker hemmende Verfügung aus, an deren Durchführung ihn der Tod hinderte. Das Gesetz von 1891 ist jedoch in der Hauptsache sein Werk. Tolstoi starb 1889.

Die Urteile der Gemeindegerichte unterstanden ihrer Kontrolle und wurden von einer Versammlung revidiert, die sich aus den Ziemstwovorständen des Kreises und einigen Beamten zusammensetzte. Diese Versammlungen waren auf das Gerichtswesen der bäuerlichen Gemeinden von großem Einfluß.

Gegen von ihnen gefällte Urteile stand nach dem Gesetz nicht der Rekurs vor dem Senat, wohl aber vor der Gouvernementsbehörde frei.

Der Ziemstwovorstand hat das Recht, Gemeindebeamten Disziplinarstrafen bis zu 5 Rubeln oder 7 Tagen Gefängnis zu diktieren. Über Personen, die der Gemeindeverwaltung unterstehen und bäuerlicher oder kleinbürgerlicher (mieszczanski) Herkunft sind, darf er Strafen bis zur Höhe von 6 Rubeln oder 7 Tagen Gefängnis verhängen.

Der Ziemstwovorstand hat ferner das Recht, sich um alles zu bekümmern, was in der Gemeinde vorgeht, ihre Verwaltung zu kontrollieren und diesbezügliche Verfügungen zu erlassen.

Die Ministerialverfügung schreibt vor, daß die von den Gouverneuren ernannten und vom Minister des Innern bestätigten Ziemstwovorstände aus dem Adel erwählt werden und einem bestimmten Bildungszensus entsprechen sollen. Mangelt es an entsprechenden Kandidaten, so können auch Personen zu Ziemstwovorständen ernannt werden, die diesen Bedingungen nicht entsprechen.

Die Schaffung der Ziemstwovorstände führte auf dem Lande zu einer ganzen Reihe empörender Übergriffe seitens der neuernannten Beamten.

Obgleich das Gesetz ihnen bereits einen großen Wirkungskreis sicherte, begnügten sie sich hiermit noch nicht und rissen Befugnisse an sich, die ihnen das Gesetz nicht zugestand.

So begannen an vielen Orten die Ziemstwovorstände die von Großgrundbesitzern für Feldarbeiten gemieteten Bauern zu beaufsichtigen. Im Gouvernement Tula kam ein Ziemstwovorstand auf den Einfall, die Grundbesitzer sollten fortab den bei ihnen in Arbeit stehenden Bauern den Lohn nicht direkt auszahlen, sondern die Rechnungen durch das Gemeindeamt begleichen, um die Bauern so „zu sorgfältiger Arbeit“ zu zwingen. Im all-

gemeinen waren die Ziemstwovorstände ausschließlich im Interesse der Großgrundbesitzer tätig. Da das Gesetz nicht genau festlegte, für welche Vergehen sie Bauern und ländliche Funktionäre eigenmächtig strafen durften, so war es ihnen ein leichtes, jeden geringfügigen Vorfall als „Frechheit“, „Ungehorsam“ usw. zu ahnden.

Es ist bekannt, wie groß in Rußland in Regierungskreisen und unter den Konservativen die Sympathien für Ruten als Besserungsmittel sind, wie sehr man diesem Strafmittel traut.

Die Ziemstwovorstände wandten dies Mittel, obgleich sie hierzu nicht berechtigt waren, selber häufig an, übten auch stets einen dahingehenden Einfluß auf die ländlichen Gemeindegerichte aus, was allerdings mit dem bestehenden russischen Gesetz in Einklang stand. Auf den Kreisversammlungen der Ziemstwovorstände geschah das gleiche.

Auf der ungeheuren Ebene des russischen Reiches begann das Peitschen der Bauern in großem Maßstabe. Alte und Junge, Kinder, Männer und Frauen wurden geschlagen. Man peitschte einzelne, ganze Familien, Gruppen, ja ganze Dörfer.

Etwas Bestialisches lag in der Art, wie die Ziemstwovorstände ihre Wut an der Landbevölkerung ausließen. Die damaligen Zeitungen sind trotz der Zensurschwierigkeiten voll von Beschreibungen furchtbarster Übergriffe solcher Art [1]). Die russische Bauernbevölkerung war zwar seit Jahrhunderten an Ruten gewöhnt, auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft wurde sie auf diese Weise von Gouverneuren, Kreisvorständen und Gemeinderichtern behandelt, aber die Willkür der neugeschaffenen Ziemstwovorstände war so groß, daß selbst der so geduldige russische Bauer sich aufzulehnen begann.

Es kam vor, daß die Bauern sich den Ziemstwovorständen widersetzten oder sie überfielen. Selbst Mord fehlte nicht. Derartige Zeichen der Unzufriedenheit tauchten zwar an verschiedenen Orten auf, trugen aber keinen Massencharakter und nahmen

---

1) Ich kann hier nicht auf einzelne haarsträubende Fälle eingehen. Beschreibungen brachten die „Russischen Nachrichten“ (Russkija Wiedomosti), der „Europäische Bote“ (Wiestnik Jewropy) und andere Zeitungen.

auch keinen größeren Umfang an; sie waren lediglich die Vorzeichen späterer Ausbrüche.

Die Grundbesitzer zogen selbstverständlich aus den neuen Verwaltungs- und Rechtsorganen ihren Nutzen; sie begannen selber bei verschiedenen Gelegenheiten die Bauern auszunutzen.

Die Beziehungen zwischen ihnen und der Bauernschaft verschärften sich infolgedessen immer mehr.

Die Regierung war bemüht, die Stellung ihrer Vollzugsorgane und des Adels der Bauernschaft gegenüber zu kräftigen. Diese Politik weckte zwar unter einem großen Teil der ländlichen Bevölkerung Schrecken, nährte aber unter den tatkräftigsten bäuerlichen Elementen Haß und Rachegefühle. So wurde der Boden für eine künftige revolutionäre Agitation bereitet.

Die Tätigkeit der Ziemstwovorstände wurde von den Bauern als ein Versuch betrachtet, Leibeigenschaft und Frondienste von neuem einzuführen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die rückständigen agrarischen Elemente in Rußland, nachdem sie begriffen hatten, daß eine Wiederherstellung des alten Abhängigkeitsverhältnisses der Bauern von der Gutsherrschaft unmöglich sei, es wenigstens teilweise wieder ins Leben rufen wollten. Zum mindesten wollten sie sich einen billigen und unterwürfigen Arbeiter sichern, dem man unter verschiedenen Vorwänden von seinem, ohnedies sehr dürftigen Lohn noch einiges abzwacken konnte.

Zu welch widerrechtlichen Übergriffen die Ziemstwovorstände kamen, ergibt sich aus folgendem Fall.

Am 14. Februar 1893 fand in Medina im Gouvernement Kaluga eine Zusammenkunft von Ziemstwovorständen statt, nach welcher einer von ihnen, der Fürst Paul Mieschtscherski, zu Wagen nach seinem 35 Werst entlegenen Gut zurückkehrte. Der Weg war so schlecht, daß der Wagen nach 15 Werst halten mußte. Der Fürst wollte seine Pferde schonen, ließ sie ausspannen und nahm statt ihrer Bauernpferde, die jedoch gleichfalls nach 3 Werst versagten. Die Pferde waren einfach nicht imstande, den Weg zu bewältigen. Endlich fand sich ein gefälliger Dorfschulze, der dem Fürsten vorschlug, Bauern vor den Wagen zu spannen. Der Fürst ging auf diesen Vorschlag

ein; alle paar Werst wurden die den Wagen ziehenden Bauern gewechselt, bis das Fahrzeug auf dem Gute des Fürsten anlangte. Der Fürst legte auf diese Weise 17 Werst (etwa 20 Kilometer) zurück [1]).

Wollte ich hier Fälle besonderer Willkür seitens der Ziemstwovorstände beschreiben, so könnte ich ganze Bände füllen.

Eine der hervorstechendsten reaktionären Maßnahmen der Regierung bildete damals der gewaltsam durchgeführte Nationalismus; die nicht russische Bevölkerung des Reiches sollte russifiziert und ihre Rechte nach verschiedenen Seiten gekürzt werden.

1882 wurde den Juden (im eigentlichen Rußland) verboten, Grund und Boden in Pacht zu nehmen und sich auf dem Lande niederzulassen. 1886 kam eine Verfügung des Unterrichtsministers, wonach die Universitäten in den Hauptstädten nur 2%, in den anderen Städten nur 10% jüdischer Hörer aufnehmen durften. Ein kaiserliches Reskript vom 8. November 1889 verfügte, daß ein Jude nur mit spezieller Genehmigung des Justizministers Advokat werden dürfe. Diese Genehmigung zu erlangen, war äußerst schwierig.

Auch aus verschiedenen Orten, in denen Juden bisher gewohnt hatten, wurden sie jetzt entfernt. Der Zutritt zu Verwaltungsstellen in städtischen Instituten der Selbstverwaltung wurde für Juden gesperrt. Die städtischen Organe der Selbstverwaltung selbst unterlagen (1892) ähnlichen reaktionären Veränderungen wie die Ziemstwo.

In den baltischen Provinzen wurde die deutsche Sprache nicht zugunsten der lettischen, sondern der russischen verdrängt.

Ebenso wurde der Einfluß der Bureaukratie nach verschiedenen Richtungen gestärkt.

Das gleiche Vorgehen beobachtete die Regierung im Königreich Polen und im Kaukasus; wird werden darauf noch zurückkommen.

II.

Um ihre Bauernfreundlichkeit zu beweisen, setzte die Regierung mit dem Ukas vom 28. Dezember 1881 die von den

1) „Materialien zur Geschichte der russischen sozialrevolutionären Bewegung“ (in russischer Sprache), XI (Genf 1894), S. 282—283.

Bauern als Entschädigung der Grundbesitzer für die Aufhebung der Leibeigenschaft gezahlten Summen herab und hob auch die sogenannte „Seelensteuer“ (von jedem Menschen) auf. Im Grunde genommen verringerte sich jedoch die Steuerlast, die auf der ländlichen Bevölkerung ruhte, nicht im mindesten; im Gegenteil, sie wuchs immer noch an.

Vor allem erhöhte die Regierung fortwährend die indirekten Steuern auf Spiritus, Tabak, Zündhölzer und Petroleum. Auch die Zahlungen der früheren Staatsbauern, die unter dem Titel von Zinszahlungen figurierten, wurden erhöht.

1882 wurde eine Erbschaftssteuer, 1893 eine Wohngebäudesteuer eingeführt. Beides bedeutete einen gewissen Fortschritt des allgemeinen industriellen Systems, harmonierte aber nicht mit dem bestehenden Finanzsystem.

Die Regierung brauchte Geld und suchte aus der Bevölkerung so viel wie möglich herauszupressen. Zu diesem Zwecke erhöhte sie fortwährend den Zoll auf Auslandswaren, was den russischen Industriellen nur gelegen war. Die landarbeitende Bevölkerung dagegen wurde durch dieses Vorgehen ruiniert, und die gesamte Gesellschaft schwer gedrückt. Der Tarif von 1891 machte die Einfuhr fremder Industrieprodukte fast unmöglich und hatte einen Zollkrieg mit Deutschland zur Folge. Das Ergebnis waren teilweise Nachlässe, zu denen die Regierung sich 1894 verstand; doch blieben die Zölle immer noch sehr beträchtlich.

Die Regierung unterstützte besonders die Entwicklung der Großindustrie, die tatsächlich sehr rasch emporwuchs und die soziale Struktur der Gesellschaft langsam, aber beträchtlich änderte.

Das Elend der Bauernbevölkerung wuchs immer mehr an, ohne daß sich die Minister Alexanders III. zu einer rationellen Politik aufzuschwingen vermochten. Umsonst wiesen Nationalökonomen von oft sehr gemäßigten Anschauungen an Hand sorgsam gesammelten statistischen Materials nach, daß die Bauernbevölkerung am Rande des Ruins sei, was für den gesamten Staat von höchst ungünstigen Folgen sein könnte. Die Regierung vermochte sich zu keinerlei Verbesserungen der Lage der Bauernbevölkerung aufzuschwingen; sie war nicht nur unfähig,

die Landwirtschaft zu heben, sie tat mittelbar noch ihr möglichstes, um die Bauern in Verwaltungssachen zu hemmen und die für jede produktive Arbeit so notwendige Bewegungsfreiheit zu lähmen. Um die konservativen Elemente des Landes zu stützen, gab die Regierung fabelhafte Summen zur materiellen Unterstützung des Adels aus. Mit Hilfe der „Adelsbank" wurden in ganz leichtsinniger Weise hohe Summen zu allzu bequemen Bedingungen verliehen, so daß die völlige Eintreibung sich später als unmöglich erwies.

Der russische Adel verwendete dieses Geld natürlich nicht für Produktivzwecke, sondern erhöhte einzig seine Lebensführung. Die großen natürlichen Reichtümer Rußlands, die Fähigkeit der russischen Bauern, sich den elendsten Bedingungen anzupassen, eine Fähigkeit, die sich im Laufe der Jahrhunderte bei ihm herausgebildet hatte, endlich die Möglichkeit, ausländischen Kredit heranzuziehen, verschafften der Regierung nach der Unterdrückung der Revolution einen billigen Triumph. Die russische Regierung schien damals allmächtig; mehrere Jahrzehnte würden vergehen, so dachten damals viele, ehe die sozialen Kräfte heranreifen würden, die ihr den Todesstoß würden versetzen können.

In der internationalen Politik wurde Rußlands Bedeutung immer größer. Alexander III. befolgte im allgemeinen eine friedfertige Politik, obgleich es eine Zeitlang infolge der Vorgänge auf dem Balkan den Anschein hatte, als würde es zum Kriege kommen. Das war in der Zeit, als Rumelien mit dem eigentlichen Bulgarien vereinigt wurde, und unmittelbar darauf.

Das feindliche Verhalten der russischen Regierung gegenüber der Vereinigung Bulgariens weckte den Haß des bulgarischen Volkes. Und wenn es Rußland auch schließlich gelang, den Fürsten von Battenberg beiseite zu schieben, so gewann es damit doch nicht die Sympathien des befreiten Volkes.

Der russische Besitz in Asien vergrößert sich. In der ersten Hälfte des neunten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts (in den Jahren 1881—1885) nach der Besetzung von Geok-Tepe, Dengli-Tepe und Aschabat organisiert die russische Regierung die hinterkaspische Provinz; 1885 besetzt der General Komarow die Oase

Merv; im folgenden Jahre überschreitet er die Grenze von Afghanistan und nimmt Pende ein. England und Afghanistan protestieren, die Situation beginnt sich zu verschärfen. Zum Kriege kommt es jedoch nicht. In der Zeit von 1891 bis 1895 reguliert Rußland gemeinsam mit England die Grenze von Palmyra.

Diese russischen Eroberungen in Asien festigen die Regierung im Innern des Landes und geben dem Zarenreich nach außen den Anschein der Macht.

Der Staat bedarf größerer Geldmittel. Die fortwährend wachsenden Steuern genügen nicht mehr. Rußland muß seine Zuflucht zu Anleihen nehmen, und Frankreich, das seit dem Kriege von 1870 wirtschaftlich immer mehr in die Höhe gekommen ist, ist jetzt dasjenige Land, das sie ihm am ehesten gewähren kann.

Für Frankreich ist außerdem eine politische Annäherung an Rußland wünschenswert, um sich so vor der Möglichkeit eines Krieges mit Deutschland zu sichern.

Doch stößt zunächst die Annäherung des absoluten Rußlands an das republikanische Frankreich auf beträchtliche Schwierigkeiten; sie rühren von der Voreingenommenheit des russischen Hofes gegen die dritte Republik her. Allmählich zeigt sich jedoch Alexander III. einer Allianz mit Frankreich geneigter. 1886 beginnt Katkow in der reaktionären russischen Presse seinen Feldzug gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit Rußlands von Deutschland. Hinter den Kulissen arbeitet die Fürstin Waldemira von Dänemark, die Gattin des Schwagers Alexanders III., eine geborene Fürstin von Orleans und heiße französische Patriotin, lebhaft für die russisch-französische Annäherung.

1888 kommt die erste russische Anleihe in Frankreich im Betrage von 500 Millionen Frank zustande, 1889 entlehnt die russische Regierung in Frankreich eine Milliarde 900 Millionen, 1890 700 Millionen, 1891 850 Millionen. Endlich erfolgt eine französisch-russische Annäherung auch noch auf anderer Grundlage. Im Jahre 1890 verhaftet die französische Polizei russische Terroristen, Revolutionäre, die sich zu neuen Taten rüsten, und die von dem russischen Agent provocateur Langesin verraten wurden.

Am 22. September 1890 wird der Traktat über das russisch-französische Bündnis unterschrieben, das ein Jahr später durch die Militärkonvention vervollständigt wurde.

Auch dieser Umstand festigt von neuem die Regierung und Rußland als Staatswesen.

Die Reaktion fühlt sich stark und gekräftigt und handelt dementsprechend. Alle, die mit den bestehenden Zuständen im russischen Staate unzufrieden waren, dachten verzweifelt, daß der Absolutismus in diesem Lande nur in einer sehr fernen Zukunft zerschmettert werden könne.

In der russischen Gesellschaft fehlte es anscheinend völlig an Kräften, die eine politische Umwälzung schon in verhältnismäßig kurzer Zeit hätten herbeiführen können. Die Lage schien völlig hoffnungslos. . . .

III.

Neben der von der Regierung geübten Reaktion machte sich im damaligen Rußland auch im Schoße der Gesellschaft eine starke Reaktion geltend.

Die äußersten rückschrittlichen Elemente, die sich bereits seit einiger Zeit der Hoffnung entschlagen hatten, Einfluß auf Gesellschaft und Staat zu gewinnen, traten in den Vordergrund, in der Erkenntnis, daß der Augenblick gekommen sei, in dem sie wieder eine wichtige Rolle spielen könnten. Ihre Kühnheit und ihre Forderungen wuchsen entsprechend der Machtstellung der reaktionären Minister. Diesen Kreisen erschienen die von Alexander II. zwischen 1861 und 1866 vorgenommenen Reformen als eine gefährliche und verbrecherische Verirrung, im Widerspruch zur russischen Geschichte. Sie strebten danach, diese Reformen zu zerstören. Sie verlangten ihre Revanche für die Herrschaft der liberalen Demokratie, wollten sich vor der neuen revolutionären Welle sichern, in der sie eine Gefahr erkannten für Religion, Familie, Eigentum und Staat, namentlich aber für den häuslichen Despotismus, sowie für ihre bevorzugte ökonomische Stellung.

Furcht vor dem Kampf gegen die Revolution hatte auch weitere Kreise der intelligenten Schichten ergriffen. Tausende

von russischen Familien empfanden die Repressalien der Regierung an ihren Kindern. Jene, deren Kinder man nicht geraubt, nach Sibirien verschickt oder ins Gefängnis geworfen hatte, zitterten vor diesem Schicksal. Außerdem vermochte man sich nicht klar Rechenschaft darüber zu geben, ob die revolutionäre Bewegung ein Resultat gezeitigt und den Absolutismus untergraben habe, oder ob der anhaltende Kampf überspannte politisch-soziale oder rein politische Vorstellungen zeitigen würde. Man sah nur Mißerfolg. . . . Man wandte sich daher von freiheitlichen, radikalen oder sozialistischen Ideen ab, und hielt sie entweder für an sich irrtümlich, oder zum mindesten für in Rußland verfrüht.

Die revolutionären Kreise, und die unmittelbar mit ihnen zusammenhängenden Bevölkerungsschichten hatten ihre Energie verausgabt, den Glauben an die Möglichkeit, einen angespannten Kampf mit der Regierung zu führen, verloren.

Die Jugend hatte weder Vertrauen in die Bewegung noch in die alten Kampfesformen.

Wie wir noch sehen werden, gab es auch in den Zeiten schlimmster Reaktion Kreise in Rußland, die den bestehenden Verhältnissen einen heimlichen Kampf geliefert haben. Dieser Kampf hatte jedoch im allgemeinen nicht mehr den früheren Charakter und war eben eine, spätere Zusammenstöße vorbereitende Aktion.

Ich habe bereits am Schluß des II. Bandes erwähnt, daß unter Alexander III. große sozialpolitische Probleme hinter kleinliche Angelegenheiten zurückgedrängt wurden.

Wenn die ehemalige revolutionäre Weltanschauung nicht ganz zusammengebrochen war, so hatten sich ihre Züge zum mindesten verwischt oder sogar widernatürliche Umgestaltungen erlitten.

So hat z. B. das revolutionäre „Narodniczestwo", das in den ersten Jahren der Wirksamkeit der „Volksfreiheit" (Narodna Wola) einen so großen Wert auf die Notwendigkeit gelegt hat, Rußland eine Konstitution zu geben, jetzt zu den Schriften des Nationalökonomen W. W. (Woronzow) und des Publizisten Juzow (Kablica) in seinem Verhältnis zum Absolutismus einen vollkommen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen.

W. W. bemerkt in „Naszi naprawlenja“ („Unsere Richtungen“), daß der Kampf der Revolutionäre gegen den Absolutismus eigentlich auf einem Mißverständnis beruht, denn er geht vollkommen mit den sozialen Wirtschaftsformen von Volk und Gemeinde zusammen, die allmählich unter seinem mächtigen Schutz neue und höhere Formen annehmen können. Juzow, der ehemalige Anhänger der Bewegung, bekämpft in seinen Schriften „Oczerki Narodniczestwa“ (Umrisse des Volkstums) und „Intelligenz und Volk“ (Intieligiencja i narod) die Theoretiker des russischen Sozialismus und die Revolutionäre, weil sie dem Volke neue Formen des politisch-sozialen Lebens aufdrängen wollen; seiner Ansicht nach wird das Volk selbst seine Lebensformen in der gewünschten Richtung zu entwickeln imstande sein.

W. W.s und Juzows Beweise zielen direkt gegen den politischen Kampf, den ihrer Ansicht nach die Intelligenz allein geführt hat. Es war dies ein Sichanpassen an den Absolutismus, das sich hinter einer verschwommenen Phraseologie von der Verwaltung des Bodens durch die Gemeinde und von verschiedenen natürlichen Eigenschaften „der Seele des russischen Bauern“ verbarg.

Der Tolstoismus war die widernatürliche Umgestaltung der volkstümlichen Richtung, ohne deren Gesamtinhalt auszuschöpfen.

Im ersten Bande dieser Arbeit hatte ich bereits Anlaß darauf hinzuweisen, daß, wenn ich so sagen dart, ländlich-dörfliche Urelemente tief in der Seele der russischen Intelligenz gewurzelt und ihre Ansichten über privates und öffentliches Leben beherrscht haben. Diese Erscheinung habe ich darauf zurückgeführt, daß die russische Intelligenz sich erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit aus dem ländlichen Niveau mit seinen einfachen Formen herausentwickelt hat.

Der Tolstoismus verkörpert den Wunsch, zu den alten Lebensformen zurückzukehren, vielleicht am stärksten.

Tatsächlich ist der Verfasser von „Anna Karenina“ der typische Vertreter der russischen Intelligenz. Nachdem er sich, zum mindesten oberflächlich, die gedanklichen Ergebnisse der westlichen Kultur zu eigen gemacht hat, war er doch nicht im-

stande, sie zu verdauen, und hat sich von ihnen abgewandt, um zum bäuerlichen Leben in seiner ganzen Einfachheit zurückzukehren. Diese Rückkehr war jedoch nicht einfach und ist auch nicht ganz gelungen. Die Lebenstragödie des großen russischen Schriftstellers bestand gerade darin, daß, während er sich nicht völlig mit der modernen Kultur, ihrer Kompliziertheit, Wissenschaft, Religionslosigkeit, ihren sozialpolitischen Kämpfen usw. aussöhnen konnte, er gleichzeitig nicht imstande war, sich ganz dem von ihm idealisierten bäuerlichen Sinn anzupassen. Trotz des Abgrundes, der sich zwischen den bureaukratischen Ansichten eines Pobiedonoszew, dieser Stütze Alexanders III. und des russischen Reiches, und den Ansichten Tolstois, dieses friedlichen Anarchisten, auftut, trotz des absoluten moralischen Gegensatzes zwischen diesen beiden Menschen, gibt es etwas, das sie eint und einander gleichmacht.

Beide haben sich ängstlich vor der modernen Zivilisation zurückgezogen, beide haben soziale Kämpfe gescheut, beide wollten nicht, daß der Mensch aus dem Vollen lebe und alle Bedürfnisse seiner reichen und komplizierten Natur befriedige, beide haben schließlich dem Verstand mißtraut.

Tolstois Weltanschauung hat die freiheitliche und sozialistische Bewegung nicht gefördert. Das Negieren der positiven Bedeutung, die öffentliche Institutionen, Gesetze und Politik haben, und das Verlegen des Schwerpunktes von sozialen Fragen in den inneren Bereich des individuellen Lebens hat die Menschen, und namentlich die Jugend, vom politischen Kampf abgelenkt und damit die Position der Regierung verstärkt. Gewiß hat Tolstoi gleichzeitig den Staat und die Regierung in Rußland und im allgemeinen sehr scharf kritisiert und dadurch Opposition erweckt. Diese Kritik hatte jedoch zwei Kardinalfehler: 1. begnügte sie sich damit, nur passive Opposition zu empfehlen, und jede aktive zu bekämpfen; 2. trug sie einen absoluten Charakter, d. h. sie rechnete nicht mit der Wirklichkeit, und hat den in Rußland existierenden Institutionen keine besseren gegenübergestellt, sondern nur den evangelischen Anarchismus gepredigt, also eine enge Utopie, die die gesamte moderne Zivilisation negiert.

Es gibt vielleicht in der sozialpolitischen Bewegung nichts Schlimmeres als ein breites Verallgemeinern absoluter Doktrinen und absoluter Methoden, die als Maßstab der Erscheinungen aufgestellt werden. Wir haben bereits früher gesehen, welches Unheil in der russischen revolutionären Bewegung von 1870 bis 1879 der Anarchismus als Doktrin dieser Art geschaffen hat.

Absolute Ideale können nur dann ein fördernder Faktor im sozialen Leben sein, wenn sie sich nicht realen und näheren Forderungen widersetzen, die die Chance haben, sich zu verwirklichen, wenn man, indem man ihnen nachstrebt, die Notwendigkeit von Übergangsetappen empfindet und um ihre Verwirklichung kämpft. Im entgegengesetzten Falle sind absolute Ideale, mögen sie nun politisch, sozial oder moralisch sein, nur ein Hindernis im Kampf um eine bessere Zukunft, denn sie lenken die Menschen von realer Arbeit ab und gewöhnen sie an Träumerei.

Absolute Ideale können nicht verwirklicht werden, sie verleiden den Menschen später nur jede soziale Arbeit.

Der Tolstoismus hat den sozialen und politischen Bestrebungen Rußlands keinerlei Ausweg gezeigt und nur die revolutionäre Bewegung geschwächt. Für die in geistiger und moralischer Beziehung führenden Kreise war er ohne Zweifel nur ein Hemmschuh.

Dagegen konnte er für jene Kreise, die in ein materielles Sybaritentum und in moralische Barbarei versunken waren, eine stimulierende Bedeutung haben, aber nur als Ferment, als Ausgangspunkt für die weitere Kritik.

Der Tolstoismus ist auch tief in jene Kreise eingedrungen, die revolutionären Strömungen noch verschlossen waren, und hat ihnen eine gewisse geistige Nahrung und Handhaben zur Kritik des Staates und der offiziellen Kirche gegeben. Diese Kritik hat jedoch, wie bereits erwähnt, ihre schwachen Seiten gehabt. Rußland hatte an erster Stelle die Freiheit des politischen Parlamentarismus und westeuropäischer Institutionen nötig. Tolstoi dagegen hat auch diese Institutionen energisch bekämpft, indem er sie durch das Prisma des absoluten Ideals des evangelischen Anarchismus betrachtete.

Die Russen bedurften einer ernsthaften geistigen Schulung im westeuropäischen Wissen, bedurften festumrissener Denkmethoden, Tolstoi hat dagegen dieses Wissen und diese Methoden bekämpft.

Der Tolstoismus war der letzte starke Schrei des einigermaßen zivilisierten und veredelten alten Rußland, das die Gesellschaft zur Rückkehr zu den alten agrarisch-bäuerlichen Lebensformen, „gereinigt“ von jedem „Anflug“ von Herrschaft und Kultur, aufforderte.

Es war eine neue Form des Slawophilentums, das die Prätension hatte, nicht allein Rußland, sondern die gesamte Menschheit zu beglücken. In der Idee kosmopolitisch, war er in seinem Kern und seiner Anwendung russisch.

Ich werde hier nicht auf Tolstois Ansichten eingehen, sie sind der gesamten gebildeten Welt bekannt. Es war mir nur darum zu tun, auf ihre Rolle in der Entwicklung der russischen Gesellschaft hinzuweisen.

Die Reaktion machte sich auch auf philosophischem, kritischliterarischem und ästhetischem Gebiet geltend.

Der frühere, weitgefaßte Positivismus eines Lawrow und Michajłowski, der menschliche Probleme und ethische Anschauungen, auf sozialen Verhältnissen basierend, an erste Stelle rückte, machte Metaphysik und Mystik Platz.

Der ausgeprägteste russische philosophische Mystiker war und ist Wladimir Solowjew, der gerade während der Reaktion seine wissenschaftlich-publizistische Wirksamkeit am stärksten entfaltete und die meisten Anhänger gewann.

Solowjews System basiert auf einem Konglomerat von wissenschaftlicher Philosophie, Metaphysik, Mystik und Religion.

Es ist unmöglich, hier auf sein System einzugehen, infolge des ihm anhaftenden Unklaren, Chaotischen und Abstrakten, das zahlreiche Kommentare und Erklärungen erfordert. Übrigens ist ein solches Zusammenfassen überflüssig, da nicht die Einzelheiten seiner Ansichten bezeichnend sind und auch nicht von Einfluß auf die Allgemeinheit waren. Für die intelligenten Kreise der russischen Gesellschaft ist nur Solowjews Gedankenrichtung im allgemeinen charakteristisch. Seine Philosophie hat ihren

Ausgangspunkt nicht in der objektiven Erfahrung im streng wissenschaftlichen Sinn gesucht, nicht in Deduktionen, die aus induktiv bewiesenen Wahrheiten abgeleitet werden, sondern in der Intuition, in der subjektiven Erfahrung und namentlich im religiösen Gefühl. Im Grunde hat Solowjew danach gestrebt, die Philosophie zu einer christlichen, dogmatischen, ethisch verweichlichten Religion zurückzuführen. Solowjew hat auch großes Gewicht darauf gelegt, die rechtgläubige Kirche mit der katholischen zu vereinigen. Wahrscheinlich ist er im geheimen zum Katholizismus übergetreten. Er war ein sehr begabter Mensch von großem Wissen.

Es gelang ihm jedoch nicht, ein in sich geschlossenes philosophisches System zu schaffen.

Die literarische Kritik, die, wie wir schon im I. Band gesehen haben, in Rußland eine besondere Rolle gespielt hat, indem sie neuen Ideen den Weg geebnet und die Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade erzogen hat, verfiel in dieser Epoche der Reaktion. Michajlowskij hat zwar immer noch das Niveau der Kritik bestimmt, aber er schrieb weniger als früher und sein Geist war weniger lebendig und biegsam. Außerdem haben die Grundsätze der literarischen Kritik eine wichtige Veränderung erfahren. Tatsächlich haben von Bielinski bis zu Michajlowskij die Koryphäen der russischen literarischen Kritik künstlerische Erzeugnisse nicht bloß unter ästhetischem Gesichtspunkt gewertet und er war durchaus nicht der hauptsächliche Maßstab, wesentlicher waren für sie Interessen, Wünsche und Bedürfnisse der fühlenden, denkenden, handelnden Menschen. Jetzt machte sich die Reaktion unter den Kritikern geltend. Die alten Kriterien begannen neuen unklar, ethisch-metaphysisch formulierten zu weichen. In den meisten Fällen verlor sich die literarische Kritik in zusammenhanglosen Bemerkungen ästhetisch-technischen oder metaphysischen Charakters.

Der Hauptvertreter der neuen, die alten bekämpfenden Strömungen in der Literatur war Wolynskij, ein schwacher, talentloser Philosoph und Ästhetiker ohne klare Gesichtspunkte.

Die damalige Presse büßte ihren hohen Flug ein, während sie sich gleichzeitig spezialisierte.

Von der damals die Gesellschaft beherrschenden Stimmung kann man sich eine klare Vorstellung aus der interessanten Chronik machen, die in der Monatsschrift „Der russische Gedanke" (Russkaja Mysl) von dem alten verdienten Schriftsteller und Führer Nikolaus Schesgunow veröffentlicht wurde [1]).

Wie sehr sich die Gesellschaft in vielen Dingen zurückentwickelt hat, kann man auch daraus entnehmen, daß Schesgunow gelegentlich die Berechtigung so elementarer Begriffe beweisen mußte, wie, daß die Beamten keine Mißbräuche begehen dürfen, daß Aufklärung von Nutzen ist, körperliche Züchtigung schädlich usw.

Alle neuen Errungenschaften des russischen Gedankens wurden von reaktionären Elementen, die immer größeren Einfluß gewannen, angegriffen und in Zweifel gezogen.

Mit einem Worte, es hatte den Anschein, als wenn die gesamte fortschrittliche Entwicklung der russischen Gesellschaft seit den Reformen unter Alexander II. vergebens gewesen wäre. Über die jüngste Vergangenheit, über die gesamte freiheitliche Bewegung durfte man nicht schreiben. Das junge, heranwachsende Geschlecht wußte wenig darüber, die Anhänger waren entweder tot, oder im Gefängnis oder in Sibirien; wer mit dem Leben davongekommen war, hielt sich von der Jugend fern und wollte sich keiner Gefahr aussetzen.

Für jede sozialpolitische Bewegung ist es außerordentlich ungünstig, wenn es keinen engen Konnex zwischen den daran beteiligten Generationen gibt. In diesem Falle verliert die Bewegung ihre Kontinuität, und das neue Geschlecht kann die Erfahrungen des alten nicht genügend nutzen.

So verhielt es sich auch während der Reaktion nach dem Fall der „Volksfreiheit". Die allgemeine Lage war unerträglich, namentlich für die Elite der Gesellschaft und die Volksmassen im weitesten Sinne.

Die neuen Arbeiter in Rußland waren sich selbst überlassen. Ihre Beziehungen zu den Emigranten waren sehr locker.

---

1) Diese Chroniken wurden später in Buchform unter dem Titel „Skizzen aus dem russischen Leben" (Oczerki russkoj zyzni), Petersburg 1895 (in russischer Sprache), veröffentlicht.

Auf diesem dunklen reaktionären Hintergrund, der Regierung und Gesellschaft beherrschte, gab es zwei lichte Punkte: 1) Rußland entwickelte sich in ökonomischer Beziehung, bedeutende Fabriken entstanden, die Einwohnerzahl der Städte nahm zu, die Massen lasen mehr, die Technik des täglichen Lebens vervollkommnete sich, die Provinz nahm an den Verhältnissen des Reiches lebendigen Anteil; 2) ein Widerhall des Lebens der konstitutionellen westeuropäischen Staaten drang stärker nach Rußland, und in der russischen Intelligenz befestigte sich die Überzeugung immer mehr, daß der Parlamentarismus mit seinen verschiedenen freiheitlichen Garantien ein kostbarer Besitz sei.

Die Politik der Regierung verstärkte diese Überzeugung immer mehr.

Der durch die Regierung erweckte Nationalismus stieß in den reaktionären Kreisen der russischen Gesellschaft und in ihren dunklen Schichten auf eine freundliche Aufnahme. Es konnte nicht anders sein. Der Nationalismus ebnete die Karriere, wies den Regierungsbeamten den Weg zu höheren Pensionen. Er erweckte die Hoffnung auf neue Unterjochungen. Den Schwankenden ward er eine Stütze.

Der Nationalismus ward eine Art Sicherheitsventil für die von der „Volksfreiheit“ so energisch angegriffene Regierung.

Drittes Kapitel.

Die sozialpolitische Bewegung während der Reaktion.

I.

In den westeuropäischen Staaten gewann der Konstitutionalismus eine immer demokratischere und festere Form, dementsprechend trat er auch im sozialen Leben deutlicher zutage. Freilich, die Möglichkeiten, seine Ansichten zu äußern, sich zu organisieren, das Recht, eine Kontrolle über die Regierung auszuüben und an der Gesetzgebung Anteil zu haben, waren große und wertvolle Errungenschaften.

Die russische Presse, die, soweit russische Zustände in Frage kamen, außerordentlich gebunden war, konnte ihre Leser im allgemeinen über das sozialpolitische Leben der westeuropäischen Reiche ziemlich genau orientieren. Viele russische Zeitschriften machten sich dies angelegentlichst zu Nutzen. Die große Moskauer Tageszeitung, das Organ der Universitätsprofessoren, „Russkija Wiedomosti“ (Russische Nachrichten), hatte ausgezeichnete auswärtige Korrespondenten, die in ihren Artikeln ein außerordentlich klares und anschauliches Bild vom politisch-sozialen und ökonomisch-kulturellen Leben des Westens gaben. Diese Korrespondenz war für die russische Intelligenz von außerordentlicher Bedeutung, indem sie sie mit dem Konstitutionalismus vertraut machte und ihr seine Einzelzüge anschaulich vermittelte.

Die „Russischen Nachrichten“ haben sich auch mit den Gesetzen der ländlichen und städtischen Selbstverwaltung in Rußland und der Lage der Bauern und Arbeiter eingehend beschäftigt. Die Redaktion ist stets für Gesetze und Selbstverwaltung eingetreten.

1880 entstand eine Monatsschrift „Russkaja Mysl“, „Der russische Gedanke“; ursprünglich, in den ersten Jahren ihres Bestehens, überwog die slawophile, nationalistische Richtung, allmählich, namentlich von 1885 an, als Viktor Golcew die Schriftleitung übernahm, trat die liberal-demokratische und selbst radikale Richtung im westeuropäischen Sinne an erste Stelle. Die ernsthaftesten Wissenschaften kamen in dieser Zeitschrift zu Worte, und eine Reihe bedeutender Arbeiten aus dem Gebiet der Geschichte, Nationalökonomie, Soziologie, des Staatsrechtes und anderer sozialer Wissenschaften wurden dort veröffentlicht. Auch der Literatur ward eine wichtige Stelle eingeräumt.

Die russische und ausländische Chronik führte Viktor Golcew, soweit die Zensurverhältnisse dies gestatteten, im radikalen Sinne (tatsächlich konnte man über russische Verhältnisse nur außerordentlich vorsichtig schreiben). Die Revue lieferte ihren Lesern ein außerordentlich wertvolles Material, indem sie sie mit Theorie und Praxis des westeuropäischen Konstitutionalismus, mit den neusten Strömungen in Wissenschaft, Philosophie und Kunst bekannt machte.

„Russkaja Mysl“ hatte eine außerordentlich gut geleitete bibliographische Abteilung, neue Werke aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Literatur betreffend.

Mit ihren Arbeiten unterstützten diese Zeitschrift Gelehrte, die europäischen Anforderungen genügten, wie Maxim Kowaltschewskij, Tschuprow, Winogradow, Murowcew (der spätere Präsident der ersten Reichsduma) und viele andere.

„Russkaja Mysl“ trat stets für allgemeines Wahlrecht, für Parlamentarismus und für alle humanitären und demokratischen Postulate ein; der Intervention des Staates im Bereich der sozialen Gesetzgebung legte sie sehr viel Gewicht bei.

Innerhalb der russischen Verhältnisse verteidigte die Zeitschrift die Organe der Selbstverwaltung und wies auf die Notwendigkeit hin, deren Rechte zu erweitern; ebenso trat sie für die Notwendigkeit ein, die in den Verband des russischen Reiches aufgenommenen Völker zu dezentralisieren und ihnen die gleichen Rechte zuzugestehen. Finnländer und Polen hatten in „Russkaja Mysl“ einen treuen und erprobten Freund. Selbst-

verständlich hat die Zeitschrift den russischen Nationalismus bekämpft.

In philosophischer Beziehung stand sie auf dem Standpunkt eines weit erfaßten Positivismus.

In belletristischer Beziehung sehr gut geleitet, machte „Russkaja Mysl“ das russische Publikum mit den wichtigsten Erzeugnissen der damaligen polnischen Literatur bekannt.

Dieser Umstand trug dazu bei, in den fortschrittlichen russischen Gesellschaftskreisen Sympathien für Polen zu erwecken.

Die Zeitschrift gewann einen immer größeren Leserkreis. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre konnte sie mit einem festen Stamm von einigen tausend Abonnenten rechnen.

In Moskau erschien auch eine ernsthafte Spezialzeitschrift „Juriczeskoj Wjestnik“ (Juristische Revue). Ihre Aufgabe bestand in theoretischen und praktischen Erörterungen von Rechtsproblemen im weitesten Sinne dieses Wortes. Sie enhielt eine Reihe gelehrter Fachabhandlungen aus den verschiedensten Gebieten der Rechtsprechung. Die Bedeutung dieser Zeitschrift war jedoch damit nicht erschöpft. Tatsächlich gab sie sich damit nicht zufrieden, abstrakte Rechtsfragen zu besprechen, sondern berührte Lebensprobleme, indem sie die für Rußland wünschenswerten Veränderungen in der Gesetzgebung und verschiedene Verfügungen berührte. „Juriczeskoj Wjestnik“ hat streng darüber gewacht, daß das Gesetz eingehalten werde, und alle willkürlichen Verfügungen der Regierung einer scharfen Kritik unterzogen. Die Zensur verhielt sich eine Zeit hindurch dieser Zeitschrift gegenüber etwas laxer, da sie sich nicht an ein weiteres Publikum, sondern nur an Spezialisten wandte. Der Inhalt der wichtigsten Artikel dieser Zeitschrift kam jedoch gewöhnlich in populärer Form in die Presse und damit zur Kenntnis der weitesten Kreise des Publikums.

Diese Zeitschrift war das Organ der „Rechtsgesellschaft“, die bereits ziemlich lange existierte, aber bis gegen Ende der achtziger Jahre bedeutungslos war. Die „Rechtsgesellschaft“ und ihr Blatt haben unter dem Vorsitz und der Redaktion des bereits erwähnten Sergejew Murowcew ihren Höhepunkt erreicht.

Wir sehen also, daß sich in Moskau selbst zur Zeit der schlimmsten Reaktion ein Kreis von Gelehrten, Publizisten und Juristen zusammengefunden hat, die von freiheitlichen Ansichten, von Grundsätzen des Konstitutionalismus und Radikalismus erfüllt waren. Diese Männer hatten eine gründliche Kenntnis von Rußland und waren durchaus nicht blinde Nachahmer Westeuropas. Da sie den Wunsch hatten, westeuropäische Ideen nach Rußland zu verpflanzen, mußten sie die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen.

Diese Männer bildeten keine eigene Partei, da das Gesetz dies nicht zuließ; sie schlossen sich aber auch nicht zu einer geheimen Organisation zusammen, da sie keine Revolutionäre waren.

Offen bewegten sie sich auf gesetzlichem Boden in der Presse, der Gesellschaft, den Organen der Selbstverwaltung usw.

Sicherlich haben sie auch im geheimen im engen Kreise verschiedene Fragen erörtert; diese Beratungen hatten jedoch weder einen regelmäßigen Charakter noch waren sie auf ein bestimmtes Ziel gerichtet.

Moskau war das Zentrum dieser Bewegung.

In Rußland erstand damals die erste streng konstitutionelle Strömung von ausgesprochen oppositionellem Charakter, eine radikale Strömung nach Art der westeuropäischen. Fern vom Hauptsitz der Bureaukratie, in der uralten Hauptstadt Rußlands wuchs und erstarkte diese Bewegung. Sie trug keinen Klassencharakter; sie wahrte die Interessen keiner besonderen Gesellschaftsschicht. Unter der Intelligenz hatte sie die meisten Anhänger, Literaten, Professoren, Juristen, Mitglieder der Institution der Selbstverwaltung haben in dieser Bewegung die Hauptrolle gespielt.

Die Regierung ward sich dieser Bewegung bewußt und suchte sie zu unterdrücken; die einer freiheitlichen Gesinnung bezichtigten Professoren wurden relegiert (Golcew und Murowcew verloren ihren Lehrstuhl), die Presse unterstand einer strengen Kontrolle und die „Rechtsgesellschaft“ wurde im Jahre 1899 aufgehoben. Diese Mittel vermochten jedoch die Bewegung nicht zu unterdrücken. In seiner ganzen Bedeutung trat ihr

praktischer Wert erst zwanzig Jahre nach der Gründung zutage, unmittelbar ehe das konstitutionelle Manifest verkündet wurde.

Aus dieser Bewegung ging später die sogenannte Kadettenpartei hervor (konstitutionell-demokratisch), die seit der zweiten Hälfte von 1904 bis zum gegenwärtigen Augenblick eine so wichtige Rolle in der russischen Geschichte spielt und die berufen ist, Rußland auf neuen, wahrhaft konstitutionellen Grundlagen zu reorganisieren.

Die Seele dieser neuen Bewegung während der Reaktion unter Alexander III. waren Viktor Golcew und Sergius Murowcew; die bekannten verdienten Träger dieser Bewegung auf dem Lande, Pietrunkiewitsch an der Spitze, übergehe ich.

Diese neue Bewegung blieb nicht ohne Einfluß auf die revolutionären Kreise, die immer mehr zur Überzeugung kamen, daß die Eroberung der Konstitution das wichtigste Problem der nächsten Zukunft sei.

Diese Richtung hat jedoch trotz all ihrer Bedeutung ihr Ziel nicht erreicht, infolgedessen wurde sie von weiteren Kreisen der Intelligenz nicht genügend geschätzt und von den Revolutionären sogar verachtet.

Es fehlte damals an starken, zündenden Publizisten, es fehlte das Pathos der Sprache, es fehlten philosophische und soziale Paradoxa, die blenden und Opposition erwecken. Die neue konstitutionell-radikale Bewegung war solide, sie arbeitete langsam und sicher, aber sie riß nicht mit; sie bot viel positives Wissen, aber sie stellte keine fest umrissene, in sich geschlossene Doktrin auf, die Ansprüche auf Unfehlbarkeit erhob. Sie erzeugte keine Revolutionäre, aber sie bereitete mehrere begabte Politiker vor, die ihre Kräfte erst in einer wahrhaft konstitutionellen Gesellschaft üben konnten. Für die Zukunft der freiheitlichen Bewegung war es jedoch von großer Bedeutung, daß sich in aller Stille eine Schar von Menschen vorbereitet hatte, die imstande war, die ganze Politik des Reiches mit fester Hand zu lenken. Diese liberale Bewegung konnte nur neben einer gleichzeitigen revolutionären Bewegung siegen, allein war sie nicht stark genug, den Absolutismus zu stürzen.

Fürs erste jedoch sah man all dies nicht. Es schien, als

sei diese Bewegung oberflächlich und als fehle es ihr an Grundlagen. Noch sah man jene starken Kräfte nicht, die den Absolutismus stürzen konnten.

Im ersten Augenblick erscheint es als ein Unbegreifliches, daß in der Epoche größter Reaktion, in der Epoche der Rückkehr zu altem Glauben, zur Mystik usw. in der Politik eine durchaus realistische und radikale Richtung entsteht. Ein tieferes Eindringen in die damalige Epoche erklärt uns diesen scheinbaren Anachronismus. Stellen wir fürs erste die Frage, welche Gesellschaftskreise wurden von den offenen und geheimen reaktionären Strömungen ergriffen? Abgesehen von Elementen, die ihrer Natur nach rückständig sind und an denen es in Rußland nie gefehlt hat, erlagen jener maskierten Reaktion junge Leute, die von der revolutionären Bewegung enttäuscht waren, und Unentschlossene, die eigentlich immer mit dem Strom gehen. Außerdem in großer Anzahl, der herrschenden politischen Konstellation entsprechend, jene, die unter den Gegenmaßregeln gelitten hatten.

Dagegen wurden jetzt andere Kreise von der sich ausbreitenden Bewegung ergriffen. Sie bestanden aus Menschen, die sich im allgemeinen nicht der Täuschung hingaben, als wenn die revolutionäre Bewegung in kurzer Zeit zum Sieg führen würde. Sie gaben zwar die Möglichkeit von Zugeständnissen seitens der Regierung zu, nahmen aber nicht an, daß diese allzu radikal sein würden, infolgedessen war ihre Enttäuschung nicht groß. Außerdem waren diese Menschen nicht durch den Kampf verbraucht, da sie an der revolutionären Aktion keinen Anteil genommen hatten. So hatten sie ihre Kraft bewahrt. Außerdem konnten die Ereignisse in Rußland ihre Ansicht nur befestigen, daß die Erringung der Konstitution das wichtigste Ziel für das russische Volk sei.

Auch darf man nicht vergessen, daß die Urheber und Leiter dieser Bewegung in der Hauptsache hochgebildete, mit Geschichte und Sozialwissenschaften wohlvertraute Männer waren, und daß infolgedessen ihre Ansichten gefestigt und gemäßigt waren.

All das trug dazu bei, daß sie den Kopf nicht verloren, sondern beschlossen, die Grundprinzipien des Konstitutionalismus in der Gesellschaft energisch zu fördern. Diese Elemente fanden

den Boden insofern bereitet, als die gewaltsame Reaktion der Regierung immer deutlicher die fatalen Seiten des Absolutismus bewies und die alte Illusion von der Möglichkeit eines weiteren Fortschrittes unter dem Schutz der Regierung zerstörte. Tatsächlich währte es lange, ehe die Gesellschaft politisch reif wurde, aber Anzeichen dafür waren vorhanden.

Die mit der revolutionären Bewegung sympathisierenden Elemente waren dezimiert, ihres legalen Organs „Otieczestwiennych Zapisok" (Vaterländische Notizen), das 1884 aufgehoben worden war, beraubt und völlig desorganisiert. Wenn sie auch bald darauf eine neue Zeitschrift „Siewiernyj Wiestnik" gründeten, so ging dies monatlich erscheinende Blatt bald in fremde Hände über, so daß sie für einige Jahre wieder ihres Organes beraubt waren. Erst als Michajlowski und Korolenko die Leitung von „Russkawo Bogatstwo" (Russischer Reichtum) übernahmen, hatten sie die Möglichkeit sich zu äußern.

Wie bereits erwähnt, hatte Michajlowski seine frühere Lebendigkeit und Verve eingebüßt. Die übrigen Publizisten dieses Lagers hatten entweder zu schreiben aufgehört, oder sie schrieben ohne den früheren Schwung, ja vielleicht ohne den früheren Glauben. Die ideologisch-revolutionären Demokraten der damaligen Zeit, die die reaktionären Demokraten in der Art eines W. W. bekämpften und den Nutzen politischer Freiheit für Rußland empfanden, haben dies nicht mit genügendem Nachdruck betont. In ihren Schriften beschäftigten sie sich vorwiegend mit nationalökonomischen Fragen, der Hebung des bäuerlichen Wohlstandes, mit „Artielen" (kleinen Verbindungen von Handwerkern und Ackerbautreibenden) und anderen Problemen dieser Art. Den Kapitalismus betrachteten sie allmählich als absolutes Übel, nationale Angelegenheiten haben sie nicht mehr berührt. In einem wichtigen Punkte waren sie mit den radikalen Konstitutionalisten solidarisch: in der Verteidigung der Interessen der bäuerlichen Selbstverwaltung.

Auch sie glaubten nicht an die Möglichkeit einer baldigen Umgestaltung in den Agrarverhältnissen Rußlands.

Erst gegen Ende der Herrschaft Alexanders III. und zu Beginn der Regierung Nikolaus' II. tauchte der Marxismus in der legalen Presse und Literatur auf.

II.

Infolge der Verhaftungen in der Angelegenheit Uljanow und Genossen, die, wie wir wissen, den Anschlag auf Alexander III. vorbereitet hatten, unternahm die Regierung verschiedene Repressalien gegen die Studenten. Mehrere wurden relegiert. Den Machthabern der Universität genügten die von General Schebeki, dem Oberbefehlshaber des Gendarmeriekorps, gegen eine nur kleine Anzahl von Studenten erhobenen Verdachtsgründe nicht, sie gingen bedeutend weiter und relegierten 150[1]). Die Repressalien haben sich nicht darauf beschränkt, die Regierung begann die sogenannten „Ziemlatschestwo" zu verfolgen, d. h. geheime Studentenorganisationen zwecks gegenseitiger Hilfe, in denen sich die Jugend, je nach den Gouvernements, aus denen sie stammte, zusammenschloß. Infolge dieser Repressalien kam es in einzelnen Instituten zu ernsten Zusammenstößen zwischen Studenten und Professoren. In Moskau und Kasan wurden die Inspektoren geohrfeigt. Die Jugend der höheren Unterrichtsinstitute in Petersburg, Moskau, Kasan, Kiew und Odessa schloß sich dieser Bewegung an. Die Universitäten wurden zeitweise geschlossen. Die Jugend verlangte Kassierung der ihr feindlichen Universitätssatzungen. Diese Wünsche konnten bei dem derzeitigen politischen Kurs der Regierung nicht erfüllt werden. Die Studenten hatten das Spiel verloren. Der von ihnen geführte Kampf erwies sich aber als kraftstählend und veranlaßte die Jugend sich zusammenzuschließen.

Die Verbindung der „Ziemlatschestwen" wurde bereits zu Beginn des Jahres 1886 begründet; nach den Verhaftungen und Gewaltmaßregeln, die das verunglückte Attentat auf Alexander III. am 1. März 1887 zur Folge hatte, löste sich diese Verbindung wieder auf; erst nach den Universitätsvorgängen im Jahre 1887

1) „Studienczeskija wotnienja w Rossii" (Studentische Unruhen in Rußland). Genf 1888, S. 13—14 (in russischer Sprache).

tritt 1888 und 1889 eine abermalige Vereinigung der Ziemlatschestwen ein. Dieser Organisation haben sich die folgenden Ziemlatschestwen angeschlossen: Sibirien, Perm, Riack, Riasan und Südrußland. Andere entstanden außerhalb der allgemeinen Organisation. Die erste und wesentlichste Aufgabe der Ziemlatschestwen war gemeinsame, namentlich pekuniäre Hilfe, ihre Bedeutung für die Allgemeinheit war jedoch viel größer. Die sich unter diesem Namen zusammenschließende Jugend sympathisierte untereinander und strebte nach einer gemeinsamen Weltauffassung. Auf dem Gebiet gemeinsamer Arbeit waren die Ziemlatschestwen der erste Schritt, sie haben mit der revolutionären Bewegung mitgefühlt und das bis zu einem gewissen Grade zum Ausdruck gebracht. Einige unter ihnen leisteten regelmäßige Abgaben für das „Rote Kreuz" (die politischen Gefangenen), die Mehrzahl arbeitete systematisch an ihrer Weiterbildung. Übrigens waren die einzelnen Ziemlatschestwen ihrem Charakter nach sehr verschieden. Alle aber interessierten sich lebhaft für allgemein studentische Angelegenheiten. Da ihre Wirksamkeit geheim bleiben mußte, war sie nicht eben leicht. Aus diesem Grunde zerfielen sie in kleine Gruppen. Die Gewaltmaßregeln gegen die Jugend verlangten nach Abwehr. Die energischsten Elemente beschlossen infolgedessen, neben den Ziemlatschestwen eine weitere Organisation politischen Charakters zu bilden, um den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen.

1888 entstand schließlich eine derartige Organisation, sie nannten sich „Kadrowisten" (von Kadra = Reihe). An der Spitze standen Zentralgruppen, die aus den Energischsten und Intelligentesten bestanden, ihnen unterstanden wieder weitere Gruppen. Eine allerhöchste Zentralgruppe, aus Mitgliedern der Einzelgruppen bestehend, wurde aus Vorsicht vermieden. Die Zentralgruppen waren jedoch in ziemlich enger Fühlung untereinander. Diese neue Organisation dauerte drei Jahre, später zerfiel sie, Verhaftungen fanden statt, außerdem gingen die Mitglieder nach Absolvierung ihrer Studien in die Provinz zurück.

Die Mitglieder hatten kein fest umrissenes Parteiprogramm.

Die meisten waren gegen den Terror als Kampfesmittel mit der Regierung; auch die Volkstümelei erfreute sich ihrer

Sympathie nicht. Sozialdemokraten in der strikten Bedeutung dieses Wortes waren sie nicht. Dagegen erkannten alle die Notwendigkeit an, eine Konstitution zu erringen, alle legten der Propaganda unter den Arbeitern, der Intelligenz und der Jugend großes Gewicht bei, alle sympathisierten mit dem Sozialismus. Auch in propagandistischer Beziehung geschah viel. In taktischen Fragen gelang es jedoch nicht, einen gemeinsamen Plan auszuarbeiten.

Die Wirksamkeit der „Kadrowisten" war jedenfalls nützlich und ziemlich umfassend.

Sie leisteten in der Hauptsache kulturelle und sozialpolitische Arbeit vorbereitender Art. Da sie nicht unter dem Wahrzeichen irgendeiner sozialistischen Schule standen, unterschieden sie sich durch eine gewisse Vielfältigkeit.

Die Arbeit wurde nach Aussage eines der Anhänger dieser Vereinigung ruhig, ohne Übereifer getan. Man glaubte nicht an die Möglichkeit eines raschen Sieges, noch gab es eine deutliche Vorstellung des Kampfes selbst.

Zu den markantesten Führern dieser Gruppe gehörten unter den Universitätsstudenten: Fiedunow, Berezin, Timofiejew, Gołubiew, Rumiancew, Tenner, Mołozawij, Dobkiewitsch, Nietschajew; unter den Schülern der Technischen Hochschule: Pictowski, Jepifanow, Bałdin, Diordienko, Braschniew, Liwiński, Krasin; unter den Medizinern: Abramowitsch, Gałkowski, Wołków, Feit; unter den Bergbaustudenten: Porfiljew, Fejdin, Ogarków, Naliwkin; unter den Forstakademikern: Junjew, Marin, Rimtschajło, Wielikolud, Rentschan, Simón. Es gab auch Studentinnen darunter, wie die Iwanowska, Razumowska, Kamoschycka und andere.

Die Organisation war in der Hauptsache in Petersburg wirksam.

Einige der genannten Führer haben später eine gewisse Rolle in einzelnen revolutionären Parteien gespielt [1]).

---

1) Vgl. „Wspominanja pietierburzca o wtorej polowinie wosmidiesiatych godow. (Minuwozyje gody)". (Erinnerungen eines Petersburgers aus der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des 19 Jahrhunderts. [Vergangene Jahre.]) „Staryj student. Pietierburskaja studienczeskaja ziemlaczestwa wo wtorej polowinie 80tych

Außerhalb dieser studentischen Bewegung gab es revolutionär-terroristische Gruppen und andere, die den Sozialdemokraten näherstanden. Auf ihre Wirksamkeit werde ich später eingehen.

III.

In den der revolutionären Bewegung nahestehenden und durch die Gegenmaßregeln der Regierung dezimierten Kreisen entstand die Initiative, den Kampf gegen den Absolutismus aufs neue aufzunehmen, um politische Freiheit zu erringen. Einige Emigranten und einige der älteren in Rußland verbliebenen Führer der Bewegung beschlossen eine Zeitschrift herauszugeben, um die verschiedenen revolutionären Gruppen zusammenzuschließen und die Bewegung zu erneuern.

Sie glaubten, daß es ihnen gelingen würde, mehrere Führer zu vereinigen, trotzdem sie in ihren programmatisch-taktischen Ansichten voneinander abwichen, aber es galt, politische Freiheit, nach der sie alle strebten, zu erringen. Infolgedessen begann Ende 1887 in Genf eine neue Zeitschrift „Samoprawlenje" (Selbstverwaltung) zu erscheinen, die es bis zu vier Nummern im Laufe von etwas über einem Jahre gebracht hat.

Die erste Nummer dieser Zeitschrift begründete die Notwendigkeit, eine Konstitution zu erlangen, als unvermeidliche Etappe in der Entwicklung Rußlands, außerdem brachte sie allgemeine Hinweise bezüglich der Kampfestaktik. Die neue Zeitschrift, die ausgeprägte Ansichten in politischen Fragen hatte, war sich über die Kampfesformen mit der Regierung nicht ganz klar. In einem Artikel über diesen Gegenstand gesteht der unbekannte Verfasser seine Zweifel an einer starken revolutionären Massenbewegung, sowie an einer städtischen oder Palastrevolution, denn die erste biete keinerlei Garantien, die zweite zeitige sogar leicht ein negatives Resultat, indem ein neuer Despotismus an Stelle des gestürzten entsteht. Der Verfasser empfiehlt anstatt

---

godow. (Matierjaly dla istoryi soc. razdwizenja w Rossii . . .)" (Der alte Student. Studentenkreise im Petersburger Gouvernement in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts. [Material zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in Rußland.])

dessen weitere Kreise der Gesellschaft unter dem Losungswort der Konstitution zu organisieren, sie sollen bei den verschiedensten Anlässen eine diesbezügliche Petition bei der Regierung einreichen. Wenn ihm auch eine derartige Aktion als außerordentlich nützlich erscheint, so nimmt er doch gleichzeitig an, daß sie allein nicht genügt, um die Regierung zu konstitutionellen Erlässen zu zwingen, dazu bedarf es des Terrors. Nach Ansicht des Verfassers kann man freilich nicht nach einem einzelnen Vorstoß eine politische Umkehr erhoffen, jedoch erwarten darf man, daß ein systematisch geführter Terror, unterstützt durch die Wirksamkeit breiter Bevölkerungsschichten, die die Konstitution verlangen, den Absolutismus zur Kapitulation zwingen wird.

„Samoprawlenje“ bekannte ausdrücklich, auf dem Boden föderalistischer Gesetzgebung zu stehen. Die erste Nummer dieser Zeitschrift wurde durch einen polnischen Revolutionär nach Rußland gebracht. Die zweite Nummer erschien in der ersten Hälfte des folgenden Jahres und wich von der ersten in taktischer Beziehung sehr ab.

Der Emigrant Dobrowolski veröffentlicht darin einen langen Artikel, in dem er den Terror als politisches Kampfmittel energisch bekämpft und seine Hoffnungen auf die liberale Bewegung in den „Ziemstwo“ sowie in verschiedenen anderen Bevölkerungsschichten setzt; er empfiehlt auch Propaganda und sozialistische Aktion im allgemeinen als weiteres Ziel.

Die Zeitschrift verlor ihren revolutionären Charakter immer mehr und stellte sich, soweit die Kampfesmittel in Frage kamen, auf den Boden einer gemäßigten Opposition.

In jenen Zeiten einer gewaltsamen Reaktion, als die Ziemstwo völlig geknebelt waren und die Presse nur ganz zaghaft über russische Angelegenheiten berichten konnte, war die Annahme, daß die ganze Aktion zur Durchführung der Konstitution sich auf Petitionen und auf den moralischem Druck der Gesellschaft auf die Regierung beschränken könne, eine Utopie.

Die Bemühungen der Männer aus den Kreisen von „Samoprawlenje“, Kräfte zu sammeln, die nach Freiheit verlangten, erreichten keinerlei Ergebnis.

Nach dem Erscheinen der zweiten Nummer von „Samoprawlenje“ verweigerten die polnischen Revolutionäre ihre Mithilfe, da sie Dobrowolskis Ansichten nicht teilten. Es erschienen noch zwei Nummern, die jedoch völlig farblos waren.

Außer Dobrowolski gehörten zur erwähnten Gruppe noch die Emigranten Debogorja-Mokryjewitsch, zwei revolutionäre Frauen O. F., K. K. und noch einige Personen. Auch Dragomanow scheint dieser Gruppe nahegestanden zu haben, freilich ohne ihr anzugehören. Sicherlich haben er und Debogorja-Mokryjewitsch dem Programm den föderalistischen Charakter gegeben, durch den es sich nachdrücklich von anderen Programmen unterschieden hat.

„Samoprawlenje“ hat den Abgrund zwischen den Ansichten der Volkstümler und Sozialdemokraten nicht überbrückt, es gelang der Zeitschrift weder in Rußland noch unter den Emigranten eine feste Organisation zu schaffen, obgleich es nach den ersten Nummern schien, als wenn es anders werden würde, damals, als die weitblickendsten Emigranten sich einmütig für die Notwendigkeit des Kampfes um politische Freiheit ausgesprochen hatten.

Im Jahre 1888 faßte der Richter Lawrow den Plan, die Vertreter der verschiedenen revolutionären Strömungen zu einer Gruppe zusammenzuschließen. Ich weiß nicht, ob sein Projekt, in ein knappes Referat zusammengefaßt, sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Ich wurde in Paris im September oder Oktober 1888 in einem kleinen Kreise damit bekannt gemacht, wo Zofia Ginsburg, die bald darauf so tragisch untergegangen ist, es verlas.

Dies Projekt war sehr unpraktisch. Die organisatorische Einheit sollte gewahrt werden, gleichzeitig aber jede revolutionäre Gruppe ihre völlige Freiheit zu handeln bewahren, was unbedingt die Einheitlichkeit der Aktion der vereinigten sozialrevolutionären Partei untergraben mußte. Über Mißverständnisse zwischen den verschiedenen Fraktionen, so gut wie zwischen den einzelnen, sollte ein ständiges, im voraus erwähltes Gericht entscheiden. Ich erinnere mich, daß der berühmte Anarchist Peter Kropotkin (zum mindesten hatte Lawrow ihn vorgeschlagen) diesem Gericht angehören sollte.

Soviel mir bekannt, hat Lawrows Plan in revolutionären Kreisen keinen Beifall gefunden.

Im Jahre 1889 begann in Genf unter Burcews und Debogorja-Mokryjewitsch' Redaktion eine neue Zeitschrift zu erscheinen: „Swobodnaja Rossija" (Das freie Rußland). Das Blatt hatte sich ein ähnliches Ziel wie „Samoprawlenje" gesetzt und wollte die Revolutionäre im Namen des Kampfes für politische Freiheit zusammenschließen. Nur drei Nummern dieser Zeitschrift sind erschienen.

Ihr Programm war streng konstitutionell und dezentralistisch (siehe Nr. 3), es forderte jedoch nicht die Umgestaltung Rußlands zur Föderation. Im allgemeinen paßte es sich den schweren Zeiten an, die die damalige russische Gesellschaft durchlitt. So wollte es z. B. die Volksvertretung als gesetzgebende Kraft angesehen wissen, dagegen waren die Minister der Volksverwaltung nicht politisch verantwortlich, sondern allein vom Kaiser abhängig. Das war ein wichtiges Manko dieses Programms. Für die Regierung und die ihr nahestehenden Kreise war es trotz allem zu radikal, und den Radikalen genügte es nicht. Tatsächlich gab es auch für eine derartige Konstitution damals keine Aussichten. Das Verdienst von „Swobodnaja Rossija" bestand darin, daß die Zeitschrift die Notwendigkeit, politische Freiheit zu erringen, nachdrücklich betont hat.

In taktischen Fragen war das Blatt gegen die Wirksamkeit unter den Arbeitern, ein sehr verkehrter Standpunkt. Trotz der Ausführungen des einen Artikels hat die Erfahrung bewiesen, daß die Arbeit unter dem Fabrikproletariat von großem Erfolg ist. Im allgemeinen hat die Zeitschrift, die sich an die Gesellschaft und besonders an die intelligenten Elemente der Gesellschaft wandte, die taktische Seite nicht deutlich genug formuliert.

Für dies Organ schrieben, abgesehen von den Redakteuren, Dobrowolski, Dragomirow und andere.

Der Standpunkt von „Swobodnaja Rossija" bezüglich der Agitation unter den Arbeitern wurde von Plechanow in seiner Zeitschrift „Der Sozialist" in der ersten Hälfte des Jahres 1889 scharf kritisiert.

Auch diese Zeitschrift hatte sich die Vereinigung der revo-

lutionären Kräfte zum Ziel gesetzt, dachte jedoch ausschließlich an die Sozialisten. Nur eine Nummer ist erschienen, die Artikel von Lawrow, Plechanow, Axelrod, Kaschyncew und Tarasow enthält.

Der einleitende progammatische, von der Redaktion unterzeichnete Artikel war in sozialdemokratischem Sinne geschrieben, völlig im Einklang mit den oben skizzierten Arbeiten Plechanows. Der Verfasser konstatiert die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland mit all seinen Konsequenzen und empfiehlt, sich im Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse auf die Arbeiterklasse, namentlich auf das Fabrikproletariat zu stützen. Er erkennt verschiedene Kampfesmittel an, Propaganda und Agitation als erstes, Terror als letztes.

Plechanow schrieb einen umfangreichen Artikel unter dem Titel „Politische Aufgaben der russischen Sozialisten" (Politiczeskija zadaczi russkich socjalistów), in dem er seine in früheren Arbeiten geäußerten Ansichten in knapper Form zusammenfaßt; er kritisiert das anarchistische Volkstum und die Theorien der Volkstümler, soweit es sich um das Ergreifen der Herrschaft und ihre Nutzbarmachung handelt, und geht von den in Rußland bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, die auf der Gemeindeverwaltung des Bodens beruhen, zu höheren sozialistischen Formen über.

Der Apostel des Marxismus in Rußland, der im allgemeinen ein Gegner aller Verschwörungsaktion ist, erkennt ihre Zweckmäßigkeit in Ausnahmefällen an.

Er führt aus, daß der Erfolg von Verschwörungen von Entwicklungstendenzen abhängt: soweit sie mit ihren Zielen übereinstimmen, kann ihre Wirksamkeit von Erfolg gekrönt sein, entgegengesetztenfalls enden sie mit einer Niederlage. Darauf führt Plechanow die Niederlage der „Volksfreiheit" zurück.

Es ließe sich darauf antworten, daß die erwähnte Partei zwischen 1880 und 1881 namentlich nach politischer Freiheit gestrebt hat, die doch zweifellos auf der Linie der Entwicklungstendenz steht. Die sozialökonomischen Ziele der „Volksfreiheit" widersprechen dem jedoch, und infolgedessen hat sich die politische Freiheit nicht verwirklicht. Weshalb ist aber der politische Teil des Programms, der den Entwicklungstendenzen der

Zeit entsprach, nicht in Erfüllung gegangen? Deshalb, möchte ich antworten, weil nicht alle Tendenzen innerhalb einer gegebenen Zeit sich leicht und vollständig verwirklichen lassen, da sie häufig auf ihrem Wege Hindernissen verschiedenster Art begegnen, die vorübergehend oder dauernd sind, aus Rudimenten im sozialpolitischen Leben resultierend oder aus Nebenumständen; schließlich auch deshalb, weil die vorhandenen Entwicklungstendenzen bei jenen, die sie durchführen sollen, nicht immer hinreichender Kraft begegnen.

Warum hat die „Volksfreiheit" verspielt? Im II. Band dieser Arbeit bin ich ausführlich darauf eingegangen. Hier ist es mir nur darum zu tun, darauf hinzuweisen, daß das bloße Vorhandensein gewisser Entwicklungstendenzen ihre Realisierung weder im allgemeinen, noch im besonderen in nächster Zeit bewirkt und daß ihre Durchführung noch von einem ganzen Komplex verschiedenster Faktoren abhängt.

Ein Jahr vor Erscheinen des „Sozialisten" (1888) gaben Plechanow, Axelrod und Wiera Lazulitsch ein Buch unter dem Titel „Der Sozialdemokrat" heraus, eine Sammlung von verschiedenen publizistischen Artikeln.

Am auffallendsten war ein Artikel von Plechanow: ein Gespräch zwischen einem Sozialisten und einem Konstitutionalisten, den Kampf um politische Freiheit betreffend. In populärer, Form äußert der Verfasser seine Ansichten zu dieser Frage. Die ganze Sammlung ist sehr lebendig und fesselnd geschrieben. Keiner der Versuche, die Revolutionäre verschiedenster Schattierungen auf dem Boden gemeinsamen Kampfes zusammenzuschließen, ist völlig gelungen.

IV.

Die von Regierung und Gesellschaft ausgehende Reaktion in Rußland war so stark, daß sie selbst in die revolutionären Kreise eindrang. 1888 trat einer der Hauptführer von „Volksfreiheit", der Verfasser von Artikeln, auf die mehrfach im II. Band dieser Arbeit eingegangen wurde, der berühmte Leon Tichomirow, aus der revolutionären Partei aus und legte öffentlich die Motive seines Vorgehens dar.

Tichomirow war keine tiefe, gründliche Natur. Er war begeisterungs- und eindrucksfähig, schrieb mit großer Leichtigkeit und war in der russischen Literatur gut bewandert. Der revolutionären Bewegung hatte er sich in seiner Jugend angeschlossen und war ihr später, auch nachdem er den Glauben an sie verloren hatte, aus Gewohnheit, Kollegialität und Energielosigkeit treu geblieben. Im Ausland vermochte er sich in die westeuropäischen Verhältnisse nicht einzuleben und sehnte sich nach Rußland. Fast alle seine Freunde und Kollegen waren entweder hingerichtet, in Schlüsselburg eingesperrt oder zu Zwangsarbeit verurteilt worden. Die in Rußland herrschende Reaktion hatte jede Aussicht auf die Wiedergeburt des revolutionären Geistes vernichtet.

Tichomirow fand ohne gründliches Wissen und ohne geschultes Denken in sich selbst keinen Halt. Allmählich enttäuschte ihn die Bewegung, er begann Rußland und selbst den Zarismus zu idealisieren. Schließlich beschloß er, mit den Revolutionären vollkommen zu brechen.

Seine Broschüre „Weshalb ich aufgehört habe Revolutionär zu sein“ (Poczem ja pierzestal byt revolucjonierom) wimmelt von Paradoxen, Unklarheiten, phantastischen und willkürlichen Gründen, und erinnert darin an seine früheren revolutionären Artikel.

Im übrigen hat sie niemand überzeugt und war nur ein interessantes Dokument für Tichomirow und ihm verwandte Menschen.

Den Emigranten, die früher der „Volksfreiheit“ angehört hatten, war Tichomirows Abfall sehr unangenehm. Nicht etwa deshalb, weil seine Tätigkeit sehr bedeutend gewesen wäre, sondern weil sie ihn selbst zur „Größe“ gestempelt hatten. Als Plechanow ihn mit Recht kritisiert und gegen seine Artikel eine Reihe begründeter und durchaus sachlicher Vorwürfe erhoben hatte, haben Lawrow und andere diese Kritik verächtlich schweigend abgetan. Jetzt zeigte sich endlich, wer Tichomirow eigentlich war.

Bald nachdem er seine Broschüre geschrieben hatte, reichte er eine Bittschrift an Alexander III. ein, in der er sein Be-

dauern und seine Reue über seine früheren Sünden aussprach, um Verzeihung bat und um die Erlaubnis, wieder nach Rußland zurückkehren zu dürfen. Alexander III. verzieh Tichomirow, obgleich er zu den moralischen Urhebern des Attentats auf seinen Vater gehört hatte, und gestattete ihm nach Rußland zurückzukehren, da er erkannte, daß dies für seine Regierung nur vorteilhaft sei. Tichomirow kam zurück, wurde vom Kaiser sogar in einer Audienz empfangen, trat in die Reihen der reaktionären russischen Publizisten ein, die die Politik der Regierung verteidigten und immer mehr nach rückwärts steuerten. Karriere hat er jedoch nicht gemacht, bis auf den heutigen Tag ist er nur ein reaktionärer Tagesschriftsteller, der den russischen Verhältnissen entsprechend, eine bescheidene Pension bezieht und nicht einmal großen Einfluß hat.

Es verdient erwähnt zu werden, daß Tichomirow keinen seiner ehemaligen Gefährten an die Regierung verraten hat.

V.

Nach dem Untergang der „Volksfreiheit“ und dem unglücklichen Anschlag auf Alexander III. am 1. März 1887 entstanden an verschiedenen Stellen in Rußland kleine terroristische Kreise, die jedoch zumeist, ehe sie imstande waren, sich zu größeren Gruppen zu entwickeln, von der Polizei entdeckt wurden. Auch unter den Emigranten machte man einen ergebnislosen Versuch, die terroristische Bewegung zu erneuern.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1888 trat die junge Revolutionäre Zofia Ginsburg, die seit einiger Zeit in Rußland lebte, mit den Emiganten in Berührung, die früher zur „Volksfreiheit“ gehört und damals eine lose Gruppe, die nur am ideellen Standpunkt der Partei festhielt, gebildet hatten. Gegen Ende des Jahres faßte sie den kühnen Plan, nach Rußland zurückzugehen, um die „Volksfreiheit“ zu erneuern. Sie glaubte, daß man nur durch eine kühne, heroische Tat die Gesellschaft aufrütteln und eine neue revolutionäre Partei bilden könnte, die imstande wäre, sich im Kampf mit dem Absolutismus zu messen und ihm den Todesstreich zu versetzen.

Zofia Ginsburg nahm an, daß ein gelungenes Attentat auf

Alexander III. im Augenblick, wo die um sich greifende Reaktion alle selbständigen Regungen der Gesellschaft erstickte, den programmatisch-taktischen Streitigkeiten ein Ende machen und die tüchtigsten revolutionären Kräfte vereinigen würde. Infolgedessen hatte sie die Absicht, unmittelbar nach ihrer Ankunft in Rußland an die Organisierung des Anschlages zu gehen, ohne darauf zu warten, daß es ihr gelinge, einen größeren Kreis von Revolutionären zusammenzuschließen.

Sie war eine energische, der revolutionären Sache schrankenlos hingegebene Führerin. Bescheiden hörte sie gern den Rat verschiedener Menschen, die an der Bewegung beteiligt waren. In Paris stand sie abseits, vermied größere Versammlungen, um von den Agenten nicht aufgespürt zu werden. Sie sah nur wenige unter den russischen und polnischen Emigranten. In engen Beziehungen stand sie zum Kreis der Volkstümler in Zürich. In Rußland gab es keine organisierte Gruppe, auf die sie sich hätte stützen können. Sie mußte von Anfang anfangen. Sie hatte nur etwa zwanzig Adressen von einzelnen Individuen, die in ganz Rußland verstreut waren und entweder bei der letzten Verfolgung glücklich entkommen waren oder erst mit der Zeit tätige Führer sein konnten.

Sie war sich über die Schwierigkeiten ihrer Lage klar, beschloß aber trotzdem, schnell an die Verwirklichung ihres Planes heranzugehen.

Selbst den wenigen Menschen, mit denen sie rechnete und denen sie vertraute, offenbarte sie ihre Pläne nicht ganz, im Verlangen so vorsichtig wie möglich zu sein.

In den letzten Oktobertagen des Jahres 1888 überschritt die Ginsburg die Grenze und hielt sich in Warschau auf, wo sie einige mit der Bewegung sympathisierende Offiziere aufsuchen wollte. Nachdem sie sie gesehen und verschiedenes mit ihnen besprochen hatte, ging sie weiter nach Charkow und Petersburg, wo sie gleichfalls einige Menschen aufsuchte. Am 26. Februar 1889 wurde ihre Zerstreutheit die Ursache ihres Unterganges. An diesem Tage vergaß sie in einem Laden ihr Portemonnaie, das eine auf dünnem Papier mit winzigen Buchstaben geschriebene Proklamation enthielt. Aus dieser Proklamation

ging hervor, daß sie nach gelungenem Anschlag auf den Kaiser verbreitet werden sollte. Der Inhaber des Ladens übergab diese Proklamation der Polizei. ... Die Ginsburg ging in den Laden zurück und forderte ihr Portemonnaie. Als sie es nicht erhielt, erkannte sie, daß sie nicht länger in Petersburg bleiben könne, und ging nach Südrußland.

Die Gendarmerie erschrak über dieses in ihre Hände gefallene Dokument, aus dem klar hervorging, daß ein Anschlag auf Alexanders III. Leben geplant sei. Sie strengte eine energische Untersuchung an und hatte bald einige Fäden in ihrer Hand. ...

Am 16. März 1889 explodierte eine Bombe in der Nähe von Zürich, die den russischen Emigranten Dembo tötete und dem polnischen Emigranten Dembski schwere Wunden zufügte. Diese beiden Tatsachen: die gefundene Proklamation und die Explosion bei Zürich bestärkten die russische Regierung in ihrer Überzeugung, daß es eine terroristische Verschwörung gebe, deren Mitglieder sich in Rußland und im Ausland aufhielten.

Bei der Untersuchung wurden einige Personen verhaftet, mit denen die Ginsburg Beziehungen unterhielt. Schließlich wurde sie selbst im Süden Rußlands bei Baktschyseraj verhaftet. ...

Aus dem von der Schweizer Polizei gelieferten Material ging, verglichen mit dem von der russischen Gendarmerie gesammelten, hervor, daß es Beziehungen zwischen Zofia Ginsburg, Peter Lawrow und Isaak Dembo, der bei der Bombenexplosion in Zürich untergegangen war, gab. Die Untersuchung ergab jedoch weder die Namen der Personen, die den Anschlag auf Alexander III. ausführen sollten, noch den Anschlag selbst. Am 13. November 1890 sprach das Gericht das Urteil über die in dieser Sache schuldig Befundenen: Zofia Ginsburg, Michel Stojanowski, S. Freifeld und W. Oroschko wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, der Leutnant P. Duschewski zu dreimonatlichem Gefängnis. Gleichzeitig bat das Gericht den Zaren Stojanowski und Freifeld zu vier- resp. zehnjährigem Zuchthaus zu begnadigen und Oreschko zu lebenslänglicher Verbannung. Alexander III. erfüllte diese Bitte und begnadigte auch Zofia Ginsburg, indem er die Todesstrafe auf lebenslängliche Haft in

Schlüsselburg herabsetzte. Stojanowski wurde wahnsinnig und starb bald darauf. Zofia Ginsburg nahm sich nach kurzer Zeit das Leben im Gefängnis.

Gegen Ende des Jahres 1889 beschloß eine Schar von Revolutionären aus verschiedenen Kreisen und Gegenden Rußlands, die Organisation der „Volksfreiheit" zu erneuern. Sabumiew [1]) und der Drucker Trofimowym, die aus Sibirien nach Rußland geflohen waren, hatten mit Gusiewym und anderen eine Zusammenkunft an der Wolga veranstaltet, um sich über die Neugründung der Organisation zu verständigen. Folgende Gruppen traten ihrem Bunde bei: 1) die Moskauer, die aus Anotschkow, Jablowkow, Karatynin und anderen bestand; 2) die Jaroslauer, der Leon Osinski und Genossen angehörten; 3) die Kostromsker Seminaristen; 4) die Kasaner unter der Leitung von Trofimow; 5) die Saratower, deren Führer Sozonow war; 6) die Woronescher mit Mamontow an der Spitze. Die neue Organisation hatte außerdem Beziehungen zu einzelnen Mitgliedern in Nischnij Nowgorod, Samara, Astrachan und in einigen anderen Städten.

Dieser Vereinigung gelang es jedoch nicht, eine größere Wirksamkeit zu entfalten, da sie schon in ihren Anfängen von der Polizei vernichtet wurde. Verhaftungen begannen im Frühjahr 1893. Die Anhänger nahmen mit Recht an, daß ein Prokurator zu einigen der Mitglieder in nähere Beziehungen getreten war und sie der Polizei verraten hat.

Wahrscheinlich ist Gusiew als erster in die Netze eines Agenten der politischen Polizei gefallen, da ihm die Regierung ursprünglich den Aufenthalt in Petersburg nicht gestattet hatte und bald darauf ohne jeden ersichtlichen Grund von ihm forderte, die Hauptstadt nicht zu verlassen.

Dieser neue Mißerfolg der Terroristen, der die Verhaftung von etwa zehn Führern, die eine revolutionäre Aktion wagten, zur Folge hatte, hat auf den kleinen, mit dem Programm der „Volksfreiheit" sympathisierenden Kreis einen vernichtenden Eindruck gemacht.

Im Jahre 1889 wurde Zajtschniewski zum drittenmal in

---

1) „Biloje" 1906, Novemberheft S. 5 und 6.

Kursk verhaftet, da er geheime Gesellschaften organisiert hatte, die ihrer Richtung nach der Partei „Volksfreiheit“ nahestanden. Er war der Veteran der freiheitlichen Bewegung in Rußland und (siehe Band I der vorliegenden Arbeit) schon seit 1862 ein hervorragender Führer.

Unter den russischen Emigranten, die sich unter das ideelle Banner der „Volksfreiheit“ geschart haben, hatte sich gegen Ende des Jahres 1888 immer mehr die Überzeugung befestigt, daß es notwendig sei, die terroristische Wirksamkeit zu erneuern. Wir haben bereits gesehen, daß die Züricher Gruppe der Volkstümler im Beginn des Jahres 1889 Explosionsmaterial vorzubereiten begann und enge Beziehungen zu Zofia Ginsburg unterhielt, die das Attentat auf Alexander III. vorbereitete.

Eine andere Emigrantengruppe der Volkstümler faßte gleichfalls 1890 in Paris den Plan, die terroristische Tätigkeit wieder aufzunehmen, und beschäftigte sich mit der Erzeugung von Explosionsmaterial. Die russische Regierung, die nichts so fürchtete wie Terrorismus, hatte bereits nach der Verhaftung der Ginsburg und nach Aufdeckung ihrer Beziehungen zu den Emigranten beschlossen, die in der Schweiz und in Frankreich lebenden Revolutionäre scharf zu kontrollieren. Infolgedessen entsandte die Regierung außer einer ganzen Anzahl gewöhnlicher Spione noch Spezialagenten mit dem Auftrag, sich Zutritt zu den revolutionären Kreisen zu verschaffen, um Einsicht in ihre geheimsten Pläne zu nehmen.

Einer dieser Agenten war ein gewisser Hekelman von Landeren, dem es gelang, sich Zutritt zu den russischen Terroristen in Paris zu verschaffen. Er spielte dort eine bedeutende Rolle und half den Revolutionären sehr energisch bei der Bereitung von Sprengstoffen, die für spätere Attentate dienen sollten. Als die Bomben fertig waren, benachrichtigte Hekelman von Landeren, der eigentlich ein Agent provocateur war, die französische Polizei. Infolgedessen wurden einige russische Revolutionäre verhaftet und in Anklagezustand versetzt. Angeklagt waren Stiepanow, Kaschnicew, Reinstein, Nahaschidze und andere. Während der Untersuchung erkannten die Revolutionäre plötzlich, wer Hekelman von Landeren war, und entlarvten ihn vor dem Untersuchungs-

richter. Da dieser der russischen Regierung keine Unannehmlichkeiten bereiten wollte, beeilte er sich mit der Verhaftung des Provokateurs nicht und bot ihm die Möglichkeit zu entfliehen. Vor Gericht trat Hekelmans Schuld in ihrer ganzen Größe zutage. Infolgedessen wurde ihm auch, trotz seiner Abwesenheit, das größte Strafmaß im Prozeß zudiktiert, er wurde zu fünf, die anderen bloß zu drei Jahren Gefängnis verurteilt[1]).

Dieser abermalige Mißerfolg der Terroristen machte in Rußland und auf die Emigranten einen erschütternden Eindruck und hielt die Revolutionäre eine Zeit hindurch ab, sich zu neuen Anschlägen zu organisieren. Hekelman von Landezen stand nach wie vor in Diensten der russischen Regierung; unter dem Namen Harting war er noch bis vor kurzem Chef der russischen Polizei in Paris, bis ihn der Revolutionär Burcew entlarvte.

VI.

Wie bereits im II. Band dieser Arbeit erwähnt, bewirkte die terroristische Wirksamkeit der Volksfreiheit, daß die Regierung die revolutionäre Propaganda ruhiger zu betrachten begann, da sie sie für ein geringeres Übel hielt, als politischen Mord. Infolgedessen bestrafte sie jene, die wegen Verbreitung sozialistischer und revolutionärer Ideen verurteilt waren, auf administrativem Wege und unterstellte sie nicht dem Gericht. So war das Urteil in solchen Fällen damals viel weniger hart als vorher.

Dagegen war die Behandlung der politischen Gefangenen im allgemeinen durchaus nicht besser geworden und hing von der Willkür der höheren Beamten ab, denen sie schrankenlos preisgegeben waren. Die ungeheure Mehrzahl dieser Beamten haßte die Revolutionäre und betrachtete sie beinahe als persönliche Feinde. Einige unter ihnen hofften durch ihren Eifer in der Verfolgung der politischen Verbrecher die Gunst der einflußreichen Kreise zu gewinnen. 1888 und in den folgenden Jahren war Peter Durnowo, der spätere Minister des Innern (nicht zu verwechseln mit Jan Durnowo, der der Nachfolger

---

1) Ein Bericht über diesen Prozeß befindet sich im „Sozialdemokrat" Nr. 2, S. 82—87 (in russischer Sprache).

Tolstois, des Ministers des Äußern, wurde), Chef des Polizeidepartements. Er war ein Anhänger von Gewaltmaßregeln und hat die politischen Verbrecher mit den unsinnigsten Verfügungen gequält.

Unter seiner Herrschaft haben sich in Sibirien in Karz und Jakutsk zwei erschütternde Dramen abgespielt.

Die russische Regierung hat politische Gefangene stets, damals wie heute, absolut willkürlich behandelt. Jeder Gefängnisverwalter hat seine eigene „Methode", um die seiner Oberaufsicht unterstellten politischen Verbrecher zu behandeln. Infolgedessen findet mit dem Wechsel der Personen gleichzeitig ein Wechsel der Methoden statt. Der Gefangene ist nie sicher, ob man ihm seine „Rechte" nicht noch beschneiden wird. Es kann vorkommen, daß ein Dummkopf und Wüterich einem menschlichen und vernünftigen Oberaufseher folgt und umgekehrt. Dieser Mangel jeder festumrissenen Norm in der Behandlung ist der Quell fortwährender Konflikte.

Im Jahre 1889 kam es in Karz zwischen den politischen Gefangenen und dem Oberaufseher, einem brutalen, schlechten Menschen, zu scharfen Zusammenstößen. Die Revolutionäre Sigida schlug ihn, empört über sein Vorgehen, ins Gesicht. Sie wurde zur Prügelstrafe verurteilt. Das unglückliche Opfer dieser Barbarei starb. Die Gefangenen Bobochow, Kalinschnij, Kaluznaja, Kowalska und Smirnicka vergifteten sich, da sie diese Demütigung nicht ertragen konnten. Auch andere nahmen Gift, wurden aber gerettet.

In Jakutsk rotteten sich im März des gleichen Jahres mehrere politische Gefangene zusammen, die verurteilt waren, sich in Wierzchojansk, Kostymsk und Wilujsk anzusiedeln. Aus Petersburg kam die Verfügung, sie so schnell als möglich in die genannten Ortschaften zu entsenden. Die städtische Behörde hat diese Verfügung in brutalster Weise ausgeführt, indem sie die Verschickten auf alle nur mögliche Weise schikanierte, so z. B. beschränkte sie die Anzahl der mitzunehmenden Gegenstände aufs äußerste usw. (es war nötig, sehr viel Gepäck und Lebensmittel mitzunehmen, da die betreffenden Orte sehr weit von Jakutsk entfernt waren und man dort fast nichts erhalten konnte).

Die Gefangenen versuchten die städtische Behörde zu überzeugen, daß diese Maßregeln sie außerordentlich hart träfen und aufgehoben werden müßten; zu diesem Zwecke reichten sie (jeder gesondert) eine Reihe von Gesuchen ein. Der Polizeimeister versprach, ihnen am nächsten Tage in einem bestimmten Lokal die Antwort des Gouverneurs zu übermitteln (in Jakutsk durften die Gefangenen frei umhergehen). Am nächsten Tage wurden die politischen Gefangenen trotz dieses Versprechens aufgefordert, auf das Polizeiamt zu kommen. Sie weigerten sich, eine List fürchtend. Da erschienen Polizisten und Soldaten im Lokal, in dem die Gefangenen versammelt waren, und wollten sie mit Gewalt aufs Polizeiamt schleppen. Die Gefangenen, denerviert und im höchsten Grade gereizt, widersetzten sich und gaben Feuer. Dies war das Signal zu einem furchtbaren Gemetzel, einige Gefangene wurden getötet, andere verwundet. Getötet wurden: Muchanow, Natkin, Pik, Podbielski, Schur und Sophie Gniewitsch. Die Überlebenden wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, drei: Kohan-Bernstein, Zotow und Hausman wurden zum Tod durch den Strang verurteilt, die übrigen zu Zwangsarbeit. Das Urteil wurde vollstreckt. Der verwundete Kohan-Bernstein wurde im Bett erwürgt. Unter den zur Zwangsarbeit Verurteilten waren die Frauen der beiden Erhängten und die Braut des Dritten.

Drei Jahre darauf entschloß sich die Regierung, diese Angelegenheit abermals zu untersuchen. Das Ergebnis dieser Revision war, daß die Zwangsarbeit in zehnjährige Verschickung nach Ostsibirien herabgesetzt wurde. Diese Vorkommnisse haben ein lautes Echo in Rußland und in der ganzen zivilisierten Welt gefunden und allgemeine Empörung erweckt.

Auf Sachalin begann man die politischen Verbrecher immer häufiger körperlich zu züchtigen. In Schlüsselburg, wo die Gefangenen in kleinen Einzelzellen eingesperrt waren und aufs grausamste behandelt wurden, starben viele. . . .

Seit 1884 wurden politische Verbrecher auch in dem seiner Form nach „Kreuz" genannten Zellengefängnis in Petersburg eingesperrt. Hier herrschte große Strenge, unter der die Gefangenen schwer zu leiden hatten.

Trotz dieser Gewaltmaßregeln, trotz der die Gesellschaft beherrschenden Reaktion fanden jährlich zahlreiche Verhaftungen statt, die bewiesen, daß die Bewegung doch nicht ganz zu unterdrücken war, trotz ihrer Schwäche, ihrer Deorganisierung und trotzdem sie in weiteren Schichten der Bevölkerung weder Sympathie noch Widerhall fand.

VII.

Gegen das Ende der Wirksamkeit der „Volksfreiheit“ drang die revolutionäre Bewegung in die Provinz, die, nachdem es in der Hauptstadt zu einem Stillstand gekommen war, allmählich eine größere Rolle zu spielen begann.

Bis in die letzten Jahre des Bestehens der „Volksfreiheit“ standen die jüdischen Arbeiter und Handwerker der Bewegung fern. Zwar gab es in verschiedenen revolutionären russischen Gruppen auch Juden. Im allgemeinen jedoch machte man unter der jüdischen Bevölkerung keine Propaganda.

Im Augenblick, da die revolutionäre Bewegung nach Litauen und Kleinrußland drang, mußte die Aktion unter den jüdischen Arbeitern und Handwerkern notwendig beginnen.

Minsk war der erste Ort, wo sie einsetzte [1]). 1883 oder 1884 begann Churgin zum erstenmal unter dem jüdischen Proletariat in größerem Umfang zu arbeiten. Seiner Überzeugung nach war er Volkstümler. In kurzer Zeit gelang es ihm, etwa 100 Menschen in Gruppen zusammenzuschließen. Das war für damals sehr viel (Churgin selbst hat behauptet, 160 Anhänger zu haben, wahrscheinlich hat er etwas übertrieben).

Im Jahre 1884 kam Dr. Abramowitsch aus Paris nach Minsk. Er stand seiner Überzeugung nach der sozialdemokratischen Richtung nahe. Da er in hohem Grade die Fähigkeit hatte, auf Menschen zu wirken, vereinigte er schnell ziemlich viele Arbeiter um sich. Das Jahr darauf kam der Revolutionär Gurwitsch mit seiner Frau; er war früher Mitglied der Partei der

---

1) Schon 1875 war der Student Schwarz, um Fühlung mit den Arbeitern zu gewinnen, bei einem Schmied in die Lehre getreten und hatte propagandistisch zu wirken begonnen. Bald darauf wurde er verhaftet, seine Tätigkeit hat keinerlei sichtbare Spuren hinterlassen.

„Schwarzen Aufteilung“ gewesen und hatte sich zum Marxisten entwickelt. Er schloß sich Abramowitsch und dessen Kreis an und begann zusammen mit ihm, seiner Frau, seiner Schwester und einigen Abtrünnigen aus dem Churginschen Kreis eine umfangreiche propagandistische Aktion unter der jüdischen Handwerker- und Arbeiterbevölkerung.

Die Gruppen zerfielen in drei Stufen: in der ersten lehrte man Russisch schreiben und lesen, in der zweiten wurden Elementarbegriffe aus dem Bereich der Naturwissenschaften gelehrt, in der dritten wurde sozialistische Propaganda getrieben. Sie bestand damals in einer populären Analyse des ökonomischen Zuschnittes des Kapitalismus und im Aufstellen eines sozialistischen Ideals; mit öffentlichen Angelegenheiten hat man sich in jenen Kreisen nicht beschäftigt.

Die jüdischen Arbeiter oder richtiger die begabtesten unter ihnen drängten sich zum Unterricht und verlangten leidenschaftlich danach, Russisch zu lernen, da ihnen diese Sprache als Amtssprache im praktischen Leben sehr nützlich war. Die Minsker Führer haben diesen Wünschen Rechnung getragen, und auf diese Weise haben sie auch die Handwerker in die Kreise der Arbeiter hineinbezogen. Das Dreistufensystem hatte pädagogische und konspirative Vorzüge, eine gewisse Auswahl wurde getroffen und zur dritten Kategorie nur die tüchtigeren und schon erprobten Leute zugelassen.

Die Arbeit in allen drei Kategorien mußte heimlich vor sich gehen, da sie ungesetzlich war. Der Versuch einer öffentlichen Sabbatschule, in der Schreiben und Lesen gelehrt wurde, war verunglückt; obgleich die städtische Behörde die Erlaubnis erteilte, ein derartiges Institut zu eröffnen, gab sie gleichzeitig den Rat, es zu schließen, aus Furcht, daß es nicht ganz gesetzlich sei. Die schwache Seite dieser propagandistischen Aktion war das völlige Umgehen politischer Fragen. Es bewies, daß die sozialdemokratischen Ideen, wie Plechanow sie in seinen Arbeiten formuliert hatte, jenen, die sich zu ihnen bekannten, nicht genügend in Fleisch und Blut übergegangen waren.

Eine in diese drei Phasen eingeteilte Aktion war nur dort möglich, wo der Kampf zwischen Arbeitern und Fabrik- resp.

Werkstattbesitzern keine schärferen Formen angenommen hatte und das tägliche Leben keine deutlichen Erklärungen für allgemein-politische Verhältnisse erforderte. Im Jahre 1886 hatten sich um Abramowitsch und Gurwitsch etwa 130 Arbeiter geschart, Churgin hatte etwa 120 Anhänger; so gab es insgesamt 250 Arbeiter, die durch Propaganda gewonnen waren.

Im Jahre 1887 wurde der erste Arbeiter aus diesem Kreise verhaftet; dieser Umstand zog aber keine weiteren Verhaftungen mit sich. Erst zwei Jahre später erfuhr die Polizei vom Bestehen der Organisation, als ein junger Arbeiter schwachen Charakters verhaftet wurde. Durch die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung nach Amerika erlitt die Organisation viel größere Verluste als durch die Maßnahmen der Polizei; viele der bereits gewonnenen Arbeiter und Handwerker waren aus ökonomischen Gründen gezwungen, ihr Brot über dem Ozean zu suchen.

In den folgenden Jahren bis zum Jahre 1888 und 1889 erfuhr Abramowitsch' und Gurwitsch' Wirksamkeit manche Veränderung und nahm in ausgesprochenerer Weise sozialdemokratischen Charakter an.

Im Jahre 1888 bekannte man sich nach langen programmatischen Diskussionen endgültig zum sozialdemokratischen Programm. Dies bedeutet jedoch nicht, daß man dies Programm sofort in seiner Ganzheit unter der Masse der Arbeiter und Handwerker propagiert hätte. Im Gegenteil, man hielt an der Stufenfolge in der Propaganda fest und hat nach wie vor auf politische Fragen nicht genügend Nachdruck gelegt. Erst im weiteren Verlauf der Entwicklung hat man in Minsk so gut wie in anderen Städten das ganze sozialdemokratische Programm propagiert.

Mit der Bewegung in Minsk habe ich mich aus folgenden Gründen etwas eingehender beschäftigt: 1) besitzen wir darüber in Gurwitsch' Artikel ausführliche Nachrichten [1]; 2) entstand in Minsk zum erstenmal der Gedanke, der in Tat umgesetzt wurde, die Arbeiterbewegung gewissermaßen etappenartig zu führen; dies System wurde später in ganz Rußland eingeführt.

---

1) „Biloje" 1907, Juniheft S. 65—77.

Dr. Abramowitsch siedelte im Jahre 1888 aus Minsk nach Kiew über und trat als Arbeiter in eine Bahnwerkstätte ein, in der Absicht, Beziehungen zu den Arbeitern anzuknüpfen. Ihm, Sokolow, der aus Sibirien zurückgekommen war, und vier Arbeitern aus Minsk gelang es, etwa 30 Arbeiter, in der Hauptsache Schriftsetzer und Bahnarbeiter, schnell zu organisieren und eine geheime Bibliothek zu gründen. Im Jahre 1889 wurde diese erste sozialdemokratische Organisation in Kiew durch Verhaftungen vernichtet.

In dieser Stadt existierten bereits, unabhängig von der erwähnten Gruppe, radikale ukrainische Kreise Dragomanower Richtung, die von großem Einfluß auf die Jugend und polnische sozialistische Gruppen waren. Aus diesen und anderen Gruppen entwickelte sich im Jahre 1890 ein kleiner sozialdemokratischer Kreis, der so manche Verhaftung überstanden und bis zum Jahre 1894 gedauert hat; in diesem Jahre erweiterte sich die Wirksamkeit der Mitglieder, die systematisch betrieben wurde, bedeutend.

In Wilna entstanden 1886 und 1887 sozialdemokratische Gruppen, die der bereits mehrfach erwähnte Dr. Abramowitsch ins Leben rief; aus Minsk kommend, hatte er eine Zeit hindurch in Wilna gelebt. In diesen Kreis kamen auch einige Arbeiter aus der Gruppe der Volkstümler [1]).

Die Sozialdemokraten in Wilna haben fast ausschließlich unter der jüdischen Bevölkerung gewirkt. Man ging ebenso vor wie in Minsk. Einer der ersten Führer dort war Leon Jochikes. Von 1888 bis 1892 wuchs die Bewegung in Wilna langsam, aber stetig.

Sozialdemokratische Gruppen bestanden außerdem in Petersburg, Moskau, Samara, Saratow, Kasan, Odessa, Tula sowie in einigen anderen Städten. Bis zum Jahre 1891 waren jedoch nur die ersten Schritte gemacht worden. Doch konnte man schon die kommende revolutionäre Welle sehen, die sehr hoch steigen sollte.

---

1) Akimow: Materialien zur Charakteristik der Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Genf 1905, S. 7—9 über Wilna und S. 70—71 über Kijew (in russischer Sprache).

So erneuerte sich die Bewegung überall. Fürs erste fand sie jedoch in den weiteren Schichten der Bevölkerung keine Sympathie, geschweige denn wirksame Unterstützung. Die Allgemeinheit war apathisch. Erst die furchtbare Hungersnot im Jahre 1891 hat sie aus diesem Zustand aufgerüttelt.

VIII.

Nach der Handelskrisis im Jahre 1887 tritt in der Großproduktion eine Neubelebung ein, die ungefähr fünf Jahre währt. Während dieser Zeit kam es nicht zu stärkeren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Fabrikanten.

Während der schlimmsten Reaktion entstanden in russischen Städten Institutionen, die Kulturarbeit taten: Sonntagsschulen, legale Bibliotheken, Fachkurse und allgemeine Vorlesungen, die allerdings selten genug veranstaltet wurden. Die Intelligenz, die der revolutionären Bewegung müde war, drängte sich zu dieser Tätigkeit. Die städtischen Arbeiter, die nach Aufklärung verlangten, benutzten die Gelegenheit, etwas zu lernen, eifrigst und besuchten diese Institutionen regelmäßig. Auch die Volksliteratur war damals im Steigen begriffen.

Die Sozialisten, die zwischen 1887 und 1891 propagandistisch gewirkt haben, weisen darauf hin, daß ein großer Teil der Arbeiter geistig sehr gut entwickelt und häufig sogar belesen war. Namentlich galt dies für die Petersburger Arbeiter. Aber auch in der Provinz gab es zahlreiche Proletarierkreise, für die das gleiche galt, besonders Charkow hatte ihrer nicht wenig. Es war dies das Ergebnis der von 1870 bis 1887 geübten Propaganda; auch das Steigen des allgemeinen Kulturniveaus in der Gesellschaft trug dazu bei.

Die Fabrikanten suchten die Reaktion auszubeuten; als sie erkannten, daß die damalige Regierung die revolutionäre Bewegung nicht mehr in dem Maße fürchte, wandten sie sich während des Jahrmarkts in Nischnij-Nowgorod an den Finanzminister Wyschniegradzki und baten um eine Modifikation der unter Graf Tolstoi und Bunge eingeführten Fabrikgesetzgebung. Minister Wyschniegradzki war gern bereit, diese Bitte zu erfüllen. Am 24. April 1890 wurde eine neue Verordnung er-

lassen, die die bis dahin bestehenden Gesetze aus den Jahren 1882 und 1885 aufhob.

Die Nachtarbeit der Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren wurde in der Glasfabrikation wieder gestattet; die Fabrikinspektoren erhielten das Recht, Unmündige an Sonn- und Feiertagen arbeiten zu lassen; auch Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen wurde bei besonderen Anlässen gestattet [1]; schließlich gestattete der Finanzminister im Einverständnis mit dem Minister des Innern auch die Beschäftigung von Kindern von 10 bis 12 Jahren für eine bestimmte Zeit.

Mit einem Worte, der neue Erlaß hob die Gesetze aus dem Jahre 1882 und 1885 im wesentlichen auf und erleichterte die Ausbeutung von Frauen, Minderjährigen und selbst Kindern.

Entgegen der Ansicht der Mehrzahl der Sozialdemokraten aus den Jahren 1891 und 1896 behaupten einige Propagandisten aus der Zeit von 1887 bis 1891, daß schon damals der Haß der Arbeiter gegen die Regierung nicht geringer, gelegentlich sogar größer war als ihr Haß gegen die Fabrikanten. Es beweist dies, daß politische Propaganda von Anfang an gleichzeitig mit der ökonomischen betrieben wurde, was übrigens auch durch die Erfahrung der Volkstümler bestätigt wurde. Der tägliche ökonomische Kampf zwischen Proletariern und Fabrikanten war allem Anschein nach unvermeidlich und mußte in der revolutionären Tätigkeit eingehend berücksichtigt werden; es war jedoch nicht nötig, in den Gruppen Jahre hindurch nur von der ökonomischen Ausbeutung zu sprechen und politische Fragen zu umgehen oder sie obenhin zu berühren, wie das die in Rußland tätigen Sozialdemokraten lange Zeit geübt haben, entgegen den Vorschriften von Plechanow und der Gruppe der „Befreiung der Arbeit“. Zwar gab es auch in Rußland sozialdemokratische Kreise, die politische Fragen behandelt haben, zweifellos waren sie jedoch in der Minderheit. Nach 1891 entstand eine Theorie, die die Notwendigkeit einer anfänglichen Organisation begründete zwecks Durchführung eines rein ökonomischen Kampfes.

---

1) Tuhan Baranowski, Die russische Fabrik, S. 417 (in russischer Sprache).

IX.

Das Jahr 1891 brachte eine große Mißernte, sie war die Ursache der furchtbaren Hungersnot im Jahre 1891/92.

Die Mißernte war das Ergebnis der Bedingungen, unter denen der russische Bauer seit vielen Jahren lebt. Die ganze Politik der Regierung hat darin eine nicht geringe Rolle gespielt.

Auf Kosten der russischen Bauern und Landarbeiter wurde die Industrie in ganz unverhältnismäßiger Weise unterstützt. Die übermäßig hohen Zölle auf Handelsprodukte gestatteten eine unerhörte Preissteigerung aller russischen Fabrikate, die tatsächlich keinerlei Konkurrenz hatten. Gleichzeitig verursachten diese Zölle seitens der Deutschen eine in ihrer Wirkung auf die russischen Ackerbautreibenden schädliche Vergeltung. Die Regierung bestimmte ungeheure Summen, um die Großindustrie zu unterstützen, gab, wie wir gesehen haben, viel Geld aus, um den Adel vor dem Bankerott zu bewahren, tat aber gar nichts, um den Bauernstand zu heben, und ließ auch der Landbevölkerung keinerlei Erleichterungen zukommen.

Die russische Ackergemeinde, deren Mitglieder gemeinsam für die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern bürgten, hemmte die Privatinitiative der Landleute in starkem Grade, erschwerte es ihnen, sich aus ihrem Territorium zu entfernen und ihren Unterhalt in der Stadt oder in entfernteren Ortschaften zu suchen. Natürlich hat das Leben auch hier häufig das Gesetz korrigiert. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die Landverwaltung durch die Gemeinde die Bauern in ihrer Freiheit sehr behindert hat.

Der Tiefstand der Ackerkultur hat die russischen Bauern gehindert und hindert sie auch heute, der Erde alles abzugewinnen, was sie hergeben kann. Die Ziemstwo taten, was sie konnten, aber sie stießen wiederholt auf Hindernisse seitens der Regierung, die fürchtete, die Ziemstwo könnten zum „Nachteil" der Regierung zu viele Abgaben für sich beanspruchen. Wenn die Arbeit der Intelligenz unter dem Volke sich auch nur in dem oben beschriebenen Rahmen abgespielt hat, so stieß sie doch fortwährend auf Mißtrauen und selbst Schikanen seitens der Regierung.

Diese ganze Politik fand ihren Niederschlag im Schicksal der russischen Bauern, die hatten für die Sünden der reaktionären Regierung zu büßen.

Fortschrittliche Elemente hatten die Regierung seit längerer Zeit gewarnt und auf das Verderbliche des Systems hingewiesen. Diese Stimmen verhallten jedoch ungehört. . . .

Die Hungersnot von 1891/92 war viel furchtbarer als selbst die am wenigsten zum Optimismus neigenden Publizisten angenommen hatten; sie hatten sie vorhergesehen und der Regierung rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln empfohlen. Folgende Gouvernements wurden von der Mißernte betroffen: Simbirsk, Saratow, Nischnij Nowgorod, Penensk, Tulsk, Kasan, Samara, Tamborsk, Riazan, Woronesch, Wiazk, Ufinsk, Orłow, Kostrom, Tobolsk, Astrachan, Perm, Cherson, Charkow, Tauryck, die Akmolinische Provinz und ein Teil des Gouvernements von Tschernischow und Moskau. Vierzig Millionen Menschen litten Hunger.

Die Regierung bemühte sich anfänglich, dies Unglück zu vertuschen, und verbot den Zeitungen, ausführlich darüber zu berichten, da sie die empörte öffentliche Meinung scheute. Graf Leo Tolstoi schrieb damals seinen denkwürdigen Artikel über die Hungersnot in einer Tageszeitung, der die Gesellschaft mit Schrecken erfüllt hat. Die Regierung verbot Getreideausfuhr aus dem Lande und bestimmte etwa 120 Millionen Rubel, die, auf verschiedene Weise und zu verschiedenen Zeiten verteilt, zur Erhaltung der Hungernden dienen sollten.

Die russische Intelligenz, oder richtiger gesagt ihr fortschrittlich-demokratischer Ableger, stürzte sich mit der ihr eigenen Opferwilligkeit in die Dörfer, um den Unglücklichen unmittelbar Hilfe zu bringen.

In dem von der Hungersnot betroffenen Teil Rußlands haben sich erschütternde Szenen abgespielt, die sich jeder Schilderung entziehen. Massenhaft starben die Menschen Hungers und fielen den verschiedensten Krankheiten zum Opfer. Mit erschreckender Schnelligkeit griff der Typhus um sich. Dann kam die Cholera. Das blinde, verzweifelte Volk empörte sich gelegentlich gegen sanitäre Maßregeln und gegen die Regierung, da es die Vorschriften nicht begriff.

Das russische Dorf litt Höllenqualen. Die Regierung erschrak vor dem Zufluß der Intelligenz in die Dörfer, sie erschrak vor der Rettungsaktion der Ziemstwo, die gleichfalls von der Intelligenz organisiert wurde.

Zu Beginn machte sie sogar große Schwierigkeiten. Als sie jedoch auf starken Widerspruch stieß, zog sie sich zurück.

Die Gruppe der „Befreiung der Arbeit" mit Plechanow an der Spitze bemühte sich, eine starke politisch-konstitutionelle Bewegung in Rußland ins Leben zu rufen und mit den Sozialdemokraten und Revolutionären, mit den Liberalen und Demokraten, die unter dem Losungswort „Landkongreß" (Sobór Ziemski) kämpften, gemeinsame Sache zu machen und sich in eine Konstituante zu verwandeln.

Plechanow hat seine Ansichten in zwei Broschüren entwickelt [1]). Ein Teil der russischen Sozialdemokraten verstand ihn nicht genügend und schloß aus der ersten Broschüre, daß er ihnen eine Vereinigung mit den Liberalen empfehle, um eine Konstitution zu erringen. Seltsamerweise gibt es in Rußland immer Menschen, die aus Furcht, die Liberalen könnten die Sozialisten betrügen, eine Reihe taktischer Fehler begehen und den Absolutismus festigen.

In der zweiten Broschüre hat Plechanow seinen Standpunkt eingehend begründet, um alle Hindernisse zu beseitigen. Die damalige russische Gesellschaft war jedoch für die von Plechanow geträumte Aktion nicht reif.

Liberale und Demokraten verbreiteten ihre Ideen innerhalb der Gesellschaft, aber sie waren weder organisiert noch besaßen sie in der Gesellschaft Macht und Einfluß, geschweige denn in der Regierung. Die Sozialisten verschiedenster Färbung waren in eine Anzahl von Gruppen zerplittert, in denen erst vorbereitende Arbeit getan wurde und die auf die Masse des Fabrikproletariats keinen Einfluß hatte.

Unter diesen Bedingungen konnte es weder eine konsoli-

---

1) „Wsierosijskoje razorenje" (Der allgemeine russische Ruin); „O zadaczach socjalistow w borbie z golodom" (Über die Aufgaben der Sozialisten im Kampf mit der Hungersnot).

dierte, starke und energische liberale Opposition geben noch revolutionäre Massendemonstrationen [1]).

Aus dieser neuen Krisis ging die Regierung als Sieger hervor; die durch das Unglück aufs tiefste erschütterte Gesellschaft erwachte aus ihrer Apathie und begann nach Auswegen aus der Lage, in der sie sich befand, zu suchen.

---

1) Während der Hungersnot haben verschiedene Kreise regierungsfeindliche Aufrufe erlassen, die jedoch keine tiefere Bedeutung hatten.

Viertes Kapitel.

Die Entwicklung der sozialistischen Bewegung im Königreich Polen.

I.

Die sozialpolitische Entwicklung des polnischen Volkes unterschied sich wesentlich von der des russischen.

Im ehemaligen Polen hatte namentlich seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts die Regierung nicht dies Übergewicht über die Gesellschaft wie in Rußland.

Relativ sehr früh, gegen Ende des 12. Jahrhunderts, hatte sich die Oberschicht der Magnaten nicht nur Reichtum und Einfluß gesichert, sondern sie war sogar ein wesentlicher Faktor im Reich. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, zufolge des berühmten Privilegs von Kaschan, das Ludwig, der König von Polen und Ungarn, erlassen hatte, gewann der Adel wichtige Rechte, indem der König ohne Genehmigung der Magnaten Steuern nicht über einen bestimmten Satz erheben durfte. Als die Dynastie im Jahre 1370 erlosch und der polnische Thron in andere Hände überging, gelang es dem Magnatentum und Adel, durch neue Privilegien ihre Stellung im Reich abermals zu verbessern. Das Königtum fand seine Stütze nicht wie in einigen westlichen Reichen im Bürgertum, da die Bürger in Polen gegen Ende des 13., 14. und 15. Jahrhunderts in der überwiegenden Mehrzahl aus der Fremde eingewandert waren; aus diesem Grunde boten sie keinerlei Garantien für ihre Loyalität. Nach dem Tatareneinfall von 1241, durch den Polen und besonders die Städte furchtbar verwüstet worden waren, erhielt die deutsche Kolonisation im ganzen Land einen relativ großen Umfang. Besonders die Städte

haben in ihren Mauern sehr viele Deutsche beherbergt, sie waren einige Jahrhunderte hindurch sogar in der Mehrzahl. Diese Bürger hatten naturgemäß einen Zug zu den deutschen oder zum mindesten germanisierten Fürsten und haben sich gelegentlich gegen die polnischen Fürsten empört. Im Jahre 1311 brach in Krakau der bekannte Aufstand des Stadtvogts Albert aus, den Ladislaus Łokietek unterdrückte. Hinter den Deutschen standen in den Städten viele Juden. Das christliche Bürgertum ward im Laufe des 14. Jahrhunderts polonisiert.

Nach Korzon gab es gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Polen 500000 überwiegend polnische Städter, 900000 Juden hatten sich in Dörfern und Städten angesiedelt.

Unter diesen Umständen war es den polnischen Königen schwer, sich auf das Bürgertum zu stützen. Da es ihnen darum zu tun war, die Magnaten, die stärkste Macht, zu bekämpfen, mußten sie nach einer Stütze in den niederen Adelskreisen suchen, die seit dem Ende des 14. Jahrhunderts einen tätigen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen begannen und sich im 15. Jahrhundert bereits wichtige Privilegien gesichert hatten.

Da anderseits das Magnatentum es nicht zu einem festen Bündnis zwischen König und Adel kommen lassen wollte, unterstützte es die Bestrebungen des Adels, um so mehr, als es dessen Einfluß und Macht nicht zu fürchten hatte.

Außerdem war in Polen der Unterschied zwischen Magnaten und Adel nicht so groß wie etwa im deutschen Reich oder in anderen Ländern. Die polnischen Zustände waren derart, daß der Übergang aus dem Adel ins Magnatentum sehr leicht zu bewerkstelligen war, da das Magnatentum sich gegen den Adel nicht als geschlossene Kaste gerierte. Eine einfache adlige Familie gewann, sobald sie reich wurde — sei es durch Heirat, Kriegsbeute oder königliche Gnade —, Einfluß und wurde im zweiten oder dritten Geschlecht zur Magnatenfamilie; anderseits verschmolz eine Magnatenfamilie, die ihr Vermögen verloren hatte und zu höheren Ämtern nicht zugelassen wurde, allmählich mit dem einfachen Adel.

Da Polen offene Grenzen hatte, mußte es ein einfaches Rittertum haben; aus diesem rekrutierte sich der Adel. Nach Korzons Berechnungen gab es im 18. Jahrhundert in Polen etwa

725000 Adlige. Nach Taine gab es in Frankreich vor der Revolution bei einer etwa dreimal so starken Bevölkerung nur 140000 Adlige. Auf Kosten des Königs, der Städte und Bauern hatte der Adel alle Privilegien gewonnen. Die Republik Polen war der Theorie nach eine adlige Demokratie, tatsächlich war sie seit dem Ende des 16. und Beginn des 17. Jahrhunderts ein Reich, beherrscht von einer kleinen Schar von Magnaten, den Besitzern ungeheurer Güter und Reichtümer, die einen großen adligen Pöbel in Abhängigkeit erhielten.

Infolge verschiedener historischer Begebenheiten haben sich bis zum Ende des 15. Jahrhunderts in Polen Handel und Industrie nur wenig entwickelt. Die beiden Grenzprovinzen Pommern und Schlesien, die auf diese Entwicklung am stärksten hätten einwirken können, hatten sich von Polen frei gemacht. 1466 hat Polen einen Teil Pommerns wieder erobert; dies hätte den Handel unzweifelhaft günstig beeinflussen können, damals aber hatte der Adel bereits ein derartiges Übergewicht im Reich, daß er bald darauf Gesetze einführte, die für ihn von Vorteil, für die Entwicklung der Städte dagegen hinderlich waren.

Es gab auch noch andere Gründe, die den Wohlstand und die Entwicklung der Städte ungünstig beeinflußten. Dazu gehört die Einnahme Konstantinopels im Jahre 1453 durch die Türken, die häufigen Einfälle der Tataren, schließlich Kriege mit Kosaken, Schweden und anderen.

All dies war der Ruin der Städte und brachte es mit sich, daß der dritte Stand in Polen nicht gedeihen konnte. Infolgedessen hat auch die reformatorische Bewegung, die nach der ersten Teilung Polens einsetzte, keine tieferen sozialen Umgestaltungen bewirken können.

Tatsache bleibt jedoch, daß der Fall der Republik nicht im Augenblick ihres größten ökonomischen, politischen, geistigen und sittlichen Tiefstandes eintrat, sondern als sie sich daraus zu erheben begann. Daß dem tatsächlich so war, hat Korzon in seinem umfangreichen und sehr bedeutenden Werk „Polens innere Geschichte unter Stanislas August“ [1]) nachgewiesen.

---

1) „Wewnętrzne dzieje Polski za Czasów Stanisława Augusta“ (in polnischer Sprache).

Dieses Buch enthält sehr interessante und wichtige Tatsachen bezüglich der ökonomischen und administrativen Verhältnisse.

Der Organismus des polnischen Reiches hat auf einer sehr weitgehenden Dezentralisation beruht. Der polnische Reichstag war viel eher eine Kongregation der Delegierten einzelner Länder als die Repräsentation eines einheitlichen Reiches.

Die königliche Macht war bereits seit dem 16. Jahrhundert sehr geschwächt. Die Wahlen hinderten eine Kontinuität in der inneren und äußeren Politik der polnischen Könige. Dieser Umstand beeinflußte nicht nur die politische Wirksamkeit in ungünstigster Weise, sondern war auch auf die geistige Entwicklung des Adels, des Magnatentums und sämtlicher Polen, die sich die von dieser Gesellschaftsschicht geschaffene Kultur zu eigen gemacht hatten, von nachteiligster Wirkung.

In jenen Ländern, die einer stark zentralisierenden Regierung, die Kontinuität hat, unterstehen, entwickelt sich in den Kreisen, die an der Regierung teilnehmen, eine gewisse politische Tradition. Diese Tradition, durch neue Erfahrungen bereichert, belebt und vervollständigt, ist ein unschätzbares Fundament für die verschiedensten politischen Ideen, ja für die Aktion selbst.

Im ehemaligen Polen war es bei der Schwäche der Regierung, dem ungeheuren Übergewicht der mächtigen Magnaten, die es den einzelnen Geschlechtern ermöglichte, eine vollkommen selbständige Politik ohne Rücksicht auf das Reich zu führen, ausgeschlossen, daß sich im Volk gesunde politische Begriffe entwickelten, deren Ausgangspunkt das Interesse der Gesamtheit war.

Der Adel richtete sich nach den Fürsten, bildete sich an den Höfen der Magnaten und betrachtete Volk und Staat unter durchaus einseitigem Gesichtspunkt; die Magnaten führten, wie bereits erwähnt, ihre eigene Politik, das taten selbst jene, die die höchsten staatlichen Ämter als Feldherren, Kanzler, Marschälle usw. innehatten.

Der Zuschnitt Polens sicherte der Gesellschaft einerseits einen starken numerischen Anteil an politischen Fragen, indem er dem Adel, der 10 Prozent der Bevölkerung betrug, große Rechte zugestand, anderseits erschwerte er die politische Ent-

wicklung dieses Standes; da Polen kein bestimmtes Regierungszentrum hatte, zerfiel das Reich in einen lockeren Bund einzelner Länder oder richtiger mächtiger Magnatengeschlechter, hinter denen der Adel stand; sie hatten seit dem 17. Jahrhundert tatsächlich die Macht in Händen.

Dieser Umstand war für Polens Geschick vor und nach der Teilung von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Adel war als numerisch bedeutender Stand und infolge seiner frühen Anteilnahme am politisch-sozialen Leben zu einer beweglichen Klasse erstarkt, die einen großen Teil der Kräfte des gesamten Volkes in sich barg und sich im Bewußtsein dieser Kraft um so leichter mit der gesamten Nation identifizieren konnte. Gerade dieser Umstand erschwerte die Demokratisierung des Volkes. Der polnische Adel, gewohnt über sein Geschick zu beschließen, sich selbst zu verwalten, hatte unzweifelhaft eine gewisse Initiative, verstand sich zu organisieren, gleichzeitig aber zerfiel er in Koterien und kleine Cliquen, die sich gegenseitig bekämpften und nicht zu Zugeständnissen irgendwelcher Art im Interesse der Gesamtheit bereit waren.

Das polnische Bürgertum betrat die historische Bühne erst während des vierjährigen Landtags (von 1788 bis 1792) und des Kościuszkoaufstandes im Jahre 1794. Aber es war eine unvermögende Bevölkerungsschicht. Ihr Anteil am öffentlichen Leben stieg zwar unablässig, aber bis zum Aufstand des Jahres 1863 hat der Adel die Hauptrolle im öffentlichen Leben gespielt. Das polnische Bürgertum stand allerdings in kultureller Beziehung schon seit längerer Zeit auf ziemlich hohem Standpunkt.

Das auf breiter Grundlage entwickelte politische Leben Polens hat innerhalb der Gesellschaft eine gewisse Liebe zur Freiheit und Haß gegen Despotismus und allzu scharfes Regiment erzeugt. Charakteristisch für den polnischen Adel und für die Kreise der ihm nahestehenden Intelligenz war ein politischer Radikalismus, der mit gemäßigten sozialen Ansichten zusammenging. Der Adel war die Folie der polnischen Kultur, die lange Zeit eine adlige Färbung hatte.

Im Gegensatz zur russischen Gesellschaft hatte die polnische

lebendige historische Traditionen, die konservativen Tendenzen viel Nahrung boten.

In der russischen Gesellschaft hatte der Konservativismus den Charakter einer elementaren, auf den Menschen lastenden Gewalt, es fehlte ihm jede höhere Ideologie, in Polen hatte er neben jenen elementaren Kräften auch ideale Urstoffe. Der russische Konservativismus war durchaus nicht schwächer als der polnische, aber er war erstarrt und entwicklungsunfähig, während der polnische schmiegsamer und infolgedessen lebendiger war.

In Polens Vergangenheit waren neben zahlreichen dunklen Seiten auch lichte zu finden, die im russischen Reich seltener waren.

Diesen Unterschied haben einzelne russische Schriftsteller und Publizisten empfunden, erwähnt sei nur Tschoadojew. Neue Strömungen aus dem Westen fanden nur schwer Eingang in Rußland; waren sie jedoch durchgedrungen und hatten eine gewisse Anzahl von Anhängern gefunden, so fanden sie Adepten, die sich ihnen schrankenlos hingaben, da sie keine Hemmungen hatten. Tatsächlich trog dies Schauspiel häufig: die Russen haben die neuen Strömungen trotz all ihrer Hingabe unbewußt auf ihre Art umgestaltet, wenn sie sich auch bemühten, die treuesten Adepten der neuen Lehre zu sein. Fremde Strömungen, die nach Rußland drangen, besaßen im allgemeinen ein doktrinäres Gepräge. Infolge der fortwährenden Berührung mit dem Westen fanden neue Strömungen leicht Eingang in die polnische Gesellschaft und paßten sich schnell den polnischen sozialpolitischen und kulturellen Verhältnissen an. Diese Anpassung ging bewußt vor sich. Infolgedessen verloren die fremden Strömungen sehr bald ihren exotischen Charakter und assimilierten sich dem Leben schnell genug. Im allgemeinen neigen die Polen weniger zum Doktrinären als die Russen.

Das Leben in Polen vor der Teilung, namentlich das Leben des Adels, das vom Gesetz begünstigt war, war frei, brauchte sich nicht zu verbergen und konnte die verschiedensten Formen annehmen.

Im alten Rußland war das Leben auch für den Adel und die höchste Aristokratie schwer; bar aller Rechte, waren sie von

der Willkür des Monarchen und dessen Dienern abhängig. In Rußland war das Leben eingeengt.

Daraus folgen bedeutende Unterschiede in der psychischen Veranlagung der Polen und Russen. Die Polen sind heiterererer Gemütsart als die Russen, führen ein äußerlicheres Leben und sind weniger bereit, sich fortwährend in ihr Ich zu versenken.

Diese Unterschiede haben sich verwischt, da die Polen, nachdem sie ihre Unabhängigkeit eingebüßt hatten, in Rußland unter noch schwereren Bedingungen als die Russen gelebt haben. Hundert Jahre eines solchen Lebens konnten jedoch die Spuren älterer, länger wirksamer Einflüsse nicht ganz verwischen. Außerdem unterlagen und unterliegen polnisches und russisches Temperament fortwährenden Schwankungen je nach den historischen Begebenheiten.

Als das polnische Bürgertum die sozialpolitische Bühne betrat, geriet es unter den Einfluß der alten adligen Kultur.

Die Lebensbedingungen des polnischen Volkes waren seit dem 16. Jahrhundert zweifellos sehr hart; doch muß man die tatsächliche Lage nicht ausschließlich auf Grund des geschriebenen Gesetzes beurteilen.

Die Rechtslage der polnischen Bauern, besonders auf Privatgütern, war zweifellos ärger als in Westeuropa, da die Herren ein unumschränktes Recht über sie hatten. Wie jedoch Studnicki in seinem Artikel „Die Gründe von Polens Fall" (in polnischer Sprache, Warschauer Bibliothek 1909, Septemberheft) betont, hat der mangelnde Polizeiapparat in der Republik es unmöglich gemacht, entlaufene Bauern aufzufinden. In der Praxis hatten die Bauern die Möglichkeit, ihren Bedrückern zu entfliehen, wenn es ihnen auch nicht immer gelungen ist.

Der bekannte deutsche Historiker Knapp berichtet die interessante Tatsache, daß der König von Preußen im Jahre 1708 den pommerschen Ständen und der preußischen Kammer vorgeschlagen hat, die Frage zu überlegen, ob man die Leibeigenschaft auf Privatgütern nicht aufheben solle, angesichts der Flucht so vieler Bauern nach Polen. . . .

In Rußland war die Lage der Bauern auf Privatgütern noch wesentlich ungünstiger als in Polen. Der russische Bauer hatte

unter doppeltem schwerem Druck zu leiden, seitens seines Herrn und seitens der Regierung. Neben dem Frondienst, den er für seinen Herrn zu leisten hatte, lastete auch noch der Militärdienst auf ihm, von dem der polnische Bauer frei war, außerdem auch noch schwerer Robot für den Staat. Die Flucht russischer Bauern nach Polen nahm bedenkliche Dimensionen an, dies bestätigt auch der bedeutende Historiker Siemierskij.

Es liegt mir fern, zu behaupten, daß die Lage der polnischen Bauern gut war. Sie war sogar sehr schlecht; doch war sie nicht, wie von einzelnen behauptet wurde, die schlimmste in Europa.

Gegen Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts war die Lage am schwersten, da die Bauern, abgesehen von der Benachteiligung vor dem Gesetz, unter der Zerstörung des Landes, dem Ergebnis häufiger verwüstender Kriege, schwer zu leiden hatten.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verbesserte sich unter dem Einfluß der ökonomischen und humanitären Anschauungen der Zeit die Lage der Bauern auf einzelnen polnischen Großgrundbesitzen bis zu einem gewissen Grade. Das Reich unternahm jedoch keine irgendwie nennenswerten Reformen zugunsten der Bauern. Die Konstitution vom 3. Mai 1791 stellte die Bauern nur in dem Sinne unter den Schutz des Gesetzes, daß sämtliche freiwillige Verträge, die zwischen ihnen und ihren Herren geschlossen worden waren, rechtskräftig wurden und nicht willkürlich verändert werden konnten. Diese Konstitution wurde zufolge des Eingreifens russischer und reaktionärer polnischer Elemente, die sich zur Konföderation von Targowica zusammengeschlossen hatten, wieder aufgehoben. Während der Kościuszkoaufstände machte die Bauernfrage insofern Fortschritte, als der Führer des Aufstandes den Bauern das Recht der Freizügigkeit erkämpft und die zu leistenden Frondienste auf die Hälfte herabgemindert hatte, die völlige Ordnung der Bauernfrage behielt er der Zukunft vor.

Die dritte Teilung Polens vereitelte weitere Reformen. In dem von Napoleon und den polnischen Legionären geschaffenen Großherzogtum Warschau wurde die Leibeigenschaft aufgehoben.

Aber die Bauern wurden nicht befreit und mit Landbesitz belehnt, infolgedessen mußten sie den Grund und Boden des Herrn bebauen und die Leibeigenschaft abarbeiten. Persönlich waren sie jedoch frei.

Die Bauernfrage im Königreich Polen um das Jahr 1870 und die Bedeutung des Aufstandes habe ich schon im ersten Band dieser Arbeit behandelt. Augenblicklich bin ich nur auf die Schilderung der Bauernverhältnisse nach der von der Regierung im Jahre 1869 durchgeführten Aufhebung der Leibeigenschaft eingegangen. Wie allgemein bekannt und auch von gewissenhaften russischen Historikern zugegeben, hat die Regierung den Bauern im Königreich Polen aus politischen Gründen größere Freiheiten zugestanden, als in den russischen Teilen des Reiches. Dieser Umstand war von wesentlicher Bedeutung.

Infolgedessen war der Wohlstand des Volkes in den ersten Zeiten nach dem Aufstand nicht unbedeutend. Das hat auf die Entwicklung der Industrie in doppelter Weise eingewirkt: einmal haben die wohlhabenden Bauern den inneren Markt für die Industrie des Landes erweitert, außerdem waren die Grundbesitzer, des Frondienstes beraubt, in stärkerem Maße als bisher gezwungen, die Erzeugnisse der Industrie zu benutzen, was auch auf die Erweiterung des inneren Marktes von Einfluß war.

Der größere Wohlstand der Bevölkerung nach der Reform im Jahre 1864 hatte keinen Mangel an Arbeitskräften für die Großindustrie zur Folge, da wegen der Reformen vom Jahre 1807 eine beträchtliche Anzahl von Bauern ohne Land war und als freie Tagelöhner in Städten und Ansiedlungen nach Arbeit suchte.

Der Aufstand im Jahre 1863 und die Aufhebung der Leibeigenschaft im darauffolgenden Jahre haben einen beträchtlichen Teil des Adels ruiniert. Dieser Umstand war von weitgreifender sozialökonomischer und kultureller Wirkung auf die Gesellschaft im Königreich Polen. Der ruinierte Adel mußte sich neue Existenzmöglichkeiten schaffen; die, denen es gelungen war, Trümmer ihres Vermögens zu retten, oder die Beziehungen zu vermögenden Persönlichkeiten hatten, versuchten sich auf dem Gebiet des Handels und der Industrie. Es war dies ein notwendiger

Ausweg, denn das damals herrschende Russifizierungssystem verschloß oder erschwerte ihnen zum mindesten den Zugang zur staatlichen Karriere. Adlige, die alles verloren hatten, die keine Beziehungen hatten oder sie nicht ausnutzen wollten, wurden ins Proletariat hinuntergestoßen. Ihre Nachkommen fühlten sich schon mit der Arbeiterklasse solidarisch. In der sozialistischen Bewegung haben sie später eine wichtige Rolle gespielt. Es war dies von ausschlaggebender Bedeutung: die vom Adel abstammenden Arbeiter brachten dem polnischen Proletariat höhere Lebensbedürfnisse, gewisse politische Traditionen und ein stärkeres Unabhängigkeitsgefühl mit; in ökonomischer Beziehung deckten sich ihre Interessen mit denen der Arbeiterklasse.

Der Aufstand von 1863 hatte noch eine weitere Folge: er hat die revolutionären Traditionen der städtischen Bevölkerung aufgefrischt, vertieft und bis zu einem gewissen Grade die Bauern in die sozialpolitische Bewegung hineingezogen. Schon während des Kościuszkoaufstandes haben die Warschauer Handwerker eine bedeutende Rolle gespielt; ihr revolutionärer Geist, ihre Energie und ihre organisatorischen Fähigkeiten traten wiederholt zutage. Später nahmen sie am Aufstand von 1830 und an verschiedenen Verschwörungen teil; aber erst im Aufstand von 1863, als die revolutionäre Bewegung weite Bevölkerungskreise ergriff, haben sie zusammen mit den Fabrikarbeitern einzelner Ortschaften eine sehr wichtige Rolle gespielt.

Spätere sozialistische Agitatoren sind häufig alten Revolutionären unter den Arbeitern und Handwerkern begegnet, die sich vorzüglich Rechenschaft abgelegt haben über die Wandlung der alten demokratisch-patriotischen in die sozialistische Bewegung. Für die sozialdemokratische Partei waren sie eine wertvolle Errungenschaft und haben sich durch eine große Hingabe an die Sache und durch konspirative Fähigkeiten ausgezeichnet.

Die Anfänge der Großindustrie Polens greifen bis in das ausgehende 18. Jahrhundert zurück. Damals, bei der allgemeinen Tendenz, Reformen einzuführen, unter dem Eindruck der Katastrophe der ersten Teilung, die eine starke geistige Bewegung erzeugt hatte, begann man nachdrücklich daran zu arbeiten, die produktiven Kräfte des Landes zu heben und eine Großindustrie

zu schaffen. An der Spitze der ökonomischen Bewegung stand König Stanislaus August. Diese Versuche scheiterten an der ungenügenden technisch-ökonomischen Schulung der Arbeiter und ihrer Führer, ebenso wie an der vorhandenen Leibeigenschaft, die im allgemeinen auf die Fabrikarbeit, die den freien Tagelöhner fordert, von ungünstigem Einfluß ist. Erst als im Großherzogtum Warschau die Leibeigenschaft aufgehoben wurde und die Regierung sich ernsthaft bemühte, eine Industrie in Polen einzuführen, begann die Bewegung greifbare Formen anzunehmen.

Das Kongreßkönigtum hat für die Entwicklung der Industrie noch mehr getan: man bezog gelernte Facharbeiter aus der Fremde und begründete im Jahre 1828 die Polnische Bank, die für die Industrie von ungeheurem Nutzen war. Ich kann hier nicht einmal die Hauptphasen der Entwicklung im Großherzogtum skizzieren. Verwiesen sei auf Stanislas Koszutskis Buch: „Die Entwicklung der Großindustrie im Königreich Polen" (in polnischer Sprache), das wesentlich gründlicher und ausführlicher ist, als die unter gleichem Titel erschienene deutsche Abhandlung von Dr. Rosa Luxemburg.

Dr. Rosa Luxemburg hat die Rolle der Polnischen Bank und die Politik der Regierung des Großherzogtums Warschau in der Entwicklung der Industrie nicht genügend berücksichtigt und in übertriebener Weise das Hauptgewicht auf den russischen Markt gelegt. Mit der ihr eigenen Einseitigkeit und Oberflächlichkeit hat sie den nachteiligen Einfluß der russischen Regierung auf die polnische Industrie übersehen und die gefährliche Konkurrenz, die die russische Fabrikproduktion für die gleiche Ware in Polen bedeutete. Das Schädliche dieser Konkurrenz tritt in den letzten zehn Jahren immer deutlicher zutage.

1850 wurde die Zollgrenze zwischen dem Königreich Polen und Rußland aufgehoben. Für die Entwicklung der Industrie im Königreich war dieser Umstand von großer Bedeutung; es muß jedoch betont werden, daß die Industrie sich schon vorher eine sichere Position im Lande erobert hatte, da sie eine ziemlich bedeutende Anzahl geschulter Arbeiter und Leiter besaß. Das Aufheben der Zollgrenze zwischen dem Königreich Polen

und Rußland hat den Entwicklungsprozeß der Industrie im Königreich sehr gefördert und ihr gleichzeitig einen ziemlich einseitigen Charakter gegeben, den sie bis auf den heutigen Tag nicht verloren hat. Einzelne für den russischen Markt bestimmte Industriezweige nahmen einen starken Aufschwung, andere mehr für den inneren Markt bestimmte haben sich dagegen so wenig entwickelt, daß sie von fremden Waren verdrängt wurden. Demzufolge ruht die Industrie des Königreichs auf nicht ganz gesunden Grundlagen.

Beim Aufstand von 1863 bestanden die Industriellen in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Fremden, namentlich aus Deutschen und Juden, die Polen bildeten eine verschwindende Minderheit. In den folgenden Jahren stieg der Anteil der Polen an der Industrie bedeutend. Heute bilden sie bereits die Mehrzahl der Industriellen, obgleich auch jetzt noch Deutsche, Juden und Fremde überhaupt einen sehr bedeutenden Prozentsatz ausmachen. Erwähnenswert ist, daß ein Teil dieser fremden Industriellen sich polonisiert hat.

Bis in den Beginn der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts verhielt sich die polnische Arbeiterklasse vollkommen ruhig. Die schnell wachsende Industrie gab ihr Beschäftigung, und obgleich in den Fabriken Mißbräuche genug vorkamen, so gab es doch niemand, der die Masse zum Widerstand hätte gewinnen können; infolgedessen hatten die Reibungen zwischen Arbeitern und Fabrikanten einen gewissermaßen privaten Charakter, da sich die Masse nicht eingemischt hat. Noch im Jahre 1876 wandte sich Poznanski, einer der bedeutendsten Großindustriellen aus Lodz, an die polnischen Arbeiter in folgender Weise:

„Was das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern betrifft oder zwischen Arbeit und Kapital, so ist die Bemerkung angebracht, daß Streiks, die einen so verderblichen Einfluß auf die sozialökonomischen Verhältnisse anderer Länder ausüben und anderwärts so häufig stattfinden, in Polen in den Industriebezirken fast unbekannt sind; vielleicht sind die polnischen Arbeiter zu klug, um Fehler dieser Art zu begehen, vielleicht sind auch die persönlichen Beziehungen des Fabrikanten zu seinen Untergebenen menschlicher als in anderen

Ländern: tatsächlich wurden in fast allen größeren Betrieben Sparkassen und Emeriten-Jahrgelder eingeführt, Spitäler und gelegentlich Schulen und andere Wohltätigkeitsanstalten begründet, die den Arbeiter an Arbeit und Ort binden [1]."

Es wäre überflüssig, zu betonen, daß das Los des polnischen Arbeiters nicht so günstig war, wie es der Industrielle Poznanski schildert; es geht dies klar hervor aus späteren Berichten der Fabrikinspektoren sowie aus den Erfolgen der sozialistischen Bewegung unter den Arbeitern.

Zu den Gründen, weshalb die sozialistische Bewegung sich relativ spät in Polen entwickelt hat, gehört der Umstand, daß in Städten wie Lodz und Umgegend Fabrikindustrie ziemlich spät eingesetzt und die darin tätige Bevölkerung sich in der Hauptsache aus Bauern rekrutiert hat, die im Vergleich mit Fabrikarbeitern von Vater und Großvater her ein geduldiges und ziemlich demütiges Geschlecht sind. Es gab nach Załęskis Statistik [2]) im Königreich Polen um 1880 120763 Fabrik- und 14623 Bergarbeiter [3]).

Als die sozialistische Bewegung unter den Arbeitern im Jahre 1877 und 1878 einsetzte, war ihre Zahl in Fabriken und Bergwerken geringer. Zusammen mit ihren Familien waren es etwa 400—500000 Menschen.

Über die Zahl der Handwerksgesellen, Lehrlinge und Feldarbeiter haben wir keine zuverlässigen Angaben.

Wenn unter den Fabrikarbeitern schon das revolutionäre Ferment gefehlt hat, um wieviel mehr unter den Bauern; trotzdem kam es natürlich zu harten Kämpfen zwischen Hütte, Herrnhaus und Regierung. Sie sind in der ersten Nummer der ersten sozialistischen Zeitschrift „Gleichheit" unter dem Titel „Kriegsgerichte im Königreich Polen" [4]) eingehend geschildert.

Zwischen den Bauern des Dorfes Mąkaszów im Kielecker Gouvernement und dem Grundbesitzer Kozławski kam es wegen

1) „Die Produktivkräfte des Königreichs Polen" (in polnischer Sprache), S. 61.

2) „Das Königreich Polen in statistischer Beziehung", Teil II, S. 139 (in polnischer Sprache).

3) Ebenda Teil II, S. 189.

4) „Gleichheit" Nr. 1, S. 26—30 (in polnischer Sprache).

einer Wiese zu Streitigkeiten. Eines Tages, als die Bauern seine Wiese betraten, rief er den Obersten der Feldwache, der an der Spitze von Bewaffneten erschien; es kam zum Kampf, bei dem auch die Wächter ihr Teil erhielten. Die Bauern wurden vor das Kriegsgericht gestellt, zwei wurden zum Tod durch den Strick verurteilt, mehrere andere, darunter auch drei Frauen, zu mehrjähriger Zwangsarbeit. Das geschah im Jahre 1879. Kleinere Zusammenstöße ereigneten sich häufig. Trotzdem verhielt sich die Bevölkerung im Königreich Polen nach dem Aufstand von 1863 etwa zwanzig Jahre hindurch im allgemeinen ruhig.

Wir wollen uns jetzt den gebildeten Schichten der damaligen Gesellschaft im Königreich Polen zuwenden.

Der mißglückte Aufstand von 1863 machte auf die Gesellschaft einen erschütternden Eindruck, indem eine allzu starke Reaktion gegen die Ideenwelt eintrat, die ihm vorangegangen war.

Das neue Losungswort des polnischen Mittelstandes, genau so gut wie der führenden Intelligenz, wurde das sogenannte Programm der „organisierten Arbeit". Man brach völlig mit der Tradition der Aufstände und Verschwörungen, die man für verderblich hielt, und empfahl dagegen ausschließlich legale Arbeit, also: materielle Hebung des Landes durch Förderung der Großindustrie, eine vertiefte Kulturarbeit unter dem Volk, das Erwachen einer geistigen Bewegung innerhalb der Gesellschaft, besonders auf wissenschaftlichem Gebiet; infolge verschiedener mit politischen Gründen in engstem Zusammenhang stehender Umstände lag wissenschaftliches Leben seit 1831 danieder. Die sozialpolitischen Ansichten der neuen Richtung kann man einen demokratischen Liberalismus, der in verschiedenen Schattierungen auftrat, nennen.

Diese Richtung stand sowohl zu den Ansichten der Aristokratie und des Adels als zu denen der Sozialrevolutionäre im Widerspruch. Sie trat für die Gleichberechtigung der Frauen und die Assimilation der Juden ein.

In philosophischer Beziehung bekannte sie sich zu einem weit gefaßten Positivismus, der überwiegend englischer Herkunft war, Metaphysik und eine romantische Weltanschauung bekämpfte und ihr Wissenschaft, besonders Naturwissenschaft, Freiheit des

Gedankens und Freiheit der Kritik von der Religion gegenüberstellte. Bekenntnislosigkeit und Materialismus wurden von den äußersten Flügeln dieser Richtung propagiert.

Die Pioniere dieser Richtung waren die Zöglinge der Hauptschule in Warschau, die 1863 und 1864 an der Bewegung keinen Anteil genommen hatten. Das Programm war in seinen sozialökonomischen Ansichten der Ausdruck der Interessen der zu einem selbständigen Leben erwachenden Bourgeoisie, die sich, nachdem der Adel im letzten Aufstand eine Niederlage erlitten hatte, jetzt im öffentlichen Leben vordrängte.

Die Anhänger der „organisierten Arbeit" bekämpften die Vorrechte der Adligen energisch und propagierten den Gedanken der Gleichheit aller Menschen; sie idealisierten die Vertreter der Großindustrie, der freien Berufe, Fabrikanten, Ärzte, Advokaten u. a., was besonders deutlich in der polnischen Belletristik zutage trat. Diese Richtung hat in einer relativ kurzen Zeit einen unerhörten Einfluß auf die Gesellschaft erworben. In der Literatur standen die stärksten Kräfte auf ihrer Seite. Die konservativen Elemente traten eher gegen ihre philosophisch-sozialen als gegen ihre politischen Ansichten auf.

Der russischen Regierung gegenüber haben sich die Anhänger der neuen Richtung negativ verhalten; aus Furcht vor einer abermaligen Niederlage vermieden sie den Kampf, dagegen versuchten sie die Situation in ökonomischer Beziehung auszunutzen, indem sie sich auf den östlichen Märkten umsahen. Sie waren jedoch keine „Kompromißler" in dem Sinne, wie die späteren Anhänger vom Petersburger „Land". Wenn sie auch gegen Konspirationen und Aufstände waren, so widersetzten sie sich jedem Versuch, mit Hilfe regierungsfreundlicher Manifeste Konzessionen irgendwelcher Art zu erlangen; an die Wirksamkeit dieser, ihnen im höchsten Grade unsympathischen Manifeste glaubten sie nicht. Die Lösung der nationalen Frage erwarteten sie vom allgemeinen Fortschritt der Menschheit, dieser mußte, ihrer Ansicht nach, allmählich in allen Ländern zutage treten, also auch in Rußland und Polen. Gegen das Volk verhielt sich die neue Richtung wohlwollend. Ehrlich wünschte sie Bildung und Wohlstand unter dem Volke zu fördern, sträubte sich jedoch

in ihm eine selbständige sozialpolitische Macht zu erkennen, da sie die Bewegung von unten fürchtete.

Wenn die Anhänger der „organisierten Arbeit" in Polen sozusagen das Fenster nach Europa eingeschlagen haben, in dem Sinne, daß sie der polnischen Geistesart frische Luft zuführten, so haben sie doch in der Presse soziale Probleme, die die Grundlagen des Seins betreffen, vermieden, obgleich gerade damals, nach 1863, die soziale Bewegung in Westeuropa wesentlich lebendiger wurde. In Deutschland war Lassalles glänzende Agitation noch in aller Gedächtnis und die Sozialdemokratie unternahm ihre ersten Schritte; in Frankreich hat die durch die Pariser Kommune hervorgerufene Erschütterung Reflexbewegungen ausgelöst, und das bloße Vorhandensein der Internationalen war von wesentlicher Bedeutung.

Aber nicht nur die damalige polnische Publizistik vermied soziale Angelegenheiten, die wissenschaftliche Literatur, namentlich die Übersetzungsliteratur hat die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, der Philosophie und Psychologie berücksichtigt, soziologische und soziale Probleme — die damals mit so viel Interesse in Rußland gepflegt wurden, daß ich die Arbeiterfrage nicht erst besonders erwähne, — dagegen fast völlig umgangen. Nur Nationalökonomie erfreute sich, weil mit Handel und Industrie verknüpft, einer größeren Anerkennung, „brenzlige Fragen" wurden jedoch vermieden. Gegenüber der Bekämpfung des Adels durch Bourgeoisie und Intelligenz haben die Vertreter der „organisierten Arbeit" die Notwendigkeit der Klassenvereinigung um der nationalen Sache willen nicht betont, den Kampf der Arbeiter mit der Bourgeoisie aus patriotischen Gründen dagegen als schädlich verdammt. In rein politischer Hinsicht war die neue Richtung unheilvoll, denn sie hat zu beweisen versucht, daß die polnische Gesellschaft auf jede politische Aktion ohne weiteres verzichten kann; in kulturell-geistiger Hinsicht war sie dagegen in vielfacher Beziehung nützlich: in hohem Maße hat sie die Gedanken der Intelligenz von theologischer Dogmatik und metaphysischem Nebel befreit, sie an knappe Beweisführung gewöhnt und dem polnischen Geist viele bedeutende westeuropäische Strömungen erschlossen.

Die romantische Weltanschauung, gefühlsmäßig und ästhetisch von Reiz, aber ungesund, da nicht mit der Wirklichkeit rechnend, verfiel unter dem Einfluß der neuen Richtung schnell.

Weitere Kreise der Intelligenz begannen sich für wissenschaftliche Fragen zu interessieren, Sitten und Bräuche wurden freier, man begann über Frauenfrage, Kindererziehung, ja über das gesamte Leben anders zu urteilen.

Später, als die Reaktion gegen den Positivismus und die „organisierte Arbeit" einsetzte, wurde es Brauch, und dieser Brauch hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten, diese Geistesrichtung und diese Art sozialer Arbeit zu verspotten, sie als Einengung der Welt des Gedankens und der Tat hinzustellen, als „Abfall" von der nationalen Idee, als unfruchtbare Strömung, die im Gebiet des Wissens und Lebens nichts erreicht hat. All diese Vorwürfe entbehren der Grundlage und resultieren aus einseitiger Parteinahme. Auf diesem Standpunkt steht auch Res in seiner Arbeit: „Die Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen" (in polnischer Sprache).

Vor allen Dingen muß man berücksichtigen, daß die polnische Gesellschaft nach dem Aufstand von 1863 sehr erschöpft war, verglichen mit dem übrigen Europa in Wissenschaft und Leben rückständig, und tatsächlich einer Zeit der Ruhe, kultureller Arbeit, des Kräftesammelns und des Kennenlernens der neuesten geistigen Strömungen der Welt bedürftig.

Unter diesem Gesichtspunkt ist das Programm der „organisierten Arbeit" nicht nur verständig, sondern sogar nützlich. Seine Fehler in politischer Hinsicht z. B. sind leicht begreiflich. Natürlich wäre es besser gewesen, wenn die Anhänger des neuen Programms von Anfang an begriffen hätten, daß man den politischen Kampf aufnehmen müsse, nachdem man Kräfte gesammelt hatte. Man muß aber berücksichtigen, daß Wielopolskis Aktion einerseits, Alexanders II. Reformen anderseits bei den Anhängern der neuen Richtung die Hoffnung auf eine Evolution erweckt haben. Sie übersahen die Tatsache, daß die von dem erwähnten Polen erkämpften Erfolge zum Teil das Ergebnis der nationalen Bewegung zwischen 1860 und 1862 waren und daß Alexanders II. Reformen in der

Hauptsache auf die für Rußland unglückliche Krimkampagne zurückzuführen sind.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Mißerfolg so vieler Verschwörungen und einiger Aufstände die Vertreter der neuen Richtung von dieser Kampfesart abschrecken mußte. Anderseits darf man die ungeheure soziale und kulturell-geistige Bedeutung der neuen Richtung nicht übersehen. Sie war der Ausdruck einer ganzen Klasse, der Bourgeoisie, die allmählich zur Selbständigkeit erwachte, war der Kampf mit der veralteten Ideologie und Metaphysik des Adels.

Der Positivismus hat den geistigen Horizont nicht verengt, sondern nur mit Recht darauf hingewiesen, daß unserer Erkenntnis Grenzen gezogen sind, die der Geist nicht zu überschreiten vermag. Diese Ansicht besteht auch heute zu Recht, trotz der Hinwendung zu Idealismus und „Intuition". Der Positivismus hat sich nicht gegen das Aufstellen von Hypothesen gewandt, er hat nur verlangt, daß sie sich, wenn auch mittelbar, auf Erfahrung und Wissen stützen sollen.

Der Positivismus hat der Gesellschaft den, namentlich in Polen so notwendigen Kritizismus zugeführt.

Dank der positivistischen Bewegung haben sich weitere Kreise der Intelligenz mit wissenschaftlichen Fragen beschäftigt. Wenn sie keine großen Denker und Gelehrten hervorgebracht haben, so lag es nicht zum wenigsten daran, daß es damals für sie keinen genügend vorbereiteten Boden gegeben hat. Die jungen polnischen Gelehrten, die sich nicht der Hoffnung hingeben konnten, an einer polnischen Universität einen Lehrstuhl zu gewinnen, mußten sich entweder der Berufsarbeit widmen — als Advokaten, Ärzte und Ingenieure — oder in Bureaux arbeiten oder schließlich zur Publizistik abschwenken. Trotzdem hat diese Bewegung in verschiedenen Wissensbereichen ernsthafte und nützliche Arbeiter hervorgebracht, von denen sich einige auch außerhalb der Grenzen Polens Anerkennung erworben haben; erwähnt seien nur der auf dem Gebiet der Ethik und Philosophie tätige Swiętochowski, der Psychologe Ochorowicz, der Literarhistoriker Chmielowski, der Historiker Smolenski, der Erforscher des Christentums Radlinski, der Naturforscher Nuß-

baum, der Linguist und Folklorist Karlowicz, die Mathematiker Gosiewski und Dickstein. Dieser Bewegung haben auch einige der Schriftsteller der älteren Generation angehört, u. a. der Lemberger Psychologe und Philosoph Ladislaus Kozlawski.

Im Bereich der Belletristik und Dichtkunst haben sich neue Talente der neuen Richtung angeschlossen: die Orzeszkowa, Prus, die Konopnicka und anfänglich auch Sienkiewicz. Man darf diese Bewegung jedoch nicht ausschließlich nach der Anzahl der begabten Persönlichkeiten, die sie hervorgebracht hat, beurteilen. Ihr Hauptverdienst war, daß sie die Ergebnisse der zeitgenössischen Wissenschaft einem größeren Kreis von Menschen zugeführt hat. Es ist z. B. sehr bezeichnend, daß dank der positivistischen Bewegung die polnische Gesellschaft, wie bereits erwähnt, früher als die russische mit den Ergebnissen der englischen Philosophie und Psychologie vertraut wurde. Nur einseitige Parteinahme kann all das verkennen. Die positivistische Bewegung war in der polnischen Gesellschaft unter russischer Herrschaft ein mächtiger Antrieb zu weiterem wissenschaftlichem Forschen.

In sozialer Beziehung konnte das Programm der „organisierten Arbeit" nicht viel wirken. Öffentliche Arbeit unter dem Volk haben die politisch-polizeilichen Verhältnisse nicht gestattet; zu einer geheimen, von Geheimgesellschaften geleisteten Arbeit konnten und wollten sich die Anhänger der neuen Richtung nicht verstehen. Das soll jedoch nicht heißen, daß sie gar nichts getan haben. Sie gründeten nationalökonomische Gesellschaften, Unterrichtsinstitute für Frauen (die für Männer unterstanden einer strengen Regierungskontrolle) mit umfangreichem Wissenschaftsbetrieb, ließen Vorträge halten, veranstalteten volkstümliche Klassikerausgaben. Außerdem war die persönliche Einwirkung der Vertreter der neuen Richtung, die verschiedenen sozialen Kreisen angehörten, nicht ohne Einfluß. Das Programm der „organisierten Arbeit" war in ökonomisch-kulturellem Sinn nicht neu, die aufgeklärten Konservativen haben sich bereits vor dem Aufstand dazu bekannt, so z. B. Graf Andreas Zamojski und der Schriftsteller Kaczkowski. Es ist jedoch beachtenswert, daß erst das nach

1863 verkündete Programm der „organisierten Arbeit“ neben dem Positivismus die selbständige Tat des „dritten Standes“ war, von der Freidenkerbewegung in geistiger Hinsicht begleitet. ...

II.

Die Ideen der sogenannten utopistischen Sozialisten fanden nach dem Aufstand von 1831 Anhänger in Polen, besonders unter den Emigranten. In England hatte sich eine Schar ehemaliger Soldaten, hauptsächlich bäurischer Abkunft, niedergelassen, sie standen unter dem Einfluß adliger Emigranten, wie Korcel, Krępowiecki, Swietosławski und andere. Diese Männer machten sich allmählich einige Ansichten der damaligen Utopisten zu eigen, indem sie weniger auf festumrissene sozialistische Doktrinen reagierten als auf deren Grundstimmung. Sie gehörten nicht irgendeiner der bestehenden sozialistischen Schulen an, noch gründeten sie selbst eine neue, die auf einem detailliert ausgearbeiteten System beruht hätte. Im allgemeinen war es ihnen darum zu tun, nicht nur die Standesprivilegien aufzuheben — diese Forderung stellten auch die polnischen Demokraten —, sondern auch die Vermögensprivilegien; ferner strebten sie eine Gleichheit der sozialen Lebensbedingungen an, was die erwähnten Demokraten durchaus nicht ersehnten.

Die Ansichten der damaligen polnischen Sozialisten waren von stark religiösen und patriotischen Empfindungen gefärbt und standen der Mystik nahe.

Im Jahre 1835 löste sich diese Emigrantengruppe aus einer größeren Organisation, der „Demokratischen Vereinigung“, los, bildete unter dem Namen „Grudziądz“ (Graudenz) eine eigene Vereinigung und verbreitete ihre Ansichten in der Zeitschrift „Das polnische Volk“.

Der Wunsch, Polen zu befreien, verlieh dieser sozialistischen Bewegung einen ausgesprochen politischen Charakter, während die damaligen westeuropäischen Utopisten im allgemeinen unpolitisch und auf Frieden bedacht waren.

Ich kann ihre Ansichten, die im Lande wenig Verbreitung fanden, hier nicht erörtern und verweise auf die Arbeiten von Limanowski: „Die Geschichte der sozialen Bewegung im 19. Jahr-

hundert“ und „Stanislaw Worcel“, ferner auf Narkiewicz-Jodki und Dicksztein: „Der polnische sozialistische Utopismus unter den Emigranten“ sowie auf Szpotanski: „Das polnische Volk“ [1]).

Sozialistische Ideen haben auch auf Polens großen Dichter Mickiewicz eingewirkt und einigen seiner abrupten publizistischen Arbeiten eine bestimmte Note gegeben, aber sie haben bei ihm keine konkrete Form angenommen. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Dichter mit einer Art Agrarsozialismus sympathisiert hat: jeder Familie in der Gemeinde sollte ein ihrer Kopfzahl entsprechendes, unter der Kontrolle des Volkes stehendes Stück Land zugesichert werden.

Mickiewicz war jedoch keineswegs der Apostel des Sozialismus, seine hier und da geäußerten Ansichten, die dem Sozialismus nahestehen, waren viel eher das Ergebnis einer momentanen Stimmung als einer tieferen, auf festen Grundsätzen beruhenden Überzeugung. In den bedeutendsten Werken dieses Dichters fehlt jede Spur einer sozialistischen Idee. Einen viel tieferen Einfluß hat der Sozialismus auf den großen polnischen Historiker Lelewel ausgeübt, der sich sogar mit Marx' und Engels' kommunistischem Manifest solidarisch erklärt hat. Leider wissen wir nicht, ob sich diese Überzeugung in ihm befestigt hat oder ob er von ihr zurückgekommen ist.

Im Lande zeigte sich der Einfluß der sozialistischen Ideen in der für damalige Begriffe ziemlich umfangreichen Verschwörung des Geistlichen Piotr Sciegienny. Er war ein Anhänger des Agrarsozialismus. Durch einen Aufstand gegen Rußland wollte er Polen befreien, dem Volke Land übertragen, das in den Besitz der Gemeinde übergehen sollte. Sciegienny beschloß sich auf die Bauernschaft zu stützen, von der er selbst abstammte, und auf die Geistlichkeit, die die Führer abgeben sollte. Seine Wirksamkeit begann er in der zweiten Hälfte des vierten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts, zuerst in Kieleck, dann hat er namentlich in Lubelsk agitiert. Bauern, zum Teil Handwerker und der niedere, pekuniär sehr schlecht gestellte Adel haben zu seinen Anhängern gehört; seine Arbeit währte ziemlich

---

1) Sämtlich in polnischer Sprache.

lange, fast zehn Jahre. Res behauptet, ohne daß wir seine Angaben nachprüfen könnten, Sciegienny habe tausend Menschen in seine Verschwörung hineinbezogen [1]). Diese Zahl scheint mir stark übertrieben. Da die Verschwörung entdeckt wurde, hätte sie sich, wenn sie so große Kreise umfaßt hätte, in irgendeiner Weise nach außen bemerkbar machen müssen, etwa durch zahlreiche Verhaftungen oder auf eine andere Weise. Eine so große Beteiligung hätte unbedingt Spuren hinterlassen müssen. Auch in der Gegend, in der dieser revolutionäre Geistliche tätig war, hätte sich die Überlieferung erhalten; von all dem ist aber nicht die Rede.

Im Jahre 1844 sollte es zum Ausbruch des Aufstandes kommen. Eine von Sciegienny gefälschte päpstliche Bulle diente als Manifest. Die von der Regierung vorgenommenen Verhaftungen haben den Aufstand erstickt.

Sciegiennys Wirksamkeit war eine vollkommen losgelöste Erscheinung von rein lokaler Bedeutung, eine größere oder geringere Anzahl von Dorfgemeinden hatte sich ihm angeschlossen.

Auch in utopistischer Form konnte der Sozialismus damals in der polnischen Gesellschaft, namentlich unter den unter russischer Oberherrschaft stehenden Provinzen, keinerlei Bedeutung erlangen. Unter Nikolaus I. waren die politischen Verhältnisse so drückend, daß sie jede soziale und geistige Regung gelähmt haben; die Leibeigenschaft im Königreich Polen, die neben Frondienst auch in Litauen und Kleinrußland existierte, hat die Reform der bäuerlichen Verhältnisse auf den ersten Plan gerückt; dies war die Grundbedingung für jede soziale Reform. Die sozialistischen Ideen der damaligen polnischen Utopisten haben auf die späteren Generationen fast gar keinen Einfluß ausgeübt.

Nach dem unglücklichen Ausgang des Aufstandes von 1863 zeigte sich bei einigen Emigranten eine verstärkte Tendenz zum Sozialismus. Einige bekannten sich tatsächlich dazu; 1866 erschien in Genf die erste Nummer der sozialistischen „Gmina“ (Gemeinde, in polnischer Sprache), vom Emigranten Joseph Tokarzewicz, der unter dem Pseudonym Hodi schrieb, redigiert.

---

1) „Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen“, S. 15.

Diese Zeitschrift hat sich nicht lange gehalten. Ein anderer Emigrant, Walery Mroczkowski, Bakunins Freund, war ein glühender Sozialist, ohne sich zu einem scharf umrissenen Programm zu bekennen. 1872 entstand in Zürich die „Polnische sozialdemokratische Gesellschaft“ mit eigenem Programm. Sie erklärte Arbeit als den einzigen Regulator für die Entwicklung und Einteilung materieller Güter; Kapital soll das Eigentum der Produzenten sein und Grund und Boden der gemeinsame Quell des Wohlstandes der Vereinigungen und Gemeinden, die ihn bearbeiten; es gilt Polen, Litauen und Kleinrußland von fremder Oberherrschaft zu befreien und ihre Zusammengehörigkeit auf anderen gerechteren Grundlagen aufzubauen.

Diese Gesellschaft konnte sich mit Bakunin nicht verständigen, der in ihr Überbleibsel monarchischer Tendenzen sah. Sie zerfiel bald, da ihr Sekretär Adolf Stempowski ein russischer Spion war; im zweiten Band dieser Arbeit habe ich über ihn berichtet, im Abschnitt, der Nietschajews Auslieferung an Rußland behandelt.

Viele Polen nahmen an der französischen Kommune teil, woraus jedoch nicht hervorgeht, daß sie sämtlich erklärte Sozialisten waren; unzweifelhaft waren es jedoch die tüchtigen Soldaten Walery Wróblewski und Jaroslaw Dąbrowski, die sich in der nationalen Bewegung zwischen 1861 und 1864 ausgezeichnet haben, auch einige weniger bekannt gewordene Emigranten haben sich dieser Bewegung angeschlossen.

Nach der Kommune hat Wróblewski in London eine Organisation „Das polnische Volk“ begründet; ihr Sekretär war Kryński, ein Mitglied des früheren „Polnischen Volkes“ [1]). Diese Gruppe hat eine gewisse Wirksamkeit in England entwickelt, sie hat Proklamationen erlassen, ist auf einigen revolutionären Festen öffentlich aufgetreten, ihr Leben war jedoch nur von kurzer Dauer.

Diese Einwirkung sozialistischer Ideen auf die Emigranten war auf die Entwicklung der neuen sozialistischen Bewegung im

---

1) Res, Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen, S. 227.

Lande ganz bedeutungslos. Nur auf Boleslaw Limanowski hatte sie einen gewissen Einfluß; nachdem er seine Strafe abgebüßt hatte, siedelte er 1869 nach Galizien über und begann bald darauf dort seine wissenschaftlich-publizistische Wirksamkeit in sozialistischem Sinne, die er bis auf den heutigen Tag weiter fortsetzt.

III.

Die sozialistische Bewegung im Königreich Polen hat relativ spät eingesetzt. Es stand dies mit dem Aufstand von 1863 in Zusammenhang oder richtiger mit der Atmosphäre, die nach seinem unglücklichen Verlauf im Lande geherrscht hat. Die Gesellschaft war niedergedrückt, hatte das Vertrauen in die revolutionäre Bewegung verloren, die neue Richtung der „Organisierten Arbeit", die viel Eifer bekundete, war dem Sozialismus feindlich, seiner Lehre so gut wie der sozialen Bewegung.

Die Idee des Klassenkampfes bis zum Äußersten war damals in Polen durchaus unpopulär; Eintracht unter allen Schichten der Bevölkerung auf Grund eines friedlichen ökonomischen und kulturellen Fortschritts wurde ihr als Gegenstück gegenübergestellt. Die neue geistige Richtung, die sich an einen weit erfaßten Positivismus hielt, der mit dem praktischen Programm der „Organisierten Arbeit" zusammenging, hat sozusagen die Bahn für den Sozialismus in der polnischen Gesellschaft freigemacht. Unbarmherzig hat sie mit Mystik, Romantik und jeder nebelhaften Phraseologie aufgeräumt, die Geister an Exaktheit gewöhnt sowie daran, Argumente auf Tatsachen zu stützen und mit dem Leben zu rechnen; gleichzeitig hat sie an Vergangenheit und Gegenwart des polnischen Volkes eine scharfe Kritik geübt, die nationale Selbstüberhebung bekämpft und auf die Notwendigkeit einer Annäherung der Polen an alle europäischen geistigen Bewegungen hingewiesen.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß all das zum mindesten einen gewissen Teil der jüngeren Generation anregen mußte, sich mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen, sie vorurteilslos zu prüfen, sie mit den gleichen Verhältnissen im Westen zu vergleichen, mit einer ganzen Reihe alter Gewohnheiten zu brechen und sich von der nationalen Phrase frei zu machen, daß die

Polen ein Ausnahmevolk sind, das einen völlig anderen, nur ihm eigenen Weg geht.

Der sozialistische Gedanke ist von zwei Seiten her nach Polen eingedrungen: aus Rußland und aus dem Westen. In den höheren russischen Unterrichtsanstalten gab es eine ganze Reihe von Polen, auf die die legale und illegale russische Literatur einen bedeutenden Einfluß hatte. Seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts nahmen vereinzelt Polen an der revolutionären russischen Bewegung tätigen Anteil; zu Beginn des folgenden Jahrzehnts waren sozialistische Ideen in einigen Kreisen der polnischen Jugend in Rußland populär und drangen von dort aus allmählich ins Königreich Polen ein. Dort stießen sie auf den nicht allzu starken Einfluß des westeuropäischen Sozialismus.

Die in Rußland studierende polnische Jugend hat sich vom Programm der „Organisierten Arbeit" ziemlich frei gemacht, da die russische revolutionäre Bewegung auf sie von größerem Einfluß war; die Jugend im Königreich Polen hat dagegen damals weniger zu revolutionären Tendenzen geneigt. In Rußland konnte man infolge der unter der Intelligenz herrschenden Strömung illegale, sich auf den Sozialismus beziehende Bücher leicht bekommen; in Polen war dies mit größeren Schwierigkeiten verbunden.

Alle diese Umstände haben bewirkt, daß in der beginnenden sozialistischen Bewegung im Königreich Polen die polnische, in den großen russischen Zentren lebende Jugend einen viel größeren Einfluß als die Warschauer Jugend ausgeübt hat, infolgedessen hatten die russischen sozialistischen Ideen ursprünglich ein Übergewicht über die westeuropäischen. Dies trat, wie wir später sehen werden, im ersten Programm der polnischen Sozialisten deutlich zutage.

Im zweiten Band der vorliegenden Arbeit habe ich die damaligen Ansichten der russischen Revolutionäre eingehend charakterisiert. Bakunins Theorien waren die populärsten, auch Lawrow hatte viele Anhänger. Die polnische, in Rußland studierende Jugend huldigte den Ansichten dieser Führer.

Die polnische Jugend Warschaus hat diese Doktrinen nicht

verworfen; gleichzeitig stand sie jedoch unter dem Einfluß von Lassalle und Marx, denen sie namentlich die Kritik der gegenwärtigen Verhältnisse entnahm. Von Lassalles Herrensozialismus war sie ebenso entfernt wie von der Taktik der Sozialdemokraten.

Bis zum Jahre 1874 hat die polnische, in Rußland studierende und an der russischen revolutionären Bewegung teilnehmende Jugend keinen gesonderten Kreis gebildet. Erst in jenem Jahre entstanden polnische Kreise in Petersburg und Kijew. Im Jahre 1875 vergrößerte sich die Zahl ihrer Mitglieder. Die Polen begannen daran zu denken, ihre Kräfte zu sammeln. Aus diesem Grunde begab sich Jan Hłosko in verschiedene Städte in Rußland und im Ausland. Er trat in Beziehungen zum Kijewer Kreise, begründete einen polnischen Verein in Moskau, sprach General Wróblewski in London und Limanowski in Lemberg [1]).

Diese Reise hatte fürs erste keine bedeutenden Ergebnisse, die Jugend begann sich erst zu organisieren, der Boden für den Sozialismus war noch nicht bereitet, zur Gründung einer sozialistischen Zeitschrift im Ausland kam es noch nicht. Hłoskos Reise hatte nur den Erfolg, daß die polnische sozialistische Jugend in Rußland seitdem Fühlung untereinander hatte.

Die Warschauer Jugend begründete in jener Zeit zahlreiche Fortbildungszirkel; die eine Gruppe stellte sich die Aufgabe, durch Volksbücher Bildung unter den Bauern zu verbreiten; eine andere suchte in gleicher Weise unter Arbeitern und Handwerkern zu wirken.

In politisch-sozialer Beziehung waren die Ansichten dieser Kreise der polnischen Jugend nicht genügend präzise. Im allgemeinen bekannten sie sich zu demokratisch-radikalen Anschauungen, einzelne der Mitglieder hatten sicherlich auch Sympathien für den Sozialismus. Der Patriotismus der Jugend war groß. Sie hatte das Verlangen, mittels der „Organisierten Arbeit“ das Niveau des Volkes zu heben, es aufzuklären, und war bereit, diese Arbeit im Gegensatz zu den Schöpfern des Programms auch auf illegaler Grundlage zu beginnen. In den

---

1) Res, Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen, S. 43—44.

kleinen Bibliotheken, die die Selbstbildung förderten, gab es auch illegale Bücher.

Noch im Jahre 1875 hatten sich die Sozialisten in Warschau nicht in Einzelgruppen abgesondert. Die geschah erst später, Ende 1876 und zu Beginn des Jahres 1877. Bis zu dieser Zeit hatte die Bewegung unter der Jugend, wenn sie auch illegal war, keinen ausgesprochen revolutionären, geschweige denn sozialistischen Charakter.

Im Sommer des Jahres 1876 kam die tüchtige und intelligente polnische Sozialistin Filipina Płaskowicka, eine Volksschullehrerin, in das Königreich Polen. Im August des gleichen Jahres wurde sie im Dorf Janisławice im Skiernicricker Bezirk im Warschauer Gouvernement angestellt. Ihre Tätigkeit war ergebnisreich; sie unterrichtete Kinder und Erwachsene und hatte Beziehungen zu Warschau. Im Herbst des gleichen Jahres ließen sich in Warschau Boleslaw Monszajn aus Petersburg und Ludwik Waryński nieder. Sie waren Mitglieder des erwähnten Petersburger Kreises. Unmittelbar nach ihrer Ankunft in Warschau propagierten sie ihre Ideen unter der dortigen Jugend und bildeten die erste sozialistische Organisation im Lande.

IV.

Im Jahre 1877 wurde die erste patriotische, illegale, geheime Organisation im Königreich Polen begründet. An ihrer Spitze standen Adam Szymański, der begabte Novellist, und der Publizist Jan Popławski.

Diese Organisation entstand während eines gewissen Aufschwunges in der polnischen Gesellschaft, der dem russisch-türkischen Krieg folgte. Es fehlte auch nicht an einem von außen kommenden Antrieb. Die englische Regierung wandte sich an den polnischen Emigranten Zygmunt Miłkowski, den bekannten Novellisten, der unter dem Pseudonym Theodor Thomas Jerz schrieb, und erklärte sich bereit, einen Aufstand gegen Rußland mit Geld zu unterstützen. Miłkowski nahm das Anerbieten nicht an, da Vorbereitungen für eine größere Aktion innerhalb der Gesellschaft noch nicht getroffen waren. In Galizien jedoch, wohin nach dem Aufstand im Jahre 1864 viele

Emigranten geflohen waren, glaubten mehrere Patrioten, daß man den russisch-türkischen Krieg gegen Rußland zugunsten des polnischen Volkes ausnutzen könnte. Unter dem Namen „Konföderation des polnischen Volkes“ wurde eine Organisation begründet. An der Spitze dieser Organisation stand der Emigrant Wacław Koszczyc, der Balkangeschichten unter dem Pseudonym Sahi-Bej schrieb. Die Mitglieder dieser Organisation haben auf die Hilfe von England, Österreich und der Türkei gerechnet. In den türkischen Reihen haben mehrere Polen gekämpft; es wurde sogar eine kleine Abteilung auf der Balkanhalbinsel begründet mit der Absicht, das russische Heer in Schach zu halten. Diese Organisation zerfiel jedoch bald. Im Königreich Polen hatte sie gar keine Macht, da sich die Patrioten unter dem Einfluß der geschilderten Verhältnisse erst zu sammeln begannen. In Galizien fehlte es den Verschworenen an einem einheitlichen Programm. Aus den Trümmern dieser Organisation, die nichts zu tun imstande war, entwickelte sich die „Volksregierung“, an deren Spitze Fürst Adam Sapieha stand. Dieser polnische Aristokrat, der Sohn des ersten galizischen Landesmarschalls, der bereits 1831 mitgekämpft hatte, war liberaler Gesinnung und hatte an den Aufständen von 1863 und 1864 tätigen Anteil genommen. Während des russisch-türkischen Krieges glaubte er nicht an den Erfolg des Aufstandes im Königreich Polen und beschloß daher, die Überreste der Organisation aus dem Jahre 1877 in Schach zu halten, um Kraftproben zu verhindern, die einen Aufstand veranlaßt hätten. Seine Absicht gelang vollkommen.

Zur „Volksregierung“ hatte die Warschauer Organisation, die Szymański und Popławski leiteten, lose Beziehungen. Sie war ausgesprochen patriotischen Charakters; es war ihr jedoch nicht um den Ausbruch eines Aufstandes zu tun, an dessen Gelingen sie damals nicht recht glaubte. Ihr nächstes Ziel war, die Gesellschaft zu organisieren und vorbereitende Arbeit zu leisten. Fürs erste dachte sie nicht an bewaffneten Kampf, was sie auch deutlich aussprach. Verhaftungen zu Beginn des Jahres 1878 haben diese Organisation vollkommen gesprengt.

V.

Im Gegensatz zur russischen hat sich die polnische sozialistische Bewegung von Anbeginn an auf Handwerker und Fabrikarbeiter gestützt und hatte so einen sicheren Boden. Daß die Bewegung so und nicht anders eingesetzt hat, war das Ergebnis der vorangegangenen Entwicklung der sozialen Zustände im Königreich Polen.

Im Jahre 1878 nahm die sozialistische Bewegung einen starken Aufschwung: die Zahl der Anhänger unter den Arbeitern wie unter der Intelligenz stieg bedeutend, die Organisation erhielt eine festgeschlossene Form, schließlich wurden die ersten sozialistischen Broschüren in polnischer Sprache veröffentlicht.

Im Januar des Jahres 1878 fuhr Hildt, ein Mitglied der Warschauer Organisation, ins Ausland, mit Schriften und Geld versehen, mit der Absicht, Agitationsbroschüren herauszugeben. Im Mai begründete Waryński einen neuen Verlag in Warschau, was unter den Mitgliedern der Organisation eine ungeheure Freude hervorrief. Folgende Broschüren wurden herausgegeben: Lassalle: „Kapital und Arbeit" und „Die indirekte Steuer"; Bracki: „Fort mit den Sozialisten"; Rozałowski: „Das Leben des Generals Dąbrowski"; aus dem Russischen: „Unvereinbare Richtungen"; „Eine seltsame Geschichte", eine Umarbeitung der bekannten Broschüre „Der schlaue Mechanismus"; aus dem Kleinrussischen überarbeitete Simon Dickstein die Broschüre „Erzählungen eines alten Gastwirts" [1]).

Die meisten dieser Broschüren wurden aus dem Deutschen übersetzt; die russischen wurden, worauf schon Res hingewiesen hat, im Original gelesen, nur vereinzelte wurden ins Polnische übersetzt, um sie der Arbeiter- und Landbevölkerung zugängig zu machen. Um mit den jüngsten Publikationen abzuschließen, will ich auch einige später hinzugekommene hier mit aufführen.

Darunter waren der bereits 1868 erschienene „Glaube der Sozialisten" von Ludwig Blank, der den Sozialismus als Verkörperung christlicher Ideen darzustellen suchte; der „Sozia-

---

1) Sämtlich in polnischer Sprache.

listische Katechismus" von Iwan Frank, der jedes religiösen Gepräges entbehrte und sich dadurch auszeichnete, daß er den Arbeitern empfahl, Einfluß auf die Regierung zu gewinnen; schließlich Lassalles „Arbeiterprogramm". Infolge dieser Broschüren konnte die Warschauer Organisation in größerem Maße Propaganda und Agitation treiben.

Angesichts der wachsenden Zahl der Sozialisten beschloß man, einen Massenbund der Arbeiterorganisation in Gestalt einer „Unterstützungskasse" zu bilden.

Die Beziehungen zu den Arbeitern waren zahlreich genug; ursprünglich ergaben sie sich durch die Vermittlung unbezahlter Lesehallen, die von Wohltätigkeitsinstituten begründet worden waren. Die Sozialisten hatten dort Fuß gefaßt mit der Absicht, Handwerker und Arbeiter bei der Bücherausgabe kennen zu lernen; später haben Dickstein, Mendelson und Waryński, nachdem sie ein Handwerk erlernt hatten, eine Zeit hindurch in Werkstätten und Fabriken gearbeitet.

Die „Unterstützungskasse" hatte nach einmonatigem Bestehen 150 Mitglieder und bestand aus einzelnen Gruppen von je fünfzehn Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder stieg bis zu 300. Diese Organisation erwies sich mit Hinsicht auf ihren unmittelbaren Zweck, den ökonomischen Kampf der Masse mit Meistern und Fabrikanten zu führen, als verfrüht. Die damaligen Anhänger der Arbeiterbewegung, wenn auch relativ zahlreich, waren immerhin aus der Arbeitermasse herausgelöste Einzelindividuen, die noch kein Gefühl für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Klassenkampfes auf ökonomischer Grundlage hatte. Tatsächlich konnte die „Unterstützungskasse" damals noch keinen Massenkampf hervorrufen und verwandelte sich in eine gewöhnliche revolutionäre Organisation. Die Führer der Bewegung erfaßten die Situation und beschlossen, die „Unterstützungskasse" als solche aufzulösen und eine neue Organisation zu gründen. Dieser Plan wurde durchgeführt.

Die Arbeiter begründeten in Erkenntnis der Sachlage „Revolutionäre Gruppen" von je fünfzehn Mitgliedern; jede wählte ihren Organisator und Kassierer. Die Organisatoren schlossen sich zu einem besonderen Kreis zusammen und leiteten

die gesamte Arbeit. Jeder Organisator durfte eine Spezialgruppe gründen, die sich mit einem Gebiet der revolutionären Arbeit besonders befaßte, jedes Mitglied einer revolutionären Gruppe eine Vorbereitungsgruppe, um Arbeit unter der Masse zu leisten. Die Organisation hatte demokratisch-föderativen Charakter.

Die gesamte Organisationsarbeit konzentrierte sich fast ausschließlich auf Warschau; außerhalb Warschaus gab es noch Gruppen in Łodz und zwei von Filipina Płaskowicka organisierte Gruppen unter der Landbevölkerung. Die Wirksamkeit dieser ersten revolutionären Gruppe erstreckte sich bis in den Beginn des Augusts des Jahres 1878.

Am 5. August nahm die Polizei eine Hausdurchsuchung bei Ludwik Kobylański vor, er selbst rettete sich durch die Flucht; am 8. des gleichen Monats wurden Wacław Sieroszewski, ein damals bekannter Schriftsteller, und Kasimir Pławinski verhaftet; später wurden 120 Hausdurchsuchungen vorgenommen, 80 Personen wurden in Anklagezustand versetzt; 40 davon gehörten der Intelligenz an, 35 dem Arbeiter- und Handwerkerstande. Waryński, Mendelson, Hildt, Dłuski und Dickstein gelang es, sich zu verbergen. Bald darauf begaben sie sich ins Ausland. Waryński blieb noch einige Wochen im Lande.

Diese Verhaftungen haben die Organisation nicht völlig zerstört, um so weniger, als die in Freiheit Verbliebenen Gefährten aus Petersburg beriefen, die bereit waren, die revolutionäre Aktion im Lande fortzusetzen. Auf diese Aufforderung hin kamen Alexander Więckowski, Sigmund Heryng und Cezaryna Wojnarowska. Nach ihrer Ankunft in Warschau verließ Ludwik Waryński die Stadt und begab sich ins Ausland. Er war ein hervorragender Mensch. Gebildet, voll Eifer und Energie, war er ein ausgezeichneter Agitator und hatte die Gabe, Menschen für sich einzunehmen. Er war auch in der Hauptsache der Begründer der ersten sozialistischen Organisation im Königreich Polen.

Unter den Neuhinzugekommenen hatte Alexander Więckowski bereits Anteil an der russischen revolutionären Bewegung genommen, da er der Mitredakteur der revolutionären Zeitschrift „Naczało“ war, die ich bereits im zweiten Band der vorliegenden

Arbeit erwähnt habe. Więckowski war ein sehr begabter Mensch und ausgezeichneter Redner. Er schrieb auch das erste Programm der polnischen Sozialisten, das im September 1878 abgeschlossen war. Nachdem verschiedene polnische Sozialisten es durchgesehen hatten, wurde es im Ausland gedruckt. Mendelson, der sich damals in der Schweiz befand, hielt es einige Zeit zurück mit der Absicht, einige Änderungen zu treffen. Gedruckt wurde es erst am 1. Oktober 1879 in Genf mit einigen Veränderungen.

Da Brüssel als Druckort genannt war, nannte man es das Brüsseler Programm.

Die emigrierten Sozialisten haben im Auslande eine rege publizistische Tätigkeit entfaltet und organisatorische Agitationsarbeit erst in Galizien und einige Jahre später in Posen geleistet. Ihre Tätigkeit in diesen Teilen Polens steht jedoch außerhalb der diesem Buch gezogenen Grenzen. Es gilt jetzt, sich mit ihren programmatisch-taktischen Gesichtspunkten zu befassen, deren Hauptausdruck in den Jahren 1878 und 1879 das oben erwähnte sozialistische Programm war.

VI.

In meiner Arbeit: „Die Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen“ habe ich das Brüsseler Programm anarchistisch genannt und darauf hingewiesen, daß es ein Widerhall von Bakunins Theorien ist. Res ist in seiner bereits zitierten Arbeit gegen meine Behauptung aufgetreten, ohne seine Ansicht durch wesentliche Argumente stützen zu können. Seine ganze Beweisführung beruht auf unwesentlichen Tatsachen, die sich nicht auf den Text des eigentlichen Programms beziehen, sondern auf Äußerungen untergeordneter damaliger Führer und auf spätere Artikel in der „Gleichheit“. Res' Beweise entbehren jeglicher Begründung, darum halte ich an meiner ursprünglichen Ansicht fest, die sich auf das Programm in seinem ganzen Umfang bezieht.

Das Programm ist in sehr allgemeinen Formen abgefaßt: es konstatiert, daß die arbeitenden Klassen durch jene ausgenutzt werden, die das Arbeitswerkzeug, das Kapital, be-

sitzen, und fordert, daß dies Werkzeug den Arbeitern zu gemeinsamem Besitz übergeben werde; ferner fordert es völlige Gleichheit der Bürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und der Nationalität, föderative Verbindungen mit den Sozialisten aller Länder; am Schluß findet sich die Erklärung, daß allein das Volk unter der moralischen Führung einer seiner Rechte und Interessen bewußten Volksorganisation dieses Programm durchführen kann.

Als geeignete Mittel, um das Programm durchzuführen, erscheinen: 1) Organisation der Volkskräfte; 2) mündliche und schriftliche Propaganda der Grundsätze des Sozialismus; 3) Agitation, d. h. Proteste, Demonstrationen und aktiver Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Sämtliche Ziele und Kampfesformen können nach Ansicht der Verfasser des Programms angesichts der Wirkungslosigkeit und Unmöglichkeit legaler Wege nur auf dem Wege einer sozialen Revolution erreicht werden. Das ganze Programm ist erfüllt von internationalen Ideen und schließt mit einem Zitat aus den Beschlüssen des Internationalen Kongresses zu Genf vom 3. September 1866. Nachdem das Programm in der ersten Nummer der in Genf erscheinenden sozialistischen Zeitschrift „Gleichheit“ veröffentlicht wurde, erschienen in den folgenden Nummern dieser Zeitschrift aufklärende Artikel, in denen einzelne Punkte des Programms erläutert wurden. Aus diesen Artikeln gehen die Ansichten der damaligen Sozialisten eindeutig hervor.

In Nummer 5 dieser Zeitschrift im Artikel „Unser Programm“ wird der Zuschnitt der Gesellschaft, wie die damaligen polnischen Sozialisten ihn sich vorgestellt haben, geschildert. Die Arbeit muß von Ausschußgesellschaften geleistet werden, die sich untereinander in größere föderative Gruppen zusammenschließen sollen. Die am gleichen Ort lebende arbeitende Bevölkerung hat, abgesehen von der Notwendigkeit, produktive Ziele gemeinsam zu verfolgen, viele gemeinsame Bedürfnisse, die die Produktion nicht unmittelbar berühren, so z. B. Erziehung, Unterricht, Kunst, öffentliche Veranstaltungen usw. Diese Bedürfnisse sind ein Bindeglied für Gemeinden, die bestimmte

Territorien bewohnen und die keine in sich geschlossene und gesonderte Bündnisse bilden können. Infolgedessen müssen sich die Gemeinden mit Rücksicht auf die Bedürfnisse ihrer Bewohner zu größeren Gruppen zusammenschließen. Auf diese Weise wird die gesamte Menschheit in ihren größeren oder kleineren Einheiten eine gemeinsame menschliche Familie Arbeitender bilden. Der Verfasser des Artikels empfindet die Notwendigkeit des Austausches in einer kommenden Gesellschaftsordnung.

In dem Artikel werden Staat, zentralisierte Produktion, politischer Kampf mit keiner Silbe erwähnt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das gesamte Programm, namentlich der dazu gehörige Kommentar in der „Gleichheit" im Zeichen von Bakunins Anarchismus stehen, dem Bündnisse von Produzenten, die Gemeinden bilden, die sich wieder zu höheren Einheiten zusammenschließen, als soziales Ideal vorgeschwebt haben. Bakunin hat den Staat, die zentralisierte Produktion und den täglichen politischen Kampf verworfen, da ihm im allgemeinen minimale Forderungen fernlagen.

Infolgedessen kann man kühn behaupten, daß das erste Programm der polnischen Sozialisten einen ausgesprochen anarchistischen Charakter hatte.

In der damaligen revolutionären Arbeiterbewegung Europas haben drei Richtungen geherrscht: eine sozialdemokratische, eine blanquistische und eine anarchistische. Das erwähnte Programm der polnischen Sozialisten war nicht sozialdemokratisch; es enthielt keine Forderungen in den Grenzen des damaligen Staates und verlangte keine demokratische Konstitution. Es war auch nicht blanquistisch, denn es erwähnt mit keinem Worte die Aneignung der Gewalt und das Schaffen einer Neuordnung der Dinge. Dagegen hat es die charakteristischen Merkmale der anarchistischen Programme der damaligen Zeit.

Bezeichnend ist auch, daß die Warschauer Organisation gewünscht hat, daß Żukowskij, Lawrow, Dragomanow und der von Res nicht erwähnte Elisée Reclus, der berühmte Geograph, das Programm durchsähen. Von den Genannten stand nur der radikale Dragomanow dem Anarchismus fern; er war Föderalist in der damaligen Bedeutung dieses Ausdrucks. Żukowskij und

Reclus waren ausgesprochene Anarchisten und Lawrow stand in seinen Ansichten über Staat, Parlamentarismus und täglichen politischen Kampf den Anarchisten wesentlich näher als den Sozialisten, was die Leser bereits aus dem zweiten Band der vorliegenden Arbeit ersehen konnten.

Wenn also die polnischen Sozialisten ihr Programm nicht Marx, der damals noch lebte, Engels, Liebknecht und Bebel zur Einsicht schickten, sondern Żukowskij, Lawrow und Reclus, so bedeutet dies, daß sie sich diesen näher als den ersteren fühlten. Es mag seltsam erscheinen, daß die erste polnische sozialistische Organisation im Königreich Polen ihr Programm Dragomanow zur Durchsicht unterbreiten wollte, obgleich er nicht Sozialist war. Die Gründe dafür sind meiner Ansicht nach darin zu suchen, daß der erwähnte Führer der gewissermaßen erklärte Repräsentant des ukrainischen Radikalismus war, daß er ausgedehnte Beziehungen in der Ukraina, in Podolien und Wolhynien hatte, mit der revolutionären Bewegung in Rußland sympathisierte und ein sehr gebildeter Mensch war. Wahrscheinlich war es den polnischen Sozialisten aus der Ukraina wie Waryński, Płaskowicki, Izbicki und anderen darum zu tun, die Ansicht des Führers des Radikalismus in der Ukraina über ihr Programm zu kennen. In der russischen revolutionären Bewegung sehen wir ähnliche Vorkommnisse, Schilabów, der Führer der „Volksfreiheit“, setzt sich mit Dragomanow in Verbindung. Die Überzeugung, daß eine Konstitution in Rußland notwendig sei, war das gemeinsame Bindeglied zwischen ihnen, eine Überzeugung, die die damaligen polnischen Sozialisten nicht hatten.

Freilich gab es in der „Gleichheit“ auch Artikel, die nicht anarchistischen Charakters waren, sondern sich der sozialdemokratischen Richtung näherten. Aber erstens waren es Gelegenheits- und nicht programmatische Artikel, zweitens sind sie nicht in den ersten, sondern in späteren Nummern erschienen und haben die allmähliche Umgestaltung der Ansichten der Redaktion in einer etwas späteren Zeit offenbart.

Soviel über die anarchistischen Anzeichen des Programms.

Ich gehe jetzt auf die Beziehungen der ersten polnischen sozialistischen Organisation zur polnischen Frage ein. In meiner

Arbeit über die polnische Bewegung habe ich ausgeführt, daß die Warschauer Organisation von 1877 bis 1879 auf kosmopolitischem Boden gestanden hat und ihrer anarchistischen Weltanschauung gemäß gegen jeden Druck, auch gegen den nationalen war; die staatliche Unabhängigkeit Polens lag außerhalb ihres Programms, wenn auch nur deshalb, weil sie den Staat überhaupt verwarf. Res sucht in seinem Buch meine Ansichten zu widerlegen und zu beweisen, daß weder das Brüsseler Programm noch die „Gleichheit" von den Ansichten der Führer zwischen 1877 und 1879 eine deutliche Vorstellung geben und daß sie patriotische Tendenzen hatten. Res' Argumente stützen sich auf die „Erinnerungen" (in polnischer Sprache) eines Amerikaners (Uzięblo), die ich schon in meinem Buch einer Kritik unterworfen habe, ferner auf einige geringfügige Tatsachen, die auf die ganze Frage kein Licht werfen.

Uzięblo behauptet, das Warschauer Programm habe im Manuskript einen patriotisch klingenden Passus enthalten, dieser Passus sei aber später ausgelassen worden. Nach den Krakauer Prozeßakten hat er folgendermaßen gelautet: „Der Triumph der Prinzipien des Arbeitersozialismus, der nach einer gründlichen Abwandlung der gegenwärtigen sozialen Zustände zugunsten der Arbeit zielt, ist eine notwendige Bedingung der günstigen Weiterentwicklung des polnischen Volkes, das im Namen der sozialrevolutionären Grundsätze eine unüberwindliche Stärke und Energie im Kampf mit der feindlichen Regierung an den Tag legen wird." Die polnischen Sozialisten oder richtiger Anarchisten waren Feinde jeder Unterdrückung und jedes Staates, besonders des Klassenstaates. Im Königreich Polen war der Staat der Feind, der als Bedrücker auftrat. Sie mußten also von ihrem Standpunkt aus die feindliche Regierung bekämpfen.

Daraus geht jedoch nicht hervor, daß sie die Absicht hatten, ein polnisches Reich aufzubauen; hätten in der ersten Organisation des Landes solche Tendenzen tatsächlich bestanden, so wären sie deutlicher als in dem oben zitierten bedeutungslosen Passus zutage getreten. Res, der sich auf Limanowskis Manuskript stützt, führt aus, daß die Gruppe, die die pekuniären Mittel zur Herausgabe der Zeitschrift gegeben hat, sorgfältig alles aus-

gemerzt hat, was sich auf die polnische Frage bezog. Das mag sein, aber was geht daraus hervor? Nur das eine: selbst wenn in der ersten Organisation Einzelindividuen wie Uzięblo die Unabhängigkeit Polens angestrebt haben, so waren sie durchaus in der Minorität; der weitaus größte Teil der Organisation und ihre bedeutendsten Mitglieder standen auf internationalem Boden. Zu dieser Anschauung bekannten sich: Waryński, Mendelson, Diksztein, Dłuski, Hildt, Więckowski und andere. Wie wenig Anhänger der nationalen Richtung es damals unter den Sozialisten gab, erhellt daraus, daß das wenige Jahre später entstandene „polnische Volk" nur wenig Mitglieder hatte und Uzięblo allein ihm aus der ersten Organisation angehörte.

Res scheint also die Ursprünge der polnischen sozialistischen Bewegung nicht gründlich genug geprüft und sich nur an Uzięblos Hinweise gehalten zu haben.

Als die sozialistische Organisation später eine nationale Färbung annahm, trat das sofort deutlich zutage und wurde von allen beobachtet.

Nach den ersten Verhaftungen im Jahre 1874 haben Więckowski, Heryng, die Wojnarowska, Dziankowski, Joseph Pławinski und Przewóski die revolutionäre Arbeit weitergeführt. Sie haben mehrere Neuausgaben, namentlich Übersetzungen vorbereitet, die zum Teil nach neuen Verhaftungen untergegangen sind, zum Teil ins Ausland kamen. Unter den Arbeitern ging die Arbeit sehr gut vonstatten und ergriff immer weitere Kreise.

Als der russische Revolutionär Stiepniak (Wławtschynski) Ende des Jahres 1878 in Warschau war, haben ihm die polnischen Arbeiter sehr imponiert, er hat ihr Organisationsvermögen und ihre Fähigkeiten, den sozialpolitischen Kampf zu führen, sehr bewundert.

In ideeller Hinsicht haben sich die neuen Führer nicht von ihren Vorgängern unterschieden, sie haben die Arbeit im gleichen Sinne wie jene gefördert. Im April des Jahres 1879 begann die russische Polizei mit Verhaftungen zufolge von Angaben, die die Krakauer Polizei während des Sozialistenprozesses in Krakau gemacht hatte. Verhaftet wurden 44 Personen, 23 haben der Intelligenz, 21 dem Arbeiterstand angehört.

VII.

Nach den erwähnten Verhaftungen haben sich die Warschauer Sozialisten aus Petersburg und aus den Kreisen der polnischen Jugend in Rußland aufs neue rekrutiert. In der zweiten Hälfte des Jahres 1879 kamen Bolesław Wysłąck, Zygmunt Poznański, Tadeusz Wróblewski, Kasimir Ostaszewski und andere nach Warschau. In manchen ihrer Ansichten, namentlich in allen nationalen Fragen, unterschieden sich diese Führer von den früheren. Sie waren Sozialisten, nannten sich Patrioten und haben in ihrer Tätigkeit ihr Polentum stark akzentuiert. Die einförmige Tagesarbeit erlitt keine Unterbrechung, sie hat nur bis zu einem gewissen Grade ihren Charakter verändert.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1879 bis zu Beginn des Jahres 1881 trat in den Ansichten der polnischen Sozialisten in Warschau so gut wie in den russischen Universitätsstädten ein bedeutender Umschwung ein: ihre sozialen Theorien bekamen eine stark patriotische Färbung.

Programmatische Probleme wurden im Laufe des Jahres 1880 aufs lebhafteste diskutiert.

Sosnowski entwarf ein Programm, das jedoch nicht völlig angenommen wurde. Infolgedessen bediente man sich offiziell der bereits erwähnten ersten Formulierung der Prinzipien. Trotzdem traten die Gegensätze zwischen den Führern im Lande und jenen in der Fremde immer deutlicher zutage und führten im Jahre 1880 zu einem vollkommenen Bruch.

In Genf veranstalteten die Emigranten eine Feier zur Erinnerung an den 50jährigen Aufstand von 1830, um angesichts der polnischen und ausländischen Gesellschaft auf den Unterschied zwischen ihren Theorien und denen der Führer des Novemberaufstandes hinzuweisen.

Waryński, Mendelsohn, Dłuski, Diksztein betonten ihre sozialistisch-internationalen Theorien in ihren Ansprachen nachdrücklich und hoben deutlich hervor, daß sie nicht nach der Wiederherstellung des polnischen Staates streben. Zu ihrer großen Überraschung fanden sich in dem Briefe, den sie von Marx, Engels und Lafargue über die von ihnen veranstaltete

Feier erhielten, Hinweise auf die Bedeutung der polnischen nationalen Bewegung innerhalb der sozialpolitischen Tendenzen der europäischen Völker, der Brief schloß mit einer Aufforderung zum Kampf für die Unabhängigkeit Polens.

Alljährlich wurde in einer geheimen Versammlung der Jahrestag des Aufstandes von 1830 in Warschau festlich begangen. Etwa 20 Personen versammelten sich in Sosnowskis Wohnung. Briefe, die aus den polnischen Kolonien der größeren russischen Städte kamen, wurden verlesen, Ansprachen gehalten, in denen nicht wie in Genf nationale Tendenzen bekämpft wurden, vielmehr suchte man sie mit dem Emanzipationskampf der Arbeiter in Einklang zu bringen.

Im Dezember des Jahres 1880 kam es in Ostrowskis Fabrik zum Streik. Die Sozialisten beteiligten sich daran, indem sie die Arbeiter pekuniär unterstützten und ihnen halfen, ihre Klage gegen Ostrowski für den Generalgouverneur abzufassen.

Zu Beginn des Jahres 1881 beschloß man den Rahmen der Organisation, der bis dahin (nach den ersten Verhaftungen) nicht straff genug angezogen war, zu verengen. Es wurde ein „Arbeiterverteidigungsrat“ begründet, der zwischen der „Gemeinde“, der die Intelligenz angehörte, und den Arbeitern vermitteln sollte. In diesen Rat wurden vier Vertreter gewählt: der Schlosser Błażej Brylinski als Vertreter von Praga, der Tischler Joseph Tryburski als Vertreter von Solc, Martin Kutniewski aus der Umgegend Warschaus, schließlich Maciej Błażijowski, der Delegierte der Tischler, der am Aufstand von 1863 teilgenommen hat. Auch eine Polizei und ein Organisationsgericht wurden eingesetzt. Zum Polizeivorsitzenden wurde Siegmund Balicki als der Energischste ernannt [1]).

Die Wirksamkeit der damaligen polnischen Sozialisten war fast ausschließlich propagandistischer Art. Ihre Agitation zielte nicht darauf ab, bestimmte ökonomische und politische Vorteile zu erringen, noch war sie auf eine planmäßige terroristische Aktion gerichtet.

---

1) Res, Die Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen, S. 77 und 78.

Als der 18jährige Festungsgefangene, der Sozialist Bejt von einem Soldaten im Gefängnis getötet wurde, weil er zum Zellenfenster herausgesehen hatte, entstand ein namenloser Aufruhr unter den Arbeitern. Um ihren Kameraden zu rächen, planten sie einen Anschlag auf den Warschauer Generalgouverneur, den Grafen Kotzebue. Die Ausführung verhinderte Edward Przewóski.

Am 31. Dezember 1880 wurde in Warschau der Spion Alexander Neuman getötet. Der Verdacht fiel auf die Arbeiter Cieszkowski und Piechowski, die nach Krakau fuhren; auf den Wunsch der russischen Regierung wurden sie ihr ausgeliefert. Bald jedoch wurden sie wegen fehlender Beweise freigelassen; am 15. Dezember 1881 begannen Verhaftungen, denen die meisten der sozialistischen Führer zum Opfer fielen. Einer der Mitglieder der Organisation, Rudziewicz, der den Kreisen der Intelligenz angehörte, hatte Verrat geübt. Siegmund Balicki und Kasimir Losnowski gelang es, über die Grenze zu entfliehen.

VIII.

Die Ansichten der polnischen sozialistischen Emigranten erfuhren, als sie die westeuropäischen Verhältnisse kennen lernten, eine bedeutende Umgestaltung. Immer mehr entfernten sie sich von Bakunins Theorien und näherten sich dem Sozialismus, der damals ein Mittelding zwischen Sozialdemokratie und Blanquismus war.

Sympathien für den Anarchismus zeigten sich bei einzelnen polnischen sozialistischen Emigranten noch in der ersten Hälfte des Jahres 1881. Damals schrieben Waryński und Diksztein einen Brief an die Redaktion der „Gleichheit" anläßlich des anarchistischen Kongresses in London, der am 14. Juli begann. Dieser Schritt empörte andere Emigranten, um so mehr, als fast gleichzeitig die Gruppe, die sich um die „Gleichheit" scharte, an dem internationalen sozialistischen Kongreß, den die belgische Partei ins Leben gerufen hatte, Anteil nehmen sollte.

Infolge dieses Mißverständnisses gründeten Mendelson, Jankowski, Dłuski und Piekarski eine neue polnische sozialistische Zeitschrift „Morgendämmerung". Die Mißverständnisse zwischen Waryński, Dikszteín und den übriggebliebenen Genossen waren

bald ganz beigelegt, da sich schließlich alle auf gemeinsamem Boden fanden. Die „Gleichheit" ging ein, übrig blieb nur noch die „Morgendämmerung".

Nationale Angelegenheiten haben zu Differenzen zwischen den polnischen Sozialisten geführt. Ich habe bereits erwähnt, daß die Erinnerungsfeier des Aufstandes von 1830 eine Kluft zwischen den strikt internationalen und den nationalen Sozialisten aufgetan hat.

Im August 1881 erschien der Aufruf der sozialistischen Vereinigung „Das polnische Volk", der Boleslas Limanowski, Erasmus Kobylański, Zygmunt Balicki, Alexander Zawadzki, Joseph Uzięblo, Kasimir Sosnowski und andere angehörten.

Im Programm des „Polnischen Volkes", das diesen Aufruf enthielt, wurde auf nationale Angelegenheiten ein besonderer Nachdruck gelegt, gleichzeitig wurden relativ schwach und unklar die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft und soziale Postulate formuliert; vom Klassenkampf war nicht die Rede, dagegen wurden die letzten Ziele des Sozialismus erwähnt. Auch die rein politische Seite des Programms war nicht besonders klar, sie beruhte in der Forderung einer selbständigen nationalen Existenz in den Grenzen einer freiwilligen Beschränkung, sowie der weitausgedehntesten Selbstverwaltung der Gemeinden, nur durch ihre Solidarität begrenzt.

Res betont mit Recht, das Programm sei in nationalpolitischer Hinsicht ein Kompromiß zwischen zwei Unabhängigkeitstendenzen, von denen die eine das historische, die andere das ethnographische Polen zum Ausgangspunkt nimmt [1]).

Das Programm des „Polnischen Volkes" berührte gewissermaßen anhangsweise politische und nationale Fragen, die das sogenannte Brüsseler Programm ignoriert hat. Die Sozialisten, die sich um die „Morgendämmerung" scharten, traten mit einer scharfen Kritik des Programms des „Polnischen Volkes" hervor, ihr Ausgangspunkt war internationaler Art. Eigentlich gab es zwei Kritiken: die eine war ein offener Brief von Waryński, die andere ging von der Redaktion aus.

---

1) Res, Die Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen, S. 118.

Auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Chur, der am 2. Oktober des gleichen Jahres eröffnet wurde, stießen zwei Richtungen des polnischen Sozialismus aufeinander, in den Ansprachen Limanowskis auf der einen und Waryńskis und Dłuskis auf der andern Seite.

Waryński stand in der von ihm vorgeschlagenen Resolution auf dem Standpunkt, daß der nationale Druck nur eine durch den gegenwärtigen Gesellschaftszuschnitt bedingte Erscheinung sei und durch die Lösung der sozialen Frage beseitigt werden würde. Limanowski hat Waryńskis Ansichten bekämpft und mit Recht darauf hingewiesen, daß jede sozialistische Partei in ihren inneren Angelegenheiten unabhängig sein und die Taktik befolgen müsse, die durch die örtlichen und zeitlichen Bedingungen gegeben sei, und daß im übrigen eine soziale Revolution ohne eine politische ein Unding sei.

Seine Ausführungen beantwortete Dłuski in charakteristischer Weise, die gleichzeitig den Wandel seiner Ansichten in politischer Beziehung zeigte. Er erklärte, daß er den Kampf um politische Freiheit vollkommen anerkenne, die polnischen politischen Organisationen dürften nur mit jenen gemeinsame Sache machen, die die gleichen Zwecke verfolgen. Die nationale Frage auf den ersten Plan zu stellen, könne in seinen Folgen durchaus verhängnisvoll sein, da damit ein solidarisches Vorgehen der polnischen und russischen Sozialisten erschwert und den arbeitenden Klassen die Möglichkeit geboten wird, das Losungswort des Patriotismus für ihre Ziele auszubeuten.

Am 3. November erließen die polnischen internationalen Sozialisten, die sich um die „Morgendämmerung“ scharten, ein Manifest an die russischen Sozialisten. Es ist von wesentlicher Bedeutung, da es klar die Entwicklung der programmatischen Ansichten von 1880 bis 1881 kennzeichnet.

Dieses Manifest klingt in folgenden Schlußabsatz aus: a) „Der Sozialismus ist bei uns wie überall eine ökonomische Frage, die mit der nationalen Frage nichts Gemeinsames hat und sich im praktischen Leben als Klassenkampf offenbart. b) Die Garantie für den Fortschritt in diesem Kampf und den kommenden Sieg des Proletariats in der sozialen Revolution bietet die äußerste Pro-

pagierung der sozialistischen Weltanschauung unter der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisierung als Klasse auf Grund ihrer Klasseninteressen. c) Um diese Aufgaben durchzuführen, ist politische Freiheit notwendig, ihr Fehlen in Rußland ist ein unerhörtes Hindernis in der Massenorganisation der arbeitenden Klasse."

Ferner wurden im Einverständnis mit der ehemaligen Gruppe der „Gleichheit" folgende Thesen verkündet, auf Grund der Diskussion, die mit russischen Freunden im vorigen Jahre stattgefunden hatte: a) Auf den sozialrevolutionären Charakter der Organisation wirken ausschließlich allgemeinökonomische Interessen und politische Bedingungen ein; b) die Organisation der sozialistischen Partei kann einerseits auf der Basis der ökonomischen Bedingungen aufgebaut werden, anderseits auf den tatsächlich existierenden politischen, dabei können die ethnographischen Grenzen der Nationalität nicht als Grundlage der Organisation dienen, infolgedessen c) kann die polnische sozialistische Partei nicht als ein einheitliches Ganzes bestehen, es kann nur sozialistische Gruppen in Deutschland, Österreich und Rußland geben, die im Anschluß an die sozialistischen Organisationen der anderen Völker im gegebenen Reich einen Organisationsbund bilden; das hindert sie nicht, sich untereinander oder mit anderen sozialistischen Organisationen zu verbinden. Maßgebend sind folgende Argumente: a) Der Erfolg des terroristischen Kampfes um die politische Freiheit in Rußland ist bedingt durch die solidarische Gemeinsamkeit der organisierten Arbeitermassen der verschiedenen Nationalitäten in den Grenzen des russischen Reiches; b) angesichts des Kampfes um die politische Freiheit in den Grenzen des russischen Reiches kann das Indenvordergrundrücken der polnischen nationalpolitischen Frage nur ein Hemmschuh sein, infolgedessen steht es mit den Interessen der Arbeiterklasse nicht im Einklang.

Auf Grund des oben Gesagten kommen wir zu folgenden Schlüssen:

I. Es ist notwendig, eine allgemeine sozialistische Partei zu organisieren, der sich die sozialistischen Organisationen der verschiedenen Nationalitäten in den Grenzen des russischen Reiches anzuschließen haben.

II. Es ist notwendig, daß die Organisationen, die bisher auf ökonomischem und politischem Feld gesondert gekämpft haben, sich zusammenschließen, um die Aktion mit gemeinsamen Kräften durchzuführen.

III. Es ist notwendig, ein gemeinsames politisches Programm für alle Sozialisten, die innerhalb der Grenzen des russischen Reiches wirken, auszuarbeiten; dieses Programm hat den von uns genannten Forderungen durchaus zu entsprechen.

Diese Resolution beweist, daß die polnischen sozialistischen Emigranten gegen Ende des Jahres 1881 zu der vernünftigen Überzeugung gekommen waren, daß ihr nächstes politisches Ziel in den russischen Provinzen darin bestehe, Rußland eine Konstitution zu erkämpfen, die ihnen erst eine Arbeit weiteren Umfangs und die Organisation der Massen ermöglichen würde.

Außerdem wird der Terrorismus als politisches Kampfmittel ausdrücklich anerkannt.

Ferner geht aus der Resolution hervor, das ihre Verfasser die Existenz einer polnischen sozialistischen Partei innerhalb der drei verschiedenen Reiche, die sich einer und derselben Taktik bedienen, für ein Unding gehalten haben und der Ansicht waren, daß die polnischen sozialistischen Kräfte in die sozialistischen Parteien der drei verschiedenen Länder einmünden müssen, entsprechend dem Landgebiet, auf dem sie wirksam sind.

Das Manifest äußert sich jedoch nicht darüber, ob die polnischen Sozialisten in Rußland, wenn sie sich der russischen Partei anschließen, eine gewisse Autonomie im Bereich ihrer Angelegenheiten haben sollen oder ob das Verhältnis der Revolutionäre beider Nationalitäten ein bündnisartiges sein soll.

Im ersten Falle müßte es eine eng zentralisierte sozialistische Partei in Rußland geben, deren Leitung den sozialistischen Gruppen der einzelnen Nationalitäten gewisse autonomische Gesetze verliehe. Im anderen Falle müßte sich die Zentralleitung dieser vereinten Partei aus den Delegierten der Einzelparteien zusammensetzen.

Rosa Luxemburg schreibt Ludwik Waryński die Initiative dieses Manifestes zu, auf Grund seiner damaligen in Artikeln propagierten Ansichten.

Vielleicht verhielt es sich tatsächlich so: Waryński hat die Situation schnell übersehen, und gegen Ende des Jahres 1881 konnte seine Weltanschauung in ihren Grundzügen mit den Theorien seiner übrig gebliebenen Freunde übereinstimmen. Die Nachrichten, die wir über einige der damaligen Führer besitzen, beweisen jedoch, daß Dłuski und Mendelson die Initiatoren der obenerwähnten Resolution waren; Waryński und Diksztein haben sich mit der Resolution einverstanden erklärt, nur die Jankowska blieb ihre hartnäckige Gegnerin. Für diese Annahme spricht noch der Umstand, daß die Sympathie für die „Volksfreiheit“, mit der ursprünglich unter allen Emigranten nur Mendelson einverstanden war, auf die Resolution von Einfluß war; die anderen sympathisierten mit den Mitgliedern der Partei der „Schwarzen Aufteilung“.

Der Emigrant Dragomanow nannte diese Resolution die vierte Teilung Polens.

Wir sind der Ansicht, daß Dragomanow im Unrecht war. Die obige Resolution hat, wie wir gesehen haben, die Beziehungen der polnischen sozialistischen Gruppen zu den deutschen resp. österreichischen und russischen nicht genau umschrieben.

Hätte es sich um ein bündnisartiges Verhältnis gehandelt, so hätte man der Erklärung nichts vorwerfen können; denn sie hat sogar gewisse Beziehungen zwischen den polnischen sozialistischen Gruppen in den drei verschiedenen Staaten vorgesehen. Durch die revolutionäre Praxis waren sie sanktioniert.

Hatte doch die Warschauer Gruppe im Jahre 1878 der sozialistischen Bewegung in allen drei Staaten den Anstoß gegeben, es geht dies aus dem Krakauer Prozeß vom Jahre 1879 für Westgalizien und aus dem Posener Prozeß vom Jahre 1881 für die preußischen Provinzen hervor.

Unsere ersten Sozialisten haben nicht auf ihren Lorbeeren ausgeruht, als sie aus Rußland ausgewandert waren, sondern ihre Wirksamkeit in Galizien und in Posen begonnen, was damals für Nichtortsangesessene weder leicht noch ungefährlich war.

Gegen Ende des Jahres 1881 beschloß Ludwik Waryński nach Warschau zu gehen, um das Steuer in seine verdienten und bewährten Hände zu nehmen.

Waryński's Ankunft in Warschau eröffnet eine neue Epoche unserer Bewegung.

Mendelson, Truszkowski und die Jankowska sind nach Posen gefahren, um dort unter schweren Bedingungen, unter der Drohung des „Ausnahmegesetzes“ gegen die Sozialisten ihre Wirksamkeit zu beginnen und neue Keime zu pflanzen.

Wir wollen jetzt das Vorgehen der Regierung gegen die Sozialisten betrachten. Wir beginnen mit einer Schilderung der Vorgänge in der Festung.

Der Sozialist Bejt wurde von einem Soldaten getötet, weil er, der in seiner Zelle eingesperrt war, gewagt hatte, aus dem kleinen Guckloch seines Gefängnisses herauszusehen. Infolge dieses empörenden Vorganges kam es im Gefängnis zu gewaltsamen Szenen zwischen den Gefährten des Erschlagenen, Sieroszewski, Landau und den Gendarmen. Unmittelbar darauf wurden Sieroszewki und Landau infolge des von ihnen geleisteten „bewaffneten Widerstandes“ vor das Kriegsgericht gestellt. Vor das gleiche Gericht wurde zusammen mit ihnen Bejts Mörder, der Korporal Kleszczewnikow zitiert. Sieroszewski wurde als jugendlicher Verbrecher — er war 20 Jahre alt — zu acht und Landau zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, während Kleszczewnikow von jeder Verantwortung freigesprochen wurde. Die Verurteilten wurden später „auf dem Gnadenwege“ nach Ostsibirien verbannt.

Die Warschauer Organisation hatte Beziehungen zur Festung. Die Gefangenen begannen eine Zeitschrift „Die Stimme des Gefängnisses“ herauszugeben; am meisten schrieben dafür Filipina Płaskowicka und Pławinski. Die Płaskowicka sollte bei ihrer Überführung aus dem Untersuchungsgefängnis gewaltsam befreit werden; sie widersetzte sich jedoch, um ihre Freunde nicht in Gefahr zu bringen [1]). So mußte die Organisation ihren Plan aufgeben.

Der polnischen Gesellschaft in Warschau waren damals die sozialistischen Führer gleichgültig, ja unangenehm. Ihrer aber gab es immer mehr.

---

1) „Das Licht“ Nr. 16, S. 30. Artikel eines Amerikaners.

Wir lassen die Namen der wichtigen Persönlichkeiten unter den Verhafteten folgen und das ihnen zudiktierte Strafmaß. Im weiteren Verlauf unserer Arbeit müssen wir darauf verzichten, da es unmöglich ist, die Namen aller zu nennen, die an der immer weiter um sich greifenden Bewegung teilgenommen haben; außerdem verdienen die ersten Pioniere des Sozialismus in Polen eine Ausnahmestellung.

Im April des Jahres 1880 wurde den Verhafteten des ersten, zweiten und dritten Prozesses das vom Warschauer Generalgouverneur Albedynski bestätigte Urteil verkündet. Aus der ersten Gruppe (18 Monate Untersuchungshaft) wurden zur Ansiedlung in Ostsibirien verschickt: die Studenten Abramowicz, Augustynowicz, Dobryszewski, Alexander Grabowski, M. Grabowski, die Grużewska, die Studentin Halpern, Maria Hild (eine Züricher Studentin, die in Tula, wo sie Arbeiter organisierte, verhaftet worden war), Landau, Mezer, Monschein, die Lehrerin Płaskowicka, Pławinski, Wacław Sieroszewski, Swiącicki. Nach Westsibirien verbannt wurden die Studenten Akimow, Pospielow, Różanski, Zawadzki, der Arzt Hlasko und die Arbeiter Kobylanski, Dombrowski, Rotengruber. In die Festungen Modlin und Brest Litewski verschickte man den Studenten Przezinski und den Arbeiter Redlich.

Aus der zweiten Gruppe (im Mai 1879 verhaftet) wurden nach Ostsibirien verschickt die Studenten Dziankowski, Hering, Kowalski, Rogulski, Więckowski; nach Westsibirien der Arbeiter Grafinski und der Student Rymkiewicz; in die Festung kamen folgende Frauen: die Cohn, Z. Płaskowicka, die Studentin Wojnarowska, die Arbeiter Kusnierski, Paszki, K. Pławinski, Sliwinski, Szpotanski, Anton Wiszmierski, Schüler (ein später im Königreich Polen bekannter Spion) und die Studentin Puchewicz; Wietrzycki wurde dem preußischen Gericht ausgeliefert. In der Festung wurde der Arbeiter Bejt getötet.

Aus der dritten Gruppe (Beginn der Verhaftungen im Juli 1879) wurde nach Ostsibirien verschickt der Arbeiter Bielecki, ein ausgezeichneter Agitator; in die Festung wurden eingesperrt die Arbeiter Daniłowicz, Dułęba und der Schüler Baranski.

Zwei Tage dauerte die Überführung der nach Sibirien Ver-

urteilten aus dem Gefängnis. Am dritten Tage, am 17. Mai 1880, verließ der erste Trupp Warschau. In Tiumenin wurden den Revolutionären Fesseln angelegt, sie wurden zusammen mit den gemeinen Verbrechern nach ihrem Bestimmungsort etappenweise verschickt.

Viele unter ihnen erlagen den Strapazen. Pławinski, der gegen Kaution freigelassen wurde, starb unterwegs. Filipina Płaskowska starb in Krasnojarsk im Dezember 1880; Hlasko ebenda im Juli 1881; Maria Hild in Jenisiejsk 1882; Pospielow im Gefängnis zu Tomsk 1881; Dziankowski im Kaukasus im April 1882; Kasimir Hild 1881 — fast alle an Schwindsucht.

Im Jahre 1882 war die Untersuchung der im Februar und März 1880 Verhafteten, die sich dem „Polnischen Volk" angeschlossen hatten, beendet. Zu dieser Gruppe gehörten Gaszewicz, Korewicki, Ostaszczewski, Poznański, Rojecki, Wolk, Wróblewski, der Techniker Wystąch, die Arbeiter Gostynski, Grabinski, Jabłonski, Olszewski, Piechowski und 16 weitere Arbeiter, die in der Versammlung verhaftet worden waren.

Der Warschauer, Wilnaer und Petersburger Prozeß enthält die Chronik des Kampfes der polnischen revolutionären Sozialisten von 1872 bis 1882.

Aus der Warschauer Gruppe wurden ungefähr 50 verurteilt; zwei davon wurden für fünf Jahre nach Ost- und vier nach Westsibirien verschickt.

Von den in Wilna Verurteilten kamen vier nach Westsibirien.

Von den 25 in Petersburg Angeklagten kamen fünf nach Ost-, fünf nach Westsibirien; ebenso viele wurden in ihren Geburtsort abgeschoben.

IX.

Betrachtet man die Geschichte des ersten Abschnittes der sozialistischen Bewegung in Polen, so ergibt sich, daß sie von einer bestimmten Bevölkerungsklasse getragen wurde, von Fabrikarbeitern und Handwerkergesellen.

Die ersten polnischen sozialistischen Führer haben sich durch Energie und Initiative ausgezeichnet; Menschen, hervorragend durch ihre Charakteranlagen und ihre Intelligenz, haben zu ihnen gehört.

Solcher Art waren Ludwik Waryński, ein wahrhaft großer Mensch, Ludwik Dziankowski, Filipina Płaskowicka, der glänzende Organisator Izbicki, der Arbeiter Ludwik Kobylański, der später den Generalgouverneur von Charkow, den Fürsten Kropatkin, getötet hat, der sehr begabte Publizist Stanislas Mendelson, der ausgezeichnete Kritiker Przewóski, Wystąch, Więckowski, Heryng, Diksztein, Heilpern, Poznański, Sieroszewski, die später als Publizisten, Nationalökonomen, Übersetzer wissenschaftlicher Werke, volkstümliche Schriftsteller bekannt wurden; erwähnt seien schließlich noch Dłuski und Hild.

Schon zu Beginn der Bewegung waren drei politisch-soziale Strömungen deutlich zu unterscheiden, die auch heute eine Rolle in der polnischen Gesellschaft spielen: eine sozialistisch-internationale, eine rein nationale und eine national-sozialistische Richtung.

X.

Gegen Ende des Jahres 1881 kam Ludwik Waryński nach Warschau. Unter den Arbeitern und der Intelligenz herrschte damals eine ziemlich starke Bewegung trotz der völligen Vernichtung der Organisation. Die Arbeiter waren vorwiegend dem „reinen Sozialismus" treu geblieben, waren aber desorganisiert und hatten keine politische Erfahrung; dagegen stand die Intelligenz nur zum Teil auf rein sozialistischem Boden und schloß sich in verschiedenen Kreisen zusammen; an ihrer Spitze waren zwei hervorragende Führer, die den Verhaftungen entgangen waren: Puchewicz und Stanislas Krusiński.

Puchewicz hatte Beziehungen zu den Arbeitern, wirkte propagandistisch unter ihnen und suchte durch persönliche Fühlung einen Funken der Bewegung wieder zu entfachen; es war dies nach den schweren Niederlagen von größter Bedeutung. Er war ein gebildeter, überlegener, ruhiger Mensch, dessen Weltanschauung sich auf sozialdemokratische Doktrinen stützte.

Krusiński, nicht weniger gebildet als Puchewicz, war ein schöpferisch veranlagter Mensch von großer Ursprünglichkeit, ein ernsthafter Theoretiker und überzeugter Sozialist; mit Marx' Theorien wohl vertraut, erlag er trotzdem Spencers Einfluß, dessen

Individualismus nach seinem Sinne war; in seinen politischen Theorien war er der Anhänger eines Föderalismus, der sich etwas mit Bakunins Anschauungen deckte; er war ein schnell reagierender Mensch von starkem Temperament.

Auf die studierende Jugend übte Krusiński einen starken Einfluß aus; eine Zeit hindurch standen ihre Geister und Seelen vollkommen in seinem Bann. Dank diesem Umstand war die Warschauer Universität in der ersten Hälfte der achtziger Jahre der Mittelpunkt der revolutionär-sozialistischen Propaganda. Diesem Umstand muß man es zuschreiben, daß die Universitätsunruhen im Jahre 1883 einen politischen Protestcharakter trugen. Damals ohrfeigte der Student Żukowicz öffentlich Apuchtin, den Warschauer wissenschaftlichen Kurator, der die Russifizierung Polens am schamlosesten betrieb.

Krusińskis Anschauungen über die Taktik der polnischen Sozialisten lassen sich in folgender Weise umschreiben: Als Wesentlichstes erschien ihm das Propagieren sozialistischer Theorien unter der studierenden Jugend und den Arbeitern, die besonders geeignet waren, sich zur sozialistischen Weltanschauung zu bekennen. Im unmittelbaren politischen Kampf setzte Krusiński alle seine Hoffnungen auf die russische revolutionäre Bewegung.

Und wer konnte damals daran zweifeln, daß das junge Rußland das alte stürzen würde? Wenn damals das gesamte freidenkende Europa diesen Augenblick mit einer solchen Ungeduld erwartete, ist es da zu verwundern, daß der heldenmäßige Kampf der „Volksfreiheit" mit dem Zarismus den Sozialisten zum Quell des Glaubens wurde und als naher Triumph der Revolution erschien?

Obgleich Krusiński nach Waryńskis Ankunft in Warschau seine Anschauungen über die praktische Wirksamkeit der Partei einigermaßen änderte, führten theoretische Gegensätze zwischen ihm, Waryński und Puchewicz zum Bruch.

Waryński unternahm es sofort, die alten und neuen Arbeitergruppen zusammenzuschließen. In Dułęba, einem der hingebendsten Agitatoren unter den Arbeitern, fand er einen tüchtigen Mitarbeiter.

Ein „Arbeitskomitee“ wurde organisiert und Arbeiter bildeten den Grundstein der Partei „Proletariat“.

Überzeugt, daß bei der geringen Beteiligung der Intelligenz die Bewegung sich in nur langsamem Tempo weiter verbreiten könne, versuchten Waryński und Puchewicz, die in russischen Universitätsstädten verstreuten polnischen Studenten für ihre Organisation zu gewinnen.

In den ersten Apriltagen des Jahres 1882 kam es in den Werkstätten der Warschau-Wiener Bahn zu Unruhen unter den Arbeitern. Ihr Verlauf war folgender.

Die Verwaltung der Warschau-Wiener Bahn hatte, durch einen gewissen Wertheimer aufgestachelt, beschlossen, in verschiedenen Zweigen ihres Betriebes sparsamer vorzugehen. Die Durchführung der Reformen in den Werkstätten war Altdorfer übertragen worden.

Wie gewöhnlich sollten die Ersparnisse an Arbeiterlöhnen gemacht werden. Der Verdienst, der niemals groß gewesen war, war in letzter Zeit auch noch beschnitten worden, ohne Rücksicht darauf, daß das Leben mit jedem Tag teurer wurde.

Die Bezahlung für jedes Stück wurde beträchtlich geringer, der Tagelohn verkürzt, zahlreiche Arbeiter entlassen, die Arbeitsstunden der übrig gebliebenen beschnitten und alle Arbeiter in gemeinster Weise ausgebeutet und behandelt. Die Arbeiter litten, doch vielleicht wäre alles ohne Katastrophe verlaufen, wenn Altdorfer nicht zu weit gegangen wäre. Seine Erfolge verblendeten ihn ganz. Es verdroß ihn, daß jeder entlassene Arbeiter das Recht hatte, aus der Sparkasse zwei Drittel seiner Einzahlungen zu entnehmen. Und so kam er auf folgenden Ausweg. Da nach den Bestimmungen der Kasse zwei Drittel der Einlagen nur den mangels Arbeit entlassenen Arbeitern zustanden, nicht aber jenen, die auf eigenen Wunsch abgingen oder infolge von Übergriffen entlassen wurden, entließ Altdorfer die Arbeiter nicht, sondern schlug ihnen Stellen mit Tagelohn vor. Er wußte sehr wohl, daß kein Facharbeiter eine derartige Stelle annehmen würde. So geschah es auch: die Arbeiter, denen er diesen Vorschlag gemacht hatte, verließen die Fabrik auf eigenen Wunsch, und Altdorfer be-

hielt ihre blutig zusammengesparten Groschen in der Kasse! Die Arbeiter durchschauten diese Schufterei bald und verlangten die Rückgabe ihrer Einlagen. Der eine unter ihnen, ein Schmied, behandelte den „Herrn Oberaufseher" nicht mit gebührender Achtung, der wollte ihm durch eine Ohrfeige den nötigen Respekt beibringen, aber ehe das vor sich gehen konnte, holte der Schmied zu einem solchen Schlage aus, daß Altdorfer auf dem Boden lag. Da die Kollegen des Schmieds wußten, daß Altdorfer einen Revolver bei sich trug, warfen sie sich auf ihn, um Schüssen und Blutvergießen vorzubeugen. Bei Altdorfers Wehgeschrei kamen einige Beamte herbeigestürzt, befreiten ihn aus den Händen seiner Peiniger, und die Arbeiter zogen sich schimpfend und drohend in die Werkstatt zurück.

Die von Altdorfers Kollegen gerufenen Gendarmen erschienen im nächsten Augenblick, um die Schuldigen zu ergreifen, aber das handfeste Aussehen der Schmiede, ihre Hämmer, Zangen und das glühende Eisen zügelten den Eifer. Alles schien verspielt. Dieser Vorfall spielte sich am 1. April ab; am 3. waren die Arbeiter wie gewöhnlich morgens in der Werkstatt, die allgemeine Empörung war deutlich in den Gesichtern zu lesen — nicht wenig trugen die gemeinen lügnerischen Berichte in der Presse über die jüngsten Vorgänge dazu bei.

Die Schmiede beschlossen als erste die Arbeit einzustellen und geschlossen bei der Direktion vorstellig zu werden. Die anderen Werkstätten wurden sofort benachrichtigt und folgten dem Beispiel der Schmiede. Im Laufe eine halben Stunde füllten zweitausend Arbeiter den Platz und verlangten Gehör. Die Verwaltung hielt es für geraten, zuerst Gendarmerie und Polizei aufzubieten und dann erst den Versammelten Gehör zu geben. Aus der Menge traten einige Freiwillige vor und begaben sich in die Kanzlei, um im Namen aller zu sprechen. Sie beklagten sich über eine Reihe von Mißbräuchen und stellten folgende Forderungen: 1. Einstellung der früheren Werkmeister, 2. Einstellung der entlassenen Arbeiter, 3. Abänderung des Kassenparagraphen, 4. Absetzung der Herren Altdorfer und Schönfeld. Die Direktion versprach eine Untersuchung einzuleiten, die Mißbräuche abzustellen und die berechtigten Forde-

rungen der Arbeiter zu erfüllen. Altdorfer versicherte aufs neue, er liebe die Arbeiter „wie seine Kinder", doch blieb er die Erklärung schuldig, weshalb er einen gegen diese „Kinder" gerichteten Revolver bei sich trage. Die Direktion erklärte, einige Arbeiter seien entlassen worden, um nicht die Arbeitszeit aller einzuschränken; wenn alle damit einverstanden seien, den Arbeitstag um zwei Stunden zu verkürzen, würden die Entlassenen wieder eingestellt werden. Einstimmig wurde diese harte Bedingung angenommen, um die schwere Lage der Gefährten zu erleichtern, sie aber, der Größe des Opfers bewußt, riefen, daß sie darauf nicht eingehen, sondern freiwillig zurücktreten wollten.

Der Ausgang war leicht vorauszusehen. Keine der Versprechungen wurde eingehalten — das war alles. Freilich wurde eine Untersuchung angestrengt, aber nicht gegen die Verwaltung, sondern gegen die beiden Schmiede Paszkiewicz und Kłosawski. Sie wurden wegen Verübung öffentlicher Gewaltsamkeiten angeklagt. Nach einiger Zeit veröffentlichte die Bahndirektion einen Erlaß, in dem sie erklärte, daß sie keinerlei Zugeständnisse zu machen die Absicht habe und eine Änderung des Paragraphen der Gutwilligkeit der jeweiligen Verwaltung überlasse (wahrscheinlich bezog sich dies auf die Sparkasse. Annahme des Verfassers). Altdorfer wurde in der Rangstufe und im Gehalt befördert. Zur Strafe sollten die Schmiede nur drei Viertel des Arbeitstages arbeiten, und die übrigen müßten sehen, wie sie fertig würden [1]). Mit Absicht haben wir fast wörtlich mit geringen Auslassungen die gesamte Warschauer Korrespondenz aus der „Morgendämmerung" (Przedświt) veröffentlicht, um unseren Lesern einen deutlichen Begriff von dem „patriarchalischen" Verhältnis zwischen den Arbeitern und der polnischen Verwaltung der Warschau-Wiener Bahn zu geben.

In der folgenden Nummer der „Morgendämmerung" finden wir die Fortsetzung der obigen Korrespondenz, die ein seltsames Licht auf das Verhalten der verschiedenen Gesellschaftsschichten gegenüber den oben beschriebenen Vorfällen wirft [2]).

1) „Morgendämmerung" (Przedświt) 1882, Nr. 1, S. 2. Warschauer Korrespondenz.

2) „Morgendämmerung" Nr. 2, S. 2 und 3.

Die Presse hat einseitig den Standpunkt der Verwaltung vertreten und die Arbeiter verleumdet; als diese, nicht wissend, daß die Organe der Bourgeoisie ihrer Natur nach ähnlich schreiben müssen, die verschiedenen Redaktionen aufsuchten, um die Verleumdungen aufzuklären, wurden sie vor die Türe gesetzt.

Diese Vorgänge haben zu erregten Debatten in der Stadt geführt. In den Kreisen der Intelligenz war man der Ansicht, daß Altdorfer dank den jüngsten Vorkommnissen zurücktreten würde und an seine Stelle ein Russe käme. Man bedauerte die Ungeduld der Arbeiter und ihre geringe Einsicht in unsere „besonders gearteten" Verhältnisse usw. All dies ist außerordentlich charakteristisch.

Die Gendarmerie dagegen spielte sich auf die arbeiterfreundliche Partei heraus. Mit den Arbeitern wurde diskutiert, man gab ihnen in vielen Punkten recht, und bei dieser Gelegenheit erzählten die Gendarmen vom Monarchen, seiner Güte usw.

Auf die Warschauer Arbeiter waren diese Vorkommnisse von großem Einfluß. Die Solidarität von 2000 Menschen imponierte allgemein. Das Bewußtsein der eignen Kraft begann zu erwachen, und mit wachsendem Interesse hörte man von der auswärtigen Arbeiterbewegung

Waren diese Vorgänge eine selbständiger Ausbruch, ohne jeglichen Zusammenhang mit der sozialistischen Agitation im Lande, die damals allmählich begann?

Nach der Korrespondenz der „Morgendämmerung" darf man annehmen, daß dem so war. Die nächste Nummer enthielt folgenden Passus: „Die öffentliche Meinung hat es fertiggebracht, hinter all diesen Ereignissen die Arbeit der Sozialisten zu wittern und betrachtet sie als die Urheber der Vorkommnisse. Sie haben nicht die Absicht, sich gegen diese Behauptungen zu verteidigen, wahrheitsgemäß muß ich jedoch versichern, daß die Sozialisten unglücklicherweise hier keinen Einfluß hatten. Der Urheber war Herr Altdorfer."

Möglich ist jedoch, daß einige der Schmiede Beziehungen zur sozialistischen Organisation hatten. Aus leicht begreiflichen Gründen durfte sich die Organisation nicht dazu bekennen, um den in Untersuchung befindlichen Arbeitern nicht zu schaden.

Das erste Sichtbarwerden der Massenbewegung unter den polnischen Arbeitern ist seltsam genug; wir wollen uns mit dem Druckerstreik in Warschau, der im zweiten Jahrgang der „Morgendämmerung“ (Nr. 6) geschildert ist, beschäftigen. Der einleitende Artikel enthält folgenden Passus:

„Unlängst hat das Warschauer ‚Wort‘ (Słowo), seine Frömmigkeit vergessend, beschlossen, den Allerheiligentag nicht zu heiligen und sowohl am Sonntag als an allen Feiertagen zu erscheinen. Die Feiertagsnummer sollte gerade am Allerheiligentag gedruckt werden, als infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten, über die sich das ‚Wort‘ nicht verbreiten will, sie an diesem Festtag unmöglich erscheinen konnte.“

Diese „unvorhergesehenen Schwierigkeiten“ bestanden in einer solidarischen Weigerung der Setzer, an Festtagen zu arbeiten.

Die Warschauer Setzer hatten sich während der Manifestation im Jahre 1862 das Recht erkämpft, die Zeitungen an Sonn- und Feiertagen nicht erscheinen zu lassen. „Nowiny“ (Neuigkeiten) und „Kurjer Poranny“ (Morgenkurier) haben diese Sitte freilich durchbrochen, doch wurde dies nur ausnahmsweise geduldet; als auch das „Wort“ beschloß, ihrem Beispiel zu folgen, was zur Folge gehabt hätte, daß auch die Konkurrenzzeitungen die gleiche Maßregel ergriffen hätten, legten „die Herren von der Druckerkunst“ ein energisches Veto ein. Und mit Recht.

Zu Beginn ergriff man seltsame Maßregeln, die aufs deutlichste beweisen, wie notwendig eine Propaganda auf breiterer Grundlage für die polnischen Arbeiter war, um sie über ihre Rechte und Verteidigungsmöglichkeiten aufzuklären. „Man richtete zuerst eine Eingabe an die Verwaltung des Warschauer Erzbistums, den Geistlichen Sołkiewicz, damit er für das ‚Feiern der Feiertage‘ eintrete. Diese verkehrte Maßnahme hatte den allerbesten Erfolg. Der Geistliche stand auf Seite der Zeitung und nicht der kirchlichen Vorschriften, und gab auf diese Weise den Warschauer Setzern den deutlichsten Beweis, daß sie einen anderen Weg einschlagen müßten. Diese Absage war ihnen keine Enttäuschung, sondern wies sie nur auf rationellere Ver-

teidigungsmittel. Sie beriefen eine Versammlung und gingen so solidarisch vor, daß das ,Wort' am Allerheiligentag aus ,unvorhergesehenen Umständen' nicht erscheinen konnte. Das ist eine in jeder Beziehung sehr erfreuliche Tatsache. Sie ist ein deutlicher Beweis des erwachenden Selbstbewußtseins in der polnischen Arbeiterbevölkerung und anderseits eine Gewähr dafür, daß die Arbeiter sich immer weniger an die Kirche halten und selbst auf die Verbesserung ihrer Lage bedacht sein werden."

Jeder Sieg gibt neue Kraft und jeder Schritt auf dem Wege rationellen Fortschritts veranlaßt zum Weitergehen. So dachten auch die Warschauer Drucker nicht daran, nachdem sie sich mit dem „Wort" gebührend auseinandergesetzt hatten, sich damit zu begnügen. Sie beschlossen eine Lohnerhöhung zu fordern. Einige der einflußreichsten unter den Warschauer Setzern nahmen sich der Sache an. Sollten friedliche Vorstellungen der Arbeitenden bei den Herren Brotgebern nichts nützen, so beschloß man, mittels Agitation eine allgemeine Arbeitseinstellung herbeizuführen, um die Chefs zu zwingen, von vornherein festgelegten Bedingungen zuzustimmen.

Eine dankbare Aufgabe erwuchs der Partei „Proletariat"; mit Eifer und Energie nahm sie sich ihrer an. An erster Stelle galt es, das Parteiprogramm zu formulieren, was denn auch bald erfolgte: am 1. September 1882 erließ das Arbeiterkomitee ein Manifest, das das gesamte Programm enthielt. Ich habe es wörtlich in meiner letzten Arbeit „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung im russischen Lager" [1]) (S. 54—69) veröffentlicht.

Der Vergleich dieses Programms mit dem ersten Programm der polnischen Sozialisten ergibt einen ungeheuren Fortschritt: es ist rein sozialistisch, ohne eine Spur anarchistischer Theorien. Punkt 1 von § IV enthält folgende Forderung: „Der Boden und die zur Arbeit erforderlichen Werkzeuge sollen aus dem Besitz einzelner in den Besitz des sozialistischen Staates übergehen."

---

1) In polnischer Sprache.

Der Ausgangspunkt des Zukunftsstaates sollen also nicht mehr wie im früheren Programm unabhängige Gesellschaften und Gemeinden sein, die sich freiwillig zu einer Föderation höherer Ordnung zusammenschließen, sondern ein sozialistischer Staat, dessen ökonomische Funktionen durch voneinander abhängige Industrie und Ackerbau treibende Gesellschaften erfüllt werden.

Für das Programm des „Proletariats" sehr charakteristisch ist seine klare Stellungnahme in bezug auf Religion [1]; es betont die Notwendigkeit des Kampfes mit Vorurteilen, und Aufklärung gilt ihm als Grundlage der Moral. „Proletariat" war ein entschiedener Gegner der Demagogie, deren sich einzelne Agitatoren bedienen, die, um die Bauern zu gewinnen, zu ihnen gewissermaßen in der Sprache der Pfaffen reden.

In politischer Beziehung forderte „Proletariat" völlige Selbstverwaltung der politischen Gruppen. Darunter ist ihre völlige Autonomie oder selbst ein Bundesverhältnis zu verstehen.

Im politischen Programm ist nicht ganz deutlich ausgedrückt, daß die in § IV erwähnten politischen Forderungen Minimalforderungen sind. Eine genauere Analyse des Programms bringt den untrüglichen Beweis, daß seine Urheber die im erwähnten Paragraphen aufgeführten politischen Freiheiten als nächstes Ziel betrachtet haben. Diese Überzeugung erhärtet der Abschnitt des Programms, in dem Versammlungs-, Vereinigungs-, Bekenntnis-, Rede- und Druckfreiheit verlangt wird — kurz es handelt sich um die weitestgehenden politischen Freiheiten; ihr Nichtvorhandensein verhindert Massenpropaganda und Organisation, „die allein die Grundlage des kommenden sozialistischen Staates bilden kann". Daraus geht hervor, daß politische Freiheit im weitesten Sinne die notwendige Bedingung für die Agitation und Organisation der Massen ist; dies erst ermöglicht das Entstehen des kommenden sozialistischen Gesellschaftsstaates. Den Urhebern des Programms war es namentlich um die größten politischen Freiheiten zu tun, wie aus folgendem Passus ersichtlich: „Wir werden mit jeder

---

1) Vgl. § IV des Abschnittes, der sich auf Fragen der Moral bezieht. Punkt 1 und 2.

Regierung ohne Rücksicht auf ihre Nationalität kämpfen, bis wir diese Freiheiten in ihrem vollen Umfang erringen."

In nationaler Beziehung fordert das Programm des „Proletariats" völlige Gleichberechtigung der Nationen, was im Zusammenhang mit der Forderung der Selbstverwaltung der politischen Gruppen den nationalen Druck völlig aufhebt.

Ein Mangel des Programms ist der unklare Ausdruck „politische Gruppe".

In taktischer Beziehung ist das Programm scharf umrissen; es empfiehlt eine Reihe von Aktionsformen für die Partei, darunter offenen Kampf mit der Regierung, infolgedessen Widerstand gegen arbeiterfeindliche Verfügungen, Aufwieglung des Volkes gegen Entrichtung der Steuern, im allgemeinen ein Paralysieren und Desorganisieren der administrativen Tätigkeit der Regierung.

Für „Proletariat" ist Massenaktion die Grundlage des Kampfes mit der Regierung. Die Partei erkennt jedoch ökonomischen Terrorismus gegen Kapitalisten und ihre Untergebenen an, als Palliativ gegen die unmenschliche Behandlung der Arbeiter.

Das Programm plädiert auch für Anwendung des Terrorismus gegen Spione und Verräter. Vom politischen Terrorismus, in der strikten Bedeutung dieses Wortes, ist im Programm nicht die Rede. Wenn es die Desorganisierung der Regierung empfiehlt, so hat es sicherlich unter anderen auf dieses Ziel gerichteten Mitteln auch den Terrorismus im Auge.

Das Programm des „Proletariats" enthält jedoch auch Punkte, die eigentlich in keinem Parteiprogramm stehen dürften. Wir lesen dort: „Die Beziehungen der Geschlechter sollen sich nur auf das Gefühl stützen." Ein politisches Parteiprogramm soll sich auf die Punkte beschränken, die sich innerhalb des gesellschaftlichen Lebens realisieren lassen, d. h. auf streng umschriebene ökonomische, gesetzmäßige und kulturelle Verfügungen, es kann und darf nur Forderungen aufstellen, die die äußere greifbare Seite des menschlichen Lebens umfassen, und muß die innere, verborgene, nicht zu fassende Seite aus dem Spiel lassen.

Jedenfalls ist das Programm des „Proletariats" ein ungeheurer Fortschritt, verglichen mit dem Brüsseler Programm. Wie wir

gesehen haben, kann man ihm nur einiges zum Vorwurf machen. Die ersten polnischen Sozialisten standen unter dem Einfluß von Bakunins Anarchismus, der auf dem Boden der damals noch ungenügend entwickelten ökonomischen Verhältnisse Rußlands erwachsen war.

Unter dem Einfluß des westeuropäischen Lebens, das auf entwickelteren ökonomischen Verhältnissen fußt, haben sich die Urheber des Proletariatprogramms vom russischen Einschlag freigemacht und die örtlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt, die in ihrer wirtschaftlichen Struktur den westeuropäischen näherstanden.

Das Programm trug die Unterschrift „das Arbeitskomitee", in dessen Händen ruhte die Leitung der gesamten Parteiarbeit. Es war die höchste Macht und völlig unabhängig. Falls Mitglieder ausschieden, erneuerte es sich selbst. Außerdem bestanden Lokalkomitees, die durch ihre Agenten oder durch gewählte Kreisdelegierte ständige Beziehungen zu einzelnen Arbeitergruppen unterhielten. Schließlich gab es eine Fachorganisation in Gestalt von Berufsgruppen, die sogenannten Sektionen, deren Delegierte das Sektionskomitee bildeten [1]).

In dieser Darstellung bleibt das Verhältnis der Fachsektionen zu den Lokalkomitees unklar. Es gab verschiedene dieser letzteren, namentlich in den größeren Industriezentren oder Städten, und zwar in Lodz, Zgierz, Tomaszow, Białystok, Wilna u. a.

Im Januar des Jahres 1883 fand eine Zusammenkunft der Vertreter des „Proletariats" und verschiedener Gruppen der polnischen, sozialistisch-revolutionären, in Rußland verstreuten Jugend statt. Der Kongreß erstrebte das Ziel, die polnischen sozialistischen Kräfte aus dem ganzen Reich um „Proletariat" zu zentralisieren.

In den russischen Universitätsstädten gab es mehrere Polen, Studenten höherer Lehranstalten, die in kleinerem oder größerem Umfang an der russischen sozialistisch-revolutionären Bewegung teilnahmen.

---

1) So schildert der Verfasser des Artikels im „Handbuch des Sozialismus" S. 615 die Organisation.

Nach den Verhaftungen von 1881 und dem Aufheben der Organisation polnischer Studenten, die als „Polnische sozialrevolutionäre Gemeinde" bekannt war, hatte man in Petersburg eine neue polnisch-literarische Studentenorganisation begründet mit Filialen in Moskau, Kiew und Odessa.

An ihrer Spitze stand ein geheimer Rat, der später den Namen „Feuerherd" (Ognisko) annahm. Er bestand aus zehn Mitgliedern. Unter ihnen waren Kunicki, Michalewicz, Dębski, Rechniewski, Płoski und einige andere, die später im „Proletariat" eine Rolle spielten.

Zum Wilnaer Kongreß kamen auch Vertreter des „Feuerherds".

Die Beschlüsse dieses Kongresses sind uns bekannt, da sie mit geringen Ausnahmen im 2. Jahrgang der „Morgendämmerung" (Nr. 17) abgedruckt wurden.

Wir wollen sie nicht sämtlich anführen, da sie nicht in ihrer Gesamheit realisiert wurden, und uns nur bei ihrem allgemeinen Charakter und einigen Spezialpunkten aufhalten.

Auf dem Kongreß wurde die Frage aufgeworfen: „Soll eine besondere polnisch-litauisch-weißrussische Partei begründet werden?" Darauf gab der Kongreß einstimmig zur Antwort: Nein. Dagegen sollten „die polnischen, litauischen und weißrussischen Gruppen eine einheitliche, innerhalb der Grenzen des russischen Reiches wirkende Partei bilden".

Bei Begründung des „Proletariats" waren aber die polnischen Sozialisten und die Mitglieder dieser Organisation in Gemäßheit der Aufforderung vom Jahre 1881 der Ansicht, daß es eine besondere polnische sozialistische Partei nicht geben sollte.

Die Wirksamkeit der sozialistischen Partei, die das gesamte russische Reich einheitlich umfaßt, sollte einerseits auf Propaganda und Agitation innerhalb der Massen, anderseits auf dem unmittelbaren Kampf mit der Regierung im Reichszentrum beruhen.

Das letztere bedeutet einen terroristischen Kampf mit der Zentralregierung in Petersburg.

Der starke Einfluß der „Volksfreiheit" auf die in russischen Universitätsstädten lebenden Polen beruht gerade darin, daß dieser

Kampf betont wird. Einige unter ihnen waren damals Mitglieder der „Volksfreiheit“.

Folgender Passus ist sehr bezeichnend:

„Die politische Agitation gilt nur insoweit als angemessen, als sie mit der ökonomischen zusammengeht. Wenn z. B. die Regierung auf der Seite der besitzenden Klassen stünde, so wäre der Kampf mit diesen gleichzeitig ein Kampf mit jener. Wenn die Regierung jedoch, ohne sich auf irgendeine Gesellschaftsklasse zu stützen, durch ihren Druck die Wirksamkeit der sozialrevolutionären Partei lähmt, so muß und kann sie durch eine Verschwörung gestürzt werden; die notwendige Bedingung für die Weiterentwicklung der Revolution ist der Rückhalt an der Volksmasse, unter Hinweis auf den Antagonismus zwischen ihren Interessen und denen der Besitzenden.“ Dieser Abschnitt verdeutlicht sehr klar den früher erwähnten Einfluß der „Volksfreiheit“ auf die polnischen Sozialisten.

Unverständlich für uns ist die Warnung vor politischer Agitation. Sie hat ihren Ursprung in Doktrinen und im falsch begriffenen Interesse der arbeitenden Klassen.

Der Kongreß befürwortet ein solidarisches Vorgehen sämtlicher sozialistischen Parteien in Europa. Er rechtfertigt es, weshalb er aus der allgemeinen sozialistischen Bewegung eine Partei absondert, die im Zarenreiche wirksam ist: „Aus gesonderten Ortsgruppen bilden wir eine einheitliche russische Partei als besondere revolutionäre Einheit infolge der Forderungen der revolutionären Technik: Gemeinsame politische Grenzen.“

Der Kongreß debattierte auch über die Frage des Organisationstypus in Rußland, er sprach sich für einen föderalistischen Typus aus, der sich allmählich einem zentralistischen angleichen sollte.

Der Kongreß bestimmt, indem er die Notwendigkeit der Verschwörung unterstreicht, daß „die Verschwörungzentralisation sich keinesfalls die Kompetenz über die örtlichen sozialrevolutionären Gruppen aneignen und nicht nach einer übermäßigen Verstärkung ihrer Aktion auf Kosten der sozial-propagandistischen und sozialagitatorischen Tätigkeit streben soll“.

In diesen Bestimmungen erkennt man die Sorge um die Zukunft der Massenbewegung und die Furcht davor, daß die Verschwörungstätigkeit im Zentrum alle Kräfte der Bewegung absorbieren könnte.

Am Schluß dieses Dokumentes, das die Beschlüsse des Kongresses zusammenfaßt, lesen wir: „Obgleich diese Beschlüsse, die von uns allen einstimmig angenommen wurden, nur den Charakter eines Projektes haben, verpflichten wir uns nichtsdestoweniger, sie in allen Kreisen, die in unsere Partei eintreten sollen, zu verbreiten und zu vertreten.“ „Morgendämmerung“ druckte im Januar 1883 die Beschlüsse des Kongresses ab, mit dem Vorbehalt, daß sie nicht allem zustimmte.

Auf dem Kongreß wurde das Zentralkomitee der sozialrevolutionären Partei „Proletariat“ gebildet.

Dieses Komitee übernahm die Führung der Partei.

Die Partei „Proletariat“ hat gleich zu Beginn eine sehr energische Wirksamkeit entwickelt: eine ganze Reihe von revolutionären Aufrufen elektrisierte alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung in Warschau; die Bewegung ergriff die Provinzstädte Żyrardow, Lodz, Zgierz, Tomaszow, Pabianic, Zdunska Wola und andere Industriezentren des Königreichs Polen.

Zu Beginn des Jahres 1883 war „Proletariat“ eine so bedeutende Kraft, daß es sich mit der Regierung messen konnte. Die Gelegenheit ließ nicht auf sich warten. Der Warschauer Oberpolizeimeister Buturlin erließ im Februar eine Verfügung, wonach die Fabrikarbeiterinnen der gleichen sanitären Untersuchung unterstehen sollten wie die Prostituierten. Diese sinnlose Verfügung war nichts als eine freche Provokation der Arbeiterinnen.

Die Mehrzahl der Arbeiter war aufs äußerste empört, wußte jedoch nicht, was sie auf diese Aufforderung erwidern sollte. Da faßte Ludwik Waryński den Plan, sich der Regierung zu widersetzen. Das Arbeiterkomitee erließ einen Aufruf, wies mit starken Worten auf das schamlose Vorgehen der Regierung gegen die Arbeiterklasse hin und forderte zum Widerstand auf.

Diese Proklamation wurde in Tausenden von Exemplaren in der ganzen Stadt verbreitet. Sie machte den Arbeitern einen

ungeheuren Eindruck, und ein blutiger Zusammenstoß schien unvermeidlich.

Angesichts der drohenden Haltung der Arbeiter hielt es die Regierung für angemessen, ihre Verfügung zurückzuziehen.

Dieser erste glänzende Sieg der organisierten Arbeiter festigte die Stellung der Partei auch in weiteren, der Bewegung fernstehenden Kreisen. Die Arbeiter überzeugten sich, daß sie durch Zusammenschluß und Solidarität eine Macht repräsentieren, mit der die Regierung zu rechnen hat.

Die Partei gewann immer größere Bedeutung; die Arbeiter verehrten sie und vertrauten ihrer Stärke. Häufig beklagten sich von Fabrikanten geschädigte Arbeiter beim Komitee, die Angelegenheit wurde geprüft, und der schuldig befundene Fabrikant bekam das erstemal eine Verwarnung. War sie fruchtlos, so bekam der „Arbeitgeber" Prügel.

Einige derartige Verwarnungen figurierten später im Anklageakt als Corpus delicti des ökonomischen Terrorismus, zu dem „Proletariat" in obiger Form gegriffen hatte.

Dank der Mithilfe des Arbeiters Dułęba und der Lehrerin Jentys gelang es Waryński, die Organisation zu festigen, indem er alle revolutionär-sozialistischen Elemente im Lande zusammenschloß.

Im Frühling des Jahres 1883 kam es zu blutigen Arbeiterzusammenstößen in Żyrardow.

Zwei Schilderungen liegen vor: die erste in „Morgendämmerung" vom Jahre 1883, unmittelbar nach den Ereignissen geschrieben, die zweite ausführlichere und farbigere in der gleichen Zeitschrift vom Jahre 1902, also fast 19 Jahre später veröffentlicht. Der ersten, wenn auch kürzeren legen wir größeres Gewicht bei und lassen sie wörtlich folgen:

Die Fabrikleitung in Żyrardow hat die Stückarbeit in einer der Abteilungen (bei den Spulerinnen) eingeschränkt. Die geschädigten Arbeiterinnen beschlossen die Arbeit niederzulegen Infolge ihrer geringen Anzahl legte die Direktion dem kein Gewicht bei; aber die gesamte Arbeiterschaft von Żyrardow nahm sich der Streikenden an.

Es kam zu einem der größten Streiks, die in Polen stattgefunden haben.

Die Fabrik wandte sich an die Regierung. Verschiedene führende Persönlichkeiten kamen aus Warschau, Militär wurde berufen, die Polizei griff „Führer“ und „Agitatoren“ auf. Die Verhafteten wurden im Ortsgefängnis eingesperrt.

Am 25. April 1883 versammelten sich Arbeiter, Frauen und Kinder vor dem Gefängnis. Die Hüter der Ordnung beschlossen, die Versammelten auseinander zu jagen. Soldaten wurden gerufen und erhielten den Befehl, die Wehrlosen anzugreifen. Die Menge wich nicht, sondern begann sich mit Steinen zu verteidigen.

Als Antwort darauf folgten Schüsse.

Zwei Arbeiter blieben tot auf dem Platze, mehrere wurden verwundet, der eine erlag seinen Verletzungen am folgenden Tag. Unter den Getöteten waren 13—14jährige Kinder.

Die Arbeiter wichen jedoch nicht sofort von ihrem Platze. Auch unter den Soldaten gab es Verwundete.

Die Direktion, erschrocken über den Vorfall, gab nach. Am nächsten Tag sollten Plakate das Einverständnis mit den Wünschen der Arbeiter verkünden.

Zu dieser Nachgiebigkeit hatte man sich jedoch zu spät entschlossen.

In der Nacht wurde das Reservoir der Fabrik heruntergelassen, auch noch andere Beschädigungen gemacht, und der Fabrik im Laufe eines Tages ein Schaden von 60000 Rubeln zugefügt.

Die der Tat Verdächtigen wurden verhaftet.

Als die Bekanntmachungen der Direktion erschienen, verlangten die Arbeiter nicht nur Einstellung der Spulerinnen zum früheren Lohn, sondern Erhöhung der Bezahlung im allgemeinen.

Der Streik war erst am 28. April beendet, die Direktion mußte nachgeben.

Nach Beendigung des Streiks kam es zu neuen Verhaftungen („Morgendämmerung“ 1883 Nr. 17).

Das Vorgehen von „Proletariat“ gegen die Verfügungen des Warschauer Polizeimeisters erweckte den Eindruck einer revolutionären Organisation. Die Frage des Terrorismus rückte in

den Vordergrund, jeder Anlaß konnte die Partei zu einem energischen, entscheidenden Vorgehen bestimmen.

Infolgedessen entstanden innerhalb des „Proletariats“ taktische Diskussionen. Zwei Strömungen machten sich geltend: die eine, an deren Spitze Waryński stand, war für eine schroffe revolutionäre Taktik; die andere, deren Vertreter Puchewicz war, widersetzte sich scharfen Kampfesformen und wollte die gesamte Energie der Partei auf eine propagandistisch-agitatorische Wirksamkeit beschränken.

Angesichts des Umstandes, daß „Volksfreiheit“ 1883 in Rußland immer noch eine bedeutende Macht repräsentierte und man auf neue Angriffe gegen den Absolutismus hoffen durfte, mußte die Frage des Terrorismus in Polen eine große Bedeutung gewinnen. Mißverständnisse innerhalb des „Proletariats“ führten schließlich zur Spaltung. Puchewicz und seine Anhänger traten aus dem „Proletariat“ aus und bildeten eine neue Organisation „Solidarität“ (Solidarność).

Puchewicz' Vorgehen, der, wie wir wissen, das Programm von „Proletariat“ mit ausgearbeitet und den Terrorismus als Kampfesmittel der arbeitenden Klasse anerkannt hatte, kann verschieden gedeutet werden: er hat entweder seine Ansichten im Laufe von nicht ganz einem Jahre geändert oder glaubte nicht, als er sich 1882 mit dem Programm von „Proletariat“ einverstanden erklärte, daß diese Partei in absehbarer Zeit oder je den Terrorismus anwenden würde.

Die neu entstandene „Solidarität“ erließ ihr eigenes Programm.

Vergleicht man dieses Programm mit dem von „Proletariat“, so stoßen einem folgende Ähnlichkeiten und Unterschiede auf: Hier und dort sehen wir den Klassenstandpunkt konsequent durchgeführt. „Solidarität“ stellt jedoch den Kampf mit der Regierung durchaus nicht in den Vordergrund; sie erwähnt zwar, daß man die der Arbeiterklasse schädlichen Verfügungen bekämpfen müsse, aber die Regierung erscheint ihr nicht als die mit besonderer Energie zu bekämpfende Macht. Das Programm von „Proletariat“ geht weiter, es verlangt z. B. Trennung von Kirche und Staat, was „Solidarität“ nicht erwähnt.

Im Gegensatz zum „Proletariat", das die Notwendigkeit des Kampfes mit der Regierung energisch betont, beschränkt „Solidarität" ihre gesamte Tätigkeit auf Propaganda, Agitation und Streik.

„Proletariat" ist eine politische Partei in der vollen Bedeutung dieses Wortes, „Solidarität" eine Partei, deren Programm zwar politische Forderungen enthält, sie aber dem Alltag nicht anpaßt und schon dadurch unpolitisch wird.

„Proletariat" fordert „völlige Selbstverwaltung der politischen Parteien"; „Solidarität" erwähnt nur „politische Selbstverwaltung".

Diesen Ausdruck kann man verschieden auffassen: entweder als politische Selbstverwaltung im allgemeinen — Konstitution, oder als politische Selbstverwaltung des Landes innerhalb des Reiches, also Autonomie. Selbstverwaltung im engeren Sinne ist natürlich mit Autonomie nicht gleichbedeutend.

Bei der absoluten Selbstverwaltung politischer Gruppen muß man eine sehr weitgehende Autonomie voraussetzen. Unserer Ansicht nach steht das Programm von „Proletariat" viel höher als das von „Solidarität".

„Solidarität" ist die Vorgängerin des „Arbeiterbundes" (Związek robotników), der „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens" (Socjalna demokracya Królestwa Polskiego i Litwy), sowie des „Polnischen Volkes" (Lud polski), das der Gruppe „Weckruf" (Pobudka) und „Polnische sozialistische Partei" (Polska Partia socyalistyczna) voranging.

Am 12. Mai 1883 erließ „Solidarität" ein Manifest an die Arbeiter und forderte sie auf, den Kampf zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen aufzunehmen. Drei Punkte wurden aufgestellt: Erhöhung der Löhne, Einführung von Sparkassen in den Fabriken, in denen sie noch fehlen, Aufhebung von Mißbräuchen. Das Manifest empfiehlt den Arbeitern gemeinsam vorzugehen und ihre Streiks gleichzeitig und solidarisch zu beginnen. Wir haben also hier in Polen die erste und beim damaligen Stand der Arbeiterbewegung auch für andere Länder seltene Aufforderung zu einem allgemeinen Streik, worauf schon Res hingewiesen hat (S. 153). Das Manifest empfiehlt den

Arbeitern, gewaltsame Maßregeln und Zusammenstöße mit den Soldaten zu vermeiden.

Nach Felix Kon waren die bedeutendsten Mitglieder der „Solidarität", abgesehen von dem bereits erwähnten Puchewicz: Ignac Dąbrowski, Witoslaw Dąbrowski, Felix Kon, Tadeusz Kozerski, Stanislas Pacanowski, Ludwik Sawicki; außer ihnen gab es noch einige Agitatoren, die sich aus Arbeiterkreisen rekrutierten. Die Organisation „Solidarität" hat nur kurze Zeit bestanden und keinen großen Einfluß ausgeübt; abgesehen von dem bereits erwähnten hat sie nur noch einen Aufruf erlassen.

Verhaftungen haben ihr ein Ende gemacht.

Für eine Partei wie „Solidarität" waren die Jahre 1883 und 1884 nicht günstig; der in Rußland begonnene politische Kampf hat die energischeren Elemente zu einem ähnlichen Kampf in Polen hingedrängt. Der jüngst erfochtene Sieg der Warschauer Arbeiter, der die projektierte Untersuchung der Arbeiterinnen aufhob, ein Sieg, der nur dank der drohenden Haltung des Proletariats erfochten worden war, sprach gegen die von „Solidarität" empfohlene Taktik.

Die Annäherung von „Proletariat" an die in Rußland lebende sozialistische polnische Jugend war von folgenschwerer Bedeutung. Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1883 mehrere dieser jugendlichen Führer nach Polen zurückkamen, kam ein kräftiger Zug in die Arbeit.

Die neuen Mitglieder der Partei, die im Geist und in der Wirksamkeit von „Volksfreiheit" groß geworden waren, waren unbedingte Anhänger der Revolution, ihnen eignete Energie und unerschütterlicher Glaube an den nahen Sieg. Der revolutionäre Eifer, den sie für die Arbeit der Partei mitbrachten, trat in den inneren Verhältnissen und der äußeren Wirksamkeit von „Proletariat" zutage.

Eine geheime Druckerei (die erste sozialistische Druckerei in Polen) veröffentlichte ohne Unterlaß nicht nur zahlreiche Aufrufe, Broschüren und Drucksachen aller Art, die sich auf brennende Fragen der Gegenwart bezogen, sondern gab auch das Parteiorgan [1]) heraus, dessen Redakteur Rechniewski war.

---

1) „Proletariat".

Die Partei interessierte sich nicht nur für die Arbeiter, sie nahm sich auch der landlosen Bauern an; am 24. Mai 1883 anläßlich der Krönung Alexanders III. zu Moskau erließ sie eine Proklamation an die Bauern.

Im Herbst 1883 wurden in Warschau nach mehrmonatiger Pause aufs neue Verhaftungen vorgenommen. Waryński und Dułęba wurden verhaftet und „Solidarität" durch die Arretierung von Puchewicz auseinandergesprengt. Waryńskis Verhaftung schlug blitzartig in die Organisation ein. Sorgsam war er von den Gefährten beschützt worden, die eingehenden Nachforschungen der Polizeiagentur waren ein Beweis dafür. Waryński plante damals einen vom Zentralkomitee gebilligten Anschlag gegen Alexander III.

Bemerkenswert sind die Umstände, unter denen Waryński verhaftet wurde. Nach Warschau kam die Szczelepnikowa, ein Mitglied der „Volksfreiheit", die man so schnell als möglich über die Grenze befördern mußte. Damals wurde in der geheimen Druckerei das revolutionäre Lied „Die Warschauerin" (Warszawianka) gedruckt und Waryński begab sich mit einem Stoß dieser Abzüge in die Konditorei, wo eine endgültige Besprechung mit der Szczelepnikowa stattfinden sollte. Unterwegs trat er in einen Zigarrenladen und bemerkte auf der Straße gleich, daß er die illegalen Drucke im Laden gelassen hatte; damit rechnend, daß selbst ein sehr neugieriger Ladeninhaber nicht sehen könne, was sich im Paket befinde, ging er zurück, um sie zu holen. Von dort aus begab er sich in die Konditorei, wo die Szczelepnikowa ihn erwartete. Diese Vergeßlichkeit war Waryńskis Verderben: der Ladeninhaber hatte das Paket untersucht und sofort den Polizisten holen lassen, der an der Straßenecke stand. Er kam in Gesellschaft des Revierbeamten. Als die Hüter des Gesetzes erfahren hatten, wohin sich die „fragwürdige Persönlichkeit" begeben hatte, drangen sie in die Konditorei.

Waryński wollte vor allen Dingen der Szczelepnikowa zur Flucht verhelfen; er schlug infolgedessen den Polizisten mit der Faust ins Gesicht, so daß er hinfiel; bei der allgemeinen Verwirrung gelang es der Szczelepnikowa unbemerkt zu ent-

fliehen. Erst einige Tage später erfuhr die Polizei, wen sie in Händen hatte.

Die Partei stand damals in ihrer Blüte und selbst der Verlust eines Führers wie Waryński vermochte sie nicht zu schwächen. Die Bewegung gewann an Breite und an Tiefe; die bis dahin erschienenen Publikationen vermochten weder die Arbeiterschaft noch die Kreise der revolutionären Intelligenz zu befriedigen.

Im Februar 1884 ging Kunicki ins Ausland; in Paris gründete er unter Mithilfe polnischer Emigranten ein neues Organ, „Klassenkampf" (Walka klas), das sich die wissenschaftliche Fundierung der Ansichten von „Proletariat" zur Aufgabe gestellt hatte. Diese neue Zeitschrift trat zur „Volksfreiheit" in enge Beziehungen zwecks gemeinsamer Unterstützung.

In Paris brachte Kunicki das geplante Bündnis zwischen „Proletariat" und „Volksfreiheit" zum Abschluß. Das Ergebnis war eine vertrauliche Unterredung beider Parteien, die in ihren Grundzügen auf dem Kongreß von „Proletariat" zu Wilna skizziert wurden. Kunicki fungierte als Vertreter des Exekutivkomitees von „Volksfreiheit" beim Zentralkomitee des „Proletariats".

Infolge schwerer Verluste, die der Partei dadurch geworden waren, daß Spione und Provokateure sich in ihre Reihen eingeschlichen hatten, war die Partei gezwungen, den Kampf mit diesen Elementen aufzunehmen; im Mai 1884 wurde in Zgierz der sehr gefährliche Provokateur Franciszek Helszer getötet, im Herbst des gleichen Jahres in Warschau der Trambahnkondukteur Skrzypczyński; außerdem waren noch einige Anschläge geplant, die jedoch nicht gelangen.

Die Notwendigkeit, Todesurteile zu vollziehen, begründete das Zentralkomitee in einer seiner Proklamationen an die Arbeiter.

Das Jahr 1883 war im Königreich Polen sehr bewegt.

Im Juni streikten in den großen Fabriken von Lilpop und Ran ungefähr 200 Spinner. Sie verlangten Lohnerhöhung und die Aufstellung einer streng normierten Lohnskala. Die Direktion erfüllte diese Forderungen zum Teil, entließ jedoch später alle, die am Streik teilgenommen hatten. Der Organisator des Streiks

war der Arbeiter Jan Płaszyński, ein Schlosser aus einer heruntergekommenen adligen Familie. Abgesehen von diesem Streik gab es im Juli noch einige kleinere in einigen Fabriken und Werkstätten Warschaus. Auch in Lodz, wo die Arbeitsbedingungen viel ungünstiger als in Warschau waren, begannen die Arbeiter zu streiken. Der Arbeitstag war länger und die Werkmeister behandelten die Arbeiter brutaler als in der Hauptstadt. Der Sozialismus fand in Lodz günstigen Boden unter den Arbeitern; es gab kleinere Streiks und in Poznańskis Fabrik kam es zu ernsteren Zusammenstößen mit der Direktion.

Neben den Arbeitern empörte sich auch die Jugend in Puław und Warschau.

Im März wurden in der Ackerbauschule zu Puław einige Studenten verhaftet, denen man Beziehungen zu den Warschauer Sozialisten vorgeworfen hatte. Infolgedessen veranstalteten die Kollegen der Verhafteten einen Aufruhr, auf den Apuchtin, der Vorsitzende des Unterrichtskörpers, aufs brutalste und strengste reagierte. Am 17. und 18. April fanden diese Vorfälle ein lautes Echo in der Warschauer Universität. Apuchtin wurde vom Studenten Żukowicz, einem Russen, geohrfeigt. Aus Puław wurden 129, aus Warschau 139 Studenten relegiert.

Wir lassen einige Daten folgen, die sich auf die wichtigsten Ereignisse aus „Proletariats“ Wirksamkeit beziehen.

Am 1. September 1882 erschien in der geheimen Druckerei von „Proletariat“ eine Proklamation an sämtliche Arbeiter mit einem Abriß des Programms; am 21. November erschien eine Proklamation an die Arbeiter infolge des Aufruhrs in den Werkstätten der Warschau—Wiener Eisenbahn; vom 1. bis 3. Februar 1882 wurden in ganz Warschau Proklamationen verteilt, die Arbeiter wurden gegen die Verfügungen des Oberpolizeimeisters aufgehetzt, der die Fabrikarbeiterinnen der gleichen Untersuchung zu unterstellen plante wie die Prostituierten. Einige Tage später erschien eine Proklamation, die die Abänderung dieser Verfügung meldete; das bedeutete den Sieg der Arbeiter, die entschlossen waren, mit der Regierung auf Leben und Tod zu kämpfen. Am 17. Juni verteilte man eine Proklamation an „die Bürger“ infolge der Krönung zu Moskau. Diese Prokla-

mation wurde an der Bahnlinie, in Kirchen und Fabriken verteilt, man drückte sie den Vorübergehenden in die Hand, stopfte sie ihnen in die Tasche usw.; am 21. Mai erschien ein Aufruf an die Bauern (in zwei Fassungen: als Karte und als Broschüre) in polnischer und litauischer Sprache. Die Regierung stöberte ihn in allen Bezirken und Gouvernements im Königreich Polen sowie in Litauen auf; im August erschien ein Aufruf vom Roten Kreuz, in dem die Bürger zu Spenden für die politischen Gefangenen und Verschickten aufgefordert wurden; am 3. September erschien die erste Nummer der Zeitung „Proletariat“ in der geheimen Druckerei; die zweite erschien am 19. September, die dritte am 8. Oktober, später folgten zwei weitere Nummern. Am 7. September erließ das Komitee von Bialystok einen Aufruf, der zum Kampf gegen die bestehende Ordnung für eine bessere Zukunft aufrief (polnisch, russisch und deutsch); am 8. September erließ das Komitee von Lodz eine allgemeine Proklamation, die die Arbeiter zum Kampf mit der Regierung aufforderte (polnisch und deutsch); am 8. Oktober veranstaltete man in Zgierz einen Anschlag auf den Spion Sremski, der Anstifter, der Arbeiter Szmaus wurde festgenommen; Sremski erhielt eine leichte Stichwunde im Rücken. In der Nacht des 31. Oktober wurde ein Aufruf verbreitet an „die Genossen“, infolge der Verhaftungen zu Warschau, Lodz und Zgierz im Herbst des gleichen Jahres; am 8. Dezember erschien die vierte Nummer des „Proletariats“; am 8. März 1884 wurde der Anschlag auf den Spion Sremski in Zgierz wiederholt — bei dieser Gelegenheit wurden die Arbeiter Bugajski und Tomaszewski verhaftet. Sremski kam abermals mit dem Leben davon. Am 25. Mai wurde der Arbeiter Franciszek Helszer, ein Provokateur, erschossen; am 25. Juni wurde ein Aufruf infolge von Helszers Ermordung verteilt; am 26. Juli wurde der Trambahnkondukteur Skrzypczyński (ein Spion) getötet; der Urheber des Mordes, der Arbeiter Ossowski, wurde nicht verhaftet; am 3. August erschien eine Proklamation, die das an Skrzypczyński vollzogene Urteil meldete. Im folgenden Monat veröffentlichte die geheime Druckerei folgende Broschüren: „Wovon leben wir?“; Dikszteins „Streik“, ein Drama aus Arbeiterkreisen; Kropotkins „An die

Jugend" usw.; am 13. Mai wurde ein vergeblicher Versuch unternommen, Bardowski aus der Festung zu befreien.

Die 1884 begründete geheime Druckerei des „Proletariats" befand sich ursprünglich in Warschau auf der Walicowa; während der Massenverhaftungen wurde sie zum Bauer Wasilewski übergeführt, der 13 russische Meilen hinter dem Marymoncker Schlagbaum wohnte.

Im März 1885 wurde die Druckerei wieder in Hochs Haus in der Franziskanerstraße errichtet, aber infolge häufiger Hausdurchsuchungen mußte sie dort wieder aufgehoben werden. Die Polizei fand sie nicht mehr vor. Außer dieser Druckerei hatte die Partei noch eine kleine bewegliche, mit der man im Notfalle in den Wohnungen der einzelnen Mitglieder arbeitete.

Als „Proletariat" zum terroristischen Kampf rüstete, hatte es einen großen Vorrat von Schußwaffen, Dolchen, Panklastit und Gift. Bureaus wurden errichtet, um Pässe zu fälschen usw.

Vorbereitet war ein Anschlag auf den Vertreter des Prokurators Jankulis und auf den Oberstleutnant Siekierzynski.

Außerdem plante die Partei, die Kanzlei des Prokurators durch Panklastit in die Luft zu sprengen, um die Untersuchungsrichter zu töten und kompromittierende Dokumente zu vernichten. Überraschend ist, daß die Anklageschrift die Absicht der Partei, Alexander III. während seines Warschauer Aufenthaltes nach der Krönung zu töten, vollständig verschweigt.

Infolge eines Zufalls blieb dieser Plan unausgeführt; die Polizei erhielt erst ein Jahr später Kenntnis von diesem Anschlag [1]).

Überall, wo es sich um revolutionäre Arbeit handelte, war „Proletariat" von verblüffender Kühnheit.

Im Frühling 1884 kam es zu neuen Verhaftungen. Unter anderen war der Student Zagórski verhaftet worden; von der Polizei zum Wahnsinn getrieben, begann er während der Untersuchung alles, was er von der Organisation wußte, zu verraten.

---

1) Bei Bardowskis Verhaftung beschlagnahmte die Polizei kompromittierende Papiere und den Plan, Hochs Haus an der Ecke der Franziskaner- und Nalewkastraße zu unterminieren. Der von C. K. ausgearbeitete Plan konnte nicht ausgeführt werden, da einige der erforderlichen Werkzeuge nicht aufzutreiben waren.

Infolgedessen kam es zu neuen, für „Proletariat" verhängnisvollen Verhaftungen. In die Festung kamen so energische und bedeutende Männer wie Kunicki, Rechniewski, Bardowski, Płoski und andere, später Ossowski und Pietrusiński.

Bald darauf wurde Ludwik Janowicz verhaftet. Die Verhaftung spielte sich unter folgenden Umständen ab: An Janowicz, Dębski und Sławinski, die sich am hellen Tage in einer Milchstube befanden, trat die Polizei heran mit der Absicht, sie zu verhaften. Alle beschlossen sich zu wehren; Janowicz hatte Papiere bei sich, die er vernichten mußte, dies hinderte ihn, sich sachgemäß zu wehren und zu entfliehen. Alle drei schossen einigemal, verwundeten den Polizeikommissar, aber nur Dębski und Sławinski vermochten sich durch die Flucht zu retten, Janowicz wurde verhaftet.

Dieser Widerstand bis zum Äußersten machte in der Stadt einen ungeheuren Eindruck, die Sozialisten wuchsen ins Riesenhafte. Trotz der zahlreichen Verhaftungen bestand die Organisation immer noch, wenn auch bedeutend geschwächt. Maria Bohuszewicz, Rosalia Felsenhardt, der Student Razumiejczyk und einige andere trugen die ganze Last der umfangreichen Organisationsarbeit, deren Fäden immer wieder abrissen.

Maria Bohuszewicz hat neben ihren Vorgängerinnen Filipina Płaskowicka, Maria Jankowska und der Jentys zu den in Polen seltenen Frauen gehört, die sich ganz der Sache hingeben und den Mut haben, alle Fesseln zu brechen.

Bei der Gründung des Arbeitskomitees von „Proletariat" hat die Jentys eine bedeutsame Rolle gespielt. Vom Herbst 1884 bis zum Herbst 1885 war Maria Bohuszewicz die Seele der Organisation. Alle wichtigen konspirativen und technisch-revolutionären Angelegenheiten wurden von ihr persönlich geleitet.

Die Felsenhardt hat ihre Wirksamkeit auf Arbeiter und die Kreise der Intelligenz ausgedehnt und war der Sache ebenso zugetan wie ihre Freundin, die Bohuszewicz. Die Verhaftungen im Herbst 1885 haben der Organisation die genannten Führerinnen geraubt.

Im März 1885 fand in Warschau auf dem Schloßplatz neben der Bernhardiner Kirche und dem Wohltätigkeitsinstitut eine

Demonstration statt. Unter der Führung von „Proletariat" haben über tausend Arbeitslose demonstriert; nach einiger Zeit trieb die Polizei die Versammelten auseinander. Es war die erste Arbeiterdemonstration in Polen. Die Verhaftungen im Herbst 1885 haben der Organisation den Todesstoß versetzt. Sie bestand noch eine gewisse Zeit, tatsächlich war es kaum mehr als ein Vegetieren.

In Freiheit blieben Ulrich Wisłocki, Kowalewski, Schmit und einige andere, die im folgenden Jahre verhaftet wurden. Etwa 40 Menschen wurden damals ihrer Freiheit beraubt.

Da die Verhaftungen 1883 und 1884 über 200 Menschen verschlungen hatten, wurden von 1883—86 über 300 Personen der revolutionären Arbeit entzogen. Ihr Los war nicht gleich: die einen wurden infolge fehlender Beweise freigelassen, andere auf administrativem Wege bestraft, die übrigen vor das Kriegsgericht gestellt.

Der letzte Held des alten „Proletariats" war der Arbeiter Kowalewski, der im Juli 1886 von der Regierung aufgeknüpft wurde, da sein Anschlag auf den Spion Piński, den Vertreter der Gruppe der Maria Bohuszewicz, mißglückt war.

Die Wirksamkeit der Partei erleichterte die Handelskrisis in den Jahren 1883—84.

„Proletariat" beschäftigte sich mit Massenagitation und vernachlässigte dabei die tiefere, aufklärende Arbeit in Einzelgruppen nicht. Häufig gab es damals außerhalb der Stadt große, von einigen hundert Menschen besuchte Versammlungen, auf denen allgemeine Fragen oder jene, die der Augenblick mit sich brachte, besprochen wurden.

Bei Beginn der terroristischen Aktion begründete „Proletariat" eine „Kriegskameradschaft", die besonders für diesen Zweck ausersehen war.

Von den theoretisch-politischen Ansichten der Anhänger des „Proletariats" wird noch die Rede sein.

Das Verhältnis von „Proletariat" zu „Volksfreiheit" wird heute verschieden kommentiert, je nach dem Bedürfnis des Augenblicks und den Ansichten der Schreibenden.

Das Original der Vereinbarung zwischen diesen beiden Parteien ist verschollen. Nach ihrem Inkrafttreten wurden in polnischen und russischen revolutionären Blättern nur einige Fragmente daraus abgedruckt. Einige Bruchstücke sind aus dem Prozeß der 29 Proletarier bekannt.

Beim Versuch, tiefer in den Sinn der Dinge einzudringen, müssen wir die allgemeinen politischen Ansichten der damaligen polnischen und russischen Sozialisten im Auge behalten.

Aus Raummangel werde ich hier nicht wörtlich alle uns bekannten Abschnitte der Vereinbarung zitieren. Ich verweise den Leser auf meine „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen" und auf Res' Buch „Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen"[1]); ich will mich hier nur beim strittigen Abschnitt aufhalten.

Im Januar 1884 nach dem in Paris stattgefundenen Kongreß der russischen Revolutionäre[2]) wurde die erwähnte Vereinbarung zwischen „Volksfreiheit" und „Proletariat" getroffen. Die Bevollmächtigten der russischen Partei waren die Oszanina-Połońska und Tichomirow, die der polnischen Marya Jankowska und Kunicki. Die von beiden Parteien angenommene Vereinbarung bestand aus zwei Teilen: einer allgemein-theoretischen und einer technisch-revolutionären, die sich auf die Wirksamkeit beider Parteien bezog. Die Veröffentlichung des ersten Teils fand in Nummer 10 der Zeitung „Volksfreiheit" statt und sollte auch in Nummer 6 des „Proletariats" erfolgen, doch fiel diese Nummer infolge von Verhaftungen gänzlich aus. Infolgedessen wurde sie in „Klassenkampf" im September 1884 publiziert.

Die Vereinbarung zwischen „Proletariat" und „Volksfreiheit" bestand aus folgenden Punkten:

1. In seiner ökonomischen Tätigkeit, die darin besteht, die Arbeiterklasse durch Propaganda, Agitation und organisierten Klassenkampf für die kommende soziale Revolution vorzubereiten, ist „Proletariat" von „Volksfreiheit" vollkommen unabhängig

1) Beide in polnischer Sprache.

2) Vgl. „Geschichte der russischen Revolution", Band II.

(mit anderen Worten: das Zentralkomitee der polnischen Partei handelt vollkommen selbständig und unabhängig vom Exekutivkomitee der russischen Partei)

2. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Kampf mit der zentralisierten russischen Regierung nur dann wirksam ist, wenn die revolutionäre Macht des gesamten Landes einheitlich vorgeht, nimmt das Zentralkomitee von „Proletariat" teil an diesem Kampf in vollem Einverständnis mit dem Exekutivkomitee von „Volksfreiheit". welches das Zentrum des revolutionär-politischen Kampfes im Reiche ist. Infolgedessen soll in der terroristischen, gegen die Vertreter der Regierung gerichteten Aktion das Zentralkomitee ausschließlich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee vorgehen. Diesem Komitee unterstehen die Streitkräfte, die für den Hauptkampf im gesamten Bereich des Landes bestimmt sind; das Zentralkomitee ist auf besonderen Wunsch des Exekutivkomitees verpflichtet, ihm Hilfstruppen zu stellen. Die vom „Proletariat" organisierten, für den Stadtkampf bestimmten Kräfte sind jedoch vom Exekutivkomitee unabhängig. Die Kampfesorganisation im gesamten Reichsgebiet untersteht dem Exekutivkomitee.

3. Nur im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee geht das Zentralkomitee mit irgendeiner russischen Partei Beziehungen ein, während das Exekutivkomitee den polnischen Parteien gegenüber ein Gleiches sich zu tun verpflichtet. Dem Zentralkomitee wird ein Vertreter des Exekutivkomitees beigeordnet, umgekehrt gehört auch dem Exekutivkomitee ein Vertreter des Zentralkomitees an. Die Organisationen des „Roten Kreuzes" handeln gemeinsam.

4. Das Zentralkomitee geht an die Verwirklichung politischer Umgestaltungen nur im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee heran; in seiner konstruktiven Arbeit trennt es sich als selbständiges Ganzes vom Exekutivkomitee und führt in seinem Wirkungsbereich alle Reformen durch in Gemäßheit der örtlichen Bedingungen.

5. Das Wirkungsgebiet von „Proletariat" ist bis zu einer anderen Festsetzung der Grenzen das Königreich Polen.

Dies sind die grundsätzlichen Punkte der Vereinbarung, die

wir in den Proklamationen der Komitees beider Parteien und in den auf den Prozeß der 29 Proletarier bezüglichen Dokumenten finden.

In meiner bereits erwähnten „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen“ habe ich den Satz bezüglich der Trennung zwischen Zentral- und Exekutivkomitee: „in seiner konstruktiven Arbeit trennt es sich als selbständiges Ganzes vom Exekutivkomitee“ ausgelassen, jedoch Ausdrücke wie „selbständiges Ganzes“ usw. beibehalten.

Wegen dieser aus Versehen oder vielleicht durch das Benutzen eines nicht vollständigen Abdruckes erfolgten Auslassung macht mir Res den Vorwurf, ich sei tendenziös vorgegangen, um den Nachweis zu erbringen, daß die abschließenden Parteien die Unabhängigkeit Polens nach der Revolution nicht im Auge hatten. Res ist der Ansicht, daß der von mir ausgelassene Passus und die darauf folgenden Ausdrücke gerade die Anerkennung der Unabhängigkeit betonen. Er wirft mir auch vor, dafs ich den Ausdruck „im Einverständnis“ aus Punkt 4 bei Besprechung des Beitritts zu sozialen Umgestaltungen durch das Zentralkomitee willkürlich benutze. Res stellt dem Ausdruck „im Einverständnis“ den Ausdruck „bei gegebenem Zeichen“ gegenüber, indem er den russischen Text wörtlich übersetzt. Nun sind im gegebenen Falle diese beiden Ausdrücke von identischer Bedeutung, denn das Recht haben, ein Zeichen zur Revolution zu geben, bedeutet das Recht der Entscheidung für den Augenblick des Ausbruches. Aus der Vereinbarung geht hervor, daß „Volksfreiheit“ die führende Rolle in politischen Fragen gespielt hat.

Infolgedessen wirkt Res' Polemik gegen meinen Ausdruck gewissermaßen scholastisch.

Sprachlich hat Res recht. Es war ihm jedoch nicht um die Sprache zu tun.

Was die Auffassung des obenerwähnten Punktes anlangt (Trennung des Zentralkomitees nach dem Ausbruch der Revolution), Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch beide Parteien, so halte ich diese Ansicht von Res und anderen heute wie damals für falsch.

Die Trennung erfolgt hier deutlich als Ergebnis des beendeten gemeinsamen Kampfes gegen die zentralisierte Macht des Zarismus bis zum Ausbruch der Revolution, es ist aber ein wesentlich terroristischer Kampf. Nach beendigtem Kampf verliert die Vereinbarung ihre Daseinsberechtigung. Res mag vielleicht unbewußt (ich möchte ihm nicht in gleicher Weise ein tendenziöses Fälschen der Tatsachen zum Vorwurf machen) krampfhaft versuchen, ein von ihm geschätztes Postulat dort zu finden, wo es nicht ist und nicht sein kann. „Proletariat" hatte bewußte, intelligente Führer, es ist ausgeschlossen, daß sie in die Vereinbarung einen Punkt aufgenommen haben, dessen ausgesprochene Gegner sie waren.

Während des Prozesses haben sich weder Waryński noch Kunicki noch irgend jemand für die Unabhängigkeit Polens ausgesprochen, auch die Publizisten von „Proletariat" sind nicht dafür eingetreten. Waryński hat sogar ausdrücklich erklärt, daß er die Unabhängigkeit Polens nicht anstrebe, Mendelson, der Redakteur von „Klassenkampf", hat auch nach der Vereinbarung Artikel veröffentlicht, die sich gegen die Unabhängigkeit Polens gerichtet haben.

Um Res' Hypothese beizustimmen, müßte man annehmen, daß die „Proletarier", die vor und nach der Vereinbarung Gegner der Unabhängigkeit Polens waren, während der Formulierung ihre Anhänger wurden. Res selbst schwächt seine Hypothese durch die Annahme, daß „Proletariat" sich nicht klar Rechenschaft über diesen Vorbehalt gegeben hat (S. 177).

Res' Argumente sind im höchsten Grade gesucht.

Der von mir im Jahre 1903 befragte Mendelson, der während des Abschlusses der Vereinbarung in Paris war, und der 1892 selbst die Initiative für die Unabhängigkeit Polens ergriffen hat, gab zur Antwort, daß dieser Absatz die Anerkennung des Postulats durch beide Parteien nicht enthalte.

Felix Kon, ein „Proletarier", in dieser Angelegenheit in einer öffentlichen Versammlung interpelliert, hat bestätigt, daß der bei Bardowski gefundene Text der Vereinbarung zwischen „Proletariat" und „Volksfreiheit" hinter den von Res zitierten Worten bezüglich der Bestätigung der Unabhängigkeit Polens

nach der Revolution durch die Parteien, die Warnung enthielt, daß „Proletariat“ und „Volksfreiheit“ in ein künftiges politisches Verhältnis zwischen Rußland und Polen nicht allzu stark eingreifen sollten. Welcher Art dieses Verhältnis sein sollte, wissen wir nicht. „Volksfreiheit“ erkannte das Recht der Völker auf eine selbständige Existenz an, stand jedoch zu gewissen Zeiten auf föderalistischem Standpunkt. Wie verhalten sich dem gegenüber Res' willkürliche Behauptungen und seine Vorwürfe gegen den Verfasser?

Ich bin ausführlicher geworden, da die Vereinbarung zu den verschiedensten Deutungen Anlaß gegeben hat. Auf eine andere Version, die meine „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen“ enthält, gehe ich hier nicht ein, da sie nichts Positives bringt.

Res behauptet auf Grund sicherer Zeugnisse und Aussagen, daß die Vereinbarung bezüglich des Wirkungsgebietes von „Proletariat“ die Führer der Partei nicht befriedigt habe. Man darf annehmen, daß die Vereinbarung durchgesehen und vervollständigt werden sollte. Verhaftungen haben dem ein Ende gemacht [1]).

Die Verhaftungen in den Jahren 1883 und 1884 haben der Partei mindestens 200 bedeutende Mitglieder geraubt, die den Stamm der Organisation gebildet haben. Die Regierung hat lange geschwankt, wie sie sich gegen die „Übertreter“ verhalten solle, erst die im Herbst 1885 zu Petersburg erlassenen Verfügungen verordneten, daß die meisten eingesperrt oder nach Sibirien und in die entlegensten Provinzen des europäischen Rußlands verbannt werden sollten; 29 Personen, die nach Ansicht der Regierung am meisten kompromittiert waren, wurden vor das Kriegsgericht gestellt. Das Strafmaß war, wie sich später erwiesen hat, schon von vornherein festgesetzt, und das Gericht hat nur eine elende Komödie gespielt.

---

1) Vgl. meine „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung usw.“ S. 96—103 und Res' „Geschichte der sozialistischen Bewegung in den russischen Provinzen“ S. 169—181.

Seit den ersten Verhaftungen bis zur Übergabe der Anklageakte waren 2½ Jahre verflossen. Viele der Verhafteten waren unterdessen gestorben, andere waren wahnsinnig geworden oder boten in physischer und psychischer Beziehung ein Bild trostlosen Verfalls.

In der Festung tagte das Kriegsgericht während eines vollen Monats, vom 23. November 1885 an. Die Mitglieder des Gerichts und die Staatsanwälte waren in der Kunst, Revolutionäre zu martern, erprobt.

Die Grundlage der Anklage bildeten Zagórskis während eines völligen Nervenzusammenbruches gemachte Geständnisse. Zagórski hatte, in Freiheit gelassen, in einem Augenblick der Sinnesverwirrung seinem Leben ein Ende gemacht. Natalia Pohl, deren Geständnisse Bardowski und den Offizieren, die mit ihm in Verbindung waren, am meisten geschadet hatten, litt fortwährend an Halluzinationen und Nervenattacken. In diesem Zustand wurde sie nach Sibirien geschickt, wo sie bald darauf starb.

Das Verlesen der Geständnisse dieser beiden stieß bei den Verteidigern auf hartnäckigen, aber erfolglosen Widerstand.

Zur Eröffnung der Sitzung erschien der Generalgouverneur Hurko mit einem zahlreichen Gefolge höherer Beamten, sie waren längere Zeit anwesend. Ich verzichte darauf, die Reden der Staatsanwälte und anderer Gerichtspersonen zusammenzufassen, nur Ludwik Waryńskis Rede, die von programmatischer Bedeutung war, wird uns hier ausführlich beschäftigen. Waryński führte folgendes aus:

„Ich bin kein Jurist und werde hier nicht die juristische Seite der Angelegenheit berühren, sie wurde in Herrn Spasowicz' glänzender Ansprache schon genügend berücksichtigt. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nur auf einen Umstand richten, der in der Geschichte unserer Anklage auffällt.

Nach unserer Verhaftung wurden wir gemäß Art. 318 angeklagt. Ein Jahr ist vergangen und uns wurde mitgeteilt, daß wir gemäß Art. 249 vor Gericht gestellt würden. Persönlich habe ich nicht die Absicht mich zu verteidigen. Gefragt, ob ich mich schuldig bekenne, habe ich bereits gesagt, daß bei mir so wenig wie bei irgendeinem von uns von Schuld die Rede

sein kann. Wir haben für unsere Überzeugung gekämpft und stehen vor unserem eigenen Gewissen und vor dem Volk, dessen Sache wir vertreten haben, rein da. Die Details der auf mir lastenden Anklagen sind mir gleichgültig, und ich werde meine Zeit nicht damit verlieren, sie zu widerlegen. Meine Absicht ist, Ihnen ein wahres Bild unserer Bestrebungen und unserer Wirksamkeit zu entrollen, da die Staatsanwaltschaft Ihnen alles in falschem Licht dargestellt hat. Wir sind weder Sektierer, noch vom Leben losgelöste Träumer, für die uns die Anklage und selbst die Verteidigung hält. Die sozialistische Theorie hat in der Wissenschaft Bürgerrecht erworben und die Tatsachen des zeitgenössischen Lebens bezeugen ihre Vorteile unablässig. Von ernsthaften Denkern stammt die vernichtende Kritik des heutigen Gesellschaftssystems, sie weisen auch auf bessere Möglichkeiten hin, die sich auf der Grundlage der heutigen Bedingungen schnell entwickeln. Parlamente und selbst despotische Regierungen führen auf gesetzmäßigem Wege Reformen durch, die in völligem Gegensatz zu den herrschenden Ansichten über Eigentum stehen. Die Konzentration des dem Staat gehörigen Landbesitzes, die in vielen europäischen Ländern stattfindet, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, das allgemeine Einführen einer Fabrikgesetzgebung, — all das charakterisiert unsere Zeit und beweist, daß die Epoche eines neuen gesellschaftlichen Zuschnittes naht. Wir ignorieren diese Tatsachen nicht, erkennen vielmehr ihren Sinn und ihre Bedeutung für unsere Sache.

Aber gleichzeitig sind wir der Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse von dem auf ihr lastendem Druck das Werk der Arbeiter sein muß. Selbst die Palliativmittel, mit denen die Regierungen versuchen, sozialem Niedergang vorzubeugen, sind zum Teil durch die Arbeiterbewegung hervorgerufen. In dieser Beziehung erlaube ich mir, mich auf Professor Wagner, Bismarcks Berater, zu berufen, dessen Autorität, wie ich hoffe, dem Untersuchungsrichter nicht verdächtig erscheinen wird. In einem seiner Werke spricht Wagner von der Bedeutung der zeitgenössischen sozialistischen Bewegung und weist darauf hin, daß unter dem Druck dieser letzteren die Regierungen gezwungen wurden, den Weg der sozialen Reform zu be-

schreiten. Es gibt keine Regierung, die von der Struktur der sozialen Klassen, die den Staat ausmachen, völlig unabhängig wäre. Ihr Einfluß auf den Zuschnitt des Staates entspricht genau der Stufe ihrer politischen Entwicklung und Organisation.

Bis jetzt lag das Übergewicht einseitig auf seiten der privilegierten Klassen: der Bourgeoisie und des Adels. Wenn die Arbeiterklasse die politische Arena betritt, muß sie dieser Organisation eine eigene gegenüberstellen und im Namen der bezeichneten Ideale einen Kampf gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung führen. Dieses ist die Aufgabe der arbeitenden Klasse, die unter der Fahne des Sozialismus kämpft. Sie hält den übrigen sozialen Klassen das Gegengewicht und bietet reaktionären Tendenzen Einhalt. Da eine radikale Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ihr Ziel ist, trifft die arbeitende Partei die vorbereitende Arbeit hierzu.

Ihre Aufgabe besteht darin, die Arbeiter zu einer bewußten Förderung ihrer Interessen zu erziehen und sie zu einer ausdauernden Verteidigung ihrer Rechte aufzustacheln. Die Arbeiterpartei diszipliniert und organisiert die Arbeiterklasse und führt sie zum Kampf gegen die Regierung und die privilegierten Klassen. Unser Ziel ist, eine Arbeiterbewegung in Polen zu schaffen und zu organisieren. Wie weit unsere Bestrebungen Erfolg hatten, können Sie, meine Herren, aus den Tatsachen schließen, die die Untersuchung zutage gefördert hat. Eine große Anzahl von Zeugen aus der Arbeiterklasse ist vor Ihnen vorbeigezogen. Die Richter unter Ihnen erinnern sich, wie diese Zeugen von der Staatsanwaltschaft behandelt und zu Geständnissen gedrängt wurden. Sie erinnern sich auch der Antworten der Zeugen auf die ihnen gestellten Fragen und daran, was sie von den Zielen der Partei ‚Proletariat‘ wissen.

Die Antworten lassen sich unter eine allgemeine Formel bringen: die Partei strebt die Verbesserung der Lage der Arbeiter an und hat auf die Möglichkeiten hingewiesen, diese zu erreichen. Die Sympathien der Arbeiter gehören uns. Das Bewußtsein, daß das von uns ausgestreute Samenkorn tief eingedrungen ist und Wurzel geschlagen hat, erfüllt uns mit Stolz. Unter den Arbeitern gab es manche Schwache, die sich vor der

Gewalt gebeugt und ihre Sache verraten haben, aber seien Sie überzeugt, daß selbst diese schwachen, verwirrten Menschen in der Stunde der Entscheidung auf unserer Seite stehen werden!

Wir sind Feinde der Regierung, nicht aber Patrioten in der politischen Bedeutung dieses Wortes, und schneiden die nationale Frage nicht an.

Wir sind die Feinde der besitzenden und privilegierten Klassen, die in unserem Lande, dank seiner Entwicklung und seiner politischen Traditionen, mächtige und gefährliche Gegner sind. In unserer Wirksamkeit haben wir sozialistische Grundsätze propagiert, und die Arbeiter auf das Ideal einer künftigen Gesellschaftsordnung, die sie anstreben müssen, hingewiesen. Auch für die Tagesinteressen der Arbeiterklasse haben wir gewirkt und den Arbeitern gezeigt, wie sie ihre Angelegenheiten zu vertreten und im gegebenen Falle zu erkämpfen haben. Daß unsere Agitation nicht vergebens war, beweist Ihnen, daß der Warschauer Oberpolizeimeister gezwungen wurde, seine Verfügungen betreffs der sanitären Untersuchungen der Fabrikarbeiterinnen zurückzuziehen.

Ich muß die irrigen und verwirrten Ansichten des Staatsanwalts über politischen und ökonomischen Terrorismus berichtigen. Politischer Terrorismus ist ein politisches Agitationsmittel. Er zielt gegen gewisse Regierungsmaßnahmen (prawietielstwiennyje posty) und strebt die Zerstörung des bestehenden politischen Systems an. Ökonomischer Terrorismus richtet sich gegen jene, die ihre Stellung zum Schaden der Arbeiter mißbrauchen, sie unterdrücken und ihre menschliche Würde mit Füßen treten. Infolgedessen wendet sich der ökonomische Terrorismus nicht gegen das System, sondern gegen einzelne Individuen. Es ist töricht uns vorzuwerfen, daß wir die Absicht haben, einen neuen gesellschaftlichen Zuschnitt durch Mord herbeizuführen. Wir verabscheuen Mord; wie ist es aber zu erklären, daß Menschen sanften Charakters, erfüllt von altruistischen Tendenzen, nicht imstande ihren Nächsten den geringsten Schaden zuzufügen, wenn sie in unsere Reihen eintreten, häufig blutige Verbrechen begehen? Das Ergreifen von Gewaltmitteln ist eine traurige, aber unvermeidliche Folge der Verderbnis des heutigen Systems.

Ökonomischer Terrorismus ist durchaus kein Mittel, um unsere sozialen Forderungen durchzusetzen; aber unter gewissen Umständen ist er das einzige Kampfesmittel, um dem heutigen Gesellschaftszuschnitt zu steuern. Ich kann keine bessere Erklärung des ökonomischen Terrorismus geben, als indem ich mich auf die vor dem Richter geäußerten Worte des Genossen und Mitangeklagten Mańkowski berufe. Wenn der Arbeiter außerhalb des Gesetzes steht, wenn die Gesetzgebung die zwischen ihm und dem Arbeitgeber herrschenden Verhältnisse nicht regelt, so ist das Ergreifen von Gewaltmaßregeln häufig das einzige Mittel der Selbstverteidigung; das, was Folgeerscheinung ist, wird erst verschwinden, wenn die Ursachen aus dem Wege geräumt sind. Ich will dies durch ein Beispiel erläutern: Gegen Ende des vorigen und zu Beginn dieses Jahrhunderts war die Arbeiterklasse in England vom politischen Leben vollständig ausgeschlossen und der Willkür der Fabrikanten schutzlos preisgegeben, damals war ökonomischer Terrorismus eine übliche Erscheinung in jenem Lande, und die englischen Arbeiter (trades unions) haben ihn systematisch geübt.

Als Fabrikgesetze erlassen und den Arbeitern politische Freiheit zugebilligt wurde, hat ökonomischer Terrorismus ganz von selbst aufgehört, und Arbeiterverbindungen stehen heute in England unter dem Schutz des Gesetzes.

Künstliche Mittel sind wirkungslos; ökonomischer Terrorismus kann nur verschwinden, wenn die Bedingungen, die ihn verursachen, aus dem Wege geräumt werden. Wenn die sozialistische Partei es unternimmt, die Arbeiter vor ihren Bedrückern zu beschützen, so ist sie gezwungen, mit der Notwendigkeit zu paktieren, aber ihr Streben zielt darauf ab, die Racheinstinkte der Arbeiter im Zügel zu halten, den Sinn für Gerechtigkeit an ihre Stelle zu setzen und auf diese Weise die Anzahl der Opfer des ökonomischen Terrorismus zu verringern. Die Staatsanwaltschaft weist auf furchtbare Katastrophen und blutige Kämpfe hin, die die Wirksamkeit der Partei zeitigen kann. Aber diese Katastrophen sind von geringer Bedeutung, verglichen mit den schädlichen Folgen des heutigen Gesellschaftszuschnittes. Das von

Pogożew gesammelte statistische Material beweist, daß jahraus jahrein in Rußland 20 Prozent der Arbeiterbevölkerung an traumatischen Krankheiten zugrunde gehen, infolge der an Maschinen und anderen Werkzeugen erlittenen Verletzungen. Dagegen hat die Zahl der im russisch-türkischen Krieg 1887 verwundeten Soldaten nur 7 Prozent betragen. Daraus folgt, daß der Krieg eine geringere Anzahl von Opfern verschlingt als die unmoralischen Verhältnisse, unter denen augenblicklich menschliche Arbeit leidet.

Wir haben die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung organisiert. Wir haben keinen Umsturz organisiert, sondern sie zum Umsturz organisiert. Wir wissen, daß der wachsende soziale Antagonismus und die am sozialen Körper aufbrechenden Wunden unvermeidlich zum Zusammenbruch drängen. Wir wissen auch, welch furchtbare Folgen eintreten, wenn die Not die Volksmassen bis zu den äußersten Grenzen der Verzweiflung treibt und sie sich in blinder Wut gleich losgelassenen Elementen auf die bestehende Ordnung stürzen. Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, die Arbeiterklasse für die Revolution vorzubereiten, die Bewegung zu einer bewußten umzugestalten, sie in die Zucht einer organisierten Disziplin zu schmieden, ein festumrissenes Programm von Zielen und Mitteln aufzustellen. Kann man unsere Wirksamkeit eine Verschwörung nennen, geschlossen in der Absicht, die herrschende staatliche, ökonomische und soziale Ordnung gewaltsam zu zerstören?

Ich will mit einem Gleichnis antworten. Stellen Sie sich einen Bergstrom vor, der sich von den Alpen in einen See ergießt; die Strömung ergreift die Sandkörnchen und die am Boden liegenden Steine. Einmal wird der Kies den Boden des Sees bedecken und der Boden wird versanden. Füllen Sie ein Glas mit Wasser aus diesem Strom, so befindet sich darin ein unendlich geringer Teil des Sandes, der das Bett des Sees bedeckt. Es ist töricht, dem Wasser im Glase, einem unverhältnismäßig kleinen Teil jener Kraft, die im Laufe einer unendlichen Zeitperiode wirksam war, die Folgen beizumessen, die das Ergebnis der Gesamtheit sind.

Wir stehen nicht über der Geschichte, wir unterliegen ihren

Gesetzen. Den Umschwung, dem wir zustreben, betrachten wir als Ergebnis der historischen Entwicklung und der sozialen Bedingungen, wir sehen ihn voraus und versuchen uns darauf vorzubereiten.

Ich bin am Ende. Nur eins noch habe ich zu sagen. Welcher Art immer das von Ihnen gefällte Urteil ist, ich bitte Sie, mein Schicksal nicht von dem meiner Gefährten zu trennen. Ich wurde früher als alle anderen verhaftet, aber alles, was sie getan haben, hätte auch ich getan, wenn ich an ihrer Stelle gewesen wäre. Ich habe meiner Sache ehrlich gedient und bin bereit, für sie zu sterben."

Die übrigen Angeklagten haben in energischen und würdigen Ansprachen Einzelheiten ihres Vorgehens erklärt und die Gründe angegeben, die sie veranlaßt haben, Sozialrevolutionäre zu werden.

Um 1 Uhr nachts auf der Wende zwischen dem 18. und 19. Dezember wurde das Urteil verkündet. Während der Verkündigung mußte das Publikum den Saal räumen. Die Angeklagten haben das Urteil ruhig hingenommen. Sechs Personen wurden zum Tode verurteilt: Kunicki, Bardowski, Ossowski, Pietrusinski, Szmaus und Lourie, 18 wurden zu Gefängnis verurteilt, darunter zwei zu zehn Jahren und acht Monaten, einer zu acht Jahren, zwei wurden verbannt.

Bei 26 der Angeklagten hatte die Staatsanwaltschaft die Anwendung von § 249 verlangt, d. h. Todesstrafe. Davon wurden 18 zu je 16 Jahren Gefängnis verurteilt, zweien wurde diese Strafe um ein Drittel verringert, da sie bei Begehen der Verbrechen noch nicht volljährig waren. 26 Galgen in Friedenszeiten zu errichten, entsprach den Intentionen der Regierung nicht; selbst Hurko schrak davor zurück. Die Akte wurde nach Petersburg geschickt. Volle 40 Tage wurden die Angeklagten in absoluter Unkenntnis über ihr Schicksal gelassen, man versuchte sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, ein Gesuch an den Zaren einzureichen. Sie haben sich sämtlich geweigert. Die Verteidiger haben eine Kassationsklage eingereicht, aber Hurko hat das Seine getan, um sie unwirksam zu machen.

Endlich kam das Urteil in etwas „erweiterter" Form zurück. Alexander III. hatte geruht, zwei der Angeklagten zu „be-

gnadigen", vier sollten auf schmerzlose Art erhängt werden und zwar Kunicki, Bardowski, Ossowski und Pietrusinski. Szmaus und Lourie [1]) wurden zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt.

Zu 16 Jahren wurden verurteilt die Arbeiter Mańkowski [2]), Janowicz [3]), Waryński [4]), Bloch; zu 15 Jahren die Arbeiter Tomaszewski, Dąbrowski, Jan Helszer; zu 14 Jahren die Arbeiter Adam Sieroszewski und Rechniewski; zu 13 Jahren die Arbeiter Dułęba, Gostkiewicz, Popławski und Płoski; zu 12 Jahren die Arbeiter Forminski und Kmiecik; zu 10 Jahren die Arbeiter Degòrski, Gładysz und Słowik; zu 8 Jahren St. Cohn; zu 6 Jahren der Arbeiter Bugajski; zur Verbannung in die entferntesten Plätze Sibiriens wurde unter Aufhebung jeglicher Rechte verurteilt St. Pacanowski (ein Verräter). Die Offiziere Sokolski und Igelstrom [5]) wurden gleichfalls nach Sibirien verbannt, indem ihnen alle besonderen und erworbenen Rechte entzogen wurden.

Die letzten Augenblicke der zum Tode Verurteilten werden in einem Brief aus der Festung, der einen Tag nach Vollstreckung des Todesurteils abgeschickt wurde, geschildert:

„Ich schicke Euch einige Einzelheiten über den Vorabend des Todes von Kunicki, Bardowski, Pietrusinski und Ossowski. Sie wurden so plötzlich fortgeholt, daß wir ihnen nicht einmal Adieu sagen konnten; später verbot man ihnen, uns auch nur zu schreiben. Als man sie holte, spielte Pietrusinski mit Sieroszewski Schach und empfahl noch im Hinausgehen, die Partie nicht zu zerstören, da er wiederkommen würde, um sie zu Ende zu spielen. Kunicki trug Physik vor, Ossowski lernte Geographie.

In der ersten Hälfte der Nacht waren Geistliche bei ihnen; um Mitternacht wurde den Vieren gestattet, in eine Zelle zu gehen, wo sie bis zum Morgen revolutionäre Lieder sangen —; sie schrieben auch viele Briefe, die man aber scheinbar nicht

1) Lourie hat später ein Gnadengesuch eingereicht.

2) Mańkowski kam im Juni 1903 nach Krakau zurück.

3) Janowicz war 10 Jahre im Gefängnis zu Schlüsselburg; nach Sibirien verschickt, hat er sich in Jakutsk am 16. Mai 1902 erschossen.

4) Waryński starb in Schlüsselburg am 12. Februar 1889.

5) Beide haben ein Gnadengesuch eingereicht.

passieren läßt; auf Verlangen bekamen sie zu essen. Hocherhobenen Hauptes, miteinander sprechend, verließen sie die Zelle und verrieten keinerlei Angst vor dem so nahen Tod. Ehe ihnen der Strick um den Hals gelegt wurde, rief Kunicki: ‚Es lebe Proletariat'; Bardowski: ‚Es lebe die Revolution'; Pietrusinski beschimpfte Brok und die anderen Gendarmen, nur Ossowski sagte nichts; der Exekution hat die gesamte Obrigkeit der Festung beigewohnt, der Kommandant Brok, unser Vorsteher und andere.

Die Gendarmen erzählen, alle vier hätten, als sie den Hof betraten, gerufen: ‚Es lebe die soziale Revolution'. Diese Worte würden sie nicht vergessen."

Im Sommer 1886 trat das Kriegsgericht zum zweitenmal zusammen gegen Kowalewski und Hübscher, die, wie erwähnt, wegen eines mißlungenen Anschlags auf den Verräter Piński angeklagt waren. Der Arbeiter Kowalewski, ein hervorragender Führer und tüchtiger Mensch, wird zumeist vergessen, wenn die Helden von „Proletariat" genannt werden, die ihr Leben für die Sache geopfert haben.

Kowalewski wurde zum Tode durch den Strang verurteilt, sein Gefährte zu Gefängnisstrafe.

Einer der Gendarmen, der bei Kowalewskis Hinrichtung zugegen war, hat später erzählt, daß Bielanowski, um ihn vor dem Tode zu Bekenntnissen zu veranlassen, ihm einige hundert Rutenstreiche verabfolgen ließ. Kowalewski hat diese Mißhandlung männlich ertragen und niemand verraten.

Die Bohuszewicz und ihre Gefährten wurden auf administrativem Wege verurteilt und nach Sibirien geschickt. Razumiejczyk starb während der Haft. Die gleichfalls auf administrativem Wege behandelte Sache von Ulrich Wisłocki und anderen wurde 1888 zu Ende geführt. Die Zahl der Verurteilten war groß. Die am meisten schuldig Befundenen wurden für 10 Jahre nach Ostsibirien verurteilt. Hier ihre Namen: Teofil Bronikowski, Schlosser; Vinzenz Bukszmyc, Schlosser; Przybusławski, Tischler; Ulrich Stefen, ehemaliger Student der Medizin; Jan Bakiewicz, Drechsler; Władysław Wystocki, Chorist. Andere wurden für 8, 6, 5 und 4 Jahre nach Ost- und Westsibirien

verschickt. Außerdem wurden mehrere zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt.

Von den Frauen wurde die Lehrerin Stefania Schmit für 5 Jahre nach Westsibirien verschickt, Maria Płoska wurde zu 1 Jahr Gefängnis, Olympia Głowinska zu 3 und Ferdinanda Matelichów zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Einfluß des Prozesses auf die Gesellschaft, sowie die Vorgänge in der zweiten Hälfte des Jahres 1886 und in den folgenden Jahren werden im nächsten Abschnitt geschildert werden.

Die in verschiedene Gruppen zerfallende polnische Gesellschaft hatte kein einheitliches Urteil über die am 28. Januar vollzogene Schreckenstat.

Die höheren und mittleren Gesellschaftsklassen haben sich kühl und gleichgültig verhalten; in den höchsten Schichten der Bourgeoisie und Aristokratie mag sogar ein gewisses Gefühl der Genugtuung geherrscht haben, daß die Regierung diese soziale „Seuche“ so energisch unterdrückt hat, vielleicht war es nur von einem gewissen Bedauern getrübt, daß diese „energische Tat“ nicht von einem der Ihren, sondern von Fremden begangen worden war. Trotzdem hat auch in diesen Kreisen das heldenhafte Verhalten der Sozialisten und ihr tapferer Tod Bewunderung erregt. Es war nicht Sympathie, sondern etwas, das der Achtung nahestand.

In einer gewissen Schicht der mittleren Klasse, namentlich bei der oppositionell veranlagten Intelligenz, hat der Prozeß der 29 erregte Diskussionen hervorgerufen. Offen wurde geäußert, die Mitglieder des „Proletariats“ seien kühne Ausnahmenaturen, aber gleichzeitig hinzugefügt, Menschen, mit denen man nichts Gemeinsames habe; man klagte, daß soviel Energie, Kraft und Begabung vergeudet worden sei. Für die altruistischer Veranlagten war der 28. Januar ein Trauertag. Wir wissen, daß einige Karnevalfeste in den Häusern der sogenannten unabhängigen Intelligenz infolge der Urteilsvollstreckung verlegt wurden. Auf die Jugend der Intelligenz und auf die Arbeiterklasse war der 28. Januar von starkem Einfluß. Die Jugend wollte in die Ideen

eindringen, denen die Führer von „Proletariat" so große Opfer gebracht hatten.

Andere wieder, empört über das Todesurteil, hatten das Verlangen, das Blut durch Blut zu sühnen.

Für intelligente Menschen verschiedenster Schattierung war es klar, daß trotz der Prophezeiungen des Herrn Wśćieklica, des Verfassers des widerwärtigen Pamphlets „Träume polnischer Sozialisten angesichts der Lehre ihres Meisters" [1]), die sozialistische Bewegung in Polen günstigen Boden gefunden hat.

Wir haben bereits erwähnt, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1886 die Organisation „Proletariat" völlig zerfiel. Man kann, ohne zu übertreiben, behaupten, daß es bis zu Beginn des Jahres 1888 weder in Warschau noch im Königreich Polen auch nur einen intelligenten, tätigen polnischen Sozialisten gegeben hat; unter den Arbeitern gab es einige, die früher Fühlung mit der Organisation „Proletariat" gehabt hatten, aber unter ihnen war auch nicht ein Mann der Tat.

Es waren schwere Zeiten für den polnischen Sozialismus, Zeiten, die sich glücklicherweise später so nicht wiederholt haben.

Gegen Ende des Jahres 1886 kam ein litauischer Jude, ein intelligenter Sozialist L., nach Warschau; er sprach kein Polnisch, aber verstand es, einige Gymnasiasten und zwei oder drei reife Menschen um sich zu sammeln, doch auch die haben sich mit ihm veruneinigt.

Der Kreis dieses Führers hat keinerlei Initiative entwickelt und auch keine Beziehung zu den Arbeitern gehabt. L. hat sich als Russe gefühlt und war seiner Überzeugung nach „Volkstümler".

Wenn nun die sozialistische Bewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 1886 völlig zu existieren aufgehört hat, so hat doch die Wirksamkeit polnischer Sozialisten, besonders von „Proletariern", unvertilgbare Spuren in der Arbeiterklasse hinterlassen. Bis zu einem gewissen Grade hatte sich eine sozialistische Tradition herausgebildet. In Warschau selbst hätte es schwer ge-

---

1) In polnischer Sprache: „Rojenia socjalistów polskich w obec nauki ich mistrza".

halten, einen Arbeiter oder Handwerker zu finden, der nichts von „Proletariat“ gehört und nicht gewußt hätte, daß die Sozialisten das Beste der armen arbeitenden Bevölkerung anstreben und für Freiheit und Gleichheit eintreten.

Die fortschrittlich-patriotische, radikale polnische Intelligenz hat sich, wie wir gesehen haben, davon überzeugt, daß die sozialistische Bewegung eine gewisse Macht repräsentiert und daß es unmöglich sei, die Bildung einer neuen sozialistischen Partei zu ignorieren.

Seit dem Jahre 1882 begannen sozialistische und radikale Ideen in der legalen Presse aufzutauchen. Wir finden sie zuerst in den monatlichen Beigaben der „Wochenübersicht“ (Przegląd tygodniowy). Simon Diksztein hat damals Langes „Arbeiterfrage“ übersetzt und veröffentlicht. Stanislas Krusiński hat von 1883 bis 1886 eine Reihe von soziologischen, ökonomischen und philosophischen Abhandlungen geschrieben und veröffentlicht. Seine Arbeiten haben einen großen Lehrwert [1]. Um jene Zeit erscheinen auch Krzywickis erste Artikel; er hat sich später um die soziologische, ökonomische und anthropologische Ausbildung in Polen große Verdienste erworben. Edward Przewóski hat eine ganze Reihe von Artikeln über Europas und besonders Frankreichs sozialpolitisches Leben veröffentlicht.

Die Artikel in den monatlichen Beilagen der „Wochenübersicht“ haben jedoch mit der Gesamtrichtung der Zeitschrift nicht ganz übereingestimmt.

„Organische Arbeit“ (Praca organiczna) enthielt das politische Glaubensbekenntnis des fortschrittlichen Lagers in Polen, das sich aus den Kreisen der freidenkenden Bourgeoisie und der unabhängigen Intelligenz rekrutierte; erschienen doch Swiętochowskis „Politische Hinweise“ (in polnischer Sprache) in dem früher erwähnten „Feuerherd“ (Ognisko) im Jahre 1883.

Erst im Jahre 1886 fand in der polnischen Gesellschaft eine gewisse Abkehr vom Programm der „Organischen Arbeit“

---

1) Einige davon wurden später in zwei kleinen Bänden, „Soziologische Skizzen“ und „Ökonomische und philosophische Skizzen“ (in polnischer Sprache), gesammelt.

statt. Der nationale Druck in den preußischen und russischen Provinzen wurde damals fühlbarer.

1886 wurden aus Preußen 30000 Polen, Fremde, zumeist russische Untertanen, ausgewiesen; die preußische Regierung gründete eine Kolonisationskommission mit der Absicht, Land aus polnischen Händen aufzukaufen und Deutsche darauf anzusiedeln und bestimmte für diesen Zweck ursprünglich 100 Millionen Mark.

Im Königreich Polen trat 1883 an Stelle des nicht unbeliebten Generalgouverneurs Albedyński Hurko.

Albedyński war ein Aristokrat, der mit den polnischen Magnaten ganz gut auskam. Für das Königreich Polen hat er relativ freundschaftliche Empfindungen genährt. Wir wissen heute, daß er für Alexander II. ein Memorial vorbereitet hat über administrative Umgestaltungen im Königreich Polen, da ihm diese Provinz als ein Land erschien, das sich vom eigentlichen Rußland wesentlich unterscheidet und infolgedessen auch ein anderes Regierungssystem erfordert. Er wollte den Polen auch gewisse Konzessionen erwirken.

Alexanders II. Tod hat Albedyńskis Vorschlägen ein Ende bereitet; auch muß die Frage offen bleiben, ob sie unter anderen Umständen Erfolg gehabt hätten. Wahrscheinlich wären sie an Alexanders II. kühlem Widerstand und an seinem rachsüchtigen Charakter gescheitert.

Bei den höchsten und mittleren Gesellschaftsschichten war Albedyński namentlich deshalb beliebt, weil er als gebildeter Westeuropäer die Formen der Höflichkeit gewahrt hat und ein Gegner aller Regierungsschikanen war.

Hurko war ein ganz anderer Mensch; seiner Abstammung nach Pole, hatte er sich russifiziert und haßte die Polen aus ganzem Herzen, als Soldat und Grobian liebte er es, die Bevölkerung durch die verschiedensten Schikanen zu reizen; dazu erregte er als energischer Russifikator Angst, Widerwillen, Abscheu und tiefwurzelnden Haß.

In gewaltsamer Weise und in großem Maße begann er alles zu vernichten, was polnisch war; er verdrängte die Polen aus allen Stellungen und führte die russische Sprache dort ein, wo die polnische bisher toleriert worden war.

Hurko verletzte nicht nur das Nationalempfinden der polnischen Gesellschaft, sondern ruinierte Hunderte und Tausende polnischer Familien, die er um ihr Brot brachte.

Der preußische und russische Druck erzeugte eine Reaktion innerhalb der polnischen Gesellschaft. Es gab freilich damals auch schon Strömungen, die einem Vergleich nicht abgeneigt waren, aber es gelang ihnen nicht, größeren Einfluß in Polen zu gewinnen.

Das „Land" (Kraj) begann in Petersburg 1882 zu erscheinen. Zu Beginn ziemlich gemäßigt, nahm es der russischen Regierung gegenüber eine ganz loyale Stellung ein.

Im Herbst 1885 begann in Warschau eine neue Zeitschrift gemäßigter Färbung, „Augenblick" (Chwila), von Walery Przyborowski herausgegeben, zu erscheinen. Im einleitenden Artikel einer der ersten Nummern wurde betont, daß das Programm der „Organisatorischen Arbeit" bis in seine äußerste Konsequenz durchgeführt werden müsse, d. h. man müsse nicht nur auf den Traum eines künftigen polnischen Reiches verzichten, von Verschwörungen und Aufständen absehen, sondern selbst soziale Arbeit zusammen mit der Regierung tun.

Diese Zeitschrift gewann kaum einige hundert Abonnenten und ging bald ein.

Das Russifikationssystem, das unter der Ära Hurko eine Menge polnischer Familien in kurzer Zeit brotlos gemacht hatte, zwang sie, im Kleinhandel Beschäftigung zu suchen; in der Industrie herrschte nämlich in den Jahren 1883—1884 völliger Stillstand.

Die Polen stießen hier auf die Juden und begannen mit diesen zu konkurrieren. Die Konkurrenz war um so stärker, als alle jene Beschäftigung im Detailhandel suchten, die weder Kapital noch genügende Kenntnisse für einen anderen Beruf besaßen und weder ein Handwerk noch Fabrikarbeit ergreifen wollten.

Diese Konkurrenz wurde der Quell des Antisemitismus. „Acker" (Rola), einige Jahre vor 1886 begründet, gewann immer mehr Abonnenten. Zum Antisemitismus gesellten sich Klerikalismus und Antigermanismus. Diese antisemitische Strömung kam der Regierung sehr gelegen, da sie die Aufmerksamkeit

vom Kampf um sozialpolitische Fragen ablenkte. Ein Wiedererwachen nationaler Empfindungen zeigte sich 1886 im Aufstand der sogenannten „Polnischen Liga", einer geheimen politischen Organisation.

Neben dieser, aber ursprünglich in ziemlich losem Zusammenhang mit ihr, entstanden neue patriotisch-radikale Zeitschriften: in Galizien „Soziale Revue" (Przegląd społeczny) seit dem 1. Februar 1886, in Warschau „Stimme" (Głos) seit dem 1. Oktober des gleichen Jahres.

Die polnischen patriotischen Emigranten, die alten und die jungen, konnten nach dem Aufstand von 1863 gemäß dem herrschenden Programm der „Organisatorischen Arbeit" keine politische Aktion unternehmen. Wir haben zwar gesehen, daß 1877 ein Vorstoß in dieser Richtung gemacht wurde, aber er war vergebens. Erst 1886 konnten infolge der oben erwähnten Ursachen die Emigranten auf das Entstehen einer geheimen politischen Organisation rechnen. Im Ausland gab es damals Menschen von ehrlicher demokratischer und revolutionärer Gesinnung; sie wollten eine patriotische Organisation gründen, gewissermaßen als Fortsetzung der Demokratischen Gesellschaft: an erste Stelle setzten sie die Forderung eines unabhängigen Polens. Die Lösung glaubten sie in einem föderativen Bund mit Litauen, Rußland und anderen Ländern, die ihm beitreten würden, zu finden; in sozialer Beziehung haben sie sich zu demokratischen Forderungen bekannt, sie hatten jedoch keinen festumrissenen Reformplan, dachten auch nicht darüber nach, da sie der Ansicht waren, daß weitgehendste politische Freiheit zusammen mit dem staatlich demokratischen Zuschnitt Polens eine Lösung der sozialen Frage je nach den gegebenen Umständen ermöglichen würde.

Neben diesen Demokraten, die zu weitgehendsten sozialen Änderungen bereit waren, standen jene anderen, die auf einem engen Bourgeoisstandpunkt beharrten.

Keiner von ihnen berücksichtigte die Schwierigkeiten, die ihr Programm auf dem Wege seiner Verwirklichung finden würde. Bindend war das gemeinsame politische Ziel, das sie genau umschrieben hatten. 1886 wurde die Polnische Liga zu Paris be-

gründet. Die Zahl ihrer Gründer war sehr gering. Sie haben damit gerechnet, später in Polen Anhänger zu gewinnen, da sie namentlich zu Beginn ziemlich viel Beziehungen zur Heimat hatten. Die größten Hoffnungen setzte man auf das russische Gebiet und auf Galizien, wo es damals relativ bedeutend mehr politisch bewegliche und zu geheimer Aktion bereite Menschen gab als in den preußischen Provinzen. Die „Liga" fand ihre meisten Anhänger im Königreich Polen, nur wenige in Galizien und fast gar keine in Preußen. Es scheint, daß der nicht mehr unter den Lebenden weilende Demokrat Guttry der einzige war, auf den sie wirklich rechnen konnte. Die „Liga" gab kurz nach ihrer Gründung eine Art Programm nebst einem Organisationsplan heraus.

Die Verfassung der „Polnischen Liga" betont die Notwendigkeit, im unabhängigen Polen eine „gerechte" Gesellschaftsordnung zu schaffen, sie charakterisiert sie jedoch mit keinem Worte, trotzdem der Begriff der Gerechtigkeit sehr vieldeutig ist.

Die Liga strebt eine politische Föderation mit Litauen und Rotrußland auf weitester Grundlage an, man hätte jedoch zum mindesten andeuten müssen, daß diese Föderation eine freiwillige sein soll, dieses aber haben die Verfasser unterlassen. Unserer Ansicht nach dürfte im Programm der polnischen Partei das Verlangen einer Föderation Polens mit anderen Völkern nicht in kategorischer Form geäußert werden, da es den Eindruck macht, als wenn die Polen die anderen von sich abhängig machen wollten. Ebenso ist es unstatthaft, von einer freiwilligen Föderation zu sprechen, ohne sich mit jenen, mit denen man ein föderatives Bündnis eingehen will, ins Einvernehmen zu setzen, denn das erweckt den Anschein, daß die Polen Eroberungstendenzen haben.

Anders ist es, wenn die Frage der Föderation und des territorialen oder partiellen Zentralisierens innerhalb eines Staates auf der Tagesordnung steht, dann kann oder muß man diesen Bund näher umschreiben.

Sicherlich haben zu den Begründern der Liga Männer gehört, die ehrlich auf dem Boden der nationalen Gleichberechtigung gestanden haben; aber es gab auch andere, wie den

Obersten Zygmunt Miłkowski, der heute der bekannte Vertreter der „Nationalen Liga“ ist und lange gemeinsame Sache mit der „nationalen Demokratie“ gemacht hat, die auch heute mit Leidenschaft und Nachdruck gegen die gerechten Forderungen der Ruthenen in Galizien auftritt.

Die „Polnische Liga“ hat, wie aus der Verfassung ersichtlich, stark mit dem Fortschritt und der Demokratisierung der europäischen Gesellschaft gerechnet. Die „Nationale Liga“ [1]) und ihr Ableger, die „Nationale Demokratie“, verspotten diese Ansicht.

Die Schwäche der Verfassung bestand darin, daß sie die der Verwirklichung näheren Ziele des politischen Kampfes in den Grenzen der eroberten Reiche nicht bezeichnet hat. Jedenfalls war die „Polnische Liga“, nach der Verfassung zu schließen, eine politisch-revolutionäre Partei, die den Kampf gegen die die Polen bedrückenden Regierungen an erste Stelle gesetzt hat und auch vor gewaltsamen Mitteln nicht zurückgeschreckt ist. Sie war, ob wir es nun zugeben wollen oder nicht, eine politische Organisation mit kulturellen und demokratischen Zielen.

Die „Polnische Liga“ organisierte unmittelbar nach ihrer Begründung eine Kollekte, um Geld zum Kampf gegen die die Polen bedrückenden Regierungen zu sammeln. Dieser Fonds sollte „Der nationale Schatz“ genannt werden. Die Urheber der Bewegung haben damit andere Zwecke verbunden als jene sind, für die diese Beträge heute verwendet werden; es war ihnen nicht nur um passiven Widerstand und um die Gründung geheimer Institutionen nationalen Charakters zu tun, sondern auch um terroristische Aktion. Die Leiter der „Polnischen Liga“ beauftragten Miłkowski, in einer Broschüre ihr Programm in klarer und überzeugender Weise zu formulieren. So entstand die seinerzeit berühmte Broschüre „Zur Verteidigung der Tat und über den nationalen Schatz“ [2]).

Der Autor unterwirft das Programm der „Organisatorischen Arbeit“ einer strengen Kritik und weist auf die Notwendigkeit

---

1) Die „Polnische Liga“ hat sich später „Nationale Liga“ genannt.

2) In polnischer Sprache.

hin, den Druck der feindlichen Regierungen durch Gewaltakte zu erwidern, durch Terrorismus gegen die schädlichsten Beamten. Nach Ansicht des Verfassers wäre der Verlust an Menschen, den wir im Laufe der Jahre durch Aufstände erlitten haben, im terroristischen Kampf geringer gewesen. Das richtet sich nicht gegen Aufstände als solche, im Gegenteil, den entscheidenden Kampf voraussehend, rät Miłkowski, für den Augenblick terroristische Mittel zu ergreifen.

Ein weiterer Teil der Broschüre begründete die Notwendigkeit, einen nationalen Schatz anzulegen. Soziale Fragen wurden überhaupt nicht angeschnitten.

Der Einfluß dieser Broschüre auf die Jugend war groß; die ältere Generation hat sie in der Hauptsache kühl oder selbst feindlich aufgenommen.

Gleichzeitig mit der „Polnischen Liga“ entstand noch eine andere Organisation, „Bund der polnischen Jugend“ (Związek młodzieży polskiej). Ihr Ziel bestand darin, die Jugend der höheren Lehranstalten zusammenzuschließen, um sie zu politischer Tätigkeit vorzubereiten und auf diese Weise Nachwuchs für die „Nationale Liga“ zu erziehen. Die Organisation hatte drei Stufen: Kollegen, Gefährten und Brüder. An der Spitze stand die Zentralisation.

Das Programm des „Bundes polnischer Jugend“ hat sich durch Unklarheit und Phrasen ausgezeichnet. Den Begründern war es um einen Zusammenschluß der gesamten Jugend zu tun, auch der sozialistischen, soweit sie vorhanden war, um sie in ihren Händen zu haben. Da die sozialistische Bewegung ihre Macht bereits bewiesen hatte, hatten die Patrioten allen Anlaß anzunehmen, daß sich früher oder später nach dem Fall von „Proletariat“ unter der Jugend Anhänger des Kollektivismus zeigen würden. Auch diese mußte man gewinnen, infolgedessen war das Programm des Bundes unklar abgefaßt. Kam ein Sozialist oder jemand, der sich zum Kollektivismus bekannte, so wurde ihm gesagt, der „Bund der polnischen Jugend“ sei eine sozialistische Organisation auf nationaler Grundlage, man wolle sich nicht öffentlich zu seinen letzten Zielen bekennen, um gemäßigte Menschen, die allmählich zum Sozia-

lismus bekehrt werden könnten, nicht von vornherein zurückzustoßen.

Den Gegnern des Sozialismus wurde gesagt, der „Bund der polnischen Jugend" sei eine demokratische Organisation, deren Programm keine sozialistischen Forderungen enthalte, sondern nur Postulate, die von Gerechtigkeit und dem nationalen Besten diktiert seien. Tatsächlich war der „Bund der polnischen Jugend", soweit seine Ziele in Frage kamen, eine patriotische Organisation, die auf die Bauern besondere Rücksicht nahm. Der Redakteur des Programms der Organisation, d. h. ihr Haupt, war Zygmunt Balicki, ein bekannter nationaler Demokrat.

Dank dieser doppelzüngigen Taktik vermochte der „Bund" eine Zeit hindurch die Sozialisten zu betören und sie sogar in seinen Reihen festzuhalten. Auf diese Angelegenheit werden wir noch im folgenden Kapitel zurückkommen.

Im Januar des Jahres 1886 begann in Lemberg eine neue Monatsschrift zu erscheinen: „Soziale Revue" (Przegląd społeczny), herausgegeben und redigiert von Boleslas Wystąch, der als Mitglied des „Polnischen Volkes" bereits erwähnt worden ist.

Diese sehr sorgfältig redigierte Zeitschrift hat eine Reihe wertvoller Artikel veröffentlicht und im Geistesleben der polnischen Gesellschaft eine bedeutende Rolle gespielt.

Die „Soziale Revue" war nicht eigentlich das Organ irgendeiner Partei, sondern der Ausdruck neuer Strömungen in der polnischen Gesellschaft, die gerade damals in Galizien so gut wie im Königreich Polen auftauchten.

Einige der Männer, die zu dieser Zeitschrift gehörten, waren auch an der „Polnischen Liga" mittätig, doch war die „Soziale Revue" nicht eigentlich das Organ dieser Vereinigung. Die Richtung der Zeitschrift charakterisiert bis zu einem gewissen Grade nachfolgender Passus aus der Einleitung in der ersten Nummer des Jahres 1887.

„Wir glauben, daß die Menschheit immer höheren Lebensformen zustrebt und sich einen Zustand erkämpfen wird, der auf Grund eines Ausgleiches der ökonomischen und sozialen Widersprüche die allgemeine Entwicklung vertiefen und beschleunigen

wird, indem er jedem einzelnen das größtmögliche Glücksmaß zusichert.

Wenn sich auch der Kampf um diese Formen auf eine größere oder geringere Zahl von Generationen erstreckt und keine sich dem entziehen kann, an der Reorganisierung des fehlerhaften Zuschnittes der Gesellschaft zu arbeiten, so glauben wir doch, daß den Repräsentanten der intellektuellen Welt die Verpflichtung auferlegt ist, die Richtung der menschlichen Entwicklung von der momentanen Phase ihrer Organisation zu unterscheiden, sich auf die heute vorhandenen sozialen Faktoren zu stützen und den kürzesten und erfolgreichsten Weg zur höchstmöglichen Entwicklungsform zu gehen.

Überzeugt, daß eine große Anzahl von Menschen, die auf den Fortschritt unserer Gesellschaft bedacht ist, die Notwendigkeit anerkennt, reale Faktoren zu berücksichtigen und sich der gegenwärtigen Evolutionsphase anzupassen, haben wir den Wunsch, aus unserer Zeitschrift ein Organ für den sich entwickelnden fortschrittlichen und praktischen polnischen Gedanken zu machen.

Den idealen Gesellschaftszustand, dem wir mittelbar zustreben, von der nahen politisch-sozialen Reorganisation, vor der wir unmittelbar stehen, unterscheidend, dazu die sich bei uns anhäufenden Reorganisationsbedingungen wahrnehmend, die die Notwendigkeit, das Resultat der Bestrebungen in ein System zu fassen, immer weiter herausrücken, setzen wir uns als Ziel, nicht nur die programmatische Richtung weiter zu entwickeln, sondern auch das zeitgenössische Arbeitsprogramm zu formulieren, das sich aus der evolutionären Historiosophie einerseits und der kritischen Beobachtung der Vergangenheit mit dem gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft anderseits ergibt.

Das Erreichen dieses Zieles im nächsten Jahrgang wird die Hauptaufgabe unserer Zeitschrift sein [1]."

Nach dem Erscheinen dieses Artikels hat die Zeitschrift sich nur noch ein halbes Jahr gehalten. Ihr weiteres Bestehen haben fortwährende Konfiskationen, die einen bedeutenden pekuniären Schaden mit sich brachten, unmöglich gemacht.

1) Vgl. „Soziale Revue“ 1887, S. 3—4.

In einem weiteren Artikel „Programmskizze“ wurde die Forderung eines unabhängigen ethnographischen Polens aufgestellt. Diesem Artikel folgte eine Replik von Boleslaw Limanowski, der zu beweisen suchte, daß man einen Wiederaufbau des historischen Polens auf föderativer Grundlage anstreben müsse.

In sozialer Beziehung stand die Zeitschrift auf radikalem Volksboden, sie hatte viel Sympathien für den Sozialismus, ohne das Ideal eines zukünftigen gemeinsamen Lebens aufzustellen. Dłuski bewies in einem interessanten, gut geschriebenen Artikel: „Erscheinungen des Kapitalismus in Polen“, daß die Großindustrie in Galizien bedeutende und in Russisch-Polen sogar große Fortschritte gemacht habe und daß die wachsende Proletarisierung des Volkes damit in Zusammenhang stehe. Die gesamte gesellschaftliche Struktur ist in Rußland und Polen prinzipiell in ihren Grundlagen nicht anders als in Westeuropa.

Balicki versuchte in einem Artikel „Demokratie und Liberalismus“ nachzuweisen, daß die demokratische Weltanschauung auf Induktion, die liberale und sozialistische auf Deduktion beruhe. Diese übrigens unbewiesene These hat der Verfasser wahrscheinlich aus Bakunins Schriften geschöpft, der sie in „Dieu et l'Etat“ einmal hinwirft, indem er den Anarchismus dem Sozialismus gegenüberstellt.

Przewóski hat über das soziale Leben in Frankreich und über Bildungsfragen sehr interessante Artikel veröffentlicht.

Auch russische Emigranten haben für diese Zeitschrift geschrieben, Plechanow über Lassalle und Denbogoryj Mokryjewicz über „Rußlands politische Zukunft“.

Franko, ein begabter ruthenischer Schriftsteller, hat über galizische Zustände berichtet. Ein ständiger Mitarbeiter war auch Limanowski.

In der „Sozialen Revue“ trat der Einfluß der russischen Demokraten und Theoretiker zutage, wenn auch in geringerem Maße als in der Warschauer „Stimme“.

Das Organ hat kühn und ohne jegliches Deckmäntelchen die brennendsten Tagesfragen angeschnitten.

In Galizien war es der Schrecken der konservativen Kreise und brachte eine frische Brise in das stagnierende Leben.

Die Wochenschrift „Stimme“, die in Warschau am 1. Oktober 1886 erschien, war eine nicht weniger interessante und charakteristische Erscheinung für die damalige Zeit.

Diese Zeitschrift hat nach ihrem Programm die Interessen aller Gesellschaftsschichten denen des Volkes untergeordnet und gegen die Ausbeutung von Arbeitern, landlosen Bauern und Besitzern winziger ländlicher Anwesen gekämpft.

„Stimme“ begann einen energischen Kampf gegen das Programm der „Organisatorischen Arbeit“, wies auf das Bestehen eines Klassenantagonismus hin und auf die Unmöglichkeit, die Interessen aller gesellschaftlichen Schichten gleichmäßig zu unterstützen.

„Stimme“ war die erste polnische Zeitschrift auf russischem Boden, die kühn und öffentlich die Partei der Arbeiter ergriff, gegen die Übergriffe der Kapitalisten auftrat, gelegentlich die Namen der Fabrikanten veröffentlichte, die die Arbeiter auf die eine oder andere Weise geschädigt hatten.

Um „Stimme“ haben sich die beweglichsten Elemente der literarischen Welt geschart.

Jozef Potocki (Maryan Bohusz) war der Verfasser einer Reihe von programmatischen und theoretischen Artikeln aus dem Gebiet der Sozialphilosophie [1]).

Jan Popławski, Mitglied der Liga und eine der Stützen der nationalen Demokratie, schrieb damals feurige Artikel für die Sache der Arbeiter und trat leidenschaftlich gegen Adel und Bourgeoisie auf.

Wir haben bereits erwähnt, daß „Stimme“ die Bauern idealisiert und der Zivilisation des Adels gegenübergestellt hat.

Bis zum Jahre 1887 hat diese Zeitschrift den Marxisten Raum gewährt, auch Krzywicki hat für das Blatt geschrieben. Als 1886 Adam Zakrzewski einen Artikel über Parzellierung veröffentlichte, die ihm in idealem Lichte erschien, und dabei Ausfälle gegen „marxistische Doktrinen“ machte, hatte Krzywicki

1) Seine soziologischen Arbeiten erschienen später in Buchform, „Konkurrenz und gemeinsame Arbeit“ (in polnischer Sprache).

das letzte Wort in der Polemik und Zakrzewski schied aus der Redaktion aus.

Auf „Stimme“ werden wir später noch zurückkommen, jetzt ist es uns um eine Schilderung des Charakters der Zeitschrift in den ersten Jahren ihres Bestehens zu tun.

Der Einfluß der sozialistischen Bewegung in Polen trat in dieser Zeitschrift deutlich zutage; die Anhänger von „Proletariat“ hatten persönliche Beziehungen zu den späteren Mitarbeitern von „Stimme“.

Potocki, der bedeutendste unter den Mitarbeitern von „Stimme“, schrieb sogar unter dem Pseudonym Bohusz zu Ehren des Sozialisten Maryan Bohusz.

Die Männer, die sich um „Stimme“ geschart haben, hatten keine einheitliche Weltauffassung in theoretischer Beziehung; die meisten unter ihnen waren Patrioten, andere hatten enge organisatorische Beziehungen zur „Polnischen Liga“, und sozialer Radikalismus galt eher als Beweis der Sympathie intellektueller Menschen untereinander, denn als Richtschnur für praktisch-politisches Handeln. Das Programm von „Proletariat“ war ihnen zu kosmopolitisch. Auf diese Weise drangen nach dem Untergang von „Proletariat“ sozialistische Ideen in gemäßigter und etwas veränderter Form in die Gesellschaft; die Redakteure standen außerhalb der eigentlichen sozialistischen Bewegung.

XI.

Wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, gab es seit 1886 keine sozialistische Organisation; dagegen drangen sozialistische Ideen in veränderter und gelegentlich verwässerter Form mit einer größeren oder geringeren Dosis russischen Volkstums in die Kreise der Patrioten.

Es könnte den Anschein haben, als wenn dies Eindringen des Sozialismus in den Kreis der polnischen Intelligenz für seine künftige Entwicklung günstig war, tatsächlich war es nur von Übel, da der Mangel einer strikt sozialistischen Organisation dazu geführt hat, die Unterschiede zwischen Bauerntum, Radikalismus und neuzeitlichem Sozialismus zu verwischen.

Die Patrioten behaupteten, Sozialisten zu sein, nur . . . .

und hier begann eine ganze Litanei von Vorbehalten, die im Grunde genommen aus ihrem Sozialismus ein seltsames Gemisch von widerspruchsvollen Ansichten, die nicht einmal auf dem Boden des Klassenkampfes standen, machten.

Unter der großen Anzahl der Studierenden der höheren Lehranstalten in Warschau — es gab ihrer 25—30 gegen Ende 1886 und zu Beginn des Jahres 1887 —, die sich selbst mit ihrer Weiterbildung beschäftigten, haben sich die Studenten der Kronenbergschen Handelsschule durch ihren weiten sozialen Horizont ausgezeichnet.

Die Begründer dieses Kreises waren: Ludwik Kulczycki, Stanislas Kassyusz, Wladyslas Gizbert-Studnicki und Kasimir Szczepański.

Die drei Erstgenannten haben Sozialwissenschaften mit großem Eifer betrieben.

Als sie überzeugte Sozialisten wurden und den Verfall der Bewegung im Lande sahen, versuchten sie propagandistisch unter der studierenden Jugend zu wirken. Zu diesem Zwecke begründeten sie Selbstbildungskurse für die Studenten der Handelsschule, denen sich freilich auch andere anschließen konnten. Man gab sich Mühe, Menschen heranzuziehen, deren Charakter gewisse Garantien bot und die den Wunsch hatten, sich weiterzubilden. Ursprünglich umfaßte die Gruppe etwa 20 Personen, von denen mehrere zu verschiedenen Zeiten wegen politischer Vergehen ins Gefängnis kamen; hier ihre Namen: Ludwik Kulczycki, Stanislas Kassyusz, Wladyslas Gizbert-Studnicki, Kazimir Szczepański, Czesław Hulanicki, Mieczysław Kiersz, Wacław Naziębło, Ludwik Teoplitz, Stanislas Bielski, Ludwik Krassuski und Jan Wyteżyński (der letztere war nicht Sozialdemokrat).

Die Führer des Selbstbildungskreises haben in einer Reihe von Referaten, die sie auf sozialistischen Versammlungen verlasen, die sozialistische Lehre vorgetragen und in eingehenden Diskussionen versucht, ihre Hörerschaft zu überzeugen; sie haben auch nationale Fragen auf breiter sozialpolitischer Grundlage angeschnitten.

Der Kreis besaß eine Bibliothek, die sich vorwiegend aus historischen und sozialen Schriften zusammensetzte. Innerhalb

kurzer Zeit haben sich einige der begabtesten Mitglieder ausgezeichnet: Hulanicki, Kiersz und Krassuski. Später bekannten sich auch die übrigen in geringerem oder stärkerem Maße zu sozialistischen Ideen.

Innere Arbeit genügte ihnen nicht, sie strebten danach, ihre Ideen zu verbreiten. Aus diesem Grunde knüpften sie Beziehungen zu Universitätsstudenten und Gymnasiasten der obersten Klassen an.

Um die gleiche Zeit organisierte sich der „Bund der polnischen Jugend“, der fast alle Selbstbildungs- und Universitätskreise beherrschte.

Die begabteren Mitglieder aus dem Selbstbildungskreise der Handelsschule waren schon zu Beginn des Jahres 1887 entschiedene Sozialisten, nur hatten sie noch keine klaren Ansichten über die zu ergreifende Taktik: die einen wie Kulczycki und Szczepański haben dazu geneigt, der nationalen Frage sehr viel Platz in der propagandistischen Agitation einzuräumen; dagegen waren Kassyusz und Studnicki-Gizbert damals Kosmopoliten. Die Führer des „Bundes der polnischen Jugend“ haben die sozialen Ideen der Handelsschüler gekannt und ihren Einfluß auf die Organisation in sozialistischer Richtung gefürchtet. Erst später, im Ausland, wurde einer der Handelsschüler aufgefordert, dem „Bund“ beizutreten; als dies geschehen war und er sich über den dort herrschenden Geist orientiert hatte, warnte er die sozialistische Jugend, die dem Bund zuzuströmen begann, davor.

Nachdem die Handelsschüler mit fast allen Selbstbildungskreisen Fühlung genommen hatten, begannen sie sie in sozialistischem Sinne zu beeinflussen. Am Sonnabend und Sonntag fanden regelmäßige Versammlungen statt, bei denen es zu lebhaften Debatten kam.

Einigen dieser Selbstbildungskreise waren auch jene Führer der ehemaligen „Solidarität“ beigetreten, die einer Verhaftung entgangen waren, Ignac und Wladyslas Dąbrowski und Tadeusz Kazerski, der bald darauf enge Beziehungen zur „Stimme“ anbahnte und einer patriotischen Organisation beitrat. Ignac Dąbrowski war später einer der Begründer des „Bundes der

Arbeiter". Damals stand er jedoch noch jeder sozialistischen Wirksamkeit fern.

Die späteren Mitglieder der Duma haben damals patriotischen Kreisen angehört: Paderewski, Harusiewicz und Chełchowski. Der gegenwärtige Führer der nationalen Demokratie trat erst einige Jahre später auf.

Die damalige Warschauer Jugend, wenn auch politisch wenig entwickelt, las verhältnismäßig viel; jedes neue Buch aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften fand großes Interesse und rief lange Diskussionen hervor. Die geistige Bewegung war ziemlich stark und mehrere Persönlichkeiten haben ihr angehört, die später in den verschiedensten politischen Parteien eine hervorragende Rolle gespielt haben.

Im Frühling 1887 knüpfte Kulczycki Beziehungen zu Handwerkern an; zuerst lernte er einige Buchbinder kennen, später traten Schneider dazu.

Da einmal Beziehungen zu Handwerkern angeknüpft waren, war es leicht sie zu erweitern, was denn auch bald geschah.

Kulczycki, Kassyusz und Gizbert-Studnicki hielten Vortragszyklen für Handwerker und Arbeiter. Zuerst dachte man nur daran, den Sozialismus zu propagieren und sozialpolitische und historische Aufklärung zu verbreiten. Kulczycki hat polnische Geschichte vorgetragen, mit besonderer Berücksichtigung des Klassenkampfes; Gizbert-Studnicki Nationalökonomie; Kassyusz außer Nationalökonomie auch einzelne Abschnitte aus der Weltgeschichte. Sie hielten auch Vorträge über Lassalle, Marx, die Revolution von 1848 und andere Themen, besonders soweit sie mit Konstitutionen in europäischen Ländern in Zusammenhang standen.

Im Herbst 1887 ging Kulczycki nach Genf, um Nationalökonomie zu studieren und Beziehungen zu sozialistischen Emigranten anzuknüpfen. Er lernte dort Mendelson, Dębski, die patriotischen und einen gewissen Teil der russischen Emigranten kennen und begann die gesamte polnische und russische revolutionäre Literatur der verschiedensten Richtungen zu studieren.

Seine taktischen Ansichten erfuhren eine Änderung. Die Leiter der patriotischen Bewegung unter den Emigranten ver-

standen es weniger gut, ihre eigentlichen sozialen Ansichten zu verbergen als die patriotischen Führer im Lande.

Die sozialistischen Emigranten, die reiche Erfahrungen hinter sich hatten, halfen Kulczycki in der Orientierung über besondere taktische Angelegenheiten.

Die russische revolutionäre Literatur machte ihm einen großen Eindruck. Der heldenhafte Kampf von „Volksfreiheit" erschütterte ihn; die neuentstehende russische sozialdemokratische Literatur, besonders Plechanows Arbeiten, beeinflußte seine soziologischen Ansichten sehr. Er verwarf alle Tendenzen, die in der Hebung des Bauernstandes das alleinige Heil sahen, und stellte sich auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes. In taktischer Beziehung bekannte er sich zum Terrorismus.

Als er die Fortschritte sah, die die ausschließlich patriotische Bewegung im Lande machte, und die Schwäche der neubegründeten sozialistischen Vereinigungen, beschloß er, seine theoretischen Studien auf einen geeigneteren Augenblick zu verschieben und sich ganz der praktischen Tätigkeit im Lande zu widmen.

Aus diesem Grunde verließ er Genf und nahm einen ganzen Transport polnischer und russischer sozialistischer Broschüren mit.

Ende Januar 1888 kam Kulczycki mit dem Transport nach Warschau [1]).

Als er Genf verließ, war er mit den Emigranten, die „Klassenkampf" und „Morgendämmerung" redigierten, in den wesentlichsten Punkten im Einverständnis, es galt jetzt, noch die Zustimmung der Warschauer Gefährten zu erlangen.

Übrigens war die Verbindung mit den Emigranten fürs erste ziemlich locker.

Unterdessen gingen in Warschau verschiedene Änderungen vor; als Kulczycki nach Genf gegangen war, waren drei Emigranten für kurze Zeit in die Heimat zurückgekommen.

1) Einige geringe Details des 1901 in „Morgendämmerung" veröffentlichten Artikels über die Gruppe des „Proletariats" im Jahre 1888 müssen hier berichtigt werden. Kulczycki hat nur seine Ansichten über Taktik in Genf geändert, absolut dezidierter Sozialist war er bereits in Warschau. Der erste Transport kam nicht in der ersten Hälfte des Jahres 1888, sondern bereits im Januar des gleichen Jahres nach Warschau.

Zusammen mit ihnen kam Kasprzak nach Warschau, der ein halbes Jahr vorher aus dem Gefängnis in Posen entflohen war.

Auch in Wilna, Riga, Kijew und Petersburg hielten sich Emigranten auf. Kasprzak blieb in Warschau und begann energisch unter den Arbeitern und Handwerkern zu arbeiten.

Kassyusz und Gizbert-Studnicki setzten die angefangenen Vortragszyklen fort.

Für Warschau war es von großer Bedeutung, daß illegale Literatur vorhanden war. Zwei Jahre hindurch hatte sie gefehlt.

Der Kreis der Handelsschüler wurde sozialistisch, ohne daß ihm auswärtige Publikationen zur Verfügung standen.

Im Jahre 1887 kursierten in Warschau in einigen Exemplaren zwei oder drei Broschüren, wie Liebknechts „Zum Schutz der Wahrheit“ und Marx' und Engels' „Kommunistisches Manifest“.

Ende Januar 1888 gab es in Warschau bereits alle Jahrgänge von „Morgendämmerung“, „Klassenkampf“, einige Exemplare der „Gleichheit“ und außerdem mehrere Broschüren. Ich möchte hier nur die wichtigsten agitatorischen Schriften erwähnen und zwar Broschüren von Lassalle, Młots „Wissen ist Liebknechts Macht“ (in polnischer Sprache), Engels' „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, Schrams „Das Entstehen des Reichtums“, Lafargues „Die Religion des Kapitals“ und andere.

Die Arbeiter und die mit dem Sozialismus sympathisierende Intelligenz stürzte sich gierig auf diese Publikationen.

Im Februar 1888 wandte sich der Goldarbeiter Adam Dąbrowski an Kulczycki und schlug ihm vor, ihn mit einem ganzen Arbeiterkreis bekannt zu machen.

Kulczycki machte sich diese Bekanntschaft eifrigst zunutze; auf seine Veranlassung trat der Maurer Wladyslas Anielewski der Organisation bei, ein intelligenter Mensch, der das Gymnasium besucht und früher lose Beziehungen zu „Proletariat“ gehabt hatte; außerdem kamen die Brüder Anton und Napoleon Zelcer, tüchtige und intelligente Arbeiter, und noch einige andere unbedeutendere Menschen.

Im Frühling des Jahres 1888 machte die propagandistische Arbeit große Fortschritte. Es gab viele Publikationen und es wurde eine Reihe neuer Beziehungen angebahnt. Kassyusz, Kulczycki und Gizbert-Studnicki hatten eine große Anzahl von Zuhörern, besonders am Sonnabend und Sonntag, aber auch an anderen Wochentagen.

Zu den im vorigen Jahre behandelten Themen wurden neue hinzugefügt, wie allgemeine Kenntnisse über Soziologie und Staatsrecht und Schilderungen aus der Geschichte der sozialistischen Bewegung in Rußland und Westeuropa.

Den damaligen Führern war es fürs erste in der Hauptsache darum zu tun, möglichst viele Agitatoren heranzuziehen, da nach ihrer Ansicht erst dann eine Massenagitation begonnen werden konnte.

Daneben gab es einen scharfen Kampf mit der patriotischen Partei, sie spielte sich als zum Sozialismus zugehörig auf und gewann gelegentlich echte Sozialisten für ihre Organisation.

Der „Bund polnischer Jugend“ war eine Bildungsabteilung, der auch Sozialisten angehörten.

Die „Proletarier“ (die damaligen Führer hatten im Jahre 1888 offiziell diesen Namen angenommen) bemühten sich, die wahren Sozialisten von dieser Abteilung fernzuhalten, indem sie ihnen die Augen über ihre nur vorgespiegelte Zugehörigkeit zur Partei öffneten.

Schon hatte Veto in seiner Broschüre „Zwanzig Kampfjahre des polnischen Proletariats“ (in polnischer Sprache) auf den Unterschied in den politischen Ansichten zwischen dem ersten und zweiten „Proletariat“ hingewiesen.

Das erste „Proletariat“ hatte an die Möglichkeit geglaubt, die Macht in Rußland durch die Sozialisten zu gewinnen; genauer ausgedrückt durch das Exekutivkomitee von „Volksfreiheit“. Das zweite „Proletariat“ (wir haben hier namentlich die polnischen Führer im Auge) glaubte, man könne in absehbarer Zeit nur eine allgemeine russische Konstitution erringen, mit Autonomie für die besonderen Teile des Reiches, also auch für Polen.

Die einzige programmatisch-taktische Publikation der damaligen Landesorganisation „Proletariat“, Kulczyckis Broschüre:

„Eine Erwiderung auf die Broschüre Zur Verteidigung der Tat und zum nationalen Schatz“ (in polnischer Sprache) weist deutlich darauf hin, daß das nächste politische Ziel Konstitution und Autonomie sei.

Die Broschüre wurde vor ihrem Erscheinen in einer Versammlung der wichtigsten Mitglieder der Organisation verlesen, in politischer Beziehung standen alle auf gleichem Standpunkt. Keiner der damaligen „Proletarier“ hoffte in nächster Zeit auf eine soziale Revolution in Rußland.

Kulczyckis Broschüre betonte nachdrücklich, auf welch schwachen Grundlagen das patriotische Programm beruhe, wies auf seine Unbestimmtheit in sozialer Beziehung, auf die Unklarheit über den für seine Verwirklichung einzuschlagenden Weg hin und enthielt schließlich das sozialistische Programm, wie es den damaligen „Proletariern“ vorschwebte. Die Broschüre betonte den grundsätzlichen Unterschied zwischen patriotischem und sozialistischem Programm, der darin beruht, daß das erste nur der Ausfluß politischer Wünsche ist, das zweite dagegen das Ergebnis der natürlichen Tendenzen der sozialen Entwicklung.

Kulczycki bewies, daß die patriotische Partei keine einheitliche Organisation sei, sondern sich in sozialer Beziehung aus sehr vielfältigen Elementen zusammensetze; die meisten der Mitglieder bekennen sich zu einem sentimentalen Bauernenthusiasmus ohne jeglichen politischen Rückhalt; ihr Programm entspricht den realen Interessen keiner Klasse, infolgedessen hängt es gewissermaßen in der Luft, ohne realen Grund.

Der Verfasser betonte, die sozialistische Bewegung sei das notwendige Ergebnis des kapitalistischen Staates, der sich auch in Polen entwickelt habe; sie entspreche den Interessen der Mehrzahl des polnischen Volkes, eine Konstitution mit Autonomie würde den nationalen Druck aufheben; nur die arbeitende Klasse im weitesten Sinne dieses Wortes: also das freie, intelligente und sich aus Fabrikarbeitern rekrutierende Proletariat repräsentiere eine tatsächlich revolutionäre Macht, auf die man sich stützen könne. Schließlich wies Kulczycki darauf hin, daß das Chaos der sozialpolitischen Ansichten der patriotischen Partei

nichts Gutes verkünde, daß ihr Pseudosozialismus und Radikalismus im Grunde genommen reaktionär seien und das gesamte Programm seinem Bankrott entgegengehe. Die intelligenten Kreise, die sich aus der Bourgeoisie rekrutieren, sind nicht revolutionär und die Patrioten vermögen sie nicht aus ihrem Schlaf zu erwecken. Kulczycki trat gegen die Patrioten auf, als gegen eine Organisation von undeutlicher sozialpolitischer Färbung, die sich auf keine soziale Schicht stützt, gleichzeitig wies er auf das Unheilvolle des nationalen Druckes hin und auf die Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen. Mit dem von ihm auf das Königreich Polen angewandten Ausdruck „absolute politische Selbstverwaltung" bewege er sich in den Bahnen des ersten „Proletariats". Aus einem weiteren Abschnitt der Broschüre ergibt sich, daß Kulczycki unter Selbstverwaltung Autonomie im weitesten Sinne verstand, wie sie etwa zwischen 1815 und 1830 im Königreich Polen bestanden hat. Diese Selbständigkeit hat die eigentlichen Grenzen der Autonomie überschritten. In der Broschüre hat auch die Terminologie gelegentlich geschwankt. Unzweifelhaft wurde jedoch zum erstenmal in einem politischen Programm Autonomie für das Königreich Polen verlangt. Res behauptet[1]), Kulczycki habe die anderen Provinzen vergessen. Das ist durchaus nicht der Fall, er hat nur die allernächsten praktischen Forderungen für das Königreich Polen formuliert.

Kulczyckis Broschüre wurde in 500 Exemplaren in Warschau lithographiert; um der Aufmerksamkeit der Polizei zu entgehen, wurde unten auf der letzten Seite Krakau als Druckort genannt. Sie wurde schnell verteilt, Sozialisten und Patrioten haben sie gelesen, die letzteren voller Empörung gegen den Verfasser. Ihre Bedeutung beruht darin, daß der Verfasser die verschiedenen Strömungen im patriotischen Lager genau kannte und diese Ansichten rückhaltlos klarlegte, während sie sie aus taktischen Gründen vor den Sozialisten zu verbergen liebten.

Im Frühjahr 1888 wurde Russisch-Polen von einer furchtbaren Überschwemmung heimgesucht. Die Redaktion von „Klassenkampf" gab aus diesem Anlaß eine gutgeschriebene Broschüre

---

1) Vgl. Res a. a. O. S. 255.

heraus, die in der Serie „Vom Tage" (Na dziś) erschien. Einer Schilderung der Überschwemmung folgt eine scharfe Kritik der Ratlosigkeit, in der sich die Regierung angesichts dieses Elementarereignisses befand. Die Broschüre schloß mit einer Aufforderung zum Kampf im Namen der Freiheit und des Sozialismus und einem Programmabdruck von „Proletariat".

Diese Broschüre kam mit einem zweiten Transport im Frühling und wurde in einer großen Anzahl von Exemplaren verbreitet. Im Sommer wurde eine zweite, gleichfalls im Ausland gedruckte Aufforderung verbreitet, sie war allgemeineren Charakters und forderte die Arbeiter auf, „Proletariat" beizutreten. Im Sommer wurden einige Vorträge über Nationalökonomie von Gizbert-Studnicki lithographiert. Die Arbeit zog immer weitere Kreise, es gab ziemlich viel illegale Literatur in Warschau, was die Propaganda sehr erleichterte.

Die Kritik über die Wirksamkeit der Patrioten hat ihre Früchte getragen, die Intelligenz wurde mißtrauisch und Sozialisten oder jene, die dem Sozialismus nahe standen, blieben dem „Bund polnischer Jugend" fern.

Am besten gedieh die Propaganda unter den Arbeitern.

Verschiedene Arbeiterkreise, in denen man propagandistisch gearbeitet hatte, hatten gelegentlich 300 und mehr Mitglieder. Außerdem gab es Arbeitergruppen, die ständige Beziehungen mit der Organisation unterhielten; sie erhielten Neuerscheinungen und hatten durch einzelne Mitglieder stets Fühlung mit dem Gesamtherd.

Die Organisation hatte gegen Ende des Jahres 1888 eine Reihe ausgezeichneter, gebildeter Arbeiteragitatoren, wie die Brüder Zaleski, Dąbrowski, Anielewski und andere. Jeder von ihnen hatte in Warschau ausgedehnte Beziehungen mit verschiedenen Arbeitern. Kasprzak, der in bezug auf Wissen tiefer stand als die eben Genannten, war ihnen hinsichtlich konspirativer und organisatorischer Fähigkeiten überlegen. Obgleich er erst Ende 1887 nach Warschau gekommen war, kannte er im Laufe eines Jahres bereits Hunderte von Arbeitern und übte einen starken Einfluß auf sie aus.

Man beschloß einen Kongreß im Ausland einzuberufen, um

Organisationsfragen zu regeln, die Beziehung der Landesgruppe zu den auswärtigen festzusetzen und sich über verschiedene taktische Fragen klar zu werden.

Der Kongreß fand Anfang August 1888 in Stockholm statt. Aus Warschau fuhren Kulczycki und Kasprzak hin; der erstere versuchte über Riga zu reisen, es gelang ihm jedoch nicht, nach Schweden zu kommen, während Kasprzak glücklich über Deutschland nach Stockholm kam.

Zum Kongreß sollten außer den Emigranten Vertreter sozialistischer Kolonien aus russischen Universitätsstädten kommen, einige der Erwarteten blieben jedoch aus.

Der Kongreß beschloß am bisherigen Programm festzuhalten; auch redaktionelle Angelegenheiten, das Verhältnis zu den Patrioten und Organisationsfragen wurden geregelt.

Um sich endgültig mit den Emigranten zu verständigen, ging Kulczycki Ende August nach Paris, dort traf er Mendelson, Jankowski und Dębski, die aus Stockholm zurückkamen.

Wie erwähnt, hatte die Landesorganisation „Proletariat“ bis jetzt nur lose Beziehungen zu den Emigranten. Jetzt galt es, diesen Beziehungen eine festere Form zu geben.

Da man mehreren der Landesagitatoren bereits Ende August nachspürte und Verhaftungen vorauszusehen waren, da sich ferner in Warschau neben „Proletariat“ eine sozialistische Gruppe zu bilden begann, aus der sich später der „Bund polnischer Arbeiter“ herauskristallisierte — ein Kreis, der sich in programmatisch-taktischen Fragen von „Proletariat“ unterschied —, fürchtete man schon in nächster Zukunft den bisherigen Kurs nicht einhalten zu können.

Um die Stetigkeit der Bewegung zu sichern, beschlossen die Emigranten und Kulczycki, als Landesdelegierter, eine Organisation zu gründen, die den im Ausland weilenden „Proletariern“ einen großen Einfluß auf Landesfragen sicherte. Ihrer drei — zwei Männer und eine Frau — bildeten ein Zentralkomitee, dessen Einverständnis nötig war in wichtigen Fragen, die die Aktion im Lande betrafen, und in allen bedeutenden Unternehmungen politischen Charakters.

Im Lande schritt die Arbeit immer weiter fort, aber gleich-

zeitig schlichen sich in die propagandistischen Kreise verdächtige Individuen ein, die sich später als Spione erwiesen.

In der Landesorganisation begannen bereits im Sommer Mißverständnisse; die einen wollten sofort terroristisch vorgehen, die anderen diesen Zeitpunkt hinausschieben.

Gegen Ende des Jahres 1888 wurden außer einem Anschlag auf den Unterrichtsminister Deljanow noch einige terroristische Aktionen geplant, sie unterblieben jedoch infolge von Massenverhaftungen.

Im November 1888 knüpfte „Proletariat" durch Vermittlung von Zofia Ginsburg Beziehungen zu einem Kreise von Artillerieoffizieren in Warschau an. Es geschah dies nach der Rückkehr der Ginsburg aus dem Ausland im Jahre 1889, sie bereitete zusammen mit einigen anderen einen Anschlag auf Alexander III. vor, wurde verhaftet und nahm sich in Schlüsselburg das Leben.

An illegaler Literatur fehlte es in Warschau nicht; Kulczycki, Szczepański, Zelcer und einige andere hatten große Transporte revolutionärer Publikationen glücklich befördert.

Es wurden noch zwei lithographierte Broschüren veröffentlicht: Kautskis „Verteilung des Arbeitsertrages im sozialistischen Staat" und Kulczyckis „Über den Anarchismus" (in polnischer Sprache).

In materieller Beziehung hatte die Organisation schwer zu kämpfen; sie litt fortwährend an Geldmangel, so daß die Mitglieder gelegentlich ihre Sachen versetzen mußten. Gegen Ende des Jahres erwies die Abrechnung jedoch, daß sie im Laufe von nicht ganz einem Jahre über 2000 Gulden eingenommen hatte.

Die Gesamtarbeit von „Proletariat" beschränkte sich auf Warschau, die Publikationen drangen jedoch auch in die Provinz.

Am 7. Oktober wurde Gizbert-Studnicki mitten am Tage verhaftet. Die Ursache war sein Streit mit Sadowski, einem Hausverwalter in der Chmielnastraße, der die Polizei rief. Bei Studnicki befanden sich viele revolutionäre Publikationen. Sein Stubengenosse verlor den Kopf und rettete das alte Hausgerät zu Szczepański und Naziębła.

Am Abend desselben Tages kam Kulczycki aus dem Ausland zurück.

Szczepański und Naziębła wurden am 8. November verhaftet.

Um weitere Verhaftungen zu verhindern und einige kompromittierte Gefährten zu retten, wurde beschlossen, sie ins Ausland zu schicken. Infolgedessen reisten auf der Stelle ab: Sikorski, Anielewski und die Dąbrowska, nach einiger Zeit folgte Kassyusz.

Die Zurückgebliebenen entfalteten während sechs Wochen eine energische Tätigkeit.

Anfang Dezember wurden in Warschau 500 Exemplare von „Morgendämmerung“ verbreitet. Die Nummer enthielt die Bildnisse der bekannten russischen Führer, die Biographien der Terroristen und eine Artikelserie über die russische Bewegung.

Gegen Ende 1888 begann man mit der Provinz in Beziehung zu treten. In immer weiteren Kreisen gewann „Proletariat“ Sympathien.

Wir haben bereits erwähnt, daß sich abseits vom „Proletariat“ ein Kreis bildete, aus dem später der „Bund polnischer Arbeiter“ hervorging; die Führer dieses Kreises unterhielten zu den „Proletariern“ persönlich die besten Beziehungen, ihre Arbeit wollten sie jedoch unabhängig von „Proletariat“ beginnen, da sie weder für terroristische Maßnahmen waren, noch politische Agitation in den Vordergrund rücken wollten; sie wollten auf ökonomischer Basis vorgehen und alles Revolutionäre vermeiden.

Unter den mit den „Proletariern“ Sympathisierenden befand sich auch Rosa Luxemburg, die sich damals, trotz ihrer Jugend, durch ihre literarische Begabung auszeichnete. Sie machte novellistische Versuche. Sie war Sozialistin, hatte jedoch noch keine festumrissenen programmatischen Ansichten.

Obgleich „Proletariat“ sich mit Streikagitation nur wenig beschäftigte, fanden im Jahre 1888 doch einige Streiks unter seiner Leitung statt.

Fabrikanten und Meister, die dafür bekannt waren, daß sie ihre Arbeiter schlecht behandelten, erhielten Verwarnungen vom „Proletariat“; nach der dritten Verwarnung wurde ihnen eine Prügelstrafe zudiktiert. Dieser Fall trat nur einmal in Wirksamkeit bei dem bekannten Industriellen Bernhard Handke. Die Arbeitgeber schickten diese Verwarnungen der Gendarmerie,

die während der Untersuchung entsprechenden Gebrauch davon machte. Waclaw Naziębło wurde nach zweijähriger Untersuchung zu noch zwei Jahren Gefängnis verurteilt, namentlich weil man ihn für den Verfasser einiger Verwarnungen hielt.

In der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember fanden in Warschau Massenverhaftungen und Revisionen statt. Verhaftet wurden damals Kulczycki, die Brüder Zelcer, Handelsman, Zalewski [1]) und mehrere andere. In den folgenden Tagen wurden über 50 Personen verhaftet, auf mehreren lastete nicht der leiseste Verdacht.

Das Hauptverdienst der Führer dieser Gruppe bestand darin, daß sie eine Konstitution und Autonomie für das Königreich Polen als politische Forderung aufgestellt hatten. Außerdem hatten sie die seit anderthalb Jahren nicht mehr existierende Organisation erneuert und auf diese Weise viel zur Entwicklung der Bewegung beigetragen.

Ihr drittes Verdienst besteht darin, daß sie den Kampf mit den Patrioten aufgenommen haben; ohne die Führer aus dem Jahre 1888 hätten die Patrioten nicht nur einen großen Teil der Intelligenz umgarnt, die sich später den Sozialisten angeschlossen hat, sondern auch viele Handwerker und Arbeiter gewonnen, zu denen sie rege Beziehungen unterhielten.

Viertens wurden viele Menschen aufgeklärt und auf propagandistischem Wege sozialistische Ideen in Arbeiterkreisen verbreitet; die Vorträge wurden von einigen hundert Hörern besucht, und die Publikationen von „Proletariat“ wurden von mindestens zehnmal soviel Menschen gelesen.

Fünftens dauerte die von den Führern von 1888 erneute Organisation ununterbrochen bis zum Jahre 1892, d. h. bis zum Augenblick, wo „Proletariat“ zu existieren aufhörte. Die Mitglieder haben sich später dem neubegründeten Bund angeschlossen.

Nach den Dezemberverhaftungen blieben auf freiem Fuße Kasprzak, Hulanicki, Kiersz, Weinberger und einige andere, die noch lange als Führer tätig waren.

1) Zalewski ist Arbeiter, nicht zu verwechseln mit Trusiewicz, der Zalewskis Namen als Pseudonym benutzt.

Die Untersuchung über die Wirksamkeit der Verhafteten dauerte zwei Jahre; sie wurde persönlich geführt von Oberst Bielanowskij, dem Gehilfen des Staatsanwalts in Postorskij, und dem Rittmeister Szlikiewicz, dem Gehilfen des Staatsanwalts des Kreisgerichtes Smyrnow. Mittelbar führte die Untersuchung der Staatsanwalt des Strafgerichts Turan.

Im Frühjahr 1889 machten in Zürich einige polnische Emigranten von „Proletariat" und einige russische von „Volksfreiheit" Versuche mit Panklastitbomben. Während eines Versuches explodierte eine der Bomben, der Russe Dembo wurde getötet und Dębski schwer verwundet; infolgedessen wies die Schweizer Regierung nach vorangegangener Untersuchung einige Emigranten aus, darunter befanden sich auch Anielewski und Kassyusz.

Dies Ereignis war ein Fingerzeig für die russische Regierung, daß der Beginn terroristischer Aktion seitens des „Proletariats" nur eine Frage der Zeit war. Verhaftungen in Paris, die im folgenden Jahre unter russischen und polnischen Emigranten stattfanden, verursacht durch das Auffinden von Sprengstoff in der Nähe der Stadt dank der Anzeige eines Provokateurs, verschärften die Wachsamkeit der Regierung und befestigten sie im Glauben an terroristische Tendenzen von „Proletariat".

Anfang 1890 wurde Anielewski in Posen verhaftet (es war zur Zeit des Ausnahmegesetzes); nachdem er einige Jahre gesessen hatte, wurde er an Rußland ausgeliefert.

Kassyusz ging 1890 unter fremdem Namen nach Lemberg und entfaltete dort eine sehr nützliche sozialistische Tätigkeit, während die heutige Organisation ihre ersten Schritte versuchte.

Nach Verlauf einer gewissen Zeit wurde er an die russische Grenze befördert und der Gendarmerie übergeben.

Das Urteil, das gegen die „Proletarier" von 1888 gefällt wurde, war sehr hart; weder vorher noch nachher war man in Polen bei ähnlichen Anlässen so scharf vorgegangen.

Die höchsten Strafen wurden denen zudiktiert, denen man nachwies, daß sie Terroristen seien oder sich um technische Dinge bekümmert hatten. Stanislas Kassyusz und Wladyslas

Anielewski wurden zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Sibirien verurteilt; Anton und Napoleon Zelcer, Kazimir Szczepański, Handelsman und Ludwik Toepliszt (aus anderen Gründen verhaftet, wurde er den „Proletariern" beigesellt, aber vor dem Urteil gegen Kaution freigelassen) zu je 5 Jahren Gefängnis, Ludwik Kulczycki zu 2½ Jahren Gefängnis; Wacław Naziębło und Wisniewski zu 2 Jahren Gefängnis — nachdem sie sämtlich 2 Jahre in Untersuchungshaft verbracht hatten. Bielski wurde zu einem Jahr Gefängnis, Wladyslas Gizbert-Studnicki infolge seiner Nervenkrankheit zu 3 Jahren Sibirien anstatt Gefängnis verurteilt. Mehrere der weniger schuldig befundenen Arbeiter erhielten eine Gefängnisstrafe von 3 bis zu 6 Monaten, die Untersuchungshaft, die bei ihnen kürzer als bei den anderen gedauert hatte, wurde nicht abgerechnet.

Trotz des Verlustes so vieler energischer Männer, die gegen Ende 1888 entweder verhaftet waren oder das Land verlassen mußten, wurde die Organisation, wie bereits erwähnt, nicht völlig gesprengt. Sie mußte nur eine Zeit hindurch in aller Stille arbeiten.

Im Frühling 1889 regte es sich in Warschau wieder mehr unter den Arbeitern und der Intelligenz, „Proletariat" erweiterte seine Wirksamkeit, die Organisation wuchs.

Damals kamen einige Personen aus der Ukraine nach Warschau und traten der Organisation bei, während sie bis dahin nur lose Beziehungen zur Partei gehabt hatten.

Die Tätigkeit von „Proletariat" war ungefähr so wie im Jahre 1888. Infolgedessen werden wir nicht mehr in Details eingehen und uns nur mit den wesentlichsten Momenten befassen.

1889 fand ein internationaler sozialistischer Kongreß in Paris statt, von polnischen Delegierten waren zugegen: Mendelson, die Jankowska, Winiarski und Anielewski.

Im selben Jahre veröffentlichte „Proletariat" einen energischen Aufruf an die Offiziere und leitete eine Reihe von Streiks, die in der Mehrzahl für die Arbeiter günstig verliefen.

1889 traten Spaltungen unter den polnischen Sozialisten ein. Im Januar erschien in Paris eine national-sozialistische Monats-

schrift „Weckruf" (Pobudka). Die von ihr vertretene Richtung war gewissermaßen die weitere Fortsetzung des bereits erwähnten „Polnischen Volkes" (Lud polski). „Weckruf" forderte die Unabhängigkeit Polens und bekannte sich zum Sozialismus. Später wird von dieser Zeitschrift ausführlich die Rede sein, fürs erste möchten wir nur ihr Verhältnis zu „Proletariat" und den patriotischen Elementen skizzieren. „Weckruf" verhielt sich „Proletariat" gegenüber fast feindlich, da ihm die Vereinigung als zu kosmopolitisch erschien.

Zu den Patrioten waren die Beziehungen von „Weckruf" verschiedenartig; ganz reinen Patrioten wie z. B. Miłkowski gegenüber nahm die Zeitschrift einen feindlichen Standpunkt ein, selbst der Demokrat Wystąch erfreute sich ihrer Sympathien nicht; dagegen unterhielt sie zu den Warschauer Anhängern von „Stimme" freundschaftliche Beziehungen und wurde von diesen und den Radikalen unterstützt. „Weckruf" bildete keine besondere sozialistische Partei, doch wurde das Blatt im Lande viel gelesen und von einzelnen Individuen und dem linken Flügel des patriotischen Lagers unterstützt.

Um jene Zeit sagte sich „Stimme" öffentlich vom Marxismus los, der in „Wahrheit" (Prawda) sein Organ fand. „Weckruf" assistierte „Stimme" im Kampf gegen „die Doktrinären", was ihm um so leichter fiel, als er selbst niemals auf dem Standpunkt des strikten Klassenkampfes gestanden hat.

Neben dem „nationalen Sozialismus" begann im Jahre 1889 auch der „Bund polnischer Arbeiter" (Związek robotników polskich) seine Wirksamkeit.

Die Mitglieder hatten sich die Aufgabe gestellt, eine breite Massenagitation auf der Grundlage der ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse ins Leben zu rufen. Der politische Kampf wurde fürs erste völlig in den Hintergrund gerückt.

Die „Bündler" gründeten mehrere Arbeiterzirkel, in denen systematisch Vorträge über Sozialwissenschaften und andere Gebiete gehalten wurden. Mit weiter fortgeschrittenen Arbeitern wurde gelegentlich privatim über politische Freiheiten gesprochen, in den politischen Kampf sollte jedoch nicht eingetreten

werden. Diese Richtung erinnert deutlich an den sogenannten „Ökonomismus".

Der „Bund polnischer Arbeiter" gründete 1890 eine Unterstützungs- und Streikkasse, um die sich allmählich eine große Anzahl von Arbeitern scharte. Mit den „Proletariern" hielt der „Bund" keinen Frieden, da er ihnen Blanquismus vorwarf und behauptete, es sei ihnen nicht um die Aufklärung breiter Massen zu tun, sondern um Konspirationen, die politische Umwälzungen erzeugten.

In der Folge werden wir die politischen Begriffe von „Proletariat" eingehend erörtern und bei dieser Gelegenheit auch die Vorwürfe des „Bundes" prüfen.

Die „Bündler" stellten sich die kommende soziale Entwicklung als einen langsamen, fast friedlichen Prozeß vor; die meisten unter ihnen waren der Ansicht, ökonomische Notwendigkeiten würden so überzeugend als solche wirken, daß sich eine sozialpolitische Umgestaltung ohne große Erschütterungen vollziehen würde.

Die theoretischen Ansichten des alten „Bundes polnischer Arbeiter" erschöpfend zu behandeln ist schwer, da er keinerlei Parteiliteratur verfaßt hat und erst in einer weiteren Phase seiner Entwicklung Manifeste zu erlassen begann.

Nach seinem Untergang haben einige seiner früheren Anhänger und Verteidiger behauptet, er habe politische Zwecke verfolgt; diese Ansicht entspricht jedoch den Tatsachen nicht.

Zum Beweis dessen bringen wir einen Auszug aus „Arbeitersache" (Sprawa robotnicza), die viel eher bereit war, den „Bund" zu idealisieren als ihn zu unterschätzen.

Im einleitenden Artikel in Nr. 1 dieser Zeitschrift lesen wir:

„Beschränkte sich vorher [1]) die Hauptwirksamkeit und gelegentlich die gesamte Bewegung darauf, Individuen und einzelne von der Masse losgelöste Kreise zu bilden, so haben alle Bestrebungen jetzt darin gegipfelt, Klassenbewußtsein unter den Arbeitermassen zu erwecken.

Dementsprechend begründete man unter den Arbeitern eine

---

1) Vor der Begründung des „Bundes". Anmerkung d. Verf.

breite Agitation auf der Grundlage der Tagesinteressen des Proletariats, eine Agitation zugunsten höherer Löhne, eines verkürzten Arbeitstages usw. Unterstützungskassen, Fachorganisationen traten ins Leben und die Zahl der Streiks wuchs. Mit einem Worte, alles stand im Zeichen ökonomischen Kampfes. Dieser Kampf mußte allmählich einen politischen Charakter annehmen, seitdem wurde das Gesamtinteresse aller polnischen Arbeiter das Losungswort der Agitation. So geschah es während der Manifestation am 1. Mai, wo das Losungswort: Achtstundentag und politische Freiheit Tausende von Proletariern in Bewegung setzte."

Erst im Jahre 1891, also zwei Jahre nach ihrem Bestehen, haben die Bündler politische Forderungen in ihrer Broschüre vom 1. Mai gestellt. Durchaus zaghaft, ohne ihre aktuelle Bedeutung zu betonen. Die Broschüre ist uns augenblicklich nicht zur Hand, infolgedessen müssen wir davon absehen, entsprechende Zitate anzuführen.

Einen deutlichen Begriff vom Charakter des „Bundes" kann man aus Unterredungen mit den intelligentesten Arbeitern, die ihm ursprünglich angehört haben, gewinnen.

Charakteristisch für die Bündler war die bereits erwähnte Anschauung, daß die Verwirklichung sozialistischer Theorien sich auf friedlichem Wege vollziehen werde. Ein Arbeiter, ein ehemaliger Bündler, schildert sie folgendermaßen:

„Die Ansicht des Bundes hatte im Geist der Mitglieder so stark Wurzel gefaßt, daß, als Gendarmen gefangenen Arbeiterführern [1]) die Anklageschrift vorlasen, wonach sie zu einer sozialrevolutionären Partei, die sich ‚Bund der Arbeiter' nannte, gehörten, die Arbeiter vor allen Dingen darauf bedacht waren, dem die Untersuchung führenden Offizier klarzumachen, daß ihre Organisation nicht revolutionär sei. Erst der Offizier bewies ihnen das Irrige ihrer Auffassung."

Das junge „Proletariat" wies Schritt für Schritt den Bündlern das Verkehrte dieser „Diplomatie" nach.

Es liegt uns fern zu behaupten, daß der „Bund polnischer

---

1) Diese Arbeiter waren Ch., W. und einige andere.

Arbeiter" nicht gewisse Verdienste in der Massenagitation gehabt habe, wir wollen hier nur auf die von ihm begangenen wesentlichen Irrtümer hinweisen.

Einer seiner Hauptbegründer war Janusz Tański, er starb im Jahre 1899 zu Warschau und war der Arbeitersache bedingungslos ergeben. Auf die Wirksamkeit des Bundes werden wir noch eingehen.

Auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Paris im Jahre 1889 wurde beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Dieser Beschluß war für die polnische Arbeiterbewegung von ungeheurer Bedeutung.

Bis jetzt hatte es an einem Losungswort gefehlt, unter dem sich die Masse bei festlichen Anlässen hätte sammeln können. Jetzt war es gefunden, es war der Arbeiterfeiertag, der als solcher bei den Sozialisten der ganzen Welt galt. An diesem festlichen Tage sollten die Arbeiter aller Länder demonstrieren, um ihre nächsten Ziele zu erreichen.

„Proletariat" begann bereits Anfang 1890 energisch unter den Arbeitern zu agitieren, um sie zu veranlassen, ihre Arbeit am 1. Mai einzustellen.

Aus Paris kam Padlewski [1]), um seinen Landsleuten bei der Veranstaltung der Maifeier zu helfen. Seine Anwesenheit in Warschau trug nicht wenig dazu bei, der Bewegung neuen Schwung zu geben.

Die „Proletarier" versuchten in alle Fabriken und Werkstätten einzudringen, um die Arbeiter für die Maifeier zu gewinnen.

Auch die „Bündler" waren energisch an der Arbeit.

Einige Tage vor dem 1. Mai veröffentlichte „Proletariat" einen energischen Aufruf, er war in der Landesdruckerei der Partei gedruckt und in Warschau und Lodz verteilt worden.

---

1) Ende 1890 tötete er in Paris den ehemaligen Chef der russischen Gendarmerie, den General Sieliwerstow; dann flüchtete er nach Amerika, wo er jedoch infolge seiner Sehnsucht nach Europa, schwieriger Lebensbedingungen, der anhaltenden Verfolgung russischer Spione seinem Leben freiwillig ein Ende machte. Der Anschlag auf Sieliwerstow war nicht das Werk der Partei, sondern ausschließlich Padlewskis eigene Tat.

Die Proklamation hat die Bedeutung des Achtstundentages und der Maifeier auseinandergesetzt und die Arbeiter aufgefordert, durch Massendemonstrationen zu bekunden, daß sie bereit seien, männlich für die Freiheit zu kämpfen.

In Lodz veröffentlichte „Proletariat“ auch eine deutsche Proklamation und forderte die deutschen Arbeiter auf, solidarisch mit dem polnischen Proletariat vorzugehen.

Regierung und Kapitalisten entfalteten gleichfalls eine fieberhafte Tätigkeit, um die Arbeiterfeier zu verhindern. Mehrere Kosakenabteilungen mit Kantschu wurden in der Stadt postiert, außerdem befahl die Regierung, um eine antisemitische Bewegung zu erzeugen, den jüdischen Ladenbesitzern, ihre Läden zu schließen, unter dem Vorwand, daß man die Absicht habe, sie zu plündern. Die Fabrikanten drohten den Arbeitern, sie zu entlassen, falls sie sich am 1. Mai nicht zur Arbeit einstellen würden.

Endlich kam der ersehnte Tag, im ganzen haben etwa acht- bis zehntausend Arbeiter gefeiert.

Eine Reihe kleiner Schuster-, Tischler-, Klempner- und anderer Werkstätten hatten ihren Betrieb völlig eingestellt.

Größere Fabriken standen unter der besonderen Aufsicht der Polizei und der Besitzer.

Infolge dieser und vielleicht auch aus anderen Gründen, von denen noch am Schluß die Rede sein wird, kamen die großen Warschauer Fabriken nicht außer Betrieb, wenn auch mehrere der dort beschäftigten Arbeiter gefeiert haben. So feierten in den Werkstätten der Warschau—Wiener Eisenbahn 400 Arbeiter, bei Ortrein 15, bei Lilpopp & Ran 80 usw.

Überall waren die Arbeiter in gehobener Stimmung.

Der erste Mai verlief relativ ruhig. Die Bourgeoisie war jedoch ehrlich erschrocken.

In Lodz war allgemein gearbeitet worden.

Seit dem Jahre 1890 spannen die polnischen Sozialisten jährlich all ihre Kraft an, um am 1. Mai geschlossen aufzutreten und einen Beweis ihrer Kraft und ihres Zielbewufstseins zu geben.

Dieser Umstand hat den Charakter der polnischen sozialistischen Bewegung verändert: bis zum Jahre 1890 hatten Massen-

demonstrationen und Streiks keine Bedeutung. „Proletariat" hat der Arbeitslosigkeit nur geringes Gewicht beigemessen. Es war ihm namentlich darum zu tun, die geheime Organisation zu stärken, wenngleich es die Notwendigkeit der Massenagitation anerkannt hat und von Zeit zu Zeit zu diesem Mittel griff.

Von 1890 an wurde die Maifeier das Gebiet für Massenagitation; alle Kräfte der polnischen Sozialisten waren darauf gerichtet.

Vor und nach dem 1. Mai wurden mehrere Führer von „Proletariat" verhaftet: Czesław Hulanicki, Weinberger, Emilie Wodzisławska, Niebelt, der Österreicher Władzimierz Schlejen, Stanislas Trusiewicz. Selbst einige Gymnasiasten wurden verhaftet: Mielczarski, Mikłoczewski und Kawiński.

Ein neuer politischer Prozeß begann, der wie der von 1888 auf administrativem Wege geführt wurde. Verurteilt wurden Weinberger und Schlejen zu 3½ Jahren, Niebelt, Hulanicki, die Wodzisławska zu je 2 Jahren, Trusiewicz zu einem Jahr, die übrigen zu 6 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde keinem von ihnen angerechnet.

Von den genannten Führern starben: Weinberger während der Haft und Niebelt in Wilna, kurze Zeit nachdem er das Gefängnis verlassen hatte.

Während der zweiten Hälfte des Jahres 1889 und im Jahre 1890 machte „Proletariat" bedeutende Fortschritte und drang in immer weitere Arbeiterkreise ein.

Von 1890 an bis in die zweite Hälfte von 1892 hörte die Organisation auf sich zu entwickeln, aber ihr Charakter unterlag einer gewissen Veränderung; das Programm blieb zwar unverändert, aber die Wirksamkeit der Organisation beruhte ausschließlich auf Massenagitation, Streiks und Vorbereitungen zur Maifeier; in diesem Sinne wurde propagandistisch gearbeitet.

Anderseits begann von 1891 an der „Bund polnischer Arbeiter" allmählich seinen bisherigen Charakter zu ändern und politische Fragen zu berücksichtigen, wenn auch nur in unbedeutendem Maße. Ein mißlungener Anschlag in Warschau in der russischen Kirche auf der Miadower Straße war eine vereinzelte Erscheinung.

Selbst die alte „Morgendämmerung" begann sich von 1891 an deutlich zu wandeln und verlor ihren ursprünglichen Charakter.

Zwei Ursachen haben hauptsächlich dazu beigetragen, die politische Physiognomie von „Proletariat" zu verändern: der absolute Zusammenbruch der russischen revolutionären Bewegung für eine gewisse Zeit und die Maifeier.

Solange Petersburg ruhig blieb, hatte das Veranstalten terroristischer Anschläge und das Führen einer scharfen revolutionären Aktion in Warschau keinen Sinn. Die ganze Last des Kampfes mit dem Despotismus vermochte Polen nicht allein zu tragen.

Für die Energie der polnischen Revolutionäre war die Maifeier ein Abfluß nach einer anderen Richtung hin.

Ehe wir zur Schilderung der Vorfälle in der Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung auf russischem Gebiet übergehen, müssen wir uns ausführlich mit den politisch-sozialen Doktrinen von „Proletariat" auseinandersetzen.

XII.

Im einleitenden Artikel von Nr. 3 und 4 der „Arbeiterfrage" (Sprawa robotnicza) finden sich nachstehende Sätze über „Proletariat": „Die programmatischen Grundsätze dieser Partei offenbaren fast nirgends ein konsequentes und einheitliches System. Am bezeichnendsten ist aber ihr konspirativer Charakter."

Den ersten Teil dieser Charakteristik muß man mit großer Vorsicht aufnehmen.

„Proletariat" hatte sich von 1882 bis 1890 sehr enge sozialpolitische Grenzen gezogen; es bedeutete dies freilich nicht, daß es sein Programm innerhalb dieser Zeit nicht in gewissen Punkten geändert hätte, aber diese Änderungen waren relativ unbedeutend und haben eher auf einem schwächeren oder stärkeren Betonen einzelner Punkte der Doktrin beruht als auf einer grundsätzlichen Umgestaltung.

Erst in den Jahren 1891 und 1892 zeigte sich in „Morgendämmerung" ein wichtiger Wandel in der Richtung der späteren polnischen sozialistischen Partei. Er vollzog sich allmäh-

lich, so daß er erst in den Nummern des Jahres 1892 einen deutlicheren Charakter annahm.

Rosa Luxemburg hat in ihren Artikeln über „Proletariat“ [1]) auf Grund ziemlich zahlreicher Zitate, besonders aus fünf Nummern der Zeitschrift „Proletariat“ von 1882—1885 den blanquistischen Charakter der Partei nachgewiesen. Aber der Blanquismus selbst hat Änderungen erfahren, wie auch von Rosa Luxemburg konstatiert wurde, und infolgedessen ist es von Bedeutung, im einzelnen auf die Ansichten von „Proletariat“ einzugehen.

In „Klassenkampf“ treten sie am deutlichsten und umfassendsten zutage.

„Proletariat“, das in Warschau unter außerordentlich schwierigen Bedingungen erschien, geschrieben und redigiert von Persönlichkeiten, die gezwungen waren sich zu verbergen, die weder die Zeit noch die Möglichkeit hatten, ihre Ansichten gründlich zu fundieren, ist nicht und kann nicht der genügende Ausdruck des polnischen Blanquismus sein.

Aus Raummangel können wir hier nicht eine detaillierte und vielseitige Analyse aller Artikel aus „Klassenkampf“ bringen, in denen die sozialpolitische Anschauung von „Proletariat“ klar zutage tritt, wir wenden uns nur den eindeutigsten Abschnitten der charakteristischsten Artikel zu.

Wir beginnen mit Artikeln der Zeitschrift „Proletariat“ und gehen erst später zu „Klassenkampf“ über.

Wahr ist es, daß „Proletariat“ unter dem Einfluß der aus Petersburg zugereisten Kunicki, Rechniewski und Płoski das Ergreifen der politischen Macht durch „Volksfreiheit“ in Rußland und infolgedessen das Überspringen einer bürgerlich-liberalen Epoche [2]) für möglich gehalten hat.

In Nr. 2 von „Proletariat“ lesen wir im einleitenden Artikel von den Vorteilen des Kampfes der russischen Revolutionäre mit der Regierung folgendes:

---

1) „Sozialdemokratische Revue“ 1903, Nr. 1 und 2.

2) Wir wissen von damaligen Führern, daß Janowicz ein Anhänger der Partei „Schwarze Aufteilung“ war und erst 1883 oder 1884 unter dem Einfluß von Mendelson und seinen politischen Freunden zu „Volksfreiheit“ übertrat.

„Den dritten Vorteil bietet der bereits bestehende Kampf; er stößt die bürgerliche Gesellschaft in die allmächtigen Arme der Regierung, bei der sie Schutz gegen den neuen Feind, der es auf ihre Privilegien abgesehen hat, zu finden hofft; diese beiden Elemente werden also immer mehr verquickt und identifiziert und verschmelzen zu einem einzigen, das sich phrasenlos als Feind der arbeitenden Klasse offenbart.

Freilich erschwert dies den Kampf im Anfang, da verschiedene neutrale und selbst mit der Regierung unzufriedene Kreise verletzt zurücktreten, es gibt ihm aber eine um so festere Basis; durch die geschilderte Art wird es unmöglich, daß die Menge im Falle einer Revolution von der herrschenden Klasse getäuscht und die revolutionäre Bewegung erstickt wird — eine Taktik, die gern und mit Erfolg geübt wurde.“

In diesem Abschnitt tritt, wie die Luxemburg mit Recht vermerkt, die allmähliche Organisation der Masse in die zweite Reihe, das Wesentliche ist der Augenblick des Ausbruchs der kommenden sozialen Revolution.

In Nr. 3 von „Proletariat“ finden wir folgenden, noch charakteristischeren Passus:

„Die Masse (des arbeitenden Volkes) erkennt ihre Unfähigkeit an, eine Umgestaltung durchzuführen, sie sucht Persönlichkeiten, denen sie vertrauen kann, um ihnen die Führung zu übertragen, bis jetzt verhält sie sich schweigend. Wer, wenn nicht wir können und müssen dies Vertrauen besitzen! Aber um es zu erwerben, gilt es durch die Tat zu beweisen, daß wir die Feinde der Bedrücker des Volkes sind, daß wir vor dem Kampf, den wir heute im Interesse der Masse führen, nicht zurückschrecken, daß wir wünschen, der Masse alles zukommen zu lassen, was ihr gebührt. Infolgedessen verwerfen wir für heute das Turnier der Bourgeois-Parlamente, deren unerfahrene Mehrheit den Feinden die Macht in die Hände spielt, deshalb erscheint uns eine energische, allein aus Sozialisten bestehende Regierung als sichere Grundlage für eine gänzliche Umgestaltung der Lage der arbeitenden Klasse.“

Folgende Erklärungen verdienen unsere spezielle Aufmerksamkeit: 1) Die Volksmasse erkennt ihre Unfähigkeit, die soziale

Umgestaltung durchzuführen, an; 2) die Partei verwirft für heute den Parlamentarismus der Bourgeoisie.

Einige Abschnitte in den Nrn. 4 und 5 des Artikels „Wir und die Regierung“ (My i rząd) beweisen, daß „Proletariat“ innerhalb der Grenzen einer kapitalistischen Gesellschaft die Vorteile politischer Freiheit wohl erkannt hat.

„Bis zum Augenblick des Entscheidungskampfes wird unsere Bewegung noch durch viele Wechselfälle gehen. Eine der Hauptaufgaben unserer vorbereitenden Arbeit ist der Kampf gegen die Anschläge der Regierung, die uns im Interesse der Bourgeoisie verfolgt, es gilt die politische Freiheit vor dieser schamlosen Verschwörung gegen das Volk zu verteidigen. Politische Freiheit schützt das Volk nicht vor politischem Druck, wir schätzen sie aus anderen Gründen. Unsere Wirksamkeit bedarf des Tageslichts, um erfolgreich zu sein, nur in diesem Fall kann sie sich zu ihrer vollen Schöne und Freiheit entwickeln, und nur von der Notwendigkeit gezwungen, geht sie die Pfade geheimer Verschwörung. Im Besitze politischer Freiheit können wir leichter auf die Massen einwirken, ihr Bewußtsein schneller wecken; sie scharen sich schneller um die Fahne der sozialen Idee, ihre Organisation in großem Umfang wird möglich. Der Kampf mit den politischen Hindernissen, die die Regierung gegen uns errichtet, muß dort besonders hartnäckig werden, wo politische Sklaverei in ihrer ursprünglichen, schamlosen Form herrscht, wo zügellose Willkür am Ruder ist, wo die einfachsten menschlichen Gesetze nicht respektiert werden. Hier muß der Sturz der Regierung eine der Hauptaufgaben des sozialistischen Programms werden.

Wenn die Regierung, erschrocken über die Fortschritte unserer revolutionären Arbeit, sich unserer mehr oder weniger patriotischen Bourgeoisie nähern und ihr einige nationale Zugeständnisse machen will, um sie zum gemeinsamen Kampf gegen uns anzustacheln, so soll uns dies nur recht sein. Wir werden gewiß gegen diese Zugeständnisse nicht protestieren, sondern versuchen, sie gegen die Bourgeoisie auszunutzen und gegen die Regierung zu kehren.

Wir kommen zum Schluß. Die heutige Regierung ist für

uns von wesentlicher Bedeutung. Da die Regierung ihre Existenz unmittelbar an das Bestehen des gegenwärtigen ökonomischen Zuschnittes bindet, schützt sie die privilegierten Klassen und verfolgt die Parteien, die nach sozialer Freiheit streben. Die Organisation der Regierung stürzen, heißt das organisierte Hindernis stürzen, das uns im Wege steht, um unser Ziel zu erreichen."

Rosa Luxemburg weist mit Recht darauf hin, daß im Schlußpassus nicht von despotischer Herrschaft, sondern von der Herrschaft des Klassenstaates schlechthin die Rede ist.

Die Vereinbarung zwischen „Proletariat" und „Volksfreiheit", auf die wir im IV. Kapitel hingewiesen haben, weist darauf hin, daß beide Organisationen an die Möglichkeit geglaubt haben, daß die sozialistische Partei in nächster Zeit die Macht in Rußland ergreifen werde.

Vergleichen wir die verschiedenen politischen Ansichten seit dem Programm von 1882 bis zu den Artikeln in Nr. 5 des „Proletariats", so kommen wir zu folgendem Schluß: Obgleich es im Programm von 1882 nicht ausdrücklich gesagt wird, so scheint es aus dem Zusammenstellen der Abschnitte unzweifelhaft hervorzugehen, daß politische Freiheit eine minimale Forderung von „Proletariat" war.

Später, unter dem Einfluß der aus Rußland gekommenen Führer, erhielt eine andere Ansicht die Oberhand: der Sturz der Regierung, des Klassenstaates und das Ergreifen der politischen Macht wurde an erste Stelle gerückt; konstitutionelle Freiheiten galten als Mittel, um den letzten Sieg des Sozialismus durch Organisation und Aufklärung der Massen zu ermöglichen. „Proletariat" rechnete mit der Möglichkeit von Zugeständnissen der Regierung zugunsten des Liberalismus und gewisser politisch-nationaler Freiheiten. Diese letzteren betrachtete es als Konzessionen, die man benutzen sollte und die den Übergang zur sozialen Revolution rasch ermöglichen würden. Es wollte sie jedoch nicht als politisch-soziale Forderungen aufstellen.

Dieses Schwanken im Erfassen der politischen Frage sahen wir auch bei „Volksfreiheit", wo neben unzweifelhaften Tatsachen, die beweisen, daß die Partei die Absicht hatte, die Macht zu ergreifen, ein Dokument steht wie z. B. der Brief an

Alexander III. nach der Katastrophe vom 1. März, in dem die Berufung einer „Landesversammlung“ oder Konstituante gefordert wurde.

Wir werden gleich sehen, wie „Klassenkampf“ programmatisch-taktische Fragen aufgefaßt hat.

Wir beginnen mit den Ansichten dieser Zeitschrift in bezug auf die nächsten Aufgaben von „Proletariat“ in Polen.

Wir haben sichere Beweise, daß die Redaktion von „Klassenkampf“ schon Ende 1885 gewisse Reformen in der Taktik von „Proletariat“ für notwendig gehalten hat. Folgender Abschnitt beweist dies aufs deutlichste:

„Im Augenblick, wo unseren Gefährten das Urteil des Warschauer Kriegsgerichtes droht, schicken wir ihnen unsere Forderungen für einzuführende Reformen, die ihnen der beste Beweis sein werden, daß ihre Arbeit reich an Ergebnissen war und wesentlich zur Förderung des sozialistischen Gedankens in unserem Lande beigetragen hat. Uns ist der Rahmen, den Ihr Eurer Tätigkeit gezogen habt, bereits zu eng. Mit diesen Worten versuchen wir alle Qualen, die der Romanowsche Regierungsapparat für unsere Gefährten in Bereitschaft hat, zu entgelten.“ („Klassenkampf“, Jahrgang II, Nr. 2, November 1885, S. 4.)

Dieser Artikel enthält keine Antwort auf die Frage, in welcher Richtung die Bewegung reformiert werden soll, wohl aber eine Antwort bezüglich der nächsten Aufgaben der sozialistischen Bewegung in Polen. „Aus allen Gründen ist es daher notwendig, unsere Bestrebungen auf einen Punkt zu konzentrieren: Organisation und Aufklärung der Massen im Sinne des bewußten Klassenkampfes.“ („Klassenkampf“, Jahrgang II, Nr. 3, S. 11.)

Bezüglich Massenbewegung lesen wir an anderer Stelle:

„Häufig schon haben wir darauf hingewiesen, daß wir neben der geheimen organisierten Zentralisation die Notwendigkeit der Massenorganisation anerkennen. Es ist klar, daß wir unter Massenorganisation nicht jene Gruppen und Kreise verstehen, die zwecks leichterer Propaganda und Agitation entstehen. Massenorganisation nennen wir jene Bewegung, die imstande ist, auf Grund der Klasseninteressen breite Massen der Arbeiter-

bevölkerung zu umfassen.“ („Klassenkampf“, Jahrgang II, Nr. 8, 9 und 10.)

Im weiteren Verlauf kommt der Verfasser auf die Frage des Minimalprogramms, die er ausführlich behandelt. 1887 und im folgenden Jahr kommt „Klassenkampf“ wieder auf diese Angelegenheit zurück.

Diese Frage ist wichtig und wir müssen uns des längeren mit ihr auseinandersetzen.

„Auf den ersten Blick scheint die Antwort gewissermaßen fertig: das Minimalprogramm, als Anpassung an die örtlichen regierungspolitischen und kulturell-ökonomischen Bedingungen, unterliegt den gleichen Bedingungen wie jene. Daraus ließe sich als weitere Konsequenz entwickeln, daß erstens das Programm minimaler Forderungen nur dort aufgestellt werden kann, wo die Bedingungen es möglich und nützlich erscheinen lassen und außerdem, daß die Ansicht über dieses und jenes Programm minimaler Forderungen nicht in den Bereich grundsätzlicher programmatischer Fragen, sondern in den der Parteitaktik und -strategie gehört, die der Natur der Sache nach allgemeinen Bedingungen von Ort und Zeit unterstehen.

So verhält es sich jedoch nicht und die Minimalprogramm-Frage hat unserer Ansicht nach ihre grundsätzliche Seite.

Wenn man unter Minimalprogramm nur ein gewisses Sichanpassen an gegebene Bedingungen und den Wunsch, ‚mögliche‘ Dinge zu erreichen, versteht, so geht die Geschichte des Minimalprogramms weit zurück. Die utopistischsten Sozialisten haben in praktischer Politik Kompromisse geschlossen; seit 1870 haben die französischen Sozialisten gemeinsame Sache mit jenen gemacht, die später dem Maiblutbad applaudiert haben. Das derzeitige Minimalprogramm, wie es von der deutschen Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre festgesetzt wurde, ist mehr als ein Sichanpassen an gegebene Bedingungen. Einige sehen folgenden Unterschied zwischen den ehemaligen Minimalforderungen und ihrer heutigen Formulierung: früher hat ihrer Ansicht nach das Proletariat durch ein Zusammengehen mit der Bourgeoisie seine Eigenart verwischt und der Kampf seinen Klassencharakter eingebüßt, heute tritt die Arbeiterpartei

getrennt auf und infolgedessen ist ihre Minimalpolitik durchaus kein Opportunismus.

Diese Annahme ist nur zum Teil richtig. Zwar trägt der Kampf, den der vierte Stand heute gegen die Bourgeoisie kämpft, durchaus die charakteristischen Merkmale des Klassenkampfes, aber diese stehen in keinerlei Abhängigkeit von dem heute formulierten Minimalprogramm, sondern sie existieren trotz des Minimalprogramms. Der wichtigste Fehler, den die Minimalisten begehen, besteht darin, daß sie selbst bewußt oder unbewußt von ihren gestrigen Formulierungen zurückgegangen sind. Das Minimalprogramm hatte, als es von der deutschen sozialdemokratischen Partei begründet wurde, einen ganz anderen Charakter als heute. Die Partei hat damals ihr Minimum nicht als minimale Forderung betrachtet, die verwirklicht werden kann und muß, sondern als Agitationsmittel, als Mittel, die Massen zum Kampf heranzuziehen und als Mittel, die biegsamen Gesetze der deutschen Konstitution zu umgehen, die die Agitationsfreiheit beschränken, infolgedessen als Mittel, um das legale Bestehen der Partei zu ermöglichen. Man war der Ansicht, daß man, falls die Partei gesetzlich bestehe, am wirksamsten und unter geringsten Verlusten, wie sie Verfolgungen stets mit sich bringen, handeln könne. Aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratie das Minimalprogramm angenommen. Allmählich begann man dem Minimalprogramm eine andere Bedeutung zu unterschieben, und heute hat es in den Augen so mancher Fraktion die Bedeutung eines revolutionären Überganges angenommen.“

Der Verfasser geht dann zu polnischen Zuständen über und fährt fort:

„Mit der ursprünglichen Formulierung dieser Forderungen in agitatorischer Hinsicht sind wir einverstanden. Wir empfinden sie sogar als notwendig, und als Verallgemeinerung der Tagesfragen sind sie eines der besten Mittel, um die Massen in Bewegung zu setzen. Aus diesem Grunde sind wir der Ansicht, daß die Anwendung dieses Agitationsmittels nicht nur dort stattfinden soll, wo die politischen Bedingungen es der sozialrevolutionären Partei gestatten, die Massen unter einem Programmmäntelchen zu organisieren, das nicht unmittelbar an den Grund-

lagen der heutigen Gesellschaft rüttelt; wir glauben gerade, daß, wenn die Arbeiterbewegung im russischen Gebiet so weit gediehen ist, daß hier eine geheime Unterstützungskasse entsteht, dort eine wichtige Arbeiterdemonstration möglich ist, um Fabrikgesetze zu erreichen, unsere Partei an der Spitze dieser Bewegung stehen muß.

Wir nehmen an dieser Bewegung nicht nur teil, um nicht außerhalb der Arbeiterbewegung zu bleiben, sondern auch deshalb, um positive Arbeit zu tun, um einer arbeitenden Bevölkerung beizustehen, ihre bescheidenen Forderungen durchzusetzen. Jeder derartige Teilsieg wird auch unser Sieg sein. Uns ist es darum zu tun, daß der polnische Arbeiter fordern und für seine Forderungen kämpfen lerne; ferner ist es uns darum zu tun, auch heute, beim gegenwärtigen Gesellschaftszustand, für die Arbeitermasse bessere Lebensbedingungen, soweit dies möglich ist, zu erkämpfen; schließlich ist es uns darum zu tun, daß das Banner unserer Partei, das Banner der sozialen Revolution sich das absolute Vertrauen der Massen erwerbe.

Aber wenn wir auch für diese minimalen Forderungen an der Spitze der arbeitenden Klasse kämpfen, so verleiben wir sie dem Parteiprogramm nicht ein, denn dieses hat immer und unter allen Umständen *ein* Ziel: es gilt mit Hilfe eines bewaffneten Aufstandes der herrschenden Klasse die Macht zu entreißen, einen revolutionären Staat unter der Diktatur des Proletariats zu begründen, als Übergangsform zu jenem Ideal gesellschaftlicher Zustände, das wir auf wissenschaftlicher Grundlage aufgestellt haben.

Alles oben Gesagte bedeutet nicht nur eine andere Fragestellung, sondern eine grundsätzlich andere Lösung. Der Unterschied ist prinzipieller Natur und erfolgt aus unserer Auffassung der Bedeutung und der Aufgaben der Partei. *Indem wir die Partei nicht mit der Massenorganisation identifizieren, können wir ihr kühn die Aufgabe anvertrauen, uns und andere zum letzten Kampf, zum bewaffneten Aufstand* vorzubereiten. Zwar halten sich alle sozialistischen Parteien, auch jene, deren Losung Possibilismus ist, für revolutionäre Parteien; aber während sie nur bereit sind,

der Aktion beizutreten, wenn die Revolution ausbricht, wollen wir die Aktion selbst vorbereiten; während sie einen Teil ihrer Taten im Dunkel tun, wollen wir nicht nur als geheime Organisation wirken, sondern als konspirierende Partei auftreten, die ihre Aufgaben zum Teil öffentlich erfüllen kann.

Heute, wo man sich daran gewöhnt hat, Konspiration mit einer veralteten romantischen Maskerade zu identifizieren, mögen unsere Ansichten falsch aufgefaßt werden. Aber wir fürchten diese Kritik der Doktrinäre nicht, die sich zwar Materialisten nennen, ihre Anschauungen über Revolution jedoch von einem metaphysischen Standpunkt ableiten. Wir sagen daher: unsere Anschauungen wurzeln tief im revolutionären Geist, und nur gewisse Vorurteile, die der Kampf mit der Romantik gegen Konspiration im allgemeinen erzeugt hat, verhindern das Werden neuer Ansichten. Der frühere Subjektivismus hat eine berechtigte Kritik in der objektiven Betrachtung revolutionärer Erscheinungen gefunden; wenn aber dieser Objektivismus den Charakter des Fatalismus annimmt, wird er schädlich. Heute bedürfen wir der Synthese."

Des ferneren erklärt der Verfasser, minimale Forderungen müssen ein wirksames Agitationsmittel sein und die vitalsten Interessen und schmerzlichsten Wunden des Proletariats berühren; infolgedessen müssen sie das Ergebnis der Forderungen des Tages sein, nachdem sie auf einen gemeinsamen Nenner gebracht sind, da sie anders die Solidarität der arbeitenden Klasse zerstören, indem sie sie im Namen allzu partikularistischer Interessen in kleine Gruppen atomisieren. „Ferner wünschen wir, daß sich Minimalforderungen nicht überflüssigerweise den gegebenen Verhältnissen anpassen. Die Aspirationen der arbeitenden Massen, besonders der Landbevölkerung haben gelegentlich, und dies infolge der Dumpfheit der Masse, eine reaktionäre Tendenz, die unseren Forderungen und Zielen strikt zuwiderläuft. Es genügt, an die Forderungen des Protektionssystems zu erinnern, an die Verengung industrieller Maßnahmen usw. Unsere Partei muß den Mut haben, offen gegen solche Tendenzen aufzutreten. Freilich gehören weder Freihandel noch die momentane industrielle Freizügigkeit noch die

Mobilisierung des Grundeigentums in den Bereich unserer Forderungen, ja sie haben mit diesen auch nicht das geringste gemein, aber wir sind ebensosehr die Feinde des heutigen kapitalistischen Produktionssystems und der Herrschaft der Bourgeoisie als der veralteten feudalen und kleinbürgerlichen Wirtschaftsformen bäuerlicher Aspiration."

Der Verfasser des Artikels warnt vor nebelhaften Forderungen und vor einer Kräftigung des heutigen Staates auf Kosten der Bourgeoisie.

„Das Verstaatlichen gewisser Industriezweige oder die Forderungen staatlicher Monopole kommen nur dem Staatsapparat zugute, ohne uns die geringsten Vorteile zu bringen. Was wir auf diese Weise der unorganisierten Bourgeoisie nehmen, geben wir ihrer Organisation, dem Staat, wieder.

Das Minimalprogramm soll uns die Organisation der Arbeitermassen erleichtern, es soll gleichzeitig die Reformforderungen resümieren, die möglich sind, ohne eine völlige Umgestaltung der bestehenden sozialen Bedingungen.

Wollten wir das Minimalprogramm so, wie es im Westen formuliert worden ist, nach Rußland übertragen, so würden wir damit einen prinzipiellen Fehler begehen, denn wir würden damit kein Minimalprogramm aufstellen, sondern ein anderes Programm, das nur der letzte Ausdruck eines siegreichen Kampfes sein kann.

Wir sprechen nicht von der Lächerlichkeit, das allgemeine Wahlrecht dort als Minimalforderung aufzustellen, wo jegliche Forderung der Anteilnahme der Gesellschaft an der Regierung als erzrevolutionär angesehen wird — es genüge folgende Frage zu stellen: Kann ein so formuliertes Minimalprogramm uns tatsächlich helfen, die Masse zu organisieren?

Wir zweifeln nicht daran, daß jeder ehrliche Revolutionär die Frage unbedingt verneinen wird." („Klassenkampf", Jahrgang II, Nr. 8, 9 und 10, S. 4—7.)

Wir haben hier fast den ganzen Artikel zitiert als eines der interessantesten Dokumente, das eine Vorstellung der programmatisch-taktischen Anschauungen der Redaktion von „Klassenkampf" gibt.

Wir sehen daraus, daß sie nicht nur die Arbeit unter der Masse nicht negiert, sondern sie sogar an erste Stelle rückt. Freilich ist im zitierten Artikel gesagt, daß die Partei sich mit der Masse nicht identifiziert, sondern unter ihr, zusammen mit ihr und gelegentlich an ihrer Spitze wirkt. Was bedeutet das? Allein, daß die Partei eine relativ kleine, konspirierende und daher geheime Gruppe ist, die sich aus Vorsichtsgründen von der großen Masse fernhält, aber zu ihr in möglichst engen Beziehungen stehen will.

Die Partei besteht aus politisch reifen Menschen, die eine durchaus einheitliche Überzeugung in programmatisch-taktischen Fragen haben; hinter ihr stehen Massen, solidarisch mit ihr im Klassenkampf, von ihr organisiert und geleitet, deren sozialpolitischer Horizont aber nicht so weit ist.

Aufgabe der Partei ist, durch Propaganda und Agitation so zu wirken, daß der größtmögliche Teil resp. die Masse in ihrer Gesamtheit allmählich völlig und bewußt mit ihr solidarisch empfinde.

Und jetzt zum Minimalprogramm.

Die Partei soll am täglichen Kampf der Arbeiter mit den Kapitalisten und der Regierung teilnehmen, diesen Kampf leiten und selbst an erster Stelle stehen, aber die Postulate dieses Tageskampfes nicht mit ihrem Programm vermengen. Dieser Standpunkt entsprang der Furcht, daß sich das Endziel der Partei dem Bewußtsein der Mitglieder verwischen, daß sie in den Strudel der Ereignisse hineingerissen und der „Diktatur des Proletariats“ vergessen würden. Diese Furcht war erzeugt durch die Verblendung gewisser westeuropäischer Parteien, die sich auf Kosten größerer Ziele an Tagesfragen verloren hatten.

Wenn wir auch diese Ansicht über das Minimalprogramm im allgemeinen und in Polen im besonderen nicht teilen, so können wir „Proletariat“ doch nicht den unvernünftigen Vorwurf machen, daß es den täglichen ökonomisch-politischen Kampf vermieden und sich nur für die kommende soziale Revolution habe vorbereiten wollen.

Das Minimalprogramm konzentriert die Aufmerksamkeit und Tatkraft des Proletariats auf Forderungen, deren Realisation

brennend und innerhalb der Grenzen der bestehenden Gesellschaft möglich ist. Noch ein zweiter Umstand spricht für die Annahme des Minimalprogramms besonders in Rußland. Wenn in einem Programm nur eine einzige Forderung aufgestellt wird, deren Verwirklichung in ferner Zukunft liegt, so muß dies früher oder später nachteilig auf die Aktion unter den Massen einwirken, weil der Abgrund zwischen der Wirklichkeit und dem im Programm aufgestellten Ziel zu groß ist und damit das letztere vom Leben losgelöst wird. Anders ist es, wenn man neben diesem fernen Hauptziel nähere, leichter realisierbare Postulate aufstellt. Außerdem ist es schwer begreiflich, weshalb eine Partei, die die Notwendigkeit der täglichen Agitation und gewisser Losungsworte anerkennt, es vermeiden soll, die selbstverständlichsten in ihr Programm aufzunehmen.

Wahr ist es, daß Minimalprogramme in Westeuropa häufig die Hauptaufmerksamkeit der sozialistischen Parteien verschlungen haben und verschlingen auf Kosten des Bewußtseins der letzten Ziele.

Diese Erscheinung ist aber auf andere Ursachen zurückzuführen als auf die Annahme des Minimalprogramms. Sie resultiert häufig aus der friedlichen Stimmung der Parteiältesten, d. h. der Abgeordneten, Redakteure, Leiter von Berufsorganisationen usw., die gelegentlich, zumeist unbewußt, den herrschenden Zuschnitt der Gesellschaft nicht in seiner ganzen Schwere empfinden, sondern im Gegenteil dank der Ausnahmestellung, die sie einnehmen, bedeutende Verbesserungen erfahren haben; infolgedessen betrachten sie die Möglichkeit, weitverzweigte friedliche Reformen durchzuführen, allzu optimistisch, und mit dem Tageskampf beschäftigt, vergessen sie das Hauptziel; außerdem scheuen sie die außerparlamentarische schwierige und gefahrvolle Tätigkeit. Gelegentlich wieder hat die unaufgeklärte Masse die Reformen nicht genügend hoch eingeschätzt. Es gilt die Bedeutung des Minimalprogramms zu betonen und immer wieder durch Propaganda und Agitation auf das weitere Ziel der sozialistischen Bewegung hinzuweisen.

Zum Beweis dafür, daß „Proletariat“ sich der Arbeit in der Masse nicht annehmen wollte, werden häufig zwei Stellen zitiert:

die eine über Streiks, aus der Zeitschrift „Proletariat" (Nr. 2), die andere über Arbeitslosigkeit aus Nr. 10 der „Morgendämmerung" vom Jahre 1888. Der erste Passus lautet folgendermaßen:

„Arbeitslosigkeit soll nach Ansicht dieser Apostel (der Anhänger der friedlichen Streiks) beruhen auf passivem christlichem Widerstand, auf Verurteilung zum Hunger und auf friedlichem Abwarten des Endes.

Dieses passive Verhalten fürchtet, wie wir gesehen haben, der Fabrikant durchaus nicht; er hat Mittel genug, um die Krisis abzuwarten, sein bequemes Leben fortzusetzen und schließlich gewaltsam ‚Ordnung' zu schaffen. Wenn Streiks dem Arbeiter so geringen Nutzen bringen, gilt es sie nur unter Beobachtung der größten Vorsicht ins Leben zu rufen, nachdem man alle möglichen Erfolgschancen eingehend betrachtet und geprüft hat. Wenn jedoch gegen unseren Willen irgendwo ein Streik ausbricht, müssen wir ihm die Richtung und den Charakter eines energischen und selbst blutigen Kampfes geben, freilich keines Massen-, sondern eines Einzelkampfes. Sichert uns ein friedlicher Kampf den Sieg nicht, so müssen wir zu den Waffen, zum Terrorismus greifen."

Der zweite Passus lautet folgendermaßen:

„Weshalb soll sich die Partei nicht mit der Organisation von Unterstützungskassen befassen? Darauf geben wir zur Antwort, daß eine derartige Tätigkeit ein zu großes Opfer an Kräften erfordert und die Aufmerksamkeit der Partei von ihren Hauptzielen ablenkt. In einem Lande, in dem es bereits als Verschwörung gilt, wenn einige Menschen die Arbeit einstellen, sollte die sozialistische Partei in der Hauptsache mit der Regierung kämpfen, die eine derartige Ordnung verteidigt. Mit jedem Sieg über die Regierung nähern wir uns der definitiven Vernichtung der von der Bourgeoisie eingesetzten Ordnung."

Der erste Passus enthält folgende Feststellungen: 1) Streiks sind ein gefährliches Unternehmen; infolgedessen gilt es, sie vorsichtig zu handhaben. 2) Soweit sie aus eigener Initiative entstehen, gilt es, sie durch terroristische Aktion zu unterstützen.

Der erste Passus ist vollkommen richtig. Die Erfahrung hat bewiesen, daß relativ wenig Streiks gelingen. Es unterliegt

daher keinem Zweifel, daß man Streiks mit Vorsicht hervorrufen soll, denn wenn viele für die Arbeiter nachteilig verlaufen, tritt nur Unwillen ein.

Was jedoch den Charakter der Streiks betrifft, d. h. ihren friedlichen oder gewaltsamen Verlauf, so waren sie, nicht allein in Polen, sondern selbst im konstitutionellen England im Beginn des 19. Jahrhunderts, stürmischer Art. In England nahm der Kampf zwischen Kapital und Arbeit zu einer Zeit, wo die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gesetzlich verboten war, einen so leidenschaftlichen Charakter an, daß Feuersbrünste, Explosionen von Sprengstoffen, ja selbst Mord nichts Seltenes waren. Man mag sich mit ökonomischem Terrorismus, wie das alte „Proletariat" ihn empfohlen hat, einverstanden erklären oder nicht, man muß zugeben, daß in den polnisch-russischen Provinzen wie übrigens in ganz Rußland die Frage der Verteidigung der Arbeitermassen vor der Brutalität der Soldaten sowohl während eines Streiks als auch bei Massenversammlungen brennend war und revolutionäre Maßnahmen von der sozialistischen Partei erfordert hat, sei es in der Form eines bewaffneten Widerstandes der Masse, sei es als Einzelfall, wo Massenwiderstand unmöglich war. Es hat sich hier nicht darum gehandelt, daß die Partei für die Masse kämpfe, sondern sie mußte an diesem Kampf teilnehmen, um sie vor Überfällen zu schützen.

Der oben zitierte Passus aus „Morgendämmerung" beweist, welche Schwierigkeiten zu bezwingen und welche große Menge von Kräften erforderlich waren, um Streikkassen zu gründen. Dieser Satz ist von jeder Übertreibung frei; später werden wir sehen, was uns die diesbezügliche Erfahrung in Polen lehrt.

Außerdem ist aus dem zitierten Passus ersichtlich, daß „Proletariat" die Notwendigkeit der Gründung von Streikkassen anerkannt hat, aber erst dann, wenn die Partei stark genug dafür ist. Es handelt sich also nicht um eine prinzipielle, sondern um eine Zeitfrage.

Den Kampf gegen die russische Regierung an erste Stelle zu rücken, war wichtig und nützlich, man darf aber nicht vergessen, daß Streiks unter gewissen Umständen ein politisches Kampfmittel sein können und sind. Wir sehen dies gegenwärtig

in Rußland. Heute gilt es, die Streikbewegung zu verbreiten und zu fördern nicht nur deshalb, weil man in der einen oder andern Fabrik kleine Vorteile erringt, was freilich an sich schon sehr wichtig ist, sondern deshalb, weil die revolutionäre Atmosphäre in Rußland es mit sich bringt, daß jede Massenkundgebung zum politischen Protest wird, einen Konflikt mit der Regierung hervorruft, die Masse zum unmittelbaren Kampf mit der letzteren stachelt, deren Macht untergräbt und eine Vorstellung von der Gewalt der Volkskraft gibt, die schließlich dazu führen wird, den Despotismus zu stürzen.

Derartige Bedingungen waren zur Zeit der Wirksamkeit des ersten und zweiten „Proletariats" nicht vorhanden.

Mit Recht wurde also Rücksichtnahme auf die Art der Streiks empfohlen. Vielleicht hat „Proletariat" zwischen 1888 und 1889 Streiks einen zu geringen Wert beigemessen, aber es darf nicht vergessen werden, daß es 1882 seine Arbeit fast neu beginnen und 1888 ganz von vorn anfangen mußte. Es darf auch nicht vergessen werden, daß von der zweiten Hälfte des Jahres 1886 bis zu Beginn von 1888, d. h. fast volle zwei Jahre, die Organisation überhaupt nicht bestand, 1883, 1884, 1885 fanden Streiks statt. Auch 1888 waren sie, wie wir gesehen haben, an der Tagesordnung. 1889, 1890, 1891 und 1892 fanden sehr viele Streiks statt, darunter unterstanden mehrere der Leitung von „Proletariat".

„Klassenkampf" hat die Gründe, weshalb die polnische sozialistische Organisation eine Kampfesorganisation sein müsse, ausführlich darzulegen versucht. Die erste Nummer dieser Zeitschrift aus dem Jahre 1888 enthält einen Artikel „Die Notwendigkeit eines Programms", worin die Bedingungen, unter denen sich die sozialistische Partei im Westen und in Polen entwickelt hat, einander gegenübergestellt werden:

„In allen anderen europäischen Ländern ist die sozialistische Partei, wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegend eine propagandistische Partei. Selbst ihr sogenannter politischer Kampf, sei es als ‚Anteilnahme' am politischen Leben, sei es als Forderung politischer Reformen in Art von Minimalzugeständnissen, wird um der Propaganda willen geführt. Ihr Ziel ist die Aus-

breitung sozialistischer Doktrinen und das Schaffen einer Armee von Bekennern, die unter dementsprechenden Bedingungen zu einer Armee von Kämpfern werden könnte. In diesen Ländern entwickelt sich das soziale Leben gewissermaßen in einer bestimmten Richtung; die sozialistische Partei ist mit dieser Entwicklung durchaus einverstanden; sie sieht ihr als Zuschauer zu, von vornherein überzeugt, daß die bloße Entwicklung der in der Gesellschaft bestehenden Faktoren die übermütige soziale Anarchie bezwingen wird. Das von uns entworfene Bild stimmt mit den Tatsachen soweit überein, daß es genügt, Broschüren, Pamphlete usw. in die Hand zu nehmen, die im Katalog des ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ angezeigt sind, um sich zu überzeugen, daß dieser Zustand sogar theoretisch formuliert wird, und zwar in der Weise, daß man ihn nicht nur als Tatsache hinnimmt, sondern sogar erklärt, daß er so sein muß. . . .

. . . Zur Vervollständigung dieses Bildes müssen wir hinzufügen, daß in all diesen Ländern die politischen Bedingungen das Existieren organisierter sozialistischer Parteien neben dem herrschenden Staat ermöglichen. Wo jedoch die Entwicklung sozialistischer Ideen den Konstitutionalismus in die Arme der Reaktion geschleudert hat, dort kämpft die sozialistische Partei um die Rückkehr zum Status quo, und wo sie die Forderung nach politischer Erneuerung stellt, verfolgt sie den Zweck, der sozialistischen Partei ihre Existenz zu ermöglichen oder zu erleichtern.

Beachten wir den völlig revolutionären Charakter der sozialistischen Lehre, so müssen wir unsere oben gemachte Behauptung erhärten, wonach wir die gegenwärtige sozialistische Partei eine Partei der Propaganda und nicht der revolutionären Tat genannt haben.“

Im weiteren Verlauf entwickelt der Verfasser den Charakter der Programme der sozialistischen Parteien. Er findet darin nur die Hauptgrundsätze des Sozialismus formuliert, sie wirken eher als Zusammenstellung soziologischer Prinzipien, denn als Programm einer Kampfpartei. Er fährt fort:

„Die Leser müssen uns zugeben, daß, wenn morgen in Deutschland, Frankreich, England, Belgien usw. die sozialistische

Partei zur Macht käme, sie nicht imstande wäre, von vornherein eine allgemeine Sozialisierung sämtlicher Produktionsmittel usw. durchzuführen, oder ein Dekret zu erlassen, daß ‚die Arbeit der alleinige Quell aller Reichtümer ist‘. Und was würde sie tun? . . . Darüber heute zu sprechen, ist nicht gestattet; die Antwort stünde im ominösen Geruch des ‚sozialistischen Utopismus‘. Übrigens braucht sich — wie bereits erwähnt — eine propagandistische Partei darüber nicht zu äußern, infolgedessen bestehen die Programme der sozialistischen Partei aus einer Reihe soziologischer Grundsätze, keineswegs aber geben sie ein Bild davon, was das Proletariat wirken kann, wenn es zur Macht kommt. In dieser Beziehung wäre es lehrreich, die heutigen sozialistischen Programme mit dem ‚Manifest der Kommunisten‘ vor dem Jahre 1848 zu vergleichen. Damals waren die Kommunisten eine Partei der revolutionären Tat, sie haben sich auch dazu bekannt und sind tatsächlich am Vortage der Aktion aufgetreten; sie haben sich auch nicht darauf beschränkt, ihre soziologischen Ansichten zu formulieren, sondern sie haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, die ‚der revolutionäre Konvent unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen verwirklichen könnte‘. Heute sehen die Vertreter des äußersten ‚wissenschaftlichen Sozialismus‘ in diesen Forderungen ein Überbleibsel von Utopien: diese Ansicht resultiert aus der oben genannten Theorie, die den heutigen Zuschnitt der sozialistischen Parteien als eine absolute soziale Erscheinung betrachtet, auf die einzuwirken sie nicht imstande sein wird. In Übereinstimmung mit dieser Theorie hat sich bereits die Überzeugung herausgebildet, daß, ehe das Proletariat zur Macht kommen wird, sämtliche bürgerlichen politischen Parteien in der öffentlichen Meinung abgewirtschaftet und bankrottiert haben müssen. Infolgedessen wird die sozialistische Partei erst zur Macht kommen, wenn die Posaune des Jüngsten Gerichts über der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erschallen und die sozialistische dazu berufen wird. Auf diese Weise sind, um den propagandistischen Charakter für die heutigen sozialistischen Parteien zu wahren, diejenigen, die sich für die Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus halten, zur Utopie gelangt!“

Nach dieser Charakteristik, die nach Ansicht des Verfassers für die meisten der damals bestehenden sozialistischen Parteien gilt, geht er dazu über, die Bedingungen zu schildern, unter denen man in den russischen Provinzen handeln kann.

„. . . Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sowohl die inneren Entwicklungsbedingungen unserer Gesellschaft, als auch die äußeren (politischen) die Situation in Rußland völlig von der Lage unterscheiden, in der sich sozialistische Parteien anderer Länder befinden. Unsere Bedingungen gestatten uns nicht, eine propagandistische Partei zu sein und uns als solche zu entwickeln. . . .

Unter den politischen Bedingungen, unter denen wir wirken müssen, ist es schwer, den Zugang zur Masse zu finden, den propagandistische Parteien haben, und infolgedessen ist es schwer, der Masse etwas Realeres und leichter Realisierbares zu bieten als allgemeine soziologische Schlüsse. Dieser unser Tiefstand ist das Resultat unserer Lage und um so schmerzlicher, als wir uns als Partei der Tat gleichzeitig vom wirklichen Leben, das sich vor uns ausbreitet, völlig losgelöst fühlen.

Es gibt nur einen Ausgang aus der widerspruchsvollen Situation, in der wir uns befinden. Im Augenblick, wo wir die Unmöglichkeit unserer Existenz als propagandistische Partei erkannt haben, im Augenblick, wo wir sehen, daß die bei uns herrschenden Bedingungen uns nicht gestatten, die Masse in derselben Weise zu erobern, wie dies die Sozialisten anderer Länder tun können, müssen wir auch zur Überzeugung von der Notwendigkeit anderer Wirkungsmittel kommen, wir müssen begreifen, daß die Entwicklung unserer Kraft ganz andere Beziehungen zur bestehenden Gesellschaftsordnung erfordert.

Vor allem müssen wir eine Partei der Tat sein, d. h. eine Partei, die die Tat voraussieht und sich für sie bereitet, wir müssen sogar danach streben, den Moment zu beschleunigen, in dem sich unsere Kräfte mit der bestehenden Ordnung der Dinge zu messen haben. Aber in diesem Falle können wir uns nicht auf die Erkenntnis ‚historischer Tendenzen' beschränken, die sich in einer fernen Zukunft auf uns noch unbekannte Weise verwirklichen sollen; wir müssen wissen, was wir morgen machen

können, wenn die Macht auf unserer Seite sein wird. Mit anderen Worten, wir müssen ein Programm der Tat, ein revolutionäres Programm, ein Programm für morgen haben.

Aber das ist ja Jakobinismus, Blanquismus usw., rufen uns einige unserer Gefährten zu. Was folgt daraus? fragen wir. Sollen Worte uns schrecken? Sollen wir, die weder Gott noch einen Herrn anerkennen, uns der Furcht vor Worten fügen, einer Furcht, die abstrakte Theorien uns einflößen? Jakobiner sind übrigens alle, und jeder revolutionären Richtung eignet eine gewisse Dosis Blanquismus. Nicht darum handelt es sich; wesentlich ist für uns die Lösung der Frage: Was sollen wir tun, da die Umstände uns nicht gestatten, den Charakter einer propagandistischen Partei festzuhalten? Selbst um diese Bedingungen aus dem Wege zu räumen, muß man ein Kampfprogramm haben. Zwar kann man sich auf den gesetzmäßigen Lauf der Geschichte verlassen, aber dieses Elixier ist nur dann stärkend, wenn eine Kraft dahintersteht. Außerdem ist die Politik der Partei durch die Verhältnisse begründet, töricht jedoch wäre es, sich durch eine auf abstrakten Theorien beruhende Politik der Tat zu entziehen. Wenn uns in unserem Kampf ,der gesetzmäßige Verlauf der Ereignisse' helfen wird und neben uns Kräfte erwachen, die ,ihre historische Mission' erfüllen — um so besser. Was aber, wenn wir ,die Gesetzmäßigkeit' der Geschichte falsch auffassen? Haben wir dagegen ein Programm für morgen, ein Programm, das auf Tatsachen des realen Lebens beruht, so sind wir jeder Situation gewachsen und werden stets mit dem tatsächlichen Lauf der Geschichte im Einverständnis sein.

Tatsache ist, daß die Bedingungen in den russischen Provinzen so schwer sind, daß wir keine Partei der Propaganda und Agitation in dem Sinne sein können, wie die sozialistischen Parteien in Westeuropa.

Sofort entsteht die Frage, auf welche Weise wir eine Partei der revolutionären Tat sind oder sein können, wenn uns die politischen Bedingungen Agitation und Propaganda auf breiter Grundlage wie im Westen unmöglich machen."

Auf diese Frage hat der Verfasser eine allgemeine Antwort gegeben: durch Annahme einer besonderen Kampfesform, die

den politischen Bedingungen angemessen ist — durch konspirativen Kampf.

Der Verfasser stellt die Frage: „Wäre es für uns Sozialisten augenblicklich nicht angemessener, mit der Verbreitung sozialistischer Erkenntnisse auf günstigere politische Bedingungen zu warten und uns augenblicklich auf eine abstrakte Propaganda zu beschränken, wenn sie auch einen sektiererischen Charakter trüge?"

„Eine zustimmende Antwort", fährt der Verfasser fort, „hätte ihre Daseinsberechtigung, wenn wir auf diesem Standpunkt stehend einerseits überzeugt wären, daß diese Propaganda durchdringt und anderseits, daß diese Bedingungen dank historischem Fatalismus eintreffen werden. Nur wenn wir gewisse Garantien für die Zukunft hätten, könnten wir uns heute bereits als Zukunftspartei konstituieren."

Die spätere Erfahrung in Polen und Rußland hat bewiesen, daß die Propaganda sozialistischer Grundsätze neben der Agitation für die täglichen ökonomischen Interessen der arbeitenden Klasse und politischen Agitation selbst unter dem Absolutismus in den Massen durchdringt; gleichzeitig hat aber die revolutionäre Praxis gezeigt, daß diese Wirksamkeit auf ungeheure Hindernisse stößt; im Augenblick, wo die Massen geschlossen auftreten, verlangen sie konkrete Beute. Wenn die Bewegung diese Phase erreicht, so ist eine unmittelbare revolutionäre Aktion gegen die despotische Regierung notwendig.

Der Verfasser fährt fort: „Das Kampfprogramm hängt auch von den Zielen ab, die man sich setzt; man muß infolgedessen die Mittel andeuten, mit denen nach unserer Ansicht das Ideal verwirklicht werden kann, das wir als soziologische Notwendigkeit in unserem Programm formulieren.

Würden wir vom ersten Zusammenstoß der feindlichen sozialen Elemente, von ‚der nächsten Revolution' eine vollständige Umgestaltung der sozialen Zustände, eine Verwirklichung des Ideals erwarten — so müßten wir den ganzen Plan des Gebäudes, in das die Menschheit nach beendigtem Kampf eingehen wird, ‚in der Tasche' haben; die sogenannten utopistischen Sozialisten, die aus bestehenden ökonomischen Zuständen die

Grundrisse ihrer sozialen Architektonik geschöpft haben, haben ihren Zeitgenossen auch ein deutliches Bild der Ordnung, deren Durchführung sie angestrebt haben, entworfen. Wir erwarten durchaus keine Verwirklichung des Ideals am Tage nach der Revolution — und zwar gilt dies nicht nur für die Verhältnisse bei uns, sondern auch im gleichen Maße für jene in Westeuropa; auch dort dürfte das eintreffen, was einige das Übergangsstadium nennen. Dieses Übergangsstadium, das sich einige in den Formen eines kollektivistischen oder Volksstaates vorstellen, ist absurd, sei es nur darum, weil seine Sachwalter sich eine ebenso unklare Vorstellung davon machen wie vom Ideal. Wenn das Übergangsstadium ein harmonisches Ganzes darstellen soll, so muß es sich in unserem Bewußtsein vollkommen spiegeln; die Anhänger des Kollektivismus oder Volksstaates haben solch ein deutliches Bild des morgigen Tages durchaus nicht. Erschrocken über den furchtbaren Abgrund, der die kommenden sozialen Zustände von den heutigen trennt, haben sie die Grundsätze der Zukunft modifiziert und verwässert. Damit haben sie sie aber nicht im entferntesten unserem Ideal angenähert, höchstens versuchen sie durch diese Karikatur den Massen die Erkenntnis der allgemeinen Züge des kommenden Gesellschaftszuschnittes zu erleichtern. Es gibt Geister, auf die diese Methode wirkt.

Wie stellen wir uns denn dies Übergangsstadium vor?

Wir haben gesagt, daß es für uns die Formen der revolutionären Epoche annimmt, in der das Proletariat, nachdem es sich durch eine Reihe diktatorisch durchgeführter Reformen die politische Gewalt angeeignet hat, sich den Weg zum Ideal bahnen wird, indem es gleichzeitig den Produktionskräften die Möglichkeit gibt, sich so zu gruppieren, daß die Organisation der Arbeit auf neuen Grundlagen durchgeführt werden kann.

Hinter unserer historiosophischen Weltanschauung, mittels deren wir fernliegende Gefilde übersehen können, müssen wir unsere nächsten Ziele erkennen, Ziele, die das zeitgenössische Bewußtsein mit bloßem Auge zu erkennen nicht imstande ist. Mit anderen Worten, wir müssen ein festumrissenes Maximum unserer Forderungen haben, die die Revolution schon heute zu verwirklichen imstande wäre.

Politische Selbstverwaltung, unumschränkte Volksgewalt, Kampf mit dem Kapital bis zum äußersten, Vergesellschaftung jener Produktionszweige, die in den Händen Privater verbleibend, furchtbar auf der Gesamtbevölkerung lasten — das sind schon eine ganze Reihe von Forderungen, die auch heute dem Bewußtsein der arbeitenden Klasse zugänglich sind. Wir können infolgedessen mit Leichtigkeit ein Maximum unserer positiven Ziele umschreiben, das dem Ohr der Masse wirksam eingeht. In politischer Beziehung hat uns die Geschichte der Demokratie Waffen in die Hand gespielt; in ökonomischer können wir leicht die radikalen Reformen umschreiben, die heute bei der arbeitenden Bevölkerung Gehör finden. Namentlich müssen wir dem Proletariat politische Macht geben.

Wir wissen wohl, daß diese Forderungen kein deutlicher Ausdruck des sozialistischen Gedankens sind. Aber wir verlangen von ihnen auch keine Verkörperung unseres sozialistischen Glaubensbekenntnisses. Unabhängig von der Propaganda abstrakter Grundsätze, unabhängig davon, daß man die Bevölkerung mit der Perspektive einer noch sehr fernen Zukunft vertraut machen muß, die uns die gründliche Kenntnis der Soziologie eröffnet, unabhängig, wiederholen wir, von all dem, halten wir es für unumgänglich notwendig, ein klares Bild der nächsten Zukunft, ein Losungswort für den Kampf, dem Verständnis der Massen angepaßt, aufzustellen. Derartige Losungsworte stehen dem Sozialismus nicht so fern, wie es einigen erscheinen mag. Eine Methode, die dahin zielt, konkret zu schildern, was sich so schildern läßt, ist kein Abfall; es ist auch kein Abfall, wenn man den Vorhang so weit lüftet, als wir heute schon zu tun imstande sind. Wir haben gesagt, Kardinalbedingung müsse die Forderung sein, die Landesregierung zu ergreifen, und zwar ohne jede Einschränkung, ohne jeden Vorbehalt, indem man deutlich betont, daß die sich bildende Partei gerade dieses Werk beim nächsten Wechsel vollführen müsse. Es taucht infolgedessen die Frage auf, ob wir schon so sicher sind, daß die sozialistische Partei an der Spitze der revolutionären Bewegung stehen wird.

Ob wir nicht annehmen, daß die Geschichte erst andere Gesellschaftsschichten berufen wird, um die Rolle zu spielen, die die soziale Evolution erfordert. Es kann sein; wir wollen uns nicht als Propheten aufspielen. Sollte jedoch die Geschichte uns im weiteren Verlauf Halt auf unserer Bahn gebieten, so sehen wir keinen Grund ein, dies heute schon von selbst zu tun und uns unser Leben abzuschneiden. Die Dinge haben ihre immanente Logik; wir haben nicht die Absicht, uns ihnen zu widersetzen, noch haben wir die Prätension, uns als ihre Ratgeber aufzuspielen. Für heute haben wir unsere Aufgaben im Einklang mit den Umständen, die uns ins Leben gerufen haben; diese Aufgaben müssen wir in konkrete Formen fassen und sie dem Niveau des vorhandenen Bewußtseins anpassen.

Fühlen wir uns nicht imstande, die absolute Versicherung zu geben, daß die Zukunft uns die Leitung der Ereignisse in die Hände spielen wird, so können wir noch weniger dafür garantieren, daß unsere Forderungen sich in ihrer Ganzheit verwirklichen lassen werden. Wenn eine Partei nicht das Gesamtbild des kommenden Kampfes in all seinen Details vorhersehen kann, so verzichtet sie deshalb weder auf ihre Existenz, noch auf ihre Politik. Eines aber können wir im vorhinein sagen: je besser wir vorbereitet sind, desto mehr positive Waffen haben wir in unserer Hand, desto mehr werden wir mit der Geschichte im Einklang sein.

Es ist Zeit, den Standpunkt der Doktrin und des Abhängigkeitsverhältnisses der einen oder andern philosophischen Schule gegenüber aufzugeben. Unser Sieg hängt ab von der klaren Formulierung der nächsten Ziele, die der nächste Tag von uns fordern wird. Auch eine ferne Perspektive erscheint dem allein deutlich, der Konturen in der Nähe zu unterscheiden vermag und die dem Auge sichtbaren Linien erkennt. . . . Eine Kampfpartei muß nicht nur den Lauf der Geschichte begreifen, sie muß auch wissen, was morgen geschehen soll, und die ungreifbaren Konturen des Ideals auf ein Maß zurückführen, das unser Auge wahrzunehmen imstande ist." („Klassenkampf" 1888, Heft II, S. 19—26.)

Dieses lange Zitat aus der letzten Nummer des „Klassenkampfes“ gibt uns eine deutliche Vorstellung vom Wollen der Redaktion der Zeitschrift: die Sozialisten sollen die politische Macht im Osten so gut wie im Westen ergreifen; d. h. Diktatur des Proletariats, bei der sich gleichzeitig eine Reihe von Reformen durchführen läßt, die freilich noch nicht sozialistisch sind, aber den Sozialismus vorbereiten.

Der Verfasser des zitierten Artikels läßt die Frage offen, ob nicht andere, nichtsozialistische Elemente den Sozialisten zuvorkommen könnten, er rechnet sogar mit dieser Möglichkeit, will jedoch die Erlangung der Regierungsgewalt nicht von vornherein vom Programm absetzen.

Wir stoßen hier nicht mehr auf die früher in Rußland populäre Theorie, wonach der Sprung in den Sozialismus als etwas vollkommen Selbstverständliches und Notwendiges betrachtet wird mit Hinsicht auf das Bestehen der archaischen Wirtschaftsformen im Lande und die schwache Entwicklung des Kapitalismus.

Der Standpunkt des „Klassenkampfes“ nähert sich eher dem von Marx und Engels aus dem Jahre 1848, als sie mit der Möglichkeit rechneten, daß die Kommunisten in Deutschland zur Herrschaft kämen, nachdem die Bourgeoisie, in den Strudel der revolutionären Bewegung hineingezogen, in kürzerer oder längerer Zeit den ganzen Kreis ihrer Herrschaft durchlaufen hätte, dann würde die Welle der Revolution von selbst an ihre Stelle den kleinen Mittelstand und schließlich das Proletariat heranspülen [1]).

Zwar ist dies im „Klassenkampf“ nirgends deutlich zu lesen, aber es geht aus den Folgerungen hervor, daß man nach der Revolution zuerst nur Reformen für den kleinen Mittelstand und nicht fürs Proletariat durchführen könne.

Diese Ansicht des „Klassenkampfes“, allzu optimistisch für die Verhältnisse in Polen, hat für Westeuropa ihre Berechtigung.

Des weiteren schildert der Verfasser die sozialistischen Par-

---

1) So charakterisiert Rosa Luxemburg Marx' und Engels' Ansichten im Jahre 1848 in dem bereits zitierten Artikel im „Proletariat“.

teien des Westens in übertriebener Weise als ausschließlich propagandistisch.

In Belgien z. B. haben die Sozialisten eine umfassende revolutionäre politische Aktion geleitet, in der Absicht, das Wahlrecht zu verbessern. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die charakteristischen Merkmale der damaligen sozialistischen Parteien vom Verfasser klar erfaßt worden waren.

Die letzte Nummer des „Klassenkampfes“ enthält einen sehr interessanten Artikel über die Krisis innerhalb der damaligen sozialistischen Bewegung.

„Wir dürfen uns nicht der Wahrheit verschließen, daß der Sozialismus augenblicklich durch eine Krise geht. Niemand kann leugnen, daß der Gedanke einer sozialen Neugestaltung immer mehr Anhänger gewinnt, aber es ist auch schwer zu übersehen, daß die revolutionäre Partei sich augenblicklich in einem Zustand der Kraftlosigkeit befindet. Wenn es einerseits wahr ist, daß der gegenwärtige Gesellschaftszuschnitt keine Verteidiger hat, indem alle die Notwendigkeit empfinden, die sozialen Zustände zu reformieren, so sehen wir anderseits keine Bereitschaft zur Tat, um diese Reformen durchzuführen.“

Ferner weist der Verfasser nach, daß, wenn auch über verschiedene bedeutende soziale Reformen viel geschrieben und gesprochen und die eine und andere sogar ins Leben umgesetzt wird, dies alles nur eine Vorbereitung zu einer größeren Aktion der Sozialisten, nicht aber die Aktion als solche bedeutet.

„Unsere Partei ist eine Partei der Umgestaltung auf dem Wege der Reform und der allmählichen friedlichen Veränderungen, ausgeführt von den heute herrschenden Klassen, sie greift nicht zu Strick und Dolch. . . . Unsere Partei ist eine politische Partei, deren Ziel ist, für die arbeitenden Massen die Zügel der Regierung zu ergreifen. Kann man auf diese Weise neue Gesellschaftsformen realisieren? In der zeitgenössischen Philosophie finden wir die Sanktion unserer Bestrebungen, aber nicht unsere Bestrebungen selbst, wir haben die Konstatierung unseres Ziels, aber nicht das Ziel. Wir sind in dem Maße Materialisten, daß wir uns nicht der Illusion hingeben, die Zukunft der Gesellschaft würde eine Illustration der Theorie

sein, auch wenn diese Theorie sich wissenschaftlicher Sozialismus nennt.

... Wir dürfen uns nicht verbergen, daß eine gewisse Paralysierung der Kräfte eingetreten ist, müssen sogar gestehen, daß der Glaube an das revolutionäre Losungswort geschwächt ist.

... In den letzten Jahren waren wir Zeugen trauriger Vorgänge. In Belgien fand eine ungeheure Massenbewegung statt, trotzdem die sozialistische Partei dagegen war. In Serbien verstand die radikale Partei, die mit den Sozialisten gemeinsame Sache machte, nicht einmal, die Umstände, die uns die Macht in die Hände gespielt hätten, zu nutzen. In Spanien hat die republikanische Partei die günstigsten Augenblicke ungenutzt verpaßt. Nicht weniger schwach war die Taktik der radikalen Elemente in Italien, und in Frankreich scharen sich die mit dem Parlamentarismus Unzufriedenen nicht um die Fahne des Sozialismus, sondern um einen eitlen, überzeugungslosen General.

... Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen steht eine ganze Reihe von Sophismen, in die der sozialistische Gedanke sich fast überall gekleidet hat. Auf Parlamentstribünen und selbst in öffentlichen Versammlungen wurde und wird behauptet, daß der Sozialismus eher eine Reform- als eine revolutionäre Partei sei, daß der Gedanke an irgendeine Verschwörung uns fernliegt, und jener soziologische Gemeinplatz, daß nicht Menschen, sondern Verhältnisse Geschichte machen, hat bei den Agitatoren lächerliche und ungeheuerliche Dimensionen angenommen, indem die Parteiführer uns jegliche Initiative absprechen und sich krampfhaft Mühe geben, von sich und anderen das Gefühl der Verantwortung abzuwälzen, die jede Weltanschauung ihren Bekennern zudiktiert. Wir sind schließlich soweit gekommen, daß man von der einen guten, ja ausgezeichneten, sieghaften Revolution spricht, die uns die Erfüllung all unserer Forderungen bringen wird, daß wir trotz der Versicherung vom völligen Bankrott der heutigen herrschenden Klassen eine evolutionäre Lösung voraussehen und die Notwendigkeit des Abwirtschaftens der politischen Bourgeoisparteien."

Im weiteren Verlauf kritisiert der Verfasser die revolutio-

näre Enthaltsamkeit der Sozialisten, die sich im Westen von der Agitation in der Armee zurückziehen und sich damit trösten, daß die Bekehrung aus dem Volke selbst kommen wird. Er glaubt, daß die Sozialisten von der revolutionären Taktik abgegangen sind, weil sie „die Rolle einer politischen Kampfpartei aufgegeben" und sich blind hineingestürzt haben „in die Wirksamkeit einer Vereinigung, die nationalökonomische Grundsätze verbreitet".

Der Verfasser weist darauf hin, daß gegenwärtig der Bourgeoisstaat aufgehört hat eine Organisation zu sein, die sich leicht durch eine revolutionäre Bewegung überrumpeln ließe. „Heute kann die Revolution nicht mehr plötzlich den Staat zur Abdankung zwingen; dieser Umstand hat einen gewissen Zweifel an der Möglichkeit einer Revolution überhaupt hervorgerufen, demzufolge auch einen gewissen Unglauben an das Losungswort der Revolution und das geheime Zugeständnis erzeugt, daß der Sozialismus zur Reformpartei wurde."

Im weiteren Verlauf fragt der Verfasser, ob die geäußerten Ansichten zu Recht bestehen, und antwortet darauf mit den Worten, die Blanc an die utopistischen Sozialisten gerichtet hat, als sie 1878 den Kampfplatz verließen:

„Der soziale Organismus kann weder das Werk eines einzelnen noch einiger weniger sein, er kann auch nicht das Ergebnis des guten Willens, der Opferfreudigkeit oder der Genialität sein. Er kann nur das Resultat all dieser Faktoren sein, das Resultat der Zeit, einer unablässig sich vervollkommnenden Erfahrung, eines uns vollkommen unbekannten, aber natürlichen Verlaufes der Entwicklung. So bildet sich ein Fluß, tropfenweise, durch den Zusammenfluß von Tausenden von Quellen und Milliarden von Tropfen. Räumt die Hindernisse aus dem Wege, öffnet die Gatter, aber bildet euch nicht ein, daß ihr den Fluß selbst schafft. . . .

Der Saint-Simonismus und der Fourierismus haben sich durch ihre usurpatorische Arroganz selbst gerichtet. Der Positivismus, zu Beginn revolutionär, hat sich gleichfalls in diese phantastische Organisation ergossen. Jeder soziale Dogmatismus muß an sich selbst zugrunde gehen.

Der Revolutionär, von all diesen sozialen Architekten gehaßt und verurteilt, hat sie schließlich alle begraben, und er war es auch, der ihnen das Sein geschenkt hat. Sie, die Kinder, die sich gegen ihren Vater gewandt haben, sind an ihrem eigenen Übermut zugrunde gegangen. Heute sind sie nur noch eine exzentrische Erinnerung, die allmählich verblaßt, und der verspottete Vater erstarkt immer mehr in seinem Werk und seiner Kraft.

Nein, niemand kennt das Geheimnis der Zukunft. Ahnungen, ein intuitives, nicht näher zu beschreibendes Erfassen sind dem Klarsehendsten möglich. Nur eine Revolution, die das Terrain reinigt, lichtet den Horizont auf, hebt die Schleier allmählich und bahnt den Weg oder vielmehr die kleinen Pfade, die zu einer neuen Ordnung der Dinge führen. Töricht sind, die glauben, daß sie den Gesamtplan für dieses unbekannte Land in der Tasche haben. Die aber, die den wilden Lauf des heutigen Tages aufhalten wollen, bis zum Augenblick, in dem wir einen solchen Plan nicht mehr haben werden, sind die Feinde der Menschheit."

Wir haben zwei Möglichkeiten vor uns, folgert der Verfasser des Artikels im „Klassenkampf": „Entweder wir müssen Waffen finden, die der verstärkten Macht des heutigen Staates gemäß sind, oder auf den Kampf verzichten und uns in das Mäntelchen des materialistischen Beobachters der Zukunft hüllen. Eine politische Partei kann nur den ersten Weg gehen."

In einem weiteren Artikel finden wir einen noch charakteristischeren Passus:

„Nicht deshalb wenden wir uns an dieser Stelle gegen parlamentarische Taktik, als wenn wir im allgemeinen Gegner des Parlamentarismus wären, im Gegenteil, überall, wo der polnische Proletarier zur Wahlurne schreiten kann, werden wir dies mit Freuden begrüßen. Aber wir wünschen, daß der Gewählte ein Mandatar der Partei sei, daß er, wenn er in das Gefüge des Bourgeoisstaates eingreift, seine Zerstörung fordere, wir wünschen, daß der sozialistische Abgeordnete auf der Tribüne die Forderungen der organisierten proletarischen Minderheit vertrete, daß er, selbst wenn er für die Tagesinteressen des Proletariats kämpft,

nicht des letzten Zieles der sozialrevolutionären Partei vergesse. Aber die Geschichte der sozialistischen Bewegung zeigt, daß es genügt, die Minimalforderung der parlamentarischen Taktik auszuliefern, um die Partei skandalösen Kompromissen und einem empörenden Abfall von ihren Prinzipien auszusetzen. Der Abgeordnete der sozialistischen Partei möge daher seine Rolle als Mandatar der Partei nicht überschreiten. Den Kampf um die Minimalforderungen führen jedoch die Arbeiterorganisationen zum mindesten ebenso wirksam, wenn nicht besser, als die mit der herrschenden Klasse parlamentierenden Abgeordneten" („Klassenkampf", 1886, 6. Jahrgang, Nr. 8, 9, 10).

„Proletariat" steht, wie wir sehen, auf dem Standpunkt eines revolutionären Sozialismus. Ich kann hier die oben angeführten Ansichten der Partei oder richtiger die ihres maßgebendsten damaligen Publizisten — Stanislas Mendelson — nicht analysieren; einzelnen dieser Erklärungen, besonders jenen, daß sozialistische Abgeordnete im Parlament nicht danach streben sollen, Reformen durchzuführen, heute zuzustimmen, ist unmöglich. Anderseits ist der Grundgedanke des Artikels, daß die sozialistischen Parteien Westeuropas ihren vorwiegend revolutionären Charakter eingebüßt haben, daß sie nicht auf eine energische Aktion bedacht sind, mit der Absicht, heute bereits mögliche Ziele zu erreichen, auf einzelne Parteien angewandt, zum Teil durchaus richtig. Es bedeutet dies nicht, daß die sozialistischen Parteien in Westeuropa auf ihre letzten Ziele verzichten, sondern daß sie im Verfolgen dieser Ziele heute den Gedanken an gewaltsame Kampfesformen verwerfen, von Revolutionen im Sinne illegaler, brutaler Zusammenstöße mit der Regierung und der Bourgeoisie, um auf diese Weise ihre Reformen durchzuführen, politische Macht zu erringen und sie ins Leben umzusetzen, nichts mehr wissen wollen. Diesen Wechsel in der Gesinnung der revolutionären Partei kann man je nach seinem Standpunkt freudig oder schmerzlich begrüßen, es ist jedoch unmöglich, ihn zu ignorieren.

Tatsächlich sehen wir, daß es in einzelnen Ländern trotz des Bestehens einer starken sozialistischen Partei noch bedeutende Überbleibsel des Feudalismus gibt, unerschütterte Privi-

legien der besitzenden Klasse, und trotzdem fehlt dort auch das geringste Anzeichen für eine Revolution, sei es auch nur eine politische. Selbst die Anhänger der Partei verwerfen jeden Gedanken an eine Revolution in nächster Zukunft. Als Beispiel mögen die im heutigen Preußen bestehenden Zustände gelten.

Rosa Luxemburg bespricht die Ansichten von „Proletariat“, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben, und weist auf ihre Verwandtschaft mit Jakobinismus und Blanquismus hin; der leitende Gedanke war, ihrer Ansicht nach, ein unbegrenzter Glaube an die Macht der Politik, die imstande ist, jeden Augenblick alle ökonomischen und sozialen Umgestaltungen, die sie als gut und richtig empfindet, durchzuführen. Zwar, fährt sie fort, sieht auch die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus in der politischen Macht einen Hebel zur Umgestaltung sozialer Verhältnisse. Marx' und Engels' Theorie schreibt der politischen Macht in diesen Übergangszeiten sozusagen nur die Rolle eines ausführenden Faktors zu, der die Resultate der inneren Entwicklung der Gesellschaft, die ihren Ausdruck im Klassenkampf finden, realisiert. Nach Marx' bekannter Formel spielt politische Macht in revolutionären Augenblicken die Rolle einer „Hebamme“, die die Geburt einer neuen Gesellschaft, die als reife Frucht im Schoße der alten liegt, beschleunigt und erleichtert. Daraus geht hervor, daß gründliche soziale Umgestaltungen mittels politischer Macht nur auf einer gewissen Stufe der sozialen Entwicklung eintreten können, ferner daß politische Macht nur in den Händen der sozialen Klasse, die in einem gegebenen historischen Augenblick der Träger der Revolution ist, als Instrument der Umgestaltung funktionieren kann, wobei gerade die Reife dieser Klasse zum dauernden Ergreifen der politischen Macht die einzige Legitimation und der einzige Beweis der Möglichkeit der Umgestaltung selbst ist. („Sozialdemokratische Revue“ 1903, Nr. 1, S. 29.)

Diese Charakteristik des Blanquismus und Marxismus ist, wenn auch einseitig, ihrem Wesen nach richtig. Man muß ihr jedoch noch folgende Bemerkung hinzufügen: Anschauungen über „die Reife sozialer Bedingungen“, über „das endgültige

Bereitsein einer gewissen sozialen Klasse, die Diktatur im Staate zu ergreifen", sind relativ.

Zwei Politiker können vollkommen einig darüber sein, daß der politische Faktor im allgemeinen nicht allvermögend ist, daß der Besitz der politischen Macht einen Umschwung in den politischen Verhältnissen bewirke, daß die arbeitende Klasse, um imstande zu sein, die Macht zu handhaben, ein gewisses Stadium der Reife erreicht haben müsse, und obgleich sie in all diesen Punkten einig sind, können sie sich sehr bedeutend unterscheiden in ihrer Ansicht über die nächste Zukunft, in ihrer Wertung der revolutionären Kräfte und in einer ganzen Reihe anderer Fragen. Gegebene konkrete Zustände in einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit können dem einen dieser Politiker „reif", dem andern „unreif" erscheinen. Die Leser werden im weiteren Verlauf dieses Buches ersehen, daß während der Dauer der russischen Revolution die Anhänger der Partei der Rosa Luxemburg und sie selbst, in marxistischen Anschauungen in der Bewertung der Situation im Königreich Polen und in Rußland befangen, sich über die Situation nicht genügend orientiert, die realen Kräfte des Proletariats überschätzt und ihm empfohlen hatten, nach der Diktatur zu streben mittels einer nicht näher bezeichneten Massenbewegung.

Vor Fehlern in der Beurteilung einer Situation können wir uns nur zum Teil schützen. Die Wissenschaft vermag nicht haarscharf zu bestimmen, bei welchem Zustand der Entwicklung wirtschaftlicher Verhältnisse sowie der Reife der entsprechenden Gesellschaftsschichten gewisse sozialpolitische Reformen möglich sind oder nicht. Die Theorie vermag uns nur sehr allgemeine Kriterien zur Beurteilung dieser Erscheinungen zu geben. Große Politiker zeichnen sich gerade dadurch aus, daß sie die Situation schnell übersehen und dementsprechend die Anspannung und den Charakter der verschiedensten sozialen Schichten abzuschätzen vermögen, indem sie ihre Umgestaltung in der Zukunft voraussehen.

Die Rolle, die der politische Faktor bei sozialen Umgestaltungen spielt, mit jener, die die Hebamme bei der Geburt spielt, zu

vergleichen, ist auch aus obigen Gründen unzutreffend und wie alle biologisch-soziologischen Analogien wissenschaftlich durchaus wertlos.

Die Wirkungsmöglichkeit politischer Faktoren innerhalb sozialer Verhältnisse ist unverhältnismäßig größer als die der Hebamme beim biologischen Prozeß. Schon deshalb, weil die Biegsamkeit der Gesellschaft bedeutend größer ist als die des Organismus. Es wird häufig gesagt, die Frage, wann politische Bedingungen für den Umschwung reif seien, werde durch die Revolution allein entschieden, die in natürlicher und nicht künstlicher Weise selbsttätig ausbricht.

Eine Revolution läßt sich nach dieser Ansicht nicht machen.

Engels kritisiert das Programm der blanquistischen Flüchtlinge der Kommune in seiner bekannten Arbeit „Internationales aus dem Volksstaat“ folgendermaßen: „Unsere Londoner Blanquisten sind der Ansicht, daß Revolutionen nicht von selbst entstehen, sondern gemacht werden, und dies von relativ wenig Menschen, nach einem von vornherein festgelegten Plan, daß außerdem die Arbeit jeden Augenblick aufs neue beginnt.“

Bei Revolutionen muß man zweierlei unterscheiden: einen gewaltsamen Massenausbruch und eine politisch-soziale, darauf folgende Aktion. Die Erfahrung lehrt uns, daß der Augenblick, in dem ein Ausbruch stattfindet, bei dem ein ungeheurer Teil der Gesellschaft, der sich früher passiv verhielt, sich entschließt zu riskanten, entscheidenden Mitteln zu greifen, Kräfte offenbart, die sich nicht vorhersehen lassen. Es können elementare oder ökonomische Krisen sein, ein potenzierter politischer, nationaler oder religiöser Druck. Eine Revolution bricht zumeist dann aus, wenn plötzlich etwas einsetzt, das einen entscheidenden Einfluß auf den menschlichen Willen ausübt, ihn zur Tat drängt; nur ungewöhnliche Umstände vermögen die Menschen in großer Zahl zu veranlassen, ihre gewohnte Lebensart aufzugeben.

Dort, wo sich Unzufriedenheit mit gewissen Vorgängen oder Institutionen seit langem angesammelt hat und genügend ins Bewußtsein getreten ist, können geringe politische oder andere Zwischenfälle die Ursache zu einer Revolution werden. Da kann die Initiative zu einer Massenbewegung von einer Handvoll Men-

schen ausgehen, die sich ihrer Ziele bewußt sind, schnell und energisch handeln und den Feind an seiner schwächsten Stelle angreifen. In diesem Sinne haben die Blanquisten „das Machen einer Revolution" verstanden.

„Klassenkampf" hat, mit Rücksicht auf die Bewegung in Polen von Postulaten sprechend, in deren Namen man Massenagitation führen kann und soll, auch politische Selbstverwaltung erwähnt.

Den Zeitpunkt hat die Zeitschrift nicht näher bezeichnet, wir glauben jedoch, daß die Selbstverwaltung Polens in Rußland erst nach einer siegreichen Revolution eintreten kann, die den Sozialisten die Zügel der Regierung in die Hände spielt. Nicht nur 1888, sondern auch später, wenigstens bis zum Jahre 1891, überwog unter den Führern von „Proletariat" die Ansicht, das nächste politische Ziel der Partei sei, eine allgemeine Konstitution mit Autonomie für Polen zu erkämpfen.

Res behauptet in seiner erwähnten „Geschichte" (S. 286 Anmerkung), daß ich mich irre, wenn ich dem „Proletariat" von 1889, 1890 und 1891 diese Ansichten zuschreibe. Zum Beweis bringt er die Tatsache vor, daß, als ich 1892 (?) im Gefängnis ein Memorial verfaßt und den Kampf um die Konstitution und Frieden mit den Patrioten empfohlen habe, dieses Memorial keinerlei Einfluß hatte. Res glaubt auch, daß ich damals allein auf dem Boden konstitutioneller Forderungen gestanden habe.

Res' Ansicht ist in jeder Beziehung falsch. Sein eignes Buch enthält eine Tatsache, die ihn schlägt. So erwähnt er auf S. 323 seiner „Geschichte", daß die Rigaer Gruppe von „Proletariat", mit der die Warschauer Gruppe 1891 Beziehungen angeknüpft hatte, eine Reihe von sozialistisch-revolutionären Broschüren herausgegeben hat, darunter befand sich auch meine, die 1888 erschienen ist und die ich oben erwähnt habe. Nun, da diese Broschüre nachdrücklicher auf die Notwendigkeit des Kampfes um die Konstitution mit Selbstverwaltung (im Sinne der Autonomie) hinweist und da sie ohne jeden Anteil meinerseits erschienen ist (nachdem ich das Gefängnis verlassen hatte, erfuhr ich, daß sie erschienen war), haben die Herausgeber augenscheinlich meinen Ansichten zugestimmt. Nach Res' Ansicht

haben zwanzig Personen zur Rigaer Gruppe gehört. So gab es außer mir noch eine ganze Reihe von „Proletariern", die sich zu diesen Ansichten bekannt haben. Aber vielleicht wird Res behaupten, daß es zwar in Riga Anhänger des Kampfes für die Konstitution gegeben hat, aber nicht in Warschau. Auch diese Ansicht wäre irrig. Die Warschauer Gruppe, die mit einer von der Rigaer Gruppe herausgegebenen Broschüre „Revolutionärer Katechismus" nicht einverstanden war, hat einen Teil der nach Warschau geschickten Auflage vernichtet. Wenn die Ansichten meiner Broschüre denen der Partei nicht entsprochen hätten, so wäre sie nicht verbreitet worden, das Gegenteil aber war der Fall. Einige meiner Gefährten, mit denen ich während meiner Haft korrespondierte, haben sich ausdrücklich mit meinen Ansichten einverstanden erklärt, und sie haben zu den Tätigsten im Lande gehört.

Das von Res erwähnte „Memorial" wurde nicht, wie er annimmt, 1892 geschrieben und der Partei übergeben, sondern bereits im August 1891. Verlesen wurde es auf einer Versammlung, bei der eine Spaltung in „Proletariat" eintrat, von der noch die Rede sein wird. Das „Memorial" hat sich in der Hauptsache nicht mit der Konstitution, sondern mit taktischen Fragen und namentlich mit politischem Terrorismus beschäftigt. Ob es auf die Hörer einen stärkeren oder schwächeren Einfluß ausgeübt hat, weiß ich nicht. Tatsache ist jedenfalls, daß die Versammlung sich für politischen Terrorismus ausgesprochen hat, also im Sinne des „Memorials", die Minorität ist dagegen aufgetreten und hat später eine neue Gruppe „Zusammenschluß" (Zjednoczenie) gegründet.

Natürlich gab es in der Warschauer Gruppe des „Proletariats" einzelne Mitglieder, wie Res selbst, die unter dem Einfluß von „Klassenkampf" den Gedanken an einen Kampf um die Konstitution verworfen haben. Sie standen jedoch durchaus nicht in der Majorität. So kann ich in diesem Punkte, wie auch in so manchem anderen, Res' Korrekturen nicht annehmen.

Übrigens haben schon vor meiner Verhaftung unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung in Westeuropa die Ansichten von „Klassenkampf" in bezug auf das Ergreifen der

politischen Gewalt den Boden unter den Füßen verloren. In derselben Richtung hat auch die Redaktion der „Befreiung der Arbeit" gewirkt, die einen gewissen, wenn auch beschränkten Einfluß auf die Mitglieder von „Proletariat" hatte.

Die Rückkehr zu den Ideen des „Klassenkampfes" in antikonstitutioneller Richtung zeigte sich erst seit Ende 1892 nach dem Auftauchen des neuen Programms der polnischen sozialistischen Partei.

Wir wollen jetzt auf die Ansichten von „Proletariat" über diesen Punkt eingehen.

Und wie hat „Klassenkampf" zur polnischen Frage gestanden?

Die Zeitschrift hat diesem Punkt eine Reihe von Bemerkungen und einige kürzere und längere Artikel gewidmet, so daß wir in großer Verlegenheit sind, welche wir anführen sollen. Im Grunde genommen vertreten sie alle den gleichen Standpunkt. Am ausführlichsten behandelt die polnische Frage ein Artikel im II. Quartal unter dem Titel: „Nec locus ubi Troja fuit":

„Der polnische Adel, der die ökonomische Macht in seinen Händen hatte, mußte danach streben, sie zu erweitern; da er Land besaß und ihm durch Frondienst die Arbeit gewährleistet war, konnte er nach einer politischen Festlegung dieser Rechte streben; demjenigen Teil des Adels, der mit Besitz spärlich gesegnet war, war der gleiche Weg vorgeschrieben, wenn auch auf demokratischer Grundlage. Nach den Vorgängen von 1863 mußten neuentstandene soziale Gruppen unter neuentstandenen Bedingungen nach Besitz streben und auf Ausgestaltung ihrer Macht bedacht sein, infolgedessen mußten sich die politischen Tendenzen dieser Gruppen von den bisher herrschenden unterscheiden.

Im Augenblick, wo unser Land den gleichen ökonomischen und sozialen Bedingungen unterstand, die das übrige zivilisierte Europa beherrschten, mußten sich die theoretisch formulierten, materiellen Bedingungen des Landes ändern, infolgedessen mußten auch die politischen und moralischen Tendenzen einem Wechsel unterliegen.

Wenn wir diesen Wechsel konstatieren, möchten wir ihn nicht auf das Entstehen und die Entwicklung des Handels sowie auf bürgerliche Konsequenzen und Tendenzen beschränken. Auch unsere Landbevölkerung erlag dem gleichen Prozeß innerer Transformation.

Hat der besitzende Großadel eine Metamorphose erlitten, um wieviel mehr der Kleinadel, der beim allgemeinen Wechsel der sozialen Verhältnisse aus seiner privilegierten Stellung herausgeschleudert wurde; früher hat er seine Hand nach politischer Macht ausgestreckt, um seinen Landbesitz zu vergrößern, auf den er dank seinem Adel einen ‚legalen' Anspruch hatte; heute sucht er Positionen aufzuspüren, die es ihm kraft der ‚organisierten Arbeit' ermöglichen, einen Teil der sozialen Reichtümer zu ergattern, die strittige Beute gleichberechtigter Konkurrenten. . . .

Man muß mit Blindheit geschlagen sein, um diesen Wechsel, der sich im Schoße unserer Gesellschaft vollzogen hat, zu übersehen. Man muß ein sentimental veranlagter grüner Junge sein, der sich seine politische Begeisterung aus unschuldigen Trinkliedern holt, um die Gleichgültigkeit der polnischen Gesellschaft gegen Ulanen- und Husarenlieder nur einer sporadischen oder kontinuierlichen Reaktion zuzuschreiben, aber immerhin einer Reaktion in der gewöhnlichen Bedeutung dieses Wortes.

Nein! das ist keine Reaktion! Das ist weder Schlaf noch Tod, das ist eine Transformation sozialer Tendenzen, die nach einer völligen Umwandlung der materiellen Bedingungen unseres sozialen Lebens vor sich gegangen ist.

Ist es vielleicht nur Zufall oder ist es die Folge momentaner unerquicklicher Umstände, daß alle Schichten sich losgesagt haben von der alten ‚Politik', dem alten Schlachtruf, sie sogar energisch verurteilen und zu ewigem Vergessen verdammen? Sowohl unser Adel, d. h. jene Gesellschaftsklasse, die im Besitz von Land verblieben ist, als die industriellen Schichten, die sogenannte polnische Bourgeoisie, als auch jene, die dafür sind, daß der Adel auf Erden und Gott im Himmel herrsche, und jene anderen, die den Boden für sich verlangen, der bis jetzt im Besitz des Adels war, mit anderen Worten die Alten und die

Jungen, die Konservativen und die Liberalen entschlagen sich energisch der Politik der vergangenen Jahre. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der sein Land verwaltende Adel Macht erlangen konnte, während die Selbstverwaltung sozialer Reichtümer heute das Ziel ist. Unsere sogenannte Gesellschaft, adliger Privilegien und adliger Machtformen beraubt, muß sich Besitz erwerben, und der Weg, der heute zu Besitz führt, ist schwer, mühselig, voller Hindernisse, lang und wird immer länger, da stets neue Schätze entdeckt werden — mit einem Worte, es ist der Weg kapitalistischer Produktion. Und wenn an Stelle patriarchalischer ‚ehrlicher' Wirtschaftsformen Konkurrenzkampf tritt und produktive Arbeit, wenn ‚Beständigkeit' ersetzt wird durch den zentralisierten Prozeß des Aufhäufens von Reichtümern — ja dann hat man weder die Lust noch die Möglichkeit, alten sagenhaften Geschichten zu lauschen, ob sie nun im ehrwürdigen Tempo der Polonaise an uns vorbeiziehen, oder im Schnellschritt des Mazurs und Krakowiaks [1]).

Aber es sind nicht allein unsere reichen oder nach Reichtum strebenden sozialen Klassen, die neue Bahnen betreten, unter Verzicht auf die alten. Auch in kleinbürgerlichen Schichten, die danach streben, sich vom Einfluß der ‚höheren' Klassen freizumachen, auf eigenen Füßen zu stehen, kann man das gleiche Schauspiel beobachten. Auch ihnen ist die Lust sich zum Wort zu melden vergangen, auch sie haben den Psalm der Legalität und Untertanentreue gelernt. In dieser Taktik unseres Kleinbürgertums nur ‚Reaktion' zu sehen, wäre mehr als nur kindlich. Eine soziale Gruppe, die ‚auf eigenen Füßen' stehen will, die Forderungen aufstellt, wie sie selbst die ‚Konstitution vom 3. Mai' nicht geträumt hat, die nach Emanzipation strebt und allem, was damit in Zusammenhang steht, die die soziale Bewegung leiten will, sollte reaktionär sein? Aber solange sie ein gehorsames Werkzeug war, war sie voll vitaler Kräfte, und wenn sie ihre eigenen Kräfte brauchen will, in sozialer Beziehung reift, nach Politik im Sinne von Selbstbetätigung strebt — da soll sie von Reaktion durchsetzt sein? Nein!

---

1) Die beiden letzten feurige polnische Nationaltänze. Anmerkung d. Ü.

Ihr Verzicht auf die alte polnische Politik ist keine Reaktion, sondern die Folge, die notwendige Folge dieser sozialen Transformation, die in unseren sozialen Schichten vor sich gegangen ist.“ . . .

Im weiteren Verlauf kommt der Verfasser zum Schluß, die polnische Frage sei mit dem Adel eng verwachsen, und der Fall des letzteren ein schwerer Schlag für sie. Der Sozialismus vermag die polnische Frage nicht zu lösen, er ist eine internationale Erscheinung und muß als solche nicht die spezifisch polnische, sondern die allgemeine revolutionäre Politik des Proletariats fördern.

Die polnische Gesellschaft wurde nach den Vorfällen von 1863 in den Strudel des allgemein kapitalistischen Austausches einbezogen, ihr Schicksal wird sich auf dem internationalen Wege der sozialen Revolution entscheiden. Der Verfasser schließt seinen Artikel folgendermaßen:

„Die römischen Patrioten waren klug und kühn genug, um den Untergang Roms und die Notwendigkeit dieses Unterganges zu sehen; dieses Bewußtsein war um so schmerzlicher, als sie nur den Einfall der Barbaren vor sich sahen Wir, die wir bereits eine bessere Zukunft vor uns sehen, die wir die aufgehende Morgenröte einer günstigeren sozialen Organisation begrüßen, brauchen nicht händeringend den Abgrund zu konstatieren, der uns von der früheren polnischen Politik trennt.“ („Klassenkampf“ 1887 Nr. 2, S. 19.)

Klar tritt hier der Gedanke zutage, daß es nach den Vorfällen von 1863 in den höheren und mittleren polnischen Gesellschaftsschichten an Kraft fehlt, um die Unabhängigkeit zu erkämpfen; die Sozialisten, die über revolutionäre Kräfte verfügen, haben ihre eigenen weitergehenden Forderungen. deren Verwirklichung sie anstreben.

In einem weiteren Artikel von „Klassenkampf“ (Jahrgang 2 Nr. 1) finden wir die Ansicht vertreten, daß nationale Politik Einigkeit der Klassen voraussetzt, sozialistische dagegen ihren Antagonismus.

Aus diesem Standpunkt bezüglich der Unabhängigkeit Polens geht jedoch keineswegs hervor, daß „Proletariat“ gegen

nationalen Druck gleichgültig war. Im Gegenteil, diese Publizisten haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Partei sich jeder lebendigen Opposition im Lande annehmen müsse.

Interessant ist ein langer Artikel im „Klassenkampf" vom Jahre 1888 unter dem Titel „Die nationale Frage". Die Beziehungen zwischen Patriotismus und Sozialismus um 1887 und 1888 werden darin klargelegt. In diesem Artikel finden wir eine Gegenüberstellung der Ansichten der Patrioten verschiedenster Färbung bis zu den Sozialisten (vom „Weckruf", von denen noch die Rede sein wird) über die polnische Frage. Auf einige der wichtigeren Abschnitte wird noch einzugehen sein.

Der Verfasser des Artikels betont, das Streitobjekt zwischen Sozialisten und Patrioten bestehe darin, daß die letzten vor allem ein freies Polen verlangen, während den ersten nationale und politische Freiheit nur ein Teil der allgemeinen Freiheit ist. Dann verweist der Verfasser darauf, daß die nationalen Sozialisten sich dagegen verwahren, daß es ihnen um etwas anderes als nur um ein sozialistisches Polen gehe und fügt hinzu: „Wir kommunistischen Sozialisten begreifen, daß der Zukunftsstaat sich aus den vorhandenen sozialen Institutionen entwickeln wird; es kann uns daher nicht darum zu tun sein, sofort ein sozialistisches Polen zu haben, sondern darum, in Polen, wie es heute ist und im Augenblick der Revolution sein wird, soziale Einrichtungen einzuführen und zu entwickeln, die dem Sozialismus zum Sieg verhelfen." Dann fährt der Verfasser fort: „Auch diese Forderung beschränken wir und führen sie auf ein noch bescheideneres Maß zurück, indem wir erklären, der Wunsch, die ‚Leitung' in Polen zu gewinnen, ist durchaus nicht unser Dogma, sondern nur ein Wunsch, . . . der sich nur unter den günstigsten Bedingungen realisieren läßt." Weiter erklärt der Verfasser, die gegenwärtige und aller Wahrscheinlichkeit nach auch die künftige Lage der Sozialisten erwecke die Hoffnung, daß sich die polnische sozialistische Partei im Augenblick des Ausbruchs „in bester Verfassung" befinden werde. Zum Schluß folgt: „Wir sind heute nicht in der Lage, das Kommen der ‚Bewegung' in nächster Zukunft vorauszusehen und haben auch keine ernsthafte, zur Tat bereite Partei, die ‚einen nationalen Aufstand' insze-

nieren könnte." Daraus würde folgen, daß, wenn eine derartige Partei vorhanden und der Augenblick zur Verwirklichung der Bestrebungen gekommen wäre, die Sozialisten vom „Klassenkampf" nicht nur bereit wären, diese Bewegung zu unterstützen, sondern sogar an ihre Spitze zu treten.

Res zitiert diesen Artikel ausführlich, sieht darin bereits eine Ankündigung des Programmes der polnischen sozialistischen Partei und wirft mir vor, daß ich in meiner „Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung" diese Ausführungen von „Klassenkampf" nur mit einigen Zeilen abgetan habe. Nun habe ich diesem Artikel niemals irgendeine Bedeutung beigemessen und tue dies auch heute nicht, da ich seinen Ursprung kenne. Er war eine Antwort auf eine Reihe von Vorwürfen, die die Mitglieder der Landesorganisation gegen „Proletariat" erhoben haben, wegen des völlig ablehnenden Standpunktes, den „Klassenkampf" dem Problem der künftigen Unabhängigkeit gegenüber eingenommen hat. Besonders der Verfasser dieses Artikels, der selbst auf konstitutionell-autonomischem Boden stand, hat der Redaktion von „Klassenkampf" brieflich und mündlich zum Vorwurf gemacht, daß sie jeden Gedanken an eine künftige Unabhängigkeit allzu kategorisch verwerfe, selbst unter Ausnahmeumständen, die sich nicht voraussehen lassen, die aber doch einmal eintreten können [1]). An der Ehrlichkeit des Verfassers habe ich nicht gezweifelt, ich behaupte nur, daß er gewisse Möglichkeiten in der Zukunft voraussieht, während der Standpunkt der Redaktion von „Klassenkampf" in der polnischen Frage völlig unverändert geblieben ist.

Auch der Wechsel im Untertitel von „Klassenkampf" im Jahre 1888 fand auf den Vorschlag der Landesorganisation statt. Früher nannte sich die Zeitschrift „Organisation der internationalen sozialrevolutionären Partei", seit 1888 wurde sie das Organ der „polnischen sozialrevolutionären Partei".

Ein Wechsel in den Anschauungen bezüglich der polnischen Frage trat tatsächlich ein, aber erst drei Jahre später, wie aus

---

1) Dieser Artikel war ein Widerhall der Gespräche, die Kulczycki mit Mendelson und der Jankowska im Oktober 1888 in Paris geführt hat.

den in der „Morgendämmerung“ von 1891 veröffentlichten Artikeln hervorgeht. Sie waren das Resultat der zunehmenden polnischen sozialistischen und nationalen Bewegung sowie der Zersplitterung der revolutionären Aktion in Rußland.

„Klassenkampf“ hat sich häufig mit politischen Fragen des Auslandes auseinandergesetzt, namentlich Mendelson hat sich damit beschäftigt. Seit Jahren in Frankreich lebend hatte er sich in verschiedene politische Richtungen hineingearbeitet und empfand ihre Sorgen und Ängste ehrlich mit, was seinen Ansichten über auswärtige Politik eine entscheidende Färbung gegeben hat.

Frankreich galt ihm als das Vaterland der Revolution. Er hat ehrlich geglaubt, Frankreich und kein anderes Land würde das Signal für die neue Revolution erlassen. Deutschlands drohende Haltung Frankreich gegenüber hat seiner Ansicht nach das Land mit neuem Unglück bedroht und die Entwicklung der revolutionären Kräfte aufgehalten. Als größtes Unglück der international-sozialistischen und demokratisch-fortschrittlichen Bewegung erschien ihm eine abermalige Niederlage der Franzosen durch die Deutschen, die er befürchtete. So glaubte er, daß der Bewegung die größte Gefahr von Deutschland und nicht von Rußland her drohe.

Im IV. Jahrgang von „Klassenkampf“ finden wir Mendelsons Artikel über diesen Gegenstand. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland, Österreich und Rußland voraussehend, sprach er sich gegen eine gemeinsame Aktion der polnischen Patrioten mit der habsburgischen Monarchie gegen den Zarismus aus. Er polemisierte auch mit den deutschen Publizisten aus dem sozialdemokratischen Lager, die seiner Ansicht nach allzu einseitig nur in Rußland den Herd der Reaktion sahen. Aus diesem Grunde beurteilte er abfällig die Ansicht einiger polnischen, zur Fortschrittspartei gehörenden Emigranten in Galizien, die zwischen 1887 und 1888 vom Kampf gegen Rußland mit österreichischer Hilfe träumten.

Mendelson veröffentliche einen „Offenen Brief an die Offiziere des russischen Heeres im Königreich Polen“, in denen er die Fehler der russischen Politik gegen Polen nachweist und

seine Ansichten zur slawischen Frage äußert, die sich mit den einst von Bakunin [1]) proklamierten decken.

„Proletariat" hat eine sehr energische publizistische Tätigkeit entwickelt. Neben „Klassenkampf", in dem theoretische und praktische Fragen behandelt wurden und der sich an ein gebildetes Publikum wandte, erschien noch „Morgendämmerung", deren Aufgabe darin bestand, die Grundsätze des Sozialismus zu popularisieren und die bereits eingeweihteren Arbeiter mit der politischen Aktion der verschiedenen Länder vertraut zu machen. „Proletariat" gab auch eine Reihe von Broschüren unter dem Titel „Für heute" heraus, in denen aktuelle Angelegenheiten behandelt werden.

Die wichtigsten polnischen populären Agitationsbroschüren hat „Proletariat" herausgegeben.

Diese Partei hat während ihres Bestehens streng darüber gewacht, daß die polnischen Sozialisten auf dem Boden des Klassenstandpunktes bleiben, sowohl in ihrem Tun als in ihren theoretischen Anschauungen.

Sie war stets gegen jeden schädlichen Kompromiß aufgetreten.

Im „Klassenkampf" sogut wie in den „Quartalschriften" wurden ausführliche und ernsthafte Artikel aus dem Bereich der Sozialwissenschaften veröffentlicht.

Kleinere Abhandlungen von Marx und Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" sind im Verlag von „Proletariat" erschienen.

Mendelson, der Redakteur und Hauptmitarbeiter von „Klassenkampf", war ein hervorragender Publizist. Mag man nun seinen Artikeln zustimmen oder nicht, unverkennbar bleibt seine Begabung und seine Schärfe im Beurteilen politischer Erscheinungen.

XIII.

Wir haben bereits im letzten Abschnitt erwähnt, daß 1889 in der legalen radikalen Presse eine Spaltung stattfand: die

---

1) Einen Auszug aus diesem Brief veröffentlicht Res in seiner mehrfach erwähnten „Geschichte" S. 218 und 219.

„Wahrheit“ (Prawda) blieb auf marxistischem[1]), die „Stimme“ auf allgemeinem Volksboden. Sehr bezeichnend ist der Umstand, daß die „Stimme“ wiederholt die gleichen Grundsätze wie auch Bernstein vertreten hat: daß die Konzentration des Kapitals nicht in dem Tempo vor sich gehe wie die Marxisten glauben. Im gleichen Aufsatz wurden dieser Erscheinung andere gegenübergestellt: der Zusammenschluß kleiner Kapitalien in Aktiengesellschaften; auch der Glaube an die Diktatur des Proletariats wurde kritisch beleuchtet; zu heißesten Kämpfen zwischen „Stimme“ und „Wahrheit“ führte jedoch die Auffassung über das Volk.

In dieser Frage finden wir folgende interessante Analogien. Die erste der beiden Zeitschriften stellte Theorien auf, die auch heute von den russischen Sozialrevolutionären leidenschaftlich verteidigt werden, während früher die „Volkstümler“ dafür eingetreten sind; danach besteht das Volk aus jenen sozialen Gruppen, die von ihrer Arbeit leben, ohne Rücksicht darauf, ob sie Eigentum besitzen oder nicht. Daraus folgt, daß die Interessen der kleinen Landbesitzer und des Proletariats identisch sind.

Die „Stimme“ trat für Parzellierung ein und sah darin einen wichtigen Faktor sozialer Demokratisierung; sie versuchte auch zu beweisen, daß die besitzenden Bauern mit dem Proletariat verglichen kein reaktionäres Element seien.

Die „Stimme“ bekämpfte auch das materialistische Begreifen der Geschehnisse und stellte dem den psychologischen Faktor als etwas gewissermaßen Unabhängiges gegenüber.

Die „Wahrheit“ wies nach, daß kleiner Landbesitz die Grundlage reaktionäer Elemente sei und dem Verfall entgegenstrebe.

Diese Wochenschrift hat sehr viel dazu beigetragen, den Marxismus in weiteren Kreisen der polnischen Intelligenz zu verbreiten. Diese Popularisierung erhielt jedoch innerhalb der Grenzen der russischen Zensur gelegentlich einen allzu einseitigen Charakter, was böse Folgen hatte.

---

1) Der Marxismus überwog; Winiarskis Artikel waren freilich blanquistisch gefärbt. Winiarski war „Proletarier“.

Jedenfalls sorgte die einige Jahre währende Polemik über diese Fragen dafür, daß die radikalen Kreise geistig frisch blieben. Einige Artikel waren sehr interessant und von wesentlicher Bedeutung. Es wurde auch viel über die Arbeiterbewegung im übrigen Europa geschrieben.

Zu Anfang des Jahres 1891 begann in Warschau eine legale Zeitschrift für Arbeiter zu erscheinen: „Allgemeine Wochenzeitung“ (Tygodnik powszechny). Sie stand im Dienst der Arbeiterinteressen. In populären Artikeln beschäftigte man sich namentlich mit ökonomischen Fragen, da es schwer war, politische zu behandeln.

Nach drei Monaten wurde diese Zeitung ohne vorherige Verwarnung von der Zensur aufgehoben.

Um dieselbe Zeit erschienen in Warschau einige legale Broschüren sozialistischen Charakters: zwei kleine nationalökonomische Handbücher, Kautskys Traktat über Nationalität, Walerewskis Broschüre „Volksgesellschaft“ und einige andere. Walerewskis Schrift hatte die Zensur erst passieren lassen, um sie später zu unterdrücken.

Bellamys Buch „Das XXI. Jahrhundert“ hatte in Warschau einen ungeheuren Erfolg. Der Verfasser versucht ein Bild des kommenden sozialistischen Zukunftsstaates zu entwerfen.

Diese relative Nachsicht der russischen Zensur zu verstehen, fällt heute schwer. Analoge Erscheinungen finden wir im Kaukasus, wo mehrere Jahre eine Zeitschrift marxistischer Richtung erschien. Wahrscheinlich hatte man infolge der politischen Ruhe im Innern Rußlands den Grenzstaaten weniger Aufmerksamkeit zugewandt.

Dieses Idyll währte jedoch nur kurze Zeit.

Im Beginn des Jahres 1891 dringt die Arbeiterbewegung in die Provinz. „Bei Dąbrowa Górnicza im Bergwerk Niwka bricht ein Streik aus. Etwa 2000 Bergarbeiter treten solidarisch auf und verlangen eine Veränderung des neuen Auszahlungssystems, das ihren Verdienst beschneidet [1].“

---

1) „Arbeiterbewegung im Königreich Polen während der letzten drei Jahre“, S. 12 (in polnischer Sprache).

In Warschau wächst die Arbeiterbewegung stetig: der Unterstützungskasse stehen immer größere Mittel zur Verfügung, die Zahl der Mitglieder aus der Intelligenz, die sich der sozialistischen Organisation anschließt, wächst, die Organisierung der Arbeiter zieht weitere Kreise. Der 1. Mai rückt immer näher.

„Schon vier Wochen vor dem 1. Mai bot Warschau einen sehr düstern Anblick. Durch die Straßen zogen häufig nächtliche Patrouillen, die aus sechs bis zwölf Kosaken bestanden; in den Arbeitervierteln fanden in jedem Hause Paßrevisionen statt, und jeder, dessen Paß abgelaufen war, wurde verhaftet und in seinen Geburtsort zurückspediert. Den Hausverwaltern wurde aufs strengste eingeschärft, jeden Fremden, der das Haus betrat, zu fragen, zu wem er wolle, wie er heiße, und alle Pakete zu revidieren.

In allen Fabriken, Werkstätten und Magazinen erhielten die Meister Listen, in die sie Namen, Geburtsort und die Führung ihrer Arbeiter einzutragen hatten."

Zwei Wochen vor dem 1. Mai erschien in Warschau [1]) eine in der geheimen Druckerei von „Proletariat" gedruckte Broschüre über die Bedeutung des 1. Mai, die in sämtlichen Fabriken, Werkstätten, Magazinen und Privathäusern in Warschau und Lodz verbreitet wurde. (Gleichzeitig erschien eine Broschüre über den 1. Mai von Zw. Rob. Pol., unterschrieben „Die polnischen Sozialisten". Beide Broschüren enthalten politische Forderungen, die in der vom „Proletariat" veröffentlichten stärker betont waren. Anm. d. Verf.)

In Warschau kochte es wie in einem Kessel. In allen Straßen sah man geschwärzte Arbeiter, ein großer Teil der Bourgeoisie flüchtete vor Schrecken aufs Land; die nächtlichen Patrouillen der Kosaken wurden durch Gendarmerie verstärkt, tagsüber gingen Fußsoldaten durch die Straßen, an ihrer Spitze Offiziere mit bloßen Säbeln.

An vielen Stellen fanden Revisionen und Verhaftungen statt; eine Woche vor dem 1. Mai wurden die Arbeiter in allen

---

1) Die Broschüre scheint in der geheimen Druckerei zu Riga gedruckt worden zu sein. Nur aus taktischen Gründen wurde Warschau als Druckort genannt.

Fabriken und Werkstätten von der Polizei, den Fabrikanten und Meistern gewarnt, am 1. Mai zu feiern, entgegengesetzten Falles würden sie verhaftet und nach Abbüßung der Strafe in der Fabrik nicht wieder beschäftigt werden. Vor den Fabriken wurden Spione postiert.

Zwei Tage vor dem 1. Mai erschien in der Druckerei von „Proletariat" ein Aufruf an die Arbeiter, am 1. Mai zu feiern; er wurde in der gleichen Weise wie die Broschüren verteilt, in einigen Fabriken wurden sogar die Wände damit beklebt. Gleichzeitig erhielten Soldaten und Polizei scharfgeladene Gewehre. Am Abend vor dem 1. Mai wurden die Hausverwalter in Arbeiterquartieren angewiesen, die Haustüren zwei Stunden eher als sonst zu schließen.

Am 1. Mai war es um 8 Uhr früh ruhig, nur die Polizei erregte allgemeine Aufmerksamkeit durch ihr unruhiges Gebaren; nach 8 Uhr begannen Arbeiter in ihren besten Kleidern aufzutauchen, gegen 12 Uhr sah Warschau festlich aus [1]. . . .

Einige Fabriken feierten ganz, so: Gołynskis Eisenfabrik an der Warmen Straße, 200 Arbeiter; Neufelds Lampenfabrik in der Marschallstraße, über 100 Arbeiter; Kobylanskis Messerschmiede in der Wolskastraße, über 70 Arbeiter; Zeidlers Stärkefabrik in der Solcer Straße, über 50 Arbeiter; Załęskis Eisenfabrik in der Gärtnerstraße, über 40 Arbeiter [2].

„In mehreren Fabriken", lesen wir in dem bereits zitierten Artikel von Drut in der „Sozialistischen Revue", „versammeln sich die Arbeiter im Hof und beraten, ob sie feiern sollen . . .; sie werden jedoch von Soldaten und Polizei in die Fabrik hineingejagt. . . . Bei Fajans lassen etwa 50 die Arbeit liegen, bei Schlenkier etwa 100, darunter namentlich Frauen. In vielen Modegeschäften, so bei der Rogozinska, ruht die Arbeit völlig. Aber die Werkstätten der Warschau—Wiener Bahn, die Fabriken von Ortwein und Lilpop, die infolge der vorjährigen Feier von

1) Korrespondenz aus Warschau. „Morgendämmerung" von 1891, Nr. 1, S. 7 ff. Der Verfasser beziffert die Zahl der Streikenden auf 20000; nach anderen haben etwa 8000 Menschen gefeiert, etwas weniger als das Jahr zuvor. Die erste Zahl scheint sehr übertrieben.

2) Der genannte Artikel der „Morgendämmerung" enthält diese Angaben.

der Gendarmerie besonders streng bewacht wurden, arbeiten in diesem Jahr."

Nach dem Bericht der „Morgendämmerung" wurden „am 1. Mai auf der Straße feiernde Arbeiter verhaftet, am 2. wurden Verhaftungen in den Fabriken vorgenommen; im ganzen wurden etwa hundert verhaftet".

Die Maifeier im Jahre 1891 hatte sich nicht auf Warschau allein beschränkt; Lodz und besonders Żyrardow waren gleichfalls daran beteiligt.

In Lodz gab es eine lebhafte Agitation; in vielen Fabriken bestand die Absicht, die Arbeit ruhen zu lassen, gefeiert wurde nur in Poznańskis Fabrik und in einigen kleineren Betrieben, im ganzen waren es etwa 3000 Menschen.

„Schon am frühen Morgen versammeln sich die Arbeiter vor der Fabrik, haben aber nicht die Absicht, an die Arbeit zu gehen. Da erscheint Poznański, fordert sie auf, an die Arbeit zu gehen, um 12 Uhr würde er selbst mit ihnen sprechen. Die Arbeiter folgen und arbeiten bis um 12; nach 12 Uhr versammeln sich die Arbeiter abermals vor der Fabrik und verlangen Herrn Poznański zu sprechen. Sein Sohn kommt, aber anstatt mit den Arbeitern zu verhandeln, fragt er, wer sie zur Empörung aufgefordert habe. Die Arbeiter stehen starr, aber plötzlich tritt einer vor, verabreicht Herrn Poznański eine Ohrfeige und sagt: „Ich war es." Poznański läuft davon, telephoniert um Soldaten und die „Beruhigung" der Arbeiter beginnt mittels tatarischen Kantschus. Die Maifeier im Jahre 1891 war nur das erste Beben des gewaltigen Arbeitervulkans in Lodz, der in seiner ganzen Furchtbarkeit erst im folgenden Jahr ausbrechen sollte [1])."

Am glänzendsten war die Maifeier im Jahre 1891 zu Żyrardow verlaufen.

„Damals waren schon mehrere Arbeiter organisiert. Rechtzeitig hatte man die Vorbereitungen zur Maifeier getroffen. Es wurde energisch Propaganda gemacht. Schon im März und

---

1) Drut, Die Arbeiterbewegung im Königreich Polen im Laufe der letzten drei Jahre, S. 13 (in polnischer Sprache).

April wußten viele Arbeiter, was es für eine Bewandtnis mit dem 1. Mai habe, da damals mehrere Broschüren erschienen, unter denen die auf den 1. Mai bezüglichen überwogen. Während des ganzen April war es leicht, ‚Löschpapier'[1] (bibuła) zu bekommen; wer eine Broschüre haben wollte, brauchte nur frühzeitig aufzustehen, er fand sie sicher. Die Arbeiter haben ihre Broschüren untereinander gern ausgetauscht, ohne sich voreinander zu fürchten; die Zahl der Spione und Verräter war geringer als heute.

Der in der Maibroschüre enthaltene Vers:

> ‚Niech się wali,
> Niech się pali,
> A my będziem świętowali'

(‚trotz Brand und Untergang, wir wollen feiern') wurde so volkstümlich, daß selbst die Kinder ihn sangen. Am 30. April erschienen Aufforderungen, aber in geringer Zahl. Sie waren lithographiert und geschrieben. Am 1. Mai konnte man morgens überall kleine Broschüren finden — auf den Straßen, in Gärten und Korridoren. Mit gedruckten Aufforderungen war ganz Żyrardow beklebt, sie klebten an Häusern, Fabrikhöfen, Bäumen, ja fast an jeder Telegraphenstange. Sie waren so fest angeklebt, daß die Polizei, um sie zu entfernen, ganze Mauerstücke mitriß und Bäume beschädigte. Morgens waren viele Arbeiter in den Straßen, die jedem an Stelle des üblichen Morgengrußes die Worte sagten: ‚Bruder, es ist heute der 1. Mai, feiern wir ihn, denn es ist unser Fest!' Die Fabrikpfeife ruft zur Arbeit, und die Menschen lachen und freuen sich ihres Sieges. Die in Żyrardow angesessenen Arbeiter haben fast sämtlich gefeiert, gearbeitet wurde nur von der Landbevölkerung aus der Umgegend, d. h. etwa der Hälfte der Fabrikarbeiter.

Als die Arbeitenden während der Frühstückspause hinaustraten, wurden sie durch Bitten und Drohungen bestürmt, die Arbeit einzustellen. Das half zum Teil; nach dem Frühstück ging ungefähr nur der vierte Teil der sonstigen Arbeiterschaft in die Fabrik zurück. Die Tore der Fabrikbetriebe, in denen

---

1) Mit diesem Ausdruck bezeichnet man in revolutionären Kreisen illegale Literatur.

gearbeitet wurde, wurden zuerst durch die Polizei, dann durch Soldaten beschützt. Trotz dieses Schutzes drangen die Kühneren unter den Feiernden gegen 10 Uhr in die Betriebe ein und verjagten die Arbeitenden. Aus der Baumwollspinnerei, die etwa 700 Menschen beschäftigt, haben sie die Arbeitenden in folgender Weise verjagt. Die Spinnerei war mit einem hohen Holzzaun umgeben; vor dem Tor hatten Polizei und Soldaten Posto gefaßt. Die Menge versammelte sich beim Tor und längs des Zaunes, schlug Bresche in den Zaun, drang in die Spinnerei und verjagte die Arbeitenden. Schließlich stand der Betrieb ganz still.

Die organisierten Arbeiter hatten ursprünglich den Plan, nur am 1. Mai zu feiern und am nächsten Tage die Arbeit wieder aufzunehmen. Tatsächlich wurde vier Tage gefeiert, da die weniger Organisierten bei dieser Gelegenheit erhöhten Arbeitslohn fordern wollten. Gleich am ersten Tage kamen Polizei, Soldaten und Kosaken. Von diesem Zeitpunkt an stehen zwei Regimenter Infanterie ständig in Żyrardow und lauern nur auf einen Wink der Fabrikanten; jedes Jahr kommt eine Schwadron Kosaken zum 1. Mai.

Am ersten Tage verhielten sich beide Teile ruhig. Die Polizeioffiziere und der Gendarmerieoffizier Wasiljew sprachen mit den Arbeitern, um sie zu veranlassen, die Arbeit aufzunehmen. Der eine von ihnen sagte: ‚Folgt uns heute und wir wollen euch morgen folgen.‘ Wasiljew sagte: ‚Keiner der Arbeiter weiß, was für einen Tag wir heute haben, was der 1. Mai bedeutet, warum also feiern? Wenn ihr schon streiken müßt oder etwas fordern, so lieber zu jeder anderen Zeit, aber nicht jetzt.‘ Die Arbeiter lachten nur darüber.

Am nächsten Tage wurden in ganz Żyrardow Patrouillen zu Pferde und zu Fuß aufgestellt. Der Gendarmerieoffizier Wasiljew, die Polizeioffiziere und Soldaten schlugen ihr Hauptquartier auf dem Marktplatz auf. Die durch die Fabrikleitung aufgehetzten Kosaken griffen jeden Vorübergehenden auf, führten ihn auf den Marktplatz, wo die Ältesten auf der Stelle ein Urteil fällten, die einen verhafteten, die anderen freigaben. Die letzteren wurden zumeist mitten auf dem Platze mit Kantschus geprügelt. Ein

vorübergehender Telegraphist rief empört beim Anblick dieses Schauspiels: ‚Was ist das für eine Barbarei!‘ Er wurde sofort ergriffen, vor das Offiziersgericht gestellt und zu Stockschlägen verurteilt. Auf die Fürsprache eines Fabrikdirektors erklärte man sich bereit, ihm zu verzeihen, unter der Bedingung, daß er vor seinen Richtern niederknien und die Hände wie zum Gebet falten solle [1]).“

Diese Erinnerungen sind 11 Jahre nach den Vorkommnissen geschrieben worden; selbstverständlich wurden wichtige Details übersehen, die Drut aufzeichnet und die folgendermaßen lauten:

„Die Arbeiter bilden Gruppen und beraten ruhig über den Verlauf des Streiks; aber die Machthaber werden beim Anblick der Gruppen unruhig und geben Befehl, sie mit Kantschus auseinanderzujagen. Die Arbeiter wehren sich durch Steinwürfe und Revolverschüsse. Jetzt erst nimmt die Sache einen blutigen Verlauf. Man gibt Feuer aus den Karabinern, einige Arbeiter bleiben tot auf dem Platze, andere verlassen schwer verwundet das Schlachtfeld. Auch die Arbeiter bleiben nicht ruhig; sie töten einen Wächter und einen Soldaten und verwunden mehrere Soldaten. Da kommt der Warschauer Gouverneur Medem nach Żyrardow und unter seiner Leitung beginnt ein wildes Gemetzel. Jeder aufgegriffene Arbeiter, schuldig oder unschuldig, bekommt Stockprügel. Selbst Frauen werden nicht verschont: die Barbaren haben auf dem Marktplatz eine Frau aufgegriffen und sie öffentlich ausgepeitscht.“ (S. 13.)

Der Verfasser der oben zitierten Erinnerungen fährt fort:

„Die Verhafteten zählen nach Hunderten. Sämtliche Fabrikkeller und Magazine sind mit Menschen vollgestopft. Gewiß werden viele wieder freigelassen, aber jeder mußte durch zwei Reihen von Kosaken durchgehen, die ihn mit Kantschus traktierten, ehe er freigelassen wurde. Zumeist zogen die unglücklichen Opfer eine Kappe über den Kopf und versuchten im Galopp durchzusausen. Die Knute herrschte und Blut floß. So mancher mußte zwei- und dreimal durch diese Hölle, denn ehe es ihm gelang, nach Hause zu kommen, packten die Kosaken

---

1) „Morgendämmerung“ 1902, S. 219—220.

ihn zum zweiten- und drittenmal. Selbst solche, die gar nichts mit der Fabrik zu tun hatten, bekamen Stockprügel.

Vier Tage hindurch wurden die Menschen so gepeinigt, daß viele in Ohnmacht fielen und Veitstanz bekamen (zwei haben ihn bis auf den heutigen Tag . . .).

. . . Viele der Verhafteten wurden nach Skierniewice und Lowicz gebracht. Etwa 300 Familien wurden ausgewiesen. Einzelne saßen ein halbes oder ganzes Jahr in Skierniewice, dann wurden sie in ihren Heimatsort abgeschoben oder zur Verbannung auf dem Lande verurteilt (1—3 Jahre). Der Streik war zerbrochen und der Fabrikant Dytrych konnte sich seines Sieges freuen. Einige Wochen nach dem Streik verkürzte er jedoch den Arbeitstag um eine Stunde, aber nur für die Weber und Spulerinnen. Augenblicklich arbeiten die Weber und Spulerinnen von 6 bis 6, andere bis um 7 Uhr. Kinder werden nach vollendetem 15. Jahre angestellt. Frauen sind vom Nachtbetrieb ausgeschlossen.“

Am 3. Mai des Jahres 1891, zur Hundertjahrfeier der berühmten polnischen Konstitution, die während des vierjährigen Kongresses ausgearbeitet worden war, beschlossen die Patrioten eine nationale Manifestation zu veranstalten.

Schon im März begannen sie eine Agitation, die aber wenig erfolgreich war. Sechs Wochen vor dem Jahrestag veröffentlichten sie einen weinerlichen und sentimentalen Aufruf, der ganz wirkungslos blieb. Bald darauf wurde ein zweiter energischerer in relativ geringer Anzahl veröffentlicht.

Die konservativen und liberalen versöhnlichen Kreise erschraken. In den meisten Warschauer Zeitungen erschienen Artikel, die die Gesellschaft zur Ruhe ermahnten. Die patriotische Jugend verabfolgte dafür den Verfassern und den Redakteuren der betreffenden Zeitungen Ohrfeigen.

Da die Patrioten keinen schöpferischen Gedanken hatten, weder in ihrem Programm noch in ihrer Taktik, beschlossen sie, mit der Manifestationsart von vor 1863 vertraut, die nationale Manifestation mit einer Feier in der Kathedrale des heiligen Johann zu Warschau zu beginnen.

In der Kirche waren einige hundert Menschen, namentlich junge Leute versammelt; von dort aus begab man sich tumultuarisch in die lebhaftesten Straßen der Stadt, in die Krakauer Vorstadt und in die Neue Welt.

Gegen 5 Uhr nachmittags versammelten sich wieder einige hundert Menschen im botanischen Garten bei den Trümmern der Gedächtniskapelle.

Da erschien der Oberpolizeimeister Kleigels und forderte das Publikum in sehr höflicher Weise auf, auseinanderzugehen. Einige Menschen warfen Blumen in der Richtung der Kapelle.

Die Demonstrierenden begannen sich zu entfernen, ein großer Teil begab sich später in den Sächsischen Garten, wo Verhaftungen vor sich gingen; ein anderer Teil wallfahrte zum Grab „der fünf Gefallenen“ aus der Zeit vor dem Aufstand.

Einer der Verhafteten, der Student Brulinski, durchschnitt sich die Kehle, wahrscheinlich infolge nervöser Depressionen.

Die meisten der Verhafteten wurden bald wieder freigelassen, aber einige für mehrere Jahre nach Rußland verbannt.

So verlief diese unschuldige Manifestation; eigentlich hatte sie Fiasko gemacht und entsprach den Erwartungen nicht.

Die Konservativen hatten an etwas Ernsthafteres gedacht. Der Jubilar Ludwik Górski begab sich in der Absicht, sich durch seine Loyalität auszuzeichnen, vor der Manifestation zu Hurko und gab die Erklärung ab, die Gesamtheit sei gegen die Manifestation, außerdem suchte er den russischen Satrapen durch die Versicherung zu beruhigen, daß es nicht zu einem revolutionären Ausbruch kommen würde. Darauf gab Hurko zur Antwort, er unterscheide zwischen der gesamten polnischen Gesellschaft und einigen Heißspornen, der 3. Mai habe ihm keine Besorgnis gemacht, denn er habe Soldaten und Vollmachten genug.

Tatsächlich hatten die meisten russischen Beamten jedoch einen tüchtigen Schrecken bekommen; sie fürchteten, das Gesamtauftreten der polnischen patriotischen Gesellschaft nach einer Pause von etwa 30 Jahren würde zu etwas Furchtbarem führen. . . . Viele hatten ihre Familien aus Warschau vor dem 3. Mai fortgeschickt, sie fürchteten den Überfall der Menge, Anschläge usw.

Zur Furcht gab es keinen Anlaß. Was bedeuteten einige

hundert oder sogar einige tausend Demonstranten in Warschau mit seiner zahlreichen Bevölkerung?

Die Kraftlosigkeit der Patrioten, ihr Mangel an Energie und Kühnheit trat bei der ersten politischen Massendemonstration zutage.

Damals repräsentierten die Patrioten noch eine gewisse politische Macht; unter ihnen befanden sich außergewöhnliche Persönlichkeiten, es gab radikale Demokraten, die auf die Notwendigkeit einer revolutionären Aktion hinwiesen.

„Der Enthusiasmus in den Städten, in denen der 1. Mai gefeiert wurde, war so groß, daß er sich selbst dem ländlichen Proletariat der umliegenden Ortschaften mitgeteilt hat“, berichtet Drut in seiner bereits erwähnten Broschüre. „Die schlafenden Landleute erwachen, sie erfahren, daß es ein Kampf um Freiheit sei, und horchen neugierig auf. In einigen der umliegenden Landgüter versuchen die Knechte eine Aktion, sie mißlingt, da ein fester Zusammenschluß fehlt und es eine Überzahl von Arbeitern gibt. In Lodz gründen die Arbeiter eine Unterstützungskasse, die schnell in mehreren Fabriken Anhänger findet und überall Energie und Bewußtsein weckt.

Unter den Arbeitern in Warschau haben zwei Maimanifestationen und die Unterstützungskasse soviel Energie und Eifer aufgehäuft, daß sie in einer ganzen Reihe von Streiks zum Ausbruch kommen mußten. Sie beginnen im Juni. In einer Möbelfabrik bricht der erste Streik aus. 60 Arbeiter verlangen die Kassierung einer besonders schwerlastenden Vorschrift der Verwaltung, im Verlauf eines halben Tages haben sie ihr Ziel erreicht. In der Messerfabrik von Kobylański bricht der nächste Streik aus; Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und Erhöhung der Löhne um 25 Prozent wird erreicht. Dann legen etwa 300 Weißgerber die Arbeit nieder, und obgleich sie in kleinen Betrieben verstreut sind und es infolgedessen besonders schwierig ist, daß sich eine festere Organisation und Solidarität herausarbeite, halten sie sich sechs Wochen tapfer und erreichen die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und

eine Lohnerhöhung von einem halben Rubel wöchentlich. Wichtig ist der Umstand, daß zugleich mit den polnischen auch die jüdischen Weißgerber streiken. Die polnischen Arbeiter begreifen, daß ihre Not im Klassen- und nicht im Rassenantagonismus begründet ist. Für sämtliche Arbeiter Warschaus war der Streik der Weißgerber von großer Bedeutung und das Signal für mehrere nachfolgende Aktionen. Sein Echo war der Streik der Weißgeber in der Vorstadt Praga und in Tomaszow. Gemeinsame Sache mit den Weißgerbern machen auch die Gerber, sie unterstützen sie mit 300 Rubeln und beginnen nach dem günstigen Ausgang selbst zu streiken. Im Juli legen bei Weigel ungefähr 100 Mann die Arbeit nieder, beim anderen Weigel, dem Bruder, auch eine größere Anzahl. Die Arbeitseinstellung dauert ein bis zwei Wochen und führt zu einem günstigen Resultat. Erreicht wird die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und Erhöhung der Bezahlung um einen halben Rubel wöchentlich. Bei Blank streiken 30 Leute, aber der Streik verläuft ungünstig.

Im allgemeinen haben die Gerber eine ungewöhnliche Energie und Solidarität bekundet; die besser Situierten haben die Ärmeren mit Geld unterstützt und, wie wir gesehen haben, nicht allein ihre engsten Fachkollegen.

Die Streikwelle ergießt sich weiter. Die Drahtfabrik von Wolanowski, die etwa 120 Arbeiter beschäftigt, steht still. Die Arbeitseinstellung währt zwei bis drei Wochen und führt zu einem günstigen Ergebnis: man erreicht Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und frisches Wasser (selbst um frisches Wasser müssen polnische Arbeiter kämpfen!), außerdem verspricht der Fabrikant Ventilation einzuführen. Die Arbeiter haben noch Aufhebung der Akkordarbeit verlangt, aber diese Forderung bleibt fürs erste ein pium desiderium. Die gesamte Arbeiterschaft Warschaus wird von einer Streikmanie ergriffen. In Fabriken und Werkstätten finden Versammlungen statt, auf denen nur von Streiks die Rede ist. Die Arbeiter der verschiedenen Betriebe unterstützen sich gegenseitig, soweit sie können, durch Geld, Rat, Agitation, gelegentlich müssen sie jene Arbeiter, die ihr eigenes Interesse nicht begreifen,

gewaltsam von der Arbeit abhalten, damit sie den streikenden Genossen nicht schaden.

Bei Fajans legen 150 Leute die Arbeit nieder. Anlaß zum Streik war verringerte Bezahlung und das empörende Verhalten eines Meisters gegen die Arbeiter. Nach drei Wochen wird die Arbeit unter früheren Bedingungen wieder aufgenommen und den Arbeitern versprochen, den Meister um Neujahr zu entlassen. Dann steht Schlenkers Fabrik still, der etwa 100 Arbeiter beschäftigt, darunter vorzugsweise Frauen. Zum zweitenmal treten Schlenkers Arbeiterinnen so tapfer auf, das erstemal hatten sie am 1. Mai gefeiert. Auch im Steinbetrieb von Pundelach und bei anderen wird gestreikt. Schließlich stellt eine Abteilung in Goztyńskis Fabrik die Arbeit ein wegen Lohnerhöhung. Die Arbeiter halten sich etwa drei Wochen, dann geben sie nach. Der mißlungene Streik wirkt auf die übrigen Kollegen ungünstig. Sie verfallen in Apathie und wollen längere Zeit nichts von irgendeiner Aktion gegen die Fabrikanten hören.

Noch nie hatte soviel Leben unter der Warschauer Arbeiterschaft geherrscht. Während einiger Monate haben die Arbeiter wie im Fieber gelebt, jeden Tag drang die Nachricht von einem neuen Streik zu ihnen, fortwährend wurde gesprochen und debattiert, ob der eine und andere Streik gelingen würde, ob die Familien der Streikenden Unterstützung brauchten, und wenn es sich erwies, daß sie Mangel litten, wurde sofort gesammelt; die Arbeiter opferten den letzten Groschen, um die fürs allgemeine Wohl kämpfenden Brüder zu unterstützen.

Diese Streiks hatten eine ungeheure agitatorische Bedeutung. Die Arbeiter sind überall der Lage gemäß vorgegangen und haben keine exorbitanten Forderungen gestellt; fast überall wurde die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde und die Erhöhung der Bezahlung um einen halben Rubel wöchentlich gefordert und durchgedrückt. Die Unterstützungskasse trug viel zum Gelingen der Streiks bei; nach ihrem eigenen Bericht im Herbst 1891 hat sie über 1000 Rubel an Unterstützungsgeldern ausgezahlt. Das war zwar nicht viel, bedeutete aber immerhin etwas. Das bloße Vorhandensein der Kasse machte Mut."

Die Regierung verhielt sich der Streikbewegung gegenüber nicht ganz ehrlich. Polizei und Gendarmerie spielten sich als Beschützer der Arbeiterklasse auf; als sich einer der Weißgerbermeister beim Oberpolizeimeister über die Arbeiter beklagte, soll er Vorwürfe und die Antwort bekommen haben, die Meister selbst wären an all dem schuld. Während eines zweiten Streiks soll sich der Oberpolizeimeister an den Fabrikanten gewandt und ihm erklärt haben, daß er selbst ihn zwingen würde nachzugeben, wenn er die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen würde.

Wie ist diese Taktik der Regierung zu erklären?

Drut gibt darauf eine kurze Antwort: „Die Regierung hat ihre Ohnmacht gegenüber der Arbeiterbevölkerung empfunden und wollte sie, indem sie sich als ihren Beschützer aufspielte, auf ihre Seite hinüberlocken."

Diese Ansicht halten wir für sehr naiv: derselbe Drut schildert in seiner Broschüre das in Żyrardow von der Regierung veranstaltete Blutbad, wo 9000 Menschen die Arbeit eingestellt haben. Hätte nun die Regierung angesichts der sehr viel kleineren, wenn auch zahlreicheren Streiks den Kopf verloren? Das glauben wir nicht.

Die Taktik der Regierung war das Resultat verschiedener Umstände: erstens konnte sie bis Ende des Jahres 1891 glauben und glaubte es auch, daß die Warschauer Streiks das Ergebnis einer elementaren Bewegung seien, ohne jeden Zusammenhang mit dem Sozialismus; zweitens pflegt sie sich im allgemeinen in kleine Streiks nicht einzumischen, da sie sie nicht fürchtet; hier und da mochten ihr die Ansprüche der Arbeiter sogar berechtigt erscheinen; drittens war das eigentliche Rußland ruhig, die Zentralregierung erließ infolgedessen keine besonderen Verfügungen in der Streikfrage und die Ortsmachthaber konnten je nach den Ansichten ihrer einzelnen Mitglieder handeln.

Wir haben bereits erwähnt, daß „Proletariat" angesichts der Maifeier und der fortschreitenden Massenbewegung bei der politischen Stille in Rußland, allmählich anfing sich umzugestalten.

Diese Umwandlung vollzog sich langsam, ohne besondere programmatische Veränderungen, in der Weise, daß mehrere

einflußreiche Führer der Organisation aufhörten, mit der Anwendung des Terrorismus zu rechnen. Es gab jedoch auch andere, die an den ursprünglichen Ansichten der Partei festhielten.

Im Sommer 1891 trat dieser Unterschied in der Auffassung klar zutage. Die in Żyrardow geübten Repressalien, die Kenntnis der unerhörten Behandlung, die politischen Verbrechern zuteil geworden war, waren der unmittelbare Anlaß, daß terroristische Fragen brennend wurden.

Am 15. August fand in Warschau eine Versammlung der hervorragendsten Mitglieder von „Proletariat“ statt, programmatisch-taktische Fragen standen auf der Tagesordnung.

Während der Beratungen traten schwerwiegende Unterschiede in taktischer Beziehung zutage: die einen beharrten dabei, Terrorismus als eins der wichtigsten Mittel politischer Aktion zu betrachten, die anderen einigten sich auf ökonomischen und verwarfen politischen Terrorismus systematisch.

Fast ohne Unterbrechung dauerte die Diskussion 48 Stunden. Schließlich zeigte es sich, daß ein Einverständnis unmöglich war. Da trat die Minorität, der einige einflußreiche und hervorragende Persönlichkeiten angehörten und die von politischem Terrorismus nichts wissen wollte, aus der Partei „Proletariat“ aus und bildete eine neue sozialistische Gruppe „Zusammenschluß“ (Zjednoczenie). Sie erklärten sich nur mit ökonomischem Terrorismus einverstanden.

Diese Vereinigung nahm in programmatischer Hinsicht eine Mittelstellung ein zwischen „Proletariat“ und dem „Bund polnischer Arbeiter“.

Bald darauf nahm „Morgendämmerung“ zur Frage des Terrorismus Stellung, sie war immer noch das Organ, das die von „Proletariat“ eingeschlagene Richtung vertrat.

In Nr. 7 dieser Zeitschrift (Jahrgang 1891) finden wir im einleitenden Artikel „Im Interesse des Friedens“ folgende Ansichten über Terrorismus:

„Dieses politische Kampfmittel vermag nur dann gewisse soziale Schichten, gegen die es gerichtet ist, zu erschrecken, wenn diejenigen, die es anwenden, die Macht im Staate repräsentieren; wenn Revolutionäre es gegen die Regierung anwenden, so hat

es nur dann Bedeutung und kann nur dann auf die Landespolitik einwirken, wenn dahinter eine gewisse Minderheit der einen oder anderen sozialen Klasse steht. In diesem Falle . . . ist Terrorismus eher ein Losungswort als ein Abschreckungsmittel."

Des weiteren setzt der Verfasser auseinander, daß in Rußland zur Zeit der „Volksfreiheit" angesichts der Gleichgültigkeit der Massen eine sich auf Anschläge stützende Wirksamkeit in den Augen der Revolutionäre die Bedeutung eines Kampfesmittels haben konnte, das zwar nicht die gesamte soziale Frage, aber wenigstens die Frage politischer Freiheit zu lösen imstande war. Diese Ansicht wurde nach Polen übertragen, wo die Fähigkeit zu politischen Massenbewegungen durch Tatsachen erhärtet worden ist. Infolgedessen konnte diese Theorie hier nicht die gleiche Bedeutung wie in Rußland haben.

Der Verfasser geht dann zur Frage des Kampfes mit Persönlichkeiten über, die unabhängig vom Terrorismus auf gefährliche Bahnen führen kann:

„Sollen wir aber, weil das Schwert in den Händen eines Wahnsinnigen Schaden zufügen kann, mit bloßen Händen gegen den Feind ziehen und die Waffen, die Instinkt und Vernunft uns diktieren, nicht anwenden? In jedem System kann es zu Mißbräuchen kommen; damit das Interesse der Partei über der erhitzten Phantasie und Willkür jedes einzelnen herrsche, gilt es, die Disziplin der Partei mit einer solchen Glorie zu umgeben, daß ihre Vergewaltigung keine leichte Sache sei. . . .

Wenn wir von den Anhängern einer Partei der gewaltsamen Tat, von jenen, die in Anschlägen auf einzelne Vertreter des Despotismus den alleinigen Weg politischer Aktion sehen und gleichzeitig ein Genügetun für das empörte Gerechtigkeitsgefühl, wenn wir das Recht haben von ihnen zu verlangen, daß sie die Frage des Seins und der ständigen Entwicklung der Organisation nicht vergessen, daß sie das allmähliche Anwachsen unserer Mitglieder nicht einem Temperamentsausbruch aufopfern, so müssen uns anderseits die Gegner der terroristischen Aktion gestatten, ihre Aufmerksamkeit auf die besondere Lage zu lenken, die durch die letzten Ereignisse geschaffen wurde. . . .

Zur Revolution haben wir heute keine Kraft, aber es wäre

ein großer politischer Fehler, ja Wahnsinn zu sagen: wir verzichten auf jeglichen Anschlag! Nein! Wir verzichten auf kein einziges Kampfesmittel, das wir vielleicht um unserer eigenen Interessen und um des internationalen Sozialismus willen werden anwenden müssen!"

Dieser Artikel ist ziemlich verschwommen: wenn der Verfasser zugesteht, daß, wenn wir nicht imstande sind, eine Revolution hervorzurufen, wir eine terroristische Aktion doch für notwendig halten können, so nimmt er damit gewissermaßen schweigend an, daß diese Aktion etwas anderes sein kann als ein bloßes Losungswort zum weiteren Kampf, von dem er zu Beginn gesprochen hat, aber was in Wirklichkeit? Dies: der Ausdruck des Protestes, der Empörung, oder im Zusammenhang mit Massenaufständen der Akt, der die Regierung schrecken soll, um Zugeständnisse von ihr zu erzwingen.

Nr. 27 der „Morgendämmerung" von 1892 bringt einen Artikel über ökonomischen Terrorismus; der Verfasser dämpft den Eifer der Landesorganisation, dies Mittel zu ergreifen, fügt aber gleichzeitig hinzu, daß angesichts der Übergriffe, die sich die Polizei gegen die Arbeiter bei ihren Zusammenstößen mit den Fabrikanten zuschulden kommen läßt, sowie angesichts des Spionagesystems der Meister, Kapitalisten usw. der ökonomische Terrorismus eine Notwendigkeit ist, auf die man nicht verzichten kann.

Während es in Warschau stürmische Diskussionen über Terrorismus gab, wurde in Brüssel ein internationaler sozialistischer Kongreß eröffnet.

Polen war durch folgende Delegierte vertreten: Maria Mendelson, Stanislas Mendelson, Alexander Dębski, Ignacy Daszyński, Boleslas Przytulski, Josef Kaniowski.

Die Delegation nahm sofort folgende Resolution an:

„Die auf dem Brüsseler Kongreß anwesende polnische Delegation, die aus Vertretern der drei polnischen Provinzen besteht, hält es im Interesse der Entwicklung des Sozialismus in Polen und im Interesse der internationalen sozialistischen Politik für notwendig, stets einheitlich als polnische Organisation vorzugehen, sowohl um leichter einen einheitlichen Klassenkampf mit dem

einheitlichen Feind, dem Adel und der polnischen Bourgeoisie, durchzufechten, als auch um innerhalb der polnischen Gesellschaft geschlossen in politischen Fragen vorgehen zu können.

In den preußischen und österreichischen Provinzen, wo die politischen Rechtsverhältnisse eine Norm für die politisch-sozialen Arbeiterverhältnisse bilden, gehen wir einheitlich mit den sozialdemokratischen Parteien vor, die sich neben uns in den gleichen, tatsächlich existierenden Landesgrenzen befinden. Soweit die russischen Provinzen in Frage kommen, in denen von einer sichtbaren Massenwirksamkeit nicht die Rede sein kann, beobachten die polnischen Sozialisten gegenüber den russischen Genossen die Grundsätze internationaler Solidarität, die sie stets treu befolgt haben."

Dieser Beschluß ist das erste Symptom des Sichlossagens von der russischen Bewegung, das später seinen Ausdruck in der Taktik der polnischen sozialdemokratischen Partei gefunden hat. Die Verfasser dieses Beschlusses sind die Erklärung schuldig geblieben, weshalb zwischen den polnischen und den russischen Sozialisten innerhalb der Grenzen des Zarenreiches ein so loses Verhältnis bestehen soll. Denn die Tatsache, daß die Wirksamkeit dort geheim bleiben muß, rechtfertigt die Unlust zu näheren organisatorischen Beziehungen zwischen polnischen und russischen Sozialisten nicht. Wir begreifen, daß eine geheime Wirksamkeit, weil sie sich der Kontrolle entzieht, viele schlimme Seiten hat, aber man kann die große Zahl gemeinsamer Aufgaben im Kampf gegen die Regierung und die besitzenden Klassen in ganz Rußland, die für polnische und russische Sozialisten gelten, nicht übersehen.

Die polnische Delegation hat an der Diskussion über den Militarismus tätigen Anteil genommen.

Die holländischen Delegierten haben eine Resolution vorgeschlagen, in der die Sozialisten aller Länder aufgefordert werden, im Falle eines Krieges eine Aktion zu unternehmen, um einen allgemeinen Streik hervorzurufen.

Gegen diese Resolution hat sich ein großer Teil des Kongresses ausgesprochen, darunter auch die polnischen Delegierten aus folgenden Gründen:

„1. Eine Partei, die im Kriegsfalle imstande wäre, einen allgemeinen Streik hervorzurufen, wäre auch imstande, eine Revolution zu machen. Nun haben wir heute diese Macht nicht und können uns höchstens über die Mittel klar werden, die, vor einem Krieg angewandt, die Regierung und die besitzenden Klassen zur Vorsicht bei der Kriegserklärung zwingen.

2. Der Kongreß kann und soll realisierbare Beschlüsse fassen und nicht sentimentale Wünsche äußern. Daher können wir, ohne uns lächerlich zu machen, weder von jetzt ab die Revolution dekretieren, zu der wir nicht stark genug sind, noch zu einem Streik auffordern, den niemand zu beginnen die Absicht hat.

3. Selbst wenn eine derartige Revolution möglich wäre, welches wäre bei der heutigen politischen Lage, die einen Krieg zwischen Rußland und Zentraleuropa wahrscheinlich macht, das Resultat, falls unsere Resolution befolgt würde? Mitteleuropa, das eine starke Arbeiterpartei hat und wo unsere Resolution durchgeführt werden könnte, vorausgesetzt, daß sie durchführbar ist, würde Rußland gegenüberstehen, das keine Arbeiterorganisation hat und dessen Despotismus grenzenlos ist. Wir würden uns infolgedessen der Herrschaft der Kosakenknute aussetzen!

Aus diesen Gründen stimmen wir gegen den holländischen Antrag, der eine leere Phrase ist, und beschwören den Kongreß, gemeinsam mit uns im Interesse der internationalen Revolution für den Antrag der Kommission zu stimmen!"

Der letztere ging durch.

Er wies auf den Zusammenhang zwischen Militarismus und dem gegenwärtigen Gesellschaftszuschnitt hin und forderte „die Arbeiter der ganzen Welt auf, energisch und unablässig den kriegerischen Tendenzen und den sie fördernden Regierungsallianzen durch internationale Organisationen des Proletariats entgegenzuarbeiten, um den endgültigen Sieg des Sozialismus herbeizuführen" [1]).

Die Delegation hat dem Kongreß einen Bericht über die polnische Bewegung vorgelegt und sie kurz charakterisiert. Sie

---

1) „Morgendämmerung" 1891, Nr. 9, S. 3

betont die Schwierigkeit des Kampfes in einem Lande, dem die elementarsten Gesetze, die eine gewisse Freiheit garantieren, fehlen. Dieser Umstand zwingt, zu terroristischen Gewaltmitteln zu greifen.

Am Schluß des Berichtes schildert die Delegation das Anwachsen der Massenbewegung in folgender Weise:

„Dieser Wechsel im Zuschnitt der Masse diktiert der sozialistischen Organisation in Polen neue Pflichten, da sie als stärkste revolutionäre Partei dem Volk in all seinen Bestrebungen als Führerin zu dienen hat. Diese Pflicht ist für die polnischen Sozialisten um so wichtiger, als angesichts der neuerlichen Gelüste des Zarismus, der auf dem Felde der europäischen Politik aggressiv auftritt und durch eine verbrecherische Agitation in Frankreich, die die Republik zu Grabe zu bringen sucht, unterstützt wird, das polnische Proletariat — als Liquidator des polnischen Adels — der Pflichten eingedenk sein muß, die auf ihm lasten, als auf einem Mitglied der internationalen sozialistischen Familie. . . .

Das zunehmende Klassenbewußtsein und der starke Einfluß einer kleinen geheimen Organisation auf die arbeitenden Massen legt uns die Pflicht auf, den Rahmen der engen doktrinären Propaganda der Grundsätze zu sprengen und anstatt dessen sämtliche soziale Tendenzen zu formulieren und auf diese Weise an die Spitze der gesamten politischen und sozialen Bewegung zu treten, die Polen überschwemmen wird [1].“

Nach dem Kongreß bringt Nr. 10 der „Morgendämmerung“ einen „Offenen Brief der polnischen Delegation . . . an die Genossen im Lande“. Dieses Dokument weist auf die Notwendigkeit hin, alle sozialistischen Kräfte im russischen Reich zu einer zentralen Organisation zusammenzuschließen und betont ferner die Zweckmäßigkeit eines engeren Zusammenschlusses als bisher unter den polnischen Sozialisten der drei Provinzen.

„Im Herbst“ (1891, Anm. d. Verf.), lesen wir in Druts Broschüre, „beginnt in der Warschauer Arbeiterbewegung eine neue Phase. Die Arbeiter gründen Berufsgenossenschaften.

---

1) „Morgendämmerung“ 1901, Nr. 9, S. 7.

Welche Berufe sich zusammenschließen, können wir aus begreiflichen Gründen nicht angeben. Die Verbindungen besitzen Streik- und Unterstützungskassen sowie Bibliotheken. Die Aufgabe der Genossenschaft besteht darin, worauf die Organisation schon als solche hinweist, Klassenbewußtsein, Solidarität, organisatorische Fähigkeiten und die Fähigkeit der Selbstverwaltung herauszuarbeiten. Innerhalb kurzer Zeit sind in Warschau zehn derartige Organisationen entstanden."

Es war dies das Werk des „Bundes polnischer Arbeiter".

„Im Herbst", fährt Drut fort, „beginnt eine Bewegung unter den Brauknechten. Ihre Lage war furchtbar: sie haben 15 bis 17 Stunden täglich gearbeitet, selbst an Sonn- und Feiertagen stand der Betrieb nicht still; dazu war ihre Bezahlung elend. Die Brauknechte konnten diese Lage nicht länger ertragen und beschlossen zu handeln. Eines Tages erscheinen sie auf einer Versammlung der Herren Brauereibesitzer. Sie erklären, sie kämen, um ihre Rechte geltend zu machen, sie wollten nicht mehr so lange wie bisher und gegen eine so elende Bezahlung arbeiten: sie verlangen die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde, Aufhebung der Nachmittagsarbeit an Sonn- und Festtagen, Erhöhung des Lohnes um zwei Rubel wöchentlich. Die überraschten Prinzipale erklären nach kurzer Beratung, daß sie jetzt keine Antwort zu geben imstande sind, und bitten die Brauknechte, sich bis zur Sitzung zu gedulden. Nach langen Verhandlungen und Zänkereien mußten die Prinzipale nachgeben und sämtliche Forderungen der Brauknechte bewilligen."

Die Brauereibesitzer haben zwar nicht alle Verpflichtungen eingehalten, jedenfalls aber haben die Brauknechte große Vorteile errungen.

Am 13. Oktober wurde in Polen infolge der verstärkten Arbeiterbewegung eine neue Fabrikordnung eingeführt, die im Reich bereits bestand.

Infolge dieser „Reform" erließ „Proletariat" ein Manifest.

Es weist darauf hin, daß diese Reform den Arbeitern nicht genüge und betont: „Erleichterungen läßt man uns nicht aus Gnade zukommen und wir geben uns damit nicht zufrieden! Ebensowenig befriedigt uns ein elendes Gesetz, das die zarische

Regierung erlassen hat. Wir verlangen den achtstündigen Arbeitstag und die Fixierung eines Lohnes, von dem wir leben können.

Wir verlangen Rede-, Versammlungs- und Druckfreiheit, um unsere Angelegenheiten frei erörtern zu können.

Wir verlangen Streikfreiheit, die das Gesetz uns in so schamloser Weise beschneidet.

Wir wollen unsere Inspektoren selbst wählen oder ihr Vorgehen zum mindesten kontrollieren. Dagegen sollen wir jetzt eine Oberaufsicht über uns anerkennen: Inspektoren, die nach ihrem Gutdünken verfahren, und Regierungsbeamte, die sich aus Beamten und Fabrikanten rekrutieren.

Hört, Brüder, Arbeiter! Laßt Euch von der Regierung durch ihre ‚Reformen‘ und Zugeständnisse nicht betrügen.

An die Arbeit, Brüder, nehmt den Kampf für Eure Freiheit auf! Freiheit für die Fabriken und für Grund und Boden!

Das Zentralkomitee der sozialrevolutionären
Arbeiterpartei ‚Proletariat‘.

Warschau, am 12. Oktober 1891.“

Für diesen Aufruf, der den verständigen Standpunkt der Arbeiter gegenüber den Pseudoreformen der Regierung kennzeichnet, ist es charakteristisch, daß er politische Forderungen völlig übergeht; es ist weder von politischen Freiheiten noch von Konstitution die Rede.

Das Schwanken der Mitglieder des damaligen „Proletariats“ in der Frage der Konstitution offenbart sich darin; politische Forderungen blieben nicht deshalb unerwähnt, weil die Partei politisch indifferent gewesen wäre, sondern weil sie zur sozialen Revolution und Aneignung der Macht geführt hätten.

Nicht alle „Proletarier“ haben die Dinge in dieser Weise angesehen; im Lande hat im allgemeinen die Ansicht überwogen, daß Konstitution mit Autonomie das nächste politische Ziel der Partei sei.

Die große Hungersnot in Rußland vom Jahre 1891 machte sich bemerkbar, da im Herbst die Brotpreise beträchtlich in die Höhe gingen.

Im Königreich Polen so gut wie in Litauen war die Bevölkerung an vielen Orten zur Verzweiflung gebracht.

Die Hungersnot in Rußland brachte nicht nur ein unerhörtes Steigen der Brotpreise mit sich, sondern auch eine Stagnation der polnischen Industrie, da die Bestellungen aus dem Reich zurückgingen. Viele Arbeiter waren beschäftigungslos.

Aus diesem Anlaß veröffentlichte „Proletariat" eine Broschüre unter dem Titel „Was nun?", die im Lande eine große Verbreitung fand.

In Warschau verlangten die Arbeiter der Weichselbahn eine Lohnerhöhung, die ihnen auch während der Teuerung zugestanden wurde. Ihr Lohn wurde um 10 Prozent erhöht.

In Zawierz kam es zu ernsten Zusammenstößen: etwa 500 Arbeiter verlangten Brot zu billigerem Preis; als die Bäcker und Ladeninhaber taub gegen diese Forderung blieben, schlugen sie Fenster und Türen entzwei und nahmen sich das Brot gewaltsam. Das Militär wurde requiriert und die üblichen Gegenmaßregeln getroffen. Die Fabrikleitungen am Orte sahen sich gezwungen, Brot aus Częstochau zu beziehen und es billiger als in den Läden abzugeben.

Gegen Ende des Jahres 1891 fanden infolge des Verrats von Benzef, der sich in den „Bund polnischer Arbeiter" eingeschlichen hatte, sehr zahlreiche Verhaftungen unter den den Organisationen nahestehenden Personen statt. Verhaftet wurden damals: Julian Marchlewski, Adolf Warszawski, Joseph Beck, Boleslaw Dembinski, Janusz Tański, Ignaz Dąbrowski und viele andere.

Die tüchtigsten Arbeiter, die der Organisation angehörten, wurden gleichfalls verhaftet. Der „Bund polnischer Arbeiter" wurde vollkommen vernichtet.

Diese Organisation, auf deren Fehler wir im letzten Kapitel hingewiesen haben, hat in der Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Polen eine große Rolle gespielt.

An ihrer Spitze standen intelligente Männer von gründlicher, wenn auch einseitiger Bildung, die durch mehrjähriges Wirken unter den Arbeitern eine Reihe vorzüglicher Agitatoren herausgebildet haben, und was beim täglichen Kampf zwischen Arbeitern und Fabrikanten noch wichtiger ist, sie haben viel zur Entwicklung der Massenbewegung in Polen beigetragen.

Im Jahre 1891 berührte der „Bund“ bei der Agitation schon politische Fragen.

Unterstützungskassen und Fachverbände erwiesen sich als Institutionen, deren Existenz auf die Dauer unter dem Absolutismus fast unmöglich ist, da sie zu leicht entdeckt werden; nur kleine Kassen von geringer Mitgliederzahl können unter solchen Bedingungen funktionieren.

In seiner Wirksamkeit wurde der „Bund“ durch die Publikationen von „Proletariat“ sehr unterstützt, obgleich er nur jene verbreitet hat, die programmatisch-taktische Fragen nicht berührt haben. Es darf nicht vergessen werden, daß sämtliche grundlegenden sozialistischen Broschüren von „Proletariat“ herausgegeben wurden.

Ein Teil der Bündler wurde nach einigen Monaten gegen Kaution freigelassen. Die Strafen waren verhältnismäßig leicht, höchstens sechs Monate Gefängnis und einige Jahre Verbannung nach Rußland, aber in Kulturstädte, wie z. B. Riga. In den letzten Zeiten des Bestehens des „Bundes polnischer Arbeiter“ hatten die Unterstützungskassen einige tausend Mitglieder — eine stattliche Anzahl.

Wir haben im zweiten Kapitel unserer Arbeit erwähnt, daß „Solidarität“ die Vorgängerin des „Bundes“ war. Beide Organisationen haben Massenaktion an erste Stelle gerückt und Gewaltmaßregeln im Kampf verworfen.

Der Unterschied besteht nur darin, daß „Solidarität“ politische Fragen von vornherein umgangen hat, der „Bund“ sie dagegen erst später und in weniger ausgesprochener Weise verwarf.

Seine Weiterentwicklung fand der „Bund polnischer Arbeiter“ in der späteren „Polnischen Sozialdemokratie“, die politische Fragen energischer angeschnitten hat.

„Solidarität“, „Bund polnischer Arbeiter“ und „Polnische Sozialdemokratie“ besitzen gemeinsame Eigenschaften: sie überschätzen die friedliche Massenbewegung, vermeiden ausgesprochen revolutionäre Taktik und messen objektiven Faktoren in der sozialen Entwicklung einen zu großen Wert bei.

Die bereits erwähnte Unterstützungskasse entstand nach Res' Ansicht zufolge der Initiative von „Proletariat“; tatsächlich hat

der „Bund“ sie ins Leben gerufen. Die Bedingungen, unter denen die damalige Arbeiterbewegung litt, waren zu ungünstig, um eine vorschriftsmäßige Entwicklung und ein normales Funktionieren der Unterstützungskasse zu ermöglichen. Solange nur vereinzelte Arbeiterkreise daran beteiligt waren, hat die Kontrolle keine wesentlichen Schwierigkeiten gemacht. Als die Kasse wuchs, veränderte sich die Situation. Die Verwaltung und Kontrolle der Kasse wurde schwieriger, je mehr verschiedene Arbeiter daran teilnahmen. Mißverständnisse entstanden, phantastische Ansichten über die Macht der Kasse waren im Umlauf und infolgedessen wurden übertriebene Forderungen an sie gestellt. Unter diesen Umständen konnte die Kasse nicht länger bestehen. Wie wir gesehen haben, wurde der „Bund“ als Organisation 1891 aufgehoben. Er ging an Verrat zugrunde. Weder das Umgehen noch das spätere zaghafte Behandeln politischer Fragen, noch schließlich das Sichfernhalten von jeglichem Terrorismus haben ihn vor seinem Untergang bewahrt. Trotz seiner größeren Regsamkeit hat „Proletariat“ ihn überlebt und bis zum Jahre 1892 bestanden.

Als Organisation war der „Bund“ 1891 und 1892 stärker als „Proletariat“, hinter ihm standen zahlreichere Arbeiterkreise, unter denen er systematisch gearbeitet hat, er besaß auch mehr feste Mitarbeiter unter der Intelligenz, dagegen war ihm „Proletariat“ überlegen an Initiative, Kühnheit, Regsamkeit und klarerem Blick für die Wichtigkeit politischer Fragen.

Das Verdienst des „Bundes“ bestand auch darin, daß er seine Wirksamkeit auf die Provinz ausgedehnt hat.

Wir haben bereits früher erwähnt, daß außer den beiden genannten Richtungen und „Zusammenschluß“, der eine Mittelstellung zwischen ihnen eingenommen hat, noch der „Weckruf“ bestanden hat, eine Gruppe patriotischer Sozialisten.

Wie wir nach dem Fall des ersten „Proletariats“ gesehen haben, entstand im Königreich Polen eine patriotische Bewegung, die eine Zeit hindurch sämtliche soziale Kräfte zu absorbieren und eine Erneuerung einer selbständigen sozialistischen Be-

wegung zu verhindern schien. Diese Bemühungen verliefen jedoch resultatlos; die sozialistische Bewegung nahm einen großartigen Umfang an; die Patrioten gewannen gleichfalls an Macht, eine Zeit hindurch fehlte ihnen jedoch ein fester Stützpunkt innerhalb der Gesellschaft. Noch hatten sie keine bestimmte Schicht in der Gesellschaft, auf die sie sich stützen konnten.

Die bürgerliche Gesellschaft und noch mehr die adlige standen ihnen fern. In der Praxis bekannten sie sich zum Grundsatz „organisatorischer Arbeit", aber sie hatten keinerlei Programm. Das Kleinbürgertum (die Handwerker) stand entweder unter sozialistischem Einfluß oder verhielt sich passiv. Die Patrioten begannen dort ganz allmählich Anhänger zu gewinnen. Unter den Bauern haben sie ausschließlich aufklärend gewirkt. Unter der Intelligenz, die freien Berufen nachging, fanden die Patrioten die meisten Anhänger.

Der Radikalismus der Patrioten war schwankend, gelegentlich blaßte er ab, um dann für Augenblicke wieder intensiv rot zu werden. Übrigens bildeten die Patrioten mehrere ziemlich locker verbundene Gruppen. Ihnen gemeinsam war nur das Streben nach nationaler Befreiung. Die „Polnische Liga", später die „Nationale" genannt, war die stärkste Gruppe, aber auch sie hatte kein festes praktisches Programm und keine bestimmte Taktik. Dazu bestand innerhalb dieser Gruppe ein Chaos sozialer Ansichten. Die einen, deren Zahl freilich stetig abnahm, näherten sich dem Sozialismus; die anderen waren dagegen bereit, alle heranzuziehen, die ein freies Polen anstrebten, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer sozialen Anschauungen. In der Aktion der Liga trat mehr ein gefühlsmäßig-kultureller als ein streng sozialpolitischer Charakter zutage. Sie hatte sich keinerlei bestimmte, scharf umrissene, politische Ziele gesetzt.

Innerhalb der verschiedenen politischen Kreise unterschied sich die Gruppe des „Weckrufs" durch die relative Bestimmtheit ihrer Ansichten.

Das Ziel der Partei war „ein Gesellschaftszustand auf der Grundlage ökonomischer Gleichheit und nationaler Unabhängigkeit". Nach Ansicht der Urheber des Programmes war dies Ziel nur durch eine Revolution zu erreichen.

Um dieses soziale Programm durchzuführen, wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1) Verstaatlichung von Grund und Boden und aller zur Kollektivarbeit notwendigen Werkzeuge; 2) Organisation gemeinsamer Arbeit auf Grundlage des verstaatlichten Eigentums unter der Kontrolle der Regierung; 3) möglichst breite politische Dezentralisation, aufgebaut auf dem Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts, der Garantie politischer Freiheit und sozialer Gleichheit sämtlicher Bürger, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts und des Bekenntnisses.

Die Frage der Unabhängigkeit Polens und die soziale Frage hält das Programm für unteilbar; getrennt ist ihre Durchführung unmöglich.

Die Grenzen der kommenden Republik sind von der Revolution zu fixieren.

Das charakteristische Merkmal dieses Programms ist das Aufstellen des Kollektivlebens als Ideal, nicht als Ergebnis der Tendenzen des sozialen Lebens, es resultiert ausschließlich aus dem Gefühl der Gerechtigkeit. (Das Programm beginnt mit der Behauptung: ein unbestreitbares Recht jedes Menschen und jeder Nation ist das Daseinsrecht und die allseitige Entwicklungsmöglichkeit der angeborenen Kräfte.)

Wir wollen damit nicht sagen, daß moralische Ideen nicht von Einfluß auf das soziale Ideal, das wir anstreben, sein sollen, aber auf realem und wissenschaftlichem Boden stehend, hätten sie als Ausgangspunkt ihrer Ideale die natürlichen Entwicklungstendenzen nehmen müssen. Erst nachdem wir sie erkannt haben, können wir bezeichnen, auf welche Weise sich das Leben auf dieser Grundlage so einrichten läßt, daß es unseren materiellen und intellektuellen Forderungen entspricht.

Das Verdienst des wissenschaftlichen Sozialismus besteht gerade im Nachweis, daß die natürliche Entwicklung der sozialen Verhältnisse zu einer derartigen Gruppierung der verschiedenen sozialen Schichten führt, daß die Arbeiterklasse im weitesten Sinne dieses Wortes die größte Macht im Reiche erobert und es durch politische Diktatur zu einem neuen Gesellschaftszuschnitt führen wird, entsprechend unseren weitestgehenden Forderungen in technisch-materieller, moralischer und intellektueller Beziehung.

Tatsächlich lassen sich die natürlichen sozialen Entwicklungstendenzen bei unseren derzeitigen Erkenntnismitteln nur in ihren allgemeinsten Umrissen konstatieren. Daher müssen wir uns in vielen Detailfragen des Kollektivlebens danach richten, was wir für gut oder böse halten. Der Idealismus rechnet nicht mit den natürlichen sozialen Entwicklungstendenzen und der fatalistische Doktrinarismus wälzt ihnen zuviel zu oder gibt sich den Anschein, die geringsten Details zu kennen, infolgedessen unterschätzt er die subjektiven Faktoren der politischen Kunst.

Das Einhalten eines wünschenswerten Gleichgewichts hängt von einem strengen Kritizismus ab, der den konkreten Tatsachen des sozialpolitischen Lebens angemessen ist.

Ein weiteres Charakteristikum für das Programm des „Weckrufes" ist, daß es den sozialen Umschwung, die soziale Revolution, mit Polens Unabhängigkeit allzu willkürlich verknüpft.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein sozialer Umschwung in den aufgeteilten Provinzen die Möglichkeit einer politischen Befreiung bringt, aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß diese beiden Erscheinungen zu verschiedenen Zeiten eintreffen. Übrigens wäre die Befreiung Polens in der Epoche einer sozialen Revolution nicht mit einem Wiederaufbau des polnischen Reiches identisch, denn in diesem historischen Augenblick stünde die Föderation der europäischen Völker auf der Tagesordnung und dazwischen befände sich auch Polen.

Daraus geht hervor, daß „Weckruf" nicht eigentlich ein Minimalprogramm hatte.

Diese Gruppe hat dem intelligenten Proletariat ein großes Gewicht beigelegt.

In der ersten Nummer dieser Zeitschrift (1891) lesen wir im Artikel „Zur Frage des praktischen Programms" auf der ersten Seite folgendes:

„Daraus geht hervor, daß das intelligente Proletariat das für eine Revolution am besten geeignete Material ist — das Thema unseres Artikels. Dank der Erziehung ist es dazu berufen, auf die freidenkerischen Strömungen des Jahrhunderts zu reagieren, es besitzt einen höher entwickelten kritischen Sinn, das Gefühl persönlicher und nationaler Würde, eine Reaktions-

fähigkeit gegen Druck jeder Art, besonders gegen politischen und nationalen. Arm und stolz, ist es bei seinen geringen Einnahmen nicht imstande, die Lebensbedürfnisse des zivilisierten Menschen zu befriedigen, es ist täglichen Demütigungen ausgesetzt und steht in ständiger Opposition zur Gesellschaft, in der die Faust und das Geld herrschen."

Weiter äußert der Verfasser sehr seltsame Ansichten über unsere sozialen Zustände:

„In Polen läßt sich beinahe die gesamte Intelligenz dem Proletariat zuzählen. Ist es noch nicht der Fall, so wird sie ihm in der folgenden Generation angehören, die sich aus der sogenannten Mittelklasse zusammensetzt, es sind Schiffbrüchige aus dem zahlreichen, bankrott gewordenen Adelstand, der einen Lebensunterhalt auf dem Gebiet intellektueller Arbeit sucht. Aus der administrativen Verwaltung durch die Russen, aus Handel und Industrie durch die Deutschen verdrängt, wird die Intelligenz auf der Jagd nach Brot auf immer tiefere Stufen der sozialen Hierarchie hinuntergedrängt, sie wird immer revolutionärer, und mit der Fackel der Revolution dringt sie bis in jenen Abgrund, wo die durch die barbarische Gesellschaft zu ewiger schwerer Arbeit verdammten Legionen polnischen Volkes leiden."

Welch revolutionärer Optimismus bezüglich der eigenen Gesellschaft, ein Optimismus, dem beinahe alle Tatsachen des polnischen sozialen Lebens widersprechen!

Das Kriterium revolutionärer Gesinnung beruht nach Ansicht des Verfassers auf „Intelligenz und Armut und steht in direktem Verhältnis zum geistigen, im umgekehrten zum materiellen Stand der gegebenen sozialen Schicht".

Aus dieser Ansicht leitet der Verfasser folgenden Schluß ab:

„. . . Wir müssen die Träume dieser radikalen Reformatoren verwerfen, die die Zukunft der Revolution ausschließlich auf der Entwicklung des Kapitalismus und der Vergrößerung der Armee des arbeitenden Proletariats aufbauen, sowie jener, die ein kühnes Zukunftsgebäude auf dem kleinbäuerlichen Landbesitz errichten."

Der Verfasser hat seine eignen Schlüsse zu dieser wichtigen Frage vergessen, daß es für einzelne Individuen des intelligenten

Proletariats hundertmal leichter ist, in die höheren und ökonomisch gesicherten Schichten überzugehen als für die gewöhnlichen Proletarier.

Charakteristisch ist auch folgende Ansicht des Verfassers:

„Die Einteilung der Gesellschaft in eine konservative Bourgeoisie und ein revolutionäres Proletariat ist allzu schablonenhaft, als daß man sie in der Praxis durchführen könnte.

Am allerwenigsten genügt sie in Polen, wo angesichts der geringen Entwicklung des Kapitalismus und der exzeptionellen politischen Bedingungen, die auf die Vernichtung des Volkes lauern, diese Klassen sich nicht so deutlich wie im Westen voneinander unterscheiden. Es gibt keine Demarkationslinie zwischen ihnen, sondern eine Reihe von Übergangsformen, die man beiden oder keiner Klasse zuzählen kann. Überdies sind die besitzenden Klassen in Polen nur materiell, aber nicht politisch privilegiert (abgesehen von Galizien), sie herrschen nicht, sondern werden wie das übrige Volk beherrscht — die soziale Frage wird hier durch die Frage der Freiheit und Unabhängigkeit kompliziert."

Diese Ansichten haben der Wirklichkeit in den neunziger Jahren nicht entsprochen. Der Kapitalismus war bereits stark genug entwickelt und die Klassenunterschiede betont.

Der „Weckruf" hat die liberalen und demokratischen Patrioten sowie die Volkstümler bekämpft und die Notwendigkeit einer radikalen sozialen Umgestaltung hervorgehoben. Das Revolutionäre dieser Zeitschrift war häufig weniger Ausfluß der Doktrin als des Temperaments des ersten Hauptredakteurs Stanislas Barański.

In Fragen bezüglich der Theorie des Sozialismus hat diese Zeitschrift häufig Artikel gebracht, die nicht der leisesten wissenschaftlichen Kritik standhalten, z. B. „Täuschungen der Doktrinäre" in Nummer 9 und 10 aus dem Jahre 1891; der Verfasser versucht, die materialistische Geschichtsauffassung zu erklären, die damals in der Warschauer „Wahrheit" propagiert wurde, und verrät dabei seine Unkenntnis des Gegenstandes.

Diese absolute Ignoranz geht auch aus anderen Artikeln hervor. Im „Weckruf" wurde auch die Bedeutung von Rassenfaktoren im sozialen Leben überschätzt, wie aus Barańskis,

nach seinem Tode erschienenen Artikel über die Judenfrage ersichtlich ist.

In der Frage der russischen Konstitution hat „Weckruf" einen negativen Standpunkt eingenommen, wie aus dem Artikel „Die zaristische Konstitution" in Nummer 10 des Blattes, Jahrgang 1892, hervorgeht.

Bezeichnend ist, daß die Mitarbeiter von „Weckruf" des Glaubens waren, daß eine Konstitution in Rußland vor der Tür stehe, indem die Notwendigkeit das Land dazu zwinge. Diese Konstitution würde ihrer Ansicht nach dem Lande aufoktroyiert werden und so schlecht sein, daß der polnische Arbeiter gar keinen Nutzen davon hätte. In diesem Artikel finden wir die Ansicht, die später in den berühmten „Etappen" der „Morgendämmerung" von 1895 wiederholt wurde, daß erst nach der russischen Konstitution die Raubgier der Bourgeoisie für die gesamte polnische Gesellschaft, die Entwicklung des Handels usw. fühlbar werden würde.

„Weckruf" hat einen Aufstand als das einzige Mittel betrachtet, um sich aus der russischen Sklaverei zu befreien. Er hat auch die Notwendigkeit, die Massen im weitesten Umfang aufzuklären, energisch betont.

In der zweiten Hälfte von 1891 und zu Beginn von 1892 läßt sich in den Ansichten von „Weckruf" ein gewisser Wandel zugunsten der Bauern konstatieren. Vielleicht geschah dies unter dem Einfluß der Warschauer „Stimme", vielleicht auch infolge von Barańskis Tod.

„Weckruf" hat den revolutionären Einfluß des Terrorismus anerkannt, aber geglaubt, daß er nicht diese Faktoren erzeuge, die zu einer Umgestaltung der Gesellschaft führen, und auch zuviele Kräfte verschlinge; daß der Terrorismus gelegentlich notwendig sein kann, hat „Weckruf" wohl anerkannt.

Den Mißerfolg der früheren polnischen Aufstände hat „Weckruf" namentlich dem fehlenden sozialen Radikalismus der polnischen Revolutionäre beigemessen; er hat sich auch scharf gegen alle Diplomatie in der revolutionären Aktion ausgesprochen. Dieser Gegenstand wurde in einem besonderen Artikel „Fort mit der Diplomatie" (Nr. 7, 8 und 9, Jahrg. 1889) behandelt.

Die Artikel im „Weckruf" waren hart, schlagend und allgemein verständlich. In den Jahrgängen dieser Zeitschrift finden wir einige Aufsätze von publizistischem Wert, so z. B. die unvollendete Arbeit „Anarchie und Sozialismus" oder „Patriotismus und Klassenstandpunkt".

Im August 1891 starb Stanislas Barański, er war ein energischer, lebhafter Mensch von feurigem Temperament und der Sache ganz ergeben.

Nach seinem Tode erschien die Zeitschrift weiter. Boleslas Limanowski nahm lebhaften Anteil daran.

Erwähnt sei, daß Limanowski der Vertreter der nationalen Sozialisten vom „Weckruf" auf dem internationalen Kongreß in Paris im Jahre 1889 war.

Wie bekannt, fanden damals zwei Kongresse statt: der marxistische war von Delegierten des „Proletariats" beschickt, der andere war von französischen Possibilisten und anderen einberufen worden, an diesem nahm auch Limanowski teil.

Wie bereits im letzten Kapitel erwähnt, haben die „nationalen" Sozialisten keine besondere Organisation gebildet.

Sie bestanden jedoch, und einige unter ihnen hatten ziemlich lose Beziehungen zu den Arbeitern.

„Weckruf" war im Lande verbreitet und hatte Anhänger in gewissen Kreisen der Intelligenz. Die Zeitschrift hat der polnischen sozialistischen Partei den Weg geebnet, war jedoch einheitlicher als die letztere.

Als das Programm der polnischen sozialistischen Partei veröffentlicht wurde, hat „Weckruf" es freudig begrüßt.

„Dieser Entwurf ist programmatisch, den Verhältnissen angepaßt und erkennt eine Reihe verschiedener Unterschiede unter den einzelnen Gruppen an, die naturgemäß bestehen müssen. Aus diesem Grunde mögen die gefaßten Beschlüsse nicht sozialistisch genug erscheinen. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Beratenden [1]) namentlich den heutigen Tag im Auge hatten,

---

1) Gemeint sind die Delegierten des Pariser Kongresses; die dort gefaßten Resolutionen wurden dem Programm einverleibt und in „Morgendämmerung" im Jahre 1893 veröffentlicht.

die unmittelbare Zukunft, bei der die Arbeit einsetzen muß, um ein letztes Ziel zu erreichen."

Nach den Novemberverhaftungen in Warschau, die den „Bund polnischer Arbeiter" vernichteten, wuchs „Proletariat" bedeutend, besonders als die meisten der übrig gebliebenen Mitglieder des „Bundes" ihm beitraten.

Tatsächlich begannen sich auch um 1892 die ehemaligen Unterschiede zwischen Bündlern und Proletariern zu verwischen.

„Proletariat" hatte, wie bereits erwähnt, seit 1890 allmählich begonnen, sich umzugestalten, seine Hauptarbeit wurde Massenagitation; trotzdem die Partei die Notwendigkeit terroristischer Aktion anerkannte, beschäftigte sie sich nicht damit infolge der ausgedehnten agitatorisch-organisatorischen Arbeit unter der Masse und der revolutionären Stille in Rußland; anderseits hatten sich die in Freiheit verbliebenen Bündler überzeugt, daß ihre halblegale Bewegung, die nationalen Bündnisse und andere von ihnen begründete ökonomische Institutionen sich unter dem absolutistischen Regime nicht zu halten vermöchten. Schon der „Bund" hatte in seinem Maiaufruf vom Jahre 1891 einen schüchternen politischen Schritt getan. Jetzt nach dem neuesten Pogrom wurde es evident, daß ohne energischen Kampf im Namen politischer Freiheit nichts erreicht werden könne.

Die Lage von „Proletariat" in konspirativ-organisatorischer Beziehung war glänzend, dazu trug seine propagandistische Sektion in starkem Maße bei.

Im Januar 1890 war es den wenig zahlreichen älteren Mitgliedern von „Proletariat", die das Polytechnikum in Riga besuchten, infolge geschickter Propaganda gelungen, den Patrioten etwa 20 Mitglieder aus der Intelligenz abspenstig zu machen.

Als diese dem „Proletariat" beitraten, entwickelten sie eine fieberhafte Tätigkeit: damals kamen Transporte verbotener Bücher aus dem Ausland über den Rigaer Hafen; sie waren häufig und groß genug, so daß Warschau und das gesamte Land genügend mit revolutionären Publikationen versehen war.

Das genügte den tapferen Rigaern nicht; sie beschlossen,

eine geheime Druckerei zu gründen, um revolutionäre Schriften und Manifeste drucken zu können. Dieser Plan wurde gegen Ende des Jahres 1890 verwirklicht. Abgesehen von Aufrufen erschienen dort: Statuten der Unterstützungskasse, eine Broschüre über Konkurrenzkampf, ein überarbeiteter Artikel der früheren „Morgendämmerung“: „Sozialismus und christliche Religion“, Bebels: „Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts“, ferner „Gespräch zweier Gevattern“, „Gespräch zwischen Kuba und Jan“, „Revolutionärer Katechismus“ und Kulczyckis Broschüre in zweiter Auflage.

Man konnte damals ruhig Schriften veröffentlichen, doch fehlte es der Landesorganisation an entsprechenden Publizisten.

Neben diesen wichtigen Arbeiten beschäftigte sich die Rigaer Gruppe auch mit Geldsammlungen. Abgesehen von persönlichen Abgaben, die die Mitglieder gewissenhaft entrichteten, haben die lithographiert erschienenen Vorträge, die auf dem Polytechnikum gehalten wurden und die die Gruppe außerordentlich sorgfältig herausgegeben hat, eine bedeutende Einnahme gesichert. Aus Riga erhielt die Organisation jährlich 2000 Rubel. Außerdem agitierten die Rigaer „Proletarier“ sehr gewissenhaft unter polnischen Arbeitern und Soldaten.

Auf diese Weise drang die sozialistische Propaganda in die verborgensten Winkel [1]). In der Rigaer Gruppe traten terroristische Tendenzen stärker auf, in Zielinskis mißlungenem Warschauer Anschlag, im Oktober 1892, fanden sie ihren Niederschlag. Diese Tendenzen wurden im „Revolutionären Katechismus“ formuliert, er ist nach dem Muster einer berühmten Broschüre, die man Nieczajewow zuschreibt, verfaßt.

Der „Revolutionäre Katechismus“ hat ohne jegliche Einschränkung den Grundsatz propagiert: im revolutionären Kampf heiligt der Zweck die Mittel. Er empfahl auch mit allen Pflichten zu brechen, abgesehen von jenen, die der Parteimensch gegen die Partei hat.

---

1) Diese Details entnehmen wir hauptsächlich dem Artikel der „Morgendämmerung“ Nr. 11, Jahrgang 1901. Einige Details wurden uns von einem der hervorragendsten Führer der Warschauer Gruppe, der Beziehungen zur Rigaer hatte, mitgeteilt.

Der Traum der Rigaer, nach Warschau zu kommen, ging im Jahre 1892 in Erfüllung.

„Im Februar 1892", berichtet Drut, „bricht in Wyszczyckis Lampenfabrik ein Streik aus, infolge einer Lohnverminderung von 20 Prozent. Am Streik nehmen etwa 200 Menschen teil. Nach vier bis fünf Wochen wird der frühere Lohn wieder eingeführt.

... Im Frühling 1892 regt sich das wenigst organisierte und kultivierte Element: die Maurer, die nicht einmal festangestellte Arbeiter sind; in Warschau arbeiten sie nur im Sommer und sind im Winter über das ganze Land verstreut. Die Maurer verlangen Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde morgens und eine Stunde abends und eine Lohnerhöhung von zwei Rubeln wöchentlich. Bis jetzt hatten sie 14 Stunden gearbeitet (von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends) und haben dafür durchschnittlich 60 Kopeken täglich bekommen. Die Meister waren sofort bereit, die Morgenstunde freizugeben und den Lohn von 60 Kopeken auf 1 Rubel 5 bis zu 1 Rubel 20 Kopeken zu erhöhen, die Stukkateure bekamen bis zu 1 Rubel 80 Kopeken, aber an der Abendstunde hielten sie fest. Da beschlossen die Maurer sich selbst zu helfen: jeden Abend um 6 Uhr würden die Kühnsten Feierabend machen, von Haus zu Haus gehen, die Leitern und Gerüste besteigen und die weniger resoluten Kollegen zwingen, die Arbeit niederzulegen. Auf diese Weise würden sie sich die Abendstunde erkämpfen. Bei dieser Gelegenheit konnte man beobachten, wie sophistisch die Meister vorgehen, wenn es sich um ihre eigne Tasche handelt. Ein Maurermeister Czesnowski bewies im ‚Warschauer Kurier', daß die Maurer eigentlich kein Recht hätten, die Verkürzung des Arbeitstages zu fordern, da sie, die im Winter feiern, an sich schon um die Hälfte weniger arbeiten als andere. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß die Herren Meister die Maurer im Winter auch nicht bezahlen."

Die Bewegung unter den Maurern und Brauknechten im Jahre 1891 war vorwiegend das Werk von „Zusammenschluß". Diese Gruppe, die, wie wir gesehen haben, aus einer Sezession im „Proletariat" im Jahre 1891 entstanden war, versuchte auf

Grund gemeinsamer Zugeständnisse, sich mit dem „Bund“ vor den Novemberverhaftungen zu vereinigen. Die Bemühungen waren jedoch resultatlos.

„Zusammenschluß“ beschäftigte sich energisch mit Fachpropaganda unter den Arbeitern und hat in dieser Richtung viel getan.

Dieser Gruppe gehörte Stanislawa Motz-Abramowska an, eine der sympathischsten Frauen in der polnischen Bewegung.

Sie war die Tochter eines Fabrikmeisters und besaß ein starkes Gefühlsleben, eine vornehme Denkungsart und eine ausgesprochen kritische Begabung. Seit 1889 war sie entschiedene Sozialistin und begann unter den Arbeitern zu wirken. In hohem Maße besaß sie die Gabe, soziale und politische Fragen zu erörtern, sie hatte einen ungeheuren Einfluß auf die Arbeiter und erfreute sich auch unter der Intelligenz großer Achtung und Sympathie. Sie war intelligent und gebildet.

Zuerst hat sie im „Proletariat“ gearbeitet, dann zusammen mit anderen „Zusammenschluß“ begründet.

Sie starb im Frühling 1892. Ihr Begräbnis war eine großartige Manifestation. Bohusz hat ihr in „Stimme“ einige warme und schöne Worte gewidmet.

Nach ihrem Tode wurde ihre Bauernbroschüre „Die gute Botschaft“ im Ausland verbreitet.

Wie bereits erwähnt, erstarkte „Proletariat“ Anfang 1892 bedeutend.

Als die Rigaer nach Warschau kamen, haben ihnen die häufigen, gutbesuchten Arbeiterabende sehr imponiert. Etwa 80 Menschen kamen zusammen, die wichtigsten Fragen wurden angeschnitten und unter jenen, die stets bereit waren, sich selbst zum Opfer zu bringen, herrschte eine fröhliche Stimmung.

Als die Regierung sich überzeugt hatte, daß die Massenbewegung von 1891 von Sozialisten geleitet war, was durch den „Bund“ zutage trat, wurde sie sehr wachsam, sie veränderte ihre Taktik, hörte auf mit den Arbeitern zu kokettieren und suchte gleichzeitig möglichst viele Spione in alle Vereinigungen hineinzubugsieren.

Die unter der Leitung von „Proletariat“ zunehmende Massen-

bewegung im Jahre 1892 erweckte große Hoffnungen und den Glauben an die eigne Kraft. Zahlreiche Versammlungen, ein gegenseitiges Sichkennenlernen, die Besprechung vielfältiger Fragen usw. waren zu einer angenehmen Notwendigkeit geworden. Zwar waren die Verhaftungen im Winter 1891 eine Warnung, aber allmählich verwischte sich dieser Eindruck. Die „Proletarier" haben der Regierung getrotzt und sich häufig versammelt. Im März begannen Verhaftungen, die bis in den Mai währten — sie haben die Organisation völlig vernichtet. Unter den Verhafteten erwähne ich hier folgende Führer: Mieczyslas Kiersz, Buchhalter; Jan Jurkowski, Schlosser; Stanislas Bursztyn, Messerschleifer; Alexander Kowalewski, Schuster; Jan Kowalewski, Schlosser; Anton Swiątkowski, Vergolder; Felix Turowicz, Buchhalter; Pustowski, Tischler; Wladyslas Zimorowski, Lithograph; Gołaszewski, Schlosser; Anton Dobrowolski, Student; Jan Reimann, Maler; Stanislawa Grelcowa, Szyczkiewicz und Drozdoński.

Diese Verhaftungen haben die Warschauer Organisation „Proletariat" vernichtet. Die Rigaer Gruppe blieb übrig. Die Verhältnisse lagen jedoch so, daß die Organisation in der Hauptstadt nicht erneut werden konnte. Natürlich waren hier und da „Proletarier" auf freiem Fuß geblieben. Sie hatten jedoch keine Möglichkeit zu wirken. Ein Teil mußte sich verbergen, ein anderer das Land verlassen.

Vor dem Arbeiterfesttag wurde ein Aufruf erlassen. Darüber berichtet „Morgendämmerung" (Jahrgang 1901, Nr. 10, S. 429) folgendermaßen:

„Einer der Genossen brachte das Manuskript in die Druckerei nach Berlin. Dort veränderte er im Einverständnis mit einigen ehemaligen Bündlern den Text etwas, indem er in energischer Weise zum Kampf mit dem Zarismus aufforderte. Infolgedessen entstanden gewisse Zwistigkeiten in der Landesorganisation; die einen waren mit der Veränderung des Textes unzufrieden, die anderen empört darüber, daß man ihnen nicht Einsicht ins Manuskript gegeben hatte, ehe es nach Berlin geschickt worden war."

Im allgemeinen machte das Manifest unter den Intelligenten der Organisation einen guten Eindruck, nicht ganz so wirkte es auf die Arbeiter. Die einen erklärten ganz trocken: wir wollten

zur Maifeier gehen (der 1. Mai fiel auf einen Sonntag), aber da im Manifest scharf gegen die Regierung vorgegangen wird, wollen wir nicht mittun und werden auch andere abhalten! . . . Anderen wieder mißfiel der Passus, daß die Fabrikanten durch ihre Ausbeutung die Arbeiterinnen zwängen, ihren Körper zu verkaufen. Dieser Punkt genügte den Arbeitern von „Zusammenschluß", um den Aufruf nicht anzunehmen. Dagegen gab es auch Arbeiter, die mit dem Aufruf zufrieden waren. Er war von den Bündlern nach der Verhaftung der „Proletarier" erlassen worden. Gefordert wurden: Achtstundentag, Lohnerhöhung, Rede-, Druck- und Versammlungsfreiheit, polnische Schulen und Gerichte.

Er enthielt also politische und nationale Forderungen, nur die Konstitution blieb unerwähnt.

Dieses Schweigen resultierte aus dem Opportunismus der einen, dem „Patriotismus" der anderen, die das Wort „russische Konstitution" nicht herauszubringen vermochten und vorzogen, sich mit gemäßigteren Forderungen zufrieden zu geben.

Der Aufruf war wie die anderen unterzeichnet: „Die polnischen Sozialisten". Die russische Regierung hatte man scharf angegriffen.

Über diesen Aufruf erhalten wir noch einen Bericht von einem hervorragenden damaligen Arbeiterführer:

„Namentlich waren es die Mitglieder von ‚Zusammenschluß', die mit dem Aufruf unzufrieden waren. Die meisten der damals in Freiheit befindlichen Bündler und ‚Proletarier' haben die Proklamation begeistert aufgenommen und nichts Anstößiges in ihr entdeckt. Sie wurde sorgfältig verteilt und angeklebt. Der Eindruck war groß. Uns hat sie nicht erschreckt, wir haben uns nur darüber gefreut, daß wir zum 1. Mai etwas Lebendiges, Energisches haben."

Res [1]) erwähnt, „Zusammenschluß" habe im Ausland eine Maibroschüre gleichfalls mit der Unterschrift „Die polnischen Sozialisten" herausgegeben. Der Verfasser behauptet: „Es war ein Neudruck der Maibroschüre von ‚Proletariat' aus dem Jahre 1891 mit einer wichtigen Änderung. . . . Neben der üblichen

---

1) „Geschichte usw." S. 326, Anm. 2.

Forderung: Achtstundentag und Lohnerhöhung wurden auch politische Forderungen gestellt und damit begründet, daß neben allgemeinen Arbeiterforderungen jedes Land seine besonderen notwendigen Forderungen habe. Die Broschüre hat besonders Versammlungs-, Rede- und Druckfreiheit gefordert, schließlich auch verlangt, daß der Zar nicht selbstherrlich über uns verfüge, sondern daß sämtliche Gesetze durch vom Volk erwählte Delegierte, unter denen auch wir unsere Vertreter hätten, bestätigt würden. Es sind dies, wie schon der Hinweis auf den Zaren beweist, konstitutionelle Forderungen innerhalb Rußlands. Die Führer von ‚Zusammenschluß' haben, wie wir wissen, ursprünglich ‚Proletariat' angehört."

Damals entstand das Mailied: „Arbeitervolk, erkenn' deine Macht!"

In den Vororten Warschaus fand am 1. Mai eine Feier statt. In Bielanow, Wilanow und in anderen Ortschaften haben sich einige hundert Arbeiter versammelt. Am Abend kamen sie in Scharen nach Warschau zurück, mehrere wurden verhaftet, aber bald auf freien Fuß gesetzt.

In Warschau selbst wurde der 1. Mai weniger festlich als sonst begangen. Es geschah dies infolge der zahlreichen Verhaftungen unter den „Proletariern". Die Massenbewegung in Warschau stand jedoch nicht still. Die Maibroschüren hatten neuen Zündstoff unter die Arbeiter getragen. Die Massenbewegung trat in eine neue Phase. In den Jahren 1890, 1891 und 1892 nahm sie gewaltige Dimensionen an und weitere Grundlagen für die Zukunft wurden gelegt. Obgleich die politische Physiognomie noch nicht genügend ausgeprägt war, so stand doch unstreitig der Kampf um bürgerliche Freiheit an erster Stelle.

In Lodz standen die Maitage im Zeichen einer derartigen Massenbewegung, wie man sie in Polen weder vorher noch nachher gesehen hat.

Wir zitieren hier wörtlich Berichte aus Lodz, die in der „Sozialistischen Revue" im Oktober 1892, also einige Monate nach den Ereignissen, erschienen sind.

„In den beiden großen Fabriken von Lorenz und Poznański begann die Bewegung bereits am 28. April. Ein Teil der Arbeiter stand gewissermaßen ratschlagend vor dem Tor. Man benachrichtigte das Militär sofort, und das war der Anlaß zu einer sehr häßlichen und erschütternden Szene, denn auf den Befehl Maszyns, eines durch seine Brutalität und Gemeinheit bekannten Gendarmerieoffiziers, erscholl das Geschrei: ‚Verfluchte Hundebande, ich will euch lehren aufmucken!' Dabei wurden Ohrfeigen und Faustschläge nicht gespart, und die Arbeiter gingen empört in die Fabrik zurück.

Im Direktionsbureau von Poznański, der von Arbeitern, Lieferanten, Beamten, ja der ganzen Stadt am meisten gehaßt wurde, wurde ein Untersuchungsbureau errichtet, zu dem Poznański und seine Söhne auch gnädigst zugelassen wurden.

Die der Agitation verdächtigen Arbeiter wurden hineingeschleppt, gestoßen, beschimpft, ins Gesicht geschlagen und dann ohne jeglichen Schuldbeweis entlassen, ganz nach der Willkür des Beamten, der mit der Erklärung, daß ihm dies Gesicht nicht passe, dem Fabrikanten, der seine tüchtigsten Arbeiter behalten wollte, den Mund verschloß.

Die Proklamation wurde ruhig weiter verteilt und an den Wänden angeklebt. Bei Jobs Fabrik gab es einen komischen Zwischenfall. Die Arbeiter, die die Proklamationen anklebten, erklärten dem Nachtwächter, daß er die Zettel unter gar keinen Umständen dürfe abreißen lassen. Am Morgen schickte sich der Hauswart, als er die Proklamationen sah, an, sie abzureißen, aber der Nachtwächter stieß ihn zurück und erklärte, hier seien einige Herren gewesen, die ihm aufs energischste anempfohlen hätten, die Zettel zu bewachen. Der arme Teufel wurde eingesperrt und wird wahrscheinlich heute noch festgehalten, indem man genauere Angaben über die fraglichen Herren von ihm verlangt. Am Montag, den 2. Mai, verließen die Arbeiter nach der Arbeit die Fabrik, rotteten sich in größeren Gruppen zusammen und berieten darüber, wie sie ihr Programm, d. h. den Streik, durchführen sollten, der tatsächlich am Nachmittag des folgenden Tages begann.

Die bedeutendsten Fabriken standen still, so die von Schejbler,

Giejer, Stiller, Bielczowski, Rosenblatt und mehrere kleinere Betriebe. Die Bewegung wurde immer allgemeiner. Am 4. Mai feierten die Arbeiter schon vom frühen Morgen an, am Nachmittag begannen sie die Genossen, die sich geweigert hatten, die Arbeit einzustellen, von der Arbeit zu verjagen. Am 5. Mai wurden nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Maurer auf den Gerüsten, die Steinklopfer auf der Straße, die Kohlenträger der Eisenbahn, die kleinen Handwerker der Eisenbahnkontrollstätten von der Arbeit verjagt. Angesichts der immer wachsenden Bewegung entließ die Eisenbahnverwaltung einen Teil der in Magazinen und Werkstätten beschäftigten Arbeiter. Abgesehen von geringen Zusammenstößen und Untersuchungen in den Fabriken[1]) verhielt sich die Regierung zuerst ziemlich ruhig und abwartend. Es konnte z. B. passieren, daß ein Wächter von einer Frau geschlagen wurde, ohne daß man sie deshalb zur Verantwortung zog.

Ich glaube, dies Vorgehen läßt sich einfach dadurch erklären, daß es in Lodz nicht genügend Soldaten gab, ferner lag es an dem ruhigen Verhalten der feiernden Arbeiter, obgleich dies einzelne, die in friedlichster Weise über die Straße gingen, nicht vor den brutalsten Übergriffen der Regierung schützte.

Abgesehen von kleinen Zwischenfällen, die durch Dummheit oder durch halbwüchsige Burschen verursacht wurden, war die Haltung der Arbeiter ernst, ruhig, voll persönlicher Würde und erfüllt vom Verständnis für ihre Ziele. Die Arbeiter zogen singend in ihren Feiertagskleidern durch die Straßen und in den

---

1) In Kunitzers Fabrik zu Widzew mokierte sich einer der Arbeiter während der Untersuchung gründlich über die Richter: „Hat man dir irgendwelche Papiere zur Verbreitung übergeben?“ — „Gewiß, häufig genug!“ war die Antwort. — „Was, wann, was für Papiere, geschriebene, gedruckte?“ — „Verschiedene, geschriebene und gedruckte, mit Zeichnungen versehen.“ — „Wem hast du sie gebracht?“ — „Den Arbeitern und Meistern.“ — „Wer hat sie dir gegeben?“ — „Verschiedene Herren aus dem Bureau.“ — „Was, wer? Nenne sie sofort“ — „Herr Kunitzer, der Herr Direktor, der Herr Ingenieur, der Herr Obermeister. . . .“ Der Arbeiter brachte den Meistern Zeichnungen und dienstliche Verfügungen. Die Mienen der Inquisitoren sollen jeder Vorstellung gespottet haben.

der Bahn nahe gelegenen Wald, man hörte die Lieder: ‚Noch ist Polen nicht verloren‘, ‚Gott, der du Polen . . .‘ usw. Die Fabrikanten, die im Grand Hôtel mit den Vertretern der Regierung über die zu treffenden Maßnahmen berieten, haben den Arbeitern wiederholt in warmen Worten ihre Anerkennung für ihr ruhiges Verhalten ausgedrückt.

In einigen Fabriken stellten die Arbeiter ausdrücklich ihre Forderungen, in der Mehrzahl beschränkten sie sich darauf, Deputationen an den Fabrikanten zu schicken und ihn aufzufordern, die Arbeitenden zu entlassen, was auch stets geschah. In der Fabrik des Baumwollkönigs Schejbler wurden infolge der Taktlosigkeit des Generaldirektors und des Mitinhabers der Fabrik Herbst diese Forderungen in scharfer Form vorgebracht. Herbst war sogar in arger Bedrängnis und rettete sich durch die Flucht in seine Wohnung. Nach ihren Wünschen gefragt, baten die Arbeiter höflich um Entlassung des Direktors Hugo, der sie durch seine Grausamkeiten unmenschlich gequält hatte. ‚Ich will mal sehen‘, sagte Herbst, ‚geht an eure Arbeit.‘ — ‚Das ist noch nicht alles, wir bitten Euer Hochwohlgeboren um eine Lohnerhöhung von 15 Prozent und eine Verminderung des Arbeitstages von 12 auf 10 Stunden.‘ — ‚Das hängt nicht von mir ab, das kann ich nicht machen, sprecht mit Herrn Schejbler und anderen — geht an eure Arbeit.‘ — ‚So erhöhen Sie zum mindesten den Lohn der Verheirateten‘, wurden einige Stimmen laut, ‚wir können mit Frau und Kindern damit nicht auskommen.‘ Da riß die Geduld des Fabrikanten. ‚Ja, zum Teufel, warum heiratet ihr denn? Wenn ihr nicht genug verdient, so laßt's doch bleiben.‘ Aber auch die Geduld der Arbeiter hatte ihre Grenzen. Und hier war die Grenze. ‚Euer Hochwohlgeboren‘ hatte ein Ende und anstatt dessen brüllten einige Stimmen: ‚Du verfluchter Kerl, du Lumpenhund, gib uns deine Frau und deine Töchter her! . . . Daß ihn der Kuckuck, seht den Klugschnacker, haut ihm die Hucke voll, daß er's Maul hält!‘ Herbst griff nach seiner Mütze und machte sich eilig aus dem Staube. Zu seinem Glück war die Eisentür nahe. Erst am folgenden Tage zeigte er sich, und dies in einem höchst ungeeigneten Augenblick. Er fuhr im Wagen an einer Gruppe vorbei, die die Juden prügelte,

und bekam einige Schläge auf Kopf und Rücken dabei ab. Das gleiche Schicksal traf auch Poznański.

In der Fabrik von Schwartz & Birnbaum kamen die Arbeiter zur Auszahlung. Sie erhielten ihren Lohn und erklärten, daß, wenn sie auch nicht zur Arbeit kommen würden, sie dennoch in zwei Wochen wiederkommen wollten, um ihren Lohn abzuholen, im Weigerungsfalle würden sie sich selbst zu ihrem Recht verhelfen.

Im allgemeinen war das Verhalten der Arbeiter ebenso ruhig wie fest, und wenn es so weitergegangen wäre, so bin ich überzeugt (und nicht ich allein bin es), daß sie die Fabrikanten zu wichtigen Zugeständnissen gezwungen hätten. Viele von ihnen waren durchaus dazu bereit. Herbst war in Schejblers Namen damit einverstanden, den Lohn um 8 Prozent zu erhöhen und den Arbeitstag um eine Stunde täglich zu kürzen. Goldmann und Mannaberg, die Besitzer mechanischer Werkstätten, haben den Arbeitern versprochen, den größten Teil ihrer Forderungen zu erfüllen, sie baten nur darum, die gleichen Zugeständnisse bei den Fabrikanten John, Stephanus und einigen anderen zu erwirken, da sie mit Recht behaupteten, daß sie sonst gezwungen wären, ihren Betrieb zu schließen. Ähnlich hat sich auch Biedermann ausgesprochen, der jüngere Rosenblatt, Richter, Hirschberg usw.; am nachdrücklichsten protestierten Gajer, Kunitzer, der jüngere Biedermann, Schaj Rosenblatt und Poznański.

Mit jedem Tage wuchs die erste und verringerte sich die zweite Partei; noch einige Tage und die Arbeiter hätten einen zwar nicht ganz vollständigen, aber doch wesentlichen Sieg erreicht.

Das Schicksal oder der böse Wille der Regierung hatten anders beschlossen. Da sie den weiteren Fortschritten nicht Einhalt zu bieten vermochte, schuf sie eine eigene Geschichte der Lodzer Arbeiter, eine Martyrologie der Bewegung, einen Mittelpunkt für allen bösen Willen, indem sie aufs kategorischste all jene Zugeständnisse untersagte, zu denen die Fabrikanten sich schon bereit erklärt hatten. Von allen Seiten wurden Soldaten zusammengezogen und im gleichen Maße spitzten sich die Beziehungen zwischen Arbeitern und Fabrikanten zu. Ein Manifest

des Piotrkower Gouverneurs wurde verbreitet, er forderte die Arbeiter auf, auseinanderzugehen, die Arbeit wieder aufzunehmen und erinnerte sie daran, daß sie ihre eigene, wohl etablierte Inspektion hätten, an die sie sich in jeder Bedrängnis wenden könnten, er selbst würde ihre Klagen willig anhören; sollten sie jedoch diesen Rat unberücksichtigt lassen, so würde er sie zur Verantwortung ziehen und sogar Befehl zum Schießen geben. Dieses Manifest war innerhalb 10 Minuten überall abgerissen.

Es ist schwer zu erkennen, wo tatsächlich der Ursprung der antisemitischen Bewegung lag, die am Donnerstag und Freitag zum Ausbruch kam. Hat die Regierung der aufgespeicherten Brutalität der Soldaten, die lange keine Gelegenheit mehr hatten, ihr seit Jahrhunderten bekanntes Heldentum im Töten wehrloser Kinder und Weiber zu bekunden, einen Ausweg geschaffen, in dem sie der ihr gefährlich gewordenen Bewegung listig eine andere Richtung gab, wohl wissend, daß die Menge in ihrem Judenhaß nicht mehr in den Grenzen einer ruhigen Manifestation bleiben würde? Haben die sogenannten Baluten [1]) diese Wendung herbeigeführt? Oder waren vielleicht nach einem energisch behaupteten Gerücht die Juden selbst daran schuld? Tatsache bleibt, von den Fabrikanten und den geschädigten Juden zugegeben, daß sich die älteren Lodzer Arbeiter bei dieser traurigen Wendung passiv verhalten haben. Ich bin selbst Zeuge gewesen, unweit von Johns Fabrik, wie die Arbeiter einen blutenden jüdischen Wucherer aus den Händen seiner Henker gerissen und in Sicherheit gebracht haben.

Am Donnerstagabend entstand in der Altstadt und in den angrenzenden Straßen ein Tumult. Wie bereits erwähnt, haben nach der meist verbreiteten Version die jüdischen Schlächter selbst den Anlaß dazu gegeben, indem sie im Streit einer Christin von hinten den Kopf gespalten haben. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich dies Gerücht durch die ganze Stadt, andere kamen dazu: die Juden hätten die Scheiben in der katholischen

1) Die Bewohner des Vorortes von Lodz, Balut, sind nach abgebüßter Gefängnisstrafe verurteilt, sich dort anzusiedeln. Sie rekrutieren sich aus gemeinen Verbrechern, Pferdedieben, Straßenräubern, die seelenvergnügt, fast unter dem Schutze der Polizei, ihrem Gewerbe nachgehen.

Kirche eingeschlagen, einen vorbeifahrenden Geistlichen mit Steinen beworfen usw. Die Baluten waren zur Stelle, ein heißer Kampf entbrannte, in dem so mancher Jude erschlagen wurde und auch so mancher Christ sein Leben ließ. Die Juden schossen aus den Fenstern, gossen kochendes Wasser auf die Vorübergehenden und bewarfen sie mit Steinen und Töpfen. Ein jüdisches Haus, aus dem kochendes Wasser gegossen worden war, wurde von der Menge angesteckt, sie ließ niemand löschen, die Bewohner kamen nur mit dem nackten Leben davon. Die Angreifenden und Flüchtenden wurden von den Kosaken und Polizisten überfallen, sie hieben mit ihren Säbeln auf sie ein, schossen erst blind, dann scharf. Die Menge begann sich zu verteidigen, ein paar verwundete Kosaken fielen vom Pferd, die anderen begannen sich zurückzuziehen, indem sie auf ihrem Rückzug auf Juden und Christen einschlugen. Die Nacht machte dem Kampf ein Ende; das Gerücht, das ganze jüdische Viertel würde eingeäschert werden, erfüllte die Stadt mit Schrecken. Halbwüchsige Kerle prügelten die Juden und zerstörten elende kleine jüdische Ladengeschäfte. Am Morgen dieses Tages war Müller, der Gouverneur aus Piotrkow, gekommen. Nachdem er den Fabrikanten vorgeworfen, daß sie ihn von den beabsichtigten Streiks nicht benachrichtigt und in den deutschen Meistern tätige sozialistische Agitatoren nach Lodz gebracht hätten, ging er auf den Markt, um dort zum ‚Volk‘ zu sprechen. Er wurde ausgepfiffen, und als ihm Steine um den Kopf zu fliegen begannen, hielt er es für angemessen, sich zurückzuziehen. Es folgte nach den Berichten eines Offiziers folgender Depeschenwechsel: Lodz nach Warschau: ‚Was soll geschehen?‘ Warschau nach Petersburg: ‚Was soll geschehen?‘ Petersburg nach Warschau: ‚Unablässig schießen.‘ Warschau nach Lodz: ‚Wenn innerhalb 24 Stunden die Ordnung nicht wiederhergestellt ist, so komme ich, um sie zu schaffen. Hurko.‘ ‚Ich komme nach Lodz. Medem.‘

Am Freitag wurde in der ganzen Stadt gekämpft; die Straßen zu passieren, war furchtbar. Auf die Juden wurde tatsächlich Jagd gemacht, auf die Gebildeten so gut wie auf die Zerlumpten, auf die Fußgänger so gut wie auf die Fahrenden. Bei der bekannten jüdischen Feigheit gab es noch mehr Geschrei als Ver-

wundete: beim ersten Stoß fielen die Juden um, versuchten nicht, sich zu wehren, sondern schrien, sie seien schon lange tot. Halbwüchsige Burschen jagten eine Schar flüchtender Juden vor sich her; selbst in ihren Läden, die häufig gestürmt, wenn auch nicht geplündert wurden, verteidigten sie sich nicht. All das beobachteten Soldaten und Polizisten an vielen Stellen mit großer Gemütsruhe. Ich habe selbst beobachtet, wie Gendarmen durch ihr Lachen und ihre Witze kleine Buben angestachelt haben, Juden zu verfolgen. In der Nähe der Eisenbahn hatten zwei Reihen Posto gefaßt, die jeden abreisenden oder ankommenden Juden mit Schlägen traktierten.

Furchtbar für die Zuschauer wurde der Augenblick, als gegen 10 Uhr morgens die ganze Umgegend vor der Stadt von Bauern wimmelte, die mit Stöcken, Sensen, Heugabeln aus den umliegenden Dörfern kamen und nach der Altstadt liefen, da man ihnen gesagt hatte, daß die Juden die Fenster in der Kirche zerschlagen und den Altar entweiht hatten. Jetzt verging jedem der Atem, jeder stieg aufs Dach und als er die Massen sich heranwälzen sah, zog er sich entsetzt zurück und suchte seine Familie auf, die er um seiner beruflichen Pflichten willen verlassen hatte. Das Geschrei: ‚Die Altstadt brennt! Die Soldaten geben Feuer!‘ verstärkte die allgemeine Furcht. Es waren übertriebene Gerüchte. Die Bauern sammelten sich in Scharen um die Kirche, betrachteten sie von allen Seiten und als sie sich überzeugt hatten, daß nichts geschehen war, gingen sie auseinander und wichen auch vor den Soldaten zurück, die vom Nachmittag an sich energisch an die Arbeit machten. Geschossen wurde in der Altstadt, auf der Wolczanska-Straße und an der Mühle, ich denke hier an die von Soldaten abgegebenen Schüsse, denn die Polizisten schossen ohne den geringsten Anlaß, überall, wo ihr Eifer am wenigsten nützen und dafür den größten Schaden anrichten konnte. In den größeren Fabriken schlugen die Offiziere ihr Quartier auf und stellten die weitestgehenden Ansprüche an die Fabrikanten. Soldaten, Kosaken, Polizisten wurden von den Fabrikanten üppig bewirtet. Der Kampf nahm einen immer wilderen Charakter an. Man hatte längst aufgehört die Juden zu prügeln, die Soldaten trieben die Gruppen, die sich auf den

Straßen ansammelten, auseinander. Bei anbrechender Dämmerung verkündete der Präsident der Stadt, Pieńkowski, der plötzlich seiner Muttersprache wieder mächtig war, den Belagerungszustand. Tausende von Kugeln, Bomben, sich kreuzenden Kartätschen sollten über der unglücklichen Stadt losgehen und die unglücklichen Bewohner treffen, die sich erfrechen würden, ihr Haus nach 8 Uhr abends zu verlassen. Sofort wurden alle Läden geschlossen. Wachen zogen durch die Straßen und verhafteten ohne besonderen Grund jeden, der wie ein Arbeiter aussah. Auf diese Weise wurden im Laufe von drei Tagen über 400 Menschen gefangen genommen. Die Jüngeren wurden mit Ruten geschlagen (es traf dies freilich auch gelegentlich die Älteren: der Zeitungsreporter, der die Dinge in der Nähe betrachten wollte, wurde ins Gefängnis geworfen und mit Ruten geschlagen). Die Älteren blieben im Gefängnis und wurden in zwei Kategorien eingeteilt, die einen wurden von zwei Wochen bis zu zwei Monaten eingesperrt, die anderen von zwei Monaten bis zu zwei Jahren.

Ein Teil der Arbeiter begann die Bewegung im Stich zu lassen. Einzelne hatten sich bereits am Sonnabendabend in den Fabriken gemeldet. Da sie von den Soldaten besetzt waren, mußten die Versuche der Streikenden, die Schwächeren an der Arbeit zu hindern, von vornherein mißlingen, sie endeten mit Massenverhaftungen.

Der Sonntag ging trotz drohender Gerüchte relativ ruhig vorüber, ein Teil der Soldaten wurde nach Zgierz und Pobijanic berufen, wo die Arbeiter dem Beispiel ihrer Genossen in Lodz gefolgt waren. Am Montag funktionierten die meisten Fabriken in normaler Weise, am Dienstag beinahe alle.

Bei den täglichen Konferenzen der Fabrikanten im Grand Hôtel war auch der Gouverneur Müller zugegen. Die Thronrede zu Beginn und am Schluß der Sitzung lautete stets: ‚Nur ihr selbst, ihr Dummköpfe und Lumpen, seid an allem schuld, ihr habt die kommenden Unruhen nicht vorausgesehen, habt mir zu spät Nachricht gegeben, ihr habt die Deutschen [1])

1) Unter den Deutschen in Lodz gab es auch Sozialisten, aber nicht sie hatten unter dem polnischen Proletariat gewirkt. Am Aufstand selbst nahmen sie teil.

hergezogen, die die polnischen Arbeiter mit ihren Ideen verseucht haben — so ist's.' In seinem letzten ,Resumé' verbot er, den Arbeitern irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Später könnten sie ja nachgeben, wenn sie wollten, jetzt würden die Arbeiter glauben, daß man durch einen Streik alles erreichen könne. Er empfahl sich von den Fabrikanten aufs liebenswürdigste und verlangte strikteste Befolgung seiner Wünsche.

Es ist unmöglich, die Zahl der Getöteten und Verwundeten festzustellen. Sehr viele Arbeiter und Juden wurden in die Häuser getragen. Am Sonntag trug man 14 Erschlagene aus dem Spital, später erlagen täglich etwa 3 bis 4 an den erhaltenen Wunden. Es wurde konstatiert, daß die meisten ihre Wunden im Rücken hatten, es wurde also auf Fliehende geschossen; dies ist übrigens eine besondere Spezialität der russischen Helden. Man nimmt an, daß die Zahl der Getöteten etwa 40 beträgt. Die Zahl der Verwundeten auch nur annähernd zu bestimmen, ist man nicht imstande.

Jetzt trat eine Epoche der Repressalien seitens der Regierung und eine gewisse unbestimmte Furcht bei den Fabrikanten ein. Bei der ersten Auszahlung haben sie den Streikenden die von ihnen versäumten Tage nicht abgezogen und dies eine Unterstützung genannt; einige fuhren weg, andere verließen ihre Häuser nicht. Irgend etwas schien im Anzug zu sein, doch war man sich nicht darüber klar, ob eine unmittelbare Gefahr vorlag oder Vorbereitungen für das kommende Jahr getroffen wurden. Jedenfalls dürfte ein Teil der Forderungen der Arbeiter innerhalb sehr kurzer Zeit erfüllt worden sein. Für so naiv, daß sie die erreichten Vorteile nicht sich selbst, sondern der Güte der Fabrikanten zu danken hätten, konnte nur Müller die Arbeiter halten. Dann scheint es unzweifelhaft zu sein, daß ein großer Teil der deutschen Meister, Obermeister, Direktoren usw. durch Polen ersetzt wurde. Auch die Baluten, diese Plage der Stadt, sollten verschwinden oder zum mindesten irgendeiner Aufsicht unterstehen.

All diese wahrscheinlichen oder greifbaren Vorteile, ganz unabhängig davon, ob sie erreicht wurden oder nicht, lassen sich nicht mit dem ungeheuren Gewinn vergleichen, der bleibend

ist und sehr viel dazu beiträgt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken. Etwa 60000 Menschen sind einem Losungswort gefolgt, haben fast ohne Opposition den gefaßten Beschluß durchgeführt und für ihre Überzeugung gelitten. Diese 60000 haben ihre Solidarität und Kraft gefühlt, sie haben ein Stück Geschichte geschaffen, sie hatten ihre Führer und Märtyrer. Hinter ihren alten Feinden, den Fabrikanten, haben sie einen noch größeren, noch elenderen erkannt, ‚die gemeine russische Regierung'. Dieses Samenkorn fiel weder auf Stein noch auf unfruchtbaren Boden.

Man erkennt ohne weiteres, daß fast ausschließlich Polen die führende Rolle in der Bewegung gespielt haben. Die Deutschen, die Meister sogut wie die Arbeiter, haben sich in der Hauptsache ferngehalten und in Gegenwart der Fabrikanten sogar eine gewisse Unlust zum Streik gezeigt. Das läßt sich meiner Ansicht nach leicht genug begreifen. Der deutsche Arbeiter, Meister, Direktor befindet sich, verglichen mit dem polnischen, in einer durchaus bevorzugten Lage. Demjenigen, der die polnischen Verhältnisse nicht kennt, mögen diese Worte als tendenziöse Lüge erscheinen. Tatsächlich aber ist es so. Eine polnische Arbeiterin erhält für einen 14stündigen Arbeitstag 2 bis 3 Rubel wöchentlich, der Arbeiter ungefähr das Doppelte, der Landsmann des Fabrikanten 15 bis 20 Rubel. Es ist also nicht weiter überraschend, wenn sie keine Lust zum Streik haben."

Über die Vorgänge in Lodz berichtet Drut:

„Die Bewegung in Lodz im Jahre 1892 weist dem polnischen Proletariat eine bedeutsame Stellung unter dem europäischen an und beweist, daß es vom Despotismus nicht zerbrochen wurde. . . . Die Feinde der Arbeiterbewegung waren bereit, dem Lodzer Aufstand antisemitischen Charakter zuzuschreiben. Zwar wurden Juden geprügelt und jüdische Läden geplündert, aber für diese Taten sind die im Vorort Balut lebenden Diebe verantwortlich. Jenen, die darauf bestehen, dem Lodzer Aufstand antisemitischen Charakter beizumessen, bringen wir die Worte des Staatsanwalts Grigorjew in Erinnerung, dem wohl niemand Parteilichkeit vorwerfen wird: ‚Die Maiunruhen stehen in engem

Zusammenhang mit der Arbeiterfrage, die man als die eigentliche Ursache der Bewegung anzusehen hat. Sie war ihrem Ursprung nach ausschließlich proletarisch und ging später leider in antisemitische Unruhen über!'"

Es muß hinzugefügt werden, daß selbst am Schluß die Bewegung einen nur zum Teil antisemitischen Charakter trug.

Einige Teilnehmer und Zeugen der Bewegung nehmen an, daß etwa 100000 Arbeiter in Lodz gestreikt haben.

Unter dem Volke soll es etwa 100 Tote gegeben haben. Diese Zahl heute genau zu bestimmen, ist fast unmöglich.

Die Unruhen in Lodz haben in die angrenzenden Städte und Fabriksiedlungen übergegriffen: in Pabjanice, Zgierz, Zdunska Wola wurden die gleichen Forderungen wie in Lodz aufgestellt und die Arbeit niedergelegt.

Die Arbeitseinstellung und die Unruhen haben etwa zwei Wochen gedauert.

Die Nachricht über die Vorfälle in Lodz verbreitete sich über das ganze Land und drang bis in die entferntesten Winkel.

„Nach dem 1. Mai wurden die Tischler und Schmiede in Warschau unruhig. Die Tischler beschlossen den Arbeitstag um eine Stunde zu verkürzen, nach dem Vorbild der Maurer gingen sie um 6 Uhr in die Werkstätten (die Arbeit war um 7 Uhr zu Ende) und schickten die Arbeitenden nach Hause. Später flaute die Bewegung ab, infolge örtlicher Umstände. Die Schmiede hatten die Absicht, beim Stadtpräsidenten eine Petition einzureichen und um Abstellung der unerträglichen Arbeitsbedingungen zu bitten, später kamen sie von diesem Plan ab.

Die Bergarbeiter, die furchtbar ausgenutzt wurden und unter den schwersten Bedingungen arbeiteten, wurden durch die Vorgänge in Lodz aufgerüttelt und beschlossen, sich eine bessere Lage zu erkämpfen. Am 16. Juli legen in der Steinkohlengrube ‚Graf Renard' im Dorf Sielce (Kreis Dąbrowski) 70 Arbeiter die Arbeit nieder, sie beschweren sich über die ungesetzliche Auszahlung ihres Lohnes durch einen der Steiger und fordern Zulage. Die Direktion erkennt die Klagen als begründet an, ent-

läßt jedoch 30 Arbeiter, die auf Lohnerhöhung bestehen. Am gleichen Tage haben sich in der Grube ‚Andrzej‘ im Dorf Brzeżewice etwa 50 Arbeiter, unzufrieden mit dem gleichen Steiger, nicht zur Arbeit gestellt. Am 26. Juli hat in der Grube ‚Flora‘ im Dorf Gołonoga von etwa 500 Arbeitern die Hälfte die Arbeit eingestellt, unzufrieden mit dem allzu geringen Lohn. Während dieser Streiks fanden zwei Dynamitanschläge statt, der eine im Dorf Sielce unterhalb des Direktoriatsbureaus der erwähnten Gesellschaft, der andere in Strzeżowice vor den Fenstern des Kassierers. Beide Anschläge verliefen ohne tödlichen Unfall.“ (Bericht aus der zitierten Broschüre von Drut S. 21.)

Nach den Vorfällen in Lodz gründeten einige organisierte Arbeiter eine Druckerei und veröffentlichten folgenden Aufruf:

„Arbeiter, Genossen!

Es wird euch gesagt, Gott habe die Welt erschaffen und die Menschen darauf, die gewissermaßen eine Familie bilden. Die, die das Gesetz bestimmen, sagen, wir seien vor dem Gesetz alle gleich. Kaiser, Könige und Herrscher sagen uns, sie seien durch Gottes Gnade erwählt oder auf Wunsch der Völker, um das Volk zu schützen.

Nun, sehen wir uns um! Genossen, ist all das wahr? Fragen wir uns selbst, wo ist diese Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz, diese brüderliche Liebe, wo jene Aufforderung: ‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘? Für uns gibt es keine Gerechtigkeit!

Es gibt nur eine Welt, aber viele Völker, in jedem Volke zwei Gesellschaftsschichten und in jeder Schicht zwei Klassen von Menschen, die Klasse der Reichen und die der Elenden. Die Klasse der Elenden schafft Werte, die der Reichen verzehrt sie.

Wir bestellen das Feld, wir entreißen der Erde Schätze, wir bauen Schlösser, Paläste, Maschinen, Bahnen, Gärten (aus denen uns ein elender zarischer Gendarm hinausjagt) und viele andere Dinge.

Wir wollen die Augen auftun, Genossen, sehen, was wir mit unseren Händen geschaffen, und fragen, was uns dafür als Lohn

geworden ist. — Die Antwort lautet: Zum Lohn für unser blutiges Mühen und Tun wurde uns das Joch auferlegt. Vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht arbeiten wir über alle Maßen, an sehr ungesunden Orten, der Luft, des Lichts und anderer unumgänglich notwendiger Dinge beraubt. Tausende von uns werden das Opfer ihrer Arbeit, selbst unsere Frauen und Kinder sind gezwungen, schwere Arbeit zu tun, unsere Töchter und Schwestern fallen häufig Wüstlingen zur Beute, und dabei können wir jeden Augenblick gewärtigen, in brutalster Weise herausgeworfen zu werden. . . .

Genug des Elends, der Klagen und Tränen! Wir, Arbeiter, repräsentieren die Macht, alles liegt in unserer Hand! Vereinigen wir uns kühn zum Schutz der Wahrheit!"

Dann schildert das Manifest die blutigen Vorgänge in Lodz, geht scharf gegen die Regierung vor und fährt fort:

„Wir verlangen den Achtstundentag, Lohnerhöhung, Bildungsmöglichkeiten, das Recht auf Arbeiterversammlungen — sind das denn Verbrechen? Nein! wird jeder von uns zur Antwort geben. Und warum werden wir geknutet? Warum antwortet man uns mit Kugel und Bajonett? Weil wir Gerechtigkeit fordern, werden wir von denen mit dem Bajonett traktiert, für die wir arbeiten! . . . .

Erschöpft durch übermäßige Arbeit, beladen mit Sorgen und dem Kampf ums tägliche Brot, wollen wir uns ein Beispiel an Jesus Christus nehmen, der, obgleich er unter der Last des Kreuzes zusammenbrach, dennoch bis zum Ende ausgehalten hat, im Glauben, daß der Sieg sein wäre!

Vereinigen wir uns, Brüder, kämpfen wir gemeinsam für unsere Arbeitersache! Kämpfen wir kühn und tapfer gegen Falschheit und Betrug!!!

Es lebe die Arbeitersache!

Die polnischen Sozialisten."

Dieses Manifest ist ohne Datum, das Datum ergibt sich aus dem Druckvermerk: „Gedruckt in der geheimen Warschauer Druckerei 1892."

Einer von jenen, die zu den Verfassern des Aufrufs gehört haben, gibt uns folgende Erklärung:

„Die Männer, die das Manifest erlassen haben, waren die Söhne derer, die einst im alten ‚Proletariat‘ gekämpft, und alte Bündler, die die rote Flagge gehißt hatten.

Der Name ‚Bund‘ war für viele nur das Mäntelchen, um sich vor der Gendarmerie zu schützen.

Es waren traurige Zeiten für uns Arbeiter, als die größere Mehrheit der der Intelligenz angehörenden Bündler freigelassen wurde und sich scheu in Winkeln verbarg. So sehr sich die Intelligenz vor den Verhaftungen Gefahren ausgesetzt hatte, so sehr zog sie sich nach der Gefängnisstrafe von allem zurück.“

Zu Beginn des Jahres 1892 fand ein Kriegsgericht in Warschau statt. Vorgeladen wurden Bronislas Sławinski, Dębski und Janowicz, die sich während der Verhaftung gewehrt und einen Polizeibeamten verwundet hatten.

Wie bekannt, waren Sławinski und Dębski damals glücklich ins Ausland entkommen. Sławinski begab sich 1887 nach Posen und wurde dort verhaftet. Es war die Zeit des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialisten, er wurde vor Gericht gestellt und zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Abbüßung seiner Strafe wurde er 1891 an Rußland ausgeliefert.

Die Untersuchung währte ein Jahr, dann wurde er vor ein Kriegsgericht gestellt. Strzelnikow, der Bruder des in Odessa Erschlagenen, stand an der Spitze. Sławinski wurde zum Tode verurteilt, doch das Gericht selbst empfahl ihn der Gnade des Zaren, der das Todesurteil zu lebenslänglicher Zwangsarbeit milderte.

Das war ein unerhört strenges Urteil. Sławinski war zu schwerster Arbeit verurteilt. Augenblicklich befindet er sich in der Baikal-Ansiedlung. In der Zeit zwischen Todesurteil und Begnadigung hatte er seinen Humor nicht eingebüßt.

Bald nach der Ankunft der Rigaer in Warschau vernichteten Verhaftungen die Organisation. Ein Mitglied der Rigaer Gruppe berichtet über seine Genossen:

„Sie konnten nur noch einen mächtigen Schlag planen, der den Moskauer Sbirren und ihrer schamlosen Verfolgung und Tyrannisierung von Menschen ein Ende gemacht hätte, deren ganzes Verbrechen darin bestand, daß sie ihre Mitbrüder aufklären und ihr Niveau erhöhen wollten [1]."

Auf diese Weise rechtfertigt der Verfasser des Artikels den geplanten Anschlag auf die russischen Würdenträger in der orthodoxen Kirche.

Diese Erklärung scheint uns mit der Wahrheit nicht übereinzustimmen, nicht als wenn wir glaubten, daß der Verfasser bewußt eine Unwahrheit sagt, sondern deshalb, weil er zur Zeit, als Mitglied der polnischen sozialistischen Partei, den Terrorismus anders beurteilt als um 1890—1892 und unbewußt beweisen will, daß terroristische Handlungen nur als Rache- oder Verzweiflungsakte auftreten.

Die Rigaer Gruppe hatte aber einen ausgesprochen terroristischen Charakter. Michał Zieliński, der Urheber und Ausführer des mißlungenen Anschlags, war ein absolut dezidierter Anhänger des Terrorismus. Er war, wie der erwähnte Verfasser unumschränkt zugibt, die Seele der ganzen Rigaer Gruppe, die seine Ansichten durchaus geteilt hat.

Natürlich konnten die Verhaftungen ein Anlaß mehr sein, der Zielinski und seine Genossen bewog, den Anschlag zu unternehmen, aber sie waren weder der einzige noch der Hauptanlaß. Der Verfasser schildert Zielinski folgendermaßen:

„Er hatte in der Hauptsache Beziehungen zum Heer, das uns entsprechend organisierte Soldaten gestellt hat. Durch lithographierte Publikationen hat er alle konspirativen Arbeiten erledigt und namentlich die Möglichkeit erwirkt, unsere Publikationen in großen Massen ins Ausland zu transportieren [2]; schließlich hat er eine Druckerei herbeigeschafft, sie an sicherer Stelle aufgestellt und die Genossen zu gewissenhafter Arbeit angelernt."

---

1) „Morgendämmerung" 1891, Nr. 11, S. 424.

2) Das damalige „Proletariat" hat jedoch auf die große Verbreitung der Schriften keinen besonderen Nachdruck gelegt.

Zielinski war ein außergewöhnlich energischer Mensch und hat seine ganze Umgebung angespornt.

Er faßte den Plan, die orthodoxe Kirche in der Langen Straße in die Luft zu sprengen, im Augenblick, da die russischen Würdenträger dort versammelt waren.

„Ehe man zu den Vorbereitungen schritt, schloß man einen ganz engen Kreis unmittelbar Interessierter zusammen und brach mit allen anderen", erzählt der bereits zitierte Verfasser der Erinnerungen, „um die Zahl der Opfer auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Nach einiger Zeit, als ein Liter reinen Nitroglyzerins vorhanden war, schickte man sich an, Versuche zu machen. Man fuhr zu diesem Zwecke im Boot nach Bielana und dort im Wäldchen, in der Nähe des Soldatenlagers, als die Musik einen sinnlosen Hymnus auf die Bedrücker intonierte, wurde als Schlußeffekt so laut geschossen, daß auch zehn auf einmal abgebrannte Kanonen keine solche Wirkung hätten erzielen können. Zielinski, der unbedingt mit eigenen Augen der furchtbaren Waffe, die er später benutzen sollte, zusehen wollte, kauerte sich 20 Schritte von der angebrannten Lunte nieder und wartete ruhig auf die Eruption. Im nächsten Augenblick sah man ein Loch in der Erde und entwurzeltes Gras, und alle Pflanzen waren unmittelbar am Boden abgeschnitten. Die Freude über das Gelingen war groß; sofort wurden alle deutlicheren Spuren vertilgt und im Kahn mitten auf die Weichsel gesteuert.

Infolge ihrer anfänglichen Beziehungen zu den Warschauer Genossen, die bereits beobachtet und später verhaftet wurden, hatten die Rigaer eine ganze Schar von Spionen hinter sich, die ihre Wohnung keinen Augenblick mehr verließen. Man erwartete jeden Augenblick neue Verhaftungen und hoffte nur, daß diese sich etwas verzögern würden und sie vorher ihr Werk tun könnten. Nicht ohne Einfluß auf die Ausführung des Planes war die immer zudringlichere Verfolgung der Spitzel. Aus Furcht, daß man alle geplanten Entschlüsse fallen lassen müßte, opferte man einen Teil.

Am 2. Oktober ging Michał Zielinski allein, ohne jegliche Hilfe, und nicht so, wie er selbst gewünscht hatte, fort, um den

Anschlag auszuführen. Er fand dabei seinen Tod. Das war unvermeidlich. Er hatte noch eine zweite Bombe bei sich, die für ihn selbst bestimmt war, um seine Spur zu vernichten."

Zielinski ging in die orthodoxe Kirche in der Miodower Straße, wurde aber sofort verhaftet. Als man ihn in den Wagen setzte, vergiftete er sich.

Ein panischer Schrecken ergriff Hurko, die Gendarmerie und die gesamte russische Regierung in Warschau. Energische Untersuchungen wurden eingeleitet, die jedoch fast resultatlos verliefen. Schließlich wurde ein Arbeiter Bańkiewicz und noch einige andere Personen verhaftet.

In Warschau wurde seit dem Beginn des Jahres 1892 in den Kreisen der Arbeiter und der Intelligenz lebhaft über die nationale Frage und ihre Berücksichtigung im sozialistischen Programm diskutiert.

Aus dem Ausland wurde nach Warschau Zborowicz' (Stanislaw Grabski) Broschüre gebracht: „Ein Nachtrag zum Programm der polnischen Sozialdemokraten" (in polnischer Sprache), in der der Verfasser energisch betonte, daß die polnische Arbeiterklasse für die Unabhängigkeit Polens eintreten müsse. Zborowicz (Grabski) ging von der Erwägung aus, daß die Struktur der polnischen Gesellschaft infolge ihrer höheren wirtschaftlichen Entwicklung für die Arbeiterklasse und den Sozialismus günstiger sei als die der russischen; infolgedessen könne die Eroberung politischer Freiheiten und sozialer Reformen auf dem Gebiet des unabhängigen Polens schneller und leichter vor sich gehen als in Rußland, um so mehr, als revolutionäre Traditionen in der polnischen Gesellschaft und ihr höheres kulturelles Niveau in gleicher Weise wirken würden. Der Verfasser weist ferner darauf hin, daß selbst eine konstitutionelle Verfassung in Rußland den nationalen Druck nicht mildern würde. Aus all diesen Gründen müsse man die nationale Unabhängigkeit anstreben. Zborowicz-Grabski berührt auch die Frage der ökonomischen Abhängigkeit Polens von Rußland, indem er gegen Leo Winiawski polemisiert, der diese Frage in der „Neuen Zeit" behandelt

hat, in ähnlicher Weise wie später Rosa Luxemburg auf diese Dinge eingegangen ist. Der Verfasser weist nach, daß die russische Industrie einige Bedingungen besitzt, die ihr die Möglichkeit sichern, das Übergewicht über die polnische zu erlangen, z. B. billigeres Roh- und Heizmaterial und billigere Arbeitslöhne; ferner werden die Politik der russischen Regierung und der wachsende Einfluß der Bourgeoisie die russische Industrie immer mehr fördern und damit die polnische schädigen; die polnische Industrie könnte das, was sie einbüßt, wenn ihr die russischen Märkte verschlossen bleiben, auf den litauischen und galizischen Märkten wieder wettmachen; außerdem ist der polnische innere Markt sehr aufnahmefähig und wird heute von der fremden Industrie ausgenutzt.

Zborowicz-Grabski glaubt, die Unabhängigkeit Polens ließe sich verwirklichen, da Rußland infolge der revolutionären Bewegung und der finanziellen Krise geschwächt ist. Dazu gesellt sich die Gefahr eines Krieges mit dem Dreibund. Eine russische Konstitution wäre doch nur eine halbe Sache, die Polen müssen eine demokratische Republik anstreben.

In taktischer Beziehung empfiehlt er eine breite Massenagitation mit Hilfe von Publikationen und Aufrufen.

Als unabhängiges Polen scheint, wie aus einer der oben angeführten Bemerkungen hervorgeht, dem Verfasser ein Reich vorzuschweben, das aus dem Königreich Polen, Litauen und Galizien besteht. Bei der Formulierung dieses Programmes ist sich Zborowicz-Grabski über die Schwierigkeiten in der praktischen Durchführung nicht genügend klar geworden; er hat auch keinen Versuch gemacht, zu begründen, wie Litauen von Rußland abgetrennt werden könnte, wir wissen auch nicht genau, wie er sich die Eroberung oder richtiger den Anschluß Galiziens gedacht hat.

Zborowicz-Grabskis Broschüre hat im Gesamtumfang jene neuen programmatisch-taktischen Ansichten gebracht, die zuerst nur ganz lose skizziert, dann immer deutlicher umrissen in Mendelsons Artikeln in „Morgendämmerung" von Ende 1891 bis in die erste Hälfte von 1892 zutage traten.

Diese neuen Gedanken sind in einer Reihe von Artikeln

aufgetaucht: „Aus Rußland“, „Von der russischen Krise“, „Von der Teilung Rußlands“ usw.

In all diesen Artikeln zeigt sich in verstreuten Bemerkungen sehr deutlich ein Pessimismus gegenüber der gesamten revolutionären Bewegung in Rußland. Die Publizisten von „Morgendämmerung“, besonders Mendelson, betonen mehrfach: solange die russischen Sozialisten den russischen Staat zerstören wollten, konnten die Polen mit ihnen gemeinsame Sache machen, sobald sie jedoch eine Aktion in Rußland beginnen mit der Absicht, das russische Reich umzugestalten, müssen die Polen ihren eigenen Weg gehen, der sich von dem der russischen Revolutionäre unterscheiden wird. Die Perspektive der kommenden Konstitution in Rußland macht „Morgendämmerung“ viel Sorge, sie rechnet von vornherein damit, daß sie schlecht sein werde; schließlich taucht in den Spalten der Zeitschrift der Gedanke an eine Teilung Rußlands auf. Dieser Gedanke wird jedoch nicht präzisiert.

Bebels Rede im Deutschen Reichstag gegen Rußland erweckt in Mendelson die Hoffnung, daß es zu einem Krieg zwischen Westen und Osten kommen werde. Der Publizist verwirft seine früheren stark radikal slawophil gefärbten Ansichten und wird zum Gegner Rußlands, das ihm als Herd der allgemein-europäischen Reaktion erscheint.

Das Wachsen der polnischen revolutionären Bewegung, verglichen mit dem Stillstand innerhalb der russischen, hat unter den polnischen sozialistischen Publizisten einen übertriebenen Optimismus bezüglich der revolutionären Kräfte innerhalb der polnischen Gesellschaft geweckt, und anderseits einen übertriebenen Pessimismus, soweit Rußland und seine fortschrittlichen und revolutionären Elemente in Frage kamen.

„Morgendämmerung“ betont im Jahre 1892 immer wieder, die Sozialisten müßten sich einheitlich organisieren und alle revolutionären Elemente in Polen, auch wenn sie verschiedenen Lagern angehören, sich fest zusammenschließen usw.

1892 erschien Mendelsons Broschüre „Einige Bemerkungen“[1].

---

1) „Kilka uwag“ (in polnischer Sprache) von Marjan A. (unter dem Pseudonym „Scyzoryk“ — Federmesser) herausgegeben.

Res bespricht diese Broschüre in seiner „Geschichte" sehr ausführlich. Sie ist der Ausdruck des neuen, von Mendelson in „Morgendämmerung" eingeschlagenen Kurses; deutlich spricht daraus die Notwendigkeit, Polens Unabhängigkeit anzustreben und die getrennten Provinzen zu vereinigen. Der Verfasser stellt die Frage, ob die zerrissenen Teile Polens sich zusammenschließen lassen oder nicht. Eine konkrete Antwort, gestützt auf eine Analyse der bestehenden Verhältnisse und Tendenzen, gibt er nicht. Er erklärt nur, die Sozialisten müßten das polnische Proletariat in allen Teilen Polens beschützen. Über Rußland wird sehr pessimistisch geurteilt. Auch taktische Fragen werden besprochen und der Terrorismus behandelt, der dem Verfasser jedoch nur als desorganisierender feindlicher Faktor erscheint. . . .

In den damaligen polnischen sozialistischen Broschüren und Artikeln, die für die Unabhängigkeit Polens eintreten, taucht immer wieder der Gedanke auf, klar oder weniger klar ausgesprochen, daß Europa sich am Vorabend großer internationaler Krisen befinde, am Vorabend von Kriegen, die die Grenzen der einzelnen Länder verschieben werden. Liest man diese Artikel heute, so wundert man sich, wie man auf diese Annahmen kam. Ihren Ursprung muß man wohl in den Gefühlen jener polnischen Publizisten aus dem sozialistischen Lager suchen, die die Entwicklung der revolutionären Kraft im eigenen Lande beobachteten und seine Befreiung aufrichtigst herbeisehnten; anderseits vermochten sie die materiellen Kräfte der Feinde nicht zu beurteilen und haben die Nachrichten über den Antagonismus der verschiedenen Länder überschätzt; sie waren gern bereit zu glauben, daß sich schließlich einige Mächte untereinander messen und die Polen dann ihre Unabhängigkeit erkämpfen würden.

Die Lodzer Maiunruhen im Jahre 1892 haben durch ihren Umfang auf die Phantasie einer Reihe polnischer Sozialisten gewirkt und sie in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen bestärkt. Diese Vorfälle waren sicherlich von allergrößter Bedeutung. Doch galt es, sich vor Überschätzung zu hüten. Eine starke Massenbewegung hatte damit in Lodz erst begonnen, sie war der Ausfluß einer erwachenden elementaren Gewalt, die sich dank viel-

fältiger Ursachen offenbarte. In Warschau, wo die Bewegung tiefer und breiter war, hatte sich nichts Derartiges gezeigt. Man durfte also die Lodzer Bewegung nicht als Beweis der politischen Reife der Massen betrachten. Anderseits war es für nüchterner Denkende klar, daß selbst, wenn diese Bewegung der Ausfluß einer bewußten und organisierten sozialistisch-revolutionären Aktion wäre, und diese Bewegung sich im ganzen Land ausbreiten würde, ihre Kraft immer nicht stark genug wäre, um das Königreich Polen von Rußland abzutrennen.

Ende 1892 gab es in Paris eine Zusammenkunft einer gewissen Gruppe polnischer Sozialisten; dies wurde der Ausgangspunkt einer neuen Epoche in der Geschichte der polnischen sozialistischen Bewegung.

Die Beratungen begannen am 21. November. 18 Personen waren zugegen, die früher den verschiedensten Gruppen angehört hatten. Die „Proletarier" waren am zahlreichsten vertreten (zugegen waren die bedeutendsten Emigranten, die dem alten und neuen „Proletariat" angehörten), ferner waren einige Vertreter von „Zusammenschluß", ein Bündler und einige sozialistische Patrioten aus der „National-sozialistischen Gemeinde" anwesend. Die Mitglieder des Kongresses waren nicht offizielle Delegierte ihrer Gruppen, sondern vertraten nur sich selbst; nur die „National-sozialistische Gemeinde" hatte ihre offiziellen Vertreter. Res nennt in seiner „Geschichte" als Teilnehmer dieses denkwürdigen Kongresses: Stanislas Mendelson, Marya Jankowska-Mendelson, Witold Jodko, Boleslas Jędrzejowski, Felix Perl, Alexander Sułkiewicz und W. G. vom „Proletariat"; Stanislas Grabski, einen Bündler; Jan Stróżecki, E. A., S. W., S. T. von „Zusammenschluß"; Dr. R. J. L. und Marya Scheliga aus der „National-sozialistischen Gemeinde", Boleslas Limanowski und W. P., einen Berliner Studenten, der gar keiner Organisation angehörte. Zum Führer wurde einstimmig Boleslas Limanowski gewählt.

Der tatsächliche Leiter des Kongresses war Mendelson, der darauf bedacht war, durch Konzessionen eine allgemeine Verständigung zu erzielen. Grundsätzliche programmatische Unter-

schiede gab es unter den einzelnen nicht. Es waren nämlich nur die eingeladen worden, die dem Unabhängigkeitsprogramm zustimmten. Die Gruppe der „Sozialistischen Revue“ hatte abgelehnt, zum Kongreß zu kommen, aus grundsätzlichen, aber nicht programmatischen Gründen. Ihr Mitglied Limanowski nahm als Privatmann am Kongreß teil. Der Kongreß beschloß eine Reihe programmatischer Punkte; die Ausarbeitung des grundlegenden Einleitungsprogrammes wurde jedoch einer auf dem Kongreß neubegründeten Organisation anvertraut, dem „Auswärtigen Bund polnischer Sozialisten“. Diese Einleitung wurde später von Mendelson verfaßt und zusammen mit dem Programm 1893 in Nr. 5 der „Morgendämmerung“ veröffentlicht.

In politischer Beziehung forderte das neue Programm:

Eine selbständige demokratische Republik, jedenfalls eine polnische, wenn das auch nicht direkt gesagt wurde. Die Grenzen dieses demokratischen und republikanischen Polens wurden vom Programm nicht fixiert. Auf die verschiedenen Punkte des Programms werde ich später ausführlich eingehen, wenn vom Aufstand im Bereich der polnischen sozialdemokratischen Partei die Rede sein wird. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, daß der Pariser Kongreß die Forderung der Unabhängigkeit Polens in das sozialistische Programm aufgenommen hat, da er sie für die politischen Bestrebungen des polnischen Proletariats als notwendig angesehen hat. Die Umgestaltung der politischen Zustände in Rußland wurde aus dem Programm gestrichen, das im übrigen ein treues Abbild der oben erwähnten Tendenzen war.

Zum neuen Programm haben sich nicht alle polnischen Sozialisten bekannt, unstreitig aber die meisten, und unter denen, die sich auf freiem Fuß befunden haben, haben die bedeutendsten nicht gefehlt.

Die Evolution im Programm der polnischen Sozialisten war in ihrer Berücksichtigung der nationalen Bedürfnisse der polnischen Proletarier eine historische Notwendigkeit und eine prominente Erscheinung in der Geschichte der sozialistischen Bewegung. Jede soziale Klasse, also auch das Proletariat, entsteht, lebt und entwickelt sich im Schoße eines Volkes, das

seine eigene Kultur besitzt, die einerseits der Ausdruck seines Lebens ist und anderseits seine Bedürfnisse befriedigt. Eine Nation bildet, auch wenn sie aus verschiedenen sozialen Schichten besteht, die viele widersprechende Interessen haben, eine geschlossene Einheit, die innerhalb eines bestimmten Umkreises gemeinsame Interessen, eine gemeinsame Kultur hat. Die Arbeiterklasse kann und darf nicht künstlich aus ihrem Volk herausgerissen werden.

Das internationale Proletariat besitzt unstreitig eine Menge gemeinsamer ökonomischer, politischer und kultureller Interessen. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß das Proletariat jeder einzelnen Nation auch seine Sonderinteressen hat, die es verteidigen muß. Man darf auch nicht vergessen, daß die konkreten Interessen der Arbeiterklasse eines Volkes sich nicht immer auf leichte und einfache Weise mit den Interessen des Proletariats anderer Völker und Länder in Einklang bringen lassen.

Anderseits ist die Auffassung der Interessen an sich relativ. Es kann geben und es gibt nähere und fernere, allgemeine und besondere Interessen, die sich untereinander nicht immer vereinbaren lassen.

Wenn das Proletariat eines wenig kultivierten Landes in ein sehr kultiviertes Land auswandert, dort Beschäftigung findet, mehr als in seinem eigenen Lande verdient, aber die Löhne der höherstehenden Arbeiter herunterdrückt, so handelt es sicherlich nicht im Interesse der Arbeiterklasse des kultivierten Landes. Ich weiß, darauf läßt sich erwidern, daß eine gute Organisation der Arbeiterklasse in beiden Ländern den Interessenkonflikt der beiden Arbeiterklassen umgehen kann. Nicht immer läßt sich jedoch eine hohe Organisationsstufe gleichzeitig in zwei oder mehr Ländern erreichen.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. An der industriellen Entwicklung eines Landes sind alle seine Bewohner, auch die Arbeiter, wenn auch in ungleichem Maße, beteiligt. Anderseits ist es für das Proletariat eines ökonomisch schwach entwickelten Landes wünschenswert, eine starke örtliche Industrie zu begründen, was wieder den industriellen Absatzmarkt eines anderen Landes, das seine Erzeugnisse dorthin exportiert, schwächt. Und diese

Lahmlegung ist für die Proletarier eben dieses Landes nicht günstig.

Sicherlich könnte der absolute Triumph der sozialistischen Ideale diese Widersprüche ausgleichen, aber davon sind wir noch weit entfernt. Nimmt man die Dinge, wie sie sind, so muß man damit rechnen, daß es neben den internationalen Klasseninteressen des Proletariats auch nationale gibt.

Beispiele, die den oben erwähnten gleichen, könnte ich noch beliebig anführen. Doch genügen die genannten. Jedes Volk, das seine Kräfte entwickeln will, muß sich die Fülle vorhandener Gesetze zunutze machen, darunter stehen die nationalen Gesetze an erster Stelle. Eine volle Garantie für diese Gesetze gibt nur der eigne Staat oder dessen Verträge in Form weitgehender autonomer Institutionen. Das Proletariat braucht diese Gesetze genau so gut wie alle anderen sozialen Klassen; ja ich könnte sagen, daß es sie in höherem Maße als jene braucht. Der reiche Industrielle oder Aristokrat kann auf öffentliche Schulen, in denen die Muttersprache gelehrt wird, verzichten. Er kann seine Kinder privatim unterrichten und ihnen die Kenntnis der Muttersprache sowie fremder Sprachen beibringen lassen. Der Proletarier, der Bauer, der Kleinbürger oder der geistige Arbeiter mit geringem Einkommen befinden sich in einer ganz anderen Lage.

Die freie nationale Entwicklung beruht aber nicht nur auf der Möglichkeit, die Muttersprache in der Schule und in anderen öffentlichen Institutionen zu gebrauchen.

Jeder Staat nützt die seit Jahrhunderten aufgehäuften objektivierten sozialen Kräfte in Form von Naturalgütern, von Vorräten angesammelter Arbeit, von Institutionen, Gesetzen usw. Völker, die ihres nationalen Seins beraubt sind, sind auch all dieser materiellen und moralischen Reichtümer beraubt und unterstehen infolgedessen ungünstigeren Lebensbedingungen. Völker, die keinen Staat haben, ja nicht einmal eine weitgehende Autonomie, werden materiell und moralisch von ihren Bedrückern ausgenutzt. Gehen wir von diesen allgemeinen Erwägungen zum polnischen Volk über, so überzeugen wir uns, daß dieses Volk sich in einer besonders schwierigen Lage befindet; da es keinen

eigenen Staat hat, wird es ausgebeutet und kann sich nicht normal entwickeln, abgesehen von Galizien, das eine wahre, auf sicheren Grundlagen beruhende Autonomie besitzt.

Die polnische sozialistische Bewegung mußte, als sie eine gewisse Entwicklungsstufe erreicht und breite Massen umfaßt hatte, einen nationalen Charakter annehmen. Das nationale Programm der polnischen Sozialisten konnte jedoch in verschiedener Weise ausgestaltet werden. Es fragt sich jetzt, ob es ein glücklicher Einfall war, die Forderung der Unabhängigkeit Polens an erste Stelle zu rücken.

Um diese Frage zu beantworten, muß man eine andere stellen: Welches ist die Aufgabe eines politischen Programms?

Ein Programm muß eine allgemeine Richtschnur enthalten. Ein Programm muß, um seine Rolle zu erfüllen, eng umschrieben sein, gleichzeitig aber biegsam genug, um bei den verschiedensten Möglichkeiten, die sich aus den vorhandenen Entwicklungstendenzen ergeben können, nicht zu versagen.

Das polnische Proletariat muß unbedingt nach folgendem streben: 1. Polen muß das Maximum politischer Unabhängigkeit gesichert werden. 2. Das ganze polnische Gebiet muß wieder zu einer Einheit zusammengeschlossen werden. Ihre völlige Verwirklichung können diese Forderungen nur in einem unabhängigen demokratischen oder republikanischen polnischen Staat finden.

Folgende Fragen steigen jedoch auf: Sind die Entwicklungstendenzen des heutigen Europas derart, daß das Entstehen eines derartigen Staates mit absoluter Notwendigkeit daraus folgt?

Oder, wenn dem nicht so ist: Ist sein Entstehen zum mindesten sehr wahrscheinlich? Hat das polnische Volk in sich Kraft genug, um, trotz der verschiedensten, ungewöhnlich ungünstigen Umstände, einen unabhängigen Staat zu erkämpfen?

All diese Fragen müssen leider mit nein beantwortet werden. Tatsächlich sehen wir keinerlei Notwendigkeit in der sozialwirtschaftlichen und politischen Entwicklung Europas, die das Entstehen eines unabhängigen polnischen Staates bedingen würde, eines Staates, der sich aus den rein polnischen Gebieten, die

unter drei mächtige Monarchien aufgeteilt wurden, zusammensetzen würde. Ja die Verwirklichung dieses Planes erscheint uns nicht einmal sehr wahrscheinlich. Selbst wenn wir uns vorstellen, daß infolge verschiedener Umstände das Königreich Polen von Rußland abgetrennt wird, so bedeutet dies noch nicht die Unabhängigkeit Polens. Das kleine Königreich wäre nicht tatsächlich unabhängig. Aber selbst eine derartig beschnittene Unabhängigkeit zu realisieren, wäre sehr schwer. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Polen allein nicht stark genug sind, um ihr eignes Reich wieder aufzubauen. Die Disproportion ihrer Kräfte im Verhältnis zu Rußland liegt auf der Hand. Natürlich sind verschiedene Kombinationen möglich, z. B. gewaltsame Abtrennung. All das kann, aber muß nicht eintreten.

Polens Unabhängigkeit ist nur eine der Möglichkeiten, und das nicht einmal die wahrscheinlichste, um den polnisch-russischen Antagonismus zu brechen, eine der Möglichkeiten in der Entwicklung der sozialpolitischen Krise des Zarenreiches.

Ein politisches Programm, das sich ganz und gar auf eine der vielen Möglichkeiten stützt, ein Programm, das unter den vielen Möglichkeiten durchaus nicht die wahrscheinlichste wählt, ist seiner Natur nach falsch.

Nach dem normalen Verlauf der Dinge mußte und muß Rußland in seiner wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung zu einer politischen Umgestaltung kommen. Dieser Wechsel kann relativ spät eintreffen, er kann das Ergebnis von mehr als einer Revolution sein oder aus einer Reihe freiheitlicher Umgestaltungen resultieren, die unter dem Einfluß einer von unten wirksamen Aktion stehen; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Wechsel notwendig war und ist. Wir können uns davon überzeugen, daß es sich tatsächlich so verhält, wenn wir die Entwicklung verschiedener Staaten vergleichend überschauen.

Aber wir haben keine Sicherheit, daß Rußland zerfallen oder gar das Königreich Polen und Litauen einbüßen wird, wie Grabski es sich vorstellt.

Ein rationelles Parteiprogramm muß als Ausgangspunkt für seine politischen Forderungen den sichersten Prozeß wählen und auf dieser Grundlage weitere politische Forderungen stellen. Das

weniger Sichere und schwieriger zu Verwirklichende hat eine nur hypothetische Bedeutung. Forderungen, die aus diesen Möglichkeiten resultieren, müssen einen bedingten Charakter tragen, auch wenn sie noch so erstrebens- und wünschenswert erscheinen.

Das politische Programm der polnischen Sozialisten im Königreich Polen muß sich auf ganz sichere, absolut notwendige Entwicklungstendenzen des russischen Staates stützen, auf konstitutionelle Tendenzen. Es muß in erster Reihe politische Forderungen innerhalb der Grenzen des russischen Staates enthalten, die im Bereich des russischen Konstitutionalismus liegen; das Postulat der Unabhängigkeit Polens dagegen, als von tausend nicht vorherzusehenden Umständen abhängig, kann der Natur der Dinge nach nur bedingungsweise aufgestellt werden, je nachdem, ob am Horizont der Weltgeschichte eine Gruppierung der internationalen Kräfte stattfindet, die seine Realisierung ermöglichen.

Das polnische Programm, das auf dem Sozialistenkongreß in Paris angenommen wurde, hat sich, wie wir gesehen haben, nur auf eine Möglichkeit gestützt, indem es andere wahrscheinlichere ausgeschlossen hat. Es wäre richtiger gewesen, an erste Stelle möglichst weitgefaßte konstitutionell-autonomische Forderungen zu rücken, auf Grundlage der rechtlich-staatlichen, konstitutionell-dezentralistischen Umgestaltungen in Rußland. Zu diesen Forderungen könnte man Vorbehalte bezüglich der Forderung der Unabhängigkeit machen.

Wie wir sehen werden, hat die falsche Formulierung dieser Fragen später verhängnisvolle Folgen in der Arbeiterbewegung gehabt.

Die Entwicklung der polnischen sozialistischen Bewegung im Königreich Polen war von ungeheurer Bedeutung nicht allein für die Arbeiterklasse, sondern für das gesamte polnische Volk. Sie hat neue soziale Kräfte geweckt, die im Kampf um das Recht, den ein großer Teil des Volkes kämpfte, von ungeheurem Einfluß sein konnten. Zu Beginn begriffen die Patrioten die Bedeutung dieser Bewegung für die polnische Sache, und kein anderer als Dmowski hat dies ausdrücklich in einer Broschüre

im Jahre 1892 betont; leider ist sie mir augenblicklich nicht zur Hand, da sie eine bibliographische Seltenheit ist. Erst als die polnischen Patrioten zu Nationalisten geworden waren, haben sie, ohne Ausnahme, die sozialistische Bewegung sehr abfällig beurteilt.

Während der Entwicklung der sozialistischen Bewegung hat die polnische Gesellschaft bedeutende Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten gemacht. Sie begann namentlich klarer in die Zukunft zu sehen, mit ihren eigenen Kräften zu rechnen und erfaßte auch die kulturell-nationale Aufgabe in den sozialen Niederungen, auf dem Lande und in den Städten intensiver und weiter. Auch Literatur und Kunst haben einen großen Aufschwung erfahren. Selbst auf dem Gebiet des Wissens wurden unter den schwierigsten Bedingungen, wenn auch nicht sehr schnelle, so doch beständige Fortschritte gemacht. All diese Strömungen waren nicht ohne Einfluß auf die Gesellschaft im Königreich Polen.

Als Massenbewegung war die polnische sozialistische Bewegung die erste in ganz Rußland, sie war der russischen, jüdischen, litauischen, grusinischen und anderen vorausgegangen. Sie war für all die anderen von großer Bedeutung, da sie vorbildlich wirkte. Ihr Einfluß auf die jüdische Bewegung in Rußland war stark und unmittelbar (besonders der Einfluß des „Bundes der polnischen Sozialisten“); auf die russische etwas geringer und zum Teil nur mittelbar (durch die jüdische Bewegung vermittelt). Es war kein theoretischer, sondern ein praktischer Einfluß. Im Bereich der Theorie standen, wie wir gesehen haben, die polnischen Sozialisten gelegentlich unter dem Einfluß der russischen, während die Polen auf dem Gebiet praktischer Arbeit absolut eigene Wege gingen und die Russen, wenigstens bis in die letzte Zeit vor der Revolution, viel bei ihnen gelernt haben.

Die polnische sozialistische Bewegung, die sich auf einem ihr freundlichen sozialkulturellen Terrain entwickelt hat, da die soziale Struktur und die revolutionären Traditionen der Gesellschaft auf einem höheren Niveau als in Rußland standen, fand von vornherein eine gewisse Grundlage, indem sie sich auf eine

lebhafte, empfängliche und energische Arbeiterklasse stützte. In relativ kurzer Zeit, in wesentlich kürzerer als in Rußland, erreichte sie größere Resultate. Die polnische Bewegung begann zwischen 1876 und 1877 und erreichte im Verlauf von fünfzehn Jahren einen bedeutenden Umfang, indem sie gleichzeitig politisch und Massenbewegung wurde. In Rußland begannen die ersten Versuche der Revolutionäre unter den Arbeitern zwischen 1866 und 1870, die Massenbewegung politischen Charakters unter den Arbeitern setzte jedoch erst dreißig Jahre später ein.

Die polnische sozialistische Bewegung hat keine interessante Spezialliteratur erzeugt wie die russische, sie hat auch nicht wie diese auf die Phantasie gewirkt, im allgemeinen stand sie jedoch in sozialpolitischer Beziehung tiefer. Theoretisch weniger einseitig hat sie mehr mit dem Leben gerechnet und sich in stärkerem Maße als die russische von der Erfahrung leiten lassen. Sie bewies auch eine größere Leichtigkeit als die russische, sich gegebenen Verhältnissen anzupassen. Die russische Bewegung hat mehr bedeutende Persönlichkeiten als die polnische erzeugt, die polnische einen stärkeren Einfluß auf die Massen gehabt.

Aus der Geschichte der russischen und polnischen sozialistischen Bewegung sehen wir, daß die Ideologie der einen und anderen weder bloßer Abklatsch, noch eine Idealisierung der bestehenden Verhältnisse war, sondern daß sie, abhängig von auswärtigem Einfluß und unter gefühlsmäßigen Regungen der Führer stehend, sich kompliziert und in einer Weise gefärbt hat, die sie eine Zeit hindurch der Wirklichkeit zu sehr entfremdet hat; dadurch wurde der Zugang zu ihr erschwert, was gelegentlich unheilvolle praktische Folgen hatte. Die Ideologie, die sich aus den gegebenen sozialen Verhältnissen entwickelt, macht sich unter dem Einfluß verschiedener Faktoren häufig innerhalb eines bestimmten Bereiches von ihnen unabhängig und reagiert ihrerseits auf sie.

Fünftes Kapitel.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in Rußland im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts.

I.

Finn-Jenotajewskij, einer der bedeutendsten lebenden Forscher der ökonomischen Entwicklung Rußlands, weist [1]) mit Recht darauf hin, daß im wirtschaftlichen Leben nach der Bauernreform zwei scharf voneinander gesonderte Strömungen deutlich zu unterscheiden sind: die erste zeigt sich auf dem Lande, im Verfall des bäuerlichen Wohlstandes und im geringeren Ertrag der Felder, die zweite in der mächtigen und schnellen Entwicklung der Großindustrie in ihren höchsten technisch-ökonomischen Formen, in der Entwicklung der Städte usw. Diese beiden Strömungen repräsentieren gewissermaßen zwei verschiedene Länder, die sich durch Reichtum, Kultur und Lebensführung voneinander unterscheiden.

Dieser Gegensatz zwischen dem armen, dem Untergang geweihten, ackerbautreibenden Rußland und dem reichen, lebendigen, schöpferischen, industriellen Rußland hat im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nach der großen Hungersnot im Jahre 1891 besonders scharfe Formen angenommen.

Von 1893 an ist Rußland der Schauplatz einer vorher ungeahnten industriellen Entwicklung, die sowohl von den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen in Europa als von den besonderen in Rußland abhängig ist.

---

1) „Sowremiennoje hoziajstwo w Rossii“ (Die augenblickliche wirtschaftliche Lage in Rußland), S. 128—129. Petersburg 1911 (in russischer Sprache).

Die Konversion der Staatsschulden, die in verschiedenen europäischen Staaten zwischen 1890 und 1893, in den Jahren des ökonomischen Stillstandes, durchgeführt wurde, hat bedeutende Kapitalien zu industriellen Unternehmungen gedrängt. In Rußland selbst kamen nach den Jahren der Mißernte außerordentlich fruchtbare Jahre, von 1893 bis 1896 war der Ernteertrag wesentlich größer als in früheren Durchschnittsjahren. Dieser Umstand hat die Ausdehnung des inneren Marktes für den russischen Handel günstig beeinflußt. Rußlands günstige Lage in internationaler Beziehung, namentlich seine Annäherung an Frankreich, hat fremde Kapitalisten ermutigt, am wirtschaftlichen Leben des Zarenreiches immer regeren Anteil zu nehmen. Wittes Finanzreform, die in der Einführung der Goldvaluta bestand, hat Rußlands finanzielle Grundlage und sein Ansehen im Ausland wesentlich gekräftigt. Die Anlage zahlreicher und bedeutender Eisenbahnlinien, besonders der sibirischen Bahn, die Erhöhung der Zolltarife im Jahre 1891, die die Konkurrenz fremder Waren mit russischen unmöglich gemacht haben, haben zum Aufschwung der russischen Industrie beigetragen. Dieser Aufschwung war auf die weitere Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse von großem Einfluß. All die oben genannten Erscheinungen stehen untereinander in engstem Zusammenhang und haben Rußland in kapitalistischer Beziehung schnell umgestaltet.

Russische Schriftsteller und Publizisten haben in ihren Arbeiten über die freiheitliche und revolutionäre Bewegung die Einzelheiten detailliert geschildert, indem sie auf alle Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, die eingetretenen Veränderungen im Gebiet des Groß- und Klein-, Innen- und Außenhandels, des Ackerbaus, des Transports, der Landesfinanzen usw. ausführlich eingegangen sind. Infolgedessen ist eine interessante, ausführliche und lehrreiche Literatur über diesen Gegenstand entstanden.

Ich habe hier durchaus nicht die Absicht, ihre Bedeutung in Frage zu stellen. Erwähnen jedoch muß ich, daß die Fülle der zusammengetragenen Tatsachen mit dem Verlauf der revolutionären Aktion in einem nur mechanischen Zusammenhang

steht. Infolgedessen halte ich es nicht für notwendig, mich mit diesem ganzen Material auseinanderzusetzen, das gewissermaßen die Grundlage eines materialistischen Erfassens der russischen Revolution ist. Aus der großen Masse von Tatsachen werde ich nur die allgemeinen Tendenzen des wirtschaftlichen Lebens in Rußland berücksichtigen, auf deren Grundlage sozialpolitische Strömungen entstanden sind und sich weiter entwickelt haben. Alle jene aber werde ich übergehen, die, wenn auch für die Details des wirtschaftlichen Lebens sehr aufschlußreich, keinen sichtbaren Einfluß auf den Charakter der freiheitlichen und revolutionären Bewegung hatten. Man muß unbedingt eine gewisse Proportion wahren zwischen der allgemeinen ökonomischen Grundlage und der Schilderung der sozialpolitischen Bewegung — dem Hauptinhalt dieser Arbeit —, die in ihren Einzelheiten von einer Fülle besonderer Umstände abhängt, die häufig mit dem wirtschaftlichen Leben in nur losem Zusammenhang stehen und die gewöhnlich von den Historikern und Publizisten materialistischer Observanz übergangen werden.

Im Jahre 1909 begann ein großes Sammelwerk zu erscheinen unter dem Titel: „Die soziale Bewegung in Rußland im Beginn des 19. Jahrhunderts"[1], das fünf Bände umfassen soll. Bis jetzt sind Band I, II und IV erschienen. Das Werk enthält ein reiches Tatsachenmaterial, besonders über wirtschaftliche Fragen aller Art. Gleichzeitig enthält es auch zahlreiche Mängel.

Die Verfasser haben eine Fülle von Details aus dem wirtschaftlichen Leben zusammengetragen, dagegen haben sie den Prozeß der revolutionären Bewegung in Rußland und seine inneren Beziehungen allzu allgemein behandelt. Die revolutionäre Bewegung unter den Polen, Juden, Ukrainen (Ruthenen), Grusen, Litauern wurde allzu oberflächlich dargestellt. Keiner der Verfasser hat die Einwirkungen der auswärtigen revolutionären Bewegung auf die russische untersucht, was unbedingt notwendig gewesen wäre. Ich erwähne dies hier, um darauf hinzuweisen, wie ich die Schilderung der Geschichte der revolutionären Be-

1) „Obszczestwiennoje dwiżenje w Rossii w naczale XIX wieka" (in russischer Sprache).

wegung verstehe und welch nachteilige Folgen das übertriebene Betonen materieller Tatsachen mit sich bringt.

Einige Kritiker aus dem marxistischen und pseudomarxistischen Lager haben mir vorgeworfen, daß ich die ökonomischen Bedingungen zu wenig berücksichtigt habe. Solch ein Vorwurf hält sich nur an Worte, indem er nicht zeigt, was ich eigentlich unberücksichtigt gelassen habe. Man hätte mir nachweisen müssen, daß ich, weil ich eine wichtige ökonomische Tatsache übergangen habe, die eine oder andere Erscheinung in der revolutionären Bewegung nicht genügend zu erklären vermochte. Das ist jedoch nicht geschehen.

In meiner Bibliothek stehen alle Bücher, die sich auf das wirtschaftliche Leben in Rußland beziehen und aus denen meine obenerwähnten Kritiker ihr Wissen schöpfen. Wenn ich jedoch aus diesen Werken die vielen Tatsachen nicht anführe, die ich anführen könnte, so geschieht es, weil ich der Ansicht bin, daß die von mir nicht angeführten Dinge nicht notwendig sind, um den Charakter der revolutionären Bewegung zu erklären.

Dagegen ziehe ich jene Tatsachen und Umstände heran, die außerhalb des wirtschaftlichen Gebietes liegen, deren Einfluß auf die russische revolutionäre Bewegung sehr bedeutend war und die von meinen Kritikern unbeachtet geblieben sind.

Ich habe bereits erwähnt, daß der Bau von Eisenbahnen seit 1890 in Rußland einen großen Umfang angenommen hat.

1892	sind	453	russische	Meilen	neuer	Eisenbahnlinien,
1893	„	1584	„	„	„	„
1894	„	1825	„	„	„	„
1895	„	1886	„	„	„	„
1896	„	2801	„	„	„	„
1897	„	1937	„	„	„	„
1898	„	2892	„	„	„	„
1899	„	4914	„	„	„	„
1900	„	2756	„	„	„	„
1901	„	3338	„	„	„	„

dazugekommen. 1899 betrug die Länge der Eisenbahnlinien in Rußland 46200 russische Meilen [1]).

Gleichzeitig hat auch in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts der Flußverkehr in Rußland bedeutend zugenommen, da mehrere neue Dampfschiffe gebaut wurden. Im Verlauf von fünf Jahren (von 1890 bis 1895) sind 715 dazugekommen, von 1896 bis 1899 631.

Der Bau neuer Eisenbahnlinien, eines zweiten Geleises bei den bisherigen, neuer Dampfschiffe, Kriegsschiffe, Bahnhöfe, Elevatoren und Dampferanlegestellen war auf die Hebung der Eisenindustrie von ungeheurem Einfluß, das hat wieder den Bergbau sehr belebt und die Massen der zutage geförderten Steinkohlen vergrößert. Auch die Petroleumindustrie, die den Bedarf des inneren und äußeren Marktes zu decken hatte, ist sehr gestiegen. Das Leben auf dem Kaspischen Meer und der Wolga hat ungeheuer zugenommen.

Die Städte in Südrußland haben sich von 1891 bis 1900 schneller vergrößert als in den vorhergegangenen zwei Jahrzehnten. Die dort eingeführten modernen Einrichtungen haben die Industrie im ganzen Staate sehr belebt.

Das Wachsen der Städte im allgemeinen, besonders aber im Süden, die günstigen Ernteergebnisse zwischen 1893 und 1896 haben einen größeren Bedarf in der Tuchindustrie mit sich gebracht. Mit einem Worte, wir sehen, wie bereits erwähnt, eine schnelle, weitgreifende Entwicklung der Großindustrie in all ihren Verzweigungen. Diese Entwicklung hat ein durchaus kapitalistisches Gepräge.

In der hier genannten Zeit entstanden in Rußland sehr viele Aktiengesellschaften. Die nachstehenden Zahlen veranschaulichen diesen Prozeß:

	Zahl der neu verkauften Aktien	mit Einlagekapital	Zahl der auswärtigen Unternehmen, an denen man sich in Rußland beteiligt hat
1894	63	54,6 Mill. Rubel	3
1895	94	116,6 „ „	1

1) Finn-Jenotajewskij, Sowremiennoje hoziajstwo w Rossii (Die augenblickliche wirtschaftliche Lage in Rußland), S. 48.

	Zahl der neu verkauften Aktien	mit Einlage-kapital	Zahl der auswärtigen Unternehmen, an denen man sich in Rußland beteiligt hat
1896	131	197,3 Mill. Rubel	24
1897	136	192,9 „ „	25
1898	176	229,8 „ „	28
1899	325	363,3 „ „	69
1900	202	250,8 „ „	40 [1]).

Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Aktiengesellschaften in Rußland von 1894 bis 1900 um 1127 gewachsen ist und das Kapital um 1405,3 Millionen Rubel.

Nach Schwanebachs Berechnungen wurden innerhalb der gleichen Zeit in die industriellen Unternehmungen Rußlands 500000000 Rubel auswärtigen Kapitals investiert [2]).

Im Verlauf des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts ist auch die Zahl der Banken und Versicherungsgesellschaften sehr gestiegen. Namentlich industrielle Unternehmungen, Bergwerke und Handelsgesellschaften wurden in großem Maße organisiert. Wenn wir uns nur an die großen Aktiengesellschaften einzelner Produktionszweige halten und den Zuwachs des Einlagekapitals berücksichtigen, so gewinnen wir eine Vorstellung, in welchem Maße die kapitalistischen Unternehmungen in Rußland innerhalb der besprochenen Epoche gewachsen sind.

Aktienunternehmen hatten folgendes Einlagekapital:

	1893	1896	1899	
in der Tuchindustrie	222,6	225,2	342,0	Mill. Rubel,
„ „ chemischen Industrie	17,1	45,1	58,4	„ „
„ Bergwerken	101,0	209,4	406,1	„ „
„ der Metallindustrie	32,7	85,3	250,3	„ „
„ „ Petroleumindustrie	9,1	19,2	48,5	„ „

Der Zuwachs des Einlagekapitals in den obengenannten Industriezweigen war von 1893 bis 1899 am stärksten. In der Metallindustrie betrug er 665 Prozent, in der Petroleumindustrie 433 Prozent, im Bergwerk 302 Prozent, in der chemischen Industrie 242 Prozent, in der Tuchindustrie 54 Prozent. Bei einem

1) Finn-Jenotajewskij S. 46—47.

2) „Die soziale Bewegung in Rußland", Bd. I, S. 47.

Überblick über sämtliche Industriezweige kommt Finn-Jenotajewskij zum Schluß, daß das Einlagekapital im Lauf der oben erwähnten sechs Jahre um 134 Prozent gewachsen ist [1]).

Bei einer Übersicht der Entwicklung der Großindustrie in Rußland tritt der Konzentrationsprozeß in der Produktion klar zutage. Die Zahl der Großbetriebe, die viele Arbeiter beschäftigen, wächst am stärksten. Im allgemeinen wächst die Zahl der Arbeiter stärker als die der Fabriken, mit anderen Worten: auf eine Fabrik entfallen immer mehr Arbeiter.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht den Konzentrationsprozeß in der Fabrikproduktion. 1894 gab es Fabriken, die beschäftigt haben

100—499	Arbeiter,	77,8%;	gearbeitet haben	38,5% Arbeiter,
500—999	„	14,6%;	„ „	21,8% „
1000	„	7,9%;	„ „	39,5% „ ;
im Jahre 1902				
100—499	„	73,7%;	„ „	30,6% „
500—999	„	15,1%;	„ „	19,5% „
1000	„	11,0%;	„ „	49,7% „ .

Aus all diesen Daten ersehen wir, daß die Entwicklung der Industrie in Rußland sehr schnell vor sich gegangen ist und einen großen Umfang angenommen hat. Obgleich sie sowohl relativ als absolut an Breite wie an Tiefe gewonnen hat, verwandelte sich Rußland trotzdem nicht aus einem ackerbautreibenden in einen industriellen Staat. Nach wie vor hat der weitaus größte Teil der Bevölkerung Ackerbau getrieben, und im Vergleich mit der Landbevölkerung war die Stadtbevölkerung immerhin noch gering. Die so schnelle Entwicklung der Industrie schuf jedoch gegen Ende des 19. Jahrhunderts große Städte mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung; soziale Gruppen traten in den Vordergrund, die, wenn auch numerisch gering, verglichen mit der ackerbautreibenden Bevölkerung, von großer Bedeutung waren wegen ihrer Ansammlung an bestimmten Zentren, ihrer Beweglichkeit, ihres höheren geistigen Niveaus und der Rolle, die sie im allgemeinen Mechanismus des ökonomischen Lebens in Rußland gespielt haben.

---

1) Vgl S. 52 des zitierten Buches.

Die Fabrikindustrie und die davon abhängigen sozialen Gruppen begannen, wie wir später sehen werden, eine immer wichtigere Rolle zu spielen.

II.

Die Verhältnisse im russischen Ackerbau stehen, wie bereits oben erwähnt, gegen Ende des 19. Jahrhunderts in vollständigem Gegensatz zu dem, was wir auf industriellem Gebiet gesehen haben.

Im russischen Ackerbau fehlt dieser schnelle Zuwachs schöpferischer Kraft, den wir in der Großindustrie beobachtet haben.

Der Großgrundbesitz in Rußland hat in der hier besprochenen Epoche seine Bewirtschaftung in technischer Beziehung nicht verändert.

Der unter den russischen Bauern herrschende Hunger nach Land, verursacht durch die steigenden Bedürfnisse, hat den Pachtpreis in die Höhe getrieben. Die Großgrundbesitzer konnten ihre Einkünfte durch Pacht mit Leichtigkeit steigern — die Pachtverträge haben eine nur kurze Zeit umfaßt und wurden fast jedes Jahr erneuert. Der Arbeiterlohn auf dem Lande war nur gering. Die Felder wurden zumeist mit Hilfe der ansässigen Dorfbevölkerung bestellt. Unter diesen Umständen hatten die Großgrundbesitzer keinen Anlaß, technische Verbesserungen einzuführen. Natürlich entstanden hier und da Wirtschaftsbetriebe, die einen höheren, intensiveren Typus repräsentieren, das waren jedoch nur Ausnahmen im allgemeinen Stillstand.

Die Bauernbetriebe verfielen. Die Lage der Bauern in den verschiedenen Ortschaften war sehr ungleich. Am schlimmsten war sie im Zentralgebiet der „Schwarzen Erde“, dort besaßen die Bauern seit Aufhebung der Reichseigenschaft nur wenig Grund und Boden, und es fehlte fast gänzlich an der Möglichkeit eines Nebenverdienstes. Relativ sehr viel besser gestellt waren die Bauern an den Grenzen des Reiches: im Königreich Polen, in den Baltischen Provinzen, in den südwestlichen Gouvernements, in Osteuropa am Ural. In den Industriebezirken wurde die Lage der Bauern dadurch erleichtert, daß sie die Möglichkeit hatten,

in den Fabriken zu arbeiten oder Heimarbeit zu tun. Wie bereits erwähnt, stieg der Pachtzins fortwährend, namentlich seit dem Jahre 1890. Das den Bauern 1861 zuerteilte Landgebiet genügte infolge des Bevölkerungszuwachses immer weniger. Während 1861 auf einen Mann durchschnittlich 4,83 Zehntel Land fielen, waren es 1880 schon nur 3,55 und 1900 nur 2,59 Zehntel [1]).

Diese Zahlen geben einen nur ungenügenden Begriff von dem unter den Bauern herrschenden Elend, da die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht gleichmäßig mit Land ausgestattet waren. So hatten z. B. die früher zur Herrschaft gehörigen Bauern bedeutend mehr erhalten als die freien Bauern, außerdem war auch die Verteilung in den verschiedenen Provinzen verschieden ausgefallen.

So betrug z. B. im Jahre 1900 der Bauernbesitz im Taurischen Gouvernement im Durchschnitt 3,6 Zehntel, in den Gouvernements von Pskow, Twer, Jaroslaw, Wlodzimierz und Saratow 2,6 Zehntel, in Charkow, Orlow, Kursk 1,9 bis zu 1,7 Zehntel.

Wenn man den Zuwachs der Landbevölkerung und den in ihrem Besitz befindlichen Grund und Boden vergleicht, so ergibt sich, daß die Ertragsfähigkeit des Ackerbaus in der hier besprochenen Epoche zurückgeht. Die Erscheinungen in der Bauernbewirtschaftung, die ich zu Beginn des zweiten Bandes der vorliegenden Arbeit erwähnt habe, sind unverändert geblieben. So z. B. der Verfall des Inventars und ähnliches. 1888 hatten 29,4 Prozent der Bauernbetriebe keine Pferde, 1893 waren es bereits 31,7 Prozent, 1899 34,8 Prozent und 1902 sogar 35,62 Prozent.

Die Steuerlast und die allgemeine Politik der Regierung, die den großindustriellen Fabrikbetrieb gewaltsam fördern wollte, hat die Bauern ruiniert. . . .

Der Prozeß, der sich schnell nach der Reform von 1861

---

1) Ich entnehme diese Angaben Wiesiolowskis Buch „Krestjanskij wopros i krestjanskoje dwiżenje w Rossii“ (Bauernfrage und Bauernbewegung in Rußland [in russischer Sprache]). Die Bauernfrage bespricht ausführlich Maslow in „Agrarnyj wopros“ (Die Agrarfrage [2 Bände in russischer Sprache]), ferner der bereits mehrfach zitierte Finn-Jenotajewskij.

entwickelt hat und der die Tendenz hatte, eine wohlhabende Schicht unter den Bauern, ein ländliches Kleinarbeitertum und halbselbständige Landwirte zu erzeugen, wurde im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts durch eine andere Erscheinung neutralisiert, die ihn zwar von Anfang an begleitete, aber schwächer auftrat — durch die allgemeine Pauperisierung der Bauern.

Die unter der Landbevölkerung herrschende Not erschwerte es den gesunden und starken Betrieben im Besitz von Bauern hochzukommen, indem ihre Zahl auf ein Minimum reduziert wurde.

Dieser Pauperisierungsprozeß trat im zentralen Ackergebiet der schwarzen Erde am stärksten zutage. Dies war auch die Ursache, daß die Landbevölkerung während der Revolution in überwiegender Mehrzahl an der Agrarbewegung teilnahm.

Der verelendete russische Bauer hat in der Kolonisierung von Sibirien seine Rettung gesucht: 1891 haben sich 82 250 Menschen im fernen Osten des Reiches angesiedelt, 1896 waren es bereits 202 302, 1897 ging ihre Zahl auf 86 575 zurück, in den beiden folgenden Jahren stieg sie abermals, erreichte 1898 die Zahl von 205 646, 1899 223 981, 1900 waren es 280 000.

In den fruchtreichsten russischen Gouvernements, wie in denen von Samara und Saratow, war innerhalb der behandelten Periode die Landwirtschaft vollkommen zerstört.

Die allgemeinen politischen Lebensbedingungen im Reiche, die mangelnde Bewegungsfreiheit, die fehlende Initiative der Regierung, um den Ackerbau zu heben, die Übergriffe der Verwaltung, das fehlerhafte Abgabensystem — all das hat den Ruin der Bauernwirtschaft, die Vernichtung des Bodens, schließlich die Revolution zur Folge gehabt.

Der furchtbare wirtschaftliche Notstand der russischen Bauern war für niemand ein Geheimnis. Die Presse und die wissenschaftliche Literatur haben fortwährend darauf hingewiesen. An maßgebender Stelle legte man diesen Beobachtungen jedoch kein Gewicht bei.

Der Niedergang der bäuerlichen Betriebe verengte den inneren Markt und bildete ein Hindernis für die schnelle und sichere Entwicklung der Großindustrie.

Einige russische Nationalökonomen wie Tuhan-Baranowski haben behauptet, daß die Großindustrie sich mit eiserner Notwendigkeit unabhängig vom Wohlstand der Landbevölkerung entwickle und daß infolgedessen Mißernten keinen entscheidenden Einfluß ausüben. Diese Ansichten haben sich bei näherer Prüfung als verfehlt erwiesen. Die innere Macht, die in Rußland die Entwicklung der Industrie bedingt, hängt in hohem Maße von der Kaufkraft der Landbevölkerung ab. Die anhaltende Kaufkraft des innern Marktes ist die bequeme und normale Bedingung für die Entwicklung der Industrie. Die Verengung dieses Marktes führt zu gefährlichen industriellen Krisen.

III.

Auch der Handel entwickelt sich in Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts in starkem Maße, aber unter anderen Bedingungen als die Großindustrie. Während wir auf industriellem Gebiet ausgesprochen zentralistische Tendenzen gefunden haben, begegnen wir ihnen im Handel nicht in diesem Maße, auf einzelnen Gebieten treten sogar Dezentralisationstendenzen auf.

Das Entstehen neuer Eisenbahnen und Wasserstraßen hat neue Handelspunkte geschaffen und den Handel dezentralisiert.

Vor etwa 20 Jahren gab es sehr viel weniger Jahrmärkte als im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Dafür haben diese alten Jahrmärkte, die in ganz Rußland berühmt waren, in der Mitte des Jahrhunderts eine größere Bedeutung als gegen Ende gehabt. Ein großes Handelsgeschäft hat früher relativ ein bedeutend größeres Kapital erfordert als gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wo man sich die billigen und zahlreichen Kommunikationsmittel zunutze machen konnte.

Auf diese Weise wurde der Handel dezentralisiert, er drang in immer entlegenere Winkel des Reiches und zog immer größere Ackergebiete in den Kreis des wirtschaftlichen Lebens hinein, die früher abseits vom allgemeinen ökonomischen Leben gestanden hatten. Es entstanden mehrere Mittelpunkte für den Groß- und Kleinhandel, Mittelpunkte, die zerstreut, aber miteinander verbunden waren.

Aus dem oben Gesagten geht nicht hervor, daß im Handel

nicht große Kapitale investiert gewesen wären und daß es ihm an zentralistischen Tendenzen völlig gefehlt hätte. Im Gegenteil, in einer Anzahl von relativ wenig Händen wurden ungeheure Kapitale aufgehäuft, daneben gibt es aber auch eine Menge kleiner Kapitale, die unter mehrere Händler zerstreut sind. Im russischen Handel sind kaum 17,1 Prozent bezahlte Kräfte tätig[1]). Dies beweist, daß nur eine geringe Anzahl von Kaufleuten bezahltes Personal beschäftigt.

Ich übergehe hier die Durchfuhrstatistik, die ein interessantes Bild von der Handelsbewegung in Rußland gibt, und gehe zum auswärtigen Handel über.

Von 1800 bis 1900 ist der Handelsumsatz in Rußland um 972 Prozent gestiegen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nimmt Rußland am Welthandel bereits sehr regen Anteil.

Die Ausfuhr aus Rußland repräsentiert im Jahre 1899 einen Wert von 626900000 Rubel, die Einfuhr dagegen 650400000 Rubel. Der Umsatz beträgt 1280000000 Rubel. In den folgenden Jahren übersteigt die Ausfuhr die Einfuhr wesentlich. Der hohe Zolltarif im Jahre 1891 hatte den Zweck, die Einführung der Goldvaluta vorzubereiten, indem im Staatsschatz Goldvorräte angehäuft wurden. Dieser Zweck wurde erreicht; außerdem hat dieser Tarif einen sehr bedeutenden Zufluß fremden Kapitals in den russischen Handel bewirkt.

Rußland führt jetzt immer mehr Feldfrüchte aus und immer weniger Rohmaterial und Halbfabrikate. Es führt dagegen immer mehr Rohprodukte und Halbfabrikate ein.

Folgende Tabelle veranschaulicht diesen Prozeß:

Ausfuhr:

	1802—1804	1865—1867	1896—1897
Lebensmittel . . .	19,4 Prozent	39,0 Prozent	58,2 Prozent
Rohstoffe und Halbfabrikate . . .	70,1 „	50,0 „	35,5 „
Tiere	2,1 „	3,5 „	2,3 „
Fertige Erzeugnisse	8,4 „	7,5 „	4,0 „

1) „Obszczestwiennoje dwiženje w Rossii“ (Die soziale Bewegung in Rußland), S. 120.

Einfuhr:

	1802—1804	1865—1867	1896—1897
Lebensmittel . . .	39,0 Prozent	27,6 Prozent	17,3 Prozent
Rohstoffe und Halbfabrikate . . .	24,0 „	44,3 „	52,7 „
Tiere	1,8 „	0,6 „	0,6 „
Fertige Erzeugnisse	35,2 „	37,5 „	29,4 „ [1]).

Das gesamte ökonomische Leben Rußlands ist ohne Zweifel von starker Lebendigkeit, was sich aus der ungeheuren territorialen Ausdehnung des Landes und dem natürlichen Reichtum ergibt. Die russischen wirtschaftlichen Verhältnisse repräsentieren jedoch die größten Kontraste in der Stadt und auf dem Lande sowie in den einzelnen Provinzen. Außerordentlich erschweren diese Kontraste den Überblick über den gesamten wirtschaftlichen Prozeß in Rußland und über die Bewertung der einzelnen Tendenzen.

IV.

Die Finanzpolitik des Reiches war innerhalb des hier besprochenen Zeitraumes außerordentlich intensiv in dem Sinne, daß alle Bestrebungen darauf gerichtet waren, möglichst viel Geld aus den Bürgern herauszupressen.

Wie bereits erwähnt, stieg der Einfuhrzoll nach Rußland seit dem Jahre 1891 ungeheuer. Es genügt darauf hinzuweisen, daß von 1889 bis 1902 unter den Ministern Wischniegradzki und Witte der Durchschnittszoll von 28 auf 40 Prozent gestiegen ist. Der für die Einfuhr von Lebensmitteln bezahlte Zoll betrug im Jahre 1889 71 Prozent, 1902 96 Prozent des Wertes; für Rohprodukte und Halbfabrikate wurden 1889 19 Prozent und 1902 31 Prozent bezahlt, für fertige Erzeugnisse der einen und anderen Kategorie 28 Prozent. Der russische Konsument mußte alles, was aus dem Ausland bezogen wurde, überzahlen. So kostete z. B. gegen Ende des 19. Jahrhunderts Tee 687 Prozent über seinen Wert, Kohle 200 Prozent, Leinwand 225 Prozent, Ackerbaumaschinen 159 Prozent, Baumwollerzeugnisse 357 Pro-

---

1) Vgl. ebenda S. 30.

zent usw. Staatseinnahmen aus mittleren Abgaben wuchsen in folgender Weise:

	1892	1893	1896	1899	1901
	Millionen Rubel				
von Getränken	269,0	260,8	294,2	310,3	312,9
„ Tabak	29,5	31,8	35,1	38,9	45,7
„ Zucker	27,7	30,3	42,7	67,5	71,7
„ Petroleum	12,9	16,4	20,9	26,2	28,7
„ Streichhölzern	5,2	6,6	7,3	6,8	7,9
„ Zöllen	130,5	166,0	182,3	219,3	219,7
im allgemeinen	474,8	512,9	582,5	669,0	686,6 [1]).

Das Staatsbudget ist innerhalb der hier besprochenen Zeit sehr stark gestiegen.

Die gewöhnlichen Staatseinnahmen betrugen:

1892	1893	1896	1899	1911	
973,5	1049,6	1368,3	1668,7	1799,4	Millionen Rubel.

Die gewöhnlichen Staatsausgaben betrugen:

1892	1893	1896	1899	1911	
928,3	965,6	1229,8	1463,6	1664,9	Millionen Rubel.

Das Defizit ist dank der unerhört hohen Durchschnittsabgaben gedeckt worden. Das von Minister Witte eingeführte Branntweinmonopol hat tatsächlich zu einer Erhöhung der von den Konsumenten zu bezahlenden Spiritusabgabe geführt.

Das unmittelbare Steuersystem wurde in Rußland sehr ungerecht gehandhabt. Berechnungen haben ergeben, daß, während die von den Bauern bezahlte Bodensteuer 60 Prozent und mehr von ihrer Nettoeinnahme verschlang, die von anderen Privatgrundbesitzern bezahlten Steuern nur 4 bis 6 Prozent der Einnahmen betrugen [2]).

Witte hat die Entwicklung der Großindustrie energisch angestrebt, da er sie als die sicherste Grundlage des russischen Finanzsystems erkannte. Aus diesem Grunde sparte er weder Mühe noch materielle Opfer, um der russischen Bourgeoisie, die an großindustriellen, Handels- und Finanzunternehmungen

---

1) Vgl. Finn-Jenotajewskij S. 139 und 140.

2) Vgl. „Die soziale Bewegung in Rußland" Bd. I, S. 177.

beteiligt war, ihre Aufgabe im Schaffen neuer und Vergrößern alter Unternehmungen zu erleichtern. Wittes Finanzpolitik war für die Großindustrie von Vorteil und für den Ackerbau von Nachteil. Sie ist auch beim Landadel, der sich in den „Ziemstwo“, den Organen der Kreis- und Provinzialselbstverwaltung, zusammengeschlossen hatte, auf Opposition gestoßen. Die allgemeine Politik der russischen Regierung hat im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts keine Veränderung erlitten. Die Regierung hat alle noch so zaghaften Äußerungen politischer Selbständigkeit unterdrückt, den „Ziemstwo“ mißtraut, ihre Wirksamkeit geknebelt, die nichtrussischen Provinzen zu russifizieren versucht usw.

Alexander III. starb im Herbst 1894 in der Vollkraft seines Lebens. In gewissen Kreisen hat man sich kurze Zeit der Hoffnung hingegeben, daß sein Nachfolger, der junge Zar Nikolaus II., eine andere Politik treiben und der Gesellschaft mehr Vertrauen entgegenbringen würde; man hoffte, daß Pobiedonoschews klerikal-orthodoxe und reaktionäre Tätigkeit wenigstens eine gewisse Einschränkung erfahren würde. Diese Hoffnungen haben sich auf verschiedene höfische Intrigen gestützt sowie auf den Umstand, daß der junge Monarch persönlich weder für Pobiedonoschew noch für den Klerikalismus eingenommen sein sollte. Diese Hoffnungen haben getrogen: Nikolaus II. hat sich die Politik seines Vaters zum Vorbild genommen. Da er weder die festgewurzelten Ansichten seines Vaters, noch dessen Konsequenz und Willenskraft hatte, hat er in verschiedenen Punkten häufig geschwankt. Die Politik der Regierung, die sich im allgemeinen in der gleichen Linie weiterbewegt hat, hatte jedoch weder die strenge Konsequenz noch die Rücksichtslosigkeit, die für Graf Dymitr Tolstoi unter Alexander III. bezeichnend war. Die neuen Minister des Inneren Iwan Durnowo und später Goremykin waren rückschrittliche Männer, sie hatten jedoch weder das Temperament noch die geradlinige Geistesbildung des Grafen Tolstoi. In ihren Durchführungen war die Politik der Regierung vielleicht etwas milder geworden, im wesentlichen jedoch unverändert geblieben.

Die Regierung hat unablässig die Erstarkung der Selbstverwaltung angestrebt, in sozialer Beziehung wollte sie sich auf

den Adel stützen, ohne ihm jedoch politische Rechte zu erteilen; in ökonomischer Beziehung (durch die Politik des Finanzministers) hat sie die Bourgeoisie stark unterstützt. Gerade hier ergab sich ein gewisser Widerspruch.

Auf der einen Seite hat die Regierung Rußland in eine kapitalistische Entwicklung mit all ihren sozialpolitischen Konsequenzen hineingetrieben; auf der anderen Seite wollte sie das Land vor den sozialpolitischen und geistigen westeuropäischen Strömungen mit einer chinesischen Mauer umgeben.

Die nationalökonomische Politik der Regierung war durchaus nicht zufällig, sondern ergab sich aus dem autokratischen Standpunkt, der bedeutende Geldmittel erforderte, ferner haben Eisenbahnen und verschiedene andere technische Einrichtungen im Staat Unsummen verschlungen. Dagegen entsprang die absolutistische Politik der Regierung dem Interesse einer relativ kleinen sozialen Gruppe, die im Gegensatz zu den Tendenzen des modernen Lebens die „alte Ordnung" in Rußland zu erhalten bestrebt war.

V.

Die Arbeiterbevölkerung hat sich in Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts bedeutend vermehrt. Leider läßt die amtliche russische Statistik in diesem wie in vielen anderen Punkten sehr viel zu wünschen übrig und macht es bis jetzt unmöglich, vollkommen sichere Schlüsse zu ziehen. Tatsache jedoch ist, daß das Fabrikproletariat und die für Lohn arbeitende Bevölkerung im allgemeinen gegen Ende des verflossenen Jahrhunderts in Rußland einen größeren Prozentsatz in der Bevölkerung ausgemacht haben, als in früheren Jahren. Der russische Statistiker A. W. Pogotschew hat ein sehr gewissenhaftes, methodisches Werk veröffentlicht, das Berechnungen über Arbeiter in Rußland enthält. Es trägt den Titel: „Uczet czislennosti i sostawa raboczich w Rossii" (Berechnungen über Anzahl und Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Rußland).

Es enthält auch sehr interessante Zusammenstellungen über die geographische Verteilung der Fabriken, Bergwerke, das zahlenmäßige Verhältnis der Unternehmungen, die eine ver-

schiedene Anzahl von Arbeitern beschäftigen, die Herkunft der Proletarier (Stadt oder Land) usw. Auch Pogotschew bestätigt, daß es undenkbar sei, vollkommen sichere Unterlagen über die Anzahl der Arbciter in den verschiedenen Zeitabschnitten zu geben. Die unten angeführten Zahlen, die ich Pogotschew und anderen Forschern entnehme, sind nur approximativ.

Nach Spezialforschungen, die im Auftrag des Finanzministeriums im Jahre 1897 in Rußland unternommen wurden, gab es insgesamt 3322000 Handelsangestellte, Fabrikarbeiter, Bergleute und Arbeiter an öffentlichen Wegen und Gebäuden. Darunter waren 2775503 Männer und 445062 Frauen. Die ersten bilden 86,1 Prozent, die zweiten 13,9 Prozent.

1897 soll es in Rußland 2722623 Feld- und Waldarbeiter gegeben haben, 809426 Tagelöhner, 285422 Tagelöhnerinnen; in öffentlichen Instituten 142706 männliche und 24534 weibliche Dienstboten, in industriellen Betrieben, Bergwerken, Gehöften usw. 205720 Männer und 21013 Frauen, in Privathäusern 160089 männliche und 1964 weibliche Dienstboten, persönliche Bedienung leisteten 288086 Männer und 1288513 Frauen [1]). All diese Arbeiterkategorien umfassen zusammen zirka 6000000 (genauer 5970096) Personen, zusammen mit den Fabrik-, Wege- und Bergarbeitern und den im Handel Angestellten fast 9300000 (genauer 9292096) Personen ohne Familienmitglieder.

Die persönliche Dienerschaft bildet eigentlich eine besondere Gruppe, während man den Arbeitern die Dienerschaft in öffentlichen Instituten, Fabriken, Häusern, Gehöften usw., die keinen persönlichen Charakter trägt, zuzählen kann.

Finn-Jenotajewskij stützt sich auf Zahlen, die den zitierten nahestehen, fügt die Familienmitglieder sämtlicher Arbeiterkategorien hinzu (zusammen mit den Dienstboten) — 10300000 Personen — und kommt zum Schluß, daß Lohnarbeiter mit ihren Familien 15,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen [2]).

Er nimmt jedoch an, daß die Zahlen der Arbeiterkategorien

---

1) Pogotschew im zitierten Werk S. 97 und 98.

2) „Die augenblickliche wirtschaftliche Lage in Rußland“ S. 507.

im allgemeinen zu niedrig gegriffen sind, und daß sie mit ihren Familien zum mindesten 18 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wenn man jedoch nur die selbständige, mit anderen Worten die im Leben tätige Bevölkerung berücksichtigt, d. h. die erwachsene, so ergibt sich, daß die Arbeiter der russischen Kategorien auf dem Lande und in der Stadt zusammen mit Dienstboten und Familienmitgliedern im Jahre 1897 27 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht haben. Der Prozentsatz der arbeitenden Bevölkerung war vor der Revolution größer.

Finn-Jenotajewskij macht darauf aufmerksam, daß, wenn auch der Prozentsatz der Arbeiterbevölkerung in Rußland gering ist, verglichen mit dem Prozentsatz des Proletariats in England, es doch Umstände gibt, die der Arbeiterklasse in Rußland eine besondere Bedeutung beilegen. So bilden nach Tschernischew die Arbeiter 50 Prozent unter den in der Industrie überhaupt beschäftigten Personen. Das industrielle Proletariat bildet in den großen Städten etwa 16 Prozent der Bevölkerung. Das Handelsproletariat umfaßt etwa 4,9 Prozent der im Handel beschäftigten Personen, die wieder 17,1 Prozent der Stadtbevölkerung bilden. In anderen Bevölkerungsschichten, die 49,2 Prozent umfassen, bildet das Proletariat 22,5 Prozent. Der gleiche Forscher beweist ferner, daß nach sehr maßvollen Berechnungen das russische Proletariat in den Städten, die über 50000 Einwohner haben, nicht weniger als 43,4 Prozent der erwachsenen Bevölkerung umfaßt.

In den vier damals größten Städten im Reiche stellt sich das Verhältnis folgendermaßen dar:

In Petersburg entfallen auf 100 erwachsene und selbständige Einwohner 52,9 Prozent Proletarier, in Moskau 60,4 Prozent, in Warschau 43,1 Prozent, in Odessa 46,8 Prozent.

Finn-Jenotajewskij, der Tschernischews Anregungen nachgeht, bestätigt ferner, daß die geographische Vermischung des Proletariats in Rußland und die noch lebhaften Beziehungen eines gewissen Teiles desselben mit dem Lande ihm einen entscheidenden Einfluß in der sozialpolitischen Bewegung sichern.

Bezeichnet man, nach Tschernischew, auf der Karte des europäischen Rußlands die industriellen Gouvernements, die

11 Prozent und mehr Arbeiterbevölkerung haben, und die ackerbautreibenden Gouvernements mit 69 Prozent Feldarbeitern, so bilden die letzteren einen Ring in der Mitte, um den sich die Industriegouvernements gruppieren. Man kommt beinahe zum gleichen Resultat, wenn man auf der Karte die Gouvernements mit 27,7 Prozent Arbeiterbevölkerung im Verhältnis zur Bauernbevölkerung bezeichnet. Es zeigt sich, daß die Bauerndistrikte mit einem Kranz von Arbeiterdistrikten umgeben sind, in dem sich Gouvernements mit der größten Anzahl von Proletariern befinden [1]).

Ohne im geringsten die Tatsache in Zweifel zu ziehen, daß das Proletariat in Rußland tatsächlich eine große Bedeutung hat, in den Städten einen sehr bedeutenden Prozentsatz der Bevölkerung bildet, eine bewegliche und überall verstreute Bevölkerungsschicht ist, in noch starkem Zusammenhang mit der Landbevölkerung steht und Einfluß auf sie ausübt — so muß ich doch im Gegensatz zu den oben genannten Verfassern konstatieren, daß die von ihnen erwähnte geographische Verteilung von geringerer Bedeutung ist als sie annehmen. Sie kann sicherlich auf die Verbreitung von revolutionären Ideen von Einfluß sein, und ist es schon bis zu einem gewissen Grade, jedenfalls ist sie auf den Verlauf der revolutionären Aktion nicht von entscheidender Bedeutung. Für diese Aktion wäre das Verhalten der Bauernbevölkerung, die die großen Städte umgibt, im Augenblick des angespannten revolutionären Kampfes von entscheidender Bedeutung. In den neuzeitlichen Revolutionen entscheiden die Hauptstädte und großen Zentren des öffentlichen Lebens über den Sieg. Wenn nun die in der Nähe lebende Landbevölkerung am Kampf tätigen Anteil nähme, könnte sie auf den Verlauf einen entscheidenden Einfluß ausüben. Der spätere Verlauf der Ereignisse hat jedoch, wie wir sehen werden, gezeigt, daß die revolutionäre Bewegung nicht unter den Bauern am stärksten und intensivsten war, die den großen Zentren am nächsten wohnen, sondern im Gegenteil in den von ihnen entfernten. Natürlich hat diese Erscheinung mittelbar ihre ökono-

---

1) Vgl. die oben zitierte Arbeit von Finn-Jenotajewskij S. 507—509.

mischen Bedingungen, die von mir bereits erwähnt wurden, jedenfalls ist sie eine Tatsache, mit der man rechnen muß. Auch darf nicht vergessen werden, daß, wenn auch die russische Industrie sehr schnell wächst, dennoch nicht nur gegen Ende des 19. Jahrhunderts, sondern selbst heute die Städte, diese Mittelpunkte der freiheitlichen und sozialen Bewegung, in der Masse der Bauernbevölkerung versinken.

Von 1885 bis 1897 war die Zunahme der städtischen Bevölkerung in Rußland sehr bedeutend, sie belief sich auf 33,8 Prozent, war also zweimal größer als der allgemeine Zuwachs der Bevölkerung im europäischen Rußland (der 15,2 Prozent betrug) und dreimal größer als der der Landbevölkerung (der 12,7 Prozent betrug). Trotzdem[1]) hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Bevölkerung der Städte, Städtchen und Fabrikniederlassungen in Rußland noch nicht 25 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ausgemacht[2]).

Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die ungeheure Ausdehnung des russischen Staates dem Proletariat eine rasche, einheitliche, bewegliche, den sich ändernden Verhältnissen angemessene politische Aktion erschwert. Rußlands gewaltige Ausdehnung erleichtert das Aufrechterhalten der „alten Ordnung“.

Ungünstig für die revolutionäre und freiheitliche Bewegung in Rußland ist auch der sehr verschiedenartige kulturelle Zuschnitt der Bevölkerung. Diese großen Kontraste haben stets zugunsten der zentralistischen Regierung gewirkt und wirken bis auf den heutigen Tag so, da sie es versteht, sie für sich auszunutzen.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hat sich der Charakter der russischen Arbeiterklasse allmählich verändert. Die in der Atmosphäre der Stadt geborenen und aufgewachsenen Arbeiter, deren Eltern gleichfalls Arbeiter waren, bilden einen immer größeren Prozentsatz. Wie wir gesehen haben, war schon im vorletzten Jahrzehnt des verflossenen Jahrhunderts der Pro-

---

1) „Die soziale Bewegung in Rußland“ S. 57.

2) Vgl. die zitierte Arbeit von Finn-Jenotajewskij S. 508 Anm.

zentsatz dieser Arbeiterkategorie ziemlich bedeutend, von 1890 bis 1900 ist er noch gewachsen. Die Fabrikanten haben selbst danach gestrebt, eine Klasse ständiger Arbeiter zu schaffen, die für sie notwendig war.

Unter dem Einfluß allgemeiner Bedingungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde der russische Arbeiter immer aufgeklärter, er erstieg eine höhere Kulturstufe, begann zu lesen usw.

Die Arbeitsbedingungen waren immer noch sehr schlecht. Wie wir wissen, haben die Keime der Fabrikgesetzgebung, die vom Grafen Tolstoi mit kühner Hand aus Angst vor der revolutionären Bewegung ins russische Leben eingepflanzt wurden, sich in den folgenden Jahren nicht entwickelt. Im Gegenteil, die Regierung, die einen Augenblick vom Gespenst der Revolution befreit war, gleichzeitig die Entwicklung der Großindustrie gewaltsam forciert hat und ängstlich auf die Schonung des Portemonnaies der russischen industriellen Bourgeoisie bedacht war, hat zwischen 1890 und 1893 retrograde Verfügungen auf dem Gebiet der Fabrikgesetzgebung erlassen, die Zwangsbestimmungen verringert und der Willkür der administrativen Gewalten Tür und Tor geöffnet.

Der Arbeitstag war ebenso lang wie vorher. In den meisten Fällen betrug er 12 Stunden und stieg gelegentlich bis auf 18. In 20 Prozent der industriellen Betriebe hat Nachtarbeit geherrscht, in einigen gab es keine Sonntagsruhe. Der Arbeitslohn war niedrig, trotzdem die Preise für Lebensmittel gestiegen waren. Der Durchschnittsbetrag war kaum 187,6 Rubel jährlich für erwachsene Männer, die Hälfte dieser Summe für Frauen, ein Drittel für Minderjährige. Der höchste Arbeitslohn betrug im Jahre 1892 nach Ansicht des Hauptfabrikinspektors 606 Rubel, der niedrigste 88 Rubel und 54 Kopeken jährlich.

Die sanitären Bedingungen waren im allgemeinen in den industriellen Betrieben schlecht. Infolgedessen passierten sehr viele Unglücksfälle. Nur 60 Prozent der industriellen Betriebe hatten ärztliche Hilfe, und auch dort, wo sie vorhanden war, war sie zumeist ungenügend [1]).

---

1) „Die soziale Bewegung in Rußland" Bd. I, S. 186 und 187.

Innerhalb der hier besprochenen Zeit waren die Arbeiter jedoch schon bedeutend empfindlicher gegen das verschiedenartige Unrecht, das sie erlitten, und infolgedessen begannen sie, wie wir später sehen werden, energisch mit Hilfe zahlreicher, ausdauernd durchgeführter Streiks dagegen zu kämpfen.

VI.

In bezug auf seine ökonomische Lage zerfiel das russische Bauerntum im Jahre 1897 nach Ilin, dem Verfasser der „Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", in folgende Gruppen: vermögende Bauern zusammen mit ihren Familien gab es ungefähr 19400000, sie besaßen ansehnliche Gehöfte; Bauern in mittlerer Vermögenslage, im Besitze kleiner, aber für den Unterhalt der Familie genügender Gehöfte 29100000; fast proletarisierte Bauern mit ganz kleinem, für den Unterhalt der Familie absolut ungenügendem Besitz 48500000. Diese Daten sind nach Finn-Jenotajewskijs Ansicht nicht absolut zuverlässig, obgleich das Verhältnis der verschiedenen Bauerngruppen untereinander sich im allgemeinen mit der Wirklichkeit deckt.

Andere Forscher beziffern die innerhalb dieser Zeit Ackerbau treibende Bevölkerung in Rußland auf 94000000, nach Losickis Ansicht sind eigentliche Bauern darunter etwa 80000000. Finn-Jenotajewskij ist nach Vornahme entsprechender Korrekturen in den vorherigen Berechnungen der Ansicht, daß die verschiedenen Gruppen der russischen Bauernschaften sich in folgenden Zahlen umschreiben lassen: halbproletarisierte Bauern 53000000, Bauern in mittlerer Vermögenslage 24000000, wohlhabende Bauern 16000000.

Die Revolution hat später — bei den Wahlen für die erste Duma — bewiesen, daß die proletarischen und halbproletarisierten Elemente am Ufer der Wolga, im Süden und an den südwestlichen Grenzen des Reiches das revolutionärste Element repräsentieren [1]).

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hob sich das kulturelle Niveau eines großen Teiles der russischen Bauernschaft aus

---

1) Finn-Jenotajewskij S. 504—505.

folgenden Gründen: 1) die kulturell aufklärende Wirksamkeit der Ziemstwo nach der großen Hungersnot — besonders einzelne erwiesen sich als außerordentlich fortschrittlich und energisch — trug ihre Früchte; 2) infolge des Baues neuer Eisenbahnen zogen die im Lohn arbeitenden Feldarbeiter leichter von Ort zu Ort; 3) machte sich der Einfluß der städtischen Fabrikarbeiter geltend, die gelegentlich aufs Land kamen, wenn sie wegen ihrer Teilnahme an Streiks oder wegen anderer Zusammenstöße mit der Regierung infolge politischer und beruflicher Fragen strafweise in ihren Geburtsort zurückgeschickt wurden.

Unter den russischen Bauern begann sich eine intelligentere Schicht herauszubilden, die über die Lebensbedingungen des Volkes nachdachte, ja selbst zu den höchsten Fragen vom Sinn der Welt und des Lebens Stellung nahm.

Schon in früheren Jahrhunderten hatten sich in Rußland gewisse rationalistische Sekten gebildet von demokratischem und radikal-negativem Charakter in ihrem Verhältnis zu den weltlichen und geistlichen Machthabern. Diese Sekten hatten gelegentlich größere Bedeutung, wie z. B. die Sekte der Duchoborzen, denen Tolstoi viele seiner moralischen und sozialen Theorien verdankt. Es waren jedoch nur kleine Gruppen von Bekennern, die unter der Bauernschaft nur wenig Anhänger fanden.

Erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, besonders zwischen 1890 und 1900, fand eine dieser Sekten sehr günstigen Boden für ihre Entwicklung unter den kleinrussischen Bauern in der Ukraine. Ich habe den „Stundismus" im Auge. Diese Sekte entstand nach dem Jahre 1860 und hatte ursprünglich nur wenig Bekenner unter den deutschen Kolonisten; jetzt gibt es ihrer gewiß schon einige Millionen, die in den verschiedensten Gouvernements leben. Der Stundismus leugnet die übernatürliche Herkunft der Kirche, verwirft die Sakramente und haßt die rechtgläubige Geistlichkeit.

Er stützt sich auf eine rationalistische Interpretation der Bibel, verwirft den Mystizismus, erkennt die göttliche Weltordnung an und neigt zum Pantheismus.

Ehe beruht auf gegenseitigem gutwilligem Übereinkommen; das Gewissen allein wird als Richter anerkannt, und Menschen,

die über einen anderen richten wollen, können höchstens nach den Gründen forschen, die sein Tun erklären. Dem Stundismus gelten alle Menschen als gleich. Den Krieg verurteilt er und glaubt, daß die Krone nicht länger erblich sein, sondern dem Würdigsten durch Wahl zufallen wird. Die Moral des Stundismus ist die christliche Moral in ihrem Ursprung, von den verschiedensten späteren Zusätzen gereinigt, auf Nächstenliebe beruhend.

Die Stundisten verwerfen jegliche Gewalt und erkennen allein Gott an. Den dogmatisch-kirchlichen Glauben haben ihrer Ansicht nach die Heiligen ersonnen, die nur sterbliche Menschen sind, und die Geistlichkeit hat diese Irrtümer zum Glaubenssatz erhoben.

Die Vorstellung des zukünftigen Lebens in einer anderen Welt fließt bei den Stundisten, namentlich bei der jüngeren Generation, häufig mit der Auffassung eines kommenden demokratischen Gesellschaftszuschnittes, der auf Freiheit und Gleichheit beruht, zusammen. Einige Nebensekten der Stundisten glauben ausdrücklich an das Leben nach dem Tode.

Während die Bauern zum Sektierertum neigten, traten die gleichen Neigungen auch in den sozialpolitischen Theorien des Stundismus auf, dessen äußerster Ableger sich dem utopistischen kleinbürgerlichen Sozialismus nähert. Radikale Stundisten träumen von Vermögensteilung.

Schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts, am Vortage der Revolution, hat ein äußerster Zweig des Stundismus zahlreiche Anhänger gefunden. Während der Revolution sind in der Ukraine verschiedene Stundisten der sozialdemokratischen Organisation „Spiłka“ beigetreten.

Diese religiöse Bewegung stand, wenn sie auch selbständig entstanden war, den ehemaligen russischen „Volkstümlern“ nahe.

Die Anschauungen der Stundisten enthalten auch ein konservatives Element, das sich im Haß gegen moderne Lebensformen und Arbeit bekundet. Die Stundisten wenden sich gegen Eisenbahnen, Dampfschiffe, Telegraphie, Maschinen usw.

Ihr äußerster Flügel geht allmählich zum Sozialismus über und stundistische Sozialistenführer sind nicht selten.

Im Jahre 1894 begann die russische Regierung auf die Stundisten aufmerksam zu werden und sie zu verfolgen. Diese Taktik war verfehlt. Der Stundismus ist in die Tiefen des Volkslebens eingedrungen und ist in aller Stille gewachsen. Nach dem konstitutionellen Manifest ist er offen an die Oberfläche getreten.

Maslow, der ihn im II. Band seiner „Agrarfrage“ ausführlich bespricht, betont mit Recht, daß er seine Rolle im vorbereitenden Prozeß, um das russische Volk an ein selbständiges Auftreten in der Arena der Geschichte zu gewöhnen, gespielt habe, daß seine soziale Rolle jedoch später, im Augenblick der sozialistischen Massenbewegung, zu Ende war. Ich übergehe hier einige kleinere Sekten, die nur lokale Bedeutung hatten und von kurzer Dauer waren, wie z. B. die Sekte der Jehowisten im Ural und andere.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erwachte der Geist des Aufruhrs unter den russischen Bauern. Er fand seinen Ausdruck in immer häufigeren Zusammenstößen mit den Vertretern des Grundbesitzes, der Regierung und den Gerichten.

VII.

Die Großindustriellen haben innerhalb der hier behandelten Zeit den größten Einfluß auf die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet erlangt. Innerhalb dieser Zeit wuchsen sie an Zahl und haben nach Zusammenschluß gestrebt. Nach Ilin haben der reichen industriellen Bourgeoisie im Jahre 1897 2300000 Menschen angehört. Darunter waren nicht wenige, die ein Vermögen von mehreren Millionen besaßen.

Schon vorher hatte die Bourgeoisie einige ihren Interessen dienende Institutionen begründet. Bis zum Jahre 1890 funktionierten sie jedoch im allgemeinen schwach, weil die Gesellschaftsschicht, der sie dienten, nicht genügend konsolidiert war und auch keine genügende Anzahl ökonomisch gebildeter Mitglieder besaß. Allmählich, im Zusammenhang mit der ökonomisch-kulturellen Entwicklung Rußlands, reifte diese Schicht, wurde sich ihrer Interessen bewußt und begann sich zu organisieren. Im Jahre 1890 beleben sich die alten industriellen Handels-

institutionen, neue entstehen infolge der beruflichen Solidarität der Produzenten und Kaufleute oder auf der Grundlage gemeinsamer Interessen aus dem Handels- und Industriegebiet. Innerhalb der hier besprochenen Epoche gab es etwa zwanzig derartige Organisationen.

Die Regierung, die schon in der vorhergegangenen Epoche den Industriellen und Kaufleuten auf verschiedenste Weise geholfen hatte, tat es gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf systematischere Art. Vorher hatten einzelne Individuen aus diesen Gruppen sich auf Schleichwegen Konzessionen ergattert. Jetzt holte die Regierung und besonders das Finanzministerium in allen für Handel und Industrie wichtigen Angelegenheiten die Ansicht der unmittelbar beteiligten höheren Kreise der Bourgeoisie ein; immer häufiger treten industrielle und kaufmännische Korporationen mit Klagen oder Forderungen auf, die die Regierung willig anhört und gewöhnlich berücksichtigt, soweit dies nicht mit ihren Interessen kollidiert. Die russische Großbourgeoisie, die von der Regierung so zärtlich in allen wirtschaftlichen Fragen unterstützt wird, wird zur getreuen Verbündeten des Zarismus und in politischer Beziehung im allgemeinen zur konservativsten Schicht. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hat die Großbourgeoisie keinerlei konstitutionelle Tendenzen bekundet.

Infolge dieses Verhaltens haben die revolutionären Elemente verkehrterweise angenommen, die Großbourgeoisie würde den Absolutismus stets rücksichtslos unterstützen, doch haben die späteren Ereignisse das Gegenteil bewiesen.

Fürs erste machte die kaufmännische und großindustrielle Bourgeoisie mit der Regierung gemeinsame Sache. Von der Regierung unterstützt und wirtschaftlich organisiert, wuchs ihre Kraft; die Bourgeoisie wurde anspruchsvoller und verlangte einen durch Gesetz gesicherten Einfluß auf die Regierung, nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen. Es geschah dies jedoch erst im Verlauf des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts.

Die Bourgeoisie verhielt sich der Arbeiterklasse gegenüber mißtrauisch. Selbst die bescheidenen Reformen auf dem Gebiet

der Fabrikgesetzgebung, die die absolutistische Regierung als notwendig erkannte, wurden von der Bourgeoisie nur ungern gesehen.

Jedenfalls war die Konsolidierung der Bourgeoisie von großer sozialpolitischer Bedeutung.

Die mittlere Bourgeoisie, mehr als doppelt so zahlreich als die Großbourgeoisie — nach Ilins Ansicht haben ihr etwa 4 800 000 Menschen angehört —, hatte keine so ausgesprochene Physiognomie. Im allgemeinen hat sie sich jedoch nicht sehr von ihr unterschieden. Von ihrer Stellung zu den verschiedensten Fragen haben wir keine sehr klare Vorstellung, da sie keine so bedeutenden Institutionen besessen hat, die der Ausdruck ihrer Meinungen gewesen wären, wie die Großbourgeoisie.

In ihrer Mitte sind verschiedene Strömungen entstanden. Sie hatte jedoch keine vorwiegend politischen Tendenzen, die eine bestimmte Form angenommen hätten, sondern war verschiedenen Einflüssen zugängig.

Im allgemeinen war sie jedoch nicht genügend organisiert und hat im öffentlichen Leben keine große Rolle gespielt. Konservative Ansichten haben in ihren Kreisen überwogen, dieser Konservativismus war jedoch nicht der Ausfluß eines tieferen Klassenbewußtseins, sondern eher das Produkt der Tradition und eines tiefen geistigen Niveaus.

Das Kleinbürgertum nimmt in Rußland eine andere Stellung ein als in den westeuropäischen Staaten. Ich hatte schon Gelegenheit zu bemerken, daß die Dinge sich in Rußland anders als im Westen entwickelt haben. Die Handwerker und kleinen Kaufleute waren nicht organisiert. Diese Klasse hat weder einen sozialpolitischen, noch einen religiösen Kampf geführt und auch keine höhere Tradition besessen. Stets von irgendeiner Macht abhängig, gewöhnt, die verschiedensten Demütigungen zu ertragen, nicht in der Atmosphäre freier städtischer Gemeinden erzogen, stumpf, in der Familie und im öffentlichen Leben in patriarchalische Fesseln geschmiedet, in denen Knute und Stock die Hauptrolle gespielt haben, konnte sie weder ein revolutionäres Element mit höheren ideellen Gesichtspunkten sein, noch eine wichtige Rolle in der sozialen Umwälzung spielen.

In dem hier behandelten Zeitabschnitt hat das russische Kleinbürgertum sich zwar unter dem Einfluß des allgemeinen ökonomisch-kulturellen Aufschwungs bis zu einem gewissen Grade entwickelt, sein grundsätzlicher Charakter hat sich aber nicht geändert und konnte sich auch nicht ändern. Das Kleinbürgertum hatte gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht soviel Anlaß, die Regierung zu bekämpfen, wie das Proletariat und das Bauerntum. Seine ökonomische Lage war durchaus uneinheitlich und bot keinerlei Grundlage zu einer Organisation oder gemeinsamen Aktion. Im allgemeinen war die Lage des Kleinbürgertums in Rußland nicht schlecht, aber man kann sie auch nicht gut nennen. Hier und da haben sich einzelne Individuen aus diesem Kreise der revolutionären und oppositionellen Bewegung angeschlossen, im allgemeinen standen sie ihr jedoch fern. Die dunkelsten Elemente des Kleinbürgertums haben die Rolle von Freiwilligen der „alten Ordnung" gespielt.

Es geht nicht an, zu diesem Kleinbürgertum auch die wohlhabenden bäuerlichen Grundbesitzer zu zählen, denn dieses Kleinbürgertum hat eine etwas andere Färbung.

Der wohlhabende russische Bauer war und ist der Regierung gegenüber oppositioneller und hat dazu mehr Anlaß als der freie kleine Kaufmann oder selbständige Meister; dies hat sich in der Agrarbewegung vor und nach der Revolution gezeigt. Später hatten die Bauern bereits eine gewisse Übung in Massenaufständen.

Gut situierte Bauern werden sicherlich allmählich ein rückschrittliches soziales Element werden, das sich weitergehenden sozialen Reformen widersetzt; in politischer Beziehung dagegen werden sie, indem sie auf ihren Wohlstand hinarbeiten, nicht aufhören, bessere rechtliche Garantien, gerechte Abgaben usw. zu fordern. Natürlich wird auch das Kleinbürgertum allmählich seinen Charakter ändern. In der besprochenen Epoche war es konservativer als die Bauern, denen es erträglich ging und die am Kampf teilnahmen.

Trotz Finn-Jenotajewskijs Behauptungen muß betont werden, daß das Kleinbürgertum in Rußland vor und nach der Revolution unter den reaktionären Elementen eine wesentliche Rolle ge-

spielt hat. Wenn übrigens von den verschiedenen Klasseninteressen die Rede ist und ihrem damit im Einklang stehenden Vorgehen, so darf nicht vergessen werden, daß jede soziale Schicht ihre eigenen Interessen fördert und daß die verschiedenen Ausläufer, ihrem geistigen Niveau entsprechend, diese Interessen verschieden auffassen können und auch tatsächlich verschieden auffassen, indem sie Augenblickserfolge auf Kosten späterer anstreben, oder indem sie zwischen den einen und anderen ein gewisses Gleichgewicht aufrecht erhalten. Infolge des uneinheitlichen Begreifens der Klasseninteressen kann man das Vorgehen der verschiedenen sozialen Schichten nicht immer mit Gewißheit voraussehen. Gelegentlich läßt sich erraten, welche Auffassung der Vorteile in gegebener Zeit und am gegebenen Ort überwiegen wird.

Eine geschickte Politik beruht gerade darauf, über die Stimmung der verschiedenen sozialen Klassen und ihrer Ausläufer orientiert zu sein.

VIII.

In Rußland stehen die Großgrundbesitzer der Regierung am nächsten, aus ihren Kreisen rekrutieren sich in der Hauptsache, wenn auch nicht ausschließlich, die weltlichen, geistlichen und militärischen Würdenträger.

Zu Beginn des 20. und sicherlich auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts gab es in Rußland 702 Güter in einer Ausdehnung von über 30000 Desjatinen und einem Einkommen von 116000 Rubeln. Wahrscheinlich befanden sich zwei, drei und sogar noch mehr in einer Hand [1]), so daß die Zahl der Großgrundbesitzer wesentlich geringer als 702 war.

Prozentual gehört ein großer Teil der Großgrundbesitzer zur polnischen Aristokratie, namentlich in Litauen und Kleinrußland, die keinerlei Ämter innehat, infolgedessen auch keinerlei Einfluß auf die Regierung. So ist der Kreis der Auserwählten noch kleiner.

Erweitern läßt er sich durch die Besitzer von kleineren Gütern von 5 bis 10000 Desjatinen.

---

1) Finn-Jenotajewskij a. a. O. S. 494.

Nach Ansicht der russischen Publizisten hatten die reichen Großindustriellen und Großkaufleute neben den Großgrundbesitzern gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wie auch heute einen großen Einfluß auf die Regierung. Diese Bevölkerungskreise umfassen zusammen 32000 Menschen und haben häufig einen entscheidenden Einfluß auf das Schicksal des ganzen Reiches mit seinen etwa 110 Millionen Einwohnern.

Einige russische Publizisten und Politiker aus dem marxistischen Lager neigen dazu, den politischen Einfluß dieser Elemente selbst in der vorrevolutionären Epoche zu überschätzen und die Zentralregierung, ja selbst den Zaren, als Werkzeug dieser Gruppen anzusehen.

Ohne Frage hatten die reichsten russischen Fürsten dank ihrer Beziehungen einen starken Einfluß am Hofe; dieser Einfluß war jedoch nicht allvermögend. Als Korporation war der Adel nicht im Besitze bestimmter Rechte. Er war stark genug, um günstige Pachtbedingungen in seinem Interesse durchzusetzen, aber er war nicht imstande, Wittes Zollpolitik zu hintertreiben, die für den Großgrundbesitz ungünstig war.

Auch die Großfinanz, besonders Industrielle und Kaufleute hatten einen starken Einfluß namentlich auf nationalökonomischem Gebiete. Aber auch sie vermochten der Regierung ihren Willen auf anderen Gebieten nicht aufzuzwingen.

Zwischen diesen Bevölkerungsschichten hat die Regierung balanciert und sie nach Gutdünken als Stütze benutzt, aber sie war stark genug, um sich ihnen dort zu widersetzen, wo sie es im Interesse der Despotie für wünschenswert gehalten hat. Der mittlere Adel hatte Gründe genug, um mit der Regierung unzufrieden zu sein. Die vom Reich beobachtete Nationalökonomie hat ihn ruiniert, die Verwaltung ihn gequält. Der reiche Adel, der in der Hauptstadt oder im Ausland, fern von seinen Gütern gelebt hat, hat diesen Antagonismus nicht in demselben Maße empfunden, wie der mittlere Adel und der mittlere Grundbesitz.

Diese mittleren, auf ihren Gütern lebenden Grundbesitzer haben in den Bezirks- und Gouvernementsziemstwo (den Organen der Selbstverwaltung) die erste Geige gespielt. Zur Durchführung ihrer Interessen bedurften sie einer großen Anzahl gebildeter

Menschen: Ärzte, Statistiker, Ackerbaulehrer usw., die sich nach der großen Hungersnot von 1891 aus den Kreisen der oppositionellen und sehr revolutionär gefärbten Intelligenz rekrutiert haben.

Diese durch gemeinsame Interessen verbundenen Elemente haben in dem hier besprochenen Jahrzehnt in den Ziemstwo organisatorische Arbeit getan. Diese Arbeit hat vor und während der Revolution reiche Frucht getragen. Die Landbevölkerung wurde mit hineingezogen. Infolge der allgemeinen ökonomischen Entwicklung im Lande hat die Intelligenz — Advokaten, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Chemiker — numerisch im letzten Jahrzehnt sehr zugenommen. Der bestbezahlte Teil dieser Intelligenz, der aus wohlhabenden Kaufmanns- oder adelig-bureaukratischen Kreisen stammte und nur einen geringen Prozentsatz bildete, stand abseits vom politischen Kampf oder hielt es sogar mit der „alten Ordnung“; dagegen sympathisierte die Mehrheit mit der freiheitlichen Bewegung, die für die Allgemeinheit parlamentarische Institutionen verlangte. Ein großer Teil dieser Intelligenz hat sich später dem Sozialismus verschiedener Schattierungen zugewandt.

Solcher Art waren die sozialpolitischen Verhältnisse in Rußland gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

Sechstes Kapitel.

Ideologie der revolutionären und oppositionellen Partei in Rußland im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts.

In der hier behandelten Epoche hat der Marxismus allmählich eine zentrale Stellung in der Ideologie der demokratisch-fortschrittlichen und radikal-sozialen Elemente eingenommen.

Dazu haben folgende Ursachen beigetragen:

1. Der Marxismus gab eine wirkliche Analyse der Entwicklung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse in Rußland, die von den Tatsachen fortwährend bestätigt wurde.

2. Ferner hat der Marxismus, wie wir bereits früher beobachtet haben, Triumphe im Westen gefeiert, besonders hat die immer mehr um sich greifende soziale Arbeiterbewegung sich zu ihm bekannt.

3. Schließlich hat der Marxismus einen natürlichen und gleichzeitig notwendigen Ausweg aus dem unerträglichen Zustand, in dem sich Rußland befand, versprochen, indem er eine Reorganisation nicht nur der wirtschaftlich-sozialen, sondern auch der politischen Verhältnisse voraussagte: den Übergang vom Kapitalismus über die Demokratie zum Sozialismus.

Je trauriger und schwerer die russische Wirklichkeit war, je furchtbarer sich der Kampf mit den offiziellen Regierungsvertretern gestaltete, desto lieber ergriff man eine Theorie, die die faktische und logische Notwendigkeit einer Evolution der Verhältnisse in der gewünschten Richtung bewies.

Der Marxismus hat nicht nur auf die gewirkt, die von einem vollkommen neuen sozialen Zuschnitt träumten, auf völlig anderen

als den bisherigen Grundlagen beruhend, sondern auch auf jene, die, ohne so weit zu gehen, wünschten, daß Rußland ein moderner konstitutioneller Staat werde, der seine Pforten einer friedlichen und allmählichen Entwicklung der sozialpolitischen Verhältnisse in liberaler und demokratischer Beziehung öffne.

In den Jahren 1892, 1893 und 1894 konnte man in der legalen russischen Presse immer häufiger Bemerkungen finden, die sich auf die Marxisten bezogen. Diese Bemerkungen waren zumeist unfreundlicher, gelegentlich sogar aggressiver Natur.

In den Spalten der Monatsschrift „Russkoje Bogatstwo" (Russischer Reichtum) hat der alte Michajłowskij die Marxisten mit Vorliebe verspottet. Dieser Kritiker, Schriftsteller und politische Führer hat die Marxisten nicht geliebt, er warf ihnen Neigung zur Schablone, zu doktrinärem Wesen und eine fatalistische, einseitige Beurteilung sozialpolitischer Erscheinungen vor. In seinen Feuilletons in der erwähnten Zeitschrift hat er die Ansichten der jungen russischen Marxisten häufig karikiert, gelegentlich hat er sie wortgetreu wiedergegeben, trotz des Protestes reiferer, gefestigterer Marxisten.

Ich habe bereits zu Beginn dieses Bandes darauf hingewiesen, daß der Marxismus eine biegsame Theorie hat und daß seine Ansichten verschieden interpretiert werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die jungen Adepten des Marxismus in Rußland ihn häufig allzu eng aufgefaßt haben, indem sie alle sozialen Erscheinungen in übertriebener Weise nur durch unmittelbare ökonomische Bedingungen erklärt oder den Prozeß des kollektiven Lebens in einer allzu fatalistischen Weise begriffen oder schließlich die Bedeutung hervorragender und großer Persönlichkeiten vollkommen geleugnet haben. Dieses allzu einseitige Erfassen des Marxismus bot den Gegnern Gelegenheit genug zum Spott.

Es muß jedoch erwähnt werden, daß die wiederholten Kämpfe, die Michajłowskij und andere mit den Marxisten ausgefochten haben, die schwachen Punkte der Anhänger des Verfassers des „Kapitals" zwar aufgedeckt, aber ihre grundsätzliche Auffassung, die sich auf die Entwicklung wirtschaftlich-sozialpolitischer Verhältnisse im Westen so gut wie im Zarenreiche

bezog, nicht erschüttert haben. Das Leben selbst hat ihre Grundsätze bestätigt, während ihre im einzelnen oft allzu naiv aufgefaßten „soziologischen Theorien“, die sich nicht auf Tatsachen, sondern auf den Glauben an Doktrinen stützten, vom Leben widerlegt wurden.

Durch seinen architektonischen Aufbau und seine Universalität lockte der Marxismus.

Der damalige russische Marxismus stand im vollsten Sinne dieses Wortes aufrecht. Zwei Umstände hatten dazu beigetragen.

1. Die Zensur ließ ein allgemeines Behandeln sozialpolitischer Fragen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen nicht zu; infolgedessen blieb sehr vieles ungesagt und ökonomische Fragen, über die man relativ am freiesten schreiben konnte, wurden auf Kosten anderer ausführlichst behandelt.

2. Die momentane Bildung der Zustände in Rußland, die durch eine kapitalistische Regierung und eine ihr treue Bourgeoisie unterstützt wurde, hat eine Reihe augenfälliger Fehler in der Beurteilung der nächsten und ferneren Zukunft mit sich gebracht. Die jungen russischen Marxisten zogen daraus den Schluß, daß die Bourgeoisie in Rußland stets die Stütze des Absolutismus sein und nur die Arbeiterklasse das unzufriedene Element sein und bleiben würde. Auf diese Weise haben sie sich die komplizierten Klassengegensätze in Rußland außerordentlich vereinfacht, und in der Vorstellung der jungen russischen Marxisten wurde das Proletariat zum einzigen Element, das die bestehenden Zustände verändern konnte.

Außerdem traten die alten russischen Doktrinäre, die sich noch der Zeiten des Hegelianismus, Materialismus und bäuerlichen Anarchismus, der tief in der russischen Seele eingewurzelt war, erinnerten, wieder in den Vordergrund; sie schlossen sich den Marxisten an und gaben ihnen eine besondere Färbung.

Jeder, der über Rußlands geistiges Leben, über russische Volksführer und die russische sozialpolitische Bewegung schreibt, muß sich mit der Genesis und dem Charakter des russischen Hanges zur Doktrin auseinandersetzen, die in so charakteristischer Weise in den verschiedenen geistigen Strömungen der Geschichte des russischen Volkes zutage treten.

Der begabte russische Schriftsteller Andrejewitsch, der Verfasser der „Versuche einer Philosophie der russischen Literatur“, äußert sehr treffende Ansichten über den russischen Dogmatismus und Hang zum Doktrinären:

„Bis vor kurzem hat der russische Leser stets nach Büchern gesucht, in denen alles gesagt war, die Antwort brachten auf alle Fragen in bezug auf Ehre, Gewissen, Fortschritt, und der russische Schriftsteller hat stets versucht, ein derartiges Buch zu schreiben.

Das russische Denken hat das Streben, sich dogmatisch und in der Form des Katechismus zu äußern. Niemals haben wir Intoleranz als Mangel empfunden. Die Theorie, die in unserem Lande am meisten nach Freiheit begehrt hat, hat sich umgestaltet in ein Gesetz über die Notwendigkeit des Heeres. . . .

. . . Was hat uns zu Dogmatikern gemacht? Viele Dinge. Die Monatsschriften, die sich als politisches Tribunal geriert haben, die Neigung einer unkultivierten Gesellschaft zum Moralisieren, die Stimme des Gewissens, der Fanatismus des ethischen Gefühls, Edelmut und Unreife. Dazu der andauernde Kampf und der Druck der Verfolgungen. . . .

. . . In den vierziger und fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts hat das Dogma des Hegelianismus bei uns geherrscht, in den siebziger der Materialismus, in den achtziger ‚Volkstum‘, in den neunziger Jahren der Individualismus und im letzten Jahrzehnt der Marxismus. . . .

. . . Einst schien es uns, ein ehrlicher Mensch müsse unbedingt Materialist sein, wer nicht an das Volkstümliche glaube, sei für die soziale Sache verloren und der Bourgeoisie unrettbar verfallen, wer Kunst und Musik liebe, sei ein Aristokrat . . . und wer von Gott spreche, ein Volks- und Vaterlandsverräter. . . .

In der Theorie haben wir uns vor der Freiheit des Gedankens und Gewissens gebeugt, aber sie in Tat umzusetzen, wurde auf bessere Zeiten verschoben. Auf diese wartend, haben wir uns gegenseitig verwünscht. . . .

. . . Wenn wir uns darauf besinnen, wieviel Leidenschaft und Fanatismus sich in unserem Dogmatismus kristallisiert hat, so wird seine Geschichte traurig, ja tragisch.“ (S. 473—477.)

So schreibt über den russischen Hang zur Doktrin ein geborener Russe, der naturgemäß daran weniger Anstoß nimmt als ein Fremder. Was würde ein Engländer, ein Franzose, ein Pole, ein Deutscher zu diesem Thema sagen?

Wenn also, wie wir gesehen haben, der Dogmatismus in Rußland nichts Neues war, so hatte der marxistische Dogmatismus in Rußland doch ein besonderes Gepräge und hat sich von allen anderen Arten des Dogmatismus in den verflossenen Jahrzehnten unterschieden. Der Marxismus ist eine Weltanschauung und strebt danach, alles zu umfassen; daher hatten seine Anhänger in Rußland auch weitgehende Prätensionen. Außerdem hat und hatte der Marxismus, verglichen mit den verschiedensten anderen Abschattierungen des sozialen Gedankens, ausgesprochene Kampftendenzen, und auch dies gibt ihm sein besonderes Gepräge.

Der Marxismus ist eine komplizierte Lehre, die in der Agitation unendlich vereinfacht wird. Häufig lassen sich auch verwickelte Erscheinungen in sehr einfachen Formeln ausdrücken. Die weitaus größte Mehrheit der Menschen eignet sich auch verschiedene Theorien nur in ihrer einfachsten Form an, da dies einer geringeren geistigen Anstrengung bedarf als die Assimilierung komplizierter wissenschaftlicher Wahrheiten. Alles das erleichtert die Ausbreitung der Doktrin und des Dogmas.

Dem Dogma entgegenarbeiten kann nur eine umfassende historische und soziologische Bildung, sie sich anzueignen erfordert jahrelange Arbeit, eine gewisse Geschicklichkeit in der Behandlung des ungeheuren Tatsachenmaterials usw. Die Mehrzahl der Menschen und besonders die Jugend liebt und versteht es nicht, sich in das Gebiet der Tatsachen hineinzuvertiefen, sie zu vergleichen und vorsichtig Schlüsse daraus zu ziehen. Sie ziehen fertig geprägte Wahrheiten in klarer, durchsichtiger Form vor. In Rußland erhalten sozialpolitische und philosophisch-ethische Ideen, die die Gesellschaft einer besseren Zukunft entgegenführen, infolge der Verfolgungen, der Schwierigkeit, diese Ideen auszubreiten usw., eine religiöse Bedeutung. Je umfassender die Idee ist, eine je größere Interessensphäre sie begreift, desto leidenschaftlicher wird sie geliebt.

Die russische Gesellschaft, in einen engen Kreis privaten Lebens eingeschlossen, in ihrem Selbstgefühl geknechtet, der Möglichkeit, soziale Erfahrungen in größerem Umfang zu machen, beraubt, ist in Dogmatismus und Doktrin versunken. Je freier ein Volk ist, je länger es freiheitliche Institutionen benutzen kann, desto weniger neigt es zum Doktrinären. Die Engländer sind weniger doktrinär als die Franzosen, die Franzosen weniger als die Deutschen, die Süddeutschen weniger als die Preußen usw.

Die Russen sind die doktrinärsten. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit, namentlich im IV. Band, werde ich Gelegenheit haben, zu zeigen, wieviel Unheil der freiheitlichen Bewegung aus diesem Hang zum Doktrinären erwachsen ist. Hier ist es mir nur darum zu tun, auf Ursprung und Vorhandensein des Doktrinären hinzuweisen.

Bemerken muß ich jedoch, daß die russischen Marxisten erst allmählich doktrinär geworden sind; ursprünglich haben sie um die Freiheit, an den alten Begriffen Kritik zu üben, gekämpft; später, als sie immer mehr Anhänger fanden, besonders in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts, wurden sie im höchsten Grade intolerant.

Der Marxismus hat eine Reihe wissenschaftlicher Entdeckungen gemacht, die ein fester Besitz unseres Wissens geworden sind, aber er hat auch Hypothesen aufgestellt, die sich entweder nicht beweisen oder nicht begründen lassen. Er hat auch solche aufgestellt, die, in unbedingter Form geäußert, falsch sind, in bedingter dagegen richtig oder der Wahrheit angenähert.

Soziale Erscheinungen sind sehr zusammengesetzt und lassen sich zahlenmäßig nicht ganz fassen (nur eine gewisse Kategorie kann in der Statistik ausgedrückt werden), deshalb ist die absolute Begründung verschiedener Theorien auf diesem Gebiete außerordentlich schwierig. Das ausschließliche Operieren mit Deduktion, ohne die Ergebnisse durch Induktion zu kontrollieren, führt auf Irrwege. Die russischen Marxisten haben die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands in ihren verschiedenen Konsequenzen von richtigen prinzipiellen Gesichtspunkten aus beurteilt; in sehr vielen Einzelheiten, die sich auf politisch-taktische Angelegenheiten beziehen, sind sie jedoch zu verkehrten Schlüssen

gekommen, da sie die Theorie allzu einseitig der Praxis angepaßt haben. Ich beschränke mich hier auf diese allgemeine Anmerkung, indem ich mir die tatsächliche Begründung dieses Schlusses für später vorbehalte bei der Schilderung des Verlaufes der Ereignisse und der Taktik der russischen Sozialdemokraten. Die russischen Marxisten sind sich nicht darüber klar geworden, daß der politische Umschwung in Rußland in konstitutioneller Richtung nur Sache der Allgemeinheit sein kann oder zum mindesten der Majorität, und daß, wenn in diesem Umschwung das Fabrikproletariat auch die wesentlichste Rolle spielen mag, er nicht durch dieses allein herbeigeführt werden kann.

Unter den damaligen russischen Marxisten waren zwei Elemente: 1) ein liberal-demokratisches, das in der Entwicklung der russischen Industrie einen Hauptfaktor für die Umgestaltung des Reiches in konstitutionell-demokratischer Richtung gesehen hat; 2) ein zweites sozialistisches, für das politische Freiheit nur eine Etappe im Kampf um den Sieg des Sozialismus war.

Diese beiden Richtungen des Marxismus haben nebeneinander bestanden und sich gegenseitig durchdrungen, indem sie gelegentlich ineinander übergegangen sind. Aber auch damals schon bestanden gewisse theoretische Unterschiede zwischen ihnen.

Russische Marxisten wie Struwe, Tuhan-Baranowski, Bułhakow und andere waren eher radikale Demokraten als konsequente, die Revolution anstrebende Sozialisten. Unter ihnen ist nur der eine — Tuhan-Baranowski — bis auf den heutigen Tag ein Anhänger des Kollektivismus, als Ideal des sozialen Zukunftsstaates, geblieben, obgleich auch er in politischer Beziehung der konstitutionell-demokratischen Partei nähersteht als der sozialdemokratischen.

Struwe hat, wie wir später sehen werden, obgleich er das erste Manifest der ersten kurzwährenden Vereinigung der sozialdemokratischen Partei redigiert hat, von Anfang an in den Marxismus fremde Elemente eingeführt; er stand unter dem starken Einfluß von Schriftstellern wie Brentano u. a. In ihren philosophischen Ansichten standen Struwe, Bułhakow u. a. von Anfang an stark unter Kants Einfluß, indem sie sich nicht nur

zu seinen erkenntnistheoretischen, sondern auch zu seinen metaphysisch-ethischen Anschauungen bekannten.

In seiner bekannten Schrift „Kriticzeskija zamietki ob ekonomiczeskom razwitji Rossii“ (Kritische Bemerkungen zu Rußlands ökonomischer Entwicklung) versucht Struwe Marx' Ansichten mit den Theorien des Neomalthusianismus hinsichtlich der Bevölkerungsfrage zu vereinigen.

Die Zeit der stärksten Reaktion in Rußland, nach den Jahren 1881 und 1882, als Metaphysik und Tolstoismus die russische Intelligenz beherrscht haben, hat auch dem Geist der jungen russischen Marxisten aus dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ihr Gepräge aufgedrückt. Dies trat zutage in ihrer Unlust, im politischen Kampf scharfe Mittel zu gebrauchen, im mangelnden Glauben an seine Wirksamkeit und schließlich im nebelhaft Verschwommenen einzelner philosophisch-soziologischer Ansichten.

Struwe war nicht imstande, die Wahrheit zu begreifen, daß menschliches Wirken, Parteikämpfe usw. ein notwendiges Glied in der langen Kette der Ursachen sozialer Umgestaltungen sind. Bułhakow hat vergebens versucht, ihm dies in den Spalten der philosophischen Vierteljahrsschrift „Philosophische und psychologische Fragen“ klarzumachen. Bułhakow selbst versank später in religiösen Mystizismus.

Der deutsche Schriftsteller Stammler, der Verfasser des berühmten Werkes „Wirtschaft und Recht“, hat einen großen Einfluß auf Struwe und Bułhakow ausgeübt und durch sie auch auf die marxistische Jugend gewirkt. Stammlers Ansichten über die materialistische Geschichtsauffassung, die, den Boden induktiver Forschungen verwerfend, die ganze Frage in die erkenntnistheoretische, eigentlich metaphysische Sphäre verlegt hat, haben den Marxismus durchaus nicht vertieft, sondern nur unendliche Streitigkeiten über Erkenntnistheorie in sozialen Wissenschaften zur Folge gehabt, ohne zur Lösung irgendeiner soziologischen Frage beizutragen.

All das hat die russische Intelligenz noch stärker in die Richtung abstrakt-deduktiver Untersuchungen gedrängt und sie von der induktiven Methode entfernt.

Soziologisch-gesellschaftliche Fragen wurden mit Hilfe zahlreicher Syllogismen gelöst.

Natürlich gab es auch nationalökonomisch-beschreibende Arbeiten, deren Verfasser junge Marxisten waren; aber nicht sie waren es, die den Ton der wissenschaftlichen Diskussionen bestimmt und am stärksten auf die Jugend gewirkt haben.

Die Geschichte großer sozialpolitischer Bewegungen, vom tatsächlichen Standpunkt aus aufgefaßt, ihren ganzen Mechanismus offenbarend, hat nicht auf die jungen russischen Marxisten gewirkt, die sich in der Mehrzahl mit einem allgemeinen Bericht dieser Erscheinungen, auf einige Formeln des Klassenkampfes zurückgeführt, zufrieden gaben.

Über historischen Materialismus wurde damals am meisten geschrieben und gesprochen. Plechanow hat unter dem Pseudonym Beltow damals (1895) in Petersburg eine sehr bekannte, von großer Begabung zeugende Arbeit erscheinen lassen: „K woprosu o monisticzeskom wzgladie na istorji“ (Bemerkungen zur Frage der monistischen Weltanschauung).

Das war eine glänzende Verteidigung der materialistischen Weltauffassung gegen die Vorwürfe der Gegner, die namentlich mit den Russen Michajłowski, Karejew und anderen abrechnete.

Während Plechanow Marx' soziologische Anschauung verteidigte, warnte er gleichzeitig davor, sie in allzu vereinfachter Form aufzufassen. Im allgemeinen zeichnet sich Plechanows soziologischer Materialismus durch die Weite seiner Auffassung aus. In einer anderen Arbeit über die Bedeutung großer Individuen, die in seinem Buche „Za dwadcat' liet“ (Im Verlauf von zwanzig Jahren) enthalten ist, weist Plechanow nach, daß der Genius und selbst hervorragende Individuen sehr viel durch ihre persönliche Arbeit wirken können, wenn diese mit der sozialen Entwicklungslinie im Einklang ist.

Plechanows Warnung, den Marxismus in einer gar zu vulgären Form zu vereinfachen, war nützlich und notwendig. Leider hat sie auf die Leser den erhofften Einfluß nicht ausgeübt, sie haben, geblendet von der Dialektik des Verfassers, nur die Gegner des soziologischen Materialismus als geschlagen emp-

funden, ohne sich darum zu kümmern, ob die geliebte Doktrin verkehrt interpretiert wurde. Trotz seiner glänzenden Vorzüge hat Plechanows Buch die Zweifel am Materialismus nicht behoben.

Indem er die Theorien der sogenannten einzelnen sozialen Faktoren bekämpfte und ihnen den Monismus gegenüberstellte, tat er dies weder in erschöpfender noch in sehr klarer Weise.

Das Vorhandensein gesonderter Faktoren im Gesamtleben war und ist eine Tatsache, um so wesentlicher, als die gesonderten Faktoren sich nur selten einander ganz angleichen lassen. Der soziale Monismus dagegen, wenn er auch zweifellos in dem Sinne vorhanden ist, daß wir die verschiedenen Seiten des kollektiven Lebens nicht völlig voneinander trennen können, hebt den Gegensatz der verschiedenen Faktoren nicht auf, die gelegentlich scharf voneinander gesondert auftreten. Die besten Seiten der hier besprochenen Arbeit von Plechanow waren jene, in denen der Verfasser auf den Utopismus der russischen Volkstümler hinwies, die mit der tatsächlichen Zusammensetzung der sozialen Kräfte in Rußland nicht gerechnet haben. Der intellektuelle Führer der russischen Marxisten hat die Analogie zwischen den idealistischen Richtungen in Rußland und Deutschland glänzend nachgewiesen.

Plechanows Buch hat einen ungeheuren Eindruck gemacht und nicht wenig zum theoretischen und zum Teil auch praktischen Sieg der russischen Marxisten über ihre verschiedenen Gegner beigetragen.

Nach dem Jahre 1895 wuchs der Einfluß der Marxisten ungeheuer. 1897 entstand eine marxistische Monatsschrift „Nowoje Słowo“ (Das neue Wort). Diese Zeitschrift war öffentlich und legal und hatte einen bedeutenden Einfluß. Der Marxismus drang allmählich auch in die populäre Zeitschrift „Mir Bożyj“ (Gotteswelt) sowie in andere ein. Nachdem „Nowoje Słowo“ von vier Ministern aufgehoben worden war (vom Minister des Innern, der Justiz, der Aufklärung und dem Oberprokurator des heiligen Synods), waren die russischen Marxisten eine Zeit hindurch ihrer Zeitschrift beraubt; später gründeten sie „Naczało“ (Anfang) und „Zizn“ (Leben).

Unter den russischen Marxisten gab es viele begabte Männer, die ihre Spur in der wissenschaftlichen Literatur hinterlassen haben.

Diese neue Wendung trat auch in der schönen Literatur zutage.

Besonders Tschechow wies in seiner Erzählung „Mužyki" (Bauern) auf die hoffnungslose Lage des russischen Dorfes und den vergeblichen Kampf der Bauern hin. Der Belletrist Wieresajew hat in seinen Büchern den Typus des neuen marxistischen Führers geschildert, der sich von den früheren wesentlich unterscheidet; Gorkij, der damals zu schreiben begann, suchte seine Helden bereits unter den obdachlosen Proletariern, die zum Kampf um ihre persönlichen und sozialen Rechte erstarken.

In der hier geschilderten Epoche tragen westeuropäische Ideen den definitiven Sieg über slawophil-russische verschiedener Schattierungen davon.

Der Individualismus entwickelt sich weiter, indem er sich auf realere Grundlagen, als die vorhergehenden waren, stützt. Er tritt namentlich im Bereich persönlicher Angelegenheiten und auf schöpferischem Gebiet zutage. Auf sozialem Gebiet herrscht ein ziemlich primitiver und einseitiger Kultus der Masse. Der Aktion kleinerer Gruppen und einzelner Individuen steht die Massenaktion gegenüber. In dieser Reaktion war zweifellos ein gesunder Keim; es handelte sich nämlich darum, die größtmögliche Zahl der in Fabriken, Bergwerken, Werkstätten und auf dem Felde arbeitenden Bevölkerung zur Teilnahme am sozialen Leben zu erwecken und so starke Kräfte zusammenzuschließen, daß sie imstande wären, die „alte Ordnung" zu sprengen.

Dieser Kultus der Masse ist jedoch weit über jede Grenze der Vernunft hinausgegangen.

Zweifellos bildet die Masse eine Macht, aber 1) ist die Bedeutung der Masse zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten nicht identisch. So hat z. B. eine Massenbewegung in der Provinz, fern von den Hauptzentren des Reiches, keine entscheidende Bedeutung. Massenbewegung führt nicht immer zum

Sieg, denn sie vermag nicht immer die ihr gegenwirkenden Kräfte, die gleichfalls in der Masse vorhanden sind, zu besiegen (z. B. im Heer). — 2) Massenbewegung ist nicht immer möglich und gelegentlich ist auch eine sofortige Aktion notwendig. — 3) Massenbewegung bedarf gewöhnlich der Hilfe kleiner sozialer Gruppen, die ihr den Weg bahnen und eine gewisse Initiative geben. Diese Rolle pflegen Verschwörungen zu erfüllen. — 4) Massenbewegung muß eine gewisse Eliteminorität haben, die wesentlich über dem Durchschnitt der Masse steht.

Massenbewegung als solche genügt nicht, denn sie ist nicht biegsam genug und läßt sich auch nicht schnell genug den sich ändernden Umständen anpassen. Massenbewegung vermag dem Feind nur den letzten Stoß zu versetzen, sie ist jedoch nicht imstande, mit ihm fortwährende kleine Kämpfe durchzufechten.

Einseitige Bewertung der Massenbewegung schwächt die Initiative der Aktion; wenn sämtliche Kampfesformen, die auf die Massenbewegung keinen Bezug haben, verworfen werden, so führt dies in der Praxis häufig dazu, sie eine Zeit hindurch zurückzudrängen.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werde ich noch wiederholt auf die Masse, die sich den verschiedenen Abzweigungen der russischen Sozialdemokraten angeschlossen hat, einzugehen haben.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts fanden die Ansichten der alten russischen „Volkstümler" noch Anhänger in Rußland. Sie waren jedoch nur von geringer Bedeutung, das Leben hatte sie zu deutlich Lügen gestraft.

Als aber gegen Ende des hier besprochenen Jahrzehnts in revolutionären Kreisen der von Erfolg gekrönte Versuch entstand, die alten Richtungen zu erneuern, war diese Erneuerung nicht mehr eine einfache Wiederholung alter Ideen, sondern ein Versuch, Vergangenheit und Gegenwart zu versöhnen.

In der russischen Gesellschaft fanden konstitutionelle Ideen immer mehr Anhänger.

Die Sozialdemokraten jedoch haben, wie wir sehen werden, keinen unmittelbaren Kampf um die Konstitution geführt, in

der Annahme, daß der ökonomische Kampf des Proletariats sich erst allmählich in einen politischen umgestalten würde.

Trotz großer Einseitigkeit und vieler Mängel enthielt die Ideologie der neuen oppositionellen und revolutionären Elemente in Rußland gesunde Keime und hat zu einer ergebnisreichen sozialen Arbeit unter dem Fabrikproletariat geführt, das ein immer mächtigerer Faktor in der Entwicklung der Gesellschaft und im russischen Staat wurde.

Siebentes Kapitel.

Die russische revolutionäre und oppositionelle Bewegung von 1891 bis 1901.

I.

Wie bereits erwähnt, hat die Hungersnot im Jahre 1891/92 die russische Gesellschaft aufs tiefste erschüttert und die oppositionell-revolutionären Elemente zur Tat geweckt. Die bestehenden Kreise und Gruppen, die eine kulturell-propagandistische Arbeit in demokratisch-radikalem und sozialistischem Geist geleistet haben, wuchsen an Mitgliederzahl und begannen nach der furchtbaren Hungersnot mit größerer Energie zu handeln. Neben den vorhandenen Kreisen und Gruppen entstanden in verschiedenen Punkten Rußlands neue. In stärkerem Maße als bisher begannen sich größere Kreise für wirtschaftliche, sozialpolitische und kulturelle Fragen zu interessieren. Nachdem „Tagesfragen" erledigt waren, begann ein neuer Abschnitt und „die großen Fragen" rückten an die erste Stelle. Zu ihrer Lösung bediente man sich in der Theorie und in der Praxis einer anderen als der bisher geübten Methode. Man beschloß systematisch, stufenweise und vorsichtig vorzugehen; die Fragen selbst traten jedoch in ihrer ganzen Furchtbarkeit auf die Tagesordnung. Diese Epoche ist in ihren Einzelheiten heute noch nicht genügend aufgeklärt. Wir kennen sie in ihren allgemeinen Zügen und erinnern uns der wesentlichsten Momente. Aber wir haben noch kein genügend klares Bild der Kleinarbeit, die damals innerhalb des gesamten russischen Reiches geleistet wurde, nicht nur in größeren, sondern auch in kleineren Städten, in Fabrikansiedlungen und auf dem Lande.

Die Berichterstattung über die mit der Regierung geführten Prozesse, der Verlauf größerer Streiks gibt noch kein volles Bild der angespannten unterirdischen Arbeit. Erst allmählich, wenn die Führer dieser Epoche ihre Erinnerungen aufzeichnen werden, werden wir diese Zeit und das Innenleben ihrer Führer gründlich kennen lernen können.

Die revolutionäre Wirksamkeit mußte namentlich zu Beginn des Jahrzehnts in den verschiedenen Punkten Rußlands verschieden sein.

Petersburg hatte bereits eine lebendige revolutionäre Tradition, die die unbedingte Herrschaft der neuesten sozialdemokratischen Strömungen in geheimen revolutionären Gruppen verhinderte. Auch Moskau hatte seine Tradition, obgleich sie weniger lebendig und reich war. Andere, besonders kleine Städte, sind der neuen Strömung stärker erlegen, da die alte weniger deutliche Spuren in ihnen hinterlassen hatte.

Um die damalige Bewegung genau kennen zu lernen, muß man die Wirksamkeit der revolutionären Gruppen in einzelnen Städten betrachten; erst in dem Maße, wie sich die Bewegung konsolidiert hat, vermag man sie zu charakterisieren. Ich beginne damit, die revolutionäre Bewegung in Petersburg zu schildern.

II.

Über die revolutionäre Bewegung in der Hauptstadt Rußlands im Beginn des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts haben wir ziemlich dürftige und noch dazu einander widersprechende Nachrichten. Namentlich zwei Aufsätze damaliger Führer kommen in Betracht. Der eine erschien in Nummer 4 und 5 der im Ausland gedruckten sozialdemokratischen Revue „Żiźn“ (Leben), ihr Verfasser schrieb unter dem Pseudonym „Der Petersburger“ [1]); der andere erschien in der Monatsschrift „Byloje“ in Rußland in Heft 2 des Jahres 1906, ihr Verfasser ist Aleksandrow [2]). Weitere Nachrichten über die Petersburger

1) Der genaue Titel des Artikels ist: „Oczerki peterburgskawo raboczawo dwiżenja“ (Schilderung der Petersburger Arbeiterbewegung).

2) Der Artikel trägt den Titel: „Grupa Narodowolcew“ (Die Gruppe der Volkstümler).

Bewegung sind entweder in Artikeln verstreut, die sich auf andere Themen beziehen, oder in allgemeinen Broschüren. Akimow (Machnowiec) schildert in seinem Buche „Matierjały dla charakteristiki razwitja rossijskoj socialdemokraticzeskoj raboczej partji" (Material zur Charakteristik der Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei) die Petersburger Bewegung, beginnt aber erst mit dem Jahre 1894. Gleichzeitige sozialistische und namentlich sozialdemokratische Schriften enthalten verschiedene Angaben über Streiks und die Arbeiterbewegung in der Hauptstadt.

Gegen Ende des Jahres 1891 entstand in Petersburg eine Gruppe von Volkstümlern; an der Spitze standen fünf Personen, darunter waren M. Aleksandrow und A. Fiedułow. Diese Gruppe nahm aus Tradition das Programm der „Volksfreiheit" wieder auf, ohne sich mit ihr vollkommen solidarisch zu fühlen. Der „Volksfreiheit" entsprechend stellte die neue revolutionäre Gruppe den Kampf um politische Freiheit in Rußland an erste Stelle; in der Auffassung des Kampfes selbst unterschieden sich die neuen Volkstümler wesentlich von den alten. In den Terrorismus setzten sie kein Vertrauen und versuchten sogar zu beweisen, daß er nicht das wesentliche Charakteristikum der bekannten Partei der neunziger Jahre gewesen war. Den jungen Volkstümlern war es namentlich darum zu tun, die Ideen politischer Freiheit in Rußland zu verbreiten und Arbeitermassen zum Kampf für dieses Ziel anzufeuern. Die neue Gruppe brach auch mit den Theorien der früheren „Volkstümler". Zu Beginn des Jahres 1892 hatte sie bereits ihre eigene, gut eingerichtete Druckerei und begann Proklamationen und kleine revolutionäre Schriften, die damals von große Bedeutung waren und ihr viel Sympathien erwarben, zu veröffentlichen.

Der alte Michajłowski schrieb die erste Proklamation „Swobodnoje Słowo" (Das freie Wort). In der Proklamation war die Rede von der Hungersnot im Jahre 1891, und die Apathie der Gesellschaft und das Vorgehen der Regierung wurden scharf kritisiert. Der Aufruf schloß mit dem Wunsche, Volksvertreter zu berufen, die sich frei über die Lage des Reiches und der Gesellschaft aussprechen sollten, um Enthusiasmus und Opfer-

willigkeit zu erzeugen, die Rußland stets in kritischen Augenblicken erlöst haben.

Eine zweite, von Fiedułow verfaßte Proklamation „Von der Gruppe der Volkstümler" forderte die revolutionären Elemente auf, sich zusammenzuschließen und den Kampf mit der Regierung aufzunehmen.

Michajłowski brach sehr bald seine Beziehungen zur Gruppe der jungen Volkstümler ab, da seine Proklamation während des Druckes verändert worden war.

Im Februar 1892 schlug der bekannte Statistiker Astyrew den Volkstümlern vor, seine revolutionären Briefe an die Bauern zu drucken. Der Vorschlag wurde angenommen. Astyrews Briefe, die leidenschaftlich und doch klar geschrieben waren, erfreuten sich einer großen Popularität und wurden von der Land- und Stadtbevölkerung gern gelesen.

Im Jahre 1892 gab die Gruppe die erste Nummer der Flugblätter „Letuczyj listok grupy narodowolcew" (Flugschrift der Volkstümler) heraus, 1893 eine Broschüre über Alexander III. und eine weitere „Bratcy towarzyszczi" (Brüder, Gefährten), von einem Arbeiter verfaßt, es war die zweite Nummer der Flugblätter. Die Veröffentlichungen dieser Gruppe wurden auch außerhalb Petersburgs gelesen.

Im April wurden zahlreiche Verhaftungen unter den Mitgliedern der Volkstümler vorgenommen. Die Druckerei blieb jedoch bestehen.

Die Volkstümler hatten ziemlich ausgedehnte Beziehungen unter den Arbeitern in Petersburg, die ihre Veröffentlichungen mit der größten Spannung lasen.

Aus den uns heute zugänglichen Quellen ist es schwer, sich ein klares Bild von den Beziehungen der Arbeiter zu den Volkstümlern zu machen. „Der Petersburger", der Verfasser des oben zitierten Artikels, schreibt, daß die Volkstümler unter den Arbeitern der verschiedenen Fabriken Anhänger hatten; daraus könnte man schließen, daß sie eine besondere Proletarierorganisation hatten. Aleksandrow dagegen behauptet, daß, obgleich es zwischen den Volkstümlern (als sie sich organisiert hatten) und den Sozialdemokraten aus den Kreisen der

Intelligenz viele und häufige Berührungspunkte gab, die Arbeiterorganisation einheitlich geblieben war; daraus würde wieder hervorgehen, daß die Volkstümler keine besondere proletarische Organisation hatten.

Wahrscheinlich lag es so, daß damals schon eine allgemeine Kassenorganisation der Arbeiter existierte, die hauptsächlich unter dem Einfluß der Sozialdemokraten stand, die dort ihren von der Intelligenz entsandten Delegierten Brusniew hatten; abgesehen davon hatten die Volkstümler ihre Organisatoren unter den Arbeitern, die Einfluß in verschiedenen Fabriken hatten, ohne besondere Arbeiterorganisation gebildet zu haben.

Die Volkstümler haben politische Agitation getrieben, während die Sozialdemokraten sich auf die Propaganda der Grundsätze des Sozialismus und auf kulturell-aufklärende Arbeit beschränkten, sowie darauf, den Arbeitern über ihre ökonomische Lage die Augen zu öffnen.

III.

Der oben erwähnte Verfasser des Artikels über die Arbeiterbewegung in Petersburg bemerkt, daß die fortgeschritteneren Arbeiter, die unter dem Einfluß der Sozialdemokraten stehen, zwar die Notwendigkeit politischer Freiheit eingesehen haben, sich jedoch gegen die Massenagitation zugunsten dieses Postulats sträuben, da sie den Zeitpunkt für verfrüht halten. Er betont ausdrücklich, diejenigen Führer, die behauptet haben, daß man bereits mit einer politischen Aktion beginnen müsse, seien auf eine große Unlust bei den sozialdemokratischen Arbeitern gestoßen. Diese seltsame Erscheinung erklärt der Verfasser aus der Unlust der Arbeiter gegen die rein politische Agitation der Volkstümler. Wir sehen hier ausdrücklich Erscheinungen des sogenannten Ökonomismus, einer sozialdemokratischen Richtung, die der Ansicht war, daß man zu Beginn der Bewegung, während einer nicht näher fixierten Zeit, die Arbeitermassen nicht in den politischen Kampf hineinziehen dürfe, sondern sich nur auf die Propaganda des ökonomischen Kampfes beschränken solle.

Einige marxistische Publizisten, wie z. B. Liadow, der Ver-

fasser der „Istorja rossijskoj socjaldemokraticzeskoj raboczej partji“ (Geschichte der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei), behauptet, daß dieser „Ökonomismus“ erst später entstanden ist und daß die sozialdemokratische Gruppe in Rußland ursprünglich die Notwendigkeit der politischen Aktion begriffen hat. Lenin, einer der Führer der sozialdemokratischen Bewegung, teilt diese Ansicht gleichfalls. Die Tatsachen widersprechen dem jedoch unbedingt. Sowohl der Verfasser des oben zitierten Artikels, ein Anhänger der neuen Bewegung, als der Inhalt der damals während der Streiks veröffentlichten Proklamationen beweisen, daß der „Ökonomismus“ bereits 1892, 1893, 1894, 1895 und 1896 aufgetreten ist, von den folgenden Jahren ganz abgesehen.

Selbst bei der still begangenen Feier des 1. Mai in Petersburg im Jahre 1891, auf der vier erprobte Arbeiter Ansprachen hielten, gab es keine deutliche, jeden Zweifel ausschließende Erwähnung von der Notwendigkeit des politischen Kampfes. Diese Reden wurden seinerzeit als Beweis eines hohen politischen Bewußtseins überschätzt. Gewiß verraten sie eine gewisse Erkenntnis, im allgemeinen jedoch sind sie weit davon entfernt, alle Fragen der Arbeiterbewegung zu umfassen.

Die sozialdemokratische Gruppenarbeit unter den Arbeitern bestand darin, daß ein Zyklus von Vorträgen veranstaltet wurde; Naturwissenschaft in gemeinverständlicher Form stand am Anfang und Nationalökonomie am Schluß der Reihe.

Bis zum Jahre 1895 haben die Sozialdemokraten nur auf einzelne unter den Proletariern gewirkt, von einer Massenagitation war nicht die Rede. Nur die Volkstümler haben in ihren für weite Kreise bestimmten Flugschriften Agitation von ausgesprochen politischem Charakter getrieben.

Gegen Ende des Jahres 1894 wurde die Arbeiterorganisation in Petersburg in sozialdemokratischer Richtung durchgeführt. Die einzelnen Stadtviertel hatten ihre Vertreter in der Zentralgruppe.

Unmittelbar vor Weihnachten des gleichen Jahres wurde die Newsker Fabrik mechanischer Erzeugnisse der Schauplatz von Arbeitertumulten, die plötzlich entstanden infolge von Über-

griffen der Fabrikleitung, die den Arbeitern ihren Lohn nicht regelmäßig auszahlte. Die Arbeiter siegten und die Fabrik mußte ihnen ihren Lohn an einem fest bestimmten Termin auszahlen.

Zu Beginn des Jahres 1895 vor der Fastenzeit brach unter den Hafenarbeitern ein Streik aus infolge der Verlängerung der Arbeitszeit. Auch hier gelang es den Arbeitern, durch solidarisches Auftreten ihren Willen durchzusetzen.

Diese Streiks und Unruhen entstanden von selbst und machten auf die Petersburger Arbeiterschaft sowie auf die sich aus den Kreisen der Intelligenz rekrutierende Sozialdemokratie einen großen Eindruck.

Seit dem Frühling 1895 begannen in Petersburg in sozialdemokratischen Kreisen immer stärkere und anhaltendere Proteste gegen die ausschließliche Gruppenarbeit. Die Intelligenz verlangte eine Änderung der bisherigen Taktik und den Übergang zu breiterer Massenagitation unter den Arbeitern auf Grund ihrer ökonomischen Interessen. Es war ihr hauptsächlich darum zu tun, die Arbeitsbedingungen möglichst genau kennen zu lernen, die Arbeiter zum Kampf zu ermutigen, die selbständig ausbrechenden Streiks geschickt zu führen, sie vorzubereiten und planmäßig ins Leben zu rufen.

Folgende Umstände haben diesen Umschwung der Anschauungen in den Petersburger sozialistischen Kreisen bewirkt: 1) die Praxis der Bewegung in der Hauptstadt; 2) die neubelebte Massenagitation im Königreich Polen, die damals nicht mehr im Zeichen des bloß ökonomischen, sondern auch des politischen Kampfes stand; 3) die Broschüre „Ob agitacji“ (Über Agitation), die handschriftlich zirkulierte und schon im Jahre 1895 hektographiert erschienen war; ihr Verfasser war ein hervorragender Führer unter dem jüdischen Proletariat in Wilna. Auf diese Broschüre werde ich in anderem Zusammenhang noch eingehen, da sie auf die Bewegung in ganz Rußland von großem Einfluß war.

Im Herbst 1895 einigte man sich nach langen Diskussionen in Petersburg dahin, daß die Gruppenarbeit unter den Arbeitern zwar nach wie vor stattfinden solle, um Agitatoren heranzubilden,

daneben aber müsse man unbedingt eine breitere Massenagitation beginnen, auf der Basis des Kampfes um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Fabriken und Werkstätten.

Neue taktische Ansichten wurden in die Praxis umgesetzt.

In Torutons Weberei, die auf dem rechten Newaufer steht, abgesondert von den übrigen Fabriken, die hauptsächlich auf dem linken Ufer stehen, herrschten für die Arbeiter außerordentlich ungünstige Bedingungen. Die Arbeitszeit war lang, fortwährende Strafabzüge beschnitten den Verdienst unverhältnismäßig und die Direktion schikanierte die Arbeiter in grausamster Weise.

Mit den Arbeitern aus Torutons Fabrik traten Arbeiter anderer Fabriken hinter dem Newsker Schlagbaum in Beziehung, fragten sie über die obenerwähnten Mißbräuche aus und überredeten sie, solidarisch vorzugehen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Später fanden zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, an denen Torutons Arbeiter teilnahmen, so gut wie die intelligenten Elemente aus sozialdemokratischen Gruppen. Auf einer dieser Versammlungen wurde beschlossen, eine größere Agitation unter Torutons Arbeitern zu beginnen. Eine Proklamation sollte veröffentlicht werden mit einem Verzeichnis sämtlicher Mißbräuche und den Forderungen der Arbeiter. Dieser Beschluß wurde durchgeführt. Die Proklamation machte großen Eindruck und am 5. November traten 500 Arbeiter in den Streik. Die Regierung wurde unruhig, der Fabrikinspektor kam, schließlich machte die Direktion einige kleine Zugeständnisse und am 8. November wurde der Streik beigelegt.

Am 10. November des gleichen Jahres brachen in der Zigarettenfabrik von Laferme Unruhen unter den unbarmherzig ausgebeuteten Arbeiterinnen aus. Auch hier herrschte ein ungerechtes Strafsystem, und eine gemeine Behandlung der Arbeiterinnen war das Übliche. Die Unruhen nahmen einen tumultuarischen Charakter an, Scheiben wurden zerschlagen, Geräte zertrümmert, Zigaretten vernichtet. Die Polizei kam in die Fabrik und nahm Verhaftungen vor. Die Fabrikinspektion erließ folgende Verfügungen: 1. die Spargelder sollten besonders gebucht werden und dem Unterstützungsfonds der Arbeiterinnen

zugute kommen; 2. beim Fehlen der produzierten Ware hatte man sich an eine festumschriebene Norm zu halten.

Einige Tage später brach ein dreitägiger Streik in einer Schuhwarenfabrik aus. Er schloß mit Zugeständnissen zugunsten der Arbeiter.

Die Proklamationen und kleinen Siege, die in diesem Kampf erreicht wurden, haben nach dem Bericht des Petersburgers auf die Arbeiter einen magischen Einfluß ausgeübt. Das Proletariat der Hauptstadt hat den Verlauf dieser Streiks und Unruhen mit Interesse und Freude verfolgt.

Arbeiterorganisationen in immer größerem Umfang waren auf der Tagesordnung.

Gegen Ende des Jahres 1895 gab es in Petersburg folgende sozialdemokratischen Gruppen: 1. die Gruppe der alten Sozialdemokraten oder Literaten; sie war die zahlreichste, hatte die meisten Beziehungen zu den Arbeitern und die einflußreichsten Führer. Aus dieser Gruppe ist später „Pieterburskij sojuz borby" (Petersburger Kampfesorganisation) hervorgegangen; 2. eine Gruppe von Führern, die gleichfalls Beziehungen zum Proletariat der Hauptstadt hatte; gegen Ende der Jahres 1895 und zu Beginn des Jahres 1896 verlor sie eine große Anzahl von Mitgliedern, nach den Verhaftungen traten ihr mehrere junge Sozialdemokraten bei, die sich später der „Petersburger Kampfesorganisation" angeschlossen haben; 3. eine kleine lokale Gruppe, die nur hinter dem Newsker Schlagbaum wirkte. — Außer diesen sozialdemokratischen Gruppen gab es noch zwei andere: 1. eine gemischte Gruppe der Intelligenz verschiedener Schattierungen, die sich ausschließlich mit propagandistischer Arbeit unter den Arbeitern befaßte; 2. eine neue Gruppe der Volkstümler, zu der gleichfalls einige hervorragende Arbeiter gehörten; ihre Haupttätigkeit bestand in Veröffentlichungen; ihre ausgezeichneten Broschüren und Proklamationen haben den Sozialdemokraten die Wege geebnet, um so mehr, als diese Gruppe sich ihnen in ideeller Beziehung immer mehr anschloß. Von dieser Gruppe wird noch die Rede sein.

Gegen Ende des Jahres 1895 hat die organisatorische Arbeit bedeutende Fortschritte gemacht, besonders standen die

Gruppen und Kreise in einem gewissen Zusammenhang untereinander.

Am 15. Dezember wurde in Petersburg eine Broschüre verteilt unter dem Titel „Gemeinsamer Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse". Sie enthielt eine Schilderung der Arbeiterbewegung in den letzten Monaten, wies auf ihr Wachstum hin und erklärte, daß weder Gewalt noch Verhaftungen imstande seien, sie zu zerstören. Einige Tage darauf gab die neue Organisation eine zweite Proklamation heraus, in der das Vorgehen der Fabrikanten, der Fabrikinspektion und Polizei gebrandmarkt wurde.

Diese Proklamationen enthielten keinerlei politische Forderungen und wiesen auch nicht auf die Notwendigkeit politischen Kampfes hin, trotzdem sie die Regierung kritisierten.

Ich übergehe hier weitere kleine Streiks und Zusammenstöße innerhalb des Proletariats der Hauptstadt, die den oben geschilderten ähnlich waren.

Gegen Ende des Jahres 1895 und zu Beginn des Jahres 1896 fanden in Petersburg sehr zahlreiche Verhaftungen statt, zu denen in starkem Maße der Zahnarzt Michajłow, ein Spitzel, beigetragen hatte, der sich in die zweite der oben erwähnten sozialdemokratischen Gruppen eingeschlichen hatte.

Auch die erste Gruppe der Volkstümler, von deren Wirksamkeit ich zu Beginn dieses Kapitels berichtet habe, wurde durch Spionage vernichtet.

Die Spionenplage fraß in Rußland immer mehr um sich und war in den folgenden Jahren eine ständige Begleiterscheinung der revolutionären Bewegung.

Ehe ich auf die großen Petersburger Streiks im Jahre 1896 eingehe, will ich die sozialdemokratische Bewegung in den übrigen russischen Städten schildern.

IV.

Ich beginne mit Moskau. In der alten Hauptstadt des ehemaligen moskowitischen Reiches war die Bewegung sehr viel schwächer als in Petersburg. Die alten revolutionären Gruppen konnten dort weniger intensiv wirken als in der neuen Haupt-

stadt. Die sozialdemokratischen Gruppen waren 1892, 1893 und 1894 weniger zahlreich als in Petersburg. Über die damalige Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischer Flagge haben wir ziemlich dürftige Nachrichten, die aus drei Quellen fließen: aus Liadow's bereits zitierter „Geschichte der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (Band I), einem S. M. unterzeichneten Artikel: „Die Morgenröte der Arbeiterbewegung in Rußland" (Na zare raboczawo dwiżenja w Moskwie)[1]) und den Artikeln eines unbekannten Verfassers unter dem Titel „Die Arbeiterbewegung in Moskau" [2]).

Diese Quellen stimmen im allgemeinen in der Schilderung des Verlaufes der Ereignisse überein, Unterschiede treten erst zutage in der Beleuchtung des Charakters der Bewegung. Während der unbekannte Verfasser S. M., wie auch Liadow (vielleicht sind diese beiden Verfasser identisch) nachzuweisen versuchen, daß die Sozialdemokraten in Moskau die Idee der politischen Freiheit von vornherein propagiert haben, berührt der Verfasser des erwähnten Artikels im „Arbeiter" diesen Umstand nicht; dies beweist, daß in den damaligen Moskauer Kreisen von Politik nicht viel die Rede war.

1892 und 1893 entstehen lose Arbeiterzirkel in Moskau, die nicht sehr viel Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Intelligenz haben. Dazu gehören Arbeiter aus den Fabriken von Wejchelt, Guzon, List, Bromlej und Arbeiter von der Brzesker Eisenbahn. Innerhalb kurzer Zeit hatte jede dieser Fabriken ihre eigene Gruppe. Die ersterwähnten Gruppen haben die später entstandenen mit Organisatoren, die der Intelligenz angehörten, versehen.

Die Zahl der Gruppen wuchs rasch. Die Arbeiter verlangten nach Vorträgen und Broschüren, deren es jedoch relativ wenig gab. Im Umlauf waren Schriften von Plechanow, die für den Durchschnittsarbeiter zu hoch waren, die bekannte Broschüre von Dikstein „Kto z czego żyje?" (Wovon lebt man, in pol-

1) Erschienen in der Artikelserie „Der gegenwärtige Augenblick" (Tiekuszczyj moment), 1906.

2) Nr. 2 und 3 der im Ausland erscheinenden Zeitschrift „Der Arbeiter" (Robotnik), 1897.

nischer Sprache), einige Reden von Marx und Lassalle und die Ansprachen, die vier Petersburger Arbeiter am 1. Mai gehalten hatten. Zu propagandistischen Zwecken haben namentlich handschriftliche Übersetzungen verschiedener Broschüren aus dem Deutschen, Französischen und Polnischen gedient. Von großer propagandistischer Bedeutung war die Berichterstattung des Moskauer Fabrikinspektors, der die beklagenswerte Lage der Arbeiter und die Mißbräuche der Fabrikanten schilderte.

Die sozialdemokratische Intelligenz in Moskau, Petersburg und in anderen Städten versuchte sich über die Lage der Arbeiter im Gebiete ihrer Wirksamkeit klar zu werden, um ihnen später entsprechende Ratschläge in ihrem Kampf mit den Fabrikanten erteilen zu können.

Im Winter des Jahres 1894/95 nahm die Gruppenarbeit in Moskau einen ziemlich großen Umfang an und erstreckte sich auf zahlreiche Fabriken und Werkstätten. Damals entstand auch der Versuch einer Organisation, die schon im folgenden Jahre durchgeführt wurde. Die Bewegung hatte schon soviel Anhänger, daß man am 1. Mai des Jahres 1895 wagte, einen Ausflug zu unternehmen. Etwa 200 Personen nahmen daran teil. Ansprachen wurden gehalten, in denen die Hoffnung geäußert wurde, daß es den Arbeitern gelingen werde, die Hindernisse zu überwinden, die der Klassenbewegung im Wege stehen, und in den Reihen des internationalen Proletariats die ihnen gebührende Stelle einzunehmen.

Auf dieser Versammlung wurde auch der Plan einer Arbeiterkasse und einer systematischen Organisation ventiliert.

Die Maifeier hinterließ den Teilnehmern einen starken Eindruck. Unter dem Moskauer Proletariat wurde viel davon gesprochen und das Interesse unter den Arbeitern war rege.

Kurz nach der Maifeier fand eine Versammlung der Vertreter der einzelnen Fabriken, in denen Propaganda getrieben wurde, statt, mit der Absicht, die Satzungen der Arbeiterkasse festzusetzen. Für die endgültige Annahme sollte eine große Versammlung in der ersten Junihälfte des gleichen Jahres einberufen werden. Sie kam jedoch nicht zustande, da einige Tage vorher, am 9. Juni, Verhaftungen unter der Intelligenz stattfanden.

Fast gleichzeitig haben sich einige Streiks abgespielt. Trotz der Verhaftungen organisierte sich die Zentralgruppe, die die meisten Verluste erfahren hatte, bald aufs neue, so daß von Mitte Juli bis Mitte August mehrere Arbeiterversammlungen abgehalten wurden, bis abermalige Verhaftungen, diesmal unter den Arbeitern selbst, in der zweiten Augusthälfte die wachsende Bewegung eine Zeit hindurch aufhielten. Gegen Ende des Jahres 1895 wird die Bewegung unter den Moskauer Arbeitern wieder lebhafter. Die erneuerte Organisation zeitigt eine Reihe von Broschüren der Petersburger Volkstümler und der auswärtigen sozialdemokratischen Gruppen. Dies hat dazu geführt, daß hektographierte Broschüren, die die verschiedensten aktuellen Fragen behandelten, veröffentlicht wurden [1]).

Im Januar und Februar des Jahres 1896 machte die Organisation der Moskauer Arbeiter bedeutende Fortschritte. Zur Feier des Jahrestages der Pariser Kommune schickten 605 Arbeiter der alten Hauptstadt Rußlands eine Sympathiekundgebung an das französische Proletariat. Neben diesem Komitee machten sich noch die versammelten Vertreter der einzelnen Fabriken bemerkbar. Sein Charakter war jedoch beratend. Das Zentralkomitee leitete die gesamte propagandistisch-agitatorische und redaktionelle Arbeit, außerdem hatte es Beziehungen zu den sozialdemokratischen Gruppen in anderen Städten und den Emigranten. Die Moskauer und Petersburger Gruppe standen zu den übrigen in ziemlich lockeren und unregelmäßigen Beziehungen. Nur zur Nischnij-Nowgoroder Gruppe unterhielt die Moskauer nähere und regelmäßigere Beziehungen. Die oben zitierten Quellen erzählen nichts davon, in welcher Weise sich das Moskauer Zentralkomitee gebildet hat. Es scheint ziemlich plötzlich entstanden zu sein, indem es sich der allgemeinen Organisation, die es schweigend hinnahm, gewissermaßen aufwarf. Es war dies notwendig im Interesse des gesicherten Fort-

1) „Schilderung der fünf Streiks" (Opis piati staczek); „Weshalb die Fabrikbesitzer den Arbeitstag verkürzen" (Poczemu chaziajewa skoroszczajut raboczyj dien); „Der Oktoberstreik in Iwanowo-Wozniesiensk" (Oktiabrskaja staczka w Iwanowo-Wozniesienskie) usw.

bestehens der Organisation, das ein Wahlsystem nicht zuließ. Doch ist dies eine bloße Annahme meinerseits.

Nach der Begründung der Organisation ging man dazu über, eine auf breiter Grundlage beruhende Kasse zu schaffen. Die Frage wurde erörtert, ob man zuerst eine Zentralkasse begründen, oder mit Lokalkassen beginnen und erst später zu einer allgemeinen Kasse übergehen solle. Zuletzt entschloß man sich, an erster Stelle eine Zentralkasse zu begründen, die entscheidenden Schritte wurden noch vor Ostern getan.

Um die gleiche Zeit begann ein Streik in der Maschinenfabrik von Weichelt und in der Wollfabrik von Filippow. Der erste dieser beiden Streiks schloß mit einem teilweisen Sieg der Arbeiter, der zweite führte zu keinerlei Änderungen. Während dieser Streiks erließ die Organisation Proklamationen und wirkte auf weitere Arbeiterkreise. Der Termin der Krönung in Moskau kam näher. Die Tätigkeit der Regierung nahm einen immer größeren Umfang an. In Lomans Fabrik fand man revolutionäre Broschüren, es hatte dies mehrere Verhaftungen zur Folge, die die Arbeiterbewegung für eine Zeit hindurch bedeutend geschwächt haben.

Trotz Liadows Versicherungen haben wir keinerlei Beweis dafür, daß die Moskauer Organisation die Idee des politischen Kampfes bei der Masse propagiert hat. Im Jahre 1895 sah man in Moskau so gut wie in Petersburg die Notwendigkeit ein, von der Gruppenpropaganda zur Massenagitation überzugehen. Es kann sein, daß, wie Liadow annimmt, dies in der alten Hauptstadt früher und eindringlicher geschah als anderswo.

V.

Ich gehe jetzt zur Schilderung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in anderen russischen Städten über.

In Kiew bestanden seit dem Jahre 1891 lose sozialdemokratische Gruppen, die wie in den übrigen Städten propagandistisch zu wirken suchten. Seit dem Jahre 1894 wird die Propaganda systematisch betrieben und die Beziehungen der Intelligenz zu den Arbeitern gewinnen an Umfang. Im Herbst dieses und im Januar des darauffolgenden Jahres hat sich unter den Eisen-

bahnarbeitern die Tendenz zum Streik immer stärker herausgebildet. Infolge geringer Zugeständnisse seitens der Verwaltung kam es jedoch nicht dazu. Bis zum Februar 1896 sind uns im Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern sechs Beschwerdepunkte bekannt geworden, doch kam es nur einmal zum Streik [1]).

Gleichzeitig entstand eine Bewegung unter den jüdischen Handwerkern. Auf diese Bewegung werde ich im folgenden Bande eingehen, im Zusammenhang mit dem jüdischen Proletariat und seiner späteren Organisation, dem „Bund".

Fürs erste kann von einem Übergang zur Massenagitation auf Grundlage des ökonomischen Kampfes nicht die Rede sein. Diese Evolution hat sich erst später vollzogen. Noch weniger dachte man daran, den politischen Kampf als Losungswort zu wählen.

In Odessa hat sich die Arbeiterbewegung, die durch einzelne Gruppen propagiert wurde, ganz günstig entwickelt.

Zu Beginn hat die sozialdemokratische Intelligenz, um den Arbeitern näherzukommen, irgendein Handwerk gelernt, später jedoch wurde dies verworfen. In Odessa hörte man ziemlich früh auf, Gruppenpropaganda zu treiben. Man begann Broschüren über nationalökonomische Tagesfragen zu verteilen; bis zum Jahre 1895 unterhielt die sozialdemokratische Intelligenz ziemlich rege Beziehungen zu den Arbeitern. In einem Wirtshaus versammelten sich ihrer 200 [2]).

Der anonyme Verfasser der Broschüre über die Bewegung in Odessa bemerkt, daß die Sozialdemokraten dieser Stadt die Notwendigkeit des politischen Kampfes nicht genügend betont haben, sie haben den Druck der Regierung nicht in seiner ganzen Brutalität empfunden und für den Augenblick einen Kompromißstandpunkt dem Absolutismus gegenüber eingenommen [3]).

---

1) Vgl. das bereits zitierte Buch von Akimow S. 72.

2) „Bericht über die russische sozialdemokratische Arbeiterbewegung" (Dokład o russkom socjal-demokraticzeskom raboczem dwiżenji). Dieser Bericht wurde auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Paris im Jahre 1900 verlesen. S. 34.

3) Über die Odessaer Bewegung unterrichtet die Broschüre „Raboczeje dwi-

In Odessa entwickelte sich gleichzeitig eine Bewegung unter den jüdischen Handwerkern und den Arbeitern; darüber später. In Charkow gab es zwar sozialdemokratische Gruppen, jedoch keine Massenagitation unter den Arbeitern; es kam auch nicht zu Kämpfen mit den Fabrikanten. Dies trat erst einige Jahre später ein.

Auch in Jekaterinoslaw tritt die Bewegung in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts nur schwach auf, erst später nimmt sie einen größeren Umfang an.

In Kostroma hatte Sabunajews Organisation der Volkstümler, von der in einem der ersten Abschnitte dieses Bandes die Rede war, bereits Beziehungen zu den Arbeitern. Die Verhaftungen unter der Intelligenz im Jahre 1890 haben die Organisation zerstört, doch wurde keiner der Arbeiter verhaftet, so daß die Arbeitergruppen weiterbestanden, wenn auch ohne ausgesprochene Färbung. Verschiedene Vertreter der Intelligenz haben besonders 1893 und 1894 in der Hauptsache in kultureller Beziehung zu wirken gesucht, gelegentlich auch gegen die Regierung gehetzt. Besonders der zu früh gestorbene Krasowskij, ein Finanzbeamter, hat sich in dieser Weise verdient gemacht. Die Arbeiter gaben eine Zeit hindurch die Broschüren der Petersburger Volkstümler heraus.

Die rein sozialdemokratische Bewegung nahm erst im Jahre 1895 einen größern Umfang an, als einige Abgesandte aus der Hauptstadt nach Kostroma kamen. Ihre Wirksamkeit beschränkte sich bis zum Jahre 1896 auf einzelne Gruppen.

Im April des Jahres 1895 brachen zu Jaroslaw in der Fabrik der Brüder Korzinkiny, die 10000 Arbeiter beschäftigten, Unruhen aus, die einen tragischen Abschluß fanden. Die Arbeitsbedingungen in dieser Fabrik waren besonders schwer. Die Bezahlung war gering, die Direktion schikanierte die Arbeiter, zu guter Letzt wurde im April der Lohn für eine größere Gruppe noch erniedrigt.

Die Arbeiter schickten eine Delegation an den Direktor der Fabrik, der seinen Wohnsitz in Moskau hatte. Der Direktor

---

żenje w Odessie 1894—1897" (Die Arbeiterbewegung in Odessa 1894—1897), S. 11. Genf 1903.

versprach ihre Forderungen in Erwägung zu ziehen, ließ aber auf seine Antwort warten. Die Arbeiter wandten sich an seinen Bevollmächtigten, der ihnen verschiedene Zugeständnisse versprach.

Am 17. April erschien die Polizei in der Fabrik und verhaftete fünfzehn Arbeiter, die als „Rädelsführer“ galten. Die Arbeiter waren empört, am nächsten Tage streikten fast alle. Nur die Frauen waren bei der Arbeit geblieben. Auf dem Fabrikgelände sah man Soldaten und Gendarmerie. Die Arbeiter verhielten sich im allgemeinen ruhig, sie suchten nur die Frauen zu bewegen, die Arbeit niederzulegen, dabei gerieten die Arbeiter in einen Konflikt mit den Soldaten, die sehr brutal vorgingen. Sie erwehrten sich ihrer mit Steinen. Der Offizier kommandierte Feuer. Fünfzehn Menschen blieben tot auf dem Platz, ebenso viele wurden verwundet. Etwa 20 Arbeiter wurden verhaftet. In der Absicht, ihre Genossen zu befreien, warfen sich die übrigen Arbeiter auf die Polizisten. Dieser Umstand wurde ungeheuer aufgebauscht und wieder wurden mehrere Arbeiter verhaftet. Später wurde ein Teil der Verhafteten freigesprochen, die übrigen zu einigen Jahren Haft verurteilt. Nach diesen blutigen Ereignissen wurde in den Tageszeitungen ein Dankbrief Nikolaus' II. an die Soldaten veröffentlicht, worin er sie für ihr „tapferes Verhalten“ während der Unruhen lobte.

Dieser Brief machte viel böses Blut und erleichterte später die politische Agitation unter den Arbeitern, die sich gegen den Absolutismus wandten.

Ich übergehe hier die Wirksamkeit der Sozialdemokraten in den übrigen russischen Städten, sowie verschiedene kleinere und unbedeutendere Streiks. Um das Jahr 1896 existierten bereits in fast allen russischen Städten Arbeitergruppen unter sozialdemokratischer Führung, in denen man sozialistische Propaganda trieb. Zu Beginn des Jahres 1896 fand man es in sehr vielen Orten notwendig, zur Massenagitation auf Grundlage der ökonomischen Bedingungen der Arbeiter überzugehen.

Von politischer Agitation war im allgemeinen nicht die Rede. Politische Freiheit wurde als wünschenswert empfunden, doch legte man ihr keine selbständige Bedeutung bei, sondern glaubte,

daß sie allmählich auf dem Wege des Klassenkampfes erreicht werden würde.

VI.

Wiederholt habe ich eine sozialdemokratische Broschüre „Über Agitation“ erwähnt, verfaßt von einem hervorragenden, den Kreisen der Intelligenz angehörenden Führer in Wilna, einem der Initiatoren der Arbeiterbewegung unter den Juden. Diese Broschüre erschien im Jahre 1894 und wurde zuerst mittels Hektographie verbreitet.

Einerseits war sie der deutliche Niederschlag der bestehenden sozialdemokratischen Ansichten in Rußland, anderseits nahm sie in taktischer Beziehung vieles voraus, indem sie den Übergang zur Massenpropaganda und zur Agitation unter den Arbeitern auf Grund ihrer ökonomischen Bedürfnisse empfahl. Sie war der Ausdruck des sogenannten „Ökonomismus“ — freilich sind Liadow und andere entgegengesetzter Ansicht.

Es erübrigt sich, den Inhalt dieser Broschüre hier ausführlich wiederzugeben, denn sie enthält Abschnitte, wie man sie in sämtlichen Publikationen dieser Art findet. Ich will mich nur bei den charakteristischsten Stellen aufhalten.

Die ganze Broschüre hat das Gepräge eines vereinfachten Marxismus. Die verwickelten Fragen als Ergebnis mehrerer Faktoren, die der Verfasser berührt, sind in ziemlich schablonenhafter und allgemeiner Weise dargestellt. Kurz bespricht der Verfasser die russische Wirklichkeit, die Rolle der arbeitenden Klasse und ihre Tendenzen. Ausführlicher behandelt er die Arbeit unter dem Proletariat, indem er darauf hinweist, daß man von relativ kleinen lokalen ökonomischen Fragen zu allgemein wirtschaftlichen, die für die gesamte Arbeiterklasse von Bedeutung sind, übergehen müsse. Dieser Teil der Broschüre war ohne Frage der beste und von großem praktischen Wert für die Agitatoren. Aber auch hier stieß man auf irrtümliche und in ihren Wirkungen schädliche Ansichten. So behauptet der Verfasser z. B., die Agitation dürfe nur um ein geringes den aus eignem Antrieb erwachten Tendenzen der Arbeitermassen vorangehen. Daraus ergibt sich, daß man in der Agitation

wesentliche Gesichtspunkte, die aber für die Masse der Arbeiter zu hoch sind, vermeiden müsse. Der Verfasser hat nicht genügend unterschieden zwischen den allernächsten Forderungen, deren Verwirklichung die Arbeiter sofort anstreben müssen, und einer allgemeinen Beleuchtung der sozialpolitischen Verhältnisse, auf deren Grundlage sie sich entwickeln.

Die Broschüre empfiehlt den politischen Kampf nicht unbedingt. Der Verfasser hatte zwar begriffen, daß eine Konstitution für das Proletariat notwendig sei, aber er gab sich nicht genügend Rechenschaft darüber, daß es unbedingt erforderlich ist, an erster Stelle für politische Freiheit zu kämpfen. Der Verfasser wie seine Gesinnungsgenossen waren der Ansicht, daß der politische Kampf allmählich von selbst kommen und mit dem ökonomischen zusammengehen würde.

Diese Ansicht war die damals allgemein herrschende, namentlich unter den sozialdemokratischen Führern in Litauen und Weiß-Rußland, die an der jüdisch-russischen Bewegung Anteil nahmen. In verschiedenen Gesprächen, die ich mit ihnen in den Jahren 1893, 1894 und 1895 geführt habe, konnte ich mich persönlich davon überzeugen.

Eine falsche Auffassung des soziologischen Materialismus bestärkte sie in der Überzeugung, daß die politischen Verhältnisse nur die offizielle Bestätigung der herrschenden ökonomischen Zustände seien; sobald diese sich ändern, unterliegen auch jene, ohne besonderen Kampf, durch die Kraft der Verhältnisse einer Umgestaltung. Politische Fragen werden infolgedessen im Vergleich mit wirtschaftlichen als untergeordnete behandelt. Ja noch mehr, die Ansicht war allgemein verbreitet, daß der Anfang einer Konstitution für die Bourgeoisie in Rußland bereits vorhanden sei. Es wurde ungefähr folgendermaßen argumentiert: Der ökonomische Zuschnitt Rußlands hat die Bourgeoisie auf den ersten Platz gerückt. Wenn Rußland eine geschriebene Konstitution hätte, so würde die Bourgeoisie eine entscheidende Rolle spielen und die Konstitution ihren Klasseninteressen anpassen.

Aus diesem Grunde wäre die Konstitution gegen die bürgerlichen Freiheiten des Proletariats. Wenn es unter den heutigen

Verhältnissen auch keine geschriebene Konstitution in Rußland gibt, so macht die Regierung tatsächlich nichts ohne die Bourgeoisie, und gerade darin besteht gewissermaßen die ungeschriebene Konstitution. Der Unterschied zwischen der geschriebenen und ungeschriebenen Konstitution beruht darin, daß beim Vorhandensein der ersten die Regierung mit den Gesamtvertretern der Bourgeoisie rechnen müsse, bei der ungeschriebenen jedoch verständige sie sich gesondert und nicht gleichzeitig mit den Vertretern der verschiedenen Zweige der Bourgeoisie.

Derartige Ansichten haben die bedeutendsten Führer vertreten und nicht etwa einige versprengte Agitatoren. So verhielt es sich tatsächlich, diese Ansicht tauchte nicht etwa, wie man allgemein annimmt, erst im Jahre 1899 in der in Kijew erschienenen Broschüre „Wer macht die Revolution in Rußland?“ (Kto sdiełajet rewolucju w Rossii?) auf.

Diese Broschüre vertritt die Ansicht, daß die russische Regierung nur das Exekutivkomitee der Bourgeoisie ist; wenn die Arbeiter die Bourgeoisie besiegen, wird die Regierung ihren Wünschen willfahren, infolgedessen muß man in einen allgemeinen Streik eintreten. Die Aufgabe dieses Streiks wird ein Umschwung der augenblicklichen politischen Lage sein.

Diese Broschüre ist heute eine bibliographische Seltenheit, sie ist mir nicht zur Hand und infolgedessen kann ich keine wörtlichen Zitate bringen. Auch hier tritt die Ansicht zutage, die politische Faktoren nicht als schöpferisch-selbständige innerhalb der Gesellschaft anerkennt.

Indem ich behaupte, daß politische Faktoren selbständig sind, leugne ich doch nicht, daß sie durch eine Reihe der verschiedensten Ursachen bestimmt werden; ich glaube nur, daß sie, trotzdem sie unter ihrem Einfluß entstehen, etwas Neues bilden, das es vorher nicht gegeben hat, das, obgleich es den verschiedensten wirtschaftlichen und anderen Ursachen unterliegt, eine eigne innere Logik und Selbständigkeit besitzt. Die „Ökonomisten“ haben all dies nicht anerkannt. Für sie war Politik im sozialen Leben in Beziehung zu den wirtschaftlichen Faktoren das, was für die krassen Materialisten das Bewußtsein ist in Beziehung zur Materie —

ein passiver Faktor, der nicht tätig auf die Erscheinungen einwirken kann.

Derartige „Theorien“ müssen auf die Praxis ungünstig wirken.

VII.

Die reaktionär vorgehende Regierung, die sämtliche liberale Reformen Alexanders II. aufhob, stand in schreiendem Mißverhältnis zu den Bedürfnissen von Staat und Gesellschaft und zu den Wünschen des besten Teiles der russischen Intelligenz, namentlich nach der großen Hungersnot im Jahre 1891/92. Ein Protest innerhalb der Gesellschaft war unvermeidlich. Die sozialdemokratische Bewegung, die ihrer Natur nach antiabsolutistisch war, trug, wie wir gesehen haben, Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland noch keinen politischen Charakter und äußerte sich ausschließlich im ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Fabrikanten. Daneben mußte noch eine neue, rein politische Strömung entstehen, die gegen das in Rußland herrschende Regierungssystem gerichtet war. Sie trat um 1893 und 1894 auf.

Schon 1890 hatten sich in Saratow an der südöstlichen Grenze des Reiches Oppositionell-Revolutionäre aus den Kreisen der Intelligenz um einen bewährten Führer Mark Natanson aus der früheren Vereinigung „Land und Freiheit“ geschart. Natanson hatte sich nach seiner Rückkehr aus Sibirien in Saratow niedergelassen. Er war ein lebhafter Mensch von ausgesprochen organisatorischer Begabung. Ältere und Jüngere haben sich um ihn geschart. Im Saratower Gouvernement lebte der Landarzt Aptekman, ein ehemaliges Mitglied von „Land und Freiheit“, dem sich ungefähr zwanzig Personen angeschlossen hatten. Außerdem bestand noch ein Kreis junger Leute. In den Jahren 1891 und 1892 haben all diese Menschen ihre Kreise weitergezogen, doch hatte ihre Wirksamkeit damals noch keinen einheitlichen Charakter und hatte auch noch nicht die Form einer Organisation angenommen. Diese Menschen vereinigte das Verlangen nach politischer Freiheit in Rußland, ohne die ihnen eine Weiterentwicklung unmöglich schien. Abgesehen von diesem gemeinsamen Streben gingen die Ansichten der Sara-

tower Oppositionellen und Revolutionäre in sozialer Beziehung auseinander.

Mark Natanson hatte von früher her in Rußland ausgedehnte Beziehungen, seit 1892 trat er mit früheren Genossen, die in anderen russischen Städten lebten, in Verbindung und versuchte sie für seine Pläne zu gewinnen. Sein Streben war, die Gebildeten in einer großen politischen Organisation zusammenzuschließen, um den Gedanken, daß eine Konstitution notwendig sei, in Rußland zu popularisieren und auf die Regierung einen entsprechenden Druck auszuüben.

Zeit und Umstände schienen diesem Unternehmen günstig.

Ein Teil der Mitglieder der Saratower Gruppe siedelte im Jahre 1893 in die Stadt Orel über und wurde bei der Verwaltung einer der Eisenbahnen angestellt. Unter ihnen befand sich auch Natanson. Damit wurde Orel zum Mittelpunkt der konstitutionellen Bewegung.

Im Sommer 1893 nahm die Bewegung deutlichere Formen an, da ein Programm formuliert und eine Organisation nach einem vorläufigen Kongreß begründet worden war. Sie wählte den Namen „Volksrechte" (Narodnoje Prawo). Das Manifest der Partei, das ziemlich unmittelbar nach ihrer Gründung veröffentlicht wurde, wies auf die Notwendigkeit hin, eine Konstitution in Rußland einzuführen, zu diesem Zwecke gelte es innerhalb der Gesellschaft eine Kraft zu bilden, um die entscheidenden Kreise zur Kapitulierung zu zwingen. Das Manifest stellte folgende Forderungen auf: 1. eine repräsentative Regierung, auf das allgemeine Wahlrecht gestützt, 2. Freiheit des Bekenntnisses, 3. unabhängige Justiz, 4. Preßfreiheit, 5. Versammlungsfreiheit, 6. Unverletzbarkeit der Bürger und ihrer Gesetze, 7. das Recht der Selbstverwaltung als Zugeständnis an die einzelnen in Rußland lebenden Nationen (d. h. das Recht, sich als Einzelnation zu empfinden und in dieser nationalen Entwicklung unbelästigt zu bleiben).

Die politischen Ansichten der „Volksrechtler" wurden in der Broschüre „Nasuszcznyj Wopros" (Zeitfragen), deren Verfasser der Pole Bogdanowitcz war, ausführlich präzisiert und eingehend begründet. Der Verfasser plädiert dafür, daß Ruß-

ein passiver Faktor, der nicht tätig auf die Erscheinungen einwirken kann.

Derartige „Theorien" müssen auf die Praxis ungünstig wirken.

VII.

Die reaktionär vorgehende Regierung, die sämtliche liberale Reformen Alexanders II. aufhob, stand in schreiendem Mißverhältnis zu den Bedürfnissen von Staat und Gesellschaft und zu den Wünschen des besten Teiles der russischen Intelligenz, namentlich nach der großen Hungersnot im Jahre 1891/92. Ein Protest innerhalb der Gesellschaft war unvermeidlich. Die sozialdemokratische Bewegung, die ihrer Natur nach antiabsolutistisch war, trug, wie wir gesehen haben, Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland noch keinen politischen Charakter und äußerte sich ausschließlich im ökonomischen Kampf der Arbeiter gegen die Fabrikanten. Daneben mußte noch eine neue, rein politische Strömung entstehen, die gegen das in Rußland herrschende Regierungssystem gerichtet war. Sie trat um 1893 und 1894 auf.

Schon 1890 hatten sich in Saratow an der südöstlichen Grenze des Reiches Oppositionell-Revolutionäre aus den Kreisen der Intelligenz um einen bewährten Führer Mark Natanson aus der früheren Vereinigung „Land und Freiheit" geschart. Natanson hatte sich nach seiner Rückkehr aus Sibirien in Saratow niedergelassen. Er war ein lebhafter Mensch von ausgesprochen organisatorischer Begabung. Ältere und Jüngere haben sich um ihn geschart. Im Saratower Gouvernement lebte der Landarzt Aptekman, ein ehemaliges Mitglied von „Land und Freiheit", dem sich ungefähr zwanzig Personen angeschlossen hatten. Außerdem bestand noch ein Kreis junger Leute. In den Jahren 1891 und 1892 haben all diese Menschen ihre Kreise weitergezogen, doch hatte ihre Wirksamkeit damals noch keinen einheitlichen Charakter und hatte auch noch nicht die Form einer Organisation angenommen. Diese Menschen vereinigte das Verlangen nach politischer Freiheit in Rußland, ohne die ihnen eine Weiterentwicklung unmöglich schien. Abgesehen von diesem gemeinsamen Streben gingen die Ansichten der Sara-

tower Oppositionellen und Revolutionäre in sozialer Beziehung auseinander.

Mark Natanson hatte von früher her in Rußland ausgedehnte Beziehungen, seit 1892 trat er mit früheren Genossen, die in anderen russischen Städten lebten, in Verbindung und versuchte sie für seine Pläne zu gewinnen. Sein Streben war, die Gebildeten in einer großen politischen Organisation zusammenzuschließen, um den Gedanken, daß eine Konstitution notwendig sei, in Rußland zu popularisieren und auf die Regierung einen entsprechenden Druck auszuüben.

Zeit und Umstände schienen diesem Unternehmen günstig.

Ein Teil der Mitglieder der Saratower Gruppe siedelte im Jahre 1893 in die Stadt Oreł über und wurde bei der Verwaltung einer der Eisenbahnen angestellt. Unter ihnen befand sich auch Natanson. Damit wurde Oreł zum Mittelpunkt der konstitutionellen Bewegung.

Im Sommer 1893 nahm die Bewegung deutlichere Formen an, da ein Programm formuliert und eine Organisation nach einem vorläufigen Kongreß begründet worden war. Sie wählte den Namen „Volksrechte" (Narodnoje Prawo). Das Manifest der Partei, das ziemlich unmittelbar nach ihrer Gründung veröffentlicht wurde, wies auf die Notwendigkeit hin, eine Konstitution in Rußland einzuführen, zu diesem Zwecke gelte es innerhalb der Gesellschaft eine Kraft zu bilden, um die entscheidenden Kreise zur Kapitulierung zu zwingen. Das Manifest stellte folgende Forderungen auf: 1. eine repräsentative Regierung, auf das allgemeine Wahlrecht gestützt, 2. Freiheit des Bekenntnisses, 3. unabhängige Justiz, 4. Preßfreiheit, 5. Versammlungsfreiheit, 6. Unverletzbarkeit der Bürger und ihrer Gesetze, 7. das Recht der Selbstverwaltung als Zugeständnis an die einzelnen in Rußland lebenden Nationen (d. h. das Recht, sich als Einzelnation zu empfinden und in dieser nationalen Entwicklung unbelästigt zu bleiben).

Die politischen Ansichten der „Volksrechtler" wurden in der Broschüre „Nasuszcznyj Wopros" (Zeitfragen), deren Verfasser der Pole Bogdanowitcz war, ausführlich präzisiert und eingehend begründet. Der Verfasser plädiert dafür, daß Ruß-

land im Laufe der Zeit in einen föderativen Staat umgestaltet werde, zu Beginn verlangt er die Einführung einer provinziellen Selbstverwaltung in weitestem Umfang.

Aptekman, der das Entstehen und die Wirksamkeit der Partei der „Volksrechtler" ausführlich geschildert hat, berichtet, daß Bogdanowitcz ursprünglich seine dezentralistisch-föderativen Ansichten noch stärker unterstrichen und sie dann unter dem Einfluß der Opposition etwas gemildert habe. Trotz dieses Einlenkens trägt die Broschüre einen ausgesprochen antizentralistischen Charakter. Der Verfasser weist nach, daß der zentralistische Druck der Regierung, verbunden mit dem Entnationalisierungssystem, bewirkt, daß die von Rußland unterjochten Völker gern den staatlichen Verband sprengen würden, was nicht in Rußlands Interesse liegt. Rußland muß durch allmähliches Einführen einer konstitutionell-föderativen Verfassung all das aus dem Wege räumen, was die von ihm unterjochten Staaten verletzt. In diesem Falle würde die Gemeinschaft ökonomischer Interessen, die zwischen dem eigentlichen Rußland und den von fremden Nationen bewohnten Gebieten besteht, von entscheidendem Ausschlag sein, und da Separatismus und der daraus resultierende nationalpolitische Druck den fremden Völkern keinen Vorteil bieten würde, wäre ein friedliches Zusammenleben von Russen, Polen, Finnländern, Litauern und anderen ermöglicht.

An Stelle der drei Grundpfeiler, auf denen das russische Regierungssystem basiert: orthodoxe Kirche, Despotie und nationale Vorherrschaft, fordert Bogdanowitcz: Gleichberechtigung der Bekenntnisse und Nationalitäten und eine föderalistische Konstitution.

Er weist nach, daß das Erringen einer Konstitution die erste Bedingung jeglichen Fortschritts in Rußland ist und für die Liberalen so gut wie für die Demokraten und Sozialisten von ungeheurer Bedeutung.

Mark Natanson hat ganz Rußland bereist, um neue Anhänger für die Partei zu werben, er hat auch weitgehende Beziehungen zu den Ziemstwo angeknüpft. Die Volksrechtler haben eine Druckerei in Smolensk für ihre eigenen Zwecke begründet. 1894 war das Zentrum der Organisation in Petersburg. Alles

schien für das Gedeihen der neuen Organisation günstig. Unglücklicherweise wurde sie im Sommer 1894 durch vorgenommene Verhaftungen gänzlich vernichtet.

Infolge der erwarteten Ankunft des Zaren in Smolensk wurden die verdächtig erscheinenden Personen in der Stadt besonders streng beobachtet. Die geheime Druckerei der Volksrechtler ward bald entdeckt. Seit längerer Zeit wurden auch Natanson und sein Gehilfe Tiutschew beobachtet. All das hat den Verfall der Organisation bewirkt. In näheren Beziehungen zu ihr stand auch der bekannte Schriftsteller Michajłowskij.

Obgleich ihr Bestehen nur von kurzer Dauer war (als festgeschlossene Organisation nur ein Jahr, als lockere Gruppe etwa zwei Jahre), hat sie fraglos auf weite Kreise der russischen Intelligenz gewirkt und die Idee, daß es für die Konstitution zu kämpfen gelte, popularisiert. Einen besonders starken Einfluß hatte sie auf die Elemente, die sich um die Ziemstwo [1]) gruppiert haben, die zehn Jahre später eine so maßgebende Rolle in der konstitutionellen Bewegung in Rußland gespielt haben.

VIII.

Gegen Ende des Jahres 1894 faßte Iwan Rasputin den Entschluß, einen terroristischen Anschlag auf den jungen Zaren Nikolaus II. zu machen. Rasputin, der aus kleinbürgerlichen Kreisen stammte, hatte seine Universitätsstudien abgeschlossen. Sein Entschluß entstand aus der Unzufriedenheit mit den damals bestehenden Zuständen. Rasputin weihte seine Braut Akimowa und einige andere Personen in seine Pläne ein. Die ganze Aktion stand mit der damaligen revolutionären Bewegung in keinem Zusammenhang und war von ihr losgelöst.

Rasputin und seine Genossen beschäftigten sich in der Hauptsache mit der Herstellung von Bomben und suchten ihre Erfahrungen zu sammeln. Rasputin tat all dies in unvorsichtiger Weise, so daß er im Frühling des Jahres 1895 verhaftet wurde, zusammen mit der Akimowa und anderen.

---

1) Tatsächliche Daten über das Entstehen und die Wirksamkeit der Partei „Volksrecht“ gibt Aptekman in „Byłoje“ 1907 im Juliheft S. 177—205. Aptekman vertritt manchmal irrige Anschauungen.

Der Wunsch, die terroristische Aktion in Rußland zu erneuern, tauchte hier und da in einzelnen revolutionären Köpfen auf, im allgemeinen war er jedoch damals in weiteren Kreisen noch nicht populär. Erst später infolge des Druckes, den man auf die Massenbewegung ausübte, sowie infolge des Umstandes, daß die neue Regierung in jeder Beziehung die von der früheren eingeschlagenen Wege zu gehen suchte, fand der Wunsch, die terroristische Aktion zu erneuern, zahlreiche Anhänger.

Nach den Verhaftungen im Jahre 1894 erfuhr die Gruppe der Volksrechtler eine völlige Umgestaltung, indem sie die gedankliche Tradition, die sie mit der alten „Volksfreiheit“ verband, zerriß und sich in ihren Ansichten der Sozialdemokratie annäherte. Nummer 3 und Nummer 4 ihres Organs kennzeichnet diese Evolution.

Die Petersburger Volksrechtler standen in den Jahren 1895 und 1896 auf dem Boden des Proletariats und bekannten sich selbst in geringfügigen Dingen zu den Ansichten der Sozialdemokraten, indem sie die Notwendigkeit des politischen Kampfes stark betonten. Nur in einer Beziehung änderten sie ihre Taktik im Jahre 1896, indem sie in den Aufrufen, die sie während der großen Streiks an die Arbeiter erließen, die Forderung, die Konstitution zu erkämpfen, nicht an die erste Stelle rückten [1]. Nach dem Jahre 1896 ging die Gruppe der Petersburger Volksrechtler in der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung auf. Diese Gruppe hat ausgezeichnete populäre Broschüren für die Arbeiter veröffentlicht, in denen brennende Tagesfragen behandelt werden.

IX.

Alexanders III. Tod und die Thronbesteigung Nikolaus' II. veranlaßten die russischen Ziemstwo, mit einer Reihe von Adressen hervorzutreten, in denen sie in allgemeiner Form ihre Wünsche

---

1) Es bedeutet dies nicht, daß sie die Konstitution nicht gewollt hätten, sondern daß sie sich in ihrer Taktik den Sozialdemokraten genähert hatten und die Forderungen politischer Freiheit nicht an die erste Stelle rückten.

äußerten, ohne dabei die Ehrfurcht vor der höchsten Macht im Staate außer acht zu lassen.

Diese Adressen sind sehr interessant und geben eine Vorstellung der herrschenden Ansichten. Neben farblosen und banalen Adressen gab es auch relativ sehr deutliche, in denen Wünsche bezüglich einer Veränderung des Verhältnisses der Regierung zur Gesellschaft laut wurden.

Die Adressen der Ziemstwo betonen namentlich nachdrücklich, daß es notwendig sei, einen Zusammenhang zwischen der Gesellschaft und dem Monarchen herzustellen, daß der Machthaber genau über die Bedürfnisse des Volkes unterrichtet sein müsse und verpflichtende Gesetze nicht überschritten werden dürften usw.

Diese Forderungen überschritten wörtlich genommen Rußlands absolutistischen Zuschnitt nicht, sie bewiesen jedoch mittelbar, daß man im Zarenreich zu wenig mit den Bedürfnissen der Gesellschaft und den Erfordernissen der Gesetze rechne und daß die Ziemstwo neue Gesetze, eine gewisse Freiheit und Einfluß auf die Gesetzgebung verlangen.

Das Ziemstwo von Twer verlangte, daß nicht allein das Volk, sondern auch die einzelnen Vertreter der Macht die Gesetze respektieren sollten, mit anderen Worten: die Unantastbarkeit des Gesetzes hat über allen Parteien zu stehen. In ihrem ganzen Umfang waren diese Forderungen in einem absolutistischen Staat nicht zu verwirklichen.

Das Ufimer Ziemstwo verlangte für Vertreter der Ziemstwo Zutritt zum beratenden Staatsrat und zu anderen höheren staatlichen Institutionen.

All diese Adressen bewiesen trotz ihres überaus korrekten Tones gegen den Zaren, daß es ein neues Ferment in der Gesellschaft gebe: man war unzufrieden mit dem bestehenden Gesellschaftszuschnitt, namentlich mit der Regierung, empfand die Notwendigkeit, die Gesetze als solche zu respektieren und sich vor Willkür zu schützen. Natürlich mußten sie in den höchsten Kreisen auf Unzufriedenheit stoßen. Die am weitesten gehende Adresse von Twer wurde vom Zaren überhaupt nicht angenommen. Nikolaus II. machte auf diese Adresse folgende Anmerkung: „Das

ungebührliche Vorgehen von 35 Mitgliedern des Twerer Ziemstwo hat mich sehr überrrascht und peinlich berührt [1]."

Nachdem diese Adressen beim Zaren eingegangen waren, erließ die Regierung ein Zirkular an die Ziemstwo und erinnerte sie nachdrücklich an den ihnen vom Gesetz eingeräumten Wirkungsbereich.

Am 17. Januar 1895 empfing Nikolaus II. anläßlich seiner Trauung zahlreiche Deputationen vom Adel, den Ziemstwo, den Städten usw. In seiner Ansprache sagte er den bemerkenswerten Satz: „Ich weiß, daß in letzter Zeit in einigen Versammlungen der Ziemstwo die Stimmen von hitzigen Menschen laut wurden, die von einer sinnlosen Zulassung der Vertreter der Ziemstwo zur inneren Verwaltung träumen; sie mögen alle wissen, daß ich, indem ich meine ganze Kraft dem Glück des Volkes weihe, die Grundlagen der Alleinherrschaft ebenso entschieden verteidigen werde, wie mein unvergeßlicher Vater."

Dieser Satz war von programmatischer Bedeutung und wurde auch in ganz Rußland so aufgefaßt.

Die energischsten Elemente in den Ziemstwo empfanden es als Notwendigkeit, eine geheime Organisation der Ziemstwo zu bilden. Die fortschrittlich-demokratischen Elemente, die als Statistiker, Ärzte, Lehrer usw. in den Ziemstwo arbeiteten, begannen sich der revolutionären Bewegung zu nähern.

Die Ziemstwo, von der Regierung beschränkt, gelegentlich sogar schikaniert und verfolgt, haben ihre Rechte energisch verteidigt und getan, was immer sie konnten, um ihren Wirkungskreis zu erweitern und schlechte Gesetze und Gepflogenheiten der Administration zu bekämpfen. Sie traten gegen Körperstrafen auf, denen die Bauern unterworfen waren, gegen administrative Mißbräuche usw. Anderseits haben sie ihr Bestes getan, um unter der Landbevölkerung Bildung zu verbreiten und zu befestigen, und für diese Aufgabe große pekuniäre Opfer gebracht.

Das politische Organ der Ziemstwo waren „Rußkija Wiedo-

---

1) Vgl. Biełokonski, Ziemskoje dwiżenje (Die Bewegung unter den Ziemstwo), S. 39—69.

mosti". In enger Verbindung mit der Ziemstwobewegung stand die „Kaiserliche Freie Ökonomische Gesellschaft", auf deren Versammlungen unter Anteilnahme eines großen Publikums verschiedene sozialwirtschaftliche, gesetzliche und kulturelle Fragen erörtert wurden. Auch die „Rechtsgesellschaft" in Moskau stand in engem Zusammenhang mit der Ziemstwobewegung. Nach dem Jahre 1895 wuchs die Unzufriedenheit in weiten Schichten der Bevölkerung unablässig, ebenso stieg die Lust soziale Arbeit zu leisten und das Bewußtsein, daß es notwendig sei, den Kampf mit den bestehenden Verhältnissen in Rußland aufzunehmen. Es waren dies wichtige Symptome der einsetzenden liberalen Bewegung, die in Rußland große Kreise zog. Es bedurfte nur eines Funkens, um den angehäuften Zündstoff gegen die Regierung zu entfachen; dieser Funke wurde später die studentische Bewegung in Rußland in den Jahren 1899 und 1900.

X.

Gegen Ende der ersten Hälfte des Jahres 1896 war Petersburg der Schauplatz großer, bis dahin unbekannter Streiks, die ganze Industriezweige ergriffen und sich durch Ausdauer und gute Organisation auszeichneten.

Diese Streiks waren das Ergebnis einer lang zurückliegenden Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem allzu langen Arbeitstag, der 13 Stunden dauerte, den niedrigen Löhnen und verschiedenen Mißbräuchen der Fabrikleitungen.

Die Streiks brachen in Wollwebereien aus. Ihr unmittelbarer Anlaß war die Forderung der Arbeiter, daß ihnen für die auferzwungene Arbeitslosigkeit, während der Krönungsfeierlichkeiten in Moskau, als die Fabriken geschlossen waren, Lohn ausbezahlt werde.

Am 23. Mai begann der Streik in Kalinkis Fabrik und ergriff bald auch andere Wollwebereien. Über 30000 Arbeiter traten in den Streik. Erst am 18. Juni wurde er beendigt.

Die Forderungen der Arbeiter gipfelten in folgenden Punkten: Der Arbeitstag solle von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends dauern, mit eineinhalbstündiger Mittagspause, mit anderen Worten: der Arbeitstag sollte von 13 auf 10½ Stunden reduziert werden,

ferner forderten die Arbeiter Lohn für die Krönungstage, sie verlangten, daß die Fabrikanten die Maschinen nicht willkürlich zum Stillstehen bringen noch sie früher als vereinbart in Bewegung setzen dürften und daß ihnen ihr Lohn regelmäßig ausbezahlt werde.

Das Verhalten der Arbeiter während dieses Streiks war solidarisch, energisch und würdig. Es kam zu keinen Exzessen. Trotzdem ging die Polizei brutal vor. Während des Streiks wurden ohne genügenden Grund etwa 1000 Arbeiter verhaftet und in die verschiedensten russischen Orte verschickt. Die Polizei versuchte auch die Arbeiter gewaltsam in die Fabriken zu jagen und zur Arbeit zu zwingen, was ihr jedoch nicht gelang.

Die Arbeiter schickten eine Deputation an den Stadthauptmann von Petersburg, hatten aber keinen Erfolg. Die „Kampfesorganisation für die Befreiung der Arbeiterklasse" erließ ein Manifest, das die Forderungen der Arbeiter enthielt und begründete.

Während des Streiks fanden mehrere Versammlungen statt, in denen Streikangelegenheiten und die Lage der Arbeiterklasse im allgemeinen behandelt wurden. Die fortgeschrittensten unter den Arbeitern wollten in einer Versammlung auf dem Wolkower Friedhof die politische Bedeutung dieses Streiks besprechen. Die Polizei verhinderte jedoch eine größere Ansammlung von Arbeitern, es kamen nur ungefähr hundert und die Versammlung dauerte nur sehr kurze Zeit.

Die Sozialdemokraten haben den Augenblick nicht genügend ausgenutzt und in ihren Manifesten politische Angelegenheiten und konstitutionelle Forderungen nicht in den Vordergrund gerückt. Nach dem Streik haben die Arbeiter jedoch die Basis, auf der sich der Zarismus aufbaut, gebührend eingeschätzt.

Der Stadthauptmann General Klejgels erließ ein Manifest, in dem er erklärte, die Forderungen der Arbeiter könnten erst nach Beendigung des Ausstands von den Fabrikanten in Erwägung gezogen werden. Erst nachdem die Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben werden, werden ihre Forderungen von der Fabrikinspektion geprüft werden. Diejenigen Forderungen, die

im Einklang mit den bestehenden Gesetzen realisiert werden können, sollen sofort verwirklicht werden, die anderen werden von der Regierung untersucht werden. Dies Manifest wurde am 10. Juni erlassen. Am 15. Juni erließ der Finanzminister Witte ein zweites Manifest im Namen der Regierung und erklärte in der Einleitung, die Regierung mache zwischen Arbeitern und Fabrikanten keinen Unterschied, er empfehle den Ausständigen die Arbeit wieder aufzunehmen und verspreche ihre Forderungen zu prüfen. Das Petersburger Proletariat hatte keinerlei Geldmittel, die „Kampfesorganisation" verfügte kaum über einige tausend Rubel, die für etwa 30000 Arbeitslose ungefähr nichts bedeuteten. All das erschwerte die weitere Dauer des Streiks.

Einige Fabrikanten entschlossen sich, den Arbeitern den Lohn für die Krönungstage auszuzahlen und einige kleine Zugeständnisse zu machen, die jedoch die Länge des Arbeitstages nicht betrafen.

Am 18. Juni nahmen die Arbeiter, erschöpft durch den Streik und jeglicher Geldmittel entblößt, die Arbeit wieder auf.

Wenn dieser Streik den Arbeitern auch keine unmittelbaren materiellen Vorteile gebracht hat, so hatte er für sie doch eine ungeheure Bedeutung. Es war der erste lang anhaltende und gut organisierte Streik in der Hauptstadt. Zum ersten Male hatten die Petersburger Arbeiter in Fabriken, die einen ganzen Produktionszweig umfaßten, die Arbeit niedergelegt. Man kann heute nicht mit absoluter Sicherheit feststellen, weshalb dieser Streik nicht auch andere Produktionszweige, besonders die Eisenindustrie, ergriffen hat. Einige vertreten die Ansicht, daß die Arbeiter anderer Handelskategorien deshalb nicht in den Streik getreten sind, weil sie geglaubt haben, arbeiten zu müssen, um den Streikenden zu helfen. Diese Erklärung scheint mir wenig wahrscheinlich. Man kann dagegen mit größerer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter nicht gestreikt haben, weil sie wesentlich besser entlohnt wurden und ihr Gefühl revolutionärer Solidarität noch nicht genügend entwickelt war, um sie zu einem Sympathiestreik zu veranlassen.

Die Streiks vom Jahre 1896 fanden in ganz Rußland einen lauten Widerhall, selbst im Auslande war von den Streiks die Rede und es wurde dort sogar für die Petersburger Arbeiter gesammelt. Die Hilfe war ungenügend, da die Zeit zu knapp war.

Den russischen Regierungskreisen machten die Streiks großen Eindruck.

Von größter Bedeutung waren sie natürlich für die Petersburger Arbeiter [1]).

Unter dem Einfluß der aus Petersburg einlaufenden Berichte brachen während der Krönungsfeierlichkeiten in Moskau in den Werkstätten der Kursker und Smolensker Eisenbahn, in Gressers Seidenfabrik und in Peraus Fabrik von Eisenerzeugnissen Streiks aus. Diese durch die örtliche sozialdemokratische Organisation veranlaßten Streiks, die hauptsächlich inszeniert worden waren, um die Petersburger Bewegung und die von ihr aufgestellten Forderungen entsprechend zu unterstützen, verliefen günstig für die Arbeiter, ihre Forderungen wurden sofort befriedigt. Der Regierung war es darum zu tun, in der alten russischen Hauptstadt während der Hoffestlichkeiten, der Anwesenheit des Zaren und seiner Familie den Frieden zu erhalten; es lag ihr um so mehr daran, als es während der von der Regierung ausgegangenen Bewirtung der Volksmassen auf dem großen Platz infolge der Unvorsichtigkeit der Polizeiorgane und anderer Nachlässigkeiten zu Zusammenstößen gekommen war, bei denen mehrere Menschen in der Menge erdrückt wurden — dies Vorkommnis hatte in Rußland und im Ausland einen sehr fatalen Eindruck gemacht.

Unabhängig von den Streiks während der Krönungstage in Moskau brach unter den Arbeitern der Metallindustrie eine vollkommen selbständige Bewegung aus, die darauf abzielte, den Arbeitstag zu verkürzen. Nach mehreren Streiks erreichten die Arbeiter dieser Industrie eine Verkürzung des Arbeitstages von 11 und 11½ auf 10 und 10½ Stunden.

---

1) Am ausführlichsten hat ein Petersburger in dem bereits zitierten Artikel in der im Ausland erscheinenden sozialdemokratischen Zeitschrift „Žizn“ (Leben) über diese Streiks berichtet. Nr. 4, S. 214—236, Jahrgang 1902.

Die Arbeiterbewegung in Moskau war fast im ganzen Verlauf des Jahres 1896 außerordentlich lebhaft. Trotzdem Verhaftungen in der ersten Junihälfte des gleichen Jahres die Organisation geschwächt haben, hat die Massenstreikbewegung nach einer kurzen Unterbrechung im Herbst immer größere Dimensionen angenommen und immer weitere Arbeiterkreise ergriffen. Den Ausfall an Kräften aus den Kreisen der Intelligenz kompensierten die Tagelöhner, die in immer stärkerem Maße herbeiströmten.

Die Petersburger Arbeiter, die in der Baumwollwebeindustrie arbeiteten, konnten die Verkürzung des Arbeitstages im Laufe des Jahres 1896 nicht erreichen und begannen infolgedessen am 2. Januar 1897 zu streiken. Dieser Streik währte bis zum 10. des gleichen Monats. Er hatte zur Folge, daß die Regierung sich beeilte mitzuteilen, der Arbeitstag würde in ganz Rußland vom 1. April 1897 an verkürzt werden.

Gleichzeitig gestattete die Regierung den Fabrikanten, im Gegensatz zur Politik, die sie im vorigen Jahr dem Streik gegenüber beobachtet hatte, den Arbeitstag in den industriellen Betrieben sofort zu verkürzen. Dieser Sieg der Arbeiter war von großer moralischer Bedeutung und trug viel zum Ansehen der ganzen Bewegung und der Sozialdemokraten bei, die ihre Führer waren.

Eine Streikwelle ergoß sich über ganz Rußland. In einer Reihe von Städten und Städtchen nahm die Arbeiterbewegung größere Dimensionen an und wurde zu einem erstklassigen Faktor im wirtschaftlichen und mittelbar auch im politischen Leben.

Aus Platzmangel kann ich hier nicht alle ausbrechenden Streiks nennen, geschweige denn sie schildern. Es ist dies zur Charakteristik der damaligen Bewegung nicht einmal notwendig. Es genügt auf jene einzugehen, die infolge ihres Umfanges oder der Bedingungen, unter denen sie stattgefunden haben, von besonderer Bedeutung waren. Ehe ich den Charakter und die Bedeutung dieser Streiks schildere, muß ich auf folgende Punkte eingehen: 1. auf den Bericht der russischen Sozialdemokraten

über die Arbeiterbewegung in Rußland, der für die Teilnehmer des internationalen sozialistischen Kongresses in London geschrieben wurde; 2. auf das neue Fabrikgesetz, das im Juni 1897 erlassen wurde, unter dem Einfluß der oben geschilderten Petersburger Streiks.

XI.

Plechanow hatte auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Paris im Jahre 1889 gesagt: die russische revolutionäre Bewegung würde entweder als Arbeiterbewegung triumphieren oder überhaupt nichts erreichen. Auf dem dem Pariser folgenden internationalen Kongreß in Brüssel war im Resümee der russischen Zeitschrift „Sozialdemokrat" zu lesen: „Wir betrachten es als unsere Pflicht, Rußland mit einem Netz von Arbeitergruppen zu überziehen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, können wir an euren internationalen Kongressen nicht teilnehmen, bis zu diesem Augenblick wäre jede Vorstellung einer russischen Sozialdemokratie nur Fiktion."

„Augenblicklich", heißt es im russischen Bericht auf dem Londoner Kongreß, „können wir mit berechtigtem Stolz sagen, daß diese Aufgabe zum Teil gelöst ist." (Das Überziehen Rußlands mit einem Netz von Arbeitergruppen. Notiz des Verfassers dieses Buches.) „Die ersten schwierigsten Schritte, um die Arbeiterklasse in Rußland zu organisieren, sind bereits getan. Wenigstens an einzelnen Orten."

Der Bericht entwirft eine Schilderung des Verlaufs der wichtigsten Streiks in Rußland sowie der Hindernisse, mit denen die sozialdemokratische Bewegung in Rußland zu kämpfen hat. Der Bericht gibt im allgemeinen ein treues Bild der Bewegung. Nur in einem Punkt war er nicht zuverlässig. Es wurde nämlich im Gegensatz zu den Tatsachen behauptet, daß die Proklamationen überall auf den schädlichen Anteil der Regierung im Klassenkampf hingewiesen hätten. Gerade das war nicht der Fall. Die Proklamationen hatten hier und da Polizei, Gendarmerie und Regierungsorgane überhaupt gebrandmarkt, sie hatten jedoch die Tatsache nicht unterstrichen, daß der Absolutismus der grundsätzliche Feind der Arbeiterklasse sein müsse und daß es in

ihrem Interesse läge, ihn zu stürzen und den Parlamentarismus einzuführen.

Der Bericht unterstrich den im hohen Grade praktischen Charakter der Bewegung und wies auf eine gewisse Zurückhaltung in der Aufstellung von Forderungen während der Streiks hin.

In Form eines Anhangs war in diesem Bericht die Agrarfrage in Rußland behandelt. Der gutgeschriebene Anhang charakterisierte die Utopie der russischen „Volkstümler" und warnte vor den Versuchen des agrarischen Staatssozialismus in Rußland.

Der internationale sozialistische Kongreß in London nahm folgende Resolution einstimmig und enthusiastisch an:

„Der Kongreß erachtet es als notwendig, auf die außerordentlich wichtige Tatsache hinzuweisen, daß Vertreter russischer Arbeiter zum ersten Male zu seinen Tagungen gekommen sind. Im Namen der kämpfenden Arbeiter aller Länder begrüßt er das zu selbständigem Leben erwachende russische Proletariat und wünscht den russischen Brüdern Männlichkeit und Ausdauer in ihrem schweren Kampf gegen die politische und ökonomische Tyrannei. In der Organisation des russischen Proletariats sieht der Kongreß die beste Garantie gegen die Macht des Zarismus, die eine der stärksten Grundlagen der europäischen Reaktion ist."

XII.

Wie wir bereits früher gesehen haben, war die Politik der russischen Regierung in der Frage der Fabrikgesetzgebung nicht konsequent. Die Regierung erließ Gesetze, die die Ausbeutung der Arbeiter beschränkten, beschnitt sie jedoch später mit Hilfe von Zirkularen und anderen Gesetzen.

Im Jahre 1894 wandten sich die Fabrikanten aus Lodz an die Regierung mit dem Vorschlag, den Arbeitstag zu verkürzen. Dieser Vorgang war sicherlich weniger der Ausfluß einer humanen Gesinnung, die bei keiner anderen Gelegenheit zutage trat, als des Wunsches, die Konkurrenz der Moskauer Fabrikanten zu erschweren, die ihre Arbeiter in unerhörter Weise ausbeuteten und einen sehr langen Arbeitstag eingeführt hatten. Der Arbeitstag

war im allgemeinen im Königreich Polen kürzer als in Rußland und besonders im Moskauer Gebiet. Solange es kein Gesetz gab, das den Arbeitstag erwachsener Arbeiter regelte, befanden sich die Fabrikanten im Königreich Polen den Moskauern gegenüber im Nachteil. Infolgedessen war die Regelung des Arbeitstages in ganz Rußland den Fabrikanten im Königreich Polen willkommen.

Auch im Petersburger Gebiet war der Arbeitstag kürzer als im Moskauer, wenn auch freilich länger als im Königreich Polen. Die Petersburger Fabrikanten waren nicht abgeneigt, den Arbeitstag zu verkürzen, und haben sich auch in diesem Sinn geäußert.

Die Regierung beeilte sich jedoch nicht, ein Gesetz zu erlassen, das eine Norm für die Länge des Arbeitstages enthielt. Erst die großen Petersburger Streiks im Jahre 1896 und zu Beginn des Jahres 1897 haben diese Frage in den Vordergrund gerückt.

Am 2. Juli 1897 erschien ein neues Gesetz, das die Länge des Arbeitstages für Erwachsene auf 11½ Stunden festsetzte, einschließlich der Mittagspause. Es war jedoch keinerlei Strafe für die Fabrikanten vorgesehen, die diese Norm des Arbeitstages in ihren Fabriken überschritten, und dies war natürlich der schwache Punkt des Gesetzes.

Im allgemeinen war der Arbeitstag in Rußland (im Königreich Polen war er kürzer) wesentlich länger. Die strikte Befolgung des neuen Gesetzes wäre also ein bedeutender Schritt vorwärts in den Arbeitsverhältnissen gewesen. Unglücklicherweise war davon in der Praxis gar nicht die Rede, da schon im folgenden Jahre ein Erlaß des Finanzministers Witte vom 14. März eine willkürliche Verlängerung des Arbeitstages in besonderen Fällen gestattete. Damit wurde die Bedeutung des Gesetzes vom 2. Juni 1897 fast aufgehoben.

Das Prinzip, die Arbeit der Erwachsenen einzuschränken, hatte jedoch eine gewisse Bedeutung. Die praktische Durchführung hing in nicht geringem Maße von den Arbeitern selbst ab und ihrer Energie im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Häufige und große Streiks waren notwendigerweise von Einfluß

auf die Regierung, haben sie zu Zugeständnissen gezwungen und sie veranlaßt, der Ausbeutung der Arbeiter eine gewisse Schranke entgegenzusetzen.

In Regierungskreisen gab man sich selbst nach den großen Streiks von 1896 noch der Hoffnung hin, daß es möglich sein würde, der Arbeiterbewegung durch eine stets auf der Lauer liegende Polizei und durch rechtzeitig ergriffene Repressalien Herr zu werden. Diesen Standpunkt der Regierung beweist der törichte und barbarische Erlaß, den der Minister der inneren Angelegenheiten am 12. August 1897 an die Gouverneure richtete [1]).

Dieser Erlaß empfiehlt, die Arbeiter aufs strengste polizeilich zu überwachen, alle Versammlungen von Arbeitern des gleichen Betriebes behufs Aussprache über gemeinsame Angelegenheiten zu verbieten, darauf zu achten, daß die Intelligenz keinen Einfluß auf die Arbeiter gewinne usw. Zuletzt wurde geraten, Streikfragen auf Grundlage von Verfügungen zu behandeln, d. h. „die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten" und sich nicht an die üblichen Gesetze zu halten, dies sollte geschehen, damit man um so leichter (wie im Zirkular ausdrücklich erwähnt) den Arbeitern schwere Strafen auferlegen könne.

Dieser Erlaß stieß im Finanzministerium auf Opposition, man war dort damit einverstanden, die Arbeiter polizeilich streng zu überwachen, aber man opponierte dagegen, daß die Arbeiter für das bloße Niederlegen der Arbeit unter normalen Bedingungen, ohne Exzesse zu begehen, bestraft werden sollten. Dieser Protest des Finanzministeriums hatte keinen Erfolg.

Das Erringen des Erlasses vom 2. Juni 1897 war von großer moralischer Bedeutung. Die Arbeiter überzeugten sich, daß ihr solidarisches Vorgehen auf die Gesetzgebung Einfluß haben könne. Infolgedessen hat die Massenbewegung immer größeren Umfang angenommen.

Der Regierung fehlte die Möglichkeit sie aufzuhalten. Ihre

---

1) Ozierow, Politika po raboczemu woprosu w Rossii (Die Politik in der Arbeiterfrage in Rußland), S. 29—35.

feindliche Haltung den Arbeitern gegenüber hat deren politische Bestrebungen nur beschleunigt.

XIII.

Am 23. Dezember 1897 brach ein großer Streik in Iwanowo-Wozniesiensk, einer der bedeutendsten Industriestädte Rußlands, aus und dauerte bis zum 13. Januar.

Die Beziehungen zwischen Revolutionären und Arbeitern in Iwanowo-Wozniesiensk reichten bis in die Zeit des Prozesses der Fünfzig in Moskau in den Jahren 1875/76. Später trat eine Unterbrechung ein, aber einer der Revolutionäre kam wieder in die Stadt zurück, illegale Literatur wurde verbreitet usw. Zwischen 1880 und 1890 war Iwanowo-Wozniesiensk wiederholt der Schauplatz gewaltsamer, elementarer Streiks, die ausbrachen infolge der unmenschlichen Ausbeutung der Arbeiter seitens der Fabrikanten. Nach dem Jahre 1890 ebbt die Unzufriedenheit unter dem Proletariat von Iwanowo-Wozniesiensk nicht mehr ab, im Gegenteil, sie frißt immer weiter, aber sie entlädt sich nicht mehr in elementaren, unorganisierten Ausbrüchen, sondern die Arbeiter beginnen sich auf die Ursachen ihres Elends zu besinnen, sich zu organisieren und sich für einen planmäßigen, ausdauernden und hartnäckigen Kampf mit den Fabrikanten vorzubereiten. Im Jahre 1892 entsteht eine Arbeiterorganisation, die bis 1895 bedeutend zunimmt. Im Jahre 1896 bedeutet der Iwanowo-Wozniesiensker „Bund“ bereits eine Macht. Die Führer denken schon daran zwei Programme auszuarbeiten, das eine, für die aufgeklärten Arbeiter bestimmt, soll die Ziele der Bewegung umfassen, das andere, für die breite Masse, nur die nächstliegenden Forderungen der Arbeiterklasse betonen.

Die Seele des Bundes ist der Weber Otrokow.

Im Jahre 1897 organisiert der „Bund“ die Maifeier und bringt eine stattliche Zahl von Arbeitern zusammen. Im Juni finden zahlreiche Verhaftungen statt, aber der „Bund“ besteht weiter [1]).

---

1) Über die Bewegung in Iwanowo-Wozniesiensk vgl. man die Broschüre

Infolge einer ganzen Reihe von Streiks in Iwanowo-Wozniesiensk haben die in Webereien und Spinnereien beschäftigten Arbeiter noch vor dem Erlaß des Gesetzes vom 2. Juni 1897 eine bedeutende Verkürzung des Arbeitstages und eine nicht unwesentliche Erhöhung ihres Lohnes erreicht. Der Arbeitstag währte 9 Stunden (es wurde 18 Stunden gearbeitet, aber die Arbeiter haben sich nach 9 Stunden abgelöst). Wesentlich schlechter waren die Färber in den Perkalfabriken gestellt, die 13 bis 14 Stunden gearbeitet haben. Nach dem Erlaß des Gesetzes von 1897, das den Arbeitstag auf 11½ Stunden festsetzte, beschlossen die Fabrikanten von Iwanowo-Wozniesiensk, die Zahl der Feiertage im Jahre zu verringern. Infolgedessen brach am 23. Dezember 1897 in dieser Stadt ein Streik aus, der bis zum 13. Januar 1898 dauerte. Der Streik verlief ruhig trotz des brutalen Verhaltens der Regierung. Der Gouverneur von Władimir bot viel Polizei, Gendarmerie und Kosaken auf. Die Arbeiter forderten die Anerkennung sämtlicher Festtage wie bisher und stellten noch einige kleinere Forderungen. Der Streik schloß mit dem Sieg der Arbeiter. Etwa 30000 Arbeiter hatten daran teilgenommen.

Trotz zahlreicher Verhaftungen und Verbannungen zog die Bewegung immer größere Kreise.

Die Iwanowo - Wozniesiensker Organisation knüpfte Beziehungen an zu den Arbeitern anderer Städte und Städtchen in dem sehr industriereichen Gouvernement von Władimir und trat auch mit der Moskauer Organisation in Verbindung.

Nicht alle großen Streiks nahmen einen so ruhigen Verlauf. Während des Streiks in Orecho Żujew in der Fabrik von Mikuła Morozow im Oktober 1897 haben die Arbeiter, empört über das Vorgehen der Fabrikleitung, die Fabrik demoliert, einige Gebäude angezündet und einen Sturm auf die Verwaltungsgebäude gemacht.

Am 7. Februar 1898 traten in einer 12 Wiorst von Jaroslau entfernten Baumwollfabrik 1500 Arbeiter in den Streik. Infolge

---

„Raboczeje dwiżenje w Iwanowo Wozniesienskom rajonie" (Die Arbeiterbewegung im Gebiet von Iwanowo-Wozniesiensk). Genf 1901.

der Provokationen der Polizei kam es zwischen ihr und den Arbeitern zu einem scharfen Kampf, der mit zahlreichen Verhaftungen schloß und der Verschickung von 9 Arbeitern in das Gouvernement von Archangelsk. In Morozows Fabrik bei Twer kam es im Jahre 1899 zu einem Streik, bei dem der verhaßte Fabrikdirektor um ein Haar erschlagen wurde. Anstatt durch einen Kompromiß den Streik zu schlichten, riet der Fabrikinspektor den Söhnen von Morozow ab, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Der Streik spitzte sich sehr zu: die Arbeiter stürmten das Bureau, zerschlugen Fensterscheiben und Möbel. Alle diese Vorfälle waren durch eine Reihe von Mißbräuchen seitens der Fabrikanten verursacht wie versteckte Lohndrückerei, ungebührliche Kürzungen, die erhoben wurden für die in den Fabrikläden entnommenen Waren usw. Detaillierte Berichte über diese und andere Streiks brachten sozialdemokratische Zeitungen wie „Rabotnik" (der Arbeiter), „Raboczeje Dieło" (Arbeiterangelegenheiten) u. a.

Im allgemeinen waren diese Streiks von den Sozialdemokraten weder organisiert noch planmäßig vorbereitet worden, selbstverständlich aber haben sozialdemokratische Propaganda und Agitation sehr viel zu ihrem Ausbruch beigetragen. Es geschah häufig, daß ein Streik, der ohne Anteilnahme der Revolutionäre ausbrach, später von ihnen unterstützt und gelegentlich sogar geleitet wurde.

Überall empörten sich die Arbeiter, in Petersburg, im Zentrum Rußlands, am Ural, im Süden in der Stadt und im Gouvernement Jekaterinoslaw [1]). In diesem Gouvernement trugen viele Streiks einen gewaltsamen Charakter. Außerhalb der gesamten Streikbewegung blieben bis gegen Ende des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts Odessa, Nikolajew, Kiew und Charkow.

Nach Regierungsangaben stellt sich die Streikbewegung in Rußland, ohne Sibirien, Finnland und Kaukasus, von 1895 bis 1900 folgendermaßen dar:

1) Viel von sich reden machte der Streik Ende Mai 1898 in der Briansker Fabrik in Jekaterinoslaw, der damit endete, daß die Fabrik von den Arbeitern angesteckt wurde.

Jahr	Zahl der streikenden Fabriken		Zahl der Arbeiter in den Fabriken, in denen gestreikt wurde	Zahl der Arbeiter, die an den Streiks teilgenommen haben	Ihre prozentuale Beteiligung, verglichen mit der Gesamtzahl der Arbeiter
	absolut	prozentual, verglichen mit sämtlichen Fabriken			
1895	68	0,36	60587	31195	2,01
1896	118	0,62	47979	29527	1,94
1897	145	0,75	111725	59870	3,99
1898	215	1,13	93596	43150	2,87
1899	189	0,99	112296	97498	3,83
1900	125	0,73	77382	29389	1,73

Diese Zahlen gewinnen erst dann ihre große Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß Streiks in Rußland bis zum Jahre 1891 keine häufige Erscheinung waren. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß diese offiziellen Daten nicht absolut zuverlässig sind und daß viele kleinere Streiks gar nicht zur Kenntnis der Behörde gelangt sind [1]).

Im Jahre 1898 hatte der industrielle Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht und die Krisis setzte ein. Von 1898/99 hat in einem großen Teil Rußlands Hungersnot geherrscht. Sie hat die Landbevölkerung von 39 Provinzen mit einer Bevölkerung von 9800000 Menschen betroffen. Die Maßnahmen der Regierung angesichts dieses neuen Unglücks waren unzulänglich, der hungernden Bevölkerung wurde durchaus ungenügende Hilfe zuteil. Infolge der Hungersnot sind sehr viele Menschen gestorben oder schwer erkrankt. Im Gouvernement von Samara gab es bis zum Mai 1899 über 25000 Skorbuterkrankungen, im Ufimer Gouvernement 10000, im Kasaner 20000 Skorbut- und Typhuskranke [2]). Wir besitzen keine zuverlässigen Zahlen über die Opfer der Hungersnot in ganz Rußland.

---

1) Vgl. „Obszczestwiennoje dwiżenje w Rossii“ (Soziale Bewegung in Rußland), Bd. I, S. 224—225.

2) Vgl. die sozialdemokratische Zeitung „Raboczeje Dieło“ (Arbeiterangelegenheiten), Nr. 2 und 3, S. 38—39, Jahrgang 1899.

XIV.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Organisation und weiterer Arbeiterkreise am 1. Mai gibt eine deutliche Vorstellung vom Charakter der proletarischen Bewegung in Rußland und kennzeichnet ihre verschiedenen Etappen. Aus diesem Grunde gehe ich hier auf die verschiedenen Proklamationen und die Feier dieses Arbeiterfestes im eigentlichen Rußland ein.

Das vor dem 1. Mai 1896 erlassene Manifest war die erste Proklamation dieser Art in Rußland, wenn man vom Königreich Polen absieht. Die Lage der arbeitenden Klasse, ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft, der Proletarierkampf in Westeuropa, die Maifeier usw. werden ausführlich erörtert. Über den politischen Kampf schweigt die Proklamation. Ihr Schlußpassus enthält den Hinweis, daß ihre Verfasser noch an andere Feinde der Arbeiterklasse gedacht haben als an die Kapitalisten allein. Aber jede deutliche Anspielung auf den politischen Kampf wurde vermieden.

In Nischnij Nowgorod wurden zwei Proklamationen am 1. Mai 1896 veröffentlicht und in Saratow hat man diesen Tag durch eine Versammlung gefeiert, in der die rote Fahne entfaltet und Reden gehalten wurden.

1897 erließ die Petersburger Gruppe zum 1. Mai ein Manifest, die Aufforderung zum politischen Kampf tritt hier zwar in verhüllter Form, aber immerhin klarer hervor.

„Wir werden uns zusammenschließen und organisieren", heißt es in dieser Proklamation, „um eine Macht zu werden und jene elementaren politischen Gesetze für uns fordern, ohne die der Kampf unmöglich ist: das Recht auf Streik, auf Versammlungen und unbeschränkte Rede- und Preßfreiheit über unsere Not." Das Manifest enthält keinerlei Aufforderung, den Kampf mit dem Absolutismus aufzunehmen, um die Konstitution zu erringen. Die politischen Rechte beschränken sich auf die obengenannten Forderungen, als wenn ihre Verwirklichung in einem absolutistischen Staat möglich wäre. Auch die Maiproklamation, die die Kijewer Gruppe 1897 erlassen hat, enthielt keinerlei politische Forderungen. Sie schloß mit dem Wunsch, die glückliche Zeit möge

nicht fern sein, in der die Arbeiter frei und offen am 1. Mai ihre Fahne auf der Straße schwingen und ihre Lieder anstimmen dürfen zu Ehren von Freiheit und Glück.

Die auswärtige Gruppe der „Befreiung der Arbeit" hat gleichfalls ein Manifest erlassen, in dem sie empfahl, sich mit dem Gesetz vom 2. Juni 1897 (Einführung des 11½-Stunden-Tages) nicht zufrieden zu geben und für den Zehnstundentag (nicht Achtstundentag) zu kämpfen. Auch in dieser Proklamation wird der Kampf gegen den Absolutismus nicht erwähnt. Akimow Machnowiec bemerkt bezüglich dieser Proklamation [1]), daß die „Befreiung der Arbeit" im Unrecht war, als sie einige Jahre später zuließ, daß Martow den damaligen Führern in seiner Schrift „Zarja" (Morgenröte) den Vorwurf machte, sie hätten mit der Forderung des Zehn- an Stelle des Achtstundentages die internationale proletarische Bewegung verraten. Ferner weist der Verfasser darauf hin, daß die Mitglieder der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" Plechanow, Akselrod und Zasulicz dem Geist der Zeit erlagen, als sie im Manifest den Kampf mit dem Absolutismus unerwähnt ließen, obgleich sie diese apolitische Richtung später leidenschaftlich bekämpft haben. Akimow-Machnowiec vergißt, daß die Gruppe der „Befreiung der Arbeit" nicht absoluter Herr in bezug auf die „Morgenröte" war. Wenn ferner im Manifest vom politischen Kampf nicht die Rede war, so geschah diese Unterlassung sicherlich unter dem Einfluß der russischen Führer. Natürlich war das ein Fehler. Man kann aber nicht behaupten, daß die Mitglieder der Gruppe die Propagierung der Idee des Kampfes gegen den Absolutismus als nicht notwendig empfunden hätten. Sie haben im Gegenteil die russischen Führer zu diesem Kampf aufgemuntert.

Deutliche Hinweise auf die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Absolutismus in Rußland finden wir in den Maimanifesten erst nach dem ersten sozialdemokratischen Kongreß in Rußland im März 1898.

---

1) Über Maiproklamationen und -feiern in Rußland hat dieser Verfasser eine sehr interessante und gewissenhafte Arbeit in „Byloje" vom Jahre 1906, Nr. 10, 11 und 12 veröffentlicht unter dem Titel „Pierwoje maja w Rossii" (Der erste Mai in Rußland).

XV.

Ehe ich zur Schilderung des Verlaufes des ersten sozialdemokratischen Kongresses in Rußland übergehe, muß ich auf einige Broschüren bekannter Publizisten eingehen.

In erster Reihe auf Akselrods Broschüren „K woprosu o sowremiennych zadaczach i taktikie russkich socjaldemokratow" (Über die momentanen Aufgaben und die Taktik der russischen Sozialdemokraten) und „Istoriczeskoje położenje i wzajemnoje otnoszenje liberalnoj i socjalisticzcskoj demokratii w Rossii" (Die historische Lage und das Verhältnis der liberalen Partei und Sozialdemokratie in Rußland). Ferner auf Uljanows (Lenin) Broschüre „Zadaczi russkich socjal-demokratow" (Aufgaben der russischen Sozialdemokraten) und schließlich auf Cederbaum-Martows Broschüre „Sowremiennaja Rossia" (Das zeitgenössische Rußland). Cederbaum-Martow hat ebenso wie Uljanow im weiteren Verlauf der Bewegung eine führende Stellung eingenommen.

Aus diesen Broschüren geht die Ansicht der damaligen Führer klar hervor, besonders aufschlußreich sind die Schriften von Lenin und Martow, als von zwei Männern herrührend, die über das Niveau der damaligen Landesführer hinausgehen.

Akselrod vertritt die Gruppe der „Befreiung der Arbeit", er galt und gilt als geschickter, gut über die Situation orientierter Taktiker, der den Lauf der Ereignisse richtig vorauszusehen vermag. Die zitierten Broschüren geben sicherlich einen deutlichen Beweis seines politischen Scharfsinns. Sie enthalten nicht eigentlich neue Gedanken, sondern sind in der Hauptsache eine Wiederholung dessen, was Plechanow schon früher gesagt hat. Geschrieben im Augenblick der Hochflut des „Ökonomismus" und einer bedeutenden Streikbewegung enthalten sie bis zu einem gewissen Grade eine Kritik der derzeitigen sozialdemokratischen Bewegung, die zwar einsichtig und behutsam abgefaßt ist, aber immerhin sich das Recht der eignen Meinung wahrt.

Aus Raummangel kann ich hier nicht auf all das eingehen, was Akselrod über die Bedingungen des Entstehens und der Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sagt, über die verschiedenen Gruppen der russischen Gesell-

schaft usw. Ich will nur die Hauptergebnisse dieses ausgezeichneten Führers, der zu den Vätern der russischen sozialdemokratischen Bewegung gehört, herausheben. Akselrod betont nachdrücklich, daß die Bewegung das Resultat der revolutionären Vergangenheit einer ganzen Reihe von früher in Rußland tätigen Gruppen ist. Die russische sozialdemokratische Bewegung muß, wenn sie gegen die Ansichten der ehemaligen „Volksfreiheit“ über die ökonomische Entwicklung Rußlands und einige andere Punkte Front macht, deren Kampf mit dem Absolutismus aufnehmen, um eine Konstitution und liberal-demokratische Reformen zu erreichen. Akselrod ist es nicht um die Form dieses Kampfes zu tun, nicht darum die Kampfmethode der „Volksfreiheit“ zu erneuern, sondern allein darum, daß die Sozialdemokraten kühn, energisch und ohne jedes Deckmäntelchen die Initiative zum Kampf mit dem Absolutismus ergreifen sollen, nicht nur um freiheitlich-demokratische Reformen für die Arbeiter zu erkämpfen, sondern namentlich um jene Veränderungen durchzuführen, die für das Proletariat unbedingt notwendig und für die gesamte Demokratie erforderlich sind, die die Interessen der ungeheuren Mehrheit des Volkes vertritt.

Akselrod ist sich über die Fehler der damaligen russischen sozialdemokratischen Bewegung ganz klar und weist sie den Anhängern nach, indem er ihnen freilich von vornherein Absolution erteilt.

So bekämpft er den apolitischen Charakter der Bewegung, den Mangel an Regsamkeit und Anteilnahme am gesamten sozialpolitischen Leben in Rußland, woraus sich konsequenterweise ergibt, daß sich das Interesse der Sozialdemokraten fast ausschließlich auf den Kampf der Fabrikarbeiter mit den Fabrikanten konzentriert. Er berichtigt auch die falsche herrschende Ansicht über die Bourgeoisie, die darin besteht, daß man sie als eine einheitliche reaktionäre Gesamtheit betrachtet. Akselrod weist nach, daß die Bourgeoisie unmöglich in ihrer Gesamtheit eine Anhängerin des Absolutismus in Rußland ist und sein kann, vielmehr sind verschiedene ihrer Gruppen damals schon unzufrieden gewesen und ihre Unzufriedenheit ist etwas konstant Steigendes. Wenn er die russische Arbeiterbewegung vor ihrem

apolitischen Standpunkt warnt, so weist er gleichzeitig auf andere Gefahren hin, die ihr, wenn auch in Zukunft, drohen können: die Gefahr des Bakunismus oder Blanquismus.

Akselrod beweist noch mehr: nicht nur, daß der unmittelbare Kampf um einen kommunistisch-anarchistischen Zuschnitt von unten her durch eine Massenrevolution (Bakunismus) oder um Sozialismus von oben durch Verschwörung (Blanquismus) dem Proletariat schädlich sein kann, selbst die Bestrebungen, die politische Macht als solche zu erkämpfen, sind für das Proletariat ungünstig, denn die Verteilung der sozialen Kräfte im damaligen Rußland und der Zuschnitt der Arbeiterklasse in diesem Staat drücken solchen Bestrebungen den Stempel des Utopismus auf. Das russische Proletariat muß nach Akselrods Ansicht in politischer Beziehung fürs erste nur danach streben, sich die Bedingungen einer freien Entwicklung zu erringen, erst wenn dies erreicht ist, kann es dazu übergehen, politische Macht zu erringen. Die Macht kann nicht unmittelbar aus den Händen des absoluten Monarchen in die des Proletariats übergehen, sondern sie muß erst den liberalen Elementen zufallen, die einen gewissen Bruchteil der herrschenden Klasse repräsentieren.

Diese beachtenswerten Warnungen wurden von den russischen Sozialdemokraten acht und neun Jahre später, 1905 und 1906, vergessen oder nicht beachtet, obgleich sie auch für die damaligen Verhältnisse galten. Akselrod weist wiederholt darauf hin, daß die Sozialdemokraten, die die Interessen des Proletariats vertreten und für ihre Realisierung kämpfen, die Initiative zu allgemein demokratischen Reformen ergreifen müssen, die für die gesamte Gesellschaft von Bedeutung sind. Das Proletariat darf sich nicht innerhalb der Gesellschaft isolieren, sondern muß, wenn es nach Verwirklichung seiner Ziele strebt, als Beschützer allgemein demokratischer Interessen auftreten. Akselrod verwahrt sich dagegen, als wollte er den Klassenkampf, der eine Notwendigkeit ist, zurückdrängen, oder auch nur mildern. Es ist ihm nur darum zu tun, daß dieser Kampf rationell aufgefaßt und durchgeführt werde, damit er der tatsächlichen Zusammensetzung der sozialen Kräfte in Rußland entspreche und der Arbeiterklasse das Maximum von Vorteil bringe.

Das Sichabsondern des Proletariats, das Überschätzen seiner eigenen Kräfte und das Streben, schon in kürzester Zeit eine völlige politische Hegemonie in der Gesellschaft und im Staat zu erreichen, hat nur Enttäuschungen, ja eine Zersplitterung zur Folge, die einzig für die Reaktion von Nutzen ist.

Akselrod weist, indem er die sozialistische Bewegung in Rußland mit der Westeuropas vergleicht, auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede hin, die in ihren Folgen so groß sind, daß die russischen Revolutionäre sie nicht außer acht lassen dürfen.

Im Westen ist seiner Ansicht nach die Opposition gegen die Monarchie entstanden auf dem Boden eines gemeinsamen Antagonismus der Volksmassen, der Intelligenz und der Industriellen gegen die privilegierten Stände; in Rußland, wo es derartige privilegierte Stände nicht gibt, ist der Boden, auf dem eine Reibung zwischen der kapitalistischen Entwicklung und dem Absolutismus stattgefunden hat, der gemeinsame Haß des landangesessenen Adels und der proletarisierten Masse der Intelligenz gegen die ökonomisch herrschende Klasse der Kapitalisten. Dieser gemeinsame Haß schließt einen Antagonismus zwischen den Großgrundbesitzern und den Bauern nicht aus, er hindert auch nicht, daß sich ein großer Teil des großgrundbesitzenden Adels vor der Monarchie neigt. Innerhalb dieser Schicht jedoch fällt die führende Rolle den Weitestblickenden, Aufgeklärtesten und Liberalsten zu.

Im Westen lebt die Bourgeoisie in einem sozialen und staatlichen Organismus, der ihr eigenes Erzeugnis ist. Infolgedessen ist die westeuropäische Bourgeoisie, selbst die radikale und freidenkende gleichzeitig in verschiedenen Fällen antirevolutionär. Im besten Falle ist sie bereit, das eine und andere zu verbessern. In Rußland liegen die Verhältnisse anders. Da auch die geringsten Reformen sich zum herrschenden politischen Zuschnitt im Gegensatz befinden und auf zahlreiche Hindernisse stoßen, sind selbst die gemäßigtsten liberalen Elemente nicht frei von „umstürzlerischen“ Tendenzen.

Das russische Proletariat hat zwar nicht solche Kräfte und Institutionen wie das westeuropäische, es handelt jedoch auf einem

der revolutionären Aktion wohlwollenden Boden, und das erleichtert ihm in starkem Maße den Kampf um nähere Ziele — um eine Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates.

Die russische Intelligenz, die in freien Berufen steht, muß in ihrem eignen Interesse im Kampfe mit dem Absolutismus konsequent und ohne Zögern die Partei des Proletariats ergreifen. Der Antagonismus zwischen dem angesessenen Adel und den Kapitalisten bewirkt, daß die Arbeiter nicht in eine feindliche Stellung gegen den Adel gedrängt werden. Akselrod macht noch eine Reihe anderer treffender Bemerkungen, die auf einer gründlichen Kenntnis der Verhältnisse beruhen, ich übergehe sie hier jedoch. Im allgemeinen steht er auf dem Standpunkt eines weiterfaßten Marxismus, eines Marxismus, der sich dem widersetzt, daß das Proletariat in seinen eng erfaßten Klasseninteressen aufgeht und danach strebt, allen Gebieten des sozialen Lebens seinen Stempel aufzuprägen. Das Proletariat darf sich keine Gelegenheit entgehen lassen, um seinen Standpunkt zu dokumentieren, um zu beweisen, daß seine Interessen mit denen der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft solidarisch sind. Im Westen, in den Ländern, in denen demokratische Postulate verwirklicht sind, kann das Proletariat in seinen besonderen Strebungen isoliert dastehen, ja dieser Fall tritt häufig genug ein. In Rußland jedoch ist man davon noch weit entfernt.

Der Verfasser der anonym erschienenen Broschüre „Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ ist Lenin, ein später berühmt gewordener Führer und Publizist.

Sie enthält keine neuen Ideen, ist jedoch wichtig, weil sie beweist, daß einzelne der Führer der Landesorganisation schon im Jahre 1897 die Notwendigkeit erkannten, die Idee der politischen Freiheit nicht nur zu propagieren, sondern in der Arbeitermasse dafür zu wirken.

In dieser Broschüre ebenso wie im Bericht auf dem Londoner Kongreß ist von der politischen Aktion der Sozialdemokraten in Rußland die Rede, wie von etwas bereits Existierendem.

Lenin weist in seiner Broschüre darauf hin, daß die erste

Aufgabe der Sozialdemokratie darin bestehen muß, eine feste Organisation unter den städtischen Fabrikarbeitern zu bilden; sich dieser Aufgabe zu entziehen, wäre im gegebenen Augenblick töricht.

Der Verfasser beweist, indem er auf die demokratischen Aufgaben der russischen Sozialdemokraten eingeht, daß es notwendig ist, neben den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus demokratische Ideen zu propagieren, ferner gilt es, sich mit dem Absolutismus zu befassen, auf all seine Erscheinungsformen und seinen Klassenstandpunkt einzugehen und zu beweisen, daß man ihn stürzen muß, da es sonst unmöglich ist, einen wirksamen Kampf für Arbeiterinteressen durchzufechten, politische Freiheiten zu erringen und eine Demokratisierung der politischen und sozialen Verhältnisse in Rußland durchzuführen.

Zur ökonomischen Agitation, die sich aus den Bedürfnissen der Arbeiter ergibt, und zum täglichen Kampf der Arbeiter mit den Fabrikanten übergehend, beweist der Verfasser, daß es notwendig ist, gegen den polizeilichen Druck, der sich bei jedem selbständigen Schritt des Proletariats zeigt, vorzugehen, sowie gegen die Gesetzlosigkeit und die Lakaien des Absolutismus. Jeder Beweis für den politischen Druck kann und muß in einer politischen Agitation, die alle Fragen umfaßt, geschickt ausgenutzt werden. Ökonomische und politische Agitation greifen im Leben eng ineinander und repräsentieren gewissermaßen Revers und Avers der gleichen Medaille.

Neben den Ähnlichkeiten im ökonomischen und politischen Kampf treten jedoch, wie Lenin ausdrücklich betont, auch Verschiedenheiten zutage. Während die Arbeiter im ökonomischen Kampf allein stehen, hat das Proletariat im politischen Kampf um die Demokratisierung des Staates eine Reihe von Verbündeten in der Bourgeoisie bei der Intelligenz und bei den Völkern und Sekten, die unter russischem Druck stehen. Dann geht der Verfasser zur Charakteristik einzelner oppositioneller Gruppen über und beweist, daß sie nicht sämtlich rücksichtslose Gegner des Absolutismus sind, bereit zum äußersten Kampf. Nach seiner Ansicht ist sich die Bourgeoisie zwar bewußt, daß der Absolutismus die Entwicklung des Kapitalismus und der produktiven

Kräfte Rußlands aufhält, aber gleichzeitig fürchtet sie sich vor einer völligen Demokratisierung des russischen Staates und es ist nicht ausgeschlossen, daß sie bereit ist, mit dem Absolutismus gemeinsame Sache gegen das Proletariat zu machen.

Diese Erwägungen sind für den Verfasser bezeichnend, der sich über die Rolle, die verschiedene soziale Klassen in verschiedenen historischen Augenblicken gespielt haben, nicht klar zu werden vermag. Besonders naiv ist es, die Frage von dem Gesichtspunkt aufzufassen, ob die Bourgeoisie die rücksichtslose Gegnerin des Absolutismus ist oder nicht. Alles auf der Welt ist relativ, naturgemäß auch das Verhalten der Bourgeoisie gegen den Absolutismus. Übrigens haben auch die Arbeiter zu verschiedenen Zeiten und Orten einen verschiedenen Standpunkt dem Absolutismus gegenüber eingenommen und waren nicht immer seine rücksichtslosen Gegner. Außerdem ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bourgeoisie aus Furcht vor dem äußersten Demokratismus bereit ist, sich in die Arme des Absolutismus zu werfen, nur, daß man sie nicht zu sehr mit dem roten Gespenst schrecken darf, solange der Absolutismus noch stark ist, oder sich nach einer momentanen Schwächung aufs neue wieder stärken kann. Die Bourgeoisie mit dem roten Gespenst zu schrecken, obgleich dieses Gespenst noch keine Chancen hat Wirklichkeit zu werden, ist ein schädliches, weil gefährliches Spiel, vor dem Plechanow in seiner bekannten Broschüre „Sozialismus und politischer Kampf“ schon 1883 nachdrücklich gewarnt hat.

Derselbe Lenin hat später während der Revolution am meisten dazu beigetragen, daß sich in Rußland dieser schädliche sozialdemokratische Maximalismus entwickelt hat, der einen großen Teil der russischen Bourgeoisie aus Furcht vor dem Gespenst der Diktatur des Proletariats und der Bauern in die Arme des bereits sterbenden Absolutismus gedrängt hat.

Seltsam genug ist es, daß die russischen Sozialdemokraten ebenso wie die alten Volkstümler aus der Zeit der „Volksfreiheit“ stets gefürchtet haben, die Bourgeoisie würde das Volk nach dem Fall des Absolutismus betrügen. Dagegen haben sie nicht gefürchtet, daß der für einen Augenblick überwältigte Ab-

solutismus aufs neue zu Kräften kommen könne infolge ihrer taktischen Fehler, die darin bestanden, daß sie unrealisierbare Forderungen in nächste Nähe gerückt haben, Forderungen, die dem Volke nichts zu geben vermögen und nur die mittleren Schichten abschrecken und der Reaktion zuführen.

Lenin polemisiert ferner mit Ławrow wegen seiner Artikel in Nummer 4 der Zeitschrift „Listok Narodnoj Woli" (Blätter für Volksfreiheit), deren allgemeine Richtung sich von den Ansichten dieses Veteranen des russischen Sozialismus sehr unterschied.

Mit Recht ergreift Lenin Ławrow gegenüber die Partei der bereits erwähnten Gruppe „Narodnawo Prawa" (Volksrechte).

Auf die Frage, auf welche Weise die Sozialdemokraten den Absolutismus stürzen wollen, gibt Lenin folgende Antwort: Wir müssen erst eine entsprechende Kraft bilden, sie organisieren, und dann erst können wir überlegen, ob ein bewaffneter Aufstand, ein politischer Massenstreik oder irgendein anderer Schicksalschlag den Absolutismus stürzen wird.

Es bleibt mir noch übrig, hier auf den Inhalt von Martows Broschüre „Sowremiennaja Rossija" (Das gegenwärtige Rußland) einzugehen.

Diese Broschüre ist umfangreicher als die eben besprochene und zeichnet sich durch eine detaillierte und gründliche Analyse der russischen Zustände aus. Der Verfasser hat einen weiteren Blick für die Politik der russischen Regierung im Verhältnis zu den verschiedenen sozialen Klassen als Lenin und versucht die allgemeine Stimmung zu fassen. Er ist auch weniger einseitig als Lenin.

Der Verfasser beginnt seine Broschüre mit einer Charakteristik des russischen Absolutismus nach der Niederlage in der Krim. Alexander II. mußte infolge der Niederlagen, die die russischen Waffen erlitten hatten, den Weg der Reform beschreiten. Diese Reformen haben eine Veränderung der sozialen Verhältnisse mit sich gebracht und neue soziale, dem Absolutis-

mus feindliche Kräfte zum Leben erweckt. Daher ergaben sich Schwankungen in Alexanders II. Regierung.

Innerhalb der Gesellschaft entstand eine revolutionäre Bewegung, die zur Katastrophe vom 1. März 1881 geführt hat.

Alexanders III. Regierung war einheitlich und reaktionär.

Martow bespricht ihre verschiedenen Erscheinungsformen und charakterisiert sie treffend in folgender Weise: Ihr Streben war darauf gerichtet, den Kampf um die materiellen Interessen der einzelnen sozialen Gruppen von jeglicher Ideologie frei zu halten und vom politischen Kampf völlig loszulösen, damit diese Gruppen die Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Not von der Regierung erwarteten, die sich ihnen gegenüber als Protektorin und Erzieherin aufgespielt hat.

Alexanders III. Regierung war es darum zu tun, die russische Gesellschaft zu anatomisieren, einzelne soziale Schichten in kleine Kreise zu zerschlagen, die ihr Sonderleben führen und unmittelbar mit der Zentralregierung in Verbindung stehen. Freiheitlich-konstitutionelle Institutionen dagegen, die darauf bedacht sind, die Interessen verschiedener kleiner Gruppen im Gleichgewicht zu erhalten, suchen den Zusammenschluß ganzer Klassen zu fördern und die Forderungen ihrer verschiedenen Abzweigungen zu verallgemeinern. Die damalige Politik des russischen Absolutismus, deren politische Vorbilder Napoleon und Bismarck waren, suchte dagegen in durchaus entgegengesetzter Richtung vorzugehen. Diese Bestrebungen, wenn auch ein Hindernis für die normale soziale Entwicklung, sind in ihrer Gesamtausdehnung utopisch.

Rußlands Existenz als Staat, die Organisation seiner Armee und Bureaukratie erfordert ein gewisses Europäertum, das die Rückkehr zu den Zeiten eines Nikolaus I. unmöglich macht. Die Reaktion unter Alexander III. wurde durch Mißerfolg bestraft.

Martow beweist, daß die russische Regierung die materiellen Interessen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten fördert. Aber diese beiden besitzenden Klassen werden nicht in gleicher Weise protegiert. Dem Großgrundbesitz fallen bei dieser Verteilung namentlich Ehrungen zu, höhere staatliche und höfische Ämter;

den Kapitalisten großer materieller Gewinn, da die Finanzpolitik der Regierung neben den Interessen des Staatsschatzes hauptsächlich ihre Interessen berücksichtigt.

Ein Teil des großgrundbesitzenden Adels teilt in ökonomischer Beziehung die Interessen der Industriellen, da er Fabriken besitzt (Branntweinbrennereien und Zuckerraffinerien). Dieser Teil des Adels ebenso wie jener andere, aus dessen Kreisen sich die hohen Würdenträger im Staate rekrutieren, ist mit dem Absolutismus solidarisch.

Der in der Provinz ansässige Adel dagegen, der namentlich von den Erträgnissen der Landwirtschaft lebt, hat doch Anlaß, wenn er auch die Dienste der Regierung benutzt, die ihm gestattet die Feldarbeiter nach Gutdünken auszubeuten, mit der ökonomischen Politik der Regierung unzufrieden zu sein, die besonders die Industrie und nicht den Ackerbau fördert. Er begreift, daß sein Wohlstand gründliche Änderungen in der Staatsregierung erfordert, Änderungen, die ohne wesentliche Reformen nicht durchzuführen sind und die die absolutistische Regierung nicht zulassen kann. So entsteht zwischen Adel und Regierung ein politischer Antagonismus.

Ein weiteres oppositionelles Element in Rußland ist die in freien Berufen stehende Intelligenz, deren Existenz einerseits eng an die Entwicklung des Kapitalismus gebunden ist, der die schöpferischen Kräfte des Landes freimacht, andererseits an die Demokratisierung der Gesellschaft. Für den Kampf gegen die bestehenden Zustände in Rußland hat das Fabrikproletariat eine besondere Bedeutung.

Ziemlich eingehend charakterisiert Martow die Lage der Arbeiter in Rußland: er spricht von der Länge des Arbeitstages, von den Mißbräuchen in der Fabrik, von der Brutalität der Regierungsorgane, von Arbeitsbedingungen und Löhnen im allgemeinen; dann schildert er kurz, aber prägnant das Entstehen der Arbeiterbewegung in den einzelnen Industriebezirken Rußlands.

Ich brauche auf all dies nicht einzugehen, da ich selbst ein Bild der damaligen Arbeiterbewegung in Rußland gegeben habe, das in vielen Punkten dem gleicht, das Martow entwirft.

Im Schlußkapitel bespricht der Verfasser die politische Bedeutung der russischen Arbeiterbewegung.

Namentlich sucht er die Bedenken jener zu zerstreuen, die glauben, daß die russischen Sozialdemokraten hauptsächlich (man hätte damals sagen müssen: ausschließlich) um die Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter kämpfen — damit sanktionieren sie gewissermaßen fürs erste die Gesetzlichkeit und vernunftmäßige Beschaffenheit des Absolutismus und erleichtern ihm die zweideutige Politik, die er Arbeitern und Fabrikanten gegenüber führt, nach dem Beispiel jener, die er gegenwärtig auch im Verhältnis zu Kapitalisten und Adel führt.

Nach Martows Ansicht ist diese Furcht müßig. Sie resultiert aus der tiefeingewurzelten und nach seiner Annahme irrigen Ansicht, das der russische Absolutismus eine relativ unabhängige sozialpolitische Macht ist, die willkürlich unter dem Einfluß des Selbsterhaltungstriebes eine selbständige Politik treiben und von der ausschließlichen Unterstützung der höheren Klassen absehen kann.

Nach Martow ist der alte russische Absolutismus unvergleichlich weniger schmiegsam und fähig, sich veränderten sozialen Bedingungen anzupassen, als der Absolutismus eines Napoleon III. Der russische Absolutismus schwankt nach Ansicht des Verfassers zwischen einer Politik der Zugeständnisse an die Arbeiter und einer Politik der Repressionen und Verteidigung der Interessen der Fabrikanten; einen systematischen Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter braucht man von ihm nicht zu erwarten. Das Umsichgreifen der oppositionellen Bewegung innerhalb der Mittelklasse in Rußland erweckt eine gewisse Furcht beim Absolutismus, das Proletariat unablässig weiter zu reizen. Andererseits fürchtet die russische Regierung, daß die häufigen und namentlich ständigen Zugeständnisse, die den Arbeitern gemacht werden, ihre Autorität bei ihnen schwächen würden. Infolgedessen bekennt sie sich zu einer Politik des Schwankens. Die Arbeiterbewegung muß desorganisierend auf die sozialpolitische Umgebung wirken, innerhalb welcher sich der russische Absolutismus bis in die letzte Zeit so sicher gefühlt hat. Der Kampf der Arbeiter um Verkürzung des Arbeitstages und andere

materielle Vorteile wird eine Vertiefung ihres Klassenbewußtseins, einen Zuwachs revolutionärer Empfindungen und eine größere Bereitwilligkeit, sich zu organisieren, erzeugen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten beruht darin, diesen natürlichen Prozeß auszunutzen, eine Propaganda des Sozialismus und ein positives politisches Programm geschickt durchzuführen.

Unglücklicherweise sagt der Verfasser nichts davon, welcher Art dieses „positive politische Programm" sein soll; ob es ein weitgefaßtes System politischer Gesetze umfassen soll, betrachtet unter dem Gesichtspunkt der besonderen Bedürfnisse des Proletariats; oder ob es nur die täglichen Bedürfnisse des Proletariats begreifen soll, die in seinem täglichen ökonomischen Kampf mit den Fabrikanten zutage treten.

Ferner beweist Martow, daß die immer häufigeren Konflikte zwischen Arbeitern und Fabrikanten dazu beitragen, die Bedeutung des Gesetzes der Koalitionsfreiheit zu verstehen und daß die Zeit nicht fern ist, in der man die Forderung, sie zu erlangen, als eine Augenblicksforderung wird aufstellen können.

Die Ausführungen über das Recht der Koalitionsfreiheit würden dafür sprechen, daß Martow das erwähnte „positive politische Programm" auf verschiedene Teilfreiheiten beschränkt, auf Rede-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit usw. und es nicht für möglich gehalten hat, daß das russische Proletariat in absehbarer Zeit die Forderungen einer demokratischen Konstitution aufstelle.

Jeder Schritt in der Arbeiterbewegung, sagt Martow, wird die liberal-oppositionelle Bewegung stärken, die ihrerseits den Arbeitern beim Erlangen ihrer Forderungen helfen wird. Auf die Frage, wie lange der Absolutismus sich in Rußland wird halten können, gibt Martow zur Antwort, daß dies von vielen schwer vorauszusehenden Umständen abhängt, unter anderem auch davon, wie weit die Regierung imstande ist, ihre Politik geschickt durchzuführen.

Dieser letztere Umstand, der der Kunst der Politik eine wesentliche Rolle im Verlauf der politischen Umgestaltungen zuschreibt, verdient besonders betont zu werden, da die russischen Sozialdemokraten im allgemeinen die bedeutenden Folgen der

Kunst der Politik, sei es von oben oder von unten, nicht genügend begreifen.

Martow betont mit Recht nachdrücklich, daß der Kampf des Proletariats mit der Bourgeoisie erfordere, die bestehenden politischen Formen zu bekämpfen, die bis dahin das Verhältnis der Bürger zur Regierung gekennzeichnet haben.

Ich habe Martows Broschüre ziemlich ausführlich besprochen, da die Ansichten eines der einflußreichsten, begabtesten und mit den Verhältnissen vertrautesten Führer der russischen Sozialdemokratie von Bedeutung sind.

Vergleicht man Akselrods, Lenins und Martows Broschüren miteinander, so wird man sich leicht der Unterschiede und Ähnlichkeiten, die zwischen ihnen bestehen, bewußt.

Jeder der Verfasser sucht zu beweisen, daß der politische Kampf eine Notwendigkeit für die Sozialdemokratie ist. Akselrod verlangt, daß das Proletariat diesen Kampf auf eine breite Basis stelle, ihn in seine Hände nehme und im ganzen Umfang durchfechte, indem es neben seinen Interessen die Interessen der gesamten Demokratie wahre.

Auch Lenin will politischen Kampf im weitesten Umfang und verwahrt sich dagegen, irgendwelche Resultate zu verschweigen. Er will eine Konstitution und den Sturz des Absolutismus. Bei ihm nimmt der politische Kampf jedoch nicht mehr die zentrale Stelle ein und hat auch nicht diese allgemeine nationale und demokratische Bedeutung wie bei Akselrod.

Auch Martow will politischen Kampf, aber er scheint nicht zu glauben, daß unter den gegebenen Verhältnissen dieser Kampf im Zeichen des konstitutionellen, geschweige denn des parlamentarischen Zuschnitts des Staates stehen könne. Man darf annehmen, daß er sich den Kampf vorgestellt hat in der Form allmählich einzubringender Forderungen, die sich auf konstitutionelle Teilfreiheiten beziehen.

Akselrod hat auch im Kampf um die Konstitution liberaldemokratischen Elementen eine größere Bedeutung beigemessen als Lenin und Martow.

Wenn auch Akselrod seine Solidarität mit Lenin und Martow ausdrücklich betont hat, so hat er unstreitig in politischer Beziehung Ideen gehabt, die den Ansichten der beiden anderen Führer fremd waren.

Unvergleichlich größere Unterschiede in der Auffassung des Charakters des politischen Kampfes und seiner Bedeutung für das Proletariat haben zwischen der Gruppe der „Befreiung der Arbeit“ und den übrigen Landesführern bestanden.

XVI.

Anfang Februar 1897 gab die „Kämpferorganisation“ die erste und einzige Nummer der Zeitschrift „Petersburskawo raboczaw listka“ (Petersburger Arbeiterblatt) heraus. Bald darauf fanden Verhaftungen statt, die das weitere Erscheinen dieser Zeitschrift verhinderten.

In der Organisation selbst entstanden Mißverständnisse bezüglich organisatorisch-taktischer Fragen. Der oben wiederholt zitierte „Petersburger“ und Machnowiec-Akimow äußern sich darüber nur in sehr allgemeiner Weise. Der erste der beiden Verfasser zitiert interessante Briefe von Petersburger Arbeitern, die sich auf Fragen und Wirksamkeit der Organisation beziehen. Sie enthalten freilich nichts Neues und sind nur deshalb bezeichnend, weil sie von Arbeitern selbst herrühren und Beweise des ungeheuren Interesses und des Erfülltseins von der proletarischen Bewegung sind.

Die Mißverständnisse hatten ihren Ursprung in der Frage, ob die Arbeiter in die Zentralgruppe aufgenommen werden sollten oder nicht. Die einen widersprachen dem, während die anderen es wünschten. Die Gegner dieses Planes behaupten, daß konspirative Gründe dagegen sprächen. Der „Petersburger“ behauptet, daß es unter den älteren und jüngeren Führern der „Kampfesorganisation“ selbst Anhänger und Gegner gegeben habe. Daraus würde sich ergeben, daß die Gegenüberstellung von Alten und Jungen in der Petersburger Bewegung im Jahre 1897 unbegründet ist und die Differenzen nicht eine Frage der Generation sind.

Machnowiec berichtet in der früher zitierten Broschüre, daß

im Jahre 1897 nicht diejenigen an der Spitze der „Kampfes-organisation“ standen, die den bekannten Streiks im Jahre 1896 vorgestanden hatten, sondern die älteren Führer aus dem Jahre 1895. Diesen Führern stellt er zwei jüngere Gruppen in der „Kampfesorganisation“ gegenüber, die er Gruppe A und B nennt. Er bemerkt jedoch, daß auch die „Jungen“ in ihren Ansichten auseinandergingen. Er weist darauf hin, daß die „Alten“ sich den neuen Kampfbedingungen nicht anpassen konnten und die Notwendigkeit der neuen Losungsrufe im Kampf nicht begriffen. Sicherlich muß es Antagonismus genug gegeben haben. Leider haben aber beide Verfasser, die über die Petersburger Bewegung dieser Zeit geschrieben haben, die Unterschiede unter den verschiedenen Abzweigungen der „Kampfes-organisation“ nicht präzisiert. Erst aus den späteren Ereignissen lassen sich einige Schlüsse ziehen.

Schon im Sommer des Jahres 1897 hatte sich in Petersburg eine neue sozialdemokratische Gruppe gebildet, die anfing, eine kleine Arbeiterzeitschrift „Raboczaja Myśl“ (Der Arbeitergedanke) herauszugeben. Die erste Nummer dieses Blättchens erschien im Oktober, die zweite im Dezember 1897. Diese Nummern waren auf der Schreibmaschine geschrieben und durch den Mimeographen vervielfältigt. Im folgenden Jahre im Juni gab die Gruppe die dritte Nummer dieses Blättchens im Auslande heraus, bereits in eigener Druckerei gedruckt. Um den „Arbeitergedanken“ hatten sich ausschließlich Arbeiter geschart. Ihr Blatt sollte die Stimmung und die Tendenzen der breiten Massen der Arbeiter treu widerspiegeln. Um die Wende von 1897 und 1898 hatte die Gruppe ausgedehnte Beziehungen innerhalb der Bevölkerung.

Der programmatische Artikel der ersten Nummer des „Arbeitergedankens“ war sehr allgemein gehalten. Es handelt sich darum, die Arbeiter zu veranlassen, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen. Der Verfasser betont, daß die Kapitalisten stets bereit seien, die Arbeiter auszubeuten, nur das einige Proletariat könne ihnen sowie der Regierung Widerstand leisten, daß ferner die Arbeiter, indem sie für ihre Klasseninteressen kämpfen, die Interessen der gesamten Gesellschaft wahren, da

die Herrschaft der Arbeiterklasse die Herrschaft aller bedeuten wird, weil die Arbeiter die letzte Klasse sind, hinter der keine andere steht [1]).

Die erste Nummer dieser Zeitschrift so gut wie die folgenden beweisen, daß die Redaktion tatsächlich in den Händen der Arbeiter lag.

Im Herbst des Jahres 1897 entstand in Petersburg eine neue sozialdemokratische Gruppe, die eine Einheit bildete; ihr schloß sich eine revolutionäre Gruppe in Białystok an.

Die neue Organisation gab eine Zeitschrift „Raboczeje Znamja" (Arbeiterfahne) heraus. Dieser Name übertrug sich auf die Partei als solche.

Diese Zeitschrift war der Beginn einer neuen, ausgesprochen politischen Ära in der russischen Sozialdemokratie. An erste Stelle setzt das Programm den Kampf um die Konstitution in Rußland. Eine breite Massenagitation durch Verteilung von Broschüren wird als wirksamstes Propagandamittel empfohlen. Die russische Bewegung möge sich der polnischen annähern, die ihr als Vorbild gelten kann (es handelt sich um die polnische sozialdemokratische Partei, die seit 1896 die einzig aktive Partei war). Das Programm weist darauf hin, daß jeder Führer in rein theoretischen Fragen völlige Freiheit haben muß.

Innerhalb gewisser sozialistischer Kreise in Petersburg entstand die Absicht, die drei sozialdemokratischen Gruppen zu verschmelzen. Dazu kam es jedoch weder 1897 noch zu Beginn des Jahres 1898. Es geschah später. Innerhalb der sozialistischen Gruppen im Süden stand die Kiewer Gruppe, dank ihrer Initiative und ihrer Tendenz, sämtliche sozialdemokratische Kräfte zu vereinigen, an erster Stelle. Im Sommer 1897 hat sie beinahe alle lokalen sozialdemokratischen Gruppen zur Kiewer „Kampfesorganisation zur Befreiung der Arbeit" zusammengeschlossen. Dieser neuen Organisation schloß sich auch die polnische Gruppe an. Seit Dezember 1896 wurde in

---

1) Die Nummern des „Arbeitergedankens" sind heute eine bibliographische Seltenheit. Den programmatischen Artikel aus der ersten Nummer hat Kuklin in seinem Buch „Itogi revolucjonnawo dwiženja w Rossii" (Ergebnisse der revolutionären Bewegung in Rußland) abgedruckt. III. Teil.

Kiew ein Lokalblatt „Wpierod" (Vorwärts) herausgegeben. Neben der „Kampfesorganisation zur Befreiung der Arbeit", an deren Spitze die sozialdemokratische Intelligenz stand, gab es auch noch eine reine Arbeiterverbindung, die vom Arbeiterkomitee, dem nur Arbeiter angehörten, geleitet wurde.

Diese beiden Organisationen haben in Kiew eine energische Wirksamkeit entfaltet. Die „Kampfesorganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse" hatte namentlich in Südrußland ausgedehnte Beziehungen. Sie hatte jedoch auch Beziehungen zu Petersburg und zu den Emigranten der Gruppe „Befreiung der Arbeit", zu den letzteren waren sie freilich nur sehr loser Art.

Die „Kampfesorganisation" veranstaltete im Jahre 1897 in Kiew eine Reihe von Vorträgen für Arbeiter über die russische revolutionäre Bewegung. Die Mitglieder dieser Vereinigung haben überhaupt eine geschickte Propaganda unter den Arbeitern geführt, da sie relativ eine große Anzahl von Mitgliedern, die der Intelligenz angehörten, in ihren Reihen hatten.

Innerhalb der Organisation ragte eine Gruppe besonders hervor (dieselbe, die bis zum Zusammenschluß der Kiewer Gruppen den Namen „Arbeitersache" getragen hatte); sie begann im Süden eine Arbeiterzeitschrift allgemeinen und nicht nur lokalen Charakters herauszugeben, „Raboczaja Gazeta" (Arbeiterzeitung). Diese Gruppe versuchte alle sozialdemokratischen Kräfte Rußlands zusammenzuschließen. Das gleiche Ziel hat einer der Führer der jüdischen Bewegung, A. K. aus Wilna, angestrebt. Er hat sich mit der „Kampfesorganisation" in Petersburg, deren Willen gleichfalls auf dieses Ziel gerichtet war, ins Einvernehmen gesetzt. All diese auf den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Kräfte bedachten Gruppen haben ihre Delegierten in die Schweiz geschickt, mit der Absicht, sich mit der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" ins Einvernehmen zu setzen, die von 1897 bis zum Herbst 1898 an der Spitze des auswärtigen „Bundes russischer Sozialdemokraten" stand.

Zwischen den sozialdemokratischen Organisationen in Rußland und der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" bestanden nur lockere Beziehungen, die immer wieder abbrachen. Dies ergab sich aus ziemlich tiefgreifenden programmatisch-taktischen Unter-

schieden zwischen der Majorität der Landesführer und den Emigranten. Ich hatte früher schon Gelegenheit, diese Unterschiede zu betonen, und brauche mich infolgedessen jetzt nicht darüber auszulassen. Die Gruppe der „Befreiung der Arbeit" hatte den Anhängern des Ökonomismus in Rußland viel vorzuwerfen; diese dagegen hielten, übrigens durchaus mit Unrecht, die Mitglieder der erwähnten Gruppe für Theoretiker, die keinen Zusammenhang mit dem Leben hatten. Tatsächlich lag es anders. Die Mitglieder der Gruppe der „Befreiung der Arbeit", die im Ausland lebten, waren, belehrt durch die Erfahrungen des Westens, im allgemeinen über die dort herrschenden Verhältnisse besser orientiert, als die Landesführer, die einen engen geistigen Horizont hatten und denen es an sozialpolitischer Erfahrung fehlte.

Ich kann hier nicht ausführlich, was an sich auch überflüssig wäre, auf alle Bestrebungen eingehen, die darauf abzielten, alle sozialdemokratischen Elemente Rußlands zusammenzuschließen; ich gehe über zur Schilderung des Verlaufes des Kongresses, der am 1. März des Jahres 1898 begann — dieses Datum war nicht zufällig, sondern mit Absicht gewählt worden.

XVII.

Obgleich es den Veranstaltern des Kongresses darum zu tun war, die Vertreter aller sozialdemokratischen Gruppen in Rußland zu vereinigen, waren nur einzelne durch Delegierte vertreten. Verschiedene Umstände hatten dazu beigetragen: einmal hatten nicht alle sozialdemokratischen Gruppen nähere Beziehungen zu den Veranstaltern des Kongresses, dann schienen ihnen einige Gruppen nicht bedeutend und vorsichtig genug; die Charkower Gruppe hatte darauf verzichtet, den Kongreß zu beschicken, da sie den Zeitpunkt des Zusammenschlusses sämtlicher sozialistischer Kräfte für verfrüht hielt; auch die Litauer Sozialdemokratie hielt sich vom Kongreß fern, da sie infolge zahlreicher Verhaftungen geschwächt war; die polnische sozialistische Partei hielt sich dem Kongreß so lange fern, bis sie die Garantie hatte, daß er ihr Postulat der Unabhängigkeit Polens zu seiner eignen Sache machen und ihr innerhalb des Gebietes ihrer Wirk-

samkeit bedingungslosen Einfluß auf die revolutionären Zustände zusichern würde.

Am Kongreß nahmen teil Delegierte von der Petersburger „Kampfesorganisation zur Befreiung der Arbeiterklasse" (die Gruppen „Arbeitergedanke" und „Arbeiterfahne" hatten keine Vertreter), ferner von der Kiewer, Moskauer und Jekaterinosławer Organisation, die Gruppe „Arbeiterzeitung" war durch zwei Delegierte und der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Rußland und Polen" durch drei Delegierte vertreten.

Im ganzen gab es neun Kongreßteilnehmer.

Vor diesem allgemein russischen Kongreß hatte am 25. September 1897 eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen jüdischen Delegierten stattgefunden.

Im 4. Band dieser Arbeit werde ich ausführlich auf die jüdische Bewegung eingehen.

Auf dem Kongreß in Minsk haben die jüdischen Delegierten bereits eine geschlossene Organisation gebildet, die in abgekürzter Form allgemein „Bund" genannt wurde.

Wegen des Namens für die neuentstandene Partei war es zu heftigen Debatten gekommen. Schließlich hatte man sich infolge der Vorstellungen der Delegierten des „Bundes" dahin geeinigt, sie „Russische sozialdemokratische Partei" zu nennen. Nicht nur russische Parteien in der engsten Bedeutung dieses Wortes sollten ihr angehören, sondern auch Führer, die zwar unter anderen Völkern arbeiteten, aber in Rußland wohnten.

Der Kongreß hat sich dagegen ausgesprochen, diesem Namen den Zusatz „Arbeiterpartei" zu geben, maßgebend war der Beweggrund, daß, wenn damals auch schon eine große Anzahl von Proletariern am ökonomischen Klassenkampf teilnahm, eine relativ nur geringe Anzahl von Arbeitern dieser Organisation angehörte. Auf dem Kongreß gaben die Delegierten eine kurze Darstellung der Entwicklung der Arbeiterbewegung innerhalb ihres Territoriums.

Es wurde konstatiert, daß das Fehlen eines fremden Delegierten auf dem Kongreß eine gewisse Lücke in der Vertretung der Bewegung darstelle. Ein Mitglied des „Bundes" A. K. berichtete über seine Unterhandlungen mit der Gruppe „Befreiung

der Arbeit“ und betonte, daß er verschiedene Ansichten dieser Partei nicht teile. Der Kongreß beschloß, daß der im Ausland lebende „Bund russischer Sozialdemokraten“, dem auch die „Befreiung der Arbeit“ angehörte, das „Auswärtige Komitee“ der Partei genannt werden und sie im Ausland vertreten solle.

Die Delegierten des „Bundes“ wiesen auf die Notwendigkeit hin, innerhalb der allgemein russischen Partei ihre Autonomie zu wahren, sie berichteten auch über ihre Beziehungen zur polnischen sozialdemokratischen Partei, die feindlicher Art waren.

Die neuentstandene sozialdemokratische russische Partei, die dem „Bund“ so nahe stand, konnte auf die Forderung der polnischen Partei nicht eingehen, daß man sich mit den sozialdemokratischen Gruppen auf ihrem Gebiet nur mit ihrem Wissen und durch ihre Vermittlung in Beziehung setze. Auch die zweite Forderung der polnischen Partei, daß die russische ihrem Programm die Forderung der Unabhängigkeit Polens einverleibe, wurde auf dem Kongreß nicht anerkannt. Als Äußerstes gestanden die Teilnehmer zu, das politische Postulat der polnischen Partei zu tolerieren. Es als eigene Forderung aufzustellen, lehnten sie ab.

Der zweite Verhandlungstag war organisatorischen Fragen gewidmet. Die Mehrzahl der Kongreßmitglieder sprach sich gegen eine zu weitgehende Zentralisation aus, der Vertreter dieser Idee war nur B. L., einer der Delegierten der Gruppe der „Arbeiterzeitung“.

Der Delegierte der Jekaterinosławer Organisation stellte im Namen seiner Gruppe die Forderung, daß die Lokalkomitees in Ausnahmefällen die Wünsche des Zentralkomitees nicht auszuführen hätten, indem er gleichzeitig die Motive für seine Handlungsweise klarlegte. Diese Forderung, die an die wesentlichsten Grundsätze der Organisation rührte, wurde vom Kongreß angenommen. Der „Bund“ erhielt seine Autonomie in der Partei.

Lokalgruppen wurden als ein selbständiges Ganzes anerkannt, sie unterstanden nur einer allgemeinen Richtschnur und hatten sich auch an diese nicht unbedingt zu halten.

Der Grundsatz der Dezentralisation und selbst Föderation in der Parteiorganisation, besonders auf einem so ausgedehnten, verschiedene Völker umfassenden Gebiet wie Rußland, ist notwendig und berechtigt, doch darf er nicht an Anarchie grenzen.

Es bedeutet dies, daß lokale und mehr noch nationale Organisationen, die einen Teil der allgemeinen Staatspartei bilden, in ihrer inneren Autonomie sehr frei sein müssen; in allgemeinen Fragen jedoch, über die das Zentralkomitee zu beschließen hat, müssen sie ihm völlig unterstehen und nicht das Recht haben, sich seinen Forderungen zu entziehen.

Der Kongreß bestätigte eine Reihe von Resolutionen, die sich auf Fragen der Organisation bezogen, das Programm war von Schulakowski, einem Mitglied der Kiewer Organisation, ausgearbeitet. Drei Mitglieder wurden ins Zentralkomitee gewählt: der „Bündler“ A. K., S., ein Mitglied der Petersburger „Kampfesorganisation zur Befreiung der Arbeit“ und B. L., ein Mitglied der „Arbeiterzeitung“.

Man beschloß die Ausarbeitung des Programms vorläufig aufzuschieben, unmittelbar nach dem Kongreß ein Manifest herauszugeben und im Namen der neuentstandenen Partei programmatische Grundsätze zu formulieren. Der Petersburger Delegierte S. erklärte, seiner Gruppe gehöre ein Mitglied an, das dank seiner theoretischen Bildung und seiner Erfahrungen imstande sei, ein derartiges Manifest zu schreiben. Der Kongreß war mit diesem Vorschlag einverstanden. Aus verschiedenen Gründen nannte der Petersburger Delegierte den Namen des Betreffenden nicht. Es war Peter Struwe, ein bekannter Marxist und Nationalökonom, der Verfasser einer ganzen Reihe publizistischer Artikel. Der 3. März war der letzte Verhandlungstag.

Am Abend dieses Tages feierten die Teilnehmer des Kongresses in einem Privathause ein bescheidenes Fest; brennende Fragen wurden in freundschaftlichster und lebhaftester Weise erörtert. Man gedachte des Umstandes, daß Plechanow vor 15 Jahren seine erste sozialdemokratische Broschüre „Sozialismus und politischer Kampf“ veröffentlicht hatte, und beschloß

einstimmig, diesem Pionier des Marxismus in Rußland einen Gruß zu schicken [1]).

Unmittelbar nach dem Kongreß, in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1898, fanden in ganz Rußland zahlreiche und für die neue Bewegung sehr verhängnisvolle Verhaftungen statt; ungefähr 500 Menschen wurden verhaftet, in Kiew allein 175, darunter befand sich auch der Führer T., der am Kongreß teilgenommen hatte.

Im Gegensatz zum Gerede von einem Provokateur, der sich in den Kongreß eingeschlichen haben soll, muß gesagt werden, daß die Verhaftungen die Folge von Spionage einiger Personen waren, die in der Bewegung tätig waren; schon vor dem Kongreß waren sie an der Arbeit gewesen.

Die Verhaftungen haben der Existenz vieler sozialdemokratischen Gruppen ein Ende gemacht, der Bewegung jedoch vermochten sie den Todesstoß nicht zu versetzen.

Das auf dem Kongreß gewählte Zentralkomitee bestand eine Zeit hindurch und erfüllte seine Pflichten aufs eifrigste.

Das von Peter Struwe redigierte Manifest, mit nur ganz unbedeutenden Korrekturen von S., einem Mitglied der Petersburger „Kampfesorganisation“, war und ist ein sehr interessantes historisches Dokument für die große Evolution, die wenigstens ein Teil der russischen Sozialdemokratie damals durchgemacht hat. Die Evolution bestand darin, daß man politische Freiheit in Rußland als eine der Hauptforderungen des Proletariats aufs energischste in den Vordergrund gestellt hat. Das Manifest setzt damit ein, daß es die Tatsache konstatiert, seit der Revolution von 1848 seien 50 Jahre verflossen. Mit wenig Worten schildert es die Revolution sowie die darauf einsetzende Reaktion und geht dann zu Rußland über, das sich während einer langen Zeit außerhalb des Verlaufs der historischen Ereignisse befunden zu haben scheint.

---

1) Details über die Vorbereitungen zum Kongreß und seinen Verlauf entnahm ich Machnowiec-Akimows Artikel „Der erste Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, veröffentlicht in der Zeitschrift „Minuwszyje gody“ (Vergangene Zeiten), Februar 1908, S. 128—169.

In Rußland schien ein Klassenkampf nicht zu existieren, tatsächlich war er vorhanden, griff um sich und wuchs. Mit lobenswertem Eifer hat die russische Regierung durch ihre Politik die Saat des Klassenkampfes ausgestreut, indem sie die Entwicklung der Industrie und die Unterstützung der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter und die Unterstützung der Großgrundbesitzer auf Kosten der Bauern gefördert hat. Der russische Fabrikarbeiter, der unterjochte so gut wie der freie, hat unablässig einen offenen und geheimen Kampf mit seinen Aussaugern geführt. Dieser Kampf hat bei der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus einen immer größeren Umfang angenommen und immer größere Kreise der Arbeiterbevölkerung ergriffen. Das Erwachen des Klassenbewußtseins innerhalb des russischen Proletariats und das Wachsen der Arbeiterbewegung fiel in die Zeit der gesteigerten Ausdehnung der internationalen Sozialdemokratie, die die Trägerin des Klassenkampfes und des Klassenideals der aufgeklärten Arbeiter der ganzen Welt wurde. Die neuen russischen Organisationen haben bewußt oder unbewußt sämtlich im Geiste der Sozialdemokratie gewirkt.

Das Manifest erinnert an die wichtigsten Ereignisse der Bewegung, an die Streiks in Rußland und Polen und spricht von dem von den Arbeitern erkämpften Gesetz vom 2. Juni 1897.

Zu den Bedürfnissen des russischen Proletariats übergehend erklärt das Manifest: politische Freiheit ist dem Proletariat so notwendig wie die Luft zum Atmen. Sie ist eine grundsätzliche Bedingung für die Möglichkeit seiner Entwicklung und für einen gedeihlichen Kampf um die Verbesserung seiner Existenz und Erringung der Freiheit. Politische Freiheit kann sich das Proletariat nur allein erkämpfen.

Ferner erklärt das Manifest, daß die Bourgeoisie in Europa, je weiter man nach Osten vorrückt, desto feiger und verächtlicher in politischer Beziehung wird; desto größere politische und kulturelle Aufgaben fallen daher dem Proletariat zu.

„Das Erringen der politischen Freiheit ist nur der erste und notwendigste Schritt auf dem Wege, um die große historische Mission des Proletariats zu verwirklichen, um einen Zustand der

Gesellschaft herbeizuführen, in dem es keinen Raum gibt, wo der Mensch den Menschen ausbeutet.

Das russische Proletariat wird sich vom Joch der Selbstherrschaft befreien, um mit um so größerer Energie den Kampf mit dem Kapitalismus weiterzuführen bis zum völligen Sieg des Sozialismus."

Im weiteren Verlauf weist das Manifest die Notwendigkeit nach, die zerstreuten sozialdemokratischen Kräfte in Rußland zusammenzuschließen und eine starke Organisation zu bilden.

„Als Bewegung und Richtung", fährt das Manifest fort, „führt die russische sozialdemokratische Partei das Werk weiter und erneuert die Tradition der vorhergehenden revolutionären Bewegung in Rußland; indem die Sozialdemokratie das Erringen der politischen Freiheit als Hauptaufgabe in den Vordergrund rückt, steuert sie direkt auf ein Ziel los, das schon die berühmten Führer der alten ‚Volksfreiheit' klar erkannt haben." Das Manifest betont, daß die Mittel und Kampfeswege der Sozialdemokratie andere seien, als die jener Partei. Die Sozialdemokratie ist eine bewußte Klassenorganisation der Arbeitermassen und ist der Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein könne.

Das Manifest preist zum Schluß die russische und internationale Sozialdemokratie.

Man sollte glauben, daß Inhalt und Form des Manifestes die sozialdemokratischen Führer und besonders die Teilnehmer des Kongresses in keiner Weise gereizt habe. Es war jedoch anders: der bereits mehrfach erwähnte A. K., einer der Hauptführer des „Bundes", hielt das Manifest für vollkommen verfehlt in der Form und widersetzte sich ursprünglich seiner Veröffentlichung; nur der uns vom Kongreß her bekannte Führer S. verteidigte das Manifest, wies darauf hin, daß es von einer maßgebenden Persönlichkeit geschrieben sei und daß kein Grund vorliege, es zu verwerfen, um so weniger, als es an einer geeigneten Persönlichkeit fehle, die ein zweites, besseres schreiben könnte. A. K. hatte sich mit den übrigen Bündlern über das Manifest zu verständigen. Es erwies sich, daß es bei ihnen auf noch größeres Mißfallen stieß als bei ihm. Da beschloß A. K.

durch Vermittlung des Führers S., den Verfasser Struwe persönlich aufzusuchen. Diese Zusammenkunft fand in Petersburg statt. Struwe verteidigte seinen Standpunkt.

Wir wissen nicht genau, womit A. K. und seine Gefährten unzufrieden waren. Machnowiec-Akimow, der Verfasser des oben zitierten Artikels über den Kongreß, vermag darauf keine Antwort zu geben. Er verteidigt nur A. K. vor dem Vorwurf, daß er am ausschließlich politischen Charakter des Manifestes Anstoß genommen habe, und weist darauf hin, derselbe A. K. habe verlangt, daß die Mai-Proklamation, die die neu begründete Partei veröffentlicht hat, politisch gefärbt sei. Das kann sein. Tatsache bleibt, daß es schwer fällt, zu begreifen, was die Opposition des Führers gegen das Manifest erweckt hat, wenn nicht der Umstand, daß der Kampf um die Konstitution an erster Stelle stand. Die damaligen Sozialdemokraten, auch wenn sie für den politischen Kampf eingetreten sind, waren bereit, lauter Einzelforderungen zu stellen, wie Versammlung-, Streik- und Preßfreiheit usw., und diese Punkte in den Vordergrund zu rücken; sie waren jedoch zurückhaltender, wenn es um den unmittelbaren Kampf mit dem Absolutismus, um das Erringen der Konstitution in ihrem ganzen Umfang ging. Es kann aber sein, daß A. K. nicht gewünscht hat, daß der Kampf um die Konstitution so scharf betont werde und daß es ihm nur darum zu tun war, den Kampf um die vorgenannten Bürgerrechte in den Vordergrund zu rücken.

Aus dem Aufsatz von Machnowiec-Akimow wissen wir auch, daß A. K. gegen den in diesem Artikel gebrauchten Namen der Partei protestiert hat, da gegen den Beschluß des Kongresses von der „Arbeiterpartei" die Rede war.

Struwe hat bei der persönlichen Begegnung mit A. K. betont, daß, da die Sozialdemokraten stets darauf hinweisen, daß das Proletariat selbst auf die Verteidigung seiner Rechte bedacht sein müsse, die sozialdemokratische Partei notwendig schon in ihrem Namen ihren Arbeitercharakter unterstreichen müsse.

A. K. hat sich zuletzt gefügt. Das Manifest wurde in Bobruisk in einer geheimen Druckerei von den Bündlern gedruckt, zuerst in jüdischem Jargon, dann in russischer Sprache, und in ganz Rußland verbreitet.

Am 26. Juli fanden neue Verhaftungen statt. Spione hatten die Bündler in Minsk und Bobruisk entdeckt. Während der Überführung der Buchstaben aus Bobruisk nach Grodno fanden Verhaftungen innerhalb des gesamten Wirkungsgebietes des „Bundes“ statt. Im ganzen wurden 70 Personen verhaftet und nach Moskau übergeführt.

Der Versuch, die russischen Sozialdemokraten einheitlich zu organisieren, war nicht gelungen. Das bedeutet natürlich nicht, daß der Kongreß und das Manifest von keinerlei Einfluß gewesen wären.

Allein der Versuch einer Vereinigung und die im Manifest geäußerten Ansichten waren von wesentlicher Bedeutung. Sie bewiesen, daß die sozialdemokratische Bewegung in Rußland über die erste vorbereitende Phase hinaus war und die Konsolidierung der Kräfte und der Kampf mit dem Absolutismus die nächsten Forderungen der proletarischen Bewegung bildeten. Anderseits bewies die Opposition gegen das Manifest und die Tatsache, daß nicht alle Gruppen auf dem Kongreß vertreten waren, daß noch nicht alle Sozialdemokraten in Rußland die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion gegen den Absolutismus, um eine völlig freiheitliche Konstitution zu erringen, begriffen hatten.

Unter den damaligen Sozialdemokraten gab es drei Strömungen, und nur eine hatte den Wunsch, den Charakter der Bewegung zu verändern und sie zu einer wahrhaft politischen umzugestalten. Dagegen hielten es die anderen, wenn sie auch die Notwendigkeit politischer Freiheit für das Proletariat anerkannten, aus taktischen Gründen für geratener, den unmittelbaren Kampf um dieses Gut auf eine geeignetere Stunde zu verschieben. Jedenfalls war der Kongreß von 1898 in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung von epochaler Bedeutung.

XVIII.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts hatten sich die Verhältnisse auf dem Lande zwischen den Bauern und Groß-

grundbesitzern immer mehr zugespitzt. Auf die Gründe bin ich in einem der früheren Kapitel eingegangen.

Der Mangel an Land wurde bei dem außerordentlichen Tiefstand des Ackerbaues in Rußland für die russischen Bauern immer unerträglicher, sie mußten beim Großgrundbesitzer Land pachten, der seinerseits die Lage ausbeutete und einen hohen Pachtzins forderte. In der Regel hatte der russische Bauer, da sein Land zu klein und die Bestellung der Felder zu primitiv war, nicht die Möglichkeit, seinen außerordentlich bescheidenen Viehbestand auf seinem eigenen Grund und Boden zu ernähren. Daher fortwährende Streitigkeiten um Weideland zwischen Bauern und Großgrundbesitzern.

Alexanders III. reaktionäre „Reformen", die die dörfliche Verwaltung betrafen, besonders die Einstellung sogenannter Landaufseher, die die Einstellung von Landarbeitern bestimmten, und andere Erlässe verursachten zahlreiche Mißbräuche und Gewaltakte seitens der Staatsbeamten, die auf das Schicksal der Bauern, ihren Wohlstand, ihre Freizügigkeit, ihre Selbstachtung usw. von verhängnisvoller Wirkung waren.

Seit Aufhebung der Leibeigenschaft war längere Zeit vergangen. Nicht nur die dörfliche Jugend, auch die in voller Manneskraft stehende Generation erinnerte sich der Zeiten der Leibeigenschaft und der furchtbaren Grausamkeiten, die sie im Gefolge hatte, nicht mehr. Das Gefühl der eigenen Würde wuchs langsam, aber allmählich. Kulturelle Einflüsse wirkten auch auf die Bauern. Der Dorflehrer, der Landarzt, der Ackerbauinspektor, der Statistiker und noch einige Menschen, die der fortschrittlichen und radikalen Intelligenz angehörten, haben den Bauern ein Gefühl der Menschenwürde eingeflößt, ihren Gesichtskreis erweitert und darauf hingewirkt, in ihnen neue sozial-kulturelle Bedürfnisse zu erwecken.

Durch ganz Rußland wanderten Bauernscharen auf der Suche nach Arbeit. Auf ihren Wanderungen begegneten sie den verschiedensten Menschen, erfuhren von den Kämpfen zwischen Arbeitern und Fabrikanten, gelegentlich arbeiteten sie auch selbst in einzelnen Fabriken.

Die russische Regierung verbannte die Arbeiter zur Strafe

für ihre Teilnahme an großen Streiks massenweise aus Städten und Fabrikansiedlungen in ihren Geburtsort. Da sie in überwiegender Mehrzahl vom Lande stammten, kamen in die verschiedensten Landgemeinden Rußlands Fabrikarbeiter, die gestreikt hatten. Einige darunter waren zum vollen Klassenbewußtsein erwacht und haben stark auf die Bauern gewirkt, indem sie ihre Kampfeslust entfacht haben, sie wiesen sie auf die neue revolutionäre Kraft in den Städten hin, sowie auf das Fabrikproletariat. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß die in den Fabrikstädten dienenden Soldaten, die sich aus dem Bauernstand rekrutierten, Streiks sahen und davon wußten.

Kamen sie aufs Land zurück, so teilten sie ihre Eindrücke Nachbarn und Bekannten mit.

Auf diese Weise drang der Strom des neuen Lebens gegen Ende des 19. Jahrhunderts von verschiedenen Seiten in das russische Dorf; dieser Strom erweckte Geist und Herz des russischen Bauern, trug ihm neue Gedanken zu, und sein Widerstand und seine Empörung erwachten gegen all jene, die ihn in ökonomischer und administrativer Beziehung bedrängten. In den Jahren 1896, 1897 und 1898 ist das russische Dorf der Schauplatz sehr zahlreicher Zusammenstöße, die einen epidemischen Charakter annehmen. Im allgemeinen war damals bei jedem Zusammenstoß nur eine geringe Anzahl von Menschen beteiligt. Es gab viele Zusammenstöße, aber da sie zumeist auf einen kleinen Umkreis beschränkt waren, drang nur selten durch die Zeitung Nachricht davon in die Gesellschaft. Der Zentralregierung waren sie jedoch wohlbekannt. Dadurch erklärt sich auch das sehr bezeichnende, natürlich vertrauliche Zirkular, das am 17. Juli 1898 von Zwolanskij, dem Direktor des Polizeidepartements, an den Gouverneur [1]) erlassen wurde; es bezog sich auf die immer häufiger werdenden Gehorsamsverweigerungen der Bauern gegenüber der Regierung und ihrer Ausschreitungen gegen die Grundbesitzer. Die verschiedensten bäuerlichen Gewaltakte werden

1) Dieses Zirkular wurde in seinem vollen Umfang 1899 in dem im Ausland erscheinenden Organ der Sozialdemokraten „Raboczeje dieło“ (Arbeiterangelegenheiten), 1899, Nr. 1, S. 41—43 veröffentlicht.

geschildert: im Walde des Gutsherrn werden Bäume gefällt, das Vieh wird auf die Weiden der Großgrundbesitzer getrieben, den Erlässen der Regierung und der Großgrundbesitzer wird Widerstand entgegengebracht, bewaffnete Überfälle auf Gebäude, in denen Privatbesitz verwaltet wird, werden gemacht, ländliche Gebäude usw. zerstört. Das Zirkular konstatiert ferner, daß die Bauern nicht nur den Verfügungen der Polizei und anderer Mächte, die ihre Willkür einschränken und sie zur Ordnung zurückführen wollen, offenen Widerstand leisten, sondern sogar die Vertreter der öffentlichen Ordnung überfallen oder ihnen tätlichen Widerstand bei der Erfüllung ihrer Pflicht entgegensetzen.

Gelegentlich sind die ausführenden Regierungsorgane aus Furcht vor offener Empörung nicht einmal imstande, das zu erfüllen, worauf es ankommt.

Der Direktor des Polizeidepartements empfiehlt dem Gouverneur folgende Maßnahmen: 1. auf Jahrmärkten und bei allen größeren Ansammlungen von Bauern und Arbeitern die Zahl der Schutzleute zu verstärken; 2. das Verhältnis der Bauern zu den Großgrundbesitzern oder Pächtern genau zu erforschen und es möglichst zu keinerlei Ausschreitungen und Gewaltakten kommen zu lassen; 3. die Tätigkeit der Landadvokaten und der Menschen, die keine scharf umrissene Beschäftigung haben, genau zu beobachten, besonders aber ein Auge auf all jene zu haben, die infolge ihrer Teilnahme an Streiks in die betreffenden Ortschaften strafweise verschickt wurden; 4. im Falle diese Personen Zündstoff unter der Menge verbreiten, müssen sie sofort verhaftet werden, gemäß den Vorschriften zum Schutze der staatlichen Ordnung; 5. der Bevölkerung im Falle einer Gärung das Bewußtsein einzuimpfen, daß keine ihrer Ausschreitungen geduldet werden würde und daß sie unweigerlich in Strafe verfalle. Das Zirkular fordert, daß bei Anzeichen lebhafter Unzufriedenheit unter den Bauern, die Zusammenstöße wahrscheinlich machen, die Gouverneure sofort Vizegouverneure an Ort und Stelle schicken sollen, während sie sich bei größeren Zusammenstößen selbst an den Ort zu begeben haben, wo Gewaltakte vorgefallen sind.

Dieses Zirkular ist der beste Beweis, daß die Zentralregierung die Wichtigkeit der Lage erkannt und gewußt hat, daß es auf dem russischen Dorf gäre. Der Direktor des Polizeidepartements weist darauf hin, daß Zeichen der Unzufriedenheit, Gewaltakte und bäuerliche Empörungen am häufigsten in den südlichen und südwestlichen Gouvernements stattfinden.

In diesen Ortschaften war noch die Tradition der ehemaligen Revolten eines Riazin und Pugatschew lebendig, dort hatten früher auch die Propagandisten und Agitatoren der „Wanderungen ins Volk" gearbeitet.

Es geschah, daß Bauern aus fernliegenden Ortschaften in die Gouvernementstadt kamen, um „Menschen der Intelligenz, die sich empören", aufzusuchen und ihren Rat einzuholen. Im Gouvernement von Saratow und Samara entstanden zum Teil ganz selbständige, geheime, halbrevolutionäre Bauernzirkel, sogenannte Brüderschaften.

Die Bauernschaft begann sich zu spalten, obgleich die überwiegende Mehrzahl unter dem gemeinsamen Druck von Steuern und Regierung lebte, nicht Land genug hatte und unter der herrschenden Unkultur litt.

Die begütertsten Bauern, die Bourgeois unter den Bauern, wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf, empfanden den Ausnahmezustand, den das Gesetz über sie verhängt hatte, immer schmerzlicher.

Allmählich begannen sie die schädlichen Seiten des russischen Regierungsmechanismus besser zu begreifen.

Aus der ungeheuren Masse der russischen Bauernschaft begann sich sozusagen die Intelligenz herauszulösen; sie bestand nicht aus Individuen, die irgendeine Schule besucht hatten, sondern aus solchen, die, dank ihrer angeborenen Intelligenz, Lebenserfahrung und ihrer Berührung mit Menschen eines höheren sittlichen und geistigen Niveaus, sich über den Durchschnitt der Landbevölkerung erhoben. Diese Menschen waren die gegebenen Führer von Volksgruppen auf dem Lande, sei es im öffentlichen oder geheimen Kampf gegen Regierung und Großgrundbesitzer. Sie wußten auch etwas von dem, was in Rußland vorging.

Das Entstehen dieser volkstümlichen bäuerlichen Intelligenz war natürlich nicht das Werk weniger Jahre, sondern das Ergebnis einer ziemlich langen Evolution, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stattgefunden hatte. Die Landarbeiter begannen, ermutigt durch das Vorbild der Fabrikarbeiter, Streiks zu organisieren.

Das russische Dorf war gegen Ende des 19. Jahrhunderts schon wesentlich anders, als die Volksrevolutionäre es um 1870 gefunden hatten. Die ungeheure Ausdehnung des Landes, ferner der Umstand, daß die Bauern nicht, wie die Arbeiter, ein bestimmtes Zentrum hatten, hat den von ihnen organisierten revolutionären Ausbruch sehr erschwert.

Damals schon haben die gewissenhaften Beobachter des Landlebens in Rußland behauptet, daß die russischen Bauern (oder richtiger, die vorgeschrittensten Elemente unter ihnen) an einen Massenaufstand dachten, an eine neue Aufteilung des Landbesitzes, an eine Kontrolle der Regierung durch Volksvertreter usw. Der bäuerliche Gedanke arbeitete und suchte nach einem Ausweg aus der schweren Lage.

Die revolutionäre Literatur, die im allgemeinen nicht dem Niveau der Bauern angemessen war, begann aufs Land zu dringen. Hier und da, im Gouvernement von Saratow und Tambow, sowie in einigen anderen wurden Bauern verhaftet, weil sie verbotene Schriften aufbewahrt und verbreitet hatten. Die Anzeichen häuften sich, daß die revolutionäre Bewegung ins Volk zu dringen begann.

Die Hungersnot im Jahre 1898 vergrößerte die Empörung der Bauern gegen die Regierung, die ihnen keinerlei nennenswerte Hilfe gewährt und die private Initiative sowie die Initiative der Ziemstwo unterbunden hatte. Die Bauern begannen sich der fortschrittlich-demokratischen Opposition in den Ziemstwo immer mehr anzuschließen, und mit streikenden Arbeitern, Studenten und Revolutionären zu sympathisieren. Diese Wandlungen, die sich innerhalb der Bauernschaft abspielten, entgingen der Aufmerksamkeit gewisser revolutionärer Kreise nicht.

XIX.

Wie Jegorow, der Verfasser einer der besten Arbeiten im Sammelwerk über die soziale Bewegung in Rußland[1]), mit Recht betont, hat keiner der Landesführer im ganzen Umfang die Ansichten der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" geteilt, die damals aufs neue in den oben erwähnten Broschüren verbreitet wurden. Einige in Rußland wirkende Parteien haben sich jedoch den Ansichten von Plechanow, Akselrod und Wiera Zasulitsch soweit genähert, daß sie es als notwendig empfanden, zu einer breiteren politischen Agitation überzugehen; die Agitation selbst haben sie jedoch enger aufgefaßt, als die Mitglieder der Gruppe der „Befreiung der Arbeit". Neben der abseits stehenden Gruppe, die sich um die Zeitschrift „Raboczeje Znamia" (Arbeiterfahne) scharte und die in politischer Beziehung relativ am weitesten vorgeschritten war, standen die „Kampfesorganisation" in Petersburg und Kiew und die Gruppe, die die „Arbeiterzeitung" herausgab.

Andere russische Gruppen waren in politischer Beziehung noch nicht organisiert und begannen sich allmählich vom Einfluß des Ökonomismus freizumachen; es gab aber auch Gruppen wie z. B. die des „Arbeitergedankens", die sich noch völlig in diesem Geleise bewegten. Ich habe bereits früher erwähnt, daß sich im Ausland seit 1889 unter dem Einfluß der Gruppe „Befreiung der Arbeit" der „Bund der russischen Sozialdemokraten" entwickelt hatte; ihm gehörten die jungen Emigranten und teilweise auch die Studenten an, die ihren Studien im Ausland nachgingen, und überhaupt die Mehrzahl derjenigen, die im Ausland lebten.

Die Organisation dieser Vereinigung war derart, daß die gesamte Leitung in den Händen der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" lag. Das war nicht verwunderlich. Den Mitgliedern der Gruppe lag es naturgemäß daran, daß sozialdemokratische Ideen richtig erfaßt und die Publikationen der Vereinigung gut

---

1) „Die soziale Bewegung in Rußland im Beginn des XX. Jahrhunderts", Bd. I, S 381.

redigiert würden. Der „Bund der russischen Sozialdemokraten“ gab Zeitschriften heraus, die aber nicht in regelmäßiger Abfolge erschienen, so „Rabotnik“ (Der Arbeiter) und „Listki Rabotnika“ (Arbeitermitteilungen). Diese Organe enthielten viel Material, das sich auf die Bewegung in Rußland bezog, taktische und programmatische Artikel usw.

Infolge der in Rußland immer mehr um sich greifenden sozialdemokratischen Bewegung und der seit 1896 zahlreicher werdenden Verhaftungen kamen immer mehr politische Emigranten, die sich der Vereinigung anschlossen, ins Ausland. Solange es ihrer wenige gab, vermochte die Gruppe der „Befreiung der Arbeit“ ihre Rolle als intellektuelle Führerin zu behaupten. Seit dem Jahre 1898 wurde es damit immer schwieriger. Unterschiede in der Auffassung taktisch-programmatischer Fragen mußten zu einem Konflikt in der Organisation führen. Gegen Ende des Jahres 1898 verzichtete die „Befreiung der Arbeit“ darauf, die Veröffentlichungen des „Bundes“ zu redigieren, und bald darauf zerfiel der „Bund“ selbst. Die in ihm verbliebene Mehrheit vertrat eine andere Richtung, als die „Befreiung der Arbeit“ und war nicht so ausgesprochen politisch. Die Mehrheit war dafür, eine politische Aktion zu beginnen, wollte sie jedoch nicht in den Vordergrund rücken und faßte sie, wenigstens zu Beginn, ziemlich eng auf, als eine bestimmte Form eines gewissermaßen verallgemeinerten ökonomischen Kampfes.

Der neue „Bund“ stand nicht auf dem Boden eines reinen Ökonomismus, doch hatte er eine ausgesprochene Vorliebe dafür. Erst später begann er ihn energisch zu bekämpfen (die Gruppe: Arbeitergedanke). Das Organ des neuen „Bundes“ wurde die Zeitschrift „Raboczeje Dieło“ (Arbeiterwerk), die, ursprünglich in loser Folge, ungefähr alle zwei Monate erschien, in Form eines ziemlich umfangreichen, klein gedruckten Büchleins, das leicht transportabel war. Im folgenden Band dieser Arbeit werde ich ausführlich auf die Ansichten der Persönlichkeiten eingehen, die sich um die „Arbeitersache“ geschart haben, sowie auf ihre Gegner innerhalb der russischen Sozialdemokratie, die dem rechten und linken Flügel angehörten. Die erste Nummer der „Arbeitersache“ erschien im April 1899.

Die Minorität des „Bundes", an deren Spitze die „Befreiung der Arbeit" verblieben war, bildete eine revolutionäre Organisation, „der Sozialdemokrat".

Der neue „Bund" hatte ausgedehnte Beziehungen in Rußland und fand 1899 und in der Folgezeit dort reichliche Unterstützung, bis zu dem Augenblick, wo die neue Richtung, deren Ergebnis die später begründete Zeitschrift „Iskra" (Funke) war, das völlige Übergewicht erhielt.

XX.

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts entstand in Rußland eine neue revolutionäre Richtung, die gewissermaßen die Synthese der alten und neuen sozialpolitischen Strömungen war. Aus dieser Richtung bildete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Partei der Sozialrevolutionäre.

Die theoretischen Grundlagen dieser neuen Richtung waren unter den Emigranten entstanden als Ergebnis des lebhaften Gedankenaustausches, der unter einzelnen der Revolutionäre bestand.

Im Jahre 1891 entstand in der Schweiz ein gemischter Kreis, bestehend aus Sozialdemokraten und Anhängern der früheren revolutionären Strömung; sie beschlossen eine publizistische Tätigkeit infolge der Hungersnot einzuleiten und die sozialpolitische Bedeutung dieser Erscheinung zu beleuchten. Diesc Gruppe gab zwei Broschüren über die Hungersnot heraus, die eine von Plechanow, von der bereits in anderem Zusammenhang die Rede war, die andere von Żytłowskij. Plechanow hat der Gruppe angehört.

In der Gruppe selbst vertrat Żytłowskij eine Richtung, die der alten „Volksfreiheit" nahestand, während Rappaport auf sozialdemokratischem Boden stand; die übrigen Mitglieder schlossen sich dem einen oder andern dieser beiden Führer an.

Im Jahre 1892 fiel diese Gruppe, die namentlich infolge der Hungersnot entstanden war, auseinander. Die Beziehungen der Mitglieder untereinander blieben jedoch nach wie vor bestehen, wurden sogar infolge fortwährender programmatisch-taktischer Diskussionen immer lebhafter. Diese Diskussionen waren nicht

unfruchtbar, denn sie führten die Teilnehmer zu einer sozialpolitischen Auffassung, die sowohl sozialdemokratische als volkstümliche Elemente enthielt.

Damals entstand auf Rappaports Initiative eine neue sozialdemokratisch-revolutionäre Gruppe unter dem Namen „Sojuza russkich socjalistow-rewolucionerow“ (Bund russischer Sozialrevolutionäre). Es war dies im Jahre 1893 der Fall.

Dieser Gruppe traten bei: Żytłowskij, Rappaport, die Żytłowskaja, Ratner (eine Frau), Lewantis, Rosenbaum, Mandel und eine Person, deren Namen sich hinter dem Buchstaben X verbarg.

Diese Gruppe beschloß eine redaktionelle Wirksamkeit zu beginnen; nach einigen Bedenken beschloß man, eine Arbeiterzeitschrift herauszugeben, die jedoch etwas über das Durchschnittsniveau des Proletariats hinausging. Diese Zeitschrift hieß „Russkij Raboczyj“ (Der russische Arbeiter). Dreizehn Nummern sind erschienen.

Die theoretischen Anschauungen der neuen sozialdemokratischen Richtung haben darin bestanden, daß aus den Ansichten der Volkstümler die ideologischen Überbleibsel, die sich namentlich auf Rußlands ökonomische Entwicklung bezogen, ausgemerzt wurden, außerdem stimmte man mit verschiedenen Grundanschauungen der Sozialdemokraten überein, ohne die den äußersten Marxisten anhaftende Neigung zum Doktrinären. In taktisch-revolutionärer Beziehung bekannte sich die neue Richtung, die die Massenbewegung als Grundlage anerkannte, auch zum Terrorismus und sah in ihm eines der stärksten Machtmittel, um Rußlands politischen Zuschnitt zu zerstören.

Żytłowskij und Rappaport, die Theoretiker der neuen Gruppe, haben die Ansichten der früheren russischen Volkstümler bezüglich des Kapitalismus in Rußland und der Bodenverwaltung durch die Gemeinde nicht geteilt, sie glaubten nicht, daß der Kapitalismus ein künstliches Erzeugnis in Rußland sei und daß die berühmte russische Landgemeinde, die Obschtschina, der Ausgangspunkt eines neuen sozialistischen Zuschnittes werden könne. Sie erkannten die Tatsache an, daß Rußland bereits in die Phase eines kapitalistischen Gesellschaftszuschnittes ein-

getreten war, als Resultat einer natürlichen Entwicklung und begriffen auch die Konsequenzen dieser Tatsache. Bezüglich der russischen Landgemeinde waren sie der Ansicht, daß ihr Zustand in den verschiedenen Teilen Rußlands verschieden sei, unter gewissen Umständen und an gewissen Ortschaften sei ihr Verfall für die Allgemeinheit der Bauern notwendig, da sie ihnen nur eine Last sei; an anderen Orten dagegen zeige sie viel Lebenskraft und könne der Masse der Bauern nützlich sein. Mit anderen Worten: in dieser Angelegenheit verwarfen sie jegliche Theorie und machten ihre Stellung zur Landgemeinde (Obschtschina) davon abhängig, ob sie am gegebenen Ort der Mehrzahl der Bauern, die vom Ertrag ihrer Hände lebten, nützlich war oder nicht. Sie erkannten das Bestehen eines Klassenkampfes innerhalb der Landgemeinde an.

Die wichtigste Rolle im Kampf um politische Freiheit, die sie an erste Stelle rückten, und um den Sieg des Sozialismus schrieben sie dem Fabrikproletariat zu, gleichzeitig bekämpften sie die unter den Sozialdemokraten überwiegende Ansicht, daß es noch nicht Zeit sei, unter den Bauern zu arbeiten, die Landbevölkerung erschien den meisten Sozialdemokraten für die politische und sozialistische Agitation wenig geeignet.

Die Theoretiker der neuen Gruppe glaubten sogar, daß sich dort, wo die russische Landgemeinde lebenskräftig sei, unter den Bauern eine selbständige Ideologie herausgearbeitet habe, die ihnen den Zugang zu sozialistischen Ideen erleichtere. Wie bereits erwähnt, hat die neue Gruppe den Kampf um die politische Freiheit an die erste Stelle gerückt, indem sie alle Kampfesmittel: Propaganda, Agitation, Terrorismus und Massenaufstand anerkannte.

Der „Bund russischer Sozialrevolutionäre“ empfahl unter den Bauern zu arbeiten, in gleichem Sinne, wie es früher die Mitglieder der Partei „Land und Freiheit“ angestrebt hatten: terroristische Aktion, wie sie die „Volksfreiheit“ propagiert hatte, Wirksamkeit auf breitester Grundlage unter dem Fabrikproletariat im Sinne der Sozialdemokraten und Propaganda und Agitation unter der Intelligenz, was den Absichten aller Parteien entsprach. Dieser synthetische Charakter des Programms der neuen Gruppe

schützte sie vor gewissen Einseitigkeiten, zugleich aber bewies er, daß es ihr an einer praktischen Orientierung fehlte. Tatsächlich erkannte die neue Gruppe nicht deutlich, was im gegebenen Augenblicke in der revolutionären Aktion am notwendigsten sei.

Wir werden sehen, daß die vereinigte Partei der Sozialrevolutionäre auch späterhin dieses Merkmal aufwies. Diese Partei hat in der vorrevolutionären Epoche und während der Revolution selbst eine sehr bedeutende Rolle gespielt. Ihre schwache Seite bestand jedoch darin, daß sie sich trotz ihrer Vielseitigkeit innerhalb bestimmter Sphären der Wirksamkeit nie stark zu konzentrieren verstand.

Die Sozialrevolutionäre arbeiteten auf dem Lande unter den Bauern, in der Stadt und in Fabrikansiedlungen unter den Fabrikarbeitern und griffen auch die Regierung durch terroristische Maßnahmen an.

Aber auf keinem dieser Gebiete gab es eine Konzentration der Kräfte und anhaltende Ausdauer.

Dieser Umstand läßt sich leicht erklären: die vielfachen Gruppierungen der Sozialrevolutionäre entstanden infolge ihrer Unzufriedenheit mit der Einseitigkeit der Sozialdemokraten.

Für einzelne Individuen und Gruppen bestand diese Einseitigkeit darin, daß man sich unter Umgehung der Bauern fast ausschließlich mit den Arbeitern beschäftigte; für andere offenbarte sie sich in der Enge der politischen Aktion; für noch andere im Verwerfen des Terrorismus usw. Infolgedessen versammelten sich später unter der Fahne der Sozialrevolutionäre Menschen der verschiedensten revolutionären Schattierungen, es gab darunter solche, die sich nach der Wiedergeburt der alten Partei „Land und Freiheit“ sehnten, unter Ausscheidung einiger ideologischer Begriffe; es gab jedoch auch Mitglieder, die die Dinge durch das Prisma der „Volksfreiheit“ in ihrer besten Zeit betrachteten und schließlich auch solche, die den Sozialdemokraten nahestanden, aber eine angespannte politische Kampfesaktion verlangten. Ein großes Verdienst der Sozialrevolutionäre war, daß sie die Notwendigkeit des Kampfes um politische Freiheit mit rücksichtsloser Schärfe betonten.

Wir wollen jedoch den Ereignissen nicht vorgreifen.

Die neue Gruppe beschloß, sich nicht darauf zu beschränken, die im Ausland lebende Jugend zu beeinflussen, sondern sie versuchte auch in Rußland Anhänger für die von ihr vertretene Richtung zu gewinnen. Zu diesem Zwecke schickte die Gruppe eines ihrer Mitglieder, Mendel Rosenbaum, mit illegaler Literatur auf die Reise. Da die Gruppe fürs erste, abgesehen von der oben erwähnten Arbeiterzeitschrift, keine eigne Literatur besaß und der „Volksfreiheit" in vielem nahestand, beschloß sie deren Veröffentlichungen zu verbreiten. Die alten „Volksfreiheitler" stellten ihnen gern ihre Veröffentlichungen kostenlos zur Verfügung, aber sie wollten oder konnten ihnen ihre Beziehungen in Rußland nicht angeben (vielleicht hatten sie auch keine mehr). Rosenbaum brachte wiederholt illegale Literatur nach Rußland. Liebhaber für die Veröffentlichungen der Volksfreiheitler fand er kaum, aber hier und da gelang es ihm Beziehungen anzuknüpfen.

In Rußland gab es in verschiedenen Ortschaften verstreute Individuen, deren Ansichten in gewissen Dingen denen der Mitglieder des „Bundes russischer Sozialrevolutionäre" nahestanden, gelegentlich waren die Betreffenden im Kreise vertrauenswürdiger Menschen auch propagandistisch tätig, namentlich auf dem Lande; wie sich später erwies, gab es gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine ganze Anzahl derartiger Einzelner. In einzelnen Gouvernements, z. B. in dem von Samara, gab es einen ganzen Kreis, der sich zu sozialrevolutionären Ansichten, die denen des „Bundes" nahestanden, bekannte. Diese Einzelmenschen und Gruppen standen untereinander in keinem Zusammenhang und haben einen solchen fürs erste auch nicht angestrebt, da sie der Möglichkeit, daß sich in nächster Zeit eine einheitliche zentralisierte revolutionäre Partei bilden könne, skeptisch gegenüberstanden.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts begannen nach Rußland Männer zurückzukommen, die infolge ihrer Anteilnahme an der revolutionären Bewegung in verflossenen Jahrzehnten nach Sibirien verbannt worden waren. Diese Männer oder wenigstens die meisten unter ihnen hatten sich eine große Energie, sehr viel Lebendigkeit und eine starke

geistige Spannung bewahrt. Es waren Persönlichkeiten von ausgeprägter Eigenart. Ihr unbeugsamer Charakter, ihre heroische Vergangenheit, die erlittenen Leiden und die Stärke der Empfindungen, die sie sich bewahrt hatten, bezauberten ihre Umgebung und besonders die Jugend. Diese Verbannten unterschieden sich in ideeller Hinsicht sehr stark von den Sozialdemokraten.

Das Leben hatte ihnen so manche Illusion genommen. Die meisten von ihnen glaubten nicht mehr daran, daß einer Revolution unmittelbar ein sozialistischer oder anarchistischer Staat folgen würde, gleichzeitig standen sie jedoch der Auffassung der Sozialdemokraten, besonders der in Rußland selbst herrschenden — nicht der im Ausland verbreiteten —, ziemlich fern.

Diese Männer verletzte so manches bei den Sozialdemokraten: besonders das Ignorieren der Bauern als eines revolutionären Faktors, der Mangel einer politischen Aktion im weiteren Umfang, die Unlust, zum Terrorismus als einem Kampfesmittel zu greifen, die Tendenz, die Erscheinungen des sozialen Lebens ziemlich mechanisch aufzufassen, revolutionäre Initiative gering zu achten usw.

Als erster kam Nikolajew im neunten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts zurück; er beschäftigte sich mit der Übersetzung wissenschaftlicher, besonders historischer Werke und war auch publizistisch tätig. Er veröffentlichte ein Buch „Fortschritt und ökonomischer Materialismus" (in russischer Sprache) und versuchte darin den Marxismus soziologisch zu begründen. Bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts hatte Nikolajew keinen starken Einfluß auf seine Umgebung, da die soziale Atmosphäre für sein Auftreten nicht förderlich war; erst später zeigte sich sein Einfluß deutlich in den verschiedensten Orten, in denen er gelebt hatte, in Twer, Moskau und Poltawa.

Die vom „Bund russischer Sozialrevolutionäre" verkündeten Ideen übten eine starke Wirkung auf ihn aus, er war ein Anhänger des Terrorismus und trat für eine energische revolutionäre Aktion unter den Arbeitern so gut wie unter den Bauern ein. Einige der bekanntesten späteren russischen Terroristen standen unter seinem unmittelbaren Einfluß, so Pokotilow und Frau Briljant.

Zu den bekannten Verbannten gehörte namentlich Katerina Breschkowskaja, die an der berühmten Wanderung ins Volk teilgenommen hat (im 2. Band dieser Arbeit war von ihr bereits die Rede). Die Breschkowskaja hatte sich ihre große Lebhaftigkeit und geistige Schmiegsamkeit bewahrt, so gut wie ihren Enthusiasmus und ihre überraschende Energie. Ihr Einfluß auf ihre Umgebung war ungeheuer. Sie reiste durch ganz Rußland und enthusiasmierte die Jugend, die Arbeiter und die Bauern. Wie wir später sehen werden, trug sie sehr viel zu der 1901 begründeten Vereinigten Partei russischer Sozialrevolutionäre bei. Man nannte sie und nennt sie heute noch „die Großmutter der russischen Revolution".

Aus der Verbannung kamen zurück: Wojnaralskij, Bałmaschow, der Vater desjenigen, der später Sipiagin, den Minister des Inneren, getötet hat, Alexandra Tscherniawskaja und viele andere.

Selbstverständlich war die Anwesenheit dieser Persönlichkeiten in Rußland auf die Bildung der neuen sozialrevolutionären Strömung von größtem Einfluß.

Der auswärtige „Bund russischer Sozialrevolutionäre" gewann in Rußland in Rakitnikow einen energischen Führer. Im Ausland gewann er einen sehr geschickten Mitarbeiter im später berühmt gewordenen Azief, der damals auf einem deutschen Polytechnikum studierte und wahrscheinlich gleichzeitig schon Agent der Regierung war, obgleich über seine Verrätereien in jener Zeit nichts Gewisses bekannt ist.

So unterstützten in den Jahren 1894 und 1895 die sozialrevolutionären Gruppen die im Ausland begründete Bewegung. Sie hatte damals schon gewisse Beziehungen in Rußland, einen absolut treuen Anhänger in Rakitnikow und die Umstände waren ihr günstig. Die Entwicklung der Streikbewegung im Jahre 1896 und in der Folgezeit sowie die reaktionäre Politik der Regierung haben den Kampf um politische Freiheiten, den die Sozialdemokraten nicht geführt haben, an erste Stelle gerückt. Infolgedessen begann sich eine kritische Stimmung gegen die Sozialdemokraten im allgemeinen und ihre Taktik im besonderen zu entwickeln. Auch dies trug dazu bei, daß die Sozialrevolutionäre für ihre weitere Entwicklung günstigen Boden fanden.

In verschiedenen Ortschaften Rußlands entstanden unabhängig voneinander sozialrevolutionäre Gruppen, als Opposition gegen die sozialdemokratischen; sie trugen verschiedene Namen. Wir haben nur spärliche Nachrichten darüber. Über einige dieser Gruppen erfahren wir nur ganz Allgemeines aus der Übersicht über politische Fragen, die im Polizeidepartement bearbeitet wurden und die sich in der Sammlung des unermüdlichen Burcew befinden.

So gab es z. B. schon im Jahre 1893 in Nischni Nowgorod einen Kreis von Volkstümlern, für den der Kampf um politische Freiheit im Vordergrund stand. Bis zum Jahre 1895 war diese Gruppe weder in der Stadt noch auf dem Lande propagandistisch tätig; erst später, unter dem belebenden Einfluß der sozialdemokratischen Bewegung begannen die Mitglieder dieses Kreises unter den Fabrikarbeitern zu agitieren. Zu dieser Gruppe gehörten u. a. der Lehrer Romanow und Panow, der ehemalige Student der Geistesakademie.

In Penz bestand ein namenloser revolutionärer Kreis, seine Mitglieder waren Kraft, Remizow und andere. Auch in Wladimir, Wiatka und Saratow existierten zwischen 1895 und 1896 namenlose Gruppen. Einzelne dieser Gruppen nannten sich einfach Sozialrevolutionäre, so in Woronesch, Kiew, Charkow, Petersburg und Perm.

Der Name Sozialrevolutionäre war kein zufälliger, wie mit Recht Nietschetnyj, der Verfasser eines Artikels über das Entstehen der sozialrevolutionären Partei, betont [1]). Einerseits unterschied diese Bezeichnung die, die sich dazu bekannten, von den Sozialdemokraten, andererseits von den alten Volkstümlern. Die neuen Sozialrevolutionäre begriffen, daß die Bezeichnung „Volksfreiheit“ viel verspreche, aber auch zu vielem verpflichte.

In Petersburg entstand unter dem Einfluß der eine Zeit hindurch dort lebenden Breschkowskaja eine Gruppe von Sozialrevolutionären, die im Jahre 1897 unter Fabrikarbeitern ihre Wirksamkeit begann. Im Jahre 1898 erließ diese Gruppe eine Proklamation, da die Fabrikanten das Gesetz vom 2. Juni 1897

---

1) „Socjalist-Revolucjoner“ (Der Sozialrevolutionär) Nr. 4, S. 37.

zu umgehen suchten. Die Gruppe entwickelte eine energische politische Agitation und traf zu Beginn des Jahres 1898 Vorbereitungen, um in einer geheimen Druckerei ein kleines Blättchen: „Raboczyj Wiestnik“ (Der Arbeiterbote) herauszugeben. Das Manuskript war bereits abgeschlossen. Verhaftungen, die im März stattfanden, haben diese Gruppe auseinandergesprengt. Dadurch wurde die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre in Petersburg bis zum Jahre 1902 unterbunden.

Durch große Regsamkeit zeichnete sich die Kiewer Sozialistengruppe aus. Im Jahre 1896 entstanden, beschäftigte sie sich ausschließlich mit Propaganda und Agitation unter der Intelligenz und den Fabrikarbeitern, die einen ausgesprochen politischen Charakter trug. Im Jahre 1897 veröffentlichte die Gruppe eine Proklamation, die mit dem Mimeographen vervielfältigt worden war und die an den Akt vom 1. März des Jahres 1881 erinnerte. Die Proklamation schließt mit der Aufforderung zum Kampf um politische Freiheit. In den Proklamationen vom 20. und 22. März fordert die Gruppe die Arbeiter auf, sich der studentischen Manifestation gegen die Regierung auszuschließen, anläßlich des tragischen und geheimnisvollen Todes der Wietrowa im Gefängnis der Peter- und Paulfestung zu Petersburg. Es kam nicht zur Manifestation, die Sozialdemokraten rieten den Arbeitern ab, daran teilzunehmen, da sie sie für verfrüht hielten. Einige, wie z. B. Machnowiec-Akimow, sehen im Scheitern dieser Manifestation den Beweis, daß die damaligen Ökonomisten recht hatten, wenn sie von einer scharfen politischen Agitation absahen. Dieses Argument ist nicht richtig, denn den Mißerfolg muß man zum mindesten zum Teil dem Umstand zuschreiben, daß die Sozialdemokraten in ihrer Propaganda und Agitation politische Fragen vermieden haben.

Die Kiewer Sozialrevolutionäre haben in ihren Proklamationen die politische Aktion stets in den Vordergrund gestellt.

Die Kiewer Gruppe geht in ihrem Maimanifest ausführlich auf den Kampf des Proletariats in Westeuropa ein, sie betont die Bedeutung der politischen Freiheit für die Sozialisten und den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung. Der Klassencharakter der Bewegung wird unterstrichen und die

russischen Arbeiter werden aufgefordert, für politische Freiheiten zu kämpfen, nicht allein für Koalitions- und Versammlungsfreiheit, sondern auch für Gesetze, die ihnen einen Anteil an der Regierung sichern.

Dieses Manifest ist in politischer Beziehung weiter gegangen als sämtliche Maimanifeste der russischen Sozialdemokraten.

Am 15. September erläßt die Gruppe abermals eine Proklamation an die Kiewer Arbeiter infolge der Übergriffe, die die Polizei sich am Studenten Sewastjanow hat zuschulden kommen lassen. Wieder wird zum Kampf gegen die in Rußland bestehenden politischen Zustände aufgefordert. Am 22. Oktober erscheint abermals eine Proklamation, diesmal rein nationalökonomischen Charakters, für die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten bestimmt. Verlangt wird Lohnzuschlag und die Wiederaufnahme der früheren Einteilung des Arbeitstages in den Werkstätten.

Im Jahre 1898 hat die Gruppe bereits ihre eigene Druckerei, in der die Maimanifeste gesetzt werden. Vorher hatte die Gruppe eine umfangreiche Broschüre über den internationalen Londoner Kongreß im Jahre 1896 herausgegeben, in der Vorrede wurden sozialrevolutionäre Prinzipien nachdrücklich betont. Die Kiewer Gruppe stand in steten Beziehungen zu den Sozialrevolutionären von Petersburg, Charkow, Odessa, Poltawa, Woronesch, Saratow und Kursk. Infolge dieser Beziehungen wurde sie zum Mittelpunkt der verstreuten sozialrevolutionären Gruppen. Nach den Unterlagen, die sich aus politischen Prozessen ergeben, haben zur Kiewer Gruppe gehört: Djakow, Krasowskij, Winogradow, Pietrow, Krajewskij, Ogarkow, Tichomirow, Gołubicew Josofow, Fomin, die Silinskaja, Załkind-Berlin und Protopopow.

In Penz haben die Sozialrevolutionäre im Jahre 1895 unter den Arbeitern der Syzranir-Wiaziemsker Eisenbahn, in der Papierfabrik von Siergiejew und in der Maschinenfabrik von Kringer energisch agitiert.

Seit dem Jahre 1895 gab es auch sozialrevolutionäre Gruppen in Woronesch, Tschernichow, Saratow, Odessa und im Permsker Gouvernement. Aber sie waren wesentlich schwächer als die Kiewer Gruppe. Über ihre Tätigkeit haben wir nur spärliche

Berichte. Die Woronescher Gruppe hatte in starkem Grade die Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Gruppen anzuknüpfen, auch unter den Bauern wirkte sie propagandistisch. Ohne Ausnahme suchten auch alle in stärkerem oder geringerem Grade, Fühlung mit der Intelligenz, besonders der Jugend, und den Arbeitern zu gewinnen.

Von großer Bedeutung war die Moskauer Gruppe, die sich aus dem Saratower Kreis entwickelt hat. Einige intelligente und energische Männer hatten sich zwischen 1894 und 1896 zu dieser Gruppe zusammengeschlossen. Im Jahre 1896 arbeiteten sie ein ausführliches Programm aus mit verschiedenen taktischen Hinweisen. Anläßlich der Streiks im Jahre 1896 veröffentlichten sie auch hektographierte Proklamationen. Im Jahre 1897 gingen die Mitglieder dieses Kreises auseinander und verließen Saratow. Die meisten ließen sich in Moskau nieder und bildeten dort ein neues Zentrum der sozialrevolutionären Bewegung. Dort entstand auch der „Bund der Sozialrevolutionäre“. Im Jahre 1898 bearbeitete die Gruppe die historische Einleitung zu dem bereits existierenden Programm und vervielfältigte gleichzeitig auf dem Mimeographen eine Broschüre „Naszi Zadaczi“ (Unsere Aufgaben). In den Jahren 1897 und 1898 hat der „Bund“ intensiv in Moskau gearbeitet, um seinen Einfluß zu festigen, außerdem trat er zu den verwandten Gruppen in Beziehung, besonders zu dem im Ausland ansässigen „Bund russischer Sozialrevolutionäre“, dessen Publikationen er bezog und verbreitete.

Abgesehen von der bereits erwähnten programmatischen Broschüre veröffentlichte der „Bund“ einige Proklamationen und die Broschüre „Dwa Cyrkuliara“ (Zwei Zirkulare). Eine dieser Proklamationen erschien am 15. August 1898 am Tage der Enthüllung von Alexanders II. Monument, die zweite war ein Protest gegen die an den politischen Verbannten in Sibirien von der Regierung begangenen Grausamkeiten. Im Februar 1899 wurden die Studenten in einer neuen Proklamation zum politischen Kampf mit der Regierung aufgefordert. In all diesen Proklamationen wurde die Notwendigkeit, den Kampf mit dem Absolutismus aufzunehmen und die Konstitution zu erringen, eindringlichst betont.

Der „Bund“ hatte den Charakter einer konspirativen Organisation und trieb fast unmittelbar Gruppenpropaganda unter den Arbeitern.

Die programmatische Broschüre „Unsere Aufgaben“ verdient eine eingehende Erörterung, da sie sich durch eine gedanklich-taktische Einheitlichkeit auszeichnet und durch ein Maßhalten, das bei russischen Revolutionären so selten ist. Die Broschüre wurde erst im Jahre 1900 gedruckt, war jedoch schon 1898 in Rußland sehr bekannt.

Der Hauptteil der Broschüre ist eine historische Einleitung, die der Charakteristik der russischen revolutionären Bewegung von 1870—1885 gewidmet ist. Dieser treffenden, knappen und unparteiischen Schilderung folgen programmatisch-taktische Erwägungen, die sich auf die Gegenwart beziehen. Freilich sind sie hier und da unvollständig. So lesen wir auf S. 31, daß Alexander II. vor dem Anschlag vom 1. März 1881 eine Konstitution für Rußland unterschrieben habe. Die Leser wissen bereits aus dem 2. Band dieser Arbeit, daß hier von einer Konstitution nicht die Rede sein kann und daß Alexanders II. Erlaß nur eine Verstärkung des Staatsrates bezweckte, indem eine Anzahl von Wählern dazugezogen wurde, ohne den beratenden Charakter dieses Körpers zu verändern.

Das Programm setzt mit einer Charakteristik des damaligen Rußland ein. Rußland befindet sich in einem Übergangsstadium von einem patriarchalischen zu einem kapitalistischen Wirtschaftszuschnitt. Die kapitalistische Entwicklung wird anerkannt und gleichzeitig das Vorhandensein verschiedener Überbleibsel aus niedrigeren wirtschaftlichen Phasen betont. Das Programm weist nach, daß auch der russische Absolutismus eine gewisse Umgestaltung erfahren hat: aus einer eng adligen, sich überlebter Methoden der Ausbeutung und des Druckes bedienenden Institution wurde er zu einer moderneren, bourgeoiseren Einrichtung, die ihr Augenmerk auf die Entwicklung der Großindustrie richtete und weitblickender wurde.

Im Programm lesen wir: „Wir sind Sozialrevolutionäre. Unser Hauptziel und unsere letzte Aufgabe ist die Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischen Grundlagen.“

Die Verfasser des Programmes erklären, daß sie sich nicht dabei aufhalten wollen, zu untersuchen, ob Rußland die gleichen Wechselfälle im kapitalistischen Zuschnitt erwarten, durch die der Westen gegangen ist, oder ob der ökonomische Zuschnitt gewisse Sondermerkmale bedingen wird. Die Aufgabe eines Programmes sei, Antwort auf die Frage zu geben, wie man jetzt vorgehen müsse, ohne Rücksicht auf die verschiedensten Möglichkeiten.

„Ohne Rücksicht auf Rußlands ökonomische Zukunft“, heißt es im Programm, „müssen wir im Namen des sozialistischen Ideals die Bedingungen schaffen, die notwendig sind, um seinen Triumph herbeizuführen, wir müssen in der Masse ein sozialistisches Bewußtsein entwickeln und ihr helfen, sich zum Kampf gegen die Ausbeuter zu organisieren, mit anderen Worten, wir müssen den Boden für die kommende sozialistische Revolution bereiten“ (S. 54 und 55).

Dann verweisen die Verfasser des Programms auf die Elemente, unter denen man sozialistische Ideen propagieren und eine sozialistische Partei organisieren müsse. Diese Elemente sind die Fabrikarbeiter und die nach Millionen zählenden Bauern, deren Mehrzahl das Ackerproletariat bildet.

„Wenn wir solche Ziele aufstellen“, fahren die Verfasser fort, „so müssen wir darauf Bedacht nehmen, daß wir in einem despotischen Staat wirken, der weder eine Kritik seiner Grundlagen gestattet, noch ein selbständiges sozialpolitisches Vorgehen.“

Angesichts dieser Umstände steht der Kampf mit dem bestehenden politischen Zuschnitt an erster Stelle.

„Als Sozialisten sind wir dessen eingedenk“, heißt es weiter, „daß politische Freiheit stets der ökonomischen vorangegangen ist und vorangehen muß; als praktische Führer wissen wir, daß das Erringen politischer Freiheit notwendig ist für die nach Millionen zählende Masse der Fabrik- und Landarbeiter, ja für alle rechtlich denkenden Menschen —, wir müssen, indem wir unser sozialistisches Ideal einer kommenden sozialen Revolution aufrecht erhalten, den Kampf mit dem Despotismus aufnehmen, all unsere Kräfte daransetzen und ihn bis zu dem Augenblick durchführen, wo wir politische Freiheit im weitesten Umfang er-

reicht haben, die uns gestattet, das sozialistische Ideal zu propagieren und die Massen zu organisieren."

Als Grundlagen politischer Freiheit im weitesten Umfange erkennt das Programm an: Rede-, Druck-, Glaubens-, Versammlung- und Koalitionsfreiheit. Als wesentlichste weitere politische Forderungen gelten ihm: 1. Allgemeines Stimmrecht ohne jegliche Standes- oder Vermögensprivilegien; 2. Ständige Nationalvertretung, weiteste Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen bei gleichzeitiger Wahlfreiheit aller Beamten; 3. Föderative nationale Selbständigkeit (Finnland, Polen, Großrußland, Kleinrußland, Kaukasus usw.); 4. Absolute Revision des Kriminal- und Strafgesetzbuches; 5. Allgemeine gleiche Ausbildung für alle; 6. Bürgermiliz an Stelle der ständigen Armee. Es ist bezeichnend, daß wir in diesem Programm der Sozialrevolutionäre, der offenkundigen Feinde eines sozialdemokratischen Ökonomismus, in derselben Weise wie in den gleichzeitigen sozialdemokratischen Programmen ökonomistischer Richtung, den Kampf um die Erringung bürgerlicher Freiheiten abgegrenzt sehen vom Kampf um die gesamte Konstitution, die auf einer nationalen Repräsentation beruht.

Man glaubt, daß Versammlung-, Koalition-, Druckfreiheit usw. erkämpft werden können, ehe eine Konstitution erreicht ist. Diese Täuschung war damals in Rußland sehr verbreitet. Es kann übrigens sein, daß dies keine Täuschung war, sondern daß die oben aufgestellte Reihenfolge politischer Freiheiten von einer mißverstandenen revolutionären Pädagogik diktiert wurde.

Der zweite schwache Punkt dieses politischen Programms ist die Forderung einer gleichen Ausbildung für alle. Diese Forderung ist ebenso überflüssig wie utopisch. Die Verschiedenartigkeit der Erziehung läßt sich nicht vermeiden und ist durchaus wünschenswert. Die Anlagen und Neigungen sind verschieden. Fordern kann man nur ein gewisses Minimum einer elementaren Ausbildung, das für alle gelten soll.

Auch das Verlangen, daß sämtliche Beamten wählbar seien, erweckt ernsthafte Zweifel.

Abgesehen von diesen an sich unbedeutenden Fehlern hat das politische Programm große Vorzüge. Dazu gehört an erster

Stelle das Anerkennen föderativer Grundsätze im Verhältnis zu Finnland, Polen, Kleinrußland usw. Das Programm der Sozialrevolutionäre knüpft in dieser Beziehung an die gute Tradition der russischen Sozialrevolutionäre aus den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts an. Der Föderalismus ist, wie wir später sehen werden, der politische Zuschnitt, der dem Sozialismus am nächsten kommt. In Rußland ist er notwendig, denn der weit über alles normale Maß hinausgehende staatliche Zentralismus, der das einzige Parlament mit den verschiedensten Angelegenheiten überlasten würde, würde die freie Entwicklung der Völker, die dem russischen Staat angehören, so gut wie die der Russen hemmen.

Zu den Vorzügen des Programms gehört auch, daß Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen in weitestem Maße gefordert wird. Ein Schritt von bedeutender politischer Tragweite war ferner die Forderung einer nationalen Vertretung, ohne die Frage einer monarchischen oder republikanischen Regierungsform zu erörtern.

Für das damalige Rußland, in dem selbst die Mehrzahl der Sozialdemokraten sich geweigert hat, politische Freiheit in ihrem ganzen Umfang als erste Forderung aufzustellen, wäre es verfrüht gewesen, eine Republik zu fordern, solange noch eine konstitutionelle Monarchie ein großer Schritt nach vorwärts und ein ungeheurer Sieg gewesen wäre.

Das politische Programm der Sozialrevolutionäre war den Bedingungen angemessen; es hat sich nicht durch Maximalismus ausgezeichnet und die Interessen der von den Russen unterjochten Nationen berücksichtigt.

In ökonomischer Beziehung spricht das Programm sich dafür aus, im Leben diejenigen radikalen Formen zu verwirklichen, „deren Ziel eine allmähliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Fabrikarbeiter und Bauern ist, sowie eine Herbeiführung der sozialen Revolution“ (S. 56).

Diese Formulierung, die in ihrem ersten Teil deutlich ist, wird im zweiten ziemlich verschwommen. Die Verfasser des Programms haben sicherlich weniger an die soziale Revolution in ihrer allgemeinen Bedeutung gedacht als an die Umgestaltung des sozialen Zustandes.

Das Programm fordert: 1. Progressive Einkommensteuer; 2. Fabrik- und Agrargesetze auf breitester Basis; 3. Staatshilfe für die „Arteli" (eine Art Genossenschaft, die eine relativ unbedeutende Anzahl von Menschen umfaßt, die in der Industrie und im Ackerbau tätig sind); 4. eine Reihe von Mitteln, die darauf abzielen, sämtliche Fabriken in Zukunft den Arbeitern zu übertragen; 5. Verstaatlichung von Grund und Boden.

Zu den Vorzügen des Programms gehört die Überzeugung, daß diese sozialen Reformen erst durchgeführt werden können, nachdem man politische Freiheit errungen hat, nicht aber gleichzeitig oder unmittelbar darauf. Die Forderung von Staatshilfe für die „Arteli" war kein glücklicher Einfall, denn diese kleinen Verbindungen waren, wie erwähnt, keine umfassenden Organisationen. Nietschetnyj, der Historiker der Sozialrevolutionären Partei [1]), macht dem Programm zum Vorwurf, daß es in Ton und Forderungen zu gemäßigt sei. Ich halte dies dagegen für einen Vorzug.

Die Verfasser des Programms kommen, nachdem sie die bestehenden Verhältnisse in Rußland untersucht haben, zum Schluß, daß der revolutionäre Kampf gegen den Absolutismus konspirative Formen annehmen und sich auf eine Massenbewegung stützen müsse. Die revolutionäre Aktion und besonders der Kampf gegen die Regierung muß von einer Verschwörung geleitet werden.

Die revolutionäre Organisation muß sich in erster Reihe auf die unbefriedigte Intelligenz und auf das am meisten zum Klassenbewußtsein erwachte Fabrikproletariat stützen. Daraus resultiert jedoch nicht, daß die Sozialrevolutionäre auf Massenaktion verzichten sollen. Im Gegenteil, ihre Aufgabe ist nach Ansicht des Programms, den Massenkampf durch Streiks und Demonstrationen zu leiten und die der Regierung feindlichen Tendenzen auszunutzen. Unabhängig von dieser Tätigkeit liegt ihnen aber auch die Pflicht ob, eine terroristische Aktion zu leiten, die gegen die Zentralregierung gerichtet ist. Diese Aktion soll nach Ansicht der Verfasser des Programms eine agitatorische Bedeutung

1) „Socjalist-Revolucjoner" (Der Sozialrevolutionär) Nr. 4, S. 63—69.

haben, sie soll die Organisation vor den gegen sie und ihre einzelnen Mitglieder geplanten Anschlägen schützen, die Regierung desorganisieren und ihr den Todesstoß versetzen, indem sie sich in diesem Vorhaben von der Massenbewegung unterstützen läßt.

Das Programm befürwortet eine Verständigung, ja sogar eine Unterstützung der Liberalen, die eine Konstitution in Rußland anstreben und dafür kämpfen.

Soweit die Bauernschaft in Frage kommt, tritt das Programm dafür ein, daß die Revolutionäre auf den fortgeschrittensten Teil einwirken sollen und durch dessen Vermittlung auf die Allgemeinheit; es glaubt jedoch nicht, daß sich die Bewegung in absehbarer Zeit hauptsächlich auf die Bauern stützen könne.

Damit wird die ungeheure Bedeutung der Bauern in der zukünftigen politischen und sozialen Entwicklung Rußlands verkannt. Aus den oben dargelegten Ansichten ergibt sich, daß der „Bund der Sozialrevolutionäre“ in seinen programmatisch-taktischen Anschauungen der „Volksfreiheit“ in den Tagen ihres Glanzes, d. h. zur Zeit eines Andrej Żelabow, nahe steht.

Die Verfasser von „Unsere Aufgaben“ haben unter dem Einfluß der von den Marxisten an den Ansichten der russischen Volkstümler geübten Kritik so manchen Gedanken verworfen, dem die letzteren gehuldigt haben. Im allgemeinen standen sie ihnen jedoch nahe.

Die Erfahrung mußte sie von einigen Illusionen der alten Volkstümler heilen. Andererseits haben sie ebenso wie Żelabow den Kampf um die Konstitution an die erste Stelle gesetzt und es als notwendig erachtet, sich mit den Liberalen zu verständigen und sie zu unterstützen. Als Hauptstützen galten ihnen die Intelligenz und das Fabrikproletariat.

„Unsere Forderungen“ wurden in den verschiedenen revolutionären Kreisen sehr verschieden beurteilt. Den Sozialdemokraten gefielen sie im allgemeinen nicht: sie enthielten ihnen zuviel Politik, empfahlen Konspiration und Terrorismus; gleichzeitig machten sie jedoch in gewissen sozialdemokratischen Kreisen dadurch einen guten Eindruck, daß sie mit dem alten „Volkstum“ brachen, die Entwicklung des Kapitalismus und die

sich daraus ergebenden Konsequenzen, sowie die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Absolutismus anerkannten.

Auch in den Kreisen der Sozialrevolutionäre waren die Ansichten über das neue Programm geteilt. Die einen machten ihm zum Vorwurf, daß es die Bauern und ihre zukünftige Bedeutung in der revolutionären Bewegung ignoriere, während andere das Gesamtprogramm freudig anerkannten.

Die Broschüre brachte am Schluß noch einen Artikel von Grigorowitsch (Żytłowskij), einem der Initiatoren der sozialrevolutionären Richtung, einem tüchtigen und gebildeten Theoretiker. In diesem Artikel weist der Verfasser, ohne gegen das neue Programm zu polemisieren, auf die Notwendigkeit hin, unter den Bauern zu arbeiten und betont die Rolle, die sie im revolutionären Kampf spielen werden.

Grigorowitsch-Żytłowskij stand den Sozialdemokraten ferner als die Verfasser von „Unsere Aufgaben“. Er versuchte auch der Wirksamkeit der Sozialrevolutionäre einen synthetischeren, wenn auch im gegebenen Augenblick vielleicht weniger praktischen Anstrich zu verleihen.

Der „Bund der Sozialrevolutionäre“ machte keine unmittelbaren Versuche, alle verwandten Gruppen zu einer Partei zusammenzuschließen, da er mit Recht der Ansicht war, es sei notwendig, daß sie fest auf dem Boden der eignen Wirksamkeit stünden; mittelbar strebte er jedoch dieses Ziel an, indem er ein revolutionäres Organ von allgemeiner und nicht von lokaler Bedeutung begründen wollte. Dieses Organ wurde mit vieler Mühe geschaffen. Ich denke hier an die Zeitschrift „Rewolucjonnaju Rossija“ (Das revolutionäre Rußland), deren erste Nummer im Januar 1901 erschien.

Diese auch im Ausland gelesene Zeitschrift wurde später das Organ der vereinigten Sozialrevolutionären Partei.

Während des Entstehens der sozialrevolutionären Richtung wurde in verschiedenen Orten Rußlands unter den Bauern ruckweise agitiert.

Im Saratower Gouvernement verbreitete der bekannte Führer Viktor Arefjew im Jahre 1892 Briefe an die Bauern, die Astyrew

geschrieben und die die Petersburger Volkstümler herausgegeben hatten. Ich habe sie bereits an anderer Stelle erwähnt. Arefjew leistete unmittelbar vorbereitende agitatorische Arbeit in Volksversammlungen im Balaschower Bezirk. Er war dort allgemein bekannt und geachtet. Um dieser Tätigkeit willen wurde er unter Polizeiaufsicht nach Nischnij-Nowgorod verschickt, agitierte aber auch dort. Nach weiteren drei Jahren wurde er noch nördlicher nach Wiatka geschickt, dort veröffentlichte und verbreitete er eine Proklamation und wurde zur Strafe nach Ostsibirien verbannt. In der revolutionären Bewegung unter den Bauern im Saratower Gouvernement hat die ganze Famile Arefjew bis zum Jahre 1905 eine bedeutsame Rolle gespielt.

Die Departementsberichte der Polizei melden ein ziemlich anhaltendes Bestehen revolutionärer Bauernkreise an einzelnen Ortschaften.

Im Jahre 1895 wurde in Demiancy im Poltawer Gouvernement eine geheime revolutionäre Bauerngruppe entdeckt, die „antimonarchische Ideen“ verbreitete. Nach den Angaben der Gendarmerie war diese Gruppe bereits im Jahre 1890 von der Lehrerin Maksymowitsch begründet worden. Nach ihrem Tode übernahm der Feldscher Gluchnow die Leitung der Gruppe, er organisierte die Bibliothek, die besonders ukrainophile Veröffentlichungen enthielt. Als Gluchnow die Gegend verließ, ging die Bibliothek in Burduns Hände über, der unter den Bauern politische Ideen propagierte, u. a. den Gedanken, die Republik sei eine höhere Regierungsform als die Monarchie. Die Untersuchung ergab, daß auf Burdun der Bauer Nosar einen großen Einfluß hatte, der 1855 die Schule verlassen hatte und später in die Untersuchungen von 1882 verwickelt wurde.

Im Poltawer Gouvernement gab es im allgemeinen häufige Zusammenstöße zwischen Bauern und Großgrundbesitzern.

Die Berichte des 19. und 20. Polizeidepartements aus den Jahren 1895 und 1896 enthalten interessantes Material über die Propaganda, die unter Bauern und Soldaten im Wladimirer Gouvernement von einer Gruppe betrieben wurde, die namentlich aus ehemaligen Zöglingen eines geistlichen Seminars bestand. Zu den Mitgliedern gehörten: Troickij, Klintscharew, Lebiediew

und andere. Der letztere arbeitete anfänglich bei einem Bauern und trat später ins Heer ein. Während der ganzen Zeit führte er eine regierungsfeindliche Propaganda. Es war dies in den Jahren 1893, 1894 und 1895.

Im Gouvernement von Samara wurde unter dem Einfluß Protopopows, des Sekretärs des Komitees zur Verbreitung von Lesen und Schreiben, und des Studenten Chmielnicki eine politische Propaganda von demokratisch-konstitutionellem Charakter um das Jahr 1894 geführt. Sie hat sich auf die Dörfer Iwanowka und Pluskow im Mikolajewsker Bezirk beschränkt.

Die Wirksamkeit unter den Bauern trug keinerlei Parteicharakter. Es muß eine ganze Reihe analoger Erscheinungen gegeben haben, von denen wir jedoch heute nichts wissen.

Ich gehe jetzt zur Charakteristik der revolutionären Arbeit unter den Bauern über, die von den Sozialrevolutionären und ihnen verwandten Gruppen geleistet wurde.

Wenn von den Sozialrevolutionären jener Zeit die Rede ist, so muß im Auge behalten werden, daß sie noch keine einheitliche geschlossene Organisation gebildet haben, sondern aus einer Reihe von Organisationen und selbständig handelnden Gruppen bestanden, die untereinander nur lose Beziehungen hatten. Die Sozialrevolutionären repräsentierten damals keine Partei, sondern eine sozialpolitische Richtung.

1899 und 1900 waren die Woronescher Sozialrevolutionäre systematisch unter den Bauern tätig. Zu Beginn wurden in Briefumschlägen Proklamationen und Broschüren an die Intelligenz und die Bauern verschickt, später, nachdem man persönlich mit den Bauern Fühlung gewonnen hatte, wurden ihnen direkt revolutionäre Veröffentlichungen in großer Zahl übergeben. Die Folgen dieser Propaganda zeigten sich in einer Massenbewegung unter den Bauern im Woronescher Gouvernement in der Zeit von 1905 bis 1907.

Im Tambower Gouvernement beschäftigten sich die Brüder Tschernow (Viktor, der eine von ihnen, war später einer der bedeutendsten Theoretiker unter den Sozialrevolutionären) und Sliotow mit systematischer Arbeit unter den Bauern. Sie gehörten damals der Organisation der Sozialrevolutionäre nicht an,

Viktor Tschernow war sogar ein Mitglied der Gruppe der Volksrechtler, jedenfalls aber haben sie sich damals schon zu Ansichten bekannt, die denen von Żytlowskij verwandt waren; ihre Wirksamkeit stand auch im Zeichen sozialrevolutionärer Grundsätze. Im Jahre 1898 hatten sie im Tambower Gouvernement bereits ausgedehnte Beziehungen zu den Bauern, die sie namentlich durch Sektierer und stundistische Baptisten im Tambower, Kozlower, Kirsanower, Morschansker und Borisoglebsker Bezirk gewonnen hatten. Im letzten Gouvernement entstand eine „Brüderschaft" zur Verteidigung der Volksrechte, die ein wirksamer Faktor in der Bauernbewegung wurde. Diese Brüderschaft entstand Weihnachten 1898. Sie schrieb eine „Verfassung des Bauernbundes", die ursprünglich dank der Opferwilligkeit der Tambower Gruppe hektographiert worden war und zusammen mit einer anderen Broschüre „Piśmo ko wsiemu russkomu krestjanstwu" (Brief an die gesamte russische Bauernschaft) unter dem Volk verbreitet wurde. In diesen Publikationen wurden die Bauern aufgefordert, sich in geheimen Gruppen zu organisieren, um ihre Rechte zu verteidigen (Brüderschaften), und kühn und solidarisch die Einberufung eines Landtages zu fordern. In der Verfassung der „Brüderschaft" wurden die Ziele schärfer präzisiert. Sie bestanden in der Einführung einer Volksregierung in Rußland und Verteilung von Grund und Boden unter sämtliche arbeitenden Bauern.

Diese Verfassung, die später ins Ausland geschickt wurde, wurde das Vorbild für die übrigen in ganz Rußland verbreiteten Brüderschaften.

Die Brüder Tschernow gingen im Jahre 1899 ins Ausland und trugen wesentlich zum Entstehen der späteren „Agrarsozialistischen Liga" bei, die der Vereinigten Partei der Sozialrevolutionäre beitrat.

Wir besitzen nur unvollständige Nachrichten über die Wirksamkeit unter den Bauern im Gouvernement von Nowogrod, Samara, Penza Wiatka, Pskow, Kazan, Smolensk, Twer und Ufim.

Im Gouvernement von Woronesch, Tambow, Saratow und Penza war systematisch gearbeitet worden.

Terroristische Ansichten hatten in Rußland nach dem Untergang der „Volksfreiheit" eine Zeit hindurch nur wenig Anhänger. Nach der Angelegenheit Ginsburg, über die ich in diesem Bande bereits berichtet habe, waren bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts nur Rasputin und Akimowa in Moskau und Mielnikow und Genossen in Charkow tätig. Seit dem Jahre 1892 bestand in dieser Stadt ein Kreis von Menschen, der sich mit der Propaganda des politischen Terrorismus beschäftigte, darunter waren Mielnikow, Basow, Raspopow und andere. Die Gruppe konnte sich weder entwickeln, noch in anderen Städten tätig sein, da es ihr an Geld fehlte. Infolgedessen beschlossen Mielnikow und andere, sich zu revolutionären Zwecken in den Besitz der Gelder zu setzen, die das Eigentum der Charkow—Mikolajewer Bahn waren. Während der Vorbereitungen zu diesem Unternehmen wurden sie am 6. Januar 1895 verhaftet.

Nach dem Jahre 1891 bekannte sich die Gruppe der Volkstümler in Petersburg nicht länger zum Terrorismus, und wenn sie ihn auch nicht grundsätzlich verwarf, so verzichtete sie doch darauf, ihn praktisch auszuüben. Eine Ausnahme scheint die Gruppe vom Jahre 1897 gebildet zu haben, die auch terroristische Pläne hatte. Ihr Bestand war jedoch nur kurz. Die im Ausland lebenden Sozialrevolutionäre erkannten den Terrorismus als eins der wichtigsten Mittel revolutionärer Aktion an. In Rußland selbst waren die Ansichten der verschiedenen revolutionären Gruppen diesbezüglich geteilt. Die Mehrzahl der südlichen Gruppen verwarf entweder den Terrorismus überhaupt oder sie setzte ihn von der Tagesordnung ab, einen geeigneteren Zeitpunkt erwartend. Energisch für den Terrorismus trat der Moskauer „Bund der Sozialrevolutionäre" ein. Hier und da bekannten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts einzelne Gruppen zum Terrorismus. So im Jahre 1899 eine Saratower Gruppe, die als Wahlspruch „Ziemla i Wola" (Land und Freiheit) führte. In Saratow war etwas eher auf dem Mimeographen eine Broschüre terroristischen Inhalts, „Podszczet sił" (Berechnung der Kräfte) vervielfältigt worden.

Wladimir Burcew trat im Ausland offen für Propagierung

des Terrorismus ein in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Narodowolec“ (Der Volkstümler). Aufgabe dieser Zeitschrift war eine allgemeine Erklärung, Verbreitung und Verteidigung des Programms der „Volksfreiheit“. Diese Aufgabe formulierte Burcew bereits in der ersten Nummer. In einer Reihe von Artikeln hat der bekannte Historiker der russischen revolutionären Bewegung die Notwendigkeit des Terrorismus ausführlich begründet und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es nicht wahr sei, daß man nur terroristisch vorgehen, aber nicht darüber sprechen solle. Burcews Ideen haben die Revolutionäre zwar nicht veranlaßt, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen, sicherlich aber haben sie dazu beigetragen, die Tradition der „Volksfreiheit“ zu erneuern und politischen Terrorismus zu popularisieren. Im Jahre 1897 erschien in London „Narodowolec“ (Der Volkstümler), der die russische Regierung sehr gereizt hat; Burcew mußte sich wegen Anstiftung zum Zarenmord vor Gericht verantworten. Er wurde zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Unter den verschiedenen sozialrevolutionären Parteien in Rußland hatte gegen Ende des 19. Jahrhunderts „Raboczaja Partja Politiczeskawo Oswobożdienja Rossii“ (Arbeiterpartei zur politischen Befreiung Rußlands) eine große Bedeutung. Sie entstand in Minsk, dem Zentrum der jüdischen Bewegung. Schon im Jahre 1895 propagierte der in Arbeiterkreisen sehr bekannte Revolutionär E. G. die Ideen der „Volksfreiheit“ dort. 1899 entstand dort eine ausgesprochene Arbeitergruppe, aus der sich später die obengenannte „Partei“ entwickelte.

Auf ihr Entstehen waren von großem Einfluß die Breschkowskaja und Gerschuni, der später bekannte Führer der terroristischen Aktion der sozialrevolutionären Partei. Damals stand Gerschuni nur zum Teil in der revolutionären Bewegung, da er seine Energie kulturellen Aufgaben zuwandte. Im Jahre 1900 besaß die Partei bereits ihre Druckerei und gab eine Broschüre unter dem Titel „Swoboda“ (Freiheit) heraus, die von Klatschko-Radjonow verfaßt und von Gerschuni redigiert war.

In den Vordergrund wurde die revolutionäre Aktion gestellt,

deren Aufgabe darin bestand, politische Freiheit in Rußland zu erkämpfen, fürs erste in der Form einer liberalen Konstitution; doch könne sich die Partei mit solchen Zugeständnissen nicht zufrieden geben und würde weiter kämpfen, um Gesetze für die arbeitende Bevölkerung und eine Arbeiterkonstitution zu erringen. Die „Partei" bekennt sich zur Fahne des Sozialismus, klärt die Arbeiter über ihre Lage auf und zeigt ihnen das Ideal eines neuen Gesellschaftszuschnittes. Solange die „Partei" sich organisiert, liegt der Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in Propaganda und Agitation; im Augenblick, wo sie zum offenen Kampf übergeht, verschiebt sich ihr Schwerpunkt auf das Feld des Kampfes. Die Broschüre tritt energisch dafür ein, terroristische Maßnahmen gegen die Vertreter der Regierung zu ergreifen. In organisatorischer Beziehung empfiehlt sie eine Föderation autonomischer revolutionärer Gruppen. Im Jahre 1900 besaß die „Partei" eigene Gruppen in Minsk, Białystok, Jekaterinoslaw und Żytomierz, außerdem gab es kleinere Gruppen in Dünaburg und Berdytschew. Zu den Versammlungen kamen gelegentlich 150 bis 200 Arbeiter.

Die Sozialrevolutionäre verhielten sich der „Partei" gegenüber zurückhaltend, sie kritisierten ihre programmatische Broschüre und warfen ihr Oberflächlichkeit vor, besonders in der Analyse bestehender Zustände.

Am 18. März des Jahres 1901 wurde die geheime Druckerei von der Gendarmerie mit Beschlag belegt; in Minsk und Petersburg fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Unter anderen wurde auch Gerschuni verhaftet, binnen kurzem jedoch freigelassen, da es an Beweismaterial gegen ihn fehlte. Die auf freiem Fuß verbliebenen Mitglieder der „Partei" knüpften Beziehungen zur Charkower Gruppe der Sozialrevolutionäre an und begründeten eine geheime Druckerei in Nieżyn. Auch dort wurden Verhaftungen vorgenommen. Die Übriggebliebenen schlossen sich der Organisation der Sozialrevolutionäre an und begründeten im Jahre 1902 die Vereinigte Partei der Sozialrevolutionäre [1]).

---

1) Die kurze Geschichte dieser Partei schildert Nietschetny in der oben zitierten Arbeit über das Entstehen der „Partei der Sozialrevolutionäre".

Einzelne Gruppen der Sozialrevolutionäre, besonders die Kiewer und Woronescher, haben seit dem Jahre 1897 nach einem Zusammenschluß gestrebt. Im August des Jahres 1897 fand die erste dahin zielende Zusammenkunft von Delegierten der Sozialrevolutionäre in Woronesch statt, eine zweite im November des gleichen Jahres in Poltawa, eine dritte im August 1898 in Kiew. Ich werde ihren Verlauf nicht schildern, denn erstens haben sich nicht die Delegierten aller sozialrevolutionären Gruppen dort eingefunden (es fehlte z. B. ein Vertreter des Moskauer Bundes der Sozialrevolutionäre), zweitens kam es auch unter den vertretenen Gruppen nicht zu einer tatsächlichen Einigung infolge vorgenommener Verhaftungen und anderer technischer Schwierigkeiten.

Im Laufe des Jahres 1899 gab es tatsächlich keine einheitliche sozialrevolutionäre Partei. 1900 wurde der Versuch, sie zu begründen, erneuert, was auch teilweise gelang. Im Jahre 1901 wurde die Partei der Sozialrevolutionäre endlich begründet. Über diese Bestrebungen, die zu einem günstigen Resultat geführt haben, werde ich im folgenden Band dieser Arbeit sprechen.

Die Gruppen der Sozialrevolutionäre haben, wenn sie auch zerstreut, weniger straff organisiert und in gedanklicher Beziehung weniger einheitlich als die sozialdemokratischen waren, auf diese schon gegen Ende des 19. und mehr noch im 20. Jahrhundert einen großen Einfluß ausgeübt. Sie haben in Rußland in konsequenterer und schärferer Weise als die sozialdemokratischen Landesgruppen die politische Aktion in den Vordergrund gestellt; außerdem haben sie als erste unter den Bauern gearbeitet und für sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine populäre propagandistisch-revolutionäre Literatur geschaffen, schließlich haben sie die revolutionäre Stimmung der Volksmassen, namentlich der Intelligenz, sehr gehoben.

Die Wirksamkeit der Sozialrevolutionäre war jedoch aus Gründen, die ich oben bereits erwähnt habe, weniger einheitlich, konsequent und systematisch, als die der Sozialdemokraten, deren Einfluß unter den städtischen Proletariermassen wesentlich stärker war als der der Sozialrevolutionäre.

Wie wir im vierten Bande sehen werden, gab es in der revolutionären Bewegung Augenblicke, in denen die Sozialrevolutionäre den ersten Platz behauptet haben [1]).

Im Jahre 1897 veröffentlichte Żytlowskij unter dem Pseudonym Grigorowitsch im Ausland eine Broschüre „Socjalizm i borba za politiczeskuju swobodu“ (Sozialismus und Kampf um politische Freiheit); er erörtert darin nicht nur programmatisch-taktische Angelegenheiten in Rußland, sondern behandelt auch andere Punkte, die den Sozialismus berühren. Auf diese Arbeit werde ich im folgenden Band bei der Darstellung der Gesamtansichten der Sozialrevolutionäre ausführlich eingehen.

XXI.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1898 versuchten mehrere Gruppen der Petersburger Sozialdemokraten sich zu einer einheitlichen Partei zusammenzuschließen.

Die Gruppe der „Arbeiterfahne“ (Raboczeje Znamia) stand damals auf der Höhe ihrer Entwicklung. Unter ihrem Einfluß standen mehrere Mitglieder der „Kampfesorganisation“, die die von Machnowiec-Akimow begründete sogenannte Gruppe A bildeten. Die Organisation der „Arbeiterfahne“ hatte Beziehungen zu den Arbeitern in den Fabriken von Putilow, Pol, Makswell und anderen, obgleich die meisten Proletarier der Hauptstadt außerhalb ihrer Einflußsphäre standen.

Die Anhänger einer Vereinigung der sozialdemokratischen Elemente in Petersburg wollten sie in toleranter und autonomer Weise durchführen. Man hielt es für möglich, drei verschiedene Gruppen zu einer Organisation zusammenzuschließen: die ökonomische, von der Gruppe „Arbeitergedanke“ vertreten, die politische, deren Repräsentant die „Arbeiterfahne“ war, und eine vermittelnde, zu der die Führer der „Kampfesorganisation“ gehörten. Man stellte sich das Ganze folgendermaßen vor: der „Arbeitergedanke“ sei für die große Masse bestimmt,

---

1) Nachrichten über die sozialrevolutionären Gruppen enthalten die Berichte der Polizeidepartements, die Nietschestnij in seinem bereits zitierten Artikel veröffentlicht, ferner Argunows Artikel in „Byłoje“ 1907, Septemberheft S. 94 bis 115.

die „Arbeiterfahne“ für die Klassenbewußtesten unter den Proletariern.

Alle Vorbereitungen zur Verschmelzung der Gruppen waren getroffen, als die „Arbeiterfahne“ durch Verhaftungen, die in der zweiten Dezemberhälfte des Jahres 1898 stattfanden, völlig zerstört wurde. Ende Dezember des gleichen Jahres fand ein Zusammenschluß der sozialdemokratischen Elemente in Petersburg statt, ohne die „Arbeiterfahne“, die erst später für eine gewisse Zeit wieder auflebte. Der „Arbeitergedanke“ trat dem „Bund der Befreiung“ bei.

Im Januar 1899 arbeiteten die vereinigten Sozialdemokraten den Feldzugsplan für den 1. Mai aus. Man beschloß einen Fragebogen für die Agitatoren herauszugeben mit einer Reihe von auf die Arbeiter bezüglichen Fragen, außerdem erschienen besondere Fragebogen für die Weber und die Arbeiter in Eisenbetrieben. Auch eine Reihe von Proklamationen, für Arbeiter in verschiedenen anderen Betrieben bestimmt, wurde verteilt. Ferner wurde beschlossen, eine Maiproklamation zu erlassen, in der politische Freiheit und der Achtstundentag gefordert wurden; gleichzeitig wurden die Arbeiter ermahnt, sofort in den Streik zu treten, um vorläufig den Zehnstundentag zu erringen. Massenverhaftungen im März und April 1899 haben diese Pläne paralysiert und die Bewegung in der Hauptstadt wieder unterbunden. Während dieser Verhaftungen wurde im März eine neue Gruppe begründet: „Selbstbefreiung der Arbeiterklasse“. Diese Gruppe war der offenkundige Beweis, daß eine Reihe von Arbeitern von Unlustgefühlen gegenüber der Intelligenz und der kraß politischen Richtung der „Arbeiterfahne“ erfüllt war. Eine im April 1899 erschienene Aufforderung enthält Vorwürfe gegen die Führer der Bewegung oder richtiger gegen einige unter ihnen: „Zur Organisation“, lesen wir dort, „werden am allerwenigsten jene zugelassen, deren Interessen die Intelligenz schützen will... Die Arbeiter müssen ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.“ In der Aufforderung wird ausdrücklich bemerkt, daß die neue Gruppe auf den Kampf um politische Freiheit, deren Bedeutung für die Arbeiterklasse sie begreift, nicht verzichten will, aber sie will nicht, daß „die politische Agitation

in der Luft hänge, sondern wünscht sie mit den unmittelbaren realen Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu verknüpfen, damit sie ihren reifgewordenen Bedürfnissen entspreche. Politik ist der Überbau über den sozialen Produktionszuständen und politische Agitation muß ein Überbau sein, der dem ökonomischen Kampf angemessen ist“ [1]).

Diese Auszüge charakterisieren die Richtung der Gruppe.

Die in Petersburg von der „Kampfesorganisation“ herausgegebene Maiproklamation für das Jahr 1899 betont, daß die Arbeiter in Westeuropa um allgemeines Wahlrecht kämpfen, um Zehn-, Neun- und selbst Achtstundentag, daß diese Forderungen in einzelnen Ländern bereits erreicht wurden, so daß die Arbeiter dort an der Gesetzgebung Anteil haben. Die allgemeine Forderung in Westeuropa ist der Achtstundentag. „Wir russischen Arbeiter verfolgen den gleichen Weg.“ Wir finden hier das unmittelbare Bekenntnis, daß die russische Arbeiterbewegung denselben Weg wie die westeuropäische gehen muß.

Zu russischen Angelegenheiten übergehend, fordert die Proklamation den Zehnstundentag, Streik-, Versammlung-, Verbindungsfreiheit und Aufhebung der Verbannungsstrafe nach Sibirien auf administrativem Wege. Von einer russischen Konstitution ist nicht die Rede [2]).

Die Proklamationen der sozialdemokratischen Komitees in Kiew, Moskau und Jekaterinosław waren in ähnlicher Weise abgefaßt. Dieser Umstand beweist, daß, trotzdem es weder ein Zentralkomitee noch eine vereinigte Partei gab, die Maiaktion das Resultat einer gemeinsamen Verständigung der obenerwähnten Komitees war.

In Kiew wollte man am 1. Mai eine Manifestation veranstalten; dies gelang nicht, aber Proklamationen wurden im weitesten Umfang, selbst in den Bezirksstädtchen des Kiewer Gouvernements verteilt. Zahlreiche geheime Versammlungen fanden statt,

---

1) Machnowiec-Akimow, Material zur Charakteristik der Entwicklung der russischen sozialdemokratischen Partei, S. 52 und 53 (in russischer Sprache).

2) Machnowiec-Akimow, Pierwoje Maja w Rossii (Der erste Mai in Rußland), veröffentlicht in „Byłoje“, Oktober 1906, S. 186—187.

auf denen die verschiedensten Angelegenheiten, die mit der Bewegung in Zusammenhang standen, besprochen wurden. In Charkow versammelten sich zur Maifeier außerhalb der Stadt 150 Arbeiter, revolutionäre Reden wurden gehalten. Danach gab es zahlreiche Verhaftungen. Auch in Moskau und Odessa wurde der 1. Mai in geheimen Versammlungen gefeiert. Nikolajew dagegen war der Schauplatz eines jüdischen Pogroms, der von dunklen Elementen inszeniert, im geheimen von der Regierung, die mit ihnen Fühlung hatte, unterstützt wurde. Ich übergehe hier die Maifeiern im Königreich Polen und in Litauen, wo sie glänzend ausgefallen sind. Diese Schilderung wird im nächsten Band folgen.

In Charkow wurde im Jahre 1900 die Maifeier am feierlichsten begangen. Die sozialdemokratische Ortsgruppe hatte die Vorbereitungen energisch und geschickt eingeleitet. Anfang April wurden in der Stadt etwa 600 Exemplare einer Broschüre verbreitet, die in einer geheimen Druckerei hergestellt worden waren; am 22. April fand außerhalb der Stadt eine Versammlung von etwa 120 Menschen statt, in der auf die Bedeutung des Arbeiterfeiertages hingewiesen und das Programm des Festes festgelegt wurde; am 26. und 27. wurden in Fabriken und Werkstätten 2000 Proklamationen verteilt.

Gefordert wurde: Preß-, Versammlung- und Verbindungsfreiheit, Anteil des Volkes an der Regierung, Achtstundentag und Lohnerhöhung.

Am 1. Mai fand in der Stadt ein großartiger Umzug mit roter Fahne statt, an dem etwa 10000 Arbeiter teilnahmen. Die Polizei und die Kosaken griffen die Demonstranten an und verhafteten etwa 200 Menschen. Am folgenden Tage legten infolgedessen die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten die Arbeit nieder und forderten die Freigabe ihrer Kollegen. Nach einigem Zögern gab der Statthalter nach und entließ die verhafteten Arbeiter, was eine namenlose Freude hervorrief. Im Verlauf des Monats Mai kam es zu einigen Streiks in den Fabriken. Die Sozialdemokraten hatten in Charkow an Boden gewonnen. Die Maidemonstration im Jahre 1900 in Charkow war die erste große sozialdemokratische Demonstration im eigentlichen Ruß-

land. Auch in anderen Städten machte diese Nachricht einen starken Eindruck [1]).

Die Maiproklamation in Petersburg enthielt bereits die Forderung, den Absolutismus zu stürzen. Zu einer Demonstration kam es jedoch nicht. In Rostow am Don wurden in der Proklamation folgende Forderungen aufgestellt: Achtstundentag, Arbeiterschutz, Rede-, Druck-, Versammlung- und Vereinigungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Person, Anteil an der Gesetzgebung. Das Wort Konstitution wurde nicht genannt, die Forderungen waren jedoch schon streng konstitutionell.

Machnowiec gibt den Inhalt der Proklamationen in Moskau und Kiew nicht an. Die Arbeiterfeier wurde in diesen Städten in gewohnter Weise begangen. In Kiew wollte man eine Demonstration veranstalten, aber der Plan ließ sich nicht verwirklichen. In Jekaterinosław und Odessa fanden zahlreiche Verhaftungen statt.

In Petersburg entstand eine neue revolutionäre sozialdemokratische Gruppe „der Sozialist", da die „Kampfesorganisation" in politischer Beziehung schwankend war. Der „Sozialist" entstand aus etwa 20 Menschen, die aus der ehemaligen Gruppe der „Roten Fahne" übrig geblieben waren, und einigen neuen Führern.

Um jene Zeit kamen einige bedeutende sozialdemokratische Führer aus der Verbannung in Sibirien zurück: Lenin, Martow, Starowier, die danach strebten, die Arbeiterbewegung in politischer Beziehung umzugestalten.

In verschiedenen Gruppen entstand der Plan, einen zweiten allgemeinen sozialdemokratischen Kongreß in Rußland im Jahre 1900 einzuberufen. Infolge der Differenzen unter den einzelnen Fraktionen und der Verhaftung Tieplows, eines der tätigsten Führer, der diesen Kongreß vorbereitete, kam er nicht zustande.

---

1) Abgesehen von dem zitierten Artikel über den 1 Mai von Machnowiec-Akimow in „Byłoje" sind die Charkower Vorgänge auch in einer besonderen Broschüre geschildert worden: „Majskij dni w Charkowie" (Die Maitage in Charkow), 1901.

Auch Lenins, Martows und Starowiers Unterhandlungen mit den verschiedenen Gruppen, in der Absicht, sie zu einer sofortigen, energischen, auf breiter Grundlage beruhenden politischen Aktion zu vereinigen, kamen nicht zum Ziel.

Die Führer begaben sich ins Ausland, verständigten sich mit der Gruppe der „Befreiung der Arbeit" und veröffentlichten eine Aufforderung in der neu erscheinenden Zeitschrift „Iskra" (Funke). Die erste Nummer dieses neuen sozialdemokratischen Organs von ausgesprochen politischer Färbung erschien im Dezember 1900.

Seitdem begann der „Funke" energisch die Überbleibsel des „Ökonomismus" in Rußland zu bekämpfen und erlangte auch nach drei Jahren das Übergewicht.

Zu Anfang des Jahres 1900 begann das Jekaterinosławer Komitee in Rußland eine Zeitschrift „Jużnyj Raboczyj" (Der südliche Arbeiter) herauszugeben.

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1900 waren die russischen Sozialisten zahlreich vertreten. Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre waren gekommen.

Aus dem Bericht, der auf dem internationalen Kongreß über die russische Bewegung vom „Auswärtigen Bund russischer Sozialdemokraten" herausgegeben wurde, geht hervor, daß innerhalb der Arbeiterbewegung eine starke Entwicklung stattgefunden hat.

In sozialdemokratischen Kreisen gewann die Einsicht, daß politischer Kampf auf breitester Grundlage eine Notwendigkeit sei, immer mehr Anhänger. Dieser Kampf nahm schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen großen Umfang an. Die Bewegung trat in eine neue Phase.

XXII.

Die lebhafte Tätigkeit der Ziemstwo in wirtschaftlich-kultureller Beziehung hat gegenseitige Verständigung erfordert, die von der Regierung mit scheelen Augen betrachtet wurde. Während der Krönungsfeierlichkeiten in Moskau hat der Verwaltungspräsident des Moskauer Ziemstwo, der bekannte Führer Schipow, den anderen Verwaltungspräsidenten der russischen Ziemstwo

vorgeschlagen, sich alljährlich zu treffen, um sich über Fragen der Selbstverwaltung auszusprechen. Dieser Gedanke wurde freudig aufgenommen. Man beschloß, im gleichen Jahr (1896) in Nischnij Nowgorod während des berühmten, alljährlich dort stattfindenden Jahrmarktes zusammenzukommen. Schipow benachrichtigte Goremykin, den Minister des Innern, von dieser Absicht. Dieser gab zwar keine offizielle Erlaubnis, tatsächlich erklärte er sich jedoch unter drei Bedingungen damit einverstanden: 1. nur die Vorsitzenden der Gouvernementsverwaltungen durften daran teilnehmen; 2. die Zusammenkunft sollte nicht im Nischnijnowgoroder Versammlungslokal stattfinden, sondern in Privatwohnungen oder Restaurants; 3. unter Ausschluß der Presse.

Der angezeigte Kongreß in Nischnij Nowgorod fand unter Wahrung der vom Minister gemachten Vorschriften statt, mit der alleinigen Ausnahme, daß einer der tätigsten Führer der Ziemstwobewegung, der Fürst Peter Dolgorukow, anwesend war, trotzdem er nicht der Gouvernements-, sondern nur der Bezirksverwaltung vorstand. Beim Kongreß war auch ein vom Finanzminister Witte delegierter Beamter zugegen. Die Verhandlungen berührten alle Gebiete, die den Ziemstwo unterstanden. Man beschloß, ein ständiges Kongreßbureau der Präsidenten der Verwaltungsbehörden einzusetzen, durch das die Ziemstwo sich untereinander verständigen konnten. Zu einer der Versammlungen kam Graf Hejden, der Vorsitzende der Freien kaiserlichen ökonomischen Gesellschaft. Im folgenden Jahre (1897) wollten die Präsidenten der Verwaltungsbehörden in Petersburg zusammentreffen, doch verweigerte der Minister Goremykin ihnen die Erlaubnis dazu und empfahl ihnen gleichzeitig, auch das Kongreßbureau zu schließen.

Diese Verfügung war nicht imstande, die Bewegung der Ziemstwo aufzuhalten. Von diesem Augenblick an versuchten sie weitere Kreise der Bevölkerung für ihre Wirksamkeit zu interessieren und immer mehr Anteil an der Arbeit der verschiedenen Berufsgruppen der Intelligenz zu nehmen, indem sie ihre Delegierten zu den verschiedensten Kongressen, z. B. ärztlichen, naturhistorischen, wirtschaftlichen usw. schickten. Gegen

Ende des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts entstand dank der Initiative der Fürsten Peter und Paul Dolgorukij, der liberalen Führer der Ziemstwo und gleichzeitig Mitglieder der höchsten Landesaristokratie ein Kreis, der sich „Biesieda“ nannte. (Diese Bezeichnung bedeutet eine Art Unterhaltung in einem kleinen Kreis von Menschen, die sich näher kennen.) In der liberalen Bewegung der Ziemstwo hat diese Gruppe bis zum Jahre 1904 eine bedeutende Rolle gespielt, dann erst begannen die regelmäßigen Kongresse der Delegierten der Ziemstwo. Die „Biesieda“ stand der Zeitschrift „Prawo“ (Gesetz) nahe. Die Mitglieder dieses Kreises und der Redaktion von „Prawo“ haben später eine Reihe wichtiger, wissenschaftlich-publizistischer Werke von großer Bedeutung herausgegeben.

In der russischen freiheitlichen Bewegung haben die Ziemstwo eine sehr wesentliche Rolle gespielt, ihre Stimme gewann in den Kreisen der höheren Gesellschaft jedoch erst Bedeutung, als die revolutionäre Bewegung den bestehenden politischen Zustand in Rußland ernsthaft zu bedrohen begann.

XXIII.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstand eine starke Bewegung unter den Studenten, die erst gegen die Universitätsbehörde und später gegen die Zentralregierung einen wichtigen Vorstoß unternahmen. Diese Bewegung erinnerte erst an analoge Erscheinungen in der Vergangenheit, bald nahm sie jedoch bedeutenderen Umfang an und entwickelte sich auf Grund anderer Bedingungen. Die Gesellschaft war gegen den Druck der Regierung empfindlicher als in vergangenen Jahrzehnten und schneller bereit, den politischen Kampf mit der Regierung aufzunehmen, dazu kam eine stark entwickelte Arbeiterbewegung und eine immer mehr um sich greifende allgemeine Unzufriedenheit. Infolgedessen war das Ergebnis der Bewegung unter den Studenten gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchaus nicht analog mit dem vergangener Jahrzehnte.

Aus diesem Grunde muß ich auf die Studentenbewegung etwas ausführlicher eingehen.

Das Gesetz vom Jahre 1884 untersagte den russischen Studenten alles korporative Leben und war auch der Grund ihrer Unzufriedenheit. Die Studenten empörten sich, es kam zu Unruhen, die von der Regierung in brutalster Weise unterdrückt wurden. Zu Beginn des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts hatten die Studenten alle Lust zu äußeren Zusammenstößen mit der Regierung verloren und verwandten ihre Energie zu organisatorischer und innerer Arbeit. Sie hatten namentlich den Wunsch, sich in geheimen, aber von der Regierung tolerierten Institutionen gemeinsamer Hilfe und Selbstbildung zu organisieren. Sie wollten durch ihr Wissen unabhängig werden, die verschiedensten sozialen und politischen Strömungen kennen lernen und Zusammenstöße mit der Regierung vermeiden.

Die Moskauer Studenten haben diese Bewegung eingeleitet. Wieder entstanden sogenannte „Ziemlaczestwo", d. h. Vereinigungen von jungen Leuten, die aus dem gleichen Gouvernement stammten. Im Jahre 1892 betrug die Zahl derjenigen, die diesem Bund beitraten, 20, 1893 waren es schon 36, 1894 43. Dem Bunde des „Ziemlaczestwo" waren in Moskau insgesamt im Jahre 1894 1700 Studenten beigetreten. An der Spitze dieser Institution stand der „Bundesrat", der sich aus den Delegierten der einzelnen Ziemstwo zusammensetzte. Um auch jene Studenten, die den „Ziemlaczestwo" nicht angehörten, zu organisieren und der allgemeinen Leitung zu unterstellen, wurde eine Starostenkommission gegründet, bestehend aus von Studenten gewählten Delegierten der verschiedenen Fakultäten. Diese Kommission hatte enge Fühlung mit dem „Bundesrat". Im Jahre 1894 entstand eine reiche Bundesbibliothek mit einem großen Vorrat illegaler Literatur. Im Laufe der Jahre 1893 und 1894 haben 13 auf Selbstbildung bedachte Kreise, die nicht zu den „Landsmannschaften" gehörten, die zentralen Studenteninstitutionen wiederholt benutzt.

Die Tatsache, daß sich die studentischem Organisationen in Moskau schnell entwickelten und gut funktionierten, war der Anlaß, daß die Studenten sich der Illusion hingaben, sie würden, auf diesem Wege fortschreitend, einen gewissen moralischen Einfluß auf die Regierung ausüben und gewisse Konzessionen auf

dem Gebiet des korporativen akademischen Lebens erlangen können.

Unter diesem Eindruck, und kühn geworden durch verschiedene Gerüchte über angebliche Änderungen, die unter der neuen Ära stattfinden sollten, wandte sich der Moskauer „Bundesrat der Landsmannschaften“ an den neuen Zaren mit der Bitte, das gegen die Studenten im Jahre 1884 erlassene Gesetz zu ändern.

Als Antwort auf dieses Gesuch drang die Moskauer Polizei in ein Privatlokal, in der Annahme, daß dort eine Versammlung des „Bundesrates“ stattfinde, notierte die Namen der 21 Anwesenden, und der Oberpolizeimeister Wlassowskij erklärte ihnen, sie seien für alles verantwortlich, was in der Universität geschehen könne.

Unabhängig davon und ohne Wissen des „Bundesrates“ kam es um die gleiche Zeit zu einer politischen Demonstration in der Universität beim Vortrag von Professor Klutschewskij. Der bekannte Historiker stimmte während seines Vortrages einen panegyrischen Lobeshymnus zu Ehren des kürzlich verstorbenen Kaisers Alexander III. an. Die Jugend protestierte durch lautes Pfeifen. Der „Bundesrat“, erschrocken über diese Demonstration, erließ eine Proklamation, indem er sie als taktlos brandmarkte und sich bei den Behörden damit entschuldigte, daß es ihm nicht gelungen wäre, sie zu vereiteln. Dieser Erlaß schützte weder den „Bundesrat“ noch die übrige Jugend vor der Rache der Regierung. Einige Studenten, die man mit Unrecht verdächtigte, an der Demonstration teilgenommen zu haben, wurden relegiert, und Graf Kapnist, der Kurator des Moskauer Unterrichtsdepartements, hielt eine sehr provozierende, scharfe Rede gegen die Studenten. Die Polizei verhaftete 20 Studenten, 112 wurden vor das Universitätsgericht zitiert, 12 zu einer achttägigen Haftstrafe verurteilt.

Infolge der Bemühungen des „Bundesrates“ und einiger ihm wohlwollender Persönlichkeiten wurde den relegierten Studenten, mit Ausnahme von 13, gestattet, nach Moskau zurückzukommen. Auf einer Professorenversammlung, am 29. Dezember 1894, sprachen sich 82 Stimmen dahin aus, daß sie, da sie das Be-

stehen der Landsmannschaften nicht als eine Institution der Selbsthilfe und Selbstbildung ansehen könnten, den „Bundesrat“ für eine schädliche Vereinigung hielten, die darauf abzielte, die Grundlagen des akademischen Lebens zu untergraben, indem er sich als geheime Institution das Recht anmaße, an den Vortragenden, der Universitätsverwaltung und den Studenten Kritik zu üben.

Unter dem Eindruck solcher und ähnlicher Vorfälle, die die feindliche Stimmung der Regierung gegen die Organisationen der Jugend zur Genüge kennzeichneten, wurde der „Bundesrat“, besonders seit dem Jahre 1896, immer oppositioneller.

Es ist bekannt, daß während der Krönungsfeierlichkeiten, infolge des Unverstandes der Polizei, auf dem Platze, auf dem der Hof das Moskauer Volk bewirtete, viele Menschen ums Leben kamen. Ein halbes Jahr nach diesem furchtbaren Ereignis veranstaltete eine der Landsmannschaften in Moskau ohne Wissen des „Bundesrates“ und trotz des Protestes mehrerer Mitglieder eine Andacht für jene, die während der erwähnten Vorgänge bei der Krönung ums Leben gekommen waren. An diesem Demonstrationsgottesdienst nahmen 600 Studenten teil. 36 Studenten, die verdächtigt wurden, die Feier organisiert zu haben, wurden verhaftet.

Infolgedessen kam es in der Moskauer Universität zu Aufständen, die vom „Bundesrat“ inszeniert wurden, der auch folgende studentische Forderungen aufstellte: 1. Veränderung des Gesetzes vom Jahre 1884; 2. Freigabe der verhafteten Genossen; 3. Sicherheiten gegen die administrative Willkür.

Darauf antworteten Regierung und Universitätsverwaltung mit der Relegierung von 200 Studenten [1]).

Ich muß erwähnen, daß gegen Ende des Jahres 1895 und zu Beginn des Jahres 1896 einige Studenten sich weigerten, dem Zaren Nikolaus II. den Treuschwur zu leisten, da er erklärt

---

1) Knappe, aber zutreffende Nachrichten über die Studentenbewegung gibt Tscherewanin im Sammelwerk unter dem Titel „Obszczestwiennoje dwiżenje w Rossii w naczale XX. wieka“ (Die soziale Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts), S. 261—268.

hatte, daß er ebenso wie sein unvergeßlicher Vater vorgehen würde [1]).

In Petersburg lagen die Verhältnisse anders als in Moskau. Auch dort gab es „Landsmannschaften", sie standen jedoch untereinander in keinem Zusammenhang. In Petersburg hatten im Gegensatz zu Moskau die Marxisten einen bedeutenden Einfluß, und da sie eine gemeinsame Hilfskasse begründet hatten, legten sie den allgemeinen studentischen Landsmannschaftsorganisationen nur geringes Gewicht bei; von eng doktrinären Voraussetzungen ausgehend, haben sie die studentische Bewegung im allgemeinen ignoriert, so daß die erwähnte Kasse ein Hindernis gegen alle studentischen Maßnahmen war. Allmählich entstand jedoch in Petersburg im Jahre 1897 ein „Bund der Landsmannschaften". Dennoch trug die studentische Bewegung in Petersburg einen ruhigeren Charakter als in Moskau, und obgleich es auch hier zu Kundgebungen gegen die Regierung kam, hatten sie keine Maßnahmen gegen die Jugend zur Folge.

Im März 1897 protestierte die Jugend der höheren Unterrichtsanstalten in Rußland gegen die Art, wie politische Verbrecher behandelt wurden, die, wie angenommen wurde, Angeklagte sogar zum Selbstmord getrieben hatte.

Im Herbst des gleichen Jahres protestierten Studenten der Warschauer, Petersburger, Moskauer und Kiewer Universität gegen die Absicht, in Wilna ein Denkmal zu Ehren von Murawjew zu errichten, der bekannt war wegen der Mißhandlungen, die er den Aufständischen in Polen und Litauen zugefügt hatte. Die Enthüllung des Denkmals im Jahre 1898 führte zu abermaligen Protesten auf der Warschauer und Kiewer Universität.

Im Jahre 1899 setzte eine ursprünglich oppositionelle studentische Bewegung ein, die einen großen Umfang annahm.

Sergiejewitsch, der Rektor der Universität, veröffentlichte infolge der bevorstehenden Jubiläumsfeier der Petersburger Uni-

---

1) Vgl. die Broschüre „Studienczeskoje dwiženje w Rossii" (Die studentische Bewegung in Rußland), S. 7.

versität einen Anschlag im Universitätsgebäude und forderte die Studenten auf, sich während des Umzuges ruhig und anständig zu verhalten. Die an sich taktlose Aufforderung war sehr ungeschickt redigiert und erweckte Unzufriedenheit unter den Studenten.

Die Studenten pfiffen den Rektor am 8. Februar während seiner Ansprache aus; dadurch wurde die Feier unterbrochen. Singend begaben sich die Studenten in Scharen auf die Straße. Am Rumiancew Square überfiel sie eine Abteilung berittener Polizei und trieb sie auseinander. Derartige Vorfälle waren in Rußland nicht selten. Damals jedoch, bei der Erregung der Jugend, ja der gesamten Gesellschaft, und der immer mehr um sich greifenden revolutionären Bewegung erweckte der Überfall der Polizei auf die Studenten maßlose Empörung.

In einer großen Versammlung am 11. März beschlossen die Studenten, nach dem Vorbild der Arbeiter in einen Streik einzutreten, die oppositionelle Minderheit sollte durch Obstruktion gezwungen werden, den Besuch der Vorlesungen einzustellen. Für diesen Plan wurde die oppositionelle „Gemeinsame Hilfskasse" gewonnen, und er wurde in seiner Ganzheit durchgeführt. In ganz Rußland traten in 30 höheren Unterrichtsanstalten 25000 Studenten in den Streik. Die Regierung war auf diesen ungewöhnlichen Fall nicht gefaßt. Nach einigem Zögern wurde eine besondere Kommission von der Regierung eingesetzt, um diese Vorgänge zu prüfen. An der Spitze der Kommission stand der Kriegsminister, General Wannowskij, der sich bei Nikolaus II. eines großen Ansehens erfreute.

Diese Kommission und ihr Vorsitzender, der mit liberalen Elementen verkehrte, erweckte ein gewisses Zutrauen innerhalb der Gesellschaft. Ein studentisches Organisationskomitee unterstützte die Kommission durch Tatsachenmaterial und Publikationen über die studentische Jugend in den höheren russischen Unterrichtsanstalten. Anderseits versuchte die Ochrana die Kommission gegen die Jugend einzunehmen. Dem General Wannowskij gelang es, die Rückkehr der aus Petersburg relegierten Studenten zu erwirken; die Jugend hätte sich dadurch beruhigen lassen, wenn nicht in anderen russischen Städten die Provinzialbehörden gegen

die Hörer der höheren Unterrichtsanstalten aufs brutalste vorgegangen wären. Die Repressalien in der Provinz waren das Werk Goremykins, des Ministers des Inneren, und Bogolepows, des Kultusministers. Infolge dieser Repressalien empörten sich die Petersburger Studenten abermals und erneuerten den Streik. Die Regierung antwortete darauf mit Massenverhaftungen und Relegierungen der Studenten; um „Ordnung" durchzuführen, wurde am 29. Juni 1899 ein vorläufiges Reglement bekannt gegeben, den Studenten wurde gedroht, daß ihre Teilnahme an Bewegungen jeder Art mit Relegierung von der Universität und Verschickung in die Armee bestraft werden würde; diese Strafe sollte auch jene treffen, die infolge allgemeiner Vorschriften vom Militärdienst frei waren.

Anfänglich wurde allgemein angenommen, daß dieses Reglement nur eine Drohung sei, die die Regierung nie durchführen würde. Später überzeugte man sich, daß dem nicht so war. Zwischen der Veröffentlichung des Reglements und seiner ersten Verwirklichung lagen anderthalb Jahre.

Im Herbst 1900 wurden von der Kiewer Universität zwei Studenten entfernt, die der sozialen Bewegung fernstanden und die diese Relegierung wohl verdient hatten. Infolgedessen fanden studentische Versammlungen statt, auf denen diese Angelegenheit besprochen wurde. Die Jugend erkannte die Strafe als gerecht an, gleichzeitig übte sie jedoch an der Regierung Kritik wegen der von ihr gegen die Studenten befolgten Politik, die ihnen die Möglichkeit eines freien korporativen Lebens und einer Einwirkung auf ihre Kollegen nahm. Ton und Charakter dieser Reden war regierungsfeindlich. Da hielten die Vertreter der Regierung es für angemessen, das Reglement aus dem Jahre 1899 in Kraft treten zu lassen. 183 Studenten der Kiewer Universität wurden als gemeine Soldaten ins Heer gesteckt. Dieser Vorfall machte auf die Jugend und die gesamte Gesellschaft einen furchtbaren Eindruck, der bald zu einer Empörung führte. Fürs erste wußte die Jugend nicht, was sie tun sollte. Später jedoch, im Jahre 1901, legte sie Protest in Form einer Manifestation dagegen ein und erfreute sich dabei der moralischen Unterstützung eines großen Teiles der Gesellschaft und

der tatkräftigen Hilfe der Revolutionäre. Diesen Vorfall werde ich im vierten Band dieser Arbeit schildern. Hier genüge der Hinweis, daß er auf den weiteren Verlauf der russischen revolutionären Aktion von ungeheurer Bedeutung war, indem er sie verschärfte und die Bewegung in immer weiteren Kreisen Boden gewann.

XXIV.

Aus Raummangel kann ich in diesem Bande nicht mehr au die Fortschritte eingehen, die die polnische, jüdische, litauische und lettische sozialistische und oppositionelle Bewegung im Verlauf der Zeit von 1891 bis 1901 gemacht haben. Diesem Gegenstand werden die ersten Kapitel des vierten Bandes gewidmet sein. Hier will ich nur darauf hinweisen, daß im Verlauf des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts an den westlichen Grenzen des russischen Reiches, in den baltischen Provinzen, in Litauen und Weißrußland eine stark um sich greifende sozialistische Bewegung entstanden ist und daß die revolutionäre Welle sich aus dem Königreich Polen weit in die Provinz hinein ergossen und in Warschau ihren höchsten Stand erreicht hat. Im 20. Jahrhundert erreicht die revolutionäre Bewegung in Rußland besonders unter den unterjochten Nationen ihren Höhepunkt.

Es darf nicht vergessen werden, daß in Rußland die herrschende Nation, die Großrussen, nach amtlichen Berichten aus dem Jahre 1897 weniger als die Hälfte der Bevölkerung, nur 43 Prozent, ausmachen. Da diese Angaben nicht unparteiisch sind, ist anzunehmen, daß es tatsächlich noch weniger Großrussen gibt, wohl nur 40 Prozent oder noch weniger.

Die Entwicklung des ökonomischen Lebens, die Fortschritte der Zivilisation, die Demokratisierung der Gesellschaft, all das wirkt stark auf das Erwachen und Erstarken des nationalen Bewußtseins bei den von Rußland unterjochten Völkern.

Bei Nationen, die eine historische Vergangenheit haben und deren eigene Kultur sich ununterbrochen weiter entwickelt hat, wie z. B. bei den Polen, hat der oben erwähnte soziale Prozeß die Entwicklung des nationalen Lebens auf allen Gebieten nur gefördert; bei anderen Völkern, deren höhere Klassen sich bereits entnationalisiert hatten, entwickelten sich starke selbständige

nationale Strömungen, die von unten her bis in die höheren Schichten drangen. Die Demokratisierung der Gesellschaft, selbst wenn sie nur wirtschaftlich-kulturell und nicht politisch ist, drängt mit Notwendigkeit im gesellschaftlichen Leben die Volksmassen in den Vordergrund und gibt ihnen eine größere Bedeutung, als sie in der Vergangenheit hatten. Infolgedessen beginnt auch ihre bis dahin verachtete Sprache eine immer größere Rolle zu spielen und ein, wenn auch ungeschriebenes Recht für sich zu fordern.

Solange Bauern und Arbeiter unterdrückt und verachtet waren, hat sich ihre Sprache auch nur im engsten Familienkreis behauptet, ohne sich irgendwelche Rechte anzumaßen. Im Augenblick, wo in den Städten das Proletariat den Kampf um sein Recht mit den Kapitalisten und der Regierung begonnen hat und die Bauern anfingen, zum Bewußtsein zu erwachen und ihre Rechte zu wahren, begannen auch die Fragen der Muttersprache, der nationalen Gleichberechtigung, der Selbstverwaltung, der Autonomie politische Bedeutung zu erlangen. Von der Anerkennung oder richtiger von der Forderung der Anerkennung des Rechtes der eigenen Sprache bis zum Kampf um politische Autonomie oder Unabhängigkeit für das eigene Land ist es noch sehr weit. Jedenfalls sind der Kampf um das Recht auf die Muttersprache und der Kampf um die Autonomie für das eigene Land Glieder des gleichen historischen Entwicklungsprozesses, wenn sie auch nur Grenzgebiete berühren und voneinander getrennt sind.

Die sozialistische Bewegung, die zu Beginn einen kosmopolitischen Charakter hat, entwickelte sich später stets auf nationaler Basis, wenn sie auch gewisse internationale Wahrzeichen nicht verliert. So verleugnete auch die polnische, litauische, lettische usw. sozialistische Bewegung ihre nationalen Elemente nicht, sondern war nur eine besondere Form der nationalen Bewegung, die, auf dem Boden des Klassenkampfes erwachsen, sich zu ihrem allgemein menschlichen Ursprung stets bekannte. Das kulturelle Niveau jedes Volkes drückt auch seiner sozialistischen Bewegung einen besonderen Stempel auf.

Als die russische Revolution sich im Jahre 1905 in einer

breiten Welle über das Zarenreich ergoß, traten neben den brennenden sozialpolitischen Fragen nicht weniger wichtige nationalkulturelle auf, die gleichfalls nach einer Lösung verlangten. Diese Fragen sind jedoch bis in die allerletzte Zeit von den Theoretikern und Praktikern der Revolution am wenigsten erörtert worden, was auf den Verlauf der freiheitlichen Bewegung nicht günstig gewirkt hat.

XXV.

Auf welche Weise hat die Regierung auf die fortwährend wachsende revolutionäre Bewegung reagiert, und wie hat sie darüber gedacht?

Es hat den Anschein, daß die Antwort auf die Frage kompliziert ist und sein muß. Tatsächlich ist es jedoch nicht so.

Die Berichte, die der Justizminister dem Zaren über die revolutionäre Bewegung von 1894 bis 1905 vorgelegt hat, liegen heute gedruckt vor [1]). Sie enthalten eine knappe Zusammenfassung, gewissermaßen das Ergebnis der Untersuchung der politischen Angelegenheiten. Man liest sie starr vor Staunen; sie enthalten ein gewisses Tatsachenmaterial, beinahe ohne Erklärungen irgendwelcher Art und ohne daraus gezogene Schlüsse. Wir besitzen auch die Berichte des Ministers des Inneren, die dem Zaren regelmäßig über die revolutionäre Bewegung vom Direktor des Polizeidepartements vorgelegt wurden [2]). Auch sie sind jedes politischen Verständnisses bar. Außerdem besitzen wir auch geheime Zirkulare der Regierung und Briefe einzelner Minister an ihre Kollegen über politische Fragen, die von Zeit zu Zeit in revolutionären Publikationen veröffentlicht wurden Dies gesamte Material beweist aufs klarste, daß die Zentralregierung, wenn sie auch aus Furcht jegliche revolutionäre und oppositionelle Regung in der Gesellschaft aufs brutalste unterdrückt hat, sich nicht bewußt war, daß die revolutionäre Bewegung sich schnell entwickelt hat und den bestehenden politischen Staat ernsthaft bedrohte.

---

1) „Rewolucjonnoje dwiženje w Rossii“ (Die revolutionäre Bewegung in Rußland). 1894—1905.

2) „Carskij Listok“ (Berichte für den Zaren), bei Burcew erschienen.

Der Regierung erschien die revolutionäre Bewegung als das Ergebnis einer künstlichen Propaganda und Agitation übeldenkender, böswilliger, ehrgeiziger Menschen, die ihrer Natur nach mit allem unzufrieden waren. War nun die Regierung darauf bedacht, die Bewegung einzudämmen, so hat sie auch nicht den geringsten Versuch gemacht, die Dinge aus dem Wege zu räumen, die der Grund der revolutionären Bewegung waren. Die Regierung dachte an keinerlei soziale oder kulturelle Politik, die die revolutionäre Bewegung, wenn nicht beseitigt, so doch zum mindesten modifiziert hätte. Eine interessante Ausnahme bildet der geheime Bericht des Moskauer Oberpolizeimeisters Trepow vom 8. April 1898, der dem Moskauer Generalgouverneur, dem Fürsten Sergej Aleksandrowitsch, Nikolaus' II. Vetter, vorgelegt wurde [1]). Dieser Bericht war von dem in Moskau damals vielgenannten Zubatow inspiriert. General Trepow empfiehlt, abgesehen von den üblichen polizeilichen Maßregeln, die Lage der Arbeiter zu verbessern, Arbeiterschutzgesetze strikt einzuhalten und den Arbeitern überhaupt materielle und administrative Zugeständnisse zu machen, ohne ihnen politische Rechte zu geben. Er empfiehlt also der Regierung, sich die Sympathien der Arbeiter zu erringen, indem sie diese vor der Ausbeutung der Fabrikanten schützt.

Im nächsten Band werde ich noch auf Zubatows Politik zurückkommen und darauf hinzuweisen haben, daß sie durchaus nicht typisch für die russische Regierung war, die, selbst wenn sie sich zu gewissen Arbeiterreformen verstand, sich sofort, wie das beim Gesetz vom Juni 1897 der Fall war, zurückzog, indem sie ihren eignen Erlaß durch Wittes Zirkular im darauffolgenden Jahr paralysierte; ich bin darauf bereits an anderer Stelle eingegangen. Die russische Regierung hatte keinen einheitlichen Aktionsplan und änderte ihre Taktik von Tag zu Tag. Die Führer der Regierung, selbst jene, die wie Witte in ökonomischer Beziehung nicht absolut Rußlands „Selbständigkeit" anerkannten und seine angeblich von jedem anderen Volke so vollkommen verschiedene Entwicklung, standen in sozialpolitischer Beziehung

---

1) „Raboczije Dieło" (Die Arbeiterfrage), April 1899, S 24—34.

auf dem Standpunkte, daß Rußland keine westeuropäischen Institutionen brauche und daß es eine soziale und Proletarierfrage überhaupt nicht gebe.

Unterdessen wuchs die Bewegung, es war dies nicht nur aus Streiks ersichtlich, sondern auch aus verbotener Literatur, vorgenommenen Verhaftungen und Verbannungen. Ich füge eine Tabelle über politische Angelegenheiten bei:

Jahr	Anzahl der vom Justizminister behandelten Fälle	Anzahl der in diese Dinge verwickelten Personen	Anzahl der vom Zaren erledigten Fälle	Anzahl der daran beteiligten Personen	Anzahl der vom Zaren Verurteilten	Anzahl der dem Kriegsgericht übergebenen Angelegenheiten	Anzahl der darin verwickelten Personen
1894	158	919	56	559	366	3	3
1895	259	944	90	623	367	2	2
1896	309	1668	67	561	345	3	4
1897	289	1427	122	1474	1051	4	11
1898	257	1144	149	1004	706	1	1
1899	338	1884	166	1325	866	2	4
1900	384	1580	144	1363	919	4	10

Die russische Regierung, die das laute Echo, das politische Prozesse fanden, vermeiden wollte, hat nur sehr selten, wenn terroristische Aktionen vorlagen, zu diesem Mittel gegriffen, im allgemeinen wurden die politischen Verbrecher vor ein gewöhnliches Gericht zitiert, sehr selten vor ein Kriegsgericht. Alles übrige wurde auf administrativem Wege erledigt. Das Urteil fällte der Zar auf Grund eines ihm vom Justizminister vorgelegten Berichtes, nachdem er sich vorher mit dem Minister des Innern verständigt hatte.

Nebenstehend einige Angaben über die, politischen Verbrechern auf administrativem Wege zudiktierten Strafen.

Diese Zahlen wären an sich angesichts der Zahl der Bevölkerung nicht furchtbar. Man muß jedoch in Betracht ziehen, daß über die Stärke der Bewegung nicht die Zahl der erklärten Revolutionäre entscheidet, sondern ihr Verhältnis zu den Volksmassen, unter denen sie wirken. Nun hatte das Volk immer mehr Sympathie für die Revolutionäre und verhielt sich der

Regierung gegenüber immer feindlicher. In dieser Beziehung konnten sich die herrschenden Mächte keinerlei Illusionen machen.

Jahr	Anzahl der nicht nach Sibirien Verbannten	Anzahl der nach Sibirien Verbannten	Anzahl der zu Gefängnisstrafe Verurteilten
1894	34	21	156
1895	66	42	104
1896	42	53	105
1897	79	117	148
1898	119	47	162
1899	105	49	108
1900	85	49	57

Die natürliche Entwicklung der wirtschaftlich-sozialen und politischen Verhältnisse in Rußland trieb die Gesellschaft, oder richtiger ihre ungeheure Mehrzahl, zur Opposition gegen die Regierung auf Grund einer immer wachsenden Unzufriedenheit; die revolutionäre Wirksamkeit entwickelte sich schnell und zog immer weitere Kreise.

Schluß.

Schon vor dem endgültigen Untergang der Partei „Volksfreiheit“ herrschte in Regierungskreisen und in der russischen Gesellschaft eine außerordentlich starke, brutale und scharfe Reaktion. In der denkwürdigen Zeit von 1883 bis 1891 schien es, daß das gesamte kulturelle und soziale Gut in Rußland zerstört sei und das russische Volk für mehrere Jahrzehnte in eine seelenlose Atmosphäre versinke, die jeden Fortschritt unmöglich mache.

Dem war aber nicht so. Die ökonomische Entwicklung Rußlands, eine notwendige Bedingung seiner staatlichen Bedeutung, drängte das Land auf den Weg einer schnellen kapitalistischen Evolution, die die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ideologischen Überbleibsel aus früheren Zeiten schnell zerstörte. Die Struktur der russischen Gesellschaft begann sich schnell zu verändern: große Städte und Fabrikansiedlungen entstanden, ein nach Millionen zählendes Proletariat war aufgetaucht, das von der Welt abgeschnittene russische Dorf begann sich zu regen, das Echo eines fernen, angespannten Lebens drang bis in diese Regionen.

Gleichzeitig mußte auch der konstitutionell-parlamentarische Zuschnitt im Westen einen Wechsel in den Ansichten der russischen Intelligenz über die Bedeutung einer Konstitution für Rußland bewirken.

Kulturell-intellektuelle Einflüsse vom Westen mußten dazu beitragen, die russische sozialpolitische Auffassung zu europäisieren, um so mehr, als Rußlands ökonomische Entwicklung verschiedene Theorien über die „Selbständigkeit“ des Landes Lügen strafte.

Während der ärgsten Reaktion unter Alexanders III. Regierung entsteht und entwickelt sich eine liberal-konstitutionelle Strömung, die sich vom Kampf, der sich auf der Oberfläche des sozialen Lebens abspielt, fernhält.

Die furchtbare Hungersnot in den Jahren 1891 und 1892 rüttelt die russische Gesellschaft aus ihrer Lethargie auf und weckt sie zu neuem Leben. In Scharen geht die Jugend unter das Volk, nicht um agitatorisch zu wirken, sondern um ihm zu helfen, es vor Hunger und Krankheit zu schützen. Man beginnt über die Ursachen des Elends des russischen Volkes nachzudenken und kommt zum Ergebnis, daß es in der Gesamtgestalt der russischen sozialpolitischen Verhältnisse begründet ist.

Unter der russischen Intelligenz gewinnt infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands der im Westen triumphierende Marxismus immer zahlreichere und leidenschaftlichere Anhänger. Die Liberalen schließen sich dem Marxismus an und finden dort eine Theorie für die Umgestaltung der absolutistischen Gesellschaft, die sich auf Naturalwirtschaft stützt, in eine konstitutionell-demokratische, die ihre Stütze in Handel und Industrie und den sich darin betätigenden Bürgern und Arbeitern findet. Die Sozialisten lockt am Marxismus die Aussicht auf die weiteren von ihm verheißenen sozialen Umgestaltungen. Der Marxismus wird zur herrschenden Theorie, ja selbst zu einem Glaubenssatz und einer Hoffnung.

Die furchtbare Reaktion, unter der die russischen Marxisten ihre Wirksamkeit begannen, gestattete ihnen ursprünglich nicht, sich die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus in der europäischen Form zu eigen zu machen, in der sie von den im Ausland lebenden russischen Sozialdemokraten verkündet wurde. Die in Rußland lebenden Marxisten beschnitten den Marxismus und gaben ihm im Ökonomismus eine unnatürliche Form. Ursprünglich haben sie nicht gegen die Regierung agitiert und die Arbeiter auch nicht zum Kampf um politische Freiheit animiert; erst später haben sie zaghaft und allmählich angefangen, einzelne politische Forderungen in den Vordergrund zu schieben.

Die Entwicklung der Massenbewegung und des ökonomischen Kampfes im Zusammenhang mit den Repressalien der absolutistischen Regierung hat den Kampf um politische Rechte, die für das Proletariat unbedingt notwendig sind, an erste Stelle gerückt. Die weitblickendsten Sozialdemokraten beschlossen, den Kampf um die Konstitution in den Vordergrund zu rücken. Damals wurde der erste sozialdemokratische Kongreß festgesetzt.

Dieser Evolution blieben verschiedene Marxistenführer in Rußland fern. Erst einige Jahre später schlossen sich die meisten Sozialdemokraten der Forderung politischen Kampfes an. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstand eine neue revolutionäre Richtung, an deren Spitze die Sozialrevolutionäre traten.

Sie strebten einen scharfen politischen Kampf mit der Regierung an, arbeiteten unter den Bauern und waren auch in vielen Punkten anderer Ansicht als die Sozialdemokraten. Diese Richtung entstand, weil die Sozialdemokraten sich nicht genügend betätigen konnten, anderseits wirkte der Zauber der erneuten Tradition der Bewegung von 1871 bis 1885 nach. Im allgemeinen verwarfen die Sozialrevolutionäre die Utopien der „Volkstümler“ der oben erwähnten Epoche.

Der Kampf des Proletariats mit den Kapitalisten und der Regierung, der unorganisierte, heimliche und nicht an einen Mittelpunkt gebundene Kampf zwischen Bauern und Großgrundbesitzern, die Zusammenstöße zwischen Ziemstwo und Regierung — all das war der Hintergrund, auf dem die Tätigkeit der Sozialisten verschiedenster Färbung und der radikalen Liberalen immer größere Bedeutung annahm.

Diese Umstände brachten es mit sich, daß es gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Zusammenstoß zwischen der studierenden Jugend und der Regierung kam. Dieser Kampf nahm zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen ungeheuren Umfang an und griff in immer weiteren Kreisen um sich. Zwischen 1891 und 1901 scharten sich innerhalb der russischen Gesellschaft immer neue Kräfte zum Kampf; nach den Jahren drückendster Reaktion entstand aus den oben erwähnten Gründen eine Wiedergeburt der revolutionären Bewegung auf breiterer sozialpolitischer Grundlage als je zuvor.

Alle die Kräfte, die in der Revolution von 1905 klar zutage traten, waren bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts deutlich sichtbar. Daher ist die ausführliche Kenntnis des denkwürdigen Jahrzehnts von 1891 bis 1901 notwendig, um den Charakter und Verlauf der eigentlichen Revolution zu begreifen.

Nachtrag.

Am Schluß des zweiten Bandes dieser Arbeit habe ich mich mit den Ausführungen des russischen Pseudohistorikers Bogutscharski über die „Volksfreiheit" auseinandergesetzt und besonders mit seinen Untersuchungen über ihre Beziehungen zur liberalen Hofpartei. Ich habe den Nachweis erbracht, daß die Grafen Schuwalow und Woroncow-Daschkow keine Spione waren, sondern eine gemäßigte Konstitution in Rußland einführen wollten. Ich habe auch Bogutscharskis Ansicht widerlegt, der bestreitet, daß es zwischen 1880 und 1883 ernsthafte liberale Strömungen in den Ziemstwo gegeben hat.

Ein Jahr nach meinem Buch ist Kostiakowskijs Arbeit „Stranicy Proszławo" (Blätter aus der Vergangenheit) erschienen. Der Verfasser weist eingehend nach, daß Bogutscharski bei verschiedenen Anlässen eine überraschende Inkonsequenz und Gewissenlosigkeit bekundet hat.

Professor Kostiakowskij beweist, daß in den russischen Ziemstwo eine liberale Bewegung bestanden hat, indem er eine Reihe von Tatsachen, die Bogutscharski übergangen hat, betont; ferner beweist er, daß die Unterhandlungen mit der „Volksfreiheit" nicht Paul Schuwalow, der Sohn Pauls, geführt hat, wie Bogutscharski irrtümlicherweise angenommen hat, sondern Paul Schuwalow, der Sohn von Peter Schuwalow, der ein ganz anders gearteter, liberaler, humaner, in fortschrittlichen Traditionen aufgewachsener Mensch war.

Ich habe nicht die Absicht, hier mit Bogutscharskis leichtsinnigen Irrtümern abzurechnen, es ist mir nur darum zu tun, darauf hinzuweisen, daß meine Ausführungen eine neue Stütze erhalten haben.

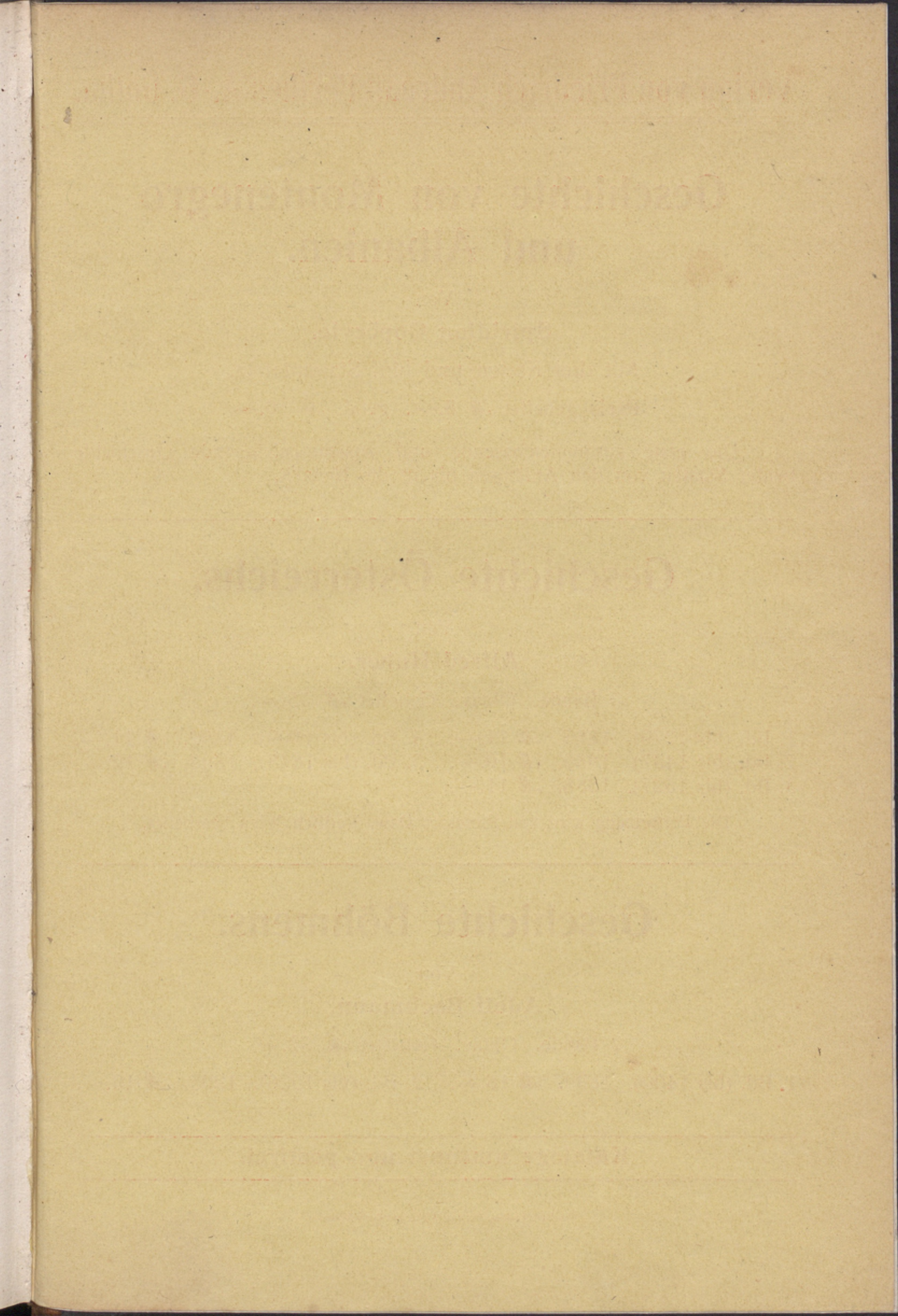
Kostiakowskij, ein Gegner des Terrorismus und alles andere eher als ein Anhänger der „Volksfreiheit“, weist nach, daß Bogutscharskis Charakteristik dieser Partei und seine Darstellung ihrer Bedeutung den Tatsachen nicht entsprochen hat und in starkem Grade tendenziös gefärbt ist.

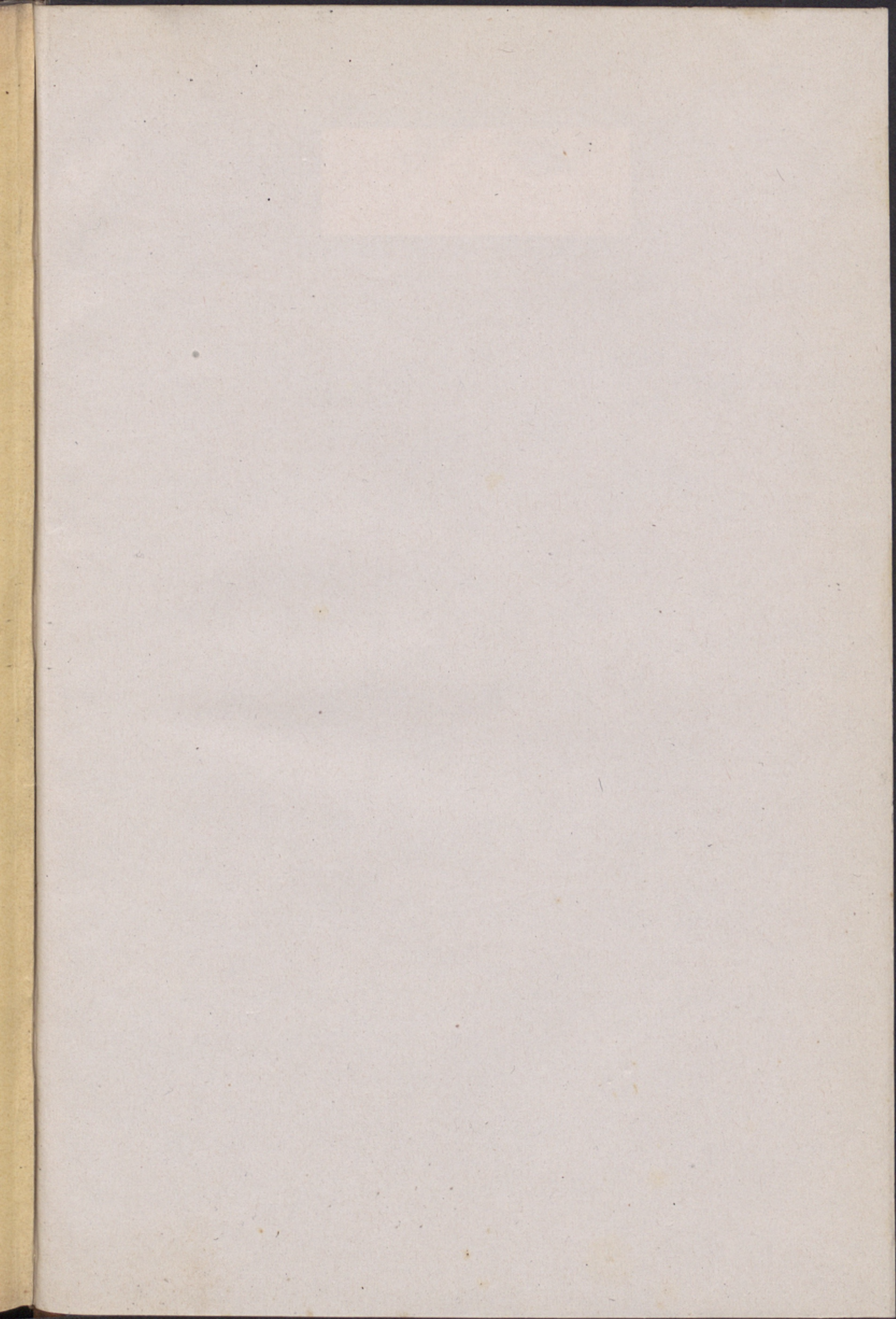
Ein ehemaliges Mitglied der „Volksfreiheit“ hat gleichfalls auf Bogutscharskis irrige Ansichten über die finanziellen Verhältnisse der „Volksfreiheit“ hingewiesen.

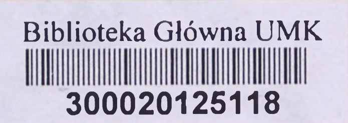
Mit einem Worte über Bogutscharskis Arbeit, die mit geringen Veränderungen in Buchform erschienen ist, kann man ruhig zur Tagesordnung übergehen. Irrtümer können einem jeden unterlaufen, man darf aber nicht an seinen Irrtümern festhalten und Tatsachen aus falschem Ehrgeiz verändern.

Bogutscharski hat es mir sehr verübelt, daß ich seine „historischen Entdeckungen“ gebührend eingeschätzt habe. Um sich zu rächen, hat er eine bissige und zugleich kindliche Kritik meines Buches, die auf Unkenntnis sowie auf einer törichten Interpretierung meiner Worte beruht, hinzugefügt.

Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha.







Biblioteka Główna UMK
300020125118

